Grenzerfahrungen

Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens

Christoph Brüll, Tobias Dewes, Andreas Fickers und Vitus Sproten (Hrsg.)

Grenzerfahrungen

Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens

Band 6

Föderalisierung, Strukturwandel,
Erwartungshorizonte (1973-heute)

mit Beiträgen von
Philippe Beck, Christian Behrendt, Marnix Beyen, Magali Boemer,
Christoph Brüll, Tobias Dewes, Andreas Fickers, Jens Giesdorf,
Armin Heinen, Els Herrebout, Andy Jousten, Catherine Lanneau,
Victoria Mouton, Leonie Neuens, Norbert Nicoll, Christoph Niessen,
Anna Quadflieg, Peter M. Quadflieg, Hans Reul, Hubert Roland,
Vitus Sproten, Werner Tschacher, Nicholas Williams, Julia Zeimers

und Karten von
Klaus-Dieter Klauser

GEV (Grenz-Echo Verlag), Eupen, 2023
www.gev.be
buchverlag@ge-media.be

ISBN 978-3-86712-184-2
D/2023/3071/6

Alle Rechte vorbehalten

Nichts aus dieser Ausgabe darf vervielfältigt, in einen Datenbestand übernommen und/oder veröffentlicht werden, sei es elektronisch, mechanisch, durch Fotokopien, Aufnahmen oder auf gleich welche andere Art und Weise ohne vorherige schriftliche Genehmigung des Verlags, der Fotografin oder der Illustratorin.

Ostbelgien
Mit Unterstützung
der Deutschsprachigen
Gemeinschaft Belgiens

Das Publikationskonzept wird durch den wissenschaftlichen Beirat des Zentrums für Ostbelgische Geschichte V.o. G. begeitet.
Ihm gehören an: Prof. Dr. Marnix Beyen (U. Antwerpen), Ass.-Prof. Dr. Christoph Brüll (C²DH, U. Luxemburg), Els Herrebout (Staatsarchiv in Eupen), Prof. Dr. Catherine Lanneau (U. Lüttich), Prof. Dr. Hubert Roland (FRS-FNRS, U. Louvain-la-Neuve), Prof. Dr. Sabine Schmitz (U. Paderborn), Prof. Dr. Denis Scuto (C²DH, U. Luxemburg), Stefan Wunsch (Vogelsang IP)

Printed in EU

Inhaltsverzeichnis

VOM OPFERNARRATIV ZUR ERFOLGSGESCHICHTE? 8
Erfahrungsräume und Erwartungshorizonte der deutschsprachigen Belgier in Zeiten von Strukturwandel und Föderalisierungsprozessen
Von Andreas Fickers und Christoph Brüll

POLITISCHE MITWIRKUNG UND RECHTLICHE STELLUNG 22
Ostbelgien (die Deutschsprachige Gemeinschaft) im föderalen Belgien
Von Andy Jousten und Christian Behrendt

DIE „BESTGESCHÜTZTE MINDERHEIT DER WELT"? 36
Die Deutschsprachige Gemeinschaft – eine nationale Minderheit und ein föderaler Teilstaat im Vergleich
Von Christoph Niessen

NOTWENDIGE ÖFFNUNG ODER EINE NUMMER ZU GROSS? 50
Die institutionellen Außenbeziehungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft seit den 1970er Jahren
Von Christoph Brüll und Anna Quadflieg

EINE JUNGE DEMOKRATIE AUF DER SUCHE NACH STABILITÄT 68
Die Entwicklung der ostbelgischen Parteiendemokratie im Kontext der Gemeinschaftswahlen (1974-2019)
Von Vitus Sproten und Leonie Neuens

VON DER VERWALTUNGSZELLE ZUM MINISTERIUM DER DG 88
Grundzüge einer frühen Verwaltungsgeschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens
Von Peter M. Quadflieg

KRISENJAHRZEHNTE UND IHRE BEWÄLTIGUNG IM UMBRUCH ZUM 21. JAHRHUNDERT 106
Die ostbelgische Wirtschaft im Spiegel nationaler Krisenwirtschaftt
Von Tobias Dewes

LEHRJAHRE POSTINDUSTRIELLER MODERNE 134
Duale Berufsausbildung in Ostbelgien und die Chancen und Grenzen kleingliedstaatlicher Politik (1970 bis heute)
Von Armin Heinen

GLOBAL DENKEN, LOKAL HANDELN 158
Von den „Grenzen des Wachstums" zu einer nachhaltigen Gesellschaft?
Von Andreas Fickers und Norbert Nicoll

„DIE SCHLECHTEN STRASSEN UNTER SEINEN FÜSSEN." 176
Die Entwicklung der Mobilität der deutschsprachigen Belgier zwischen 1973 und 2023
Von Vitus Sproten

MEHRSPRACHIGKEIT? JA! ABER WIE? 192
Meinungen zur Unterrichtssprachenpolitik der DG (1963-2004)
Von Magali Boemer und Julia Zeimers

„ICH WÜRDE NIE FÜR EINEN MANN SANKT VITH VERLASSEN." 210
Frauen in der DG und ihre Rolle(n) im Wandel der Zeit (1973 bis heute)
Von Els Herrebout und Leonie Neuens

„… DASS ÜBERGROSSER WOHLSTAND DER RELIGIÖSEN ENTWICKLUNG NICHT FÖRDERLICH IST." 238
Ostbelgiens Kirchen seit 1973
Von Nicholas Williams

KULTURARBEIT UND AUTONOMIEENTWICKLUNG 256
Zur Geschichte der Vereinslandschaft im deutschsprachigen Belgien
Von Jens Giesdorf und Hans Reul

OSTBELGISCHE KATHARSIS? 272
Die Hermann-Niermann-Affäre als Medienevent
Von Andreas Fickers

VON DEN SCHATTEN DER VERGANGENHEIT ZU EINER OSTBELGITUDE 290
Auseinandersetzungen mit Geschichte und Identität in der Literatur Ostbelgiens
Von Philippe Beck und Hubert Roland

BLICKE VON AUSSEN 306
Vorstellungen von den deutschsprachigen Belgiern in Flandern, dem französischsprachigen Belgien, Deutschland und Luxemburg
Von Marnix Beyen, Catherine Lanneau, Victoria Mouton und Werner Tschacher

VERGANGENHEITSANGST IM PLENARSAAL 324
Politik und Geschichte im deutschsprachigen Belgien seit 1973:
ein politik- und emotionsgeschichtlicher Zugang
Von Christoph Brüll

DIE AUTOREN 346

NACHWEIS DER BILDQUELLEN ODER BILDRECHTE 349







ERFAHRUNGSRÄUME UND ERWARTUNGSHORIZONTE DER DEUTSCHSPRACHIGEN BELGIER IN ZEITEN VON STRUKTURWANDEL UND FÖDERALISIERUNGSPROZESSEN

VOM OPFERNARRATIV ZUR ERFOLGSGESCHICHTE?

VON ANDREAS FICKERS UND CHRISTOPH BRÜLL





Die Geschichte Ostbelgiens in den letzten 50 Jahren ist nur vor dem Hintergrund vielfältiger Entwicklungen zu verstehen: die Föderalisierung Belgiens und der Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft stehen in diesem Buch im Vordergrund. Die Einleitung fragt anhand von Konzepten wie Erfahrungsraum, Erwartungshorizont und Angstregimen danach, wie diese Geschichte geschrieben und interpretiert werden kann. Dabei zeigt sich: Auch in Ostbelgien entwickelt sich Zeitgeschichtsschreibung von einer Nachgeschichte des Zweiten Weltkriegs zu einer Vorgeschichte der Gegenwart.

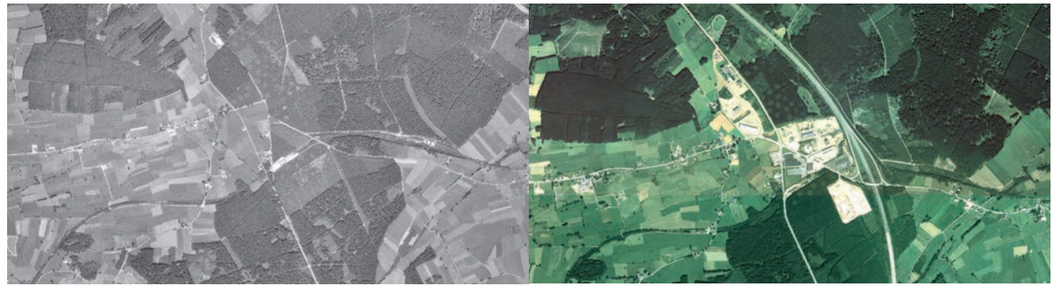
Wie alle Bände der Reihe „Grenzerfahrungen“, die sich der Neueren und Neuesten Geschichte widmen, setzt auch dieses Buch mit einem „harten“ Datum ein: 1973. Die Definition des Beginns des Untersuchungszeitraums folgt dabei einer doppelten Zäsur. Am 23. Oktober 1973 wurde mit dem Rat der deutschen Kulturgemeinschaft die erste parlamentarische Versammlung der deutschsprachigen Belgier eingesetzt: Die Umsetzung der 1970 beschlossenen ersten belgischen Staatsreform kam somit auch im Gebiet deutscher Sprache an. Die Tageszeitung Grenz-Echo titelte: „Ein neuer Anfang für Ostbelgien“.[1] Im Nahen Osten tobte zur gleichen Zeit der Jom-Kippur-Krieg, auf den die Organisation der Arabischen Erdöl exportierenden Staaten am 17. Oktober 1973 mit einer Drosselung der Förderung reagierten, die zu einer drastischen Erhöhung der Rohölpreise führte. Dieser erste Ölpreisschock, auf den 1979 ein zweiter folgte, gilt als symbolisches Ende einer seit dem Ende der 1940er Jahre andauernden Phase nie gekannten Wirtschaftswachstums in Europa. Der Schock stand symbolisch am Anfang einer Transformation der Wirtschaft, die die Bedeutung der Montanindustrie als Träger des Wachstums zunehmend marginalisierte und die Struktur der westeuropäischen Wirtschaft nachhaltig modifizierte.



Nach der offiziellen Einsetzung des RdK fand eine akademische Sitzung statt. Auf dem Bild erkennt man (v.r.n.l.) die Präsidenten der Kulturräte der Französischen und Niederländischen Kulturgemeinschaften, den frisch gewählten RdK-Präsidenten Johann Weynand, den Eupener Bürgermeister Reiner Pankert und den beig. Bezeirkskommissar Henri Hoen.

Zeitgeschichte „nach dem Boom“

In einem viel beachteten Buch aus dem Jahre 2008 haben die Historiker Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael die These aufgestellt, dass die wirtschaftlichen Transformationen der 1970er Jahre eine Zeit „nach dem Boom“ eingeläutet haben, die sich deutlich von den Nachkriegs- und Wirtschaftswunderjahrzehnten unterscheidet.[2] Ihre These ist, dass der Strukturwandel einen gesamtgesellschaftlichen Veränderungsprozess darstellt, der nicht nur ökonomischer Natur ist, sondern alle Lebensbereiche berührt. Die Wirtschaft westeuropäischer Industriegesellschaften wuchs zwar auch in den 1970er und 1980er Jahren weiter – trotz häufiger auftretender Rezessionsphasen –, erstmals wurde dieses Wachstum jedoch von steigender Arbeitslosigkeit begleitet. Vor allem bei Jugendlichen stiegen die Arbeitslosenquoten deutlich.[3] In einer großen Studie hat Lutz Raphael die Folgen der sozioökonomischen Transformation für Politik und Gesellschaft in Westdeutschland, Frankreich und Großbritannien untersucht.[4] Dem Vergleich mit anderen Ländern und regionalen Tiefenbohrungen hat er dabei die Funktion der Falsifizierbarkeit seiner Ergebnisse zugewiesen.[5] Eine solche regionale Ausdifferenzierung der historischen Erzählung ist eines der Ziele dieses Bandes.



Das Gebiet zwischen Göhl und Our erlebte erhebliche naturräumliche Veränderungen, wie diese Gegenüberstellung zweier Luftaufnahmen des seit den 1980er Jahren neu angelegten Industriegebietes Kaiserbaracke und der Autobahn bei Recht verdeutlicht. Die Eingriffe des Menschen in seine Umwelt rückten dabei in den letzten Jahrzehnten stärker in das Bewusstsein breiterer Schichten.

Der Blick auf Ostbelgien eröffnet in der Tat spannende Einsichten. Die Stadt Eupen fügt sich in das von der „Nach dem Boom“-Forschung gezeichnete Bild ein.[6] Während zu Beginn der 1970er Jahre noch Vollbeschäftigung herrschte, kam es in der Folge zu massiven Arbeitsplatzverlusten im produzierenden Gewerbe, die 1984 ihren Höhepunkt erreichten, als die Arbeitslosenquote in der Stadt bei weit über 20 Prozent lag. Betroffen waren vor allem Frauen, die 60 Prozent der Arbeitslosen ausmachten, Niedrigqualifizierte (50 Prozent) und Jugendliche. Die 1981 erfolgte Schließung des Nadelwerks Beka, die den Abschluss des stetigen Niedergangs der Textilindustrie in der Stadt bildete, darf als paradigmatisch für die sozioökonomische Entwicklung jener Jahre gelten. Wie in anderen Regionen Westeuropas linderten seit Anfang der 1980er Jahre getroffene Maßnahmen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik, der Strukturförderung und der Steigerung der grenzüberschreitenden Attraktivität des Einzelhandels und der Transportbranche ab Mitte des Jahrzehnts die Folgen der Arbeitsverluste, bevor eine Erholung des Arbeitsmarktes einsetzte. Eine soziale Abfederung bildeten nicht zuletzt die breit in Anspruch genommenen Vorruhestandsregelungen, die sowohl von Betrieben als auch von öffentlichen Einrichtungen angeboten (und subventioniert) wurden.[7]

In den ländlichen Regionen der Eifel bot sich jedoch ein anderes Bild. Die Transformation der Wirtschaft hatte dort in den 1950er Jahren mit der zunehmenden Technisierung der Landwirtschaft begonnen.[8] In den 1980er Jahren setzte sich das begonnene Höfesterben unaufhaltsam fort und aus kleinbäuerlichen Betrieben wurden allmählich größere Höfe. Für viele jüngere Eifeler bot die Arbeit in der Landwirtschaft keine Zukunft mehr; sie suchten ihr (berufliches) Glück in anderen Branchen.[9] Zum anderen kam die Industrie oftmals zum ersten Mal auf das Land in Form von Industriezonen, die als Folge von Strukturförderungsmaßnahmen entstanden. Die Nachfrage vonseiten größer werdender Handwerksbetriebe und Bauunternehmen musste bedient werden und bereits etablierte Unternehmen suchten nach billigem Land entfernt von städtischen Zentren. Darüber hinaus steigerte sich die Individualmobilität erheblich. Dies ermöglichte eine bis heute anhaltende Steigerung der Zahl von Pendlern, die ihren Arbeitsplatz in den Nachbarregionen fanden – im Norden vor allem in Nordrhein-Westfalen, im Süden besonders in Luxemburg – , aber ihren Wohnsitz und damit auch Kaufkraft in der Region behielten. Kumuliert mit der Attraktivität von Gemeinden wie Raeren als Wohnsitz für in der Aachener Region tätige deutsche Staatsbürger führte dies dazu, dass das ländlich geprägte Ostbelgien im Gegensatz zu vielen anderen Regionen mit ähnlicher Struktur keine Einwohner verlor und ein schwaches Bevölkerungswachstum aufweist. Letzteres gründet zudem auf Einwanderung aus Krisenregionen – vor allem seit dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien.[10]

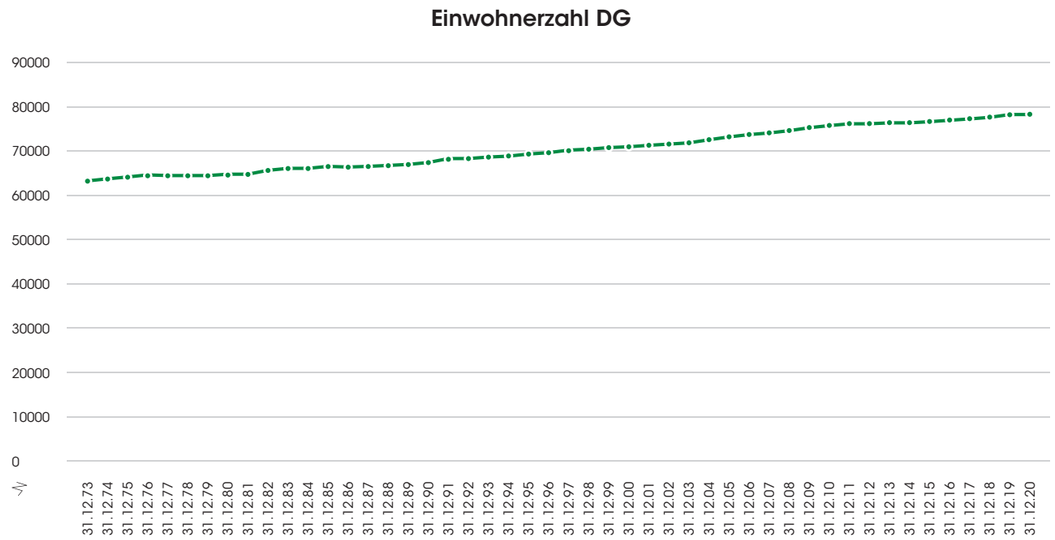
Am ostbelgischen Beispiel werden somit auch einige Probleme der „Nach dem Boom“-Forschung deutlich. Es stellt sich die Frage des Endes der Transformationsphase in der Region, das Raphael für Westdeutschland, Frankreich und

Großbritannien im Zeitraum um 2000 verortet.[11] Die Wohlstandszugewinne, die es in Ostbelgien gerade in der Zeit „nach dem Boom“ gegeben hat und die sich vor allem seit 2010 in den makroökonomischen Zahlen niederschlagen, müssen demnach in einem anderen Interpretationsrahmen situiert werden: der zunehmenden Stärkung der Region als Ort politischen Handelns in Europa. Vieles deutet hier auf die Bedeutung des Europäisierungsprozesses für den ostbelgischen Zwischenraum hin.[12] Hinzu kommt die Frage nach der Verbindung zwischen der Transformation des belgischen Staates und der Transformation von Ökonomie und Gesellschaft in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bzw. Union seit den 1970er Jahren, der sich die belgische Historiografie bisher noch nicht explizit angenommen hat.

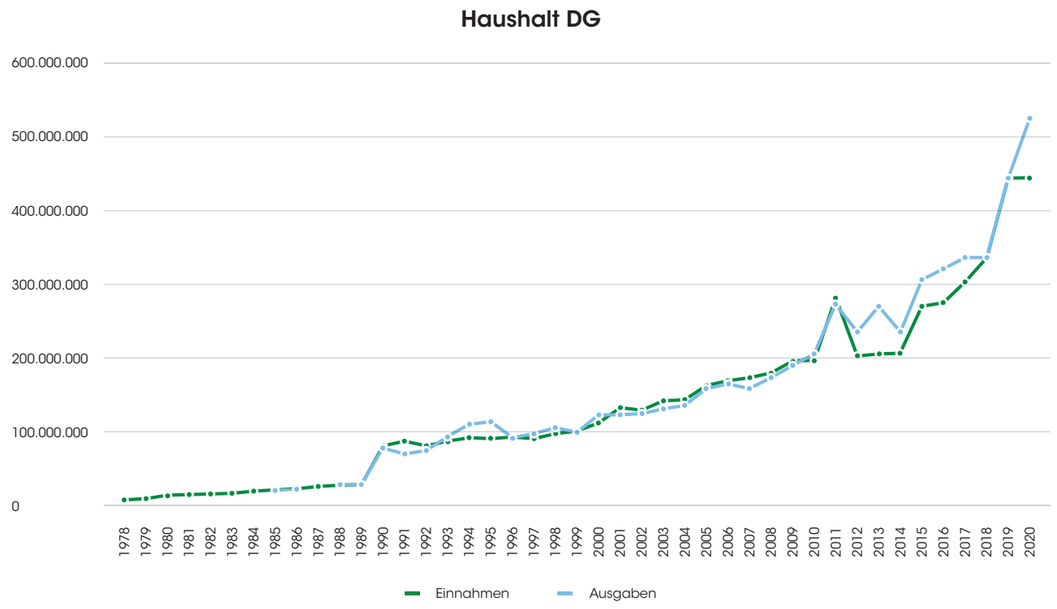
Insgesamt hat sich die zeithistorische Forschung in den letzten Jahrzehnten von einer Nachgeschichte der NS-Diktatur und des Zweiten Weltkriegs zusehends zu einer als „Problemgeschichte der Gegenwart“ verstandenen Orientierungswissenschaft gewandelt.[13] Dieser Perspektivwandel spiegelt sich auch in vielen Beiträgen des vorliegenden Bandes, die sich nicht nur mit der politischen Geschichte Ostbelgiens beschäftigen, sondern breitere gesellschaftspolitische Entwicklungen und Prozesse anhand spezifischer Fragestellungen beispielhaft analysieren und interpretieren.

Zwischen Erinnerungsarbeit und kritischer Geschichtswissenschaft

Mit dem vorliegenden sechsten Band der Grenzerfahrungen rückt die historische Betrachtung des ostbelgischen Zwischenraums von der Gründung des Rates der Deutschen Kulturgemeinschaft im Jahre 1973 bis an die Gegenwart. Obwohl es sich um einen Zeitraum von einem halben Jahrhundert handelt, bildet die Gegenwartsnähe mancher Themen und Entwicklungen eine besondere Herausforderung für Zeithistoriker – besonders dann, wenn Zeitgeschichte als „Vorgeschichte gegenwärtiger Problemkonstellationen“ gedacht wird.[14] Die zeitliche Überlagerung von biografischen Erfahrungsräumen der um kritische Distanzierung bemühten Zeithistoriker mit der zu erforschenden Vergangenheit sorgt für methodologische und erkenntnistheoretische Spannungen, die es kritisch zu reflektieren gilt. Diese von Soziologen als „doppelte Reflexivität“ beschriebene Geisteshaltung[15], also einer kritisch-distanzierten Haltung gegenüber dem zu analysierenden Gegenstand (der „Vergangenheit“) wie gegenüber sich selbst (dem standortgebundenen und interessegeleiteten „Subjekt“) macht Zeitgeschichtsschreibung zu einem anspruchsvollen Balanceakt, in dem erzählerische Rekonstruktion des Vergangenen und theoriegeleitete Befragung und Interpretation historischer Fakten sich gegenseitig bedingen.[16]



Die Einwohnerzahl der Deutschsprachigen Gemeinschaft stieg in den letzten fünfzig Jahren um knapp 20%. Obwohl es sich um eine ländliche Region handelt, blieben dem Gebiet größere Abwanderungswellen erspart. Zurückzuführen ist dieses Bevölkerungswachstum nicht nur auf ein natürliches Wachstum der Bevölkerung, sondern auch auf den Zuzug von neuen Bewohnern.



Die Einnahmen und Ausgaben der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben sich zwischen 1978 und 2022 verfielfacht. Am Haushalt lässt sich die Entwicklung des belgischen Föderalstaates im Zuge der Staatsreformen ablesen. Bei den Ausgaben sind neben endogenen Faktoren wie der Investitionspolitik auch klar die Folgen internationaler Krisen erkennbar.

Eine zusätzliche Herausforderung für die Zeitgeschichtsschreibung ergibt sich durch die Gleichzeitigkeit von Zeitgeschichtsschreibung und historischer Erinnerungsarbeit. Beruht die historische Methode auf Kontextualisierung vergangener Sinnzusammenhänge und Handlungen um sie deutend zu verstehen, zeichnet sich unser kommunikatives Gedächtnis durch gegenwartsbezogene Aktualisierungen vergangener Ereignisse aus. Dies mit dem gesellschaftspolitischen Ziel, aktuelle Bedeutungen der Vergangenheit für die Gegenwart und Zukunft kommunikativ auszuhandeln. Dieses Spannungsverhältnis zwischen „Geschichte“ und „Erinnerung“, Geschichtswissenschaft und Gedächtniskultur sorgt immer wieder für lebhafte Debatten in der Fachwissenschaft[17] wie auch der Öffentlichkeit, vor allem seit dem Aufstieg des „Zeitzeugen“ zur zentralen Autorität medialer Geschichtsvermittlung seit den 1980er Jahren.[18] Der enorme Boom der Erinnerungskultur, der auch die zeithistorische Forschungslandschaft stark geprägt hat, hat laut dem französischen Historiker François Hartog gar zu einem neuen „Zeitregime“ geführt, in dem die Erinnerungsarbeit zum dominanten Modell der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit geworden ist. Dieses von Hartog als „Präsentismus“ bezeichnete Zeitregime kennzeichnet sich durch eine „gefräßige Gleichzeitigkeit“ von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft aus, ein „présent monstre“, das „alles in seinen Schlund zieht (…) und nicht die Differenz der Zeiten, sondern auch das historische Bewusstsein zerstört“.[19]

Auch die ostbelgische Zeitgeschichtsschreibung bewegt sich in diesem Spannungsfeld von wissenschaftlicher Geschichtsschreibung und medial geprägter Erinnerungskul-



1985 beschloss das nationale Parlament die Schaffung eines eigenen Gerichtsbezirks für die deutschsprachigen Belgier. Seit 1988 tagen in Eupen ein erstinstanzliches Gericht, ein Jugendgericht, ein Unternehmensgericht und ein Arbeitsgericht. Bereits seit dem Staatenwechsel von 1920 gibt es in Eupen und Sankt Vith Friedensgerichte.

tur. Ohne die Dominanz erinnerungskultureller Debatten im Zuge des „memory booms“ grundsätzlich in Frage stellen zu wollen, scheint uns Hartogs These von der „gefräßigen Gegenwart“ jedoch überspitzt, oder zumindest nur in Teilen übertragbar auf die Situation in Ostbelgien. Mehrere Kapitel im vorliegenden Band widmen sich explizit dem Thema der parlamentarischen wie medialen Auseinandersetzung mit der „schwierigen Vergangenheit“ der deutschsprachigen Belgier, einer Debatte, die nur zögerlich und schubweise öffentlich ausgetragen wurde. Die ostbelgische „Vergangenheitsbewältigung“ – um auf einen populären Terminus der 1980er Jahre zu rekurrieren – hat es bis heute nicht gegeben. Die wenigen expliziten Versuche einer kritischen Aufarbeitung und Diskussion der „schwierigen ostbelgischen Vergangenheit“ lassen sich eher als Ausdruck emotionaler Überwältigung denn Entstehung eines aufgeklärten Geschichtsbewusstseins deuten.[20]

Emotionsgeschichte und Angstregime

Im letzten Band der „Grenzerfahrungen“ wollen wir einen frischen Blick auf die ostbelgische Zeitgeschichte wagen, der von dem an der University of California in San Diego lehrenden deutschen Historiker Frank Biess inspiriert ist. In seinem 2019 vorgelegten Buch „Republik der Angst. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik“ deutet Biess die Nachkriegsgeschichte Westdeutschlands als eine emotionale Entwicklungsgeschichte, die sich deutlich von den wirtschafts- und politikhistorischen Meistererzählungen der BRD-Erfolgsgeschichte abgrenzt. Biess vertritt die provokante These, dass sich der mentalitätshistorische Wandel, der sich in der Bundesrepublik in den letzten 75 Jahren vollzogen habe, als Geschichte sich wandelnder Angstregime begreifen lässt. War die unmittelbare Nachkriegszeit von Vergeltungsangst geprägt, verschoben sich im Laufe der nächsten Jahrzehnte die Objekte der Angst von der äußeren Bedrohung zur inneren Bedrohung, also von den Bedrohungsszenarien des Kalten Krieges zur lebensweltlich konkreten Angst vor Arbeitslosigkeit oder dem Gefühl der Überforderung. Wichtig für den vorliegenden Band ist Biess’ Feststellung, dass Emotionen immer als zeitliches Phänomen zu deuten sind, in denen vergangene Erfahrungsräume, Gegenwartsdiagnosen und Zukunftshorizonte miteinander verwoben sind:

„Angst ist per Definition eine zukunftsorientierte Emotion. (…) Angst ist immer auf eine als unsicher und bedrohlich empfundene Zukunft ausgerichtet. Im Nachkriegsdeutschland war Angst eng mit der Erinnerung an eine katastrophale Vergangenheit verbunden. (…) Welche Vergangenheiten in welchen Momenten mobilisiert wurden, um bestimmte Zukunftsszenarien zu imaginieren, variierte während der Nachkriegszeit“.[21]

Überträgt man die Idee der Angstregime auf das Ostbelgien der Nachkriegszeit, so lassen sich zahlreiche Themen oder „Objekte der Angst“ identifizieren, anhand derer man eine Emotionsgeschichte des deutschsprachigen Belgiens plausibel erzählen kann. Neben der bereits erwähnten „Vergeltungsangst“, die ohne Zweifel die Zeit der Säuberung in Ostbelgien prägte, gibt es auch spezifisch „ostbelgische Ängste“, die die Verunsicherung über die Rolle und Bedeutung der Deutschsprachigen im belgischen Staat reflektieren. So lassen sich die zahllosen Debatten um Sprachfragen im Unterrichtswesen als Angstdiskurs interpretieren, in dem die Probleme sprachlicher Minderwertigkeit bzw. forcierter Assimilierung in den französischen Sprachraum zum Ausdruck kamen. Die Verteidigung der deutschen Muttersprache im Schulwesen sowie die Fremdsprachenfrage im Unterrichtswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft eröffnen interessante Einsichten über die Identität der Ostbelgier. In der Auseinandersetzung mit den Debatten um Zweit- bzw. Fremdsprachenerwerb gelangen ihre Vorstellungen von kultureller Eigenheit, von ihrem Wirtschaftsstandort und von Bildung in den Blick. Dies gibt gleichfalls Aufschluss darüber, wie in Ostbelgien über soziale Mobilität, Bildungsgerechtigkeit und kulturelle Ausdrucksfähigkeit gesprochen wird und wurde.

Typische Minderheitenängste – seien sie kultureller oder politischer Natur – durchziehen die ostbelgische Geschichte wie ein roter Faden. Trotz der Selbstvergewisserungsrhetorik eines Karl-Heinz Lambertz, dessen BGL-Parole („wir sind *b*ereit, *g*ewillt und in der *L*age“) mittlerweile zum Bonmot ostbelgischer Politikprosa im Kontext der wiederkehrenden Dekretbefugnis-Debatten avanciert ist[22], lassen sich im öffentlichen Diskurs immer wieder Spuren einer Überforderungsangst in Ostbelgien ausmachen, die nicht zuletzt von der Furcht vor dem möglichen Zerfall des belgischen Staates angeheizt wurden. Zu den typisch ostbelgischen Minderheitenängsten gesellte sich seit der Auflösung des Einheitsstaates im Zuge der Föderalisierung also eine als „belgische Angst“ zu bezeichnende Emotion, die auch in unserer Region grundlegende Zweifel und Sorgen über die Zukunftsfähigkeit des kleinsten Gliedstaates im Bundesstaat Belgien auslösten. Dass Separatismusbestrebungen in Flandern kein bloßes Gespenst, sondern eine reale politische Bedrohung des belgischen Staatsgefüges darstellten, wurde spätestens mit den spektakulären Wahlerfolgen des Vlaams Blok Anfang der 1990er Jahre deutlich.[23] „Es ist unsere ‚verdammte‘ Pflicht über diesen Fall eines Auseinanderbrechens Belgiens nachzudenken“, so der damalige Ministerpräsident Karl-Heinz Lambertz in seiner Eröffnungsrede der Tagung „ZOOM 1920-2010. Nachbarschaften – neun Jahrzehnte nach Versailles“.[24]

Herrschte in den 1990er und 2000er Jahren halb Fatalismus, halb Resignation darüber, ob der belgische Staat ein „failed state“ sei[25], dessen Funktionsfähigkeit durch permanente Krisen auf zahlreiche Zerreißproben gestellt wurde, mehrten sich seit den 2010er Jahren die Stimmen derer, welche die Krise des belgischen Einheitsstaates und die schrittweise Föderalisierung als Chance für Ostbelgien sahen und den Status einer vierten Region oder eines vollsouveränen vierten Gliedstaates als erstrebenswertes Ziel definierten.[26] Das 2008 in Angriff genommene erste „Regionale Entwicklungskonzept“ (REK), welches unter dem Titel „DG – Ostbelgien leben 2025“ veröffentlich wurde,[27] diente in den Augen seiner Schöpfer auch als Beitrag dazu, „die Deutschsprachige Gemeinschaft definitiv als Träger positiver Zukunftserwartungen und zusätzlicher Lebenschancen in den Köpfen und Herzen der Menschen unserer Heimat“[28] zu positionieren. Obwohl der Beitrag der Deutschsprachigen Belgier am bundesstaatlichen Umbau des Landes „nicht einmal homöopathisch“[29] war, wurden nationale wie europäische Regionalisierungsprozesse als Chance für die Herausbildung einer selbstbewussteren ostbelgischen Identität gedeutet. Unter dem Motto „niemand ist zu klein, um Großes zu leisten“, wurde das Regionale Entwicklungskonzept als strategisches Leitbild für Ostbelgiens Zukunft entwickelt und systematisch die „Brückenfunktion“ der kleinen, aber feinen DG („small is beautiful“) vermarktet. Im Zuge dieses mittlerweile auf vier Bände angewachsenen REKs wurde auch die Grenzlage Ostbelgiens neu konnotiert:

„Das Verständnis einer neuen Grenzkultur und der Versuch, die Grenzen – Staatsgrenzen, Verwaltungsgrenzen, Sprachgrenzen, Kulturgrenzen – nicht als etwas Trennendes, sondern als eine Brücke zu sehen, räumt den Grenzen und dem Grenzraum einen neuen Stellenwert ein. Grenzkultur in diesem Sinne stellt daher diese Brücken bildende eigenständige Kultur der deutschsprachigen Belgier dar.“[30]

Ob die selbstbewusste Rhetorik dieses „region branding“ der lebensweltlichen Realität aller Ostbelgier entspricht, ist



In der fiktiven live Sendung „Bye-Bye Belgium“ des frankophonen öffentlich-rechtlichen Senders RTBF kulminierten im Dezember 2006 zahlreiche belgische und ostbelgische Angstmomente in Bezug auf die Zukunft des Staates Belgien. In der „Sondersendung“ spielte der Fernsehsender die Auflösung Belgiens durch. Auch der damalige Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft Karl-Heinz Lambertz nahm an der Sendung teil und präsentierte „Zukunftsoptionen“ für die Region.

noch nicht wissenschaftlich untersucht worden. Wohl aber hat die Demoskopie systematischen Einzug in die Ministerialverwaltung gehalten, wie die regelmäßigen Befragungen der Bewohner der deutschsprachigen Gemeinschaft zu ihren Lebensumständen und zur Zufriedenheit mit der Politik demonstrieren.[31]

Vom Opfernarrativ zur Erfolgsgeschichte?

Zwar liegt bislang keine empirische Untersuchung der semantischen Umdeutung von „Grenze“, „Grenzraum“ oder „Grenzgebiet“ im deutschen Sprachraum Belgiens vor, doch dürfte eine systematische diskursgeschichtliche Aufarbeitung wohl zeigen, wie negativ und angstbehaftete Konnotationen des Grenzbegriffs langsam positiven und selbstbewussten Assoziationen gewichen sind. Waren erstere meist rückwärtsgewandt, das heißt mit der „schwierigen Geschichte“ in Verbindung gebracht, dominieren heute zukunftsorientierte Bezüge, die auf eine offene und gestaltbare Zukunft verweisen. Diese semantische Verschiebung geht einher mit einer Umdeutung der Geschichte selbst. Dominierten bis zur Jahrtausendwende Opfernarrative den ostbelgischen Erinnerungsdiskurs, wird die seit den 1970er Jahren erlangte Autonomie innerhalb des dezentralisierten Belgiens in der politischen Öffentlichkeit einhellig als Erfolgsgeschichte erzählt.

Dies lässt sich beispielhaft an den Feierlichkeiten zum hundertjährigen Geburtstag der Eingliederung Eupen-Malmedy-Sankt Viths in den belgischen Staat veranschaulichen, etwa an der Festveranstaltung im belgischen Senat in Brüssel am 9. Januar 2020. Alle Redner – von DG-Ministerpräsident Oliver Paasch, Parlamentspräsident Karl-Heinz Lambertz, Premierministerin Sophie Wilmès zu NRW-Ministerpräsident Armin Laschet – bedienten das Masternarrativ vom „Glücksfall der Geschichte“, auch wenn – so Lambertz und Paasch in nuancierter Abwägung – diese letztlich glückliche Entwicklung weder selbstverständlich noch ein Selbstläufer gewesen sei.[32] Bemerkenswert ist die Konvergenz der Selbstdeutung und des „Blicks von außen“ in der Interpretation der Vergangenheit. Betonte Ministerpräsident Oliver Paasch in seiner Rede die ungekannten Möglichkeiten zu demokratischer Mitbestimmung und die damit einhergehenden Gestaltungsmöglichkeiten des ostbelgischen Gliedstaates im Vergleich zu den Vorgängergenerationen, mahnte Senatspräsident Lambertz gar zur Dankbarkeit gegenüber dem belgischen Vaterland:

„Die Einwohner des deutschen Sprachgebietes haben allen Grund, ihrem Vaterland dankbar zu sein. Dankbar dafür, dass ihre Muttersprache in Belgien als Landes- und Amtssprache anerkannt ist und dass sich Belgien auch als deutschsprachiger Staat versteht, was u.a. seit einigen Jahren in der Teilnahme des Königs der Belgier an den informellen Treffen der Staatsoberhäupter der deutschsprachigen Staaten Europas seinen Ausdruck findet. Dankbar dafür, dass Belgien seiner deutschsprachigen Minderheit eine gesetzlich garantierte Vertretung im Europäischen Parlament und im belgischen Senat zugesteht und diese – so hoffe ich zumindest – in absehbarer Zukunft auch für die Abgeordnetenkammer vorsehen wird. Und schließlich dankbar dafür, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft bei den bisherigen sechs Staatsreformen nicht vergessen, ins Abseits gedrängt oder gar als ‚quantité négligeable‘ wegrationalisiert, sondern Schritt für Schritt zu einem gleichwertigen und weitgehend gleichberechtigten Gliedstaat mit eigenem Parlament und eigener Regierung ausgebaut wurde.“[33]

Uns liegt weder daran, die semantische Umdeutung vom Opfer- zum Erfolgsnarrativ oder den Aufruf zur Dankbarkeit gegenüber dem belgischen Nationalstaat moralisch oder geschichtspolitisch zu bewerten, noch sie geschichtstheoretisch als problematisches teleologisches Konstrukt zu dekonstruieren. Vielmehr geht es darum, die Umdeutung als Teil eines kommunikativen Erinnerungsdiskurses zu deuten, der von politischen Vertretern Ostbelgiens geprägt und dominiert wird. Dieser öffentliche Diskurs kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, so unsere Lesart, dass es im Laufe der letzten 50 Jahre immer wieder zu Momenten tiefer Verunsicherung gekommen ist, in denen die „Vergangenheitsangst“ – unverhofft, aber unverhohlen – vom Unterbewusstsein ins öffentliche Rampenlicht getreten ist. Ohne die These einer angstgeprägten Entwicklungsgeschichte Ostbelgiens seit der Etablierung autonomer politischer Strukturen überstrapazieren zu wollen, lässt sich nicht leugnen, dass die emotional aufgeladene, selten sachlich informierte Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte eine mentalitätshistorische Konstante im ostbelgischen Identitätsdiskurs bildet.

Wie sehr diese Vergangenheitsangst identitätspolitische Diskurse in Ostbelgien geprägt hat, wird in diesem Band an zahlreichen Beispielen aufgezeigt werden: so etwa am Beispiel des sich über vierzig Jahre hinziehenden Streits um die Anerkennung der sogenannten Zwangssoldaten durch den belgischen Staat, am Beispiel um die Namensgebung des Parlaments („Deutsche Gemeinschaft“ oder „Deutschsprachige Gemeinschaft“) oder am Beispiel der „Niermann Affäre“. Dass weder verordnete Amnesie noch Gedächtnisopfer dazu geeignet sind, die viel beschworenen „Gespenster der Vergangenheit“ aus der politischen Öffentlichkeit zu verbannen, sondern eher dazu führen, dass Beschwiegenes oder Verdrängtes sich in polemisch aufgeheizten Stellvertreterdiskursen den Weg in das öffentliche Bewusstsein bahnen, dafür gibt es in der ostbelgischen Nachkriegsgeschichte zahllose Beispiele.[34] Gerade der Plenarsaal ist ein Ort, in dem die Vergangenheitsangst sehr präsent war.



Am 18. Januar 2019 stattete König Philippe dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft anlässlich der Eröffnung der Feiern zur 100-jährigen Zugehörigkeit der ehemaligen preußishen Kreise Eupen und Malmedy zu Belgien einen Besuch ab. Für die Politik (hier mit Ministerpräsident Oliver Paasch, links) waren diese Feiern ein willkommener Anlass, die Erfolgsgeschichte der Region zu präsentieren.

Ostbelgische Erfahrungsräume und Erwartungshorizonte

Sich einer Geschichte Ostbelgiens aus der Perspektive von Angstregimen und sich wandelnden oder im Falle der Vergangenheitsangst auch sehr langlebigen Angst-Objekten zuzuwenden bietet die Chance, mentalitätshistorische Kontinuitäten und Denkmuster frei zu legen, welche Geschichte nicht nur als chronologische Aufzählung und Interpretation von Fakten darstellt, sondern als den Versuch, sich näher an die gefühlte Wirklichkeit der Menschen heranzutasten. Den emotionshistorischen Raum unserer Vergangenheit zu erkunden bedeutet, Quellen nicht nur nach Spuren vergangener Informationen oder „Tatsachen“ zu durchforsten, sondern eine Sensibilität für die Adjektive zu entwickeln, mittels derer Phänomene beschrieben oder gezeichnet wurden.[35] Das sprichwörtliche „Lesen zwischen den Zeilen“ ist hier genauso gefragt wie ein Bewusstsein dafür, dass Emotionen ihre eigene Geschichte haben und es einer gewissen Übung bedarf, Ausdruck und Eindruck historisch korrekt in Einklang zu bringen. Soziale Konventionen über das, was und wie etwas gesagt oder anderweitig zum Ausdruck gebracht werden kann – sei es im Privaten oder im öffentlichen Raum – müssen laut Ute Frevert historisiert werden, will man den „vergänglichen Gefühlen“ auf die Spur kommen.[36] Wie wir am Beispiel der Podcast-Serie „100 Jahre Ostbelgien“[37] zu zeigen versucht haben, liefern Tonquellen eine spannende Möglichkeit, Stimmen und Stimmungen aus der jüngeren ostbelgischen Geschichte zu rekonstruieren und so heiße Debatten oder Diskussionen – etwa im Rat bzw. Parlament oder während kommunaler Wahlveranstaltungen – nicht nur auf ihren informativen Wert zu überprüfen, sondern die mitschwingenden Emotionen historisch fass- und beschreibbar zu machen.

Mag der schwierige Umgang mit der eigenen Vergangenheit eine ostbelgische Verunsicherung der eigenen Art dargestellt haben, zeichnet sich der Zeitraum seit den 1970er Jahren auch durch Zukunftsängste aus, die den ostbelgi-

schen Erfahrungsraum überschreiten. Die wirtschaftlichen Folgen des Strukturwandels waren transnationaler und europäischer Natur, die des Klimawandels oder der Umweltverschmutzung sind gar globaler oder planetarer Natur.[38] Aus emotionshistorischer Perspektive kommt den Massenmedien hier eine zentrale Rolle in der Konstruktion von dramatisierten Krisenszenarien und -narrativen zu. Die Angst vor dem Super-GAU („Größten Anzunehmenden Unfall“) und dem nuklearen Desaster prägten in den 1980er Jahren die kollektive Imagination, und die vermeintliche Zerstörung der Wälder durch „sauren Regen“ und der Atmosphäre durch FCKWs (Fluorchlorkohlenwasserstoffe) löste eine breite gesellschaftliche Debatte über die Eindämmung von Abgasen und Treibhausgasen aus. Transnationale oder globale Medienevents von Umwelt- oder Klimakatastrophen – man denke an die Reaktorschmelzen von Tschernobyl (1986) oder Fukushima (2011), UN-Klimakonferenzen oder die Abholzung des Regenwaldes im Amazonasgebiet – prägten auch die ostbelgische Medienlandschaft und mobilisierten lokalen zivilgesellschaftlichen Widerstand oder Protest.[39]

Ähnliche emotionale Auf- und Entladungsprozesse ließen sich für den Bereich der Wirtschafts- und Sozialentwicklung aufzeigen. Der langanhaltende Protest ostbelgischer Landwirte gegen die europäische Milchpreispolitik und die Gründung der Fairebel-Genossenschaft im Jahre 2010 oder die mühsame soziale Gleichberechtigung der Frauen in Familie und Beruf sind nur zwei Beispiele dafür, dass globale wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandlungsprozesse auch in Ostbelgien ver- und ausgehandelt werden mussten. Der 1992 im Zuge der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro propagierte Slogan „Think Global – Act Local“ fand in vielen zivilgesellschaftlichen Engagements seinen Widerhall – sei es in der Friedens- und Umweltbewegung, in der Biolandwirtschaft oder den Weltläden und der Jugendarbeit. Die Überlagerung lokaler, regionaler, nationaler, europäischer und globaler Öffentlichkeiten, die ein zentrales Merkmal der Medialisierung demokratischer Gesellschaften und Lebenswelten ist, hat dazu geführt, dass sich Erfahrungsräume und Erwartungshorizonte der Menschen in Ostbelgien immer stärker globalisiert haben. Mit Reinhart Koselleck gesprochen ist Erwartung

„vergegenwärtigte Zukunft, sie zielt auf das nicht Erfahrene, auf das nur Erschließbare. Hoffnung und



Die Angst vor atomaren Gefahren blieb seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ein Dauerbrenner. Dies traf auf die Angst vor der atomaren Bedrohung im Zuge des Kalten Krieges zu. Die Angst vor Atomkraft betraf aber auch die zivile Nutzung und deren Folgen: Mit der Aktion AMEL-Nein (Atom Müll Endlager-Nein) machten tausende Eifeler im Jahr 1994 gegen die Einrichtung eines Endlagers in der Gemeinde Amel mobil.

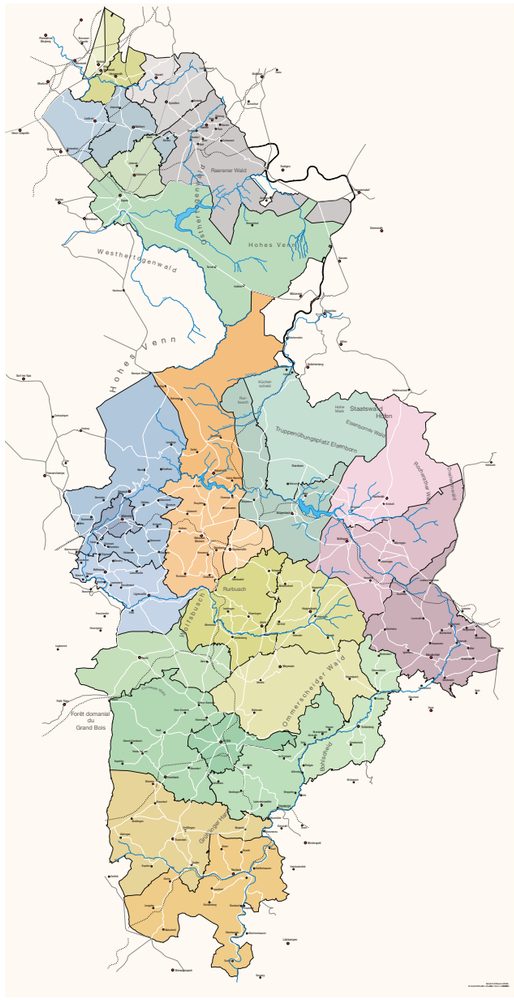
Furcht, Wunsch und Wille, die Sorge, aber auch rationale Analyse, rezeptive Schau oder Neugierde gehen in die Erwartung ein, indem sie diese konstituieren. […] Der Horizont meint jene Linie, hinter der sich künftig ein neuer Erfahrungsraum eröffnet, der aber noch nicht eingesehen werden kann.“[40]

Diese komplexen und sich überlagernden Prozesse auf die regionale und lokale Ebene herunterzubrechen und so historisch fassbar zu machen war und ist das Anliegen der Reihe Grenzerfahrungen und wird auch in diesem Band exemplarisch durchexerziert.

Ein erster Aufschlag

Damit wäre auch der Moment gekommen, auf die Beschränkungen und Leerstellen des vorliegenden Bandes hinzuweisen. Für die Periode der letzten sechzig Jahre ist die vorhandene Forschungsliteratur als sehr übersichtlich einzuschätzen. Die ostbelgische Historiografie hat sich mittlerweile ausgiebig mit der Zwischenkriegszeit, der Zeit des Zweiten Weltkriegs und der „sortie de guerre“, der aufkeimenden Autonomiebestrebungen in den 1960er Jahren sowie mit der „heißen Phase“ der Autonomiedebatte Anfang der 1970er Jahre beschäftigt. Über die Zeit „nach dem Boom“ liegen nur vereinzelte historische Studien vor. Vieles, was in diesem Band erstmals regionalhistorisch aufgearbeitet wird, lässt sich daher als ein „erster Aufschlag“ qualifizieren, das heißt als den Versuch, größere thematische Zusammenhänge in eine erste orientierende Erzählung zu formen. Manche Themenbereiche werden erstmals in einem eigenen Kapitel behandelt, so etwa die Gender-, Umwelt-, Mobilitäts- oder Vereinsgeschichte, andere liefern überblicksartige Darstellungen zu großen Themenkomplexen wie der Verwaltungsgeschichte, der wirtschaftlichen Entwicklung oder des dualen Ausbildungssystems. Für die meisten Kapitel gilt, dass historische Prozesse und Entwicklungen anhand ausgewählter Beispiele exemplarisch dargestellt und problematisiert werden. Historische Vollständigkeit wurde weder angestrebt noch war sie im Bereich des Leistbaren.

Zeitlich reichen viele Beiträge bis an die Gegenwart heran, wobei der Schwerpunkt aus inhaltlichen oder methodischen Gründen eher auf der Zeit bis zum Jahr 2000 liegt. Jüngste Ereignisse wie die Covid19-Pandemie oder die Überschwemmungen vom Sommer 2021 haben zwar den Arbeitsprozess und auch das Nachdenken über Zeitgeschichte beeinflusst, aber keinen direkten Niederschlag im Band gefunden. Zentral bleibt der seit dem Projektstart 2010 verfolgte Gedanke, dass die Grenzerfahrungen als „eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ neue Deutungsangebote zur historischen Entwicklung der Region machen. Andere und neue Blicke sind in Zukunft nicht nur erwünscht, sondern notwendig für eine lebendige und kritische Geschichtskultur im ostbelgischen Zwischenraum[41].



Die Gemeindefusionen in Belgien im Jahr 1977 haben die administrativen Strukturen im Land erheblich beeinflusst. Die Karte zeigt die Gemeinden in Ostbelgien vor der Fusion. Die Wahrung des Gleichgewichts zwischen den Altgemeinden bildet immer noch eine Herausforderung für die Kommunalpolitik in der Region.

Bewohner mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Ostbelgien (2008-2023)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Deutschland	11253	11235	11307	11350	11317	11188	11213	11152	11185	11184	11203	11269	11383	11411	11555	11704
Niederlande	766	770	761	757	759	727	701	699	703	669	652	619	612	598	594	574
Luxemburg	199	205	204	198	195	207	206	216	214	212	219	229	230	225	236	245
Spanien, Italien, Frankreich	292	312	326	333	335	316	336	355	366	389	370	379	376	393	410	434
Andere EU	472	487	548	560	627	643	679	734	816	825	837	873	900	890	904	920
Balkanregion (inkl. Kroatien)	557	572	642	680	692	619	547	516	529	567	601	628	648	704	721	737
Russland	279	188	234	241	259	243	251	242	250	231	249	238	241	225	214	186
Ukraine	19	16	21	22	23	21	21	21	19	17	27	33	38	41	40	580
Andere Europa	177	172	160	156	147	130	130	133	129	127	116	121	116	105	102	101
Türkei	87	135	151	159	172	167	153	158	165	180	218	250	272	284	265	260
Asien (ohne Türkei)	246	197	225	256	315	325	341	368	449	621	666	690	715	675	682	667
Subsahara Afrika	45	69	92	111	118	134	129	152	164	172	199	223	240	260	270	259
Nordafrika	84	85	104	114	114	105	108	112	120	133	135	161	155	138	142	144
Amerika	44	52	55	69	67	66	59	60	68	70	77	87	98	94	98	98
Sonstige	41	74	119	101	159	189	205	260	294	308	305	347	376	391	372	367
Total	14561	14569	14949	15107	15299	15080	15079	15178	15471	15705	15874	16147	16400	16434	16605	17276

Rund 12% der ostbelgischen Bevölkerung sind deutsche Staatsbürger. Neben Bewohnern mit anderen westeuropäischen Staatsangehörigkeiten ist der Anteil von Zuwanderern aus südost- und osteuropäischen Regionen sowie aus Afrika in den letzten 20 Jahren stetig angewachsen. Auch im ländlichen Raum machen sich die Folgen internationaler Krisen mehr und mehr bemerkbar.

Endnoten

1 Ein neuer Anfang für Ostbelgien, in: Grenz-Echo, 24.10.1973, S. 1.
2 Anselm Doering-Manteuffel, Lutz Raphael, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008.
3 Lutz Raphael, Gewinner und Verlierer in den Transformationen industrieller Arbeitswelten Westeuropas nach dem Boom, in: Christian Marx, Morten Reitmayer (Hrsg.), Gewinner und Verlierer nach dem Boom. Perspektiven auf die westeuropäische Zeitgeschichte, Göttingen 2020, S. 57-81, hier S. 58.
4 Lutz Raphael, Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom, Berlin 2019.
5 Christian Rau, Tagungsbericht. Varianten des Wandels: Neue Perspektiven auf die Region in der jüngsten Zeitgeschichte 1970-2020. Münster (digital) 17.03.-18.03.2021, in: https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-127494?title=varianten-des-wandels-neue-perspektiven-auf-die-region-in-der-juengsten-zeitgeschichte-1970-2020 (08.05.2021, letzter Aufruf 29.05.2023); Raphael, Gewinner, in: Marx/Reitmayer, Gewinner, S. 79.
6 Vitus Sproten, Der Klang des Strukturwandels. Die Geschichte der freien Radios in den Niederlanden, Belgien und Nordrhein-Westfalen 1975-1990, Göttingen 2022, S. 137-142.
7 Raphael, Gewinner, in: Marx/Reitmayer, Gewinner, S. 66.
8 Peter Quadflieg, Übergang, Anpassung, Boom. Regionale Wirtschaftsentwicklung im europäischen Rahmen, in: Carlo Lejeune, Christoph Brüll (Hrsg.), Grenzerfahrungen. Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Bd. 5: Säuberung, Wiederaufbau, Autonomiediskussionen (1945-1973), Eupen 2014, S. 118-187, hier S. 143-145.
9 Sproten, Klang, S. 179-180.
10 Nationalität und Herkunft der ostbelgischen Einwohner, https://ostbelgienstatistik.be/desktopdefault.aspx/tabid-7323/12053_read-66184/ (letzter Aufruf 24.8.2023).
11 Raphael, Kohle, S. 476.
12 Hierzu gehört auch das Wirken von ostbelgischen Politikern in europäischen Institutionen und in der Arbeitsgemeinschaft europäischer Grenzregionen. So gehörte Karl-Heinz Lambertz dem Europäischen Ausschuss der Regionen seit 2001 an. Von 2011 bis 2015 war er Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion im AdR. Von 2017 war er er für eine zweieinhalbjährige Amtszeit dessen Erster Vizepräsident, 2017 bis 2020 war er Präsident des Ausschusses. Zur AGEG siehe Anna Quadflieg, 50 Jahre Arbeitsgemeinschaft europäischer Grenzregionen, (= Schriftenreihe der Deutschsprachigen Gemeinschaft, 19), Eupen 2023. Zu erwähnen ist aber auch die gesicherte Vertretung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Europäischen Parlament seit 1994 (Mathieu Grosch (CSP), 1994-2014; Pascal Arimont (CSP, seit 2014).
13 Anselm Doering-Manteuffel, Lutz Raphael und Thomas Schlemmer (Hrsg.), Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom, Göttingen 2016.
14 Hans-Günther Hockerts, Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder, in: Historisches Jahrbuch 113 (1993), S. 98-127.
15 Pierre Bourdieu, Loic Wacquant, An Invitation to Reflexive Sociology, Chicago 1992.
16 Stefan Haas, Theoriemodelle der Zeitgeschichte, in: Frank Bösch, Jürgen Danyel (Hrsg.): Zeitgeschichte. Konzepte und Methoden, Göttingen 2012, S. 67-83.
17 Paul Ricoeur, Le mémoire, l'histoire, l'oubli, Paris 2003; Pierre Nora, Entre mémoire et histoire. La problématique des lieux, Paris 1984; Clemens Wischermann (Hrsg.): Die Legitimität der Erinnerung und die Geschichtswissenschaft, Stuttgart 1996; Harald Welzer (Hrsg.): Das soziale Gedächtnis. Geschichte, Erinnerung, Tradierung, Hamburg 2001.
18 Martin Sabrow, Norbert Frei (Hrsg.): Die Geburt des Zeitzeugen nach 1945, Göttingen 2012.
19 François Hartog, Régimes d'historicité. Présentisme et expériences de temps, Paris 2012, S. 270.
20 Andreas Fickers, Von der Bewältigung überwältigt? Vom Nutzen und Nachteil der Historie für Ostbelgien, in: Carlo Lejeune, Andreas Fickers, Freddy Cremer (Hrsg.): Spuren in die Zukunft. Anmerkungen zu einem bewegten Jahrhundert. Eupen 2001, S. 77-86.
21 Frank Biess, Republik der Angst. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik, Reinbek bei Hamburg 2019, S. 31.
22 Siehe Christoph Brüll, Andreas Fickers, Zwischentöne. 100 Jahre Ostbelgien (1920-2020). 8 Radioessays, Eupen 2020, S. 115. Diese Floskel taucht beinahe mantrahaft in zahlreichen Reden von Lambertz auf, die man auf der persönlichen Webseite des Politikers nachlesen kann (http://www.lambertz.be/?cat=1).
23 Christoph Brüll, Minderheitenangst und Zerfallsfurcht. Vorstellungen von der Zukunft Belgiens in den Autonomiedebatten der deutschsprachigen Belgier seit den 1980er Jahren, in: Europäisches Journal für Minderheitenfragen, 2023/2.
24 Karl-Heinz Lambertz, „ZOOM 1920-2010. Nachbarschaften – Neun Jahrzehnte nach Versailles", 24.09.2010 (http://www.lambertz.be/?p=1942 (letzter Aufruf: 24.8.2023)).
25 Walter Pauli, Belgique. L'État échoué, in: La Revue nouvelle, 2016, Heft 5, S. 61-68; Caroline Van Wynsberghe, The End of Belgium As We Know It: From Consociational Democracy to Partitocratic Deadlock?, in: Alberto López-Basaguren, Leire Escajedo San-Epifanio (Hrsg.), Claims for Secession and Federalism. A Comparative Study with a Special Focus on Spain, Berlin 2019, S. 203-219.
26 Siehe zum Beispiel die Grundsatzerklärung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft aus dem Jahr 2011 (Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Sitzungsperiode 2010–2011, Dokument Nr. 83–1, Vorschlag einer Grundsatzerklärung des Parlaments zur Positionierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Prozess der Staatsreform, 20.06.2011).
27 Regionales Entwicklungskonzept, Bd.1: „DG – Ostbelgien leben 2025" (https://ostbelgienlive.be/desktopdefault.aspx/tabid-1472/2433_read-99/ (letzter Aufruf: 24.8.2023)).
28 Karl-Heinz Lambertz, Ansprache des Festaktes zum Tag der Deutschsprachigen Gemeinschaft in St. Vith, 13.11.2009 (http://lambertz.be/?p=2019 (letzter Aufruf: 24.8.2023)).
29 Rede von Karl-Heinz Lambertz zur Verabschiedung der PDB: „Was bleibt, wenn es vorbei ist?", 14.11.2009 (http://www.lambertz.be/?p=2042 (letzter Aufruf: 24.8.2023)).
30 Regionales Entwicklungskonzept, Bd. 4 (2015), S. 8.
31 Ostbelgier nach ihrer Meinung gefragt, https://ostbelgienstatistik.be/desktopdefault.aspx/tabid-5954/6366_read-54273/ (letzter Aufruf: 24.8.2023).
32 Siehe Heide Newson, „100 Jahre Ostbelgien – und der belgische Senat rockt", in: Belgieninfo. 11. Januar 2020 (https://belgien-info.net/100-jahre-ostbelgien-und-der-belgische-senat-rockt/ (letzter Aufruf: 24.8.2023)).
33 Rede des Parlamentspräsidenten Karl-Heinz Lambertz anlässlich der 100-jährigen Zugehörigkeit Ostbelgiens zum Königreich Belgien. Brüssel, 9. Januar 2020 (http://www.lambertz.be/wp-content/uploads/2020/01/20200109-Rede-100-Jahre-Ostbelgien.pdf (letzter Aufruf: 24.8.2023)).
34 Andreas Fickers, Gedächtnisopfer. Erinnern und Vergessen in der Vergangenheitspolitik der deutschsprachigen Belgier im 20. Jahrhundert, In: zeitenblicke 3/1 [09.06.2004], <http://zeitenblicke.historicum.net/2004/01/fickers/index.html (letzter Aufruf: 24.8.2023); Freddy Cremer, „Verschlusssache" Geschichte. Über den Umgang mit der eigenen Vergangenheit. In: Lejeune/Cremer/Fickers, Spuren, S. 9–26.
35 Jan Plamper, Geschichte und Gefühl. Grundlagen der Emotionsgeschichte, München 2012.
36 Ute Frevert, Vergängliche Gefühle, Göttingen 2013.
37 https://brf.be/tag/sendereihe-100-jahre-ostbelgien/ (letzter Aufruf: 24.8.2023).
38 Joachim Radkau, Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte, München 2011.
39 Antal Wozniak, Hartmut Wessler, Chung-hong Chan und Julia Lück, The Event-Centered Nature of Global Public Spheres: The UN Climate Change Conferences, Fridays for Future, and the (Limited) Transnationalization of Media Debates, in: International Journal of Communication, 15(2021), S. 688–714.
40 Reinhart Koselleck, Erfahrungsraum und Erwartungshorizont – zwei historische Kategorien, in: ders., Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt a.M. 1979, S.349-375, hier S. 355-356.
41 Zum Konzept des „Zwischenraums" als analytischer Kategorie der Geschichtsschreibung Ostbelgiens siehe Christoph Brüll, Andreas Fickers, „Zeit-Räume in langen 19. Jahrhundert. Erfahrungen von Verdichtung, Beschleunigung und Beharrung, in: Carlo Lejeune (Hrsg.), Grenzerfahrungen. Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Bd. 3: Code Civil, beschleunigte Moderne und Dynamiken des Beharrens (1794-1919), Eupen 2016, S. 7-27.







OSTBELGIEN (DIE DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT) IM FÖDERALEN BELGIEN

POLITISCHE MITWIRKUNG UND RECHTLICHE STELLUNG

VON ANDY JOUSTEN UND CHRISTIAN BEHRENDT





Belgien entwickelte sich seit den 1970er Jahren von einem Einheitsstaat zu einem Staat mit anerkannten Gemeinschaften und Regionen. Auch die deutschsprachigen Belgier erhielten bei dieser Entwicklung ihren Platz im belgischen Staatsgefüge. Doch welche Einflussmöglichkeiten existierten für die kleine Minderheit? Wie entwickelten sich ihre Forderungen? Schenkte man ihren Wünschen in Brüssel und Namur Gehör?

Einleitung

Im vorliegenden Beitrag behandeln wir die Rolle und die Stellung Ostbelgiens im belgischen Föderalisierungsprozess ab 1970.[1] Er zielt darauf ab, einerseits die Rolle der Deutschsprachigen Gemeinschaft – oder, allgemeiner, der deutschsprachigen Politiker – in der Entwicklung Belgiens von einem Zentralstaat zu einem Staat mit anerkannten Gemeinschaften und Regionen zu analysieren und andererseits auf ihre Stellung im föderalen Belgien einzugehen.

Zunächst werden wir die erstgenannte Thematik betrachten: Welchen Einfluss hatten die deutschsprachigen Politiker im Föderalisierungsprozess? Dies betrifft die Mitwirkung auf föderaler Ebene sowohl bei institutionellen Aspekten bzgl. der Organisation und der Funktionsweise der Teilstaaten als auch bei materiellen Aspekten bzgl. der Zuständigkeiten, die den Teilstaaten übertragen werden.

Letztere Thematik behandeln wir im zweiten Teil des Beitrags: Welche rechtliche Stellung kam oder kommt der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu verschiedenen Zeitpunkten in diesem Prozess zu? Analysiert wird also das Statut der Deutschsprachigen Gemeinschaft (hiernach in der Regel: DG), das wir im Hinblick auf seine Besonderheiten gegenüber den anderen Teilstaaten untersuchen werden. Gleichzeitig bietet der zweite Teil unseres Beitrags uns auch die Gelegenheit, auf die Beziehungen zwischen der DG und der Wallonischen Region einzugehen, die einen nicht unbeträchtlichen Einfluss auf die Handlungsmöglichkeiten der DG haben.

Beide Fragen werden von einer juristischen Perspektive aus untersucht. Diese Perspektive schließt nicht aus, dass wir – in Anwendung einer kontextuellen Methode – auch andere Faktoren, darunter vor allem historische und politische, mit einbeziehen. Insbesondere werden wir u. a. anhand von parlamentarischen Dokumenten versuchen, die Forderungen der deutschsprachigen Politiker im Bereich der soeben genannten Fragen aufzuzeigen und ihren etwaigen Einfluss zu beleuchten. Ebenfalls werden wir auf die diesbezüglichen Stellungnahmen der zuständigen Entscheidungsträger eingehen.

Die Komplexität des Themas macht es notwendig, einführend eine kurze und teils vereinfachte Übersicht der belgischen Föderalstaatsstruktur zu liefern, die als Grundlage für den Beitrag und den gesamten Band dienen kann.

Aus den ersten Artikeln der belgischen Verfassung geht hervor, dass das Königreich Belgien ein Bundesstaat – oder, nach belgischer Rechtsterminologie, ein „Föderalstaat" – ist.[2] Zusammengefasst handelt es sich dabei um eine Regierungsform, in der neben einer Bundesbehörde, die für das gesamte Staatsgebiet zuständig ist, auch Teilstaaten bestehen. Letztere verfügen über eine mehr oder weniger ausgeprägte Autonomie und üben die Zuständigkeiten, die ihnen zukommen, in bestimmten Teilen des Staatsgebiets aus.

Auf institutioneller Ebene kennzeichnet sich der belgische Föderalismus vor allem dadurch, dass neben der Föderalbehörde zwei Arten von Teilstaaten bestehen. Es handelt sich dabei um die Gemeinschaften (die Flämische Gemeinschaft, die Französische Gemeinschaft und die Deutschsprachige Gemeinschaft) und um die Regionen (die Wallonische Region, die Flämische Region und die Region Brüssel-Hauptstadt).

Sowohl die Föderalbehörde als auch die Gemeinschaften und Regionen verfügen über die gesetzgebende und die ausführende Gewalt, die sie durch ein gewähltes Parlament und eine Regierung auf ihrem Territorium ausüben. Im Folgenden werden wir uns vor allem der Föderalregierung, dem föderalen Parlament – zusammengesetzt aus der Abgeordnetenkammer und dem Senat –, der Regierung und dem Parlament der Wallonischen Region sowie der Regierung und dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft zuwenden.

Bei der Zuständigkeitsverteilung gilt der sogenannte Ausschließlichkeitsgrundsatz, der zur Folge hat, dass eine bestimmte materielle Zuständigkeit an einer bestimmten Stelle des Staatsgebiets nur durch einen bestimmten Gesetzgeber ausgeübt werden darf.[3] Die Normen, die die Föderalbehörde und die Teilstaaten in der Ausübung ihrer jeweiligen Zuständigkeiten verabschieden, haben die gleiche Rechtskraft.[4] Es gibt also im belgischen Föderalismus keine Normenhierarchie zwischen den Rechtsbestimmungen des Bundes und der Teilstaaten, wie dies beispielweise in der Bundesrepublik Deutschland der Fall ist („Bundesrecht bricht Landesrecht").

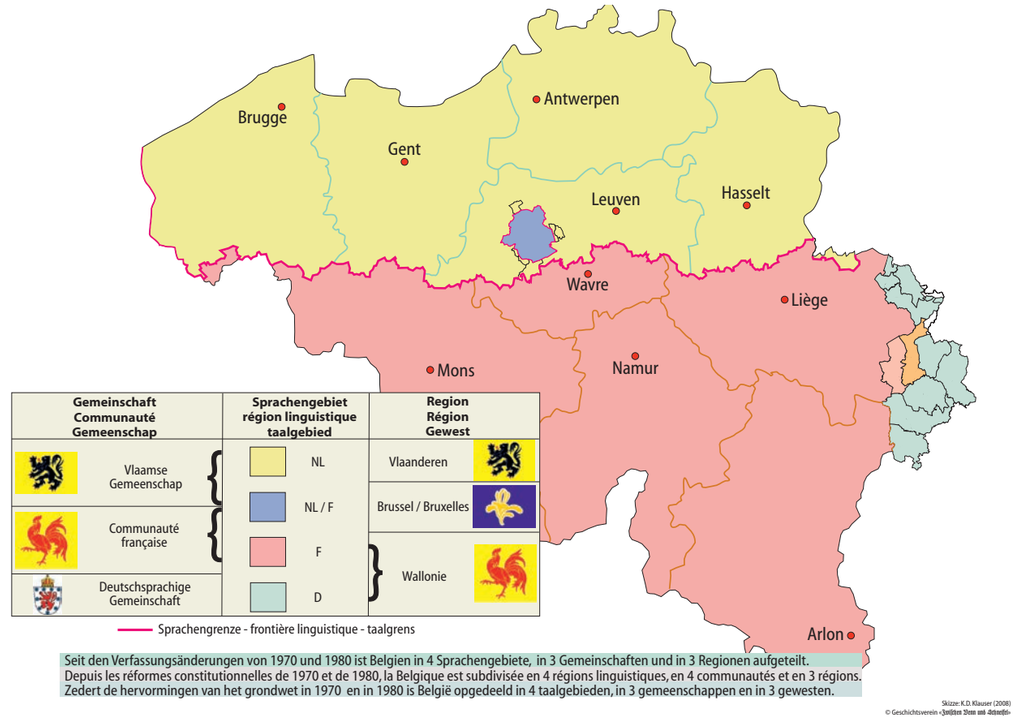
Die Föderalbehörde

Die Föderalbehörde übt ihre Zuständigkeiten auf dem gesamten belgischen Staatsgebiet aus. Neben Zuständigkeiten, die ihr ausdrücklich von der Verfassung oder von Gesetzen zugesprochen werden, besitzt sie auch die Residualzuständigkeit. Diese ermöglicht es ihr, alle Bereiche zu regeln, die nicht ausdrücklich in die Zuständigkeiten der Gemeinschaften und Regionen fallen.[5] Ohne hier tiefer auf diese Unterscheidung einzugehen, kann man hervorheben, dass die Föderalbehörde beispielsweise ausgedehnte Zuständigkeiten in der Justiz, der Sicherheit, der Asylpolitik oder der Geldpolitik hat.[6] Für den vorliegenden Beitrag ist vor allem wichtig, dass die meisten institutionellen Angelegenheiten – also u. a. die Organisation der Teilstaaten und die Zuständigkeitsverteilung im föderalen Belgien – auf föderaler Ebene geregelt werden.

Die drei Regionen

Die örtliche Zuständigkeit der Wallonischen und der Flämischen Region orientiert sich an der Aufteilung des Landes in Provinzen. So ist die Flämische Region in den Provinzen Antwerpen, Flämisch-Brabant, West- und Ostflandern sowie Limburg zuständig. Die Zuständigkeit der Wallonischen Region betrifft die Provinzen Wallonisch-Brabant, Hennegau, Namur, Luxemburg und Lüttich. Damit ist die Wallonische Region auch für das deutsche Sprachgebiet zuständig, das bekanntermaßen zur Provinz Lüttich gehört. Die Region Brüssel-Hauptstadt ist im gleichnamigen (provinzfreien) Verwaltungsbezirk zuständig.

Zusammengefasst verfügen die Regionen vor allem über sozioökonomische und räumliche Zuständigkeiten,[7] wie zum Beispiel Raumordnung, Umwelt- und Naturschutz, Wasserpolitik, Landwirtschaft, ländliche Erneuerung, Wohnungswesen, Wirtschaft, Beschäftigungspolitik, öffentliche Arbeiten und Nahverkehr.



Der Belgische Föderalstaat bestehend aus Gemeinschaften und Regionen.

Die drei Gemeinschaften

Die territoriale Zuständigkeit der Gemeinschaften wird durch die 1963 geschaffenen Sprachgebiete bestimmt. Die Französische Gemeinschaft ist im französischen Sprachgebiet und im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt zuständig. In letztgenanntem Gebiet sowie im niederländischen Sprachgebiet übt auch die Flämische Gemeinschaft ihre Zuständigkeiten aus. Im Gebiet Brüssel-Hauptstadt hängt die Zuständigkeit der Französischen und der Flämischen Gemeinschaft jeweils von der sprachlichen Zugehörigkeit der von der Regelung betroffenen Einrichtungen (Schule, Bibliothek, Museum etc.) ab. Bei der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die nicht im Gebiet Brüssel-Hauptstadt befugt ist, ist die territoriale Zuständigkeit demnach einfacher: Sie ist (nur) im deutschen Sprachgebiet befugt, welches die neun deutschsprachigen Gemeinden umfasst. Dabei darf nicht vergessen werden, dass es in Belgien ebenfalls Gemeinden mit sogenannten Spracherleichterungen gibt, in denen Zuständigkeiten zwar i. d. R. durch die zuständigen Gebietseinheiten ausgeübt werden, in denen die Verwaltungen im Kontakt mit den Bürgern aber die Sprache verwenden müssen, in der sich der Bürger an sie richtet. So bestehen solche Spracherleichterungen in allen neun Gemeinden des deutschen Sprachgebiets. Französischsprachige Bürger haben somit dort das Recht, sich auf Französisch an ihre Gemeinde zu wenden und auch in dieser Sprache von ihr eine Antwort zu erhalten.

Die Zuständigkeiten der Gemeinschaften betreffen die kulturellen Angelegenheiten, wie z. B. den Schutz der Sprache, das Unterrichtswesen, verschiedene Aspekte des Sprachengebrauchs sowie die sogenannten personenbezogenen Angelegenheiten. Letztere betreffen verschiedene Aspekte der Gesundheitspolitik, z. B. die Politik der Pflegeleistung in Altenheimen, und den Personenbeistand, z. B. den Jugendschutz.

Der Föderalisierungsprozess

Der belgische Föderalismus wird als zentrifugaler Föderalismus bezeichnet.[8] Damit verweist man auf die Tatsache, dass der belgische Staat sich in einer dissoziativen Dynamik vom Einheitsstaat zu einem Föderalstaat entwickelt hat, in dem Zuständigkeiten vom Zentralstaat auf Gliedstaaten übertragen werden, denen (mehr oder weniger ausgeprägte)



Die Einsetzung der ersten Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft am 30. Januar 1984 in Eupen.

Autonomie gewährt wird. Auf verfassungsrechtlicher Ebene begann dieser Prozess 1970 mit der ersten Staatsreform und wurde anschließend in fünf weiteren Staatsreformen vertieft und fortgeführt (1980, 1988, 1993, 2001, 2014).[9]

Die Entscheidungen, die die belgische Staatsstruktur und die Zuständigkeiten der Gliedstaaten betreffen, werden auf föderaler Ebene getroffen. In der Regel sind sie Teil der politischen Verhandlungen, die einer Regierungsbildung vorhergehen. Genau wie bei der Regierungsbildung werden die Verhandlungen über eine mögliche Staatsreform meist durch Vertreter der flämischen und frankophonen Parteien geführt, die an einer zukünftigen Regierung beteiligt sind. Es handelt sich dabei um einen Ausdruck der Bipolarität des belgischen Föderalismus, bei dem fast ausschließlich flämische und frankophone Forderungen artikuliert werden. Dies ist auch so, weil der Anteil der deutschsprachigen Bevölkerung bei nur rund 0,7 Prozent der Gesamtbevölkerung (11,5 Mio.) liegt.

Es besteht jedoch für die deutschsprachigen Politiker die Möglichkeit, auf indirekte Art politischen Einfluss auf die Verhandlungen zur Staatsreform auszuüben. Man denke beispielsweise an die Anwesenheit von mehreren deutschsprachigen Politikern in den Vorständen frankophoner Parteien[10] oder auch die vom Parlament der DG verabschiedeten Resolutionen und Stellungnahmen, die uns noch im weiteren Verlauf des Kapitels beschäftigen werden.

Die auf politischer Ebene getroffenen Vereinbarungen müssen anschließend auf rechtlicher Ebene umgesetzt werden. Dies geschieht insbesondere durch Verfassungsrevisionen und Abänderungen verschiedener institutioneller Gesetze, darunter das Sondergesetz vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen (hiernach: das Sondergesetz) und das Gesetz über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft vom 31. Dezember 1983.[11] Auch wenn das Sondergesetz die Deutschsprachige Gemeinschaft nicht direkt betrifft – sondern die Wallonische und die Flämische Region sowie die Französische und die Flämische Gemeinschaft –, ist es dennoch wichtig für den deutschsprachigen Gliedstaat. In vielen Fällen verweist das Gesetz über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft nämlich hierauf, so beispielsweise bei der Auflistung der Gemeinschaftszuständigkeiten. Das hat zur Folge, dass eine Abänderung der Gemeinschaftszuständigkeiten, die im Sondergesetz aufgeführt sind, im Prinzip auch indirekt einen Einfluss auf die Situation der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat.

Dabei verläuft das Verfahren zur Verfassungsabänderung in Belgien seit der Staatsgründung nach einem in der Verfassung (Art. 195, früher Art. 131) festgelegten Verfahren: Die gesetzgebende Gewalt gibt bestimmte Verfassungsartikel zur Abänderung frei. Diese Beschlussfassung hat die automatische Auflösung des Parlaments zur Folge, und es kommt zu Neuwahlen. Die neugewählte Legislative entscheidet dann darüber, ob und in welcher Weise die benannten Verfassungsartikel abgeändert werden. Für die Verabschiedung der neuen Verfassungsbestimmungen bedarf es in beiden Kammern der Anwesenheit von mindestens zwei Dritteln ihrer Mitglieder sowie einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen.

Das Verabschieden (oder Abändern) eines Sondergesetzes ist noch strengeren Mehrheitsvoraussetzungen unterworfen. So kann ein Sondergesetz nur dann abgeändert werden, wenn:

- die Mehrheit der Mitglieder der niederländischen und der französischen Sprachgruppen der Kammer und des Senats anwesend sind;

- die Stimmenmehrheit in den beiden Sprachgruppen einer jeden Kammer erreicht wird;



Die neue Regierungskonstellation bestehend aus der Sozialistischen Partei, der Partei für Freiheit und Fortschritt und Ecolo im Jahr 1999 war eine wichtige Wegmarke in der politischen Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

- die Gesamtzahl der Jastimmen aus beiden Sprachgruppen zwei Drittel der in einer jeden Kammer abgegebenen Stimmen erreicht.[12]

Die Abänderung des Gesetzes über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft erfordert keine solche Sondermehrheit, obliegt jedoch dem strikten Zweikammersystem, in dem Kammer und Senat mit einer einfachen Mehrheit über einen Abänderungsvorschlag bzw. -entwurf abstimmen.[13] Die Zusammensetzung der Institutionen, die mit der rechtlichen Umsetzung einer Staatsreform betraut sind, spielt eine nicht unwesentliche Rolle bei der Bipolarität des grundlegenden Föderalisierungsprozesses auf föderaler Ebene. Sowohl die Föderalregierung als auch das Föderalparlament setzen sich rechtlich betrachtet ausschließlich aus niederländisch- und französischsprachigen Politikern zusammen.

So sieht Artikel 99 Absatz 2 der Verfassung vor, dass „[…] der Ministerrat ebenso viele niederländischsprachige wie französischsprachige Minister [zählt]“. Die Verfassung sieht somit keinerlei garantierte Vertretung der deutschsprachigen Belgier im Ministerrat vor.[14] Gleiches gilt für die Staatssekretäre, die Teil der Föderalregierung, aber nicht des Ministerrats sind.[15] Die Vertretung der Deutschsprachigen in der Regierung stellt allerdings auch keine Forderung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bzw. der deutschsprachigen Politiker dar.[16]

Deutschsprachige Belgier in Kammer und Senat (1973-2023)		
Name	**Partei**	**Sitzungsdauer**
Willy Schyns	CSP	Kammer (1961-1981)
Albert Gehlen	CSP	Kammer (1981-1999)
Alfred Evers	PFF	Kammer (1974-1977, 1978-1985), Senat (1977-1978, 1985-1995)
Katrin Jadin	PFF	Kammer (2007-2022)
Ferdi Dupont	SP	Kammer (1977-1978)
Hubert Chantraine	CSP	Senat (1995-1999)
Berni Collas	PFF	Senat (2004-2010)
Alexander Miesen	PFF	Senat (2014-2016, 2019-2021)
Gregor Freches	PFF	Senat (2021-)
Albert Daulne	SP	Senat (1973-1981)
Bernard Eicher	SP	Senat (1981-1991)
Louis Siquet	SP	Senat (1999-2004, 2010-2014)
Karl-Heinz Lambertz	SP	Senat (2016-2019)
Joseph Benker	Ecolo	Senat (1991-1995)
Claudia Niessen	Ecolo	Senat (2010-2012)

Kammer und Senat setzen sich hauptsächlich aus niederländisch- und französischsprachigen Parlamentariern zusammen. Den deutschsprachigen Bürgern (wie bereits erwähnt ungefähr 0,7 Prozent der gesamten Bevölkerung Belgiens) wird mit Ausnahme eines Senators (siehe hiernach) keine Vertretung im föderalen Parlament garantiert.

Die einzig rechtlich garantierte Vertretung der deutschsprachigen Bevölkerung gibt es im Senat. So sieht Artikel 67 § 1 Nr. 5 seit der sechsten Staatsreform vor, dass einer der sechzig Senatoren vom Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft benannt wird. Schon vor der sechsten Staatsreform bestand eine garantierte Vertretung der deutschsprachigen Belgier. Seit der Reform des Senats von 1993[17] wurde einer der sogenannten Gemeinschaftssenatoren durch das Parlament der DG benannt.[18]



Seit 1984 befindet sich der Sitz der Regierung im Haus Grand Ry in der Gospertstraße in Eupen.

Allerdings hat die Rolle des Senats anlässlich der sechsten Reform (noch einmal) stark abgenommen, da er in der alltäglichen Gesetzgebungsarbeit kaum noch eine Rolle spielt.[19]

Die verschiedenen deutschsprachigen Parteien waren sich nicht zwingend einig bzgl. der Schaffung eines eigenen Wahlbezirks für die Deutschsprachige Gemeinschaft. Beispielsweise war Ecolo Anfang der 1990er Jahre zwar grundsätzlich für eine garantierte Vertretung der Deutschsprachigen, aber gegen die Schaffung eines eigenen Wahlbezirks. Aufgrund der geringen Anzahl von Mandaten, die in diesem Bezirk zu vergeben gewesen wären, waren die Grünen nämlich der Auffassung, dass dieser Wahlbezirk keine angemessene Repräsentation der in der DG vertretenen ideologischen, philosophischen, kulturellen und sozialen Tendenzen garantieren würde.[20] In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, dass ein eigener Wahlbezirk für die deutschsprachigen Belgier für die Wahlen zum Parlament der Europäischen Union existiert und dort ähnliche Vorbehalte geltend gemacht wurden bzw. werden.[21]



Immer wieder existierten Bemühungen, den Bürgern den Mehrwert der Autonomie näherzubringen, wie ein Schild an einem denkmalgeschützten Haus verdeutlicht, das mit Subventionen der Deutschsprachigen Gemeinschaft restauriert wurde.

In Anwendung von Artikel 78 des Gesetzes über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft hat das Parlament der DG in zwei Fällen das Recht, gehört zu werden und eine Stellungnahme an die Bundesebene richten. Bei dem ersten Fall handelt es sich um

„jegliche Abänderung der auf das deutsche Sprachgebiet anwendbaren Gesetze und Erlasse mit Verordnungscharakter, die den Sprachengebrauch für Verwaltungsangelegenheiten, […] für die sozialen Beziehungen zwischen den Arbeitgebern und ihrem Personal sowie für die durch das Gesetz oder durch Verordnungen vorgeschriebenen Akte und Unterlagen der Unternehmen betreffen".

Wie wir im weiteren Verlauf des Kapitels feststellen werden, handelt es sich dabei um die Aspekte des Sprachengebrauchs, in denen die DG im Gegensatz zu den beiden „großen" Gemeinschaften über keine Zuständigkeit verfügt.

Der zweite Fall betrifft die Abänderungen des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 und die sich darauf beziehenden Erlasse mit Verordnungscharakter.[22] Diese Bestimmung ist ein Überbleibsel aus der Ursprungszeit des Rates der deutschen Kulturgemeinschaft. Sie erklärt sich dadurch, dass der Rat sich – im Gegensatz zu den Räten der zwei „großen" Gemeinschaften – nicht aus Mitgliedern des föderalen Parlaments zusammensetzte, weshalb seine Mitglieder kein Mitspracherecht bzgl. der Abänderungen ihres Statuts besaßen.[23] Die betroffenen Texte müssen durch die föderalen Institutionen für eine Stellungnahme dem Parlament der DG verpflichtend unterbreitet werden. Geschieht das nicht, kann dies einen Einfluss auf die Legalität der Texte haben.[24] Allerdings handelt es sich bei der Stellungnahme um eine sogenannte einfache Stellungnahme, die die föderalen Institutionen inhaltlich nicht bindet.

Außerhalb dieser gesetzlich vorgesehenen Stellungnahmen ist es ebenfalls vorgekommen, dass föderale Institutionen, und insbesondere der föderale Gesetzgeber, dem Parlament der DG verschiedene Gesetzesinitiativen freiwillig zur Stellungnahme vorgelegt hat.[25] Natürlich kann das Parlament auch unabhängig von konkreten Reformvorhaben zum Föderalisierungsprozess Stellung beziehen und hat dies auch getan, u. a. anlässlich der Grundsatzerklärung zur Positionierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Prozess der Staatsreform von 2011.[26]

Die Stellung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im belgischen Föderalsystem

Die DG im Vergleich zu den „großen" Gemeinschaften

Verfügte das deutsche Sprachgebiet nach der ersten Staatsreform 1970-1973 eher über eine symbolische Autonomie, die nicht gleichwertig mit der Autonomie des Rates der französischen Kulturgemeinschaft und der flämischen Kulturgemeinschaft war, besitzt das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft seit 2014 größtenteils gleichwertige Zuständigkeiten wie die beiden anderen Gemeinschaften des Landes.

Im Gegensatz zu den beiden „großen" Gemeinschaften erhielt die Deutschsprachige Gemeinschaft erst im Jahr 2014 die sogenannte konstitutive Autonomie, die es den Gliedstaaten erlaubt, verschiedene Aspekte ihrer eigenen Organisationen selbst zu regeln.[27] Die Flämische Gemeinschaft, die Französische Gemeinschaft und die Wallonische Region besaßen diese Autonomie bereits seit der vierten Staatsreform (1993).

Thomas analysiert, dass vor allem in der Anfangsphase der Autonomiebestrebungen der deutschsprachigen Belgier in den 1960er und 1970er Jahren der Schutz der kulturellen und sprachlichen Interessen der Minderheit als argumentatives Grundgerüst für die Forderungen im Fokus stand. Seitdem bildeten diese Themen zwar noch immer eine wichtige Basis für die Forderungen, es könne aber nur noch in sehr begrenztem Maße aus diesen neuen Ansprüchen ein Mehrwert in sprachlich-kultureller Hinsicht abgeleitet werden. Zu diesen Argumenten gesellten sich seitdem immer wieder Verweise auf die geografische und sozioökonomische Sondersituation des deutschen Sprachgebiets, das als Grenzregion „angepasste Lösungen" für seine Bevölkerung brauche.[28]

Die Interaktion mit der Wallonischen Region

In diesem Zusammenhang erklärt sich das Interesse der Deutschsprachigen Gemeinschaft an den Zuständigkeiten der Wallonischen Region, die ebendiese sozioökonomischen und territorialpolitischen Bereiche betreffen. Grundsätzlich übt die Wallonische Region ihre Zuständigkeiten auch im deutschen Sprachgebiet aus. Wie in der Abgeordnetenkammer hängt auch im Wallonischen Parlament die Anwesenheit von deutschsprachigen Parlamentariern von ihren Wahlresultaten und ihrem Listenplatz ab.



Der belgische Staat wurde seit den 1970er Jahren grundlegend umgebaut. Die wichtigsten Veränderungen waren die Schaffung der Gemeinschaften und Regionen, aber auch die Gemeinden blieben von den Reformen nicht verschont. Gab es bis 1977 noch 25 Gemeinden im deutschen Sprachgebiet, waren es nach 1977 nur noch neun Gemeinden, wie die Bürgermeister am Anfang der 2000er Jahre auf dem Bild verdeutlichen.

Deutschsprachige Belgier im Parlament der Wallonischen Region (1980-2023)		
Willy Schyns	CSP	1980-1981
Albert Gehlen	CSP	1981-1995
Elmar Keutgen	CSP	1999-2004
Herbert Grommes	CSP	2004-2009
Alfred Evers	PFF	1980-1985, 1995-1999
Jenny Baltus-Möres	PFF	2014-2019
Christine Mauel	PFF	2019-
Albert Daulne	SP	1980-1981
Edmund Stoffels	SP	1999-2019
Monika Dethier-Neumann	Ecolo	2004-2014
Anne Kelleter	Ecolo	2019-

Gleichzeitig besteht aber ein Verfassungsmechanismus, der es der Deutschsprachigen Gemeinschaft ermöglicht, im deutschen Sprachgebiet Zuständigkeiten der Wallonischen Region auszuüben.[29] Besagter Verfassungsmechanismus resultiert aus Artikel 139 der Verfassung (ursprünglich Artikel 59*ter* § 3):

„Auf Vorschlag ihrer jeweiligen Regierung können das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft und das Parlament der Wallonischen Region in gegenseitigem Einvernehmen und jedes durch Dekret beschließen, dass das Parlament und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im deutschen Sprachgebiet Befugnisse der Wallonischen Region ganz oder teilweise ausüben […]."[30]

Der 139. Verfassungsartikel existiert in seiner heutigen Version seit 1983. Diese Verfassungsbestimmung war somit Teil der zweiten Staatsreform, bei der die Wallonische Region und die Flämische Region mehr Zuständigkeiten erhielten. Die Wallonische Region sollte fortan regionale Zuständigkeiten auf dem deutschen Sprachgebiet ausüben. Die womöglich lebhaftesten politischen Debatten bestanden im Beobachtungszeitraum um genau diesen Verfassungsartikel und können bis in das Jahr 1977 und den sogenannten Egmont-Pakt nachgezeichnet werden, durch den insbesondere über die Stärkung und Ausformung der Regionen und die Schaffung von neuen Subgebietseinheiten zahlreiche gemeinschaftspolitische Probleme gelöst werden sollten. Die nationale Regierung fiel über den Egmont-Pakt, sodass dieser letztlich (noch) nicht umgesetzt werden konnte. In Ostbelgien verband insbesondere die



Mit der Autonomie war auch stärkere Verantwortung vor Ort verbunden, wie dieses Bild von streikenden Lehrern vor dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft am 4. März 1996 gegen Einsparungen im Bildungswesen verdeutlicht.



Auch die Rolle des Senates, der zweiten belgischen Kammer, wandelte sich im Beobachtungszeitraum grundlegend. Diesem wurde allmählich seine legislative Macht entzogen und er wurde zu einer Art „Think Tank" der Teilstaaten, in die auch die Deutschsprachige Gemeinschaft einen Gemeinschaftssenator entsenden durfte. Das Bild zeigt Berni Collas (PFF) nach seiner Wahl zum Gemeinschaftssenator durch den RDG am 10. Juni 2003.

PDB die Debatten um den Egmont-Pakt mit Maximalforderungen um die Autonomie, während CSP, PFF und SP zurückhaltender argumentierten. Symbol dieser Debatte ist auch die „Kompromiss-Resolution" vom 21. November 1977 des Rates der deutschen Kulturgemeinschaft, in der von allen Parteien zwar ein vollwertiger Gemeinschaftsrat für die Deutschsprachigen gefordert, aber auf die Regionalisierung Belgiens nicht eingegangen wurde. Erst als im Rahmen der zweiten Verfassungsreform (1980) die Entscheidung fiel, dass das deutsche Sprachgebiet Teil der Wallonischen Region werden sollte, wurde in Ostbelgien nach Lösungen gesucht, um über Artikel 59*ter* bzw. heute 139 der Verfassung eine gleichwertige Autonomie für den Rat der deutschen Kulturgemeinschaft zu erlangen bzw. eine Erweiterung der Autonomie zu ermöglichen.[31]

Die Entscheidung, Artikel 139 der Verfassung anzuwenden, ist politischer Natur und beruht auf einer gemeinsamen Beschlussfassung.[32] Keine der beiden Gebietseinheiten kann also einseitig beschließen, die Zuständigkeiten der Region zu übertragen.

Obwohl Artikel 139 der Verfassung dies nicht explizit vorsieht, wird in diesem Rahmen auch eine finanzielle Dotation verhandelt, die die Wallonische Region an die Deutschsprachige Gemeinschaft im Gegenzug für die Übernahme der Ausübung der Zuständigkeiten überweist. Im Anschluss hinterlegen die Regierungen in ihrem jeweiligen Parlament einen Dekretentwurf, der der getroffenen Vereinbarung entspricht. Die beiden Parlamente müssen dann (mit einfacher Mehrheit) ein (identisches) Dekret verabschieden, welches im Anschluss im Belgischen Staatsblatt veröffentlicht wird.[33]

Am 1. Januar 1994 fand die erste Übertragung regionaler Zuständigkeiten an die Deutschsprachige Gemeinschaft statt.[34] Betroffen war die Zuständigkeit im Bereich „Denkmäler und Landschaften"[35] (mit Ausnahme der Ausgrabungen), die die Deutschsprachige Gemeinschaft zwar schon vorher ausübte,[36] die jedoch zu diesem Zeitpunkt regionalisiert wurde und ihr also gewissermaßen zurückgegeben wurde. Sechs Jahre später, am 1. Januar 2000, wurde die Ausübung der Zuständigkeit der Wallonischen Region im Beschäftigungsbereich[37] und im Bereich der Ausgrabungen[38] an die Deutschsprachige Gemeinschaft übertragen.[39] Am 1. Januar 2005 wurde der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Ausübung von bestimmten regionalen Zuständigkeiten im Bereich der nachgeordneten Behörden übertragen.[40] Der Umfang dieser Übertragung ist am 1. Januar 2015 bedeutend erweitert worden.[41] Auch als Reaktion auf die sechste Staatsreform ist Artikel 139 der Verfassung angewendet worden. So ist die Ausübung der zu dieser Gelegenheit regionalisierten Zuständigkeit für Tourismus[42] an die Deutschsprachige Gemeinschaft zurückgegeben worden.[43] Sie übte die Zuständigkeit nämlich seit 1973 aus.[44] Auch die Ausübung der Zuständigkeiten im Beschäftigungsbereich, die die Wallonische Region im Rahmen dieser Staatsreform erhalten hat, ist für das deutsche Sprachgebiet größtenteils an die Deutschsprachige Gemeinschaft weitergegeben worden.[45] Seit dem 1. Januar 2020 übt die Deutschsprachige Gemeinschaft ebenfalls Zuständigkeiten im Bereich der Raumordnung,[46] des Wohnungsbaus[47] und in Teilen der Energiepolitik[48] aus.

Die Übertragung der Ausübung der Zuständigkeiten im Bereich der Denkmäler und Landschaften sowie im Bereich des Tourismus illustrieren, wie die duale Dynamik des belgischen Föderalismus und die Doppelstruktur des föderalen Staatsaufbaus der Deutschsprachigen Gemeinschaft Schwierigkeiten bereiten können.[49]

Durch die Regionalisierung der Zuständigkeiten, die vorher den Gemeinschaften zukamen, sollte es der Region Brüssel-Hauptstadt ermöglicht werden, diese Zuständigkeiten auf ihrem Gebiet auszuüben. Die Regionalisierung sollte Schwierigkeiten der Französischen und der Flämischen Gemeinschaft in Brüssel lösen, denen es schwerfiel, ihren Zuständigkeitsbereich in Brüssel abzugrenzen.[50] Für das deutsche Sprachgebiet bedeutete dies, dass die Wallonische Region fortan zuständig gewesen wäre, obwohl auf dem Territorium der Deutschsprachigen Gemeinschaft keine vergleichbare Probleme bzgl. der Ausübung ihrer Zuständigkeiten bestanden. Im Gegenteil: Hinsichtlich der Denkmäler und Landschaften wurde beispielsweise angeführt, dass diese Zuständigkeit stark mit dem Territorium der Deutschsprachigen Gemeinschaft verbunden sei und es deshalb kohärenter sei, wenn sie weiterhin durch die Deutschsprachige Gemeinschaft ausgeübt werde.[51]

In diesen Fällen fungierte die Anwendung von Artikel 139 der Verfassung also als Korrekturmechanismus der auf der föderalen Ebene beschlossenen Zuständigkeitsverteilung, damit die Deutschsprachige Gemeinschaft ihre Zuständigkeiten weiter ausüben kann.

Bestätigt wurde die Deutschsprachige Gemeinschaft in diesem Weg besonders dadurch, dass sie nicht mehr „nur" eine Sprachgemeinschaft ist, sondern seit den 1990er Jahren zu einer Gemeinschaft mit zahlreichen regionalen Befugnissen herangewachsen ist. Untermauert wurde dieser Weg durch klar artikulierte Autonomiewünsche gegenüber der Wallonischen Region, die lange größtenteils durch alle Parteien vertreten wurden: Vor diesem Hintergrund analysiert Thomas, dass es der Deutschsprachigen Gemeinschaft bis dato gelungen sei, die ihr übertragenen Zuständigkeiten so anzupassen, dass die Zuständigkeitsverlagerung von der Wallonischen Region nach Ostbelgien erfolgsgeschichtliche Züge trage. So erklärt sich, dass im Laufe der Zeit zu den oben angeführten Argumentationslinien, über die weitere Zuständigkeitsübertragungen gefordert wurden, eine neue Komponente hinzugekommen sei: Aus politischer Sicht argumentierte man häufig, dass Zuständigkeiten, die durch die Deutschsprachige Gemeinschaft ausgeführt werden, vielfach „besser" ausgeführt würden.[52]

In der Gesamtschau lässt sich also mit Blick auf die Vergemeinschaftung föderaler Zuständigkeiten sowie die Übertragung von Zuständigkeiten über Artikel 139 von der Wallonischen Region an die Deutschsprachige Gemeinschaft feststellen, dass es zu einer kontinuierlichen Verbesserung der Stellung der deutschsprachigen Belgier im Staatsgefüge gekommen ist.



Obwohl die deutschsprachigen Belgier nach und nach mehr Autonomie erhielten und ihre Sprache anerkannt wurde, blieben Sprachenfragen in der Region noch lange Jahrzehnte aktuell. Weit über die Grenzen bekannt wurden die Übermalungen von Verkehrs- oder Hinweisschildern in französischer Sprache wie hier beim Einweihungsschild des Freizeitzentrums Worriken.

Endnoten

1 Für Informationen bzgl. der vorangehenden Periode siehe u. a. Stephan Thomas, Das Autonomiestatut der Deutschsprachigen Gemeinschaft im föderalen Belgien, in: Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft (Hrsg.), 100 Jahre nach der Pariser Friedenskonferenz – Vier Regionen im Vergleich Åland-Inseln – Elsass – Südtirol – Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens, Eupen 2020, S. 75-81.

2 Belg. Verf., Art. 1-3.

3 Christian Behrendt, Martin Vrancken, Principes de droit constitutionnel belge, Brüssel 2021, S. 425 ff. Siehe auch Nicolas Bernard, Sébastien Van Drooghenbroeck, L'exclusivité des compétences, in: Mathias El Berhoumi, Sébastien Van Drooghenbroeck (Hrsg.), Principes de la répartition des compétences, Brüssel 2022, S. 183-220.

4 Behrendt/Vrancken, Principes, S. 428 f.

5 Belg. Verf., Art. 35. Da diese Bestimmung niemals in Kraft getreten ist, muss sie nämlich *a contrario* angewendet werden.

6 Für eine ausführliche Übersicht der föderalen Zuständigkeiten: Behrendt/Vrancken, Principes, S.434-442.

7 Mathias El Berhoumi, Hugues Dumont, Pour une Belgique à 4+1, in: Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft (Hrsg.), Die Besonderheiten des belgischen Bundesstaatsmodells und ihre Auswirkungen auf die Rechtsstellung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Eupen 2017, S. 45.

8 Dieser zentrifugale Föderalismus unterscheidet sich vom zentripetalen Föderalismus, bei dem sich – zusammengefasst – vorher voneinander unabhängige Staaten zusammenschließen, um gemeinsam einen Föderalstaat zu formen.

9 Genannt wird das Jahr, in dem die wichtigsten Rechtsbestimmungen zur Umsetzung der Staatsreformen verabschiedet wurden. Natürlich hat sich der politische und parlamentarische Prozess, der zu diesen Reformen geführt hat, mehrere Jahre gedauert.

10 Siehe diesbezüglich Frédéric Bouhon, Christoph Niessen, Min Reuchamps, Die Deutschsprachige Gemeinschaft nach der sechsten Staatsreform: Bestandsaufnahme, Debatten und Perspektiven, in: Courrier hebdomadaire du CRISP 2266-2267 (2015), S. 24.

11 Siehe auch das Gesetz vom 6. Juli 1990 zur Regelung der Modalitäten für die Wahl des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft (Belgisches Staatsblatt (künftig: B. S.), 20.6.1990).

12 Belg. Verf., Art. 4 Abs. 3.

13 Belg. Verf., Art. 77.

14 Zur Möglichkeit eines deutschsprachigen Mitglieds der Regierung, das von der Paritätsregel ausgenommen wäre, siehe Koen Muylle La représentation de la Communauté germanophone au sein des institutions fédérales: entre la logique de la participation et celle de la protection d'une minorité, in Katrin Stangherlin (Hrsg.), La Communauté germanophone de Belgique – Die Deutschprachige Gemeinschaft Belgiens, Brügge 2005, S. 272.

15 Belg. Verf., Art. 104.

16 Siehe beispielsweise die Grundsatzerklärung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Positionierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Prozess der Staatsreform: Parl. Dok., Parl. D.G., 2010-2011, Nr. 83/1. Siehe auch Bouhon/Niessen/Reuchamps, Deutschsprachige Gemeinschaft, S. 57.

17 Verfassungsrevision vom 5. Mai 1993 (B. S., 8.5.1993).

18 Belg. Verf., Art. 67 § 1 Nr. 5.

19 Siehe auch Bouhon/Niessen/Reuchamps, Deutschsprachige Gemeinschaft, S. 52.

20 Stephan Thomas, Le Conseil de la Communauté germanophone et la réforme de l'Etat de 1993, in: Revue Belge de Droit Constitutionnel, 1996, S. 49.

21 Siehe hierzu Mike Mettlen, Die Europawahlen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens. Lösungsvorschläge zur Behebung des Demokratie- und Repräsentationsdefizits im kleinsten und einzigen Einmandatswahlkreis der Europäischen Union, Eupen 2020.

22 Gesetz vom 6. Juli 1990 zur Regelung der Modalitäten für die Wahl des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

23 Vgl. Muylle, La représentation, S. 267.

24 Vgl. ebd., S. 271.

25 Siehe beispielsweise ebd., S. 269.

26 Parl. Dok., Parl. D.G., 2010-2011, Nr. 83/1.

27 Belg. Verf., Art. 118 § 2 Abs. 3 und Art. 123 § 2 Abs. 3.

28 Thomas, Das Autonomiestatut, S. 96f .

29 Belg. Verf., Art. 139.

30 Eine weitere Verfassungsbestimmung, die eine Übernahme der Ausübung von Regionalzuständigkeiten durch eine Gemeinschaft vorsieht, ist Artikel 137 der Verfassung („Im Hinblick auf die Anwendung des Artikels 39 können das Parlament der Französischen Gemeinschaft und das Parlament der Flämischen Gemeinschaft sowie deren Regierungen die Befugnisse der Wallonischen Region beziehungsweise der Flämischen Region gemäß den durch Gesetz festgelegten Bedingungen und Modalitäten ausüben. Dieses Gesetz muß mit der in Artikel 4 letzter Absatz bestimmten Mehrheit angenommen werden"). Auch eine Regionalisierung der Ausübung von Gemeinschaftszuständigkeiten ist im Falle der Französischen Gemeinschaft möglich (Belg. Verf., Art. 138).

31 Vgl. hierzu das Kapitel von Christoph Niessen im vorliegenden Band sowie die Beiträge von Carlo Lejeune, Hubert Jenniges, Willy Timmermann und Oswald Schröder, in: Alfred Minke (Hrsg.), Grenzland seit Menschengedenken – Identität und Zukunft der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Biblio-Kassette 4: Autonomie und Ausblick, Eupen 1990, Karte 134-141.

32 Zoé Vrolix, La mise en œuvre de l'article 139 de la Constitution. Cartographie des compétences après la cinquième vague de transferts, in: Revue Belge de Droit Constitutionnel 4 (2021), S. 440.

33 Um Schwierigkeiten im Anschluss an den Transfer der Ausübungen von Zuständigkeiten vorzubeugen, können die beiden Teilstaaten ggf. Zusammenarbeitsabkommen abschließen. Siehe hierzu u. a. Vrolix, La mise en œuvre, S. 442.

34 Dekret der Wallonischen Region vom 23. Dezember 1993 zwecks Ausübung der Befugnisse der Wallonischen Region in der Angelegenheit „Denkmäler und Landschaften" durch die Deutschsprachige Gemeinschaft (B. S., 12.2.1994) und Dekret der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 17. Januar 1994 zwecks Ausübung der Befugnisse der Wallonischen Region in der Angelegenheit „Denkmäler und Landschaften" durch die Deutschsprachige Gemeinschaft (B. S., 16.3.1994).

35 Sondergesetz zur Reform der Institutionen, Art. 6 § 1 I Nr. 7.

36 Die Deutschsprachige Gemeinschaft hatte diese Zuständigkeit durch das Gesetz über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft erhalten, sie wurde den Gemeinschaften aber im Rahmen der dritten Staatsreform (1988) entzogen. Siehe Vrolix, La mise en œuvre, S. 443 f.

37 Sondergesetz zur Reform der Institutionen, Art. 6 § 1 I Nr. 1-7 und 9-13.

38 Diese Zuständigkeit wurde wie erwähnt bei der ersten Anwendung des Artikels 139 der Verfassung ausgeschlossen.

39 Dekret der Wallonischen Region vom 6. Mai 1999 zwecks Ausübung der Befugnisse der Wallonischen Region in den Angelegenheiten Beschäftigung und Ausgrabungen durch die Deutschsprachige Gemeinschaft (B. S., 3.7.1999) und Dekret der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 10. Mai 1999 zur Ausübung der Befugnisse der Wallonischen Region in den Angelegenheiten Beschäftigung und Ausgrabungen durch die Deutschsprachige Gemeinschaft (B. S., 29.9.1999).

40 Dekret der Wallonischen Region vom 27. Mai 2004 zwecks Ausübung der Befugnisse der Wallonischen Region in Bezug auf die nachgeordneten Behörden durch die Deutschsprachige Gemeinschaft (B. S., 16.6.2004) und Dekret der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 1. Juni 2004 über die Ausübung gewisser Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der untergeordneten Behörden durch die Deutschsprachige Gemeinschaft (B. S., 19.10.2004). Bzgl. des genauen Umfangs dieser Übertragung verweisen wir auf Artikel 1 (der ursprünglichen Version) dieser Dekrete, der die vom Transfer betroffenen Elemente des Artikels 6 § 1 VIII aufzählt.

41 Dekret der Wallonischen Region vom 28. April 2014 zur Abänderung des Dekrets vom 27. Mai 2004 über die Ausübung gewisser Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der untergeordneten Behörden durch die Deutschsprachige Gemeinschaft (B. S., 4.6.2014) und Dekret der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 5. Mai 2014 zur Abänderung des Dekrets vom 1. Juni 2004 über die Ausübung gewisser Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der untergeordneten Behörden durch die Deutschsprachige Gemeinschaft (B. S., 18.7.2014). Auch hier verweisen wir bzgl. des genauen Umfangs dieser Erweiterung auf Artikel 1 dieser Dekrete. Siehe auch Bouhon/Niessen/Reuchamps, Deutschsprachige Gemeinschaft, S. 41 f.

42 Sondergesetz zur Reform der Institutionen, Art. 6 § 1 VI Absatz 1 Nr. 6 und 9.

43 Dekret der Wallonischen Region vom 27. März 2014 zwecks Ausübung der Befugnisse der Wallonischen Region in der Angelegenheit Tourismus durch die Deutschsprachige Gemeinschaft (B. S., 10.4.2014) und Dekret der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 31. März 2014 über die Ausübung der Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich des Tourismus durch die Deutschsprachige Gemeinschaft (B. S., 25.4.2014). Dieser Transfer ist am selben Tag wie die Regionalisierung als solche in Kraft getreten (1. Juli 2014), sodass die Deutschsprachige Gemeinschaft nie ihre Zuständigkeit verloren hat (siehe Christian Behrendt, Martin Vrancken, La Communauté germanophone et la sixième réforme de l'État, in: Katrin Stangherlin/Stephan Förster (Hrsg.), La Communauté germanophone de Belgique (2006-2014), Brüssel 2014, S. 62.

44 Gesetz vom 10. Juli 1973 über den Rat der Deutschen Kulturgemeinschaft (B. S., 14.7.1973), Artikel 28 Absatz 1.

45 Dekret der Wallonischen Region vom 17. Dezember 2015 zur Abänderung von verschiedenen Dekreten im Hinblick auf die Ausübung der Befugnisse der Wallonischen Region in den Angelegenheiten Beschäftigung und Erbe durch die Deutschsprachige Gemeinschaft (B. S., 29.12.2015) und Dekret vom 15. Dezember 2015 Dekret zur Abänderung verschiedener Dekrete im Hinblick auf die Ausübung gewisser Befugnisse der Wallonischen Region in den Angelegenheiten Beschäftigung und Denkmalschutz durch die Deutschsprachige Gemeinschaft (B. S., 30.12.2015). Für den genauen Umfang dieses Transfers verweisen wir auf Artikel 1 dieser Dekrete. Siehe auch Bouhon/Niessen/Reuchamps, Deutschsprachige Gemeinschaft, S. 41 ff.

46 Dekret der Wallonischen Region vom 6. Mai 2019 über die Ausübung der Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der Raumordnung und gewisser verbundener Bereiche durch die Deutschsprachige Gemeinschaft (B. S., 23.7.2019) und Dekret der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 29. April 2019 über die Ausübung der Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der Raumordnung und gewisser verbundener Bereiche durch die Deutschsprachige Gemeinschaft (B. S., 12.6.2019). Der Transfer betrifft Art. 6 § 1 I Nr. 1-6, Art. 6 § 1 X Nr. 2*bis* beschränkt auf die Gemeindestraßen und Artikel *6quater* des Sondergesetzes zur Reform der Institutionen. Siehe hierzu ausführlich: Vrolix, La mise en œuvre, S. 447-456.

47 Dekret der Wallonischen Region vom 2. Mai 2019 über die Ausübung gewisser Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich des Wohnungswesens durch die Deutschsprachige Gemeinschaft (B. S., 23.7.2019) und Dekret der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 29. April 2019 über die Ausübung der Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich des Wohnungswesens durch die Deutschsprachige Gemeinschaft (B. S., 12.6.2019). Der Transfer betrifft Art. 6 § 1 IV des Sondergesetzes zur Reform der Institutionen. Siehe auch Vrolix, La mise en œuvre de, S. 457 f.

48 Dekret der Wallonischen Region vom 6. Mai 2019 über die Ausübung gewisser Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der Energie durch die Deutschsprachige Gemeinschaft (B. S., 23.7.2019) und Dekret der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 29. April 2019 über die Ausübung gewisser Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der Energie durch die Deutschsprachige Gemeinschaft (B. S., 12.6.2019). Für den genauen Umfang dieses Transfers verweisen wir auf Artikel 1 dieser Dekrete. Siehe auch Vrolix, La mise en œuvre, S. 456 f.

49 Frédéric Bouhon, Christoph Niessen und Min Reuchamps sprechen von den „Unannehmlichkeiten, die der ‚zweistöckige belgische Föderalismus' für die Deutschsprachige Gemeinschaft haben kann" (Bouhon/Niessen/Reuchamps, Deutschsprachige Gemeinschaft, S. 40).

50 Vgl. ebd. sowie Vrolix, La mise en œuvre, S. 443 f. und 446.

51 Vrolix, La mise en œuvre, S. 444.

52 Thomas, Das Autonomiestatut, S. 98.







DIE DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT – EINE NATIONALE MINDERHEIT UND EIN FÖDERALER TEILSTAAT IM VERGLEICH

DIE „BESTGESCHÜTZTE MINDERHEIT DER WELT“?

VON CHRISTOPH NIESSEN





Regelmäßig werden die deutschsprachigen Belgier als die „bestgeschützte Minderheit“ beschrieben. Doch was verbirgt sich hinter dieser Floskel? Zweifelsohne verfügen die Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft über einen weitreichenden Schutz, aber wie gestalten sich ihre politischen Rechte im Vergleich zu anderen Minderheiten in Europa und der Welt?

Seit Mitte des 17. Jahrhunderts hat man in Westeuropa damit begonnen, Länder als sogenannte Nationalstaaten zu organisieren. Das bedeutet, dass jedes Land eine mehr oder weniger zentrale politische Autorität – den Staat (z. B. Belgien, Deutschland, Frankreich) – und eine mehr oder weniger einheitliche politische Identität – die der Nation (z. B. Belgier, Deutsche, Franzosen) – haben soll. Dieses Prinzip hat sich bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts verbreitet und wurde auch in andere Regionen der Welt exportiert.[1] Tatsächlich gibt es aber weltweit nur sehr wenige Länder, in denen sich die Bevölkerung einer einheitlichen politischen Identität zugehörig fühlt. In Belgien identifizieren sich manche beispielsweise nicht (nur) als Belgier, sondern (auch) als Flamen, Wallonen bzw. Frankophone oder Deutschsprachige. In Deutschland gibt es neben der deutschen Identität nicht nur spezifische Identitäten in manchen Bundesländern (z. B. in Bayern), sondern auch Einwohner, die sich als Sorben, Dänen, Roma oder Friesen verstehen. In Frankreich identifizieren sich manche Einwohner nicht (nur) als Franzosen, sondern (auch) als Bretonen, Elsässer, Korsen oder Okzitanier und manche sogar mit dem benachbarten Baskenland oder Katalonien.

Viele dieser sogenannten nationalen Minderheiten haben sich darum bemüht, nicht nur in ihrer Identität anerkannt zu werden, sondern auch politische Mitbestimmungsrechte zu bekommen. Auf diese Forderungen sind Staaten sehr unterschiedlich eingegangen. Manche erkennen bis heute die Existenz nationaler Minderheiten nicht an (z. B. Frankreich, obwohl es nach Jahren der sprachlichen Assimilierung mittlerweile Minderheitensprachen unterstützt). Andere haben kleinere nationale Minderheiten anerkannt und ihnen Sonderrechte gewährt – von Unterstützung im Bereich des Sprachgebrauchs oder der Kultur bis hin zu administrativen oder gesetzgebenden Autonomierechten und einer garantierten Vertretung im Parlament (in Deutschland gibt es z. B. friesische, sorbische und dänische Schulen sowie Vertretungen der Sorben, Dänen, Roma oder Friesen beim Bundesinnenministerium). Für manche große nationale Minderheiten haben Länder sogar ihre Staatsstruktur föderalisiert und diese nationalen Minderheiten zu föderalen Teilstaaten mit Gesetzgebungshoheit gemacht (z. B. in Belgien).

Nur wenige kleine nationale Minderheiten verfügen über gesetzgebende Autonomie und ebenso wenige sind in Föderalstaaten berücksichtigt und zu Teilstaaten gemacht worden. Die Deutschsprachige Gemeinschaft in Belgien (DG) ist eine dieser Ausnahmen. Diese Ausnahme führt nicht selten zu Missverständnissen: (1) Wann spricht man von einer nationalen Minderheit und wann spricht man von einem föderalen Teilstaat, beziehungsweise schließt das eine das andere aus? (2) Was bedeutet eigentlich Autonomie und verwendet man den Begriff nur für nationale Minderheiten oder auch für föderale Teilstaaten? Ebenso wirft diese Ausnahme Fragen über das Statut der DG auf: (3) Wie üblich ist es für eine nationale Minderheit, gesetzgebende Autonomie zu besitzen, und wie üblich ist es für einen föderalen Teilstaat, so klein zu sein? (4) Wie ist es zu erklären, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft trotz ihrer Kleinheit zu einem föderalen Teilstaat wurde? Und ist (5) ihre Autonomieentwicklung mit anderen Teilstaaten vergleichbar?



Der wohl symbolträchtigste Ort der Selbstbestimmung der deutschsprachigen Belgier ist das Parlament der Sprachgruppe. Befand es sich zwischen 1973 und 2013 am Eupener Kaperberg (Bild), ist es heute in einem ehemaligen Sanatorium in Eupen untergebracht.

Ziel dieses Beitrags ist es, diese Fragen mithilfe eines Vergleichs von nationalen Minderheiten und föderalen Teilstaaten zu beantworten. In einem ersten Teil beantworte ich die konzeptuellen Fragen anhand einiger Begriffserklärungen und vergleiche das Autonomiestatut der DG mit anderen nationalen Minderheiten und kleinen föderalen Teilstaaten. In einem zweiten Teil gehe ich auf die Ursprünge und Entwicklung dieses Statuts ein und zeige Parallelen zu anderen föderalen Teilstaaten auf. Im letzten Teil versuche ich Perspektiven herauszuarbeiten, die sich aus der Anwendung des zentralen Interpretationsansatzes dieses Bandes – des Konzepts der Angst, Sorge beziehungsweise Unsicherheit – ergeben.

Teil 1: Das Autonomiestatut der DG im Vergleich

Die DG wird wegen ihres Autonomiestatuts als belgischer föderaler Teilstaat oft als „bestgeschützte Minderheit der Welt“ bezeichnet.[2] Doch was bedeuten „Minderheit“, „föderaler Teilstaat“ und „Autonomie“ in diesem Zusammenhang, und kann man wirklich von der bestgeschützten Minderheit der Welt sprechen?

Begriffserklärungen

Minderheit. In der politischen Theorie unterscheidet man bei politischen Minderheiten[3] gewöhnlich zwischen ethnischen und nationalen Minderheiten.[4] Während ethnische Minderheiten durch Migration entstehen (z. B. Italiener, die mittlerweile in Belgien leben), versteht man unter nationalen Minderheiten Gruppen von Menschen, die seit langer Zeit auf dem Gebiet eines Staates leben, dessen nationale Identität sie nicht oder nur teilweise teilen (z. B. Wallonen in Belgien).[5] Das Wort „Minderheit“ ist in diesem Zusammenhang nicht nur zahlenmäßig, sondern auch politisch zu verstehen. Flamen stellen in Belgien beispielsweise die Mehrheit der Bevölkerung dar, waren politisch aber lange in einer Minderheitensituation. Es sei zudem angemerkt, dass Identität (ob national o. a.) eine konstruierte Realität ist und auf das Selbstverständnis der Mitglieder einer Gruppe zurückgeht, welche wiederum mit dem Selbstverständnis ihrer Mitglieder steht und fällt.[6] Anders ausgedrückt: Eine nationale Minderheit ist eine nationale Minderheit, wenn ihre Mitglieder sich als solche verstehen. Die sich als solche verstehende Gruppe kann politisch oder juristisch anerkannt und mit besonderen Rechten ausgestattet sein oder nicht, aber es handelt sich in erster Linie um eine soziologische Realität.

Föderaler Teilstaat. Ein föderaler Teilstaat hingegen ist eine juristische Realität. Es handelt sich um den Teil eines Landes, der eigene Institutionen hat und für sein Gebiet und in seinem Zuständigkeitsbereich eigene juristische Normen (z. B. Gesetze oder Dekrete) verabschieden kann. Teilstaaten werden manchmal (Bundes-)Länder (z. B. in Deutschland, Australien, Indien oder den USA), manchmal Provinzen (z. B. in Kanada), aber auch Regionen oder Gemeinschaften (z. B. in Belgien) genannt. Worauf es jedoch unabhängig vom Namen dieser Teilstaaten ankommt, ist die Tragweite der Normen, die sie verabschieden können. Dazu unterscheidet man in der Staatstheorie zentralisierte, regionalisierte und föderalisierte Staaten. Während in einem zentralisierten Staat (manchmal auch Einheitsstaat genannt) alle politischen Entscheidungen für das ganze Land einheitlich getroffen und ausgeführt werden (z. B. in Luxemburg), werden in regionalisierten und föderalisierten Staaten manche Entscheidungen an andere Einheiten dezentralisiert. In einem regionalisierten Staat sind diese Entscheidungen administrativer Natur, d. h., regionale Einheiten können die Gesetze, die für das ganze Land einheitlich sind, für ihr Gebiet selbst spezifisch ausführen (z. B. die Regionen in Frankreich). In einem föderalisierten Staat werden auch gesetzgebende Entscheidungen dezentralisiert, d. h., föderale Einheiten können selbst Gesetze machen, die auf ihrem Gebiet gelten (z. B. die Regionen in Belgien). Daher spricht man von Teilstaaten. Manche Staatstheoretiker ergänzen, dass ein Staat nur als Föderalstaat bezeichnet werden kann, wenn die Teilstaaten nicht nur gesetzgebende Befugnisse haben, sondern auch an der Verfassungsrevision und der Aufteilung der Zuständigkeiten beteiligt sind, da sie gemeinsam den Staat bilden (Föderalismus geht auf den lateinischen Begriff „foedus“ zurück, der „Vertrag“ oder „Bund“ bedeutet – daher spricht man

Tabelle 1: Formen und Tragweite von Autonomierechten

Autonomieformen		
Fremdbestimmte Rechte	Selbstbestimmte Rechte	Mitbestimmungsrechte
0) Keine Anerkennung	0) Keine Selbstverwaltung	0) Keine Mitbestimmung
1) Anerkennung als Sprachengruppe	1) Beratende oder kulturelle Selbstverwaltung	1) Teilvertretung im nationalen Parlament*
2) Anerkennung als nationale Minderheit	2) Administrative Selbstverwaltung (über Kultur hinaus)	2) Garantierte Vertretung (de jure oder de facto) im nationalen Unterhaus
3) Besondere Minderheitenrechte oder -unterstützung	3) Gesetzgebende Selbstverwaltung	

* Entweder Sitze im Unterhaus, die sich mehrere nationale Minderheiten teilen, oder eine garantierte Vertretung im Oberhaus.

auch von Bundesstaat). Wenn Teilstaaten zwar gesetzgebende Befugnisse haben, aber nicht an der Aufteilung der Zuständigkeiten beteiligt sind, spricht man oft von quasiföderalen Staaten (z. B. Spanien und das Vereinigte Königreich).[7]

Autonomie. Die gesetzgebenden Befugnisse in Föderalstaaten werden manchmal als Autonomie bezeichnet. Das Konzept der Autonomie umfasst jedoch mehr als nur gesetzgebende Befugnisse und betrifft auch nichtföderale Staaten. Die griechischen Wurzeln des Wortes, „auto“ und „nomos“, bedeuten „selbst“ und „Norm“ beziehungsweise „Gesetz“. In der Fachliteratur werden drei verschiedene Arten von Rechten als Autonomie bezeichnet. Im ersten Sinne versteht man unter Autonomie alle jene Entscheidungen, die eine politische Einheit für sich selbst treffen kann. Die Entscheidungen können empfehlend (d. h. ohne zwingenden Charakter), administrativ (d. h. ausführend) oder gesetzgebend sein. Man spricht hier auch von Selbstbestimmung (self-rule). Im zweiten Sinne beinhaltet Autonomie auch Entscheidungen, die politische Einheiten gemeinsam für das ganze Land treffen (z. B. in interministeriellen Konferenzen oder bei Verfassungsrevisionen). Man spricht hier auch von Mitbestimmung (shared rule). Schließlich werden manchmal Sonderrechte für politische Einheiten (Sprachfreiheiten, Kulturunterstützungen etc.), selbst wenn sie nicht selbst getroffen, sondern vom Staat gewährt sind, als Autonomie bezeichnet. Alle drei Arten erlauben es politischen Einheiten in der Tat, nach ihren eigenen Regeln zu leben – auch wenn erstere selbst-, zweitere mit- und letztere fremdbestimmt sind und somit respektive viel, etwas und wenig Autonomie erlauben.[8]

Vergleich mit anderen nationalen Minderheiten und föderalen Teilstaaten

Vergleichsgrundlage. Um die Autonomierechte der DG mit denen anderer nationaler Minderheiten zu vergleichen, kann man die oben aufgeführten Arten von Autonomie nehmen, ihre Hauptgegenstände nach Tragweite ordnen und auf drei Skalen wie in Tabelle 1 abbilden.

Die DG belegt auf diesen Skalen durch die belgischen Sprachfazilitäten Stufe 3 was die Fremdbestimmung betrifft; durch ihre Stellung als Gemeinschaft mit dekretalen Befugnissen Stufe 3 was die Selbstbestimmung betrifft; und durch ihre garantierte Vertretung im Senat Stufe 1 was die Mitbestimmung betrifft. Selbstverständlich könnte man die Tragweite dieser Autonomieformen noch weiter nuancieren. Diese grobe Klassifizierung ermöglicht jedoch eine erste Einordnung und erleichtert vor allem den Vergleich mit anderen nationalen Minderheiten. Hierzu habe ich die Staaten Westeuropas und der EU als politischen Referenzrahmen genommen und die Autonomiestellung ihrer nationalen Minderheiten auf diesen drei Skalen klassiert.

Vergleich mit nationalen Minderheiten. Wie man in der Zusammenfassung in Tabelle 2 erkennen kann, verfügen von 197 nationalen Minderheiten in Westeuropa und der EU mit 69,0 % die meisten über (fremdbestimmte) Minderheitenrechte oder -unterstützung. Dies gilt sowohl für große als auch für kleine nationale Minderheiten (ich habe hier 100.000 Mitglieder als teils symbolischen, teils auf die Datenverteilung bezogenen Richtwert für die Aufteilung genommen). Selbstbestimmungsrechte sind hingegen seltener. Gesetzgebende oder administrative Selbstverwaltungen sind nur an respektive 11,2 % und 4,1 % der untersuchten nationalen Minderheiten vergeben worden. Selbst beratende und kulturelle Selbstverwaltungen sind mit 18,3 % eine Ausnahme. In diesem Zusammenhang spielt die Größe einer nationalen Minderheit eine wichtige Rolle: 34 % der großen nationalen Minderheiten verfügen in der Tat über gesetzgebende Autonomie (verglichen mit 3,4 % der kleinen). Mitbestimmungsrechte sind ebenfalls eher selten. Hier verfügen 25,9 % über eine garantierte Vertretung im nationalen Unterhaus, während 7,1 % wenigstens teilweise im nationalen Parlament vertreten sind (d. h. sich einen Sitz mit anderen Minderheiten teilen oder im Oberhaus vertreten sind). Hier scheint die Größe der Minderheiten auch besonders relevant, denn 58,0 % der großen Minderheiten haben eine garantierte Vertretung, wohingegen kleinere Minderheiten zu 75,5 % nicht bzw. zu 9,5 % nur teilweise im nationalen Parlament vertreten sind.

Tabelle 2: Autonomierechte nationaler Minderheiten in Westeuropa und der EU

Autonomieform und -tragweite	Mitglieder < 100 000	Mitglieder ≥ 100 000	Alle
Fremdbestimmte Rechte			
3) Besondere Minderheitenrechte oder -unterstützung	70,7 %	64,0 %	69,0 %
2) Anerkennung als nationale Minderheit	17,0 %	16,0 %	16,8 %
1) Anerkennung als Sprachengruppe	6,8 %	12,0 %	8,1 %
0) Keine Anerkennung	5,4 %	8,0 %	6,1 %
Selbstbestimmte Rechte			
3) Gesetzgebende Selbstverwaltung	3,4 %	34,0 %	11,2 %
2) Administrative Selbstverwaltung (über Kultur hinaus)	2,7 %	8,0 %	4,1 %
1) Beratende oder kulturelle Selbstverwaltung	17,7 %	20,0 %	18,3 %
0) Keine Selbstverwaltung	76,2 %	38,0 %	66,5 %
Mitbestimmungsrechte			
2) Garantierte Vertretung (de jure oder de facto) im nationalen Unterhaus	15,0 %	58,0 %	25,9 %
1) Teilvertretung im nationalen Parlament	9,5 %	0,0 %	7,1 %
0) Keine Mitbestimmung	75,5 %	42,0 %	67,0 %
Anzahl	147	50	197

Zur Stellung der DG kann man also festhalten, dass ihre fremdbestimmten und Mitbestimmungsrechte mit denen anderer kleiner nationaler Minderheiten in Westeuropa und der EU vergleichbar sind. Die Tragweite ihrer Selbstbestimmungsrechte ist hingegen eine Ausnahme, die sie nur mit drei anderen kleinen nationalen Minderheiten gemein hat: den Grönländern und Färöern in Dänemark sowie den Åländern in Finnland. Diese sind jedoch vor allem durch ihre besondere Insel- (und teilweise durch ihre ehemalige Kolonial-)Situation zu ihren Autonomierechten gekommen. Keine andere so kleine nationale Minderheit hat im Zuge eines Föderalisierungsprozesses Gesetzgebungsautonomie erhalten.

Vergleich mit föderalen Teilstaaten. Wenn man sich nun anschaut, wie viele föderale Teilstaaten – unabhängig davon, ob sie eine nationale Minderheit sind oder nicht – weniger als 100.000 Einwohner haben, so sieht man, dass auch dies selten ist. In Tabelle 3 erkennt man, dass dies in der Tat weltweit nur 19-mal vorkommt. Unter diesen 19 Fällen kann man vier Szenarien ausmachen. Zum einen haben wir Inselstaaten (Komoren, Mikronesien, Palau, Sankt Kitts und Nevis), deren verschiedene Inseln gesetzgebende Autonomie haben. Zum zweiten haben wir mit Ceuta und Melilla zwei Gemeinschaften, die aufgrund ihrer geografischen Distanz und ehemaligen Kolonialsituation im spanischen Dezentralisierungsprozess berücksichtigt wurden. Zum dritten haben wir einige Schweizer Kantone, die im Zuge des assoziativen Schweizer Föderalismus ihre Gesetzgebungshoheit behalten haben, d. h. bereits Selbstbestimmungsrechte hatten und dann gemeinsam mit anderen Kantonen den Schweizer Bundesstaat geformt haben. Schließlich bleibt die DG, die der kleinste föderale Teilstaat weltweit ist, der im Zuge eines dissoziativen Föderalismus

Tabelle 3: Föderale Teilstaaten mit weniger als 100 000 Einwohnern

Föderalstaat	Teilstaat	Bevölkerung
Belgien	Deutschsprachige Gemeinschaft	78 144
Komoren	Moheli	51 567
Mikronesien	Chuuk	53 595
	Kosrae	7 686
	Pohnpei	34 846
	Yap	11 241
Palau	Palau-Staaten	25 bis 11 444
Sankt Kitts und Nevis	Nevis	12 277
	Sankt Kitts	34 918
Schweiz	Appenzell Ausserrhoden	55 309
	Appenzell Innerrhoden	16 293
	Glarus	40 851
	Jura	73 709
	Nidwalden	43 520
	Obwalden	38 108
	Schaffhausen	83 107
	Uri	36 819
Spanien	Ceuta	83 517
	Melilla	86 261

Quellen: Deutschsprachige Gemeinschaft, Ostbelgien Statistik (2021); Moheli, INSEED (2017); Mikronesien, FSM Statistics (2000); Palau, Palau Census (2015); Sankt Kitts und Nevis, Department of Statistics (2011); Schweiz, Bundesamt für Statistik (2020); Spanien, Instituto Nacional de Estadística (2021).

Gesetzgebungshoheit bekommen hat, d. h. im Zuge einer Föderalisierung, bei der Zuständigkeiten von einem ehemaligen Zentralstaat an neu gegründete Teilstaaten übertragen wurden.

Man darf also festhalten, dass die DG, was ihre Größe betrifft, ein Sonderfall im internationalen Minderheiten- und Föderalismusvergleich ist. Aber ist sie auch ein politischer Sonderfall? Anders ausgedrückt: Ist die Art und Weise, wie sie ihre Autonomie erhalten hat, mit größeren Teilstaaten vergleichbar?

Teil 2: Die Autonomieentwicklung der DG im Vergleich

Politologen und Juristen beschreiben den Ursprung der Gesetzgebungsautonomie der DG oft als Konsequenz des belgischen Föderalisierungsprozesses, der durch die Autonomiebewegungen in den flämischen und frankophonen Landesteilen bestimmt wurde. Wenngleich dies korrekt ist und eine notwendige Voraussetzung für die Autonomie der DG war, so haben Historiker gezeigt, dass es dennoch alles andere als ausreichend war und die Übertragung der Autonomie nur nach signifikantem parteiinternem Lobbying durch deutschsprachige Politiker in Brüssel erfolgt ist. Man kann diese Entwicklung der DG-Autonomie in drei signifikante Perioden einteilen, in denen sie entstanden (1968-1974), konsolidiert (1975-1983) und ausgebaut (1984 bis heute) worden ist.[9] Zudem bestehen deutliche Parallelen zu anderen klein(er)en föderalen Teilstaaten.

Autonomieentwicklung der DG

Nachdem die ostbelgische Nachkriegsmentalität infolge der Geschehnisse des Zweiten Weltkriegs, der Säuberung und des erneuten Staatenwechsels zunächst von einer gewissen Apolitisierung geprägt war, begann man Mitte der 1950er Jahre wieder, sich mit der Sprachensituation auseinanderzusetzen. Über Diskussionen in Ostbelgien hinaus[10] war die Situation Gegenstand der Gespräche im sogenannten Harmel-Zentrum, einer Reflexionsgruppe von 42 Politikern, die sich mit dem schwelenden Sprachenstreit in Belgien befasste. In dieser Gruppe saß auch der ostbelgische Abgeordnete Peter Kofferschläger (CSP), um die Interessen der Deutschsprachigen zu vertreten. Als 1962 auf Empfehlung des Harmel-Zentrums hin die belgische Sprachengrenze gezogen und damit die Grundlage für die spätere Föderalisierung geschaffen wurde, erhielten auch die Deutschsprachigen ein eigenes Sprachgebiet mit den einhergehenden Verwaltungsrechten. Die Vergabe der Autonomie sollte sich jedoch als weitaus schwieriger herausstellen.

Entstehung (1968-1974). Als Flamen und Frankophone Ende der 1960er Jahre über die Einführung von Gemeinschaftsräten mit dekretalen Befugnissen im Kultur- und Sprachbereich debattierten, wurde in Ostbelgien heiß diskutiert, ob man ebenfalls einen direkt gewählten Rat mit den gleichen dekretalen Zuständigkeiten fordern sollte oder ob ein indirekt gewählter Rat (im Proporz zur Kammerwahl) mit lediglich administrativen Befugnissen zu bevorzugen sei. Die Befürworter des Letzteren fürchteten insbesondere das Aufkommen einer regionalistischen Partei in einem eigenen Wahlkreis. Die damals größte Partei, die christlich-soziale CSP, stellte mit Willy Schyns einen Kammerabgeordneten, der letztere Position vertrat. Dennoch war man innerhalb der Partei stark gespalten. Nach einem Wahlsieg der Liberalen 1968 wurde Michel Louis von der Partei für Freiheit und Fortschritt (PFF) in den Senat kooptiert und vertrat dort aus der Opposition heraus eine stark autonomistische Position. So sahen 1970 die Gesetzestexte für die erste Staatsreform auch einen direkt gewählten Rat mit dekretalen Zuständigkeiten für die Deutschsprachigen vor. Nachdem sich Willy Schyns in der Kammer jedoch dagegen ausgesprochen hatte, wurde die Entscheidung darüber vertagt. Dadurch wuchs wiederum der Druck außerhalb und innerhalb der CSP; und als 1971 gegen interne Absprachen der Kandidat der CSP, Johann Weynand, nicht von der frankophonen Schwesterpartei PSC in den Senat kooptiert wurde, stellte der autonomistische Flügel der CSP eine eigene Liste für die folgende Kammerwahl auf – die Christlich Unabhängige Wählergemeinschaft (CUW). Die CUW erhielt auf Anhieb 19,9 % der Stimmen in den drei ostbelgischen Kantonen, und nachdem die CSP jegliche Zusammenarbeit ausschloss, änderte die CUW ihren Namen und gründete die Partei der deutschsprachigen Belgier (PDB).

Obwohl die niederländische und die französische Kulturgemeinschaft bereits 1971 ins Leben gerufen wurden, scheiterten Vorschläge für eine deutsche Kulturgemeinschaft weiter an der Uneinigkeit der deutschsprachigen Parteien. Zu einer Lösung kam es erst 1973, als Willy Schyns (CSP) als Staatssekretär für die Ostkantone in die erste Leburton-Regierung berufen wurde und in Zusammenarbeit mit deutschsprachigen Mitarbeitern der Kabinette Leburton (Ferdi Dupont, SP) und De Clercq (Bernd Gentges, PFF) einen gemeinsamen Gesetzesentwurf ausarbeitete. Dieser sah auf Schyns' Initiative hin nur administrative Befugnisse für den zu gründenden Rat der deutschen Kulturgemeinschaft (RdK) vor. Für den RdK wurde aber auf Druck von Vizepremier Tindemans (der sich damals eingehend mit den Forderungen aller deutschsprachigen Parteien auseinandergesetzt hatte) eine direkte Wahl vorgesehen. Nach einer ersten Einsetzung mit indirekt gewählten Mitgliedern 1973 fand am 10. März 1974 dann die erste Wahl des RdK statt.



Neben den formaljuristischen Rechten der deutschsprachigen Belgier sind auch andere Hilfen für die Minderheit von grundlegender Bedeutung gewesen. Das trifft etwa auf das 2017 abgeschaffte IZOM-Abkommen zu, durch das die Deutschsprachigen einen deutschsprechenden Facharzt in Deutschland besuchen konnten, Notrufnummern in deutscher Sprache oder auf die zwei Krankenhäuser in der Region: Das Sankt Nikolaus Hospital in Eupen und das Sankt Josef Krankenhaus in Sankt Vith.



Unter dem Motto „tief verwurzelt und breit vernetzt“ legte der ehemalige Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft Karl-Heinz Lambertz seine politischen Kontaktsuche zu anderen Minderheiten in Europa leitmotivisch aus, wie hier bei einem Besuch des Südtiroler Landtags in Eupen im April 2001.

Konsolidierung (1975-1983). Obwohl der Rat in den ersten Jahren zahlreiche Regularien und Subsidien für den Kulturbereich erließ, wurde die begrenzte Tragweite der administrativen Zuständigkeiten sowie die Ausführung der Entscheidungen durch nationale statt durch eigene Minister von der PDB scharf kritisiert. Nach weiterem Stimmenzuwachs für die PDB und nachdem im Laufe der Zeit auch andere Parteien diese Bedenken teilten, wurde 1977 eine Resolution mit der Forderung nach dekretalen Befugnissen und einer eigenen Exekutive von allen deutschsprachigen Parteien verabschiedet. Diese Forderungen blieben auf nationaler Ebene jedoch zunächst unbeachtet. Auch bei der zweiten Staatsreform, die 1980 die Regionen schaffte und sowohl Gemeinschaften als auch Regionen mit eigenen Exekutiven ausstattete, wurden die Deutschsprachigen nicht berücksichtigt und stattdessen als Teil der Wallonischen Region behandelt. Nach Widerspruch der ostbelgischen Parteien brachte die Eyskens-Regierung 1981 einen Gesetzesentwurf in der Kammer ein, der dekretale Befugnisse und eine eigene Exekutive für die Deutschsprachigen vorsah. Da der Entwurf jedoch die Übertragung von regionalen Zuständigkeiten weder vorsah noch ermöglichte, wurde er von Fred Evers (PFF), der für die Liberalen in der Kammer saß, scharf kritisiert. Nachdem ein Abänderungsantrag von Evers abgelehnt worden war, verließen Liberale und regionalistische Abgeordnete (VU, FDF und RW), die ihn unterstützt hatten, den Plenarsaal, sodass das Gesetz nicht verabschiedet werden konnte.

Zu einer Lösung kam es erst, als deutschsprachige Mitarbeiter in den Kabinetten der nationalen Regierungsparteien gemeinsam eine Gesetzesgrundlage ausarbeiteten. Diesmal lag die Federführung bei Yves Kreins (PFF), der im Kabinett des Ministers Gol (zuständig für institutionelle Angelegenheiten) saß und in Zusammenarbeit mit Kabinettsmitarbeitern von Premier Martens (u. a. André Henkes, CSP) und in Konsultation mit sozialistischen Abgeordneten in der Opposition (deren Stimmen für eine Verfassungsänderung benötigt wurden) einen ersten Entwurf ausarbeitete. Dieser Entwurf wurde 1982 zunächst von frankophonen Abgeordneten in der Kammer abgelehnt, weil er neben dekretalen Befugnissen und einer eigenen Exekutive auch die Übertragung der Ausübung regionaler Zuständigkeiten von der Wallonischen Region an die DG mittels einer Mehrheit in der Kammer und im DG-Parlament vorsah. Hier fürchteten einige frankophone Abgeordnete, eine solche Übertragung könnte gegen ihren Willen durch eine flämische Mehrheit verabschiedet werden. Ende 1983 konnte ein Kompromiss gefunden werden, der darin bestand, dass diese Übertragung vom Wallonischen Parlament und nicht von der Kammer gutgeheißen werden musste. Neben den liberalen und christdemokratischen Regierungsparteien stimmten am 31. Januar 1983 auch die Sozialisten im Austausch dafür zu, in der ersten DG-Exekutive vertreten zu sein.

Ausbau (1984 bis heute). Das Wort wurde gehalten, und als am 30. Januar 1984 der RdK in Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft (RDG) umbenannt wurde,[11] wählte dieser die erste vor ihm verantwortliche Exekutive, bestehend aus CSP, PFF und SP. Als Gemeinschaft mit dekretalen Befugnissen, die auch als solche in der Verfassung anerkannt war, erhielt die DG die gleichen Zuständigkeiten wie die anderen Gemeinschaften – von dort an, sowie bei allen späteren Erweiterungen der Gemeinschaftsbefugnisse im Laufe der belgischen Staatsreformen.

Die Übertragung der Ausübung regionaler Zuständigkeiten von der Wallonischen Region an die DG war im Laufe der folgenden Jahre hingegen stets Gegenstand von Verhandlungen und folgte teils besonderen Umständen. Die erste Übertragung im Bereich Landschafts- und Denkmalschutz erfolgte 1994, nachdem diese ehemaligen Gemeinschaftszuständigkeiten regionalisiert und somit der DG quasi entzogen worden waren. Die Rückübertragung war auf wallonischer Seite somit leicht zu akzeptieren, schuf aber einen Präzedenzfall. Dieser bereitete den Weg für die ersten echten Übertragungen in den Jahren 2000 (Teile des Beschäftigungsbereichs) und 2004 (Teile der Gemeindeaufsicht), die unter anderem durch die Symmetrie der Regierungskoalitionen in der DG und der Wallonischen Region vereinfacht wurden. 2014 einigte man sich bei den Tourismuszuständigkeiten erneut auf die Rückübertragung von ehemaligen Gemeinschaftsbefugnissen, die zwischenzeitlich regionalisiert worden waren. Von 2014 bis 2015 wurde zudem die Übertragung weiterer Zuständigkeitsbereiche für die Gemeindeaufsicht, die Beschäftigung und den Denkmalschutz verhandelt. Wenngleich keine Symmetrie mehr zwischen den beiden Regierungskoalitionen bestand, wurde eine Einigung dadurch vereinfacht, dass bereits Teile dieser Zuständigkeiten vorher übertragen worden waren. Die bisher größte Übertragung (an der Haushaltsmasse gemessen) erfolgte im Jahr 2019 für die Bereiche Raumordnung und Wohnungsbau sowie Teile des Energiesektors. Nachdem die wallonischen Liberalen zu Beginn der Legislaturperiode die Forderungen der DG in diesen Bereichen aus der Opposition heraus unterstützt hatten, mussten sie diese auch umsetzen, als sie überraschend die Sozialisten in der Regierung ersetzten, die wegen einer Korruptionsaffäre den Rückhalt des Koalitionspartners (cdH) verloren hatten.

Im Zuge der sechs Staatsreformen und der Ausübungsübertragungen von regionalen Zuständigkeiten hat die DG mittlerweile die meisten der von ihr geforderten Zuständigkeiten erhalten. Die verbleibenden (in einer Grundsatzerklärung von 2011 nochmals wiederholten)[12] Forderungen betreffen alle verbleibenden Regionalzuständigkeiten (insbesondere die Provinzbefugnisse) sowie eine garantierte Vertretung in der Abgeordnetenkammer.

Gemeinsamkeiten mit anderen Autonomiebewegungen

Föderalismus im Windschatten. Die vorausgehende Chronologie verdeutlicht, dass die Autonomiebewegungen in den beiden großen Sprachgemeinschaften zwar eine notwendige Voraussetzung für die Föderalisierung des belgischen Staates und somit auch für die Anerkennung der



Traditionell legen die Regierungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft besonderen Nachdruck auf die guten Beziehungen zur deutschen Minderheit im italienischen Südtirol, wie dieses Bild eines Besuchs des Landeshauptmanns von Südtirol Luis Durnwalder am 25. März 1993 in Eupen veranschaulicht.

DG-Autonomie waren, dass letztere aber nur nach Einigung und signifikantem Lobbying der eigenen politischen Eliten in den nationalen Schwesterparteien zustande gekommen ist. Ich habe diese Entwicklung an anderer Stelle sinnbildlich als „Föderalismus im Windschatten“ beschrieben: d. h. als ein Autonomiewettrennen, bei dem kleinere Teilstaaten „aus der zweiten Reihe“ von den Bestrebungen größerer Teilstaaten „in der ersten Reihe“ profitieren, wenngleich sie selbst signifikante Bemühungen aufbringen müssen, um anerkannt zu werden und im föderalen Peloton zu bleiben.[13] Die Anwendbarkeit dieses Konzeptes beschränkt sich dabei nicht auf die DG, denn vergleichbare Entwicklungen hat es beispielsweise auch in Spanien oder dem Vereinigten Königreich gegeben.

Beispiele. Als in Spanien nach dem Ende der Franco-Diktatur von 1976 bis 1978 eine neue Verfassung ausgearbeitet wurde, bemühten sich katalanische, baskische und galizische Politiker darum, die ehemaligen Autonomiestatute ihrer Gemeinschaften aus den 1930er Jahren (und teilweise davor) wiederherzustellen. Als auch Andalusien berücksichtigt werden wollte, um mit autonomen Institutionen den wirtschaftlichen Rückstand auf reichere Regionen aufzuholen (man beachte hier die Parallele zur Wallonie), wurden Autonomieforderungen in allen Regionen Spaniens laut und führten schlussendlich dazu, dass gesetzgebende Autonomie an 17 sogenannte autonome Gemeinschaften vergeben wurde.[14] Im Vereinigten Königreich wuchs in den 90er Jahren der Stimmanteil regionalistischer Parteien in Schottland und Wales, sodass Labour-Chef Blair 1997 mit dem Versprechen von Autonomiereferenden Wahlkampf machte und die Wahl gewann.[15] Die Referenden wurden in Schottland mit 74,3 % und in Wales mit 50,3 % angenommen, und beide erhielten daraufhin eigene Parlamente und Regierungen. Während die schottischen Zuständigkeiten gesetzgebend waren, erhielt Wales jedoch in Anbetracht der Knappheit des Referendums und der Uneinigkeit der walisischen Parteien zu dieser Frage nur administrative Zuständigkeiten. Dies wurde von der regionalistischen Partei, Plaid Cymru, stark kritisiert und nach Einsetzung der Welsh Assembly im Laufe der Zeit auch zunehmend von anderen Parteien als problematisch wahrgenommen. Weil dennoch Uneinigkeit herrschte, einigten sich die walisischen Parteien 2006 zunächst nur mit der Brown-Regierung darauf, dass ein Referendum zu dieser Frage durchgeführt werden könnte. Als 2011 ein Großteil der regionalen Politiker selbst von Gesetzgebungszuständigkeiten überzeugt war, wurde dieses Referendum abgehalten und mit 63,5 % der Stimmen angenommen.[16]

Teil 3: Perspektiven

Dieser Rückblick auf die Autonomiegeschichte der DG sowie der internationale Vergleich ihrer Rechte und deren Entwicklung erlaubt es, ihr Autonomiestatut sowie ihre Situation als nationale Minderheit und als föderaler Teilstaat gemäß den fünf Ursprungsfragen dieses Beitrags einzuordnen. Zudem ergeben sich daraus bei der Anwendung des zentralen Interpretationsansatzes dieses Bandes – das Konzept der Angst, Sorge beziehungsweise Unsicherheit – weitere Perspektiven auf die jüngere politische Geschichte Ostbelgiens.

Einordung

Begriffserklärungen. Aus den eigenen Begriffserklärungen geht hervor, dass die DG sowohl eine nationale Minderheit als auch ein föderaler Teilstaat ist. Eine nationale Minderheit ist eine Gruppe von Menschen, die seit langer Zeit auf dem Gebiet eines Staates leben, dessen nationale Identität sie nicht oder nur teilweise teilen. Es handelt sich also in erster Linie um eine soziologische Realität (auch wenn sie juristisch anerkannt sein kann). Föderale Teilstaaten hingegen sind die Einheiten in Föderalstaaten, die für ihr Gebiet und in ihrem Zuständigkeitsbereich eigene gesetzgebende juristische Normen verabschieden können. Es handelt sich also um eine juristische Realität. Es gibt über die DG hinaus andere Teilstaaten, die auch nationale Minderheiten sind und umgekehrt (z. B. Schottland im Vereinigten Königreich, Katalonien in Spanien oder Flandern in Belgien). Aber nicht alle Teilstaaten sind nationale Minderheiten (z. B. Hessen in Deutschland) und nicht alle nationalen Minderheiten sind auch Teilstaaten (z. B. Cornwall im Vereinigten Königreich).

Rechte. Die Autonomiestatute von nationalen Minderheiten und föderalen Teilstaaten können weit auseinandergehen, wobei Autonomie selbst-, mit- oder fremdbestimmte



Viele Menschen waren bei der Europäischen Woche im Jahr 1988 in Eupen auf den Beinen. Sie veranschaulichen, dass das zusammenwachsende Europa für viele Minderheiten ein Sehnsuchtsort war, bedeutete es doch für die meisten von ihnen, dass sie über nationale Grenzen hinweg, mit gleichen Sprach- und Volksgruppen in Kontakt treten konnten.

Entscheidungsmöglichkeiten bezeichnet, die es einer politischen Einheit erlauben, nach ihren eigenen Regeln zu leben. Föderale Teilstaaten haben immer gesetzgebende Selbstbestimmungsrechte und föderale Mitbestimmungsrechte. Nationale Minderheiten hingegen haben manchmal keine, manchmal beratende, manchmal administrative und manchmal gesetzgebende Selbstbestimmungsrechte sowie manchmal keine, manchmal teilweise und manchmal garantierte Mitbestimmungsrechte. Auch ihre Anerkennung als Minderheit und ihre Sprachenrechte können stark variieren. Der internationale Vergleich hat gezeigt, dass es für eine nationale Minderheit in Westeuropa und der EU eher selten ist, gesetzgebende Autonomie zu besitzen – besonders wenn sie so klein wie die DG ist. Für einen föderalen Teilstaat ist es ebenfalls selten, so klein zu sein, und die DG ist sogar der kleinste föderale Teilstaat weltweit, der seine Gesetzgebungsbefugnisse im Zuge eines dissoziativen Föderalisierungsprozesses erhalten hat.

Sonderfall? Was ihre Größe betrifft, ist die DG also ein Sonderfall im internationalen Minderheiten- und Föderalismusvergleich. Der Rückblick auf die Autonomieentwicklung und der internationale Vergleich haben jedoch gezeigt, dass sie kein wirklicher politischer Sonderfall ist. Wenngleich die Autonomiebewegungen in den beiden großen Sprachgemeinschaften eine notwendige Voraussetzung für die Föderalisierung des belgischen Staates und somit auch für die Anerkennung der DG-Autonomie waren, so ist letztere nur nach Einigung und signifikantem Lobbying der eigenen politischen Eliten in den nationalen Schwesterparteien zustande gekommen. Diese Entwicklung weist deutliche Parallelen mit den Autonomieprozessen in anderen dissoziativen Föderalisierungsprozessen auf, bei denen die Autonomiebestrebungen in einigen Teilstaaten zum Vorreiter für Bemühungen in anderen Teilstaaten wurden – eine Entwicklung, die ich an anderer Stelle sinnbildlich als „Föderalismus im Windschatten“ beschrieben habe. Es gibt ebenso Parallelen bei den Mechanismen, mit denen diese Entwicklung stattfand: von den Autonomierechten oder deren Ausdehnung für einen ersten (großen) Teilstaat über Gleichberechtigungsforderungen durch regionalistische Parteien in anderen Teilstaaten sowie die (Teil-)Übernahme dieser Forderungen durch die regionalen Eliten traditioneller Parteien bis hin zur Überzeugung der nationalen Parteien durch diese regionalen Eliten, wenn sie sich untereinander einigen können.

Zwischen Angst und Courage

Wenn man auf die dargestellten Entwicklungen den zentralen Interpretationsansatz dieses Bandes – das Konzept der Angst, Sorge beziehungsweise Unsicherheit – anwendet, kann man festhalten, dass die Akteure, die die Autonomie der DG vorangetrieben haben, sich immer auf einem schmalen Grat zwischen Angst und Courage bewegt haben.

Angst. Zunächst stand der Angst vor dem Ungewissen (d. h. davor, was ein eigener Teilstaat mit Autonomierechten bedeutet und ob eine so kleine Bevölkerung diese wahrnehmen kann) die Angst, vergessen zu werden (d. h. im föderalen Belgien nicht gleichberechtigt zu sein und dadurch sprachlich, kulturell und politisch vernachlässigt zu werden), gegenüber. Obwohl dieser Gegensatz sowohl die Bevölkerung als auch regionale Politiker betraf, waren es vor allem letztere, die den Autonomieprozess vorangetrieben haben (im Gegensatz zu den großen Autonomiebewegungen in Flandern, Katalonien oder Schottland). Unter regionalen Politikern – insbesondere innerhalb der damals größten Partei, der CSP – standen den Ängsten, nationale Wahlmonopole aus der Hand zu geben und einer regionalistischen Partei mit einem eigenen Wahlkreis die Tür zu öffnen, die politischen und sozialen Chancen eigener Institutionen gegenüber. Nach Einsetzung dieser Institutionen



Die Minderheit in der Minderheit: Auch die frankophonen Bürger im deutschen Sprachgebiet verfügen in diesem Gebiet mit Spracherleichterungen über verschiedene Rechte. Sie müssen beispielsweise bei lokalen Verwaltungen eine Antwort in französischer Sprache erhalten können. Auch existiert ein Regelwerk in Bezug auf die offiziellen Verlautbarungen und Mitteilungen der Gemeinden. Eine Übersetzung des Schildes „Rathaus" - wie hier am viel diskutierten neuen Rathaus in Sankt Vith - sieht die Sprachgesetzgebung nicht vor.

zieht sich der ursprüngliche Gegensatz zwischen Angst vor dem Ungewissen und der Angst, vergessen zu werden, erneut wie ein roter Faden durch die ostbelgische Autonomieentwicklung und kommt bei jeder Diskussion zu möglichen Zuständigkeitserweiterungen wieder auf.

Mit der institutionellen Entwicklung der DG ging ebenfalls eine politische Identitätssuche einher, die bereits an anderer Stelle teilweise dokumentiert worden ist.[17] Diese Ängste spiegelten sich beispielsweise in der Debatte über die Namensgebung der Gemeinschaft 1980-1983 wider, in der man sich für „Deutschsprachig" entschied, weil man sich von jeglichem Deutschen distanzieren wollte.[18] Für den föderalen Teilstaat war damit vorerst ein Name gefunden, wenngleich die regelmäßig wiederkehrende Debatte um den Terminus „Ostbelgien" verdeutlicht, dass auch hier die Namenssuche für das „Land ohne Namen"[19] weitergeht. Für die nationale Minderheit der Deutschsprachigen Belgier, Deutschbelgier, Deutschostbelgier oder Ostbelgier (man möge die Liste weiterführen) hat es hingegen nie einen eindeutigen Namen gegeben. Das liegt zum einen daran, dass diese soziologische Realität, wie eingangs beschrieben, auf das Selbstverständnis ihrer Mitglieder zurückgeht und es so viele Identitäten wie Mitglieder gibt. Es zeugt aber auch von der Komplexität und Unsicherheit dieses Selbstverständnisses selbst.

Courage. Wenngleich sich aus der Anwendung des Konzepts der Angst, Sorge beziehungsweise Unsicherheit interessante Perspektiven auf die Autonomieentwicklung der DG und ihr Selbstverständnis als Teilstaat und nationale Minderheit eröffnen, so wäre es dennoch eine Fehlinterpretation, diese Entwicklung allein als von Angst getrieben zu porträtieren. Die oben beschriebenen Ängste sind nämlich sowohl bei der Vergabe als auch bei jeder Erweiterung der Autonomie überwunden worden, was man ebenso als Courage oder zumindest als Wagnis interpretieren kann. Denn wenn die Autonomie der DG dem heutigen Betrachter wie eine Evidenz vorkommt, so muss man sich für die Interpretation der damaligen Handlungen zurück in die Haut derer versetzen, für die all dies erst noch vorzudenken, zu wagen und umzusetzen war.

Ausblick. Da weder die Autonomieentwicklung der DG noch ihre Identitätssuche als föderaler Teilstaat und nationale Minderheit abgeschlossen sind, werden die oben beschriebenen Autonomie- und Identitätsängste und die Frage, wie man damit umgeht, wohl auch in Zukunft bestehen. Was die Identitätssuche betrifft, so hoffe ich, dass ein besseres Verständnis dessen, was eine nationale Minderheit und ein föderaler Teilstaat sind, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede es im Ausland gibt, und ein Rückblick auf die Autonomiegeschichte einen kleinen Beitrag zu dieser Identitätsfindung leisten. Was die Autonomiediskussion betrifft, so zeigen die Beschreibungen und Vergleiche in diesem Kapitel, dass die DG-Autonomie zwar einer der wenigen Sonderfälle unter nationalen Minderheiten ist, dass es aber mehrere föderale Teilstaaten mit vergleichbarer Größe und Zuständigkeiten gibt (z. B. die Schweizer Kantone). Die vorausgehenden Beschreibungen zeigen aber ebenso, dass die Autonomieentwicklung in der DG bis dato vor allem von politischen Eliten vorangetrieben wurde, die von dem Wagnis überzeugt waren. Die Meinung der Bevölkerung schwankt dabei in Umfragen oft zwischen Überzeugung und Bedenken.[20] Auf letztere bei der nächsten Staatsreform mit einer breiteren gesellschaftlichen Debatte und Partizipation einzugehen, würde ein neues Kapitel in der Autonomiegeschichte der DG aufschlagen.

Endnoten

1 Für weiterführende Literatur zur Bildung und Verbreitung der Nationalstaaten siehe Dieter Langewiesche, Nationalstaat, in: Rüdiger Voigt (Hrsg.), Handbuch Staat, Wiesbaden 2018, S. 339-348.
2 Z. B. Daniel Steinvorth, Die glücklichsten Belgier sprechen Deutsch, in: Neue Züricher Zeitung, 14.1.2020, S. 7.
3 Im Gegensatz zu religiösen oder anderen Minderheiten.
4 Will Kymlicka, Multicultural Citizenship. A Liberal Theory of Minority Rights, New York 1995, S. 10 f., 27, 30.
5 Für weiterführende Literatur zur Definition nationaler Minderheiten siehe Jules Deschênes, Qu'est-ce qu'une minorité?, in: Les Cahiers de droit 27-1 (1986), S. 255-291, sowie die Arbeiten des Europarates in seiner Empfehlung 1201 (1993).
6 Umut Ozkirimli, Theories of Nationalism. A Critical Introduction, Basingstoke 2017.
7 Michael Burgess, Comparative Federalism. Theory and Practice, London 2006.
8 Christoph Niessen, Measuring evolving regional autonomy demands and statutes: introducing the Sub-state Autonomy Scale (SAS), in: Regional Studies 56-9 (2022), S. 1589-1603.
9 Für eine detailliertere Beschreibung und Analyse siehe Hubert Jenniges, Hinter ostbelgischen Kulissen. Stationen auf dem Weg zur Autonomie des deutschen Sprachgebiets in Belgien (1968-1972), Eupen 2001; Freddy Cremer, Als man den aufrechten Gang wieder lernen musste. Von den „Inciviques" zu den „Modellbelgiern", in: Carlo Lejeune/Andreas Fickers/Freddy Cremer, Spuren in die Zukunft. Anmerkungen zu einem bewegten Jahrhundert, Büllingen 2001, S. 99-116; Christoph Brüll, Un passé mouvementé. L'histoire de la Communauté germanophone de Belgique, in: Katrin Stangherlin (Hrsg.), La Communauté germanophone de Belgique. Die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens, Brüssel 2005, S. 17-47; Christoph Niessen, Federalization in the slipstream. How the German-speaking Community of Belgium became one of the smallest federal entities in the world, in: Nations and Nationalism 27-4 (2021), S. 1026-1046.
10 Siehe hierzu auch Brüll, Un passé mouvementé, in: Stangherlin (Hrsg.), La Communauté, S. 37-40.
11 Die anderen Gemeinschaften hatten bereits 1980 ihre Namen von „Kulturgemeinschaft" in „Gemeinschaft" geändert, als ihre Zuständigkeiten über den Kultursektor hinaus erweitert worden waren. Während der Terminus „Gemeinschaft" unumstritten war, wurde kontrovers diskutiert, ob man „Deutsche" (parallel zu den anderen Gemeinschaften) oder „Deutschsprachige" (um die Assoziation mit „Deutsch(land)" zu vermeiden) Gemeinschaft heißen wolle. Während die PDB für Ersteres warb, entschieden sich die anderen Parteien für Letzteres (s. hierzu auch die Berichte zur Plenarsitzung des RdK vom 30.6.1980).
12 Die Grundsatzerklärung vom 27.6.2011 wurde von den Abgeordneten der CSP, Ecolo, PFF, ProDG und SP unterstützt und von den Abgeordneten von Vivant abgelehnt.
13 Niessen, Federalization in the slipstream.
14 Luis Moreno, The Federalization of Spain, London, New York 2013.
15 Die Callaghan-Regierung hatte bereits 1979 infolge regionalistischer Wahlerfolge und im Austausch gegen Unterstützung durch regionalistische Parteien im Unterhaus Referenden über die Vergabe von Autonomierechten an Schottland und Wales gewährt. Beide scheiterten jedoch.
16 John Osmond, Accelerating History. The 1979, 1997 and 2011 referendums in Wales, Cardiff (Institute of Welsh Affairs) 2011.
17 Freddy Cremer, Über den Umgang mit der eigenen Vergangenheit. „Verschlusssache" Geschichte, in: Lejeune/Fickers/Cremer, Spuren in die Zukunft, S. 8-26.
18 Rat der Deutschen Kulturgemeinschaft, Ausführlicher Bericht zur Plenarsitzung vom 30. Juni 1980, S. 387-400.
19 Hubert Jenniges, Hinter ostbelgischen Kulissen, S. 21.
20 Ostbelgien Statistik. Demoskopische Befragungen 2011-2022, https://ostbelgienstatistik.be/desktopdefault.aspx/tabid-5954/6366_read-54273 (14.1.2023).







DIE INSTITUTIONELLEN AUSSENBEZIEHUNGEN DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT SEIT DEN 1970ER JAHREN

NOTWENDIGE ÖFFNUNG ODER EINE NUMMER ZU GROSS?

VON CHRISTOPH BRÜLL UND ANNA QUADFLIEG





Die zweite und vor allem die vierte Staatsreform haben den Regionen und Gemeinschaften in Belgien weitgehende Befugnisse im Bereich der Außenbeziehungen übertragen. Diese Möglichkeit wurde zunächst vor allem innerbelgisch genutzt. Schnell richtete sich das Augenmerk auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, von der man sich konkrete Erleichterungen für die Grenzbevölkerungen versprach. Die 1990er Jahre brachten für die Deutschsprachige Gemeinschaft eine institutionelle und strategische Wende – die zunehmende Intensität und die Reichweite der Außenbeziehungen gerieten in den 2000er Jahren mehrfach zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen.

Wer die Geschichte der institutionellen Außenbeziehungen der heutigen Deutschsprachigen Gemeinschaft (DG) verstehen will, stellt fest, dass es dabei verschiedene Kontexte zu berücksichtigen gilt: Die Föderalisierung Belgiens, die institutionelle Entwicklung der DG, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die europäische Integration sind dabei die wichtigsten. Zudem wird deutlich, dass allgemeine Merkmale der DG wie Kleinheit, Grenzlage und Sprachenpolitik zum Tragen kommen. In der Herangehensweise spiegeln sich auch die diesen Band durchziehenden Fragestellungen: Welche Rolle spielen Vergangenheits- und Überforderungsangst in der Artikulierung, Erarbeitung und Realisierung von institutionellen Kontakten nach außen? Welche Chancen und Potenziale gehen damit einher?

Im Folgenden möchten wir die institutionelle Entwicklung der Außenbeziehungen in ihrem politikgeschichtlichen Kontext nachzeichnen. Im Mittelpunkt steht dabei, welche Strategien verfolgt wurden und welche Vorstellungen des Anderen dahinterstehen. Die Selbstverständlichkeit, mit der ein Großteil der Bevölkerung täglich Grenzen überschreitet und mit anderen Sprachen in Kontakt ist, war auch in den Vorstellungen der politischen Akteure stets präsent. Inwiefern daraus konkrete politische Handlungen abgeleitet werden konnten, war jedoch weitaus weniger selbstverständlich, wie das Beispiel der Beziehungen zur Euregio Maas-Rhein verdeutlicht.

In diesem Beitrag argumentieren wir, dass sich die Geschichte der Außenbeziehungen der DG von 1973 bis in die Gegenwart in zwei große chronologische Blöcke teilen lässt: vor und nach der vierten Staatsreform von 1994. Seitdem gilt das Prinzip *in foro interno, in foro externo*, laut dem ein belgischer Teilstaat die Außenbeziehungen in seinen Zuständigkeitsbereichen ausüben und organisieren darf – dies beinhaltet nicht zuletzt das Recht auf Vertragsabschlüsse mit ausländischen Gebietskörperschaften.[1] In den Zeitraum von 1973 bis 1994 fallen wichtige Wegmarken, vor allem die eigene Regierung („Exekutive") im Jahr 1984. Der Ministerpräsident verfügt seitdem immer auch über die „Außenbeziehungen" in seinem Portfolio. In die Zeit nach 1994 fallen die Europäisierung und Diplomatisierung der Außenbeziehungen mit der Errichtung von Vertretungen in Brüssel (2005) und Berlin (2008). Nicht zuletzt geben seit 2008 die Regionalen Entwicklungskonzepte auch bei den Außenbeziehungen den inhaltlichen Takt vor.



Während die Politik daran arbeitete, auf Verwaltungsebene über Abkommen einen Mehrwert für die deutschsprachigen Belgier zu erzielen, arbeitete die CSC im Rahmen ihres Grenzgängerdienstes seit 1968 an einem Abbau von Hürden für Arbeitnehmer. Erster Sekretär des Dienstes war der Mürringer Eddy Klöcker (2. von links).

Über fünf Jahrzehnte gab es auch Kontinuitäten. Dazu gehört zuerst die vielbeschworene Brückenfunktion zwischen Belgien und Deutschland, deren rhetorische Mobilisierung jedoch nicht immer mit politischen Handlungen einherging. Dazu gehört auch die immer wieder gestellte Frage nach Kosten und Nutzen der Beziehungen zu ausländischen Partnern, wobei konkrete Resultate nicht immer messbar waren. Dem omnipräsenten Diskurs, laut dem Einigelung für eine Grenzregion keine Option sei, stand immer auch die Befürchtung gegenüber, sich zu überheben. Eine weitere Konstante ist der hohe Stellenwert der Kultur in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, auch wenn er mit der Zeit gegenüber anderen Faktoren der Standortpolitik an Bedeutung einbüßte.

Die Analyse der institutionellen Außenbeziehungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft war bisher vor allem Sache von Politikwissenschaftlern und involvierten Akteuren.[2] Eine historische Perspektive liegt bislang nicht vor. Der vorliegende Beitrag wird diese Lücke nicht gänzlich schließen können. Indes trachtet er danach, einen ersten Überblick und entscheidende Entwicklungsmomente und -pfade aufzuzeigen und zur weiteren Auseinandersetzung mit den Außenbeziehungen der DG anzuregen.

Erste Vorstellungen

In seiner Rede zur Eröffnung der neuen Sitzungsperiode des Rates der deutschen Kulturgemeinschaft (RdK) präsentierte Ratspräsident Albert Gehlen (CSP) im Oktober 1979 einige grundsätzliche Überlegungen zu den Außenbeziehungen in der Grenzregion:

„Bisher wurde in den kulturellen Auslandsbeziehungen zu deutschsprachigen Ländern dem besonderen Interesse unserer Gemeinschaft kaum Rechnung getragen. Auch hier wird sich in den nächsten Jahren einiges ändern, wobei bestimmt von allen Seiten mit Entgegenkommen gerechnet werden muß. […] [In] meiner Zielsetzung ist eine eindeutige Bejahung des europäischen Gedankens zu sehen. Ich begrüße jede Form europäischer Integration und alle Euregio-Initiativen, stehe aber auf dem Standpunkt, daß man supranational nur denken und arbeiten kann, wenn man gleichzeitig national – ohne daß dieser Begriff mißverstanden werden soll – denken und arbeiten will. […] Das Mitwirken an einer Entwicklung der Grenzregion ist eine konkrete Aufgabe, an deren Lösung mitzuwirken wir interessiert sind, weil wir deutschsprachige Belgier überzeugt sind, daß wir aufgrund der Dinge, wie sie sich hier im Grenzland darstellen, besondere Voraussetzungen dafür mitbringen."[3]

An dieser Rede lassen sich Kontext, Chancen und Herausforderungen der institutionellen Positionierung des RdK in der Frage seiner Außenbeziehungen am Ende der 1970er und zu Beginn der 1980er Jahre skizzieren. Die beiden ersten Staatsreformen eröffneten der deutschen Kulturgemeinschaft in ihrer Kernbefugnis Kultur neue Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit Partnern in der Bundesrepublik.[4] Dabei bildete das deutsch-belgische Kulturabkommen von September 1956 weiterhin den Rahmen, dessen Begrenzung der Handlungsspielräume jedoch manches Mal in der Diskussion stand.[5] Auch andere Themen wie die Anerkennung deutscher Hochschuldiplome in Belgien waren bereits seit 1973 Dauerbrenner in den parlamentarischen Debatten. Die neue auswärtige Kulturpolitik zeitigte vor allem Wirkung in der Region; Gehlens Hoffnung, dass sie ihr gegenüber den anderen beiden Sprachgemeinschaften eine größere Sichtbarkeit verleihen könne, erwies sich als verfrüht. Erste Schritte erfolgten jedoch. So stattete im Mai 1978 mit dem bundesdeutschen Diploma-



Neben den Außenbeziehungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft gab es auch wichtige andere Initiativen, die die grenzüberschreitende Zusammenarbeit stärken wollten. Das trifft beispielsweise auf die 1955 gegründete Europäische Vereinigung für Eifel und Ardennen zu, die 1980 ihr 25jähriges Bestehen feierte und das europäische Bewusstsein in Eifel, Ardennen und Ösling stärken wollte.



Wichtige Erinnerungsorte der ostbelgischen Außenbeziehungen sind die Dreiländerecke in Ouren (Bild) und bei Gemmenich, auch wenn letzteres nicht auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft liegt.

ten Peter Limbourg erstmals ein ausländischer Botschafter dem RdK einen offiziellen Besuch ab. Der Grenz-Echo-Bericht war überdeutlich: „Eupen – Mittlerrolle im Europa der Regionen“.[6] Der Botschafter meldete nach Bonn:

„Nach meinem Besuch in den Ostkantonen können unsere Beziehungen zu der deutschen Kulturgemeinschaft Belgiens nunmehr auch als formal geordnet […] betrachtet werden. So gesehen war mein Besuch in den Ostkantonen mehr als nur zeitlich richtig, er war notwendig geworden.“[7]

Der Besuch besaß eine doppelte belgisch-deutsche Dimension, die sowohl die institutionelle Gegenwart der deutschen Kulturgemeinschaft als auch die, so der Botschafter, „problematische Vergangenheit“[8] betraf, die kein Hindernis bei der beiderseitigen Zusammenarbeit mehr bilden sollte. Dies war alles andere als eine Selbstverständlichkeit, wie die Zukunft zeigte; die grenzüberschreitende Zusammenarbeit war immer auch ein Gradmesser für die ambivalenten Beziehungen zum deutschen Nachbarn.[9] Die Grenz-Echo-Überschrift thematisierte eine dritte Dimension: Die Rede vom „Europa der Regionen“[10] war Ende der 1970er Jahre en vogue, wie auch Gehlens Ausführungen zeigten, die gerade von der regionalistischen PDB begrüßt worden waren.[11]

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Seit den 1960er Jahren hatte die Zahl der grenzüberschreitenden Initiativen stetig zugenommen, bereits 1971 war die Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG) gegründet worden, der unter anderem die erste Euregio, eine neue Form der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit an der deutsch-niederländischen Grenze, und die Saarlor-Region (ab 1980 Saar-Lor-Lux) als Gründungsmitglieder angehörten.[12] 1976 entstand im deutsch-niederländisch-belgischen Grenzraum eine Arbeitsgruppe, aus der die heutige Euregio Maas-Rhein hervorgegangen ist.

Zwei Legitimationsdiskurse waren bei der Schaffung dieser Zusammenschlüsse bestimmend: zum einen ein idealistischer Diskurs, nach dem Grenzen in der EG zu überwindende „Narben der Geschichte“[13] seien und häufig Hindernisse für die Entfaltung des Potenzials der Grenzregionen darstellten.[14] Zum anderen wurden viele dieser Grenzregionen im Laufe der 1970er und 1980er Jahre vom Strukturwandel und vom Verlust industrieller Arbeitsplätze erfasst. Um diese Entwicklungen aufzufangen, wurde vor Ort, aber auch im Europäischen Parlament häufig ein Mehr an grenzüberschreitender Zusammenarbeit propagiert. So forderte beispielsweise der SeP-Abgeordnete im Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft (RDG) Josef Schumacher in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre regelmäßig die institutionelle und strategische Stärkung eines „euregionalen Arbeitsmarktes“.[15]

Die langsame Verbreitung der Diagnose einer Strukturschwäche von Grenzregionen, die auf deren Lage an der Peripherie der Nationalstaaten zurückgeführt wurde, erfolgte seit den 1970er Jahren auch im Europäischen Parlament. Dabei waren es vor allem Mitglieder aus den Reihen der AGEG, die diese Botschaft transportierten und dafür sorgten, dass europäische Regionalpolitik nicht mehr nur auf sozioökonomische Disparitäten der einzelnen Mitgliedstaaten beschränkt blieb, sondern deren grenzüberschreitende Dimension miteinbeziehen sollte. Ein Meilenstein in dieser Hinsicht war der 1976 verabschiedete Gerlach-Bericht, der vor allem am Beispiel der Euregio Maas-Rhein die verkehrsinfrastrukturellen Probleme von Grenzregionen beleuchtete und europarechtliche Instrumente zur Institutionalisierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im supranationalen Rahmen der EWG vorschlug. Auch wenn Kommission und Ministerrat bei der konkreten Umsetzung auf der Bremse standen, kann der Bericht des deutschen Sozialdemokraten als Agenda-Setter gelten.[16] Beim Thema des Berichts handelte es sich auch um ein Hauptproblem zwischen Maas und Rhein, das auch ostbelgische Aspekte umfasste. Daher steckte etwa der christlich-soziale Abgeordnete Willy Schyns einen Großteil seiner Energie als Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der EWG von 1977 bis 1979 in diese Materie.[17]

Welcher Umgang mit den Außenbeziehungen?

Bis zu den Ostbelgiengesetzen Ende 1983 waren die Kulturminister der Französischen und Flämischen Gemeinschaften als Exekutive für die Erlasse mit Verordnungscharakter der DG im kulturellen Bereich zuständig.[18] Mit der Einsetzung der „eigenen“ Exekutive im Januar 1984 gehörten diese Zeiten der Vergangenheit an. Klare Akzente setzten die ersten Regierungen vor allem im Bereich Tourismus. Allerdings zeigten sich die administrativen Schwierigkeiten grenzüberschreitender Politik, zumal hier unterschiedliche Interessenlagen zwischen der Eifel und dem Eupener Land sichtbar wurden.[19] Das Beispiel der Reaktivierung der Vennbahn zu touristischen Zwecken verdeutlichte darüber hinaus, dass Nachhaltigkeitseffekte nicht garantiert waren.[20] Rasch angeschoben wurden auch Kooperationsabkommen mit den beiden großen Sprachgemeinschaften, die im Rahmen von Kulturwochen die Sichtbarkeit der deutschsprachigen Belgier im Inland erhöhen sollten.[21]

Insgesamt galt für die Außenbeziehungen, dass sich die konzeptionelle Arbeit vom Rat in Richtung Regierung verschob.[22] Unter den Ministerpräsidenten Bruno Fagnoul (PFF; 1984-1986) und Joseph Maraite (CSP; 1986-1999) zeigte sich jedoch, dass eine Strategie erst noch erarbeitet werden musste, die von einer personalen Politik gutnachbarlicher Zusammenarbeit zu einem strukturierteren Ansatz führte. Viele Probleme lagen in der Natur grenzüberschreitender Zusammenarbeit, die von den Gemeinden bis zu den Nationalstaaten eine Vielzahl administrativer und juristischer Ebenen betrifft.



Sowohl die Euregio Maas-Rhein als auch die Großregion SaarLorLux unterstützen grenzüberschreitende Projekte auf unterschiedlichen Ebenen. Hierzu nutzen sie Fördermittel der Europäischen Union oder ihrer Mitglieder. Ziel der Organisationen ist es, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu stärken und Hindernisse für den grenzüberschreitenden Kontakt abzubauen.

Klärungsprozesse

Der Aufnahme der DG in die Euregio Maas-Rhein ging ein langjähriger Klärungsprozess voraus. Bereits 1976 hatte die PDB einen Resolutionsvorschlag unterbreitet, der forderte, „daß der Rat der deutschen Kulturgemeinschaft bei der Schaffung der Euregio beteiligt wird, zumal das Gebiet deutscher Sprache ein ideales Bindeglied über die Grenzen hinweg darstellen kann“.[23] Dieser Vorschlag wurde zwar an den RdK-Kulturausschuss verwiesen, jedoch nie behandelt. Die PDB schloss aus der Tatsache, dass die Euregio in der kulturellen Zusammenarbeit aktiv werden wollte, dass die deutsche Kulturgemeinschaft ein selbstverständliches (Voll-)Mitglied der Euregio sein müsse. CSP, PFF und SP sahen dies nicht so, vielmehr decke die Mitgliedschaft der Provinz Lüttich auch das Gebiet deutscher Sprache ab. Insgesamt betrachteten sie die Euregio Maas-Rhein eher als einen Lebensraum, in dem viele grenzüberschreitende Initiativen auf verschiedenen Ebenen Platz haben konnten, denn als zusammenhängenden politischen Gestaltungsraum. Dies bedeutete keine vollständige Ablehnung: So nahm Kulturhauptinspektor Firmin Pauquet als Vertreter des deutschen Sprachgebiets an den Sitzungen der Kulturkommission der Euregio teil.[24]

Die EG begann Anfang der 1980er Jahre verstärkt, finanzielle Mittel an strukturschwache Grenzregionen auszuschütten. Auf Initiative des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen begannen 1981 entsprechende Bedarfsanalysen, an denen der Regierungsbezirk Köln und die beiden limburgischen Provinzen beteiligt waren, nicht jedoch die Provinz Lüttich. Da die EG-Mittel die Wirtschaftsförderung betrafen, musste die Exekutive der Wallonischen Region der Teilnahme der Provinz Lüttich zustimmen. Der RdK verabschiedete dazu am 22. Dezember 1983 eine entsprechende Resolution an die wallonische Exekutive.[25] Gegenstand der Debatten war die Rolle der Provinz Lüttich: Die PDB erblickte in deren Führung die Hauptverantwortlichen für die Trägheit des Prozesses, diese zeige keine Sensibilität für die Probleme der Grenzregionen. Die anderen Parteien zeigten demgegenüber die Komplexität der Entscheidungsprozesse auf und verwiesen darauf, dass die Verspätung der Provinz von den anderen Partnern in der Region billigend in Kauf genommen worden sei.

In Lüttich nahmen die Zweifel an den Partnern in Deutschland und den Niederlanden jedoch zu. Die Situation eskalierte im Herbst 1985, als Provinzgouverneur Gilbert Mottard mit dem Austritt aus der Euregio drohte. Die Regierung der DG sah sich zu einer Erklärung genötigt. Dabei stellte Ministerpräsident Fagnoul unmittelbar die Frage, „ob die Deutschsprachige Gemeinschaft als gleichberechtigter Partner der Euregio zu sehen ist, oder ob eine punktuelle Mitbeteiligung der Gemeinschaft unser Ziel sein muß“.[26] Während die PDB klar für die erste Option stand, tendierten CSP, PFF und SP zur zweiten. Die Argumentation der PDB war idealistisch, da sie in der Euregio eine notwendige Form des europäischen Engagements der deutschsprachigen Belgier sah, und taktisch, sah sie in den Vorgängen doch eine Bestätigung ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der Provinz Lüttich.[27] Die CSP sah in der Euregio ein Mittel zum Zweck der guten nachbarschaftlichen Zusammenarbeit unter vielen und wollte deren Rolle auf ein reales Maß zurückgestutzt sehen – sie verwies auf die Gemeindeebene, aber auch auf den Einsatz deutscher Rettungshubschrauber in der DG, der ohne die Euregio zustande gekommen sei.[28] Die SP machte vor allem verfassungs- und institutionenrechtliche Bedenken gegenüber einer Vollmitgliedschaft geltend.[29]



Am 8. September 2016 fand das Treffen der deutschsprachigen Staatsoberhäupter in Eupen statt, an dem die Staatsoberhäupter von Luxemburg, Liechtenstein, der Schweiz, Belgiens und Deutschlands teilnahmen. Österreich hatte vor dem Hintergrund der Bundespräsidentenwahl 2016 nicht an dem Treffen teilgenommen.

Der von den traditionellen Parteien auch als solcher eingestandene Meinungsumschwung,[30] der schließlich 1991/1992 in die Vollmitgliedschaft mündete, rührte aus verschiedenen Entwicklungen. Die DG nahm ihre Befugnisse in den Außenbeziehungen stetig selbstbewusster wahr: 1986 billigte sie das 1980 in Madrid unterzeichnete „Europäische Rahmenabkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften“.[31] Alle Partner erkannten, dass der Euregio als Beratungsorgan bei den Vorbereitungen zur Realisierung des europäischen Binnenmarktes durchaus eine wichtige Rolle zukam. Zudem lud die Schaffung des Interreg-Programms der EG mehr denn je zur Institutionalisierung von grenzüberschreitender Zusammenarbeit ein.[32] Ein weiterer Grund lag in der Festigung der euregionalen Strukturen mit der Überführung in eine Stiftung niederländischen Rechts im Jahr 1991.

Euregio Maas-Rhein und Großregion

Am 29. Juni 1992 beschloss der Vorstand der Stiftung Euregio Maas-Rhein, die DG als Vollmitglied aufzunehmen.[33] Sie war nunmehr der kleinste und gleichzeitig der institutionell stärkste Euregio-Partner und der einzige mit Gesetzgebungshoheit.[34] Da die *Stichting* durch die Partner finanziert wurde, selbst grenzüberschreitende Projekte initiierte und durchführte und auf die Investitionsprioritäten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit einwirkte, beschloss der Vorstand der *Stichting*, die Legitimation ihrer Entscheidungen zu stärken und einen Euregiorat mit beratender Funktion zu gründen.[35]

Im Dezember 1998 trat die DG auch der Großregion bei. Zunächst waren die belgischen Partner – neben der DG auch die Wallonische Region – nur Beobachter in deren Gremien. Ab 2006 wurde die bis dahin auf das Saarland, Lothringen und Luxemburg beschränkte Kooperation um die DG und die Wallonische Region als vollwertige Mitglieder erweitert.

Seit der Unterzeichnung des Schengener Abkommens am 14. Juni 1985 rückten die Grenzregionen zunehmend in den Blick der europäischen Institutionen. Nach einer Probephase 1988/1989 unterstützte die Europäische Kommission ab 1990 die grenzüberschreitende Zusammenarbeit durch Interreg-Programme.[36] Von Beginn an war die DG, etwa in den Bereichen Tourismus und Arbeitsmarkt, am Interreg-Programm „Euregio Maas-Rhein“ beteiligt.[37] 2000 wurde sie zudem Partner des Interreg-III-Programms „Deutschland – Luxemburg – Deutschsprachige Gemeinschaft“, einem der drei Vorläufer des Interreg-Programms der Großregion.[38]

Angeregt durch die politischen und institutionellen Entwicklungen zu Beginn der 1990er Jahre riet der PDB-Fraktionsvorsitzende Gerhard Palm der Regierung 1992, „in [i]hrer Verwaltung einen Beamten, vielleicht sogar mehrere, speziell damit [zu] beauftragen, die schnellsten Wege durch das Labyrinth der EG-Zuschüsse zu suchen […]“.[39] Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Verwaltung von EU-Förderprogrammen – neben den Interreg-Programmen auch der Europäische Sozialfonds (ESF) sowie die Förderungen im Bereich ländliche Entwicklung und Bil-



Die Vertretung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Brüssel besteht seit 2005 im Hôtel de Brouckère. Die Vertretung soll es der DG erlauben, mit anderen Gebieten in Belgien und der Europäischen Union in Kontakt zu treten.



Nicht nur die Deutschsprachige Gemeinschaft pflegte Beziehungen zu anderen Institutionen. Auch die ostbelgischen Gemeinden knüpften Städtepartnerschaften. Die Stadt Sankt Vith hat beispielsweise seit 1983 eine Partnerschaft mit der Stadt Kerpen.

dung – sollten eine feste Größe in den Außenbeziehungen der Gemeinschaft bleiben.

Außenbeziehungen im Brüsseler Windschatten

In der ersten Hälfte der 1990er Jahre wurden die Außenbeziehungen in erheblichem Ausmaß von exogenen Einflüssen geprägt. Doch wenngleich die DG-Exekutive ihre Entscheidungsspielräume nutzte, gingen prägende Entwicklungen der ostbelgischen Außenpolitik in dieser Phase nicht von Eupen, sondern in mehrfacher Hinsicht von Brüssel aus. Zu den stärksten Impulsen zählten dabei der belgische Föderalisierungsprozess und die europäischen Integrationsentwicklungen durch den Maastrichter Vertrag.

Im europäischen Kontext wurde das Recht, im Rahmen der Zuständigkeiten der Gemeinschaften internationale Verträge zu schließen, zur mitunter belastenden Pflicht.[40] Internationale Verträge, die die Zuständigkeiten der belgischen Gliedstaaten betrafen, erforderten fortan auch die Zustimmung der jeweiligen Legislativen. Das Rahmenabkommen vom 30. Juni 1994 regelte darüber hinaus die Vertretung Belgiens in internationalen Organisationen und Netzwerken, die nach einem analogen Prinzip funktioniert.[41] So ist die DG unter anderem Teil der belgischen Delegation im Europarat, in der OECD und der UNESCO.

Doch was die Gleichheit aller Regionen und Gemeinschaften im Königreich unterstrich und den Gestaltungsspielraum sowie die Sichtbarkeit der DG erhöhte, bedeutete eine gewaltige Herausforderung. Eine Überforderungsangst deutete sich etwa während der DG-Ratsdebatten über den Dekretentwurf zur Billigung des Vertrags über die Europäische Union (Maastrichter Vertrag), den die Mitgliedstaaten am 7. Februar 1992 unterzeichnet hatten, an. Die starke Rolle, die der Maastrichter Vertrag den Gemeinschaften und Regionen zusprach, belaste die Abgeordneten des RDG zusätzlich, so der Ecolo-Fraktionsvorsitzende Lambert Jaegers, der für seine Partei das Vertragswerk als unzulänglich ablehnte.

„Sie können mir glauben – und ich bin sicher, daß ich nicht der einzige bin, dem es so geht –, daß mich die Arbeit im Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Zeit überfordert. Ich frage mich, woher ich die Zeit und die Kraft nehmen sollte, um mich nach Feierabend intensiv und seriös mit all diesen Angelegenheiten auseinanderzusetzen.“[42]

Auch Teile der PFF-Fraktion schlossen sich der kritischen Haltung gegenüber dem Maastrichter Vertrag an. Alfred Evers zeigte sich skeptisch und warnte, „Europa [würde] ohne genügende Harmonisierung liberalisier[t]“ und „ein erbarmungsloser Konkurrenzkampf einsetzen […].“[43]

Bezugnehmend darauf, dass inzwischen auch medial berichtet wurde, die DG könne den Vertrag ablehnen und damit die Ratifizierung Belgiens verhindern,[44] stellte der SP-Abgeordnete Edmund Stoffels klar: „Bleiben wir realistisch: 70 000 Ostbelgier werden und können die belgische Zustimmung zum Vertrag zur Europäischen Union nicht verhindern.“[45] Trotz der in der Debatte deutlich gewordenen Herausforderungen, die mit der neuen europäischen Ordnung einhergingen, setzten sich die DG-Regierung und die Mehrheit der Ratsmitglieder für eine starke Repräsentation der Gemeinschaft auf europäischer Ebene ein.[46]

Gemäß Artikel 146 des Maastrichter Vertrags können die Mitglieder von Regionalregierungen im Rat der Europäischen Union (Ministerrat) stellvertretend für den jeweiligen Mitgliedstaat sprechen.[47] Belgien wird entsprechend der jeweiligen Zuständigkeit von den Föderal-, Gemeinschafts- oder Regionalministern vertreten.[48] Während ein zwischen dem Föderalstaat, den Gemeinschaften und Regionen vereinbartes Rotationsprinzip und eine vom Außenministerium koordinierte Abstimmung die Vertretung Belgiens im Ministerrat gewährleisten,[49] bestand in Bezug auf die repräsentative Vertretung in anderen EU-Institutionen zunächst größerer Aushandlungsbedarf. Dies war beispielsweise beim Ausschuss der Regionen der Fall, in den die DG mittels eines Kompromisses einzog, indem Flamen und Frankophone jeweils ein halbes Mandat abtraten.[50]

In der Frage der Sitzverteilung für die Wahlen zum Europaparlament konnte die DG einmal mehr von langjährigen Streitigkeiten zwischen Flamen und Frankophonen profitieren. Bei den Europawahlen 1989 wurden Belgien 24 Sitze zugestanden, von denen 13 auf flämische und elf auf frankophone Wahlkreise entfielen.[51] Diese nicht dem Bevölkerungsproporz entsprechende Aufteilung wurde von flämischer Seite intensiv kritisiert, und im Rahmen der Verhandlungen über die Regierungsbildung 1992 wurde eine Abänderung beschlossen. Dem flämischen Wahlkollegium wurden für die nächsten Europawahlen 14 Sitze zugesprochen, den Frankophonen zehn Sitze. Nach der deutschen Wiedervereinigung und der damit einhergehenden Vergrößerung des Europaparlaments erhielt Belgien jedoch einen zusätzlichen 25. Sitz, was die ausgehandelte Balance zwischen den beiden Landesteilen gefährdete.



Während die Stadt Sankt Vith mit Kerpen eine Städtepartnerschaft eingegangen war, war die Stadt Eupen seit 1974 zur Förderung des kulturellen und wirtschaftlichen Austauschs mit dem flämischen Temse verschwestert.

Doch in der Frage, ob die DG einen Sitz im Europaparlament für sich einfordern sollte, waren sich nicht alle Fraktionen des RDG einig. Zwar nahm der Rat einen diese Forderung beinhaltenden Resolutionsvorschlag zum Ausbau des Autonomiestatuts der Deutschsprachigen Gemeinschaft am 25. Mai 1992 an.[52] Ecolo hatte sich bei der Abstimmung jedoch aus demokratietheoretischen Erwägungen enthalten, da für die DG nur ein Abgeordneter ins EU-Parlament würde einziehen können und somit keine pluralistische Vertretung der Interessen aller deutschsprachigen Belgier gewährleistet werden könne.[53]

Auf Vorschlag von Premierminister Dehaene (CVP) wurde im St.-Michaels-Abkommen vom 29. September 1992 festgehalten, dass die deutschsprachigen Belgier einen Sitz im EU-Parlament erhalten sollten.[54]

Am 12. Juni 1994 waren schließlich 45.219 deutschsprachige Belgierinnen und Belgier aufgerufen, ihre Stimme für die Wahlen zum Europaparlament – erstmals elektronisch – in einem eigenen Wahlkreis abzugeben.[55] Seit Bestehen des eigenen Wahlkreises gewann die CSP jedes Mal das Mandat für das Europaparlament.

Der Föderalisierungsprozess und die europäischen Integrationsentwicklungen forderten die DG in neuem Maße heraus. Bei überschaubaren personellen Ressourcen hatte sie nicht viel Zeit, in die ihr qua Verfassung zugestandenen neuen Aufgaben hineinzuwachsen. Nachdem sich die Europäische Gemeinschaft seit 1989 durch die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Ostbelgien zeigte, zog die DG ab 1993/1994 auch in die höchsten Entscheidungsebenen der EU ein. Im Windschatten der Brüsseler Entwicklungen musste die kleinste belgi-

sche Gemeinschaft einerseits auf ihre Gleichberechtigung pochen und andererseits die damit verbundenen Herausforderungen und die aufkeimende Überforderungsangst bewältigen.

Ein neuer Wind nach dem Regierungswechsel

Mit dem Wechsel an der Regierungsspitze der DG im Jahr 1999 brach ein neues Kapitel für die Außenbeziehungen an. Bereits in seiner Funktion als Minister hatte Karl-Heinz Lambertz (SP) im Rahmen seiner Zuständigkeiten auf einen Ausbau der Außenbeziehungen gesetzt. So etwa beim Lehrlingsaustausch zwischen der DG und dem brandenburgischen Eisenhüttenstadt nach der Übernahme von Eko-Stahl durch den belgischen Stahlkonzern Cockerill Sambre, der ein Pfeiler der über mehr als zwei Jahrzehnte währenden Kooperation unter dem Slogan „von Osten zu Osten“ mit dem Landkreis Oder-Spree wurde.[56] Auch für die bis heute intensive Kooperation mit dem Landschaftsverband Rheinland hatte Lambertz mit der Unterzeichnung eines Abkommens über die Unterbringung gefährdeter Jugendlicher aus der DG in den Erziehungshilfe-Einrichtungen im Rheinland einen wichtigen Grundstein gelegt.[57] Ab der Jahrtausendwende formte Lambertz, nun als Ministerpräsident mit der entsprechenden Zuständigkeit ausgestattet, die Außenbeziehungen weiter aus.



Neben den Beziehungen zu anderen Staaten oder deren Gebieten spielten vor allem die innerbelgischen Beziehungen eine wichtige Rolle. Das Bild zeigt die Unterzeichnung eines Kooperationsabkommens zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit Joseph Maraite und der Französischen Gemeinschaft mit Laurette Onkelinx am 12. April 1995.

In den Jahren 2001 bis 2004 wurden die teilweise bereits in den 1980er Jahren abgeschlossenen und in den 1990er Jahren erneuerten Zusammenarbeitsabkommen mit den Gemeinschaften, den Regionen und der Provinz an die jeweils neuen Zuständigkeiten nach der fünften Staatsreform angepasst, erweitert oder es wurden neue spezifische Abkommen in bestimmten Bereichen abgeschlossen.[58] An der neuen Qualität der Zusammenarbeit ließ Lambertz bei der Diskussion um das Flandern-DG-Abkommen Anfang 2002 keinen Zweifel. Sie eröffneten neue Kooperationsmöglichkeiten in allen Zuständigkeitsbereichen der Gemeinschaft, so Lambertz.[59] Das „vitale Interesse“ an den Beziehungen zu den inländischen Nachbarn bestätigte die CSP ebenso wie die anderen PDG-Fraktionen. Zwar warnte die PJU-PDB vor einer Vereinnahmung seitens der Wallonischen Region,[60] doch auch in diesem Punkt herrschte fraktionsübergreifende Einigkeit: Die innerbelgischen Beziehungen mussten auf Gleichheit der Bestandteile des belgischen Staates fußen.[61]

Die grenzüberschreitenden Beziehungen der DG gestalteten sich weiterhin in erster Linie im Rahmen der Euregio Maas-Rhein und der Großregion. Im Januar 2007 zog das Büro der Euregio Maas-Rhein (EMR) nach Eupen. Nicht nur für Lambertz war mit dem Umzug eine „Aufwertung des Standortes Ostbelgien“ verbunden.[62]

Ob im Rahmen der multilateralen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den beiden Verbünden oder der bilateralen Zusammenarbeit mit den angrenzenden Partnern, aus den unmittelbar grenzüberschreitenden Kontakten entstanden die meisten und konkretesten Kooperationen in sämtlichen Zuständigkeitsbereichen der DG. Die Mehrheitsfraktionen im Rat wurden nicht müde, sie als Beispiele für den Nutzen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit heranzuziehen. Der SP-Abgeordnete Charles Servaty und der PDB-Abgeordnete Gerhard Palm hoben 2007 beispielsweise die grenzüberschreitenden Polizei-, Feuerwehr- und Rettungseinsätze hervor.[63] Mit dem Landschaftsverband Rheinland entwickelte die DG-Regierung eine Zusammenarbeit, die seit der Unterzeichnung des Abkommens am 4. Mai 2006 in Umfang und Intensität jener mit den belgischen Gemeinschaften gleicht.[64]

Umstrittener als die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Nachbarn in Deutschland, den Niederlanden und in Luxemburg waren die interregionalen Kontakte mit



Das Verhältnis der Gewerkschaften zu Grenzthematiken war ambivalent. Gerade gegen den Wegfall der europäischen Binnengrenzen machten sie mobil. Das Bild zeigt das Abladen von 3 Tonnen Mist vor dem Hauptsitz der PSC in Brüssel von ostbelgischen CNE-Mitgliedern vor einem Treffen mit Justizminister Melchior Wathelet im Jahr 1991.

nicht direkt benachbarten Regionen. Mit fast allen deutschen und österreichischen Bundesländern, mit schweizerischen Kantonen und mit Südtirol bauten die Lambertz-Regierungen Projekte oder bereichsübergreifende Kooperationen aus oder auf. Auch vor Kooperationen mit Nationalstaaten schreckte die kleinste belgische Gemeinschaft nicht zurück und schloss zwischen 2000 und 2002 Zusammenarbeitsabkommen mit Frankreich, Luxemburg und Ungarn ab.[65] Die umfassenden interregionalen und internationalen Rahmenabkommen rückten die DG-Exekutive allerdings an ihre Ressourcengrenze.[66]

Außenstellen der DG in Brüssel und Berlin

Bereits in den 1980er Jahren hatte Ministerpräsident Maraite die Föderalregierung um die Bereitstellung von Räumlichkeiten für die DG in Brüssel ersucht. „Wenn man nicht die Möglichkeit hatte, im Kabinett eines Brüsseler Ministers zu arbeiten, musste man für einige Stunden mit seinen Akten in einem Café sitzen“, erinnerte Maraite sich an die missliche Lage der DG-Minister, die sich regelmäßig zu Terminen in der Hauptstadt aufhielten.[67] 1991 stellte die Nationalregierung der Gemeinschaft Räumlichkeiten im Erdgeschoss des Instrumentenmuseums in der Rue Minimes zur Verfügung, die in den Folgejahren auch als Konferenz- und Veranstaltungsort dienten.[68]

Als sich um 2000 abzeichnete, dass das Jüdische Museum in die Räumlichkeiten der Rue Minimes einziehen sollte, war es an der Lambertz-Regierung, eine neue Außenstelle zu finden. Nach Verhandlungen mit der Föderalregierung übertrug diese der Gemeinschaft das repräsentative, aber renovierungsbedürftige „Hôtel de Brouckère“ in der Jakob Jordaensstraat per Erlass vom 6. Dezember 2002.[69]

Zum 1. Februar 2002 stellte die Regierung einen Mitarbeiter mit Dienstsitz in Brüssel ein.[70] Der damals 26-jährige, aus Koblenz stammende Jörg Horn sollte unter anderem Lobbyarbeit bei den europäischen Institutionen und Netzwerkarbeit mit den in Brüssel vertretenen Regionen leisten.[71] Die Stellenbesetzung wurde jedoch nach wenigen Monaten zum Skandal, als der BRF am 19. September 2002 berichtete, Horn habe vor seiner Einstellung Beiträge in vom deutschen Verfassungsschutz als rechtsradikal eingestuften Zeitschriften publiziert. Was von Ministerpräsident Lambertz zunächst als eine gegen ihn persönlich



Ein Blick auf den Internetauftritt der Comisa-Grenzlandschau im Jahr 2006. Jährlich wurde abwechselnd zwischen Sankt Vith und Prüm seit 1967 die Handelsmesse zur Förderung der Wirtschaft der beiden ländlichen Zentren ausgetragen. Auch diese Initiativen trugen zur Vertiefung der Außenbeziehungen bei.

gerichtete Hetzkampagne heruntergespielt wurde, zog schnell größere Kreise.

Weitere belgischen Medien, unter anderem La Meuse, Le Soir, RTBF und RTL-TVI, griffen das Thema auf und titelten etwa: „Jörg Horn est-il bien représentatif?“[72] Nicht nur das Image der Vertretung, sondern auch das der DG begann unter dem Fall zu leiden. Am 2. Oktober 2002 beschloss die Regierung schließlich, „den Vertrag von Herrn Horn mit sofortiger Wirkung zu kündigen […]“.[73] Abgeschlossen war der Fall damit noch nicht. Die CSP forderte politische Konsequenzen. Längst ging es nicht mehr nur um eine Personalie. Auch die Angst, sich als deutschsprachige Belgier nicht ausreichend von Deutschland zu distanzieren, schwang mit. So kritisierte der CSP-Fraktionsvorsitzende Albert Gehlen die Besetzung der Stelle als Vertreter der DG mit einem Deutschen, woraufhin Lambertz ihm vorwarf, „[…] anti-deutsche Ressentiments zu schüren […]“.[74] Nicht zuletzt zeugte der „Fall Horn“ von den offensichtlichen Defiziten der Einstellungspolitik, aber auch von der Schwierigkeit, qualifiziertes Personal aus Ostbelgien für das mitunter rutschige diplomatische Parkett in Brüssel zu gewinnen.

Nach diesem Fehlstart der ständigen Präsenz der DG in Brüssel übernahm die erfahrene Exekutivbeamtin Myriam Pelzer, die als Koordinatorin des Dienstes für Außenbeziehungen zeitgleich in Eupen tätig und Vertreterin des Ministerpräsidenten bei der Großregion war, die Leitung der Vertretung.[75] Obwohl sie zahlreiche Kooperationen und Veranstaltungsformate etablierte, schien in der breiten Bevölkerung noch nicht angekommen zu sein, welchen Mehrwert die Vertretung in Brüssel bedeutete. Nachdem der vormalige BRF-Journalist Alexander Homann die Leitung der Vertretung am 1. September 2011 übernommen hatte, äußerte er gegenüber dem Grenz-Echo: „Irgendwann wird man einsehen, dass das ganz nützlich ist.“[76]

Neben der eigenen Vertretung entsandte die DG ab dem 15. März 2007 mit Xavier Kalbusch auch einen Repräsentanten der Gemeinschaft in die Ständige Vertretung Belgiens bei der EU. Der Lambertz-Regierung, die bereits 2001 die Entsendung eines Repräsentanten in die Ständige EU-Vertretung Belgiens angekündigt hatte, war außer an einem besseren Zugang zu Informationen auch daran gelegen, auf gleicher Stufe mit den anderen Gemeinschaften und Regionen in der Ständigen Vertretung des Königreichs präsent zu sein.[77]

Nicht nur in Brüssel, auch in der deutschen Bundeshauptstadt sollte die Vertretung der DG gestärkt werden. Bereits unter der Regierung Maraite verfügte die DG über ein Büro in der belgischen Botschaft in Berlin.[78] Eine personelle Präsenz der DG war jedoch zunächst nicht eingerichtet worden und stand, wenn man den rückblickenden Ausführungen Maraites folgt, unter CSP-Führung auch nicht zur Disposition.[79]

Konkrete Formen nahm Lambertz' Vorhaben im Juni 2006 an, als die Regierungen der Wallonischen Region und der DG in einer gemeinsamen Regierungssitzung beschlossen, eine gemeinsame Vertretung einzurichten, die von einem Delegierten der DG geleitet werden sollte.[80] Karl-Heinz Lambertz zeigte sich überzeugt, dass

„[…] die Deutschsprachige Gemeinschaft ihre Möglichkeiten als Bindeglied [somit] nicht nur in schöne Worte kleiden, sondern tagtäglich in konkrete Taten umsetzen [könne]“.[81]

Noch bevor die gemeinsame Vertretung eingerichtet wurde, trat die erste Delegierte der DG ab dem 2. Mai 2007 ihren Dienst im Gebäude der belgischen Botschaft an.[82] Als die Regierungen der DG, der Wallonischen Region und der Französischen Gemeinschaft am 3. Juli 2008 die Vereinbarung über eine gemeinsame Vertretung in Berlin unterzeichneten, konnte die DG somit bereits auf erste Erfahrungen aufbauen. Als ersten Delegierten der gemeinsamen Vertretung bestellte die Regierung mit Stephan Förster den Leiter des Fachbereichs Außenbeziehungen im Ministerium der DG, der ab dem 1. September 2008 in Personalunion die Vertretung in Berlin leitete.[83]

Mit dem Aufbau der Vertretung in Berlin war auch für Ministerpräsident Lambertz die Expansion der DG zunächst abgeschlossen, wie er dem Grenz-Echo erklärte: „Der Kraftakt, die DG auf die Landkarte der Außenbeziehungen zu setzen, hat ein Ende.“[84]

Personeller Aufwuchs und Strategie für die Außenbeziehungen

Mit der Intensivierung der Außenbeziehungen ging auch ein personeller Aufwuchs einher. Im Zuge der Verwaltungsreform der DG-Exekutive 2002 wurde der Dienst Außenbeziehungen im Ministerium der DG von zwei auf sechs Personen vergrößert. Mit Herbert Lennertz und Manfred Bohn wurden zwei Beamte aus der Verwaltungsspitze in den Dienst Außenbeziehungen versetzt.[85] Bis 2007 wuchs die Equipe des Fachbereichs Außenbeziehungen auf neun und bis 2012 auf 20 Mitarbeitende an, die zum Teil in den Vertretungen in Brüssel und Berlin oder bei der Euregio Maas-Rhein arbeiteten, überwiegend aber in Eupen die europäischen Förderprogramme verwalteten.

Nach einer ersten Professionalisierungsphase mit dem Ausbau des Fachbereichs Außenbeziehung hatte die DG-Exekutive 2006 eine Bestandsaufnahme der Außenbeziehungen in der Schriftenreihe des Ministeriums herausgebracht.[86] Darauf aufbauend entwickelte sie strategische Leitlinien, die sie in der Regierungserklärung zur Lage der DG im September 2006 formulierte. Die Außenbeziehungen sollten dazu dienen,

„die DG in Belgien und im europäischen Ausland zu positionieren, ein vollständiges Dienstleistungsangebot für die Bevölkerung der Gemeinschaft zu gewährleisten, die Qualität der Dienstleistungen durch Austausch zu erhöhen und die eigenen Gestaltungsmöglichkeiten zu erweitern“.[87]

2007 ergänzte die Regierung diese Zielsetzungen durch eine Priorisierung ihrer Tätigkeiten. An erster Stelle standen die innerbelgischen Beziehungen, gefolgt von den Aufgaben der Gemeinschaft im Rahmen der EU. Dann folgten die grenzüberschreitenden Kooperationen, die Zusammenarbeit mit dem deutschsprachigen Ausland und schließlich das Engagement in internationalen Netzwerken und Organisationen.[88]

Was Lambertz und seine Regierung als nützliches Instrument zur Gestaltung der Gemeinschaftsautonomie betrachteten, ging für andere jedoch über die Grenzen des Zweckmäßigen hinaus.

Abrechnung: Kosten und Nutzen der Außenbeziehungen in der Debatte

Bereits seit den 1980er Jahren wurden die Kosten der DG-Außenpolitik und insbesondere der Auslandsreisen der Regierungsmitglieder von der Opposition kritisiert. Als der für Sport zuständige DG-Minister Mathieu Grosch und Sportinspektor Paul Ortmann 1988 auf Einladung des Belgischen Olympischen und Interföderalen Komitees (BOIK) zu den Olympischen Spielen nach Seoul gereist waren, wetterte der PDB-Abgeordnete Gerhard Palm gegen „[…] Minister, die auf Kosten des Steuerzahlers nach Seoul in Urlaub fahren“.[89] Sicher handelte es sich bei der Koreareise nicht um eine regelmäßige Destination der DG-Exekutive. Doch auch die Kosten einer Südtirolreise des Ministerpräsidenten im Mai 1992 kritisierte Palm in einer Interpellation, auf die Joseph Maraite antwortete:

„Würden wir keine offiziellen Besuche abstatten, würden wir einen Rüffel bekommen. Gehen wir aber zu internationalen Versammlungen oder machen wir solche Besuche, dann heißt es, wir geben zu viel Geld aus.“[90]

Diese noch recht harmlose Beanstandung der mit den Auslandsreisen von Regierungsmitgliedern verbundenen Kosten bahnten die Debatten, die in den 2000er Jahren folgen sollten, nur an. Die Kritik der Opposition, aber auch Stimmen aus der Bevölkerung gewannen an Schärfe, als die Regierung sich Mitte der 2000er Jahre zu Sparmaßnahmen in anderen Bereichen gezwungen sah.[91]

Deutlich wurde dies etwa in einer mehrstündigen Debatte über den Bericht zur Aussprache über die Außenbezie-

hungen der DG am 26. Februar 2007. Das Wort „Kosten“ fiel in der Sitzung 19-mal, davon siebenmal in der Wortkombination „Kosten-Nutzen-Analyse“ bzw. „Kosten-Nutzen-Rechnung“.[92] Lambertz hob in seiner einleitenden Stellungnahme nachdrücklich hervor, die laufenden Kosten der Außenbeziehungen schlügen mit 460.000 Euro und somit lediglich 0,27 Prozent des Gesamthaushalts der DG zu Buche.[93] Dass er dabei Abgeordnete, die den überwiegenden Nutzen der Außenbeziehung nicht einsehen wollten, als „dumm“[94] bezeichnete, wird die Diskussion im Parlament der DG nur weiter angefacht haben.

Die Debatte verdeutlicht einmal mehr, dass die Positionierung der ostbelgischen Abgeordneten zu den Außenbeziehungen der Gemeinschaft stark davon abhing, ob sie den Mehrheitsfraktionen oder der Opposition angehörten. Joseph Maraite rechtfertigte beispielsweise die Außenbeziehungen, soweit seine Regierung sie bis 1999 vorangetrieben hatte, darüber hinausgehende Unternehmungen seines Nachfolgers bewertete er kritisch. Der Meinungsumschwung seines Parteikollegen Albert Gehlen schaffte es sogar in die Medien:

„Dass Albert Gehlen [auf die Vertretung in Berlin] so gereizt reagierte, verwundert etwas. Als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses hat er wiederholt für das kleine Belgien in der großen weiten Welt geworben.“[95]

Eine interessante Wendung vollzogen auch Vertreter der PDB. So zeigte sich u. a. Gerhard Palm nach der Regierungsbildung unter Beteiligung der PDB 2004 nachsichtiger. Bereits in den 1980er und 1990er Jahren hatte er sich als einer der Ersten mit der Kritik an den Kosten der Außenbeziehungen hervorgetan. 2007 räumte er ein:

„[W]enn wir uns zu Nachbarn und Freunden begeben, dann dürfen wir nicht gleich die Frage stellen, was wir denn für Vorteile oder für einen unmittelbaren Nutzen davon haben.“[96]

Als die Diskussionen um die Auslandsaufenthalte bereits brodelten, stellte die Ecolo-Abgeordnete Franziska Franzen im März 2011 im Parlament eine schriftliche Frage nach den Kosten und dem Mehrwert der Auslandsreisen aller Minister für das Jahr 2010. Doch obwohl die Daten verfügbar waren und die Minister Paasch, Weykmans und Mollers ihre jeweiligen Angaben im April 2011 an das Kabinett des Ministerpräsidenten übermittelt hatten, beantwortete Karl-Heinz Lambertz die Frage zunächst nicht - er habe keine Zeit gehabt, eine aufwändige Nutzenanalyse anstellen zu lassen.[97] Lambertz vermutete eine durch Kommentare in Online-Foren angestachelte „Jagd auf die Regierungsmitglieder“ und ein „Spielchen [...] seitens der Presse“,[98] wobei er insbesondere das Grenz-Echo hervorhob, dem er eine „unappetitliche Polemik“ vorwarf.[99] Erst im Februar 2013 konnte das Grenz-Echo – dem die 19-seitige Antwort der Regierung am selben Tag zuging wie dem Parlament – titeln: „32 Reisen, 46.198,25 Euro, fast zwei Jahre“.[100] Auf die Veröffentlichung folgten zahlreiche Kommentare und Leserbriefe, die vom Unmut über die Kosten der Auslandsreisen und den Umgang des Ministerpräsidenten mit der parlamentarischen Frage zeugten.[101]

Welchen langfristigen Einfluss die Debatte auf die Außenbeziehungen der DG hatte, zeigte die „Grundsatzerklärung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Hinblick auf die Gestaltung und Behandlung der Außenbeziehungen“ vom 19. November 2012.[102] Abgesehen von der Konsolidierung der innerbelgischen, grenzüberschreitenden und europäischen Tätigkeit des Parlaments selbst, bekräftigt sie auch

„[...] die Aufgabe des Parlaments, die Regierungspolitik in Sachen Außenbeziehungen parlamentarisch zu begleiten, zu orientieren und zu kontrollieren sowie diesbezüglich einen regelmäßigen Informations- und Meinungsaustausch vorzusehen“.[103]

Das Grenz-Echo betonte, die Regierung müsse fortan vor dem Parlament Rechenschaft über ihre Aktivitäten im Bereich Außenbeziehungen ablegen.[104]

Ausblick und Fazit

Eine komprimierte Geschichte der institutionellen Außenbeziehungen der DG der vergangenen 50 Jahre lässt zwangsläufig Lücken offen, wenn man „unter Außenbeziehungen [...] alle Formen der Interaktion über die Grenzen der DG hinweg [...] versteh[t]“, wie es die DG-Regierung tat.[105] So erhebt auch der vorliegende Beitrag keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Nicht alle Akteure, Projekte und Abkommen konnten in diesem Rahmen behandelt werden. Vielmehr liegt erstmals eine Darstellung der Außenbeziehungen vor, die deren Bedeutung im Spiegel der parlamentarischen und medialen Auseinandersetzung aufzeigt und die verschiedenen Entwicklungsphasen der DG berücksichtigt.

Die Außenbeziehungen der DG entwickelten sich seit den 1990er Jahren einerseits vor dem Hintergrund exogener Faktoren, in deren Rahmen die Regierung ihren Entscheidungsspielraum nutzen konnte. In den 1990er Jahren schufen die belgische Föderalisierung und die europäische Integration neue Rahmenbedingungen, unter denen sich die Außenbeziehungen weiter ausformten. Doch wo die Gleichberechtigung mit den anderen belgischen Gliedstaaten erreicht wurde, mussten auch neue Aufgaben bewältigt werden. Der Überforderungsangst stand eine zweite Angst, die Minderheitenangst, nicht als mit den anderen belgischen Gliedstaaten gleichwertiger Partner angesehen zu werden, gegenüber. Sie bewegte die Regierung dazu, sich für die gemessen an der Bevölkerungsgröße überproportional starke Vertretung der DG in den europäischen Institutionen einzusetzen.

Andererseits spielten aber auch die jeweiligen Prioritäten, die die DG-Regierungen den Außenbeziehungen einräumten und die sich letztlich auch zeitlich, personell und finanziell niederschlugen, eine entscheidende Rolle. Ab 1999 formte die Regierung die Außenbeziehungen zu einem Instrument der Autonomiegestaltung aus, das vielfach mit dem Lambertz'schen Satz „Autonom sein heißt nicht, alles selbst zu machen, sondern offen zu sein für Zusammenarbeit“ umrissen wurde.[106] Gleichzeitig zeugte Lambertz' Handeln von seinem neuen Verständnis der Rolle der DG in Europa. Was für die Regierungsparteien Chance zur Positionierung der DG und zur Gestaltung der Zuständigkeiten war, hielten andere für prätentiös, wie in zahlreichen Debatten deutlich wurde. Inwiefern die Regierungen die Außenbeziehungen verhältnismäßig und effizient gestalteten, kann hier nicht abschließend bewertet werden, zumal die konkreten Kosten teilweise einem mittelbaren Nutzen, wie der Bekanntheit Ostbelgiens, gegenüberstehen. Eine solche Untersuchung, die vor dem Hintergrund der dargelegten Entwicklungen sowohl von akademischem als auch von praktischem Interesse wäre, muss weiteren Studien überlassen bleiben.

Endnoten

1 Vgl. David Criekemans, Catherine Lanneau, Les relations extérieures de la Flandre, de la Communauté française, de la Région wallonne et de la Région de Bruxelles-Capitale, in: Marc Van den Wijngaert (Hrsg.), D'une Belgique unitaire à une Belgique fédérale. 40 ans d'évolution politique des Communautés et des Régions (1971-2011), Brüssel 2011, S. 201-220.
2 Vgl. Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft (Hrsg.), Die Außenbeziehungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Eupen 2006; Stefan Braun, Die Außenbeziehungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Bachelorarbeit in Politischen Wissenschaften, RWTH Aachen 2016; Olivier Hermanns, Die Kooperation der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens mit Deutschland auf den Ebenen des Staats- und des Verwaltungsrechts, Frankfurt a. M. 2011; Marc Uytendaele (Hrsg.), Fédéralisme et relations internationales, Brüssel 1998.
3 RdK, Sitzungsperiode 1979-1980, Nr. 1, Ausführlicher Bericht, 16.10.1979, S. 15 f.
4 Auch für die beiden anderen Sprachgemeinschaften war die Kultur das wesentliche Element ihrer Außenbeziehungen bis zur Übertragung des Außenhandels 1988 (vgl. Criekemans/Lanneau, Relations, in: Van den Wijngaert (Hrsg.), Belgique, S. 201 f., 213).
5 Vgl. Christoph Brüll, Vom Abklingen der „Phantomschmerzen“. Die Bundesrepublik und „Eupen-Malmedy“ (1949-1985), in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins 118/119 (2018), S. 353-384, hier S. 377 ff.
6 Grenz-Echo, 28.4.1978, S. 4.
7 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (Berlin), Zwischenarchiv 115643, Botschafter Limbourg an Auswärtiges Amt, 12.5.1978.
8 Ebd.; vgl. auch Brüll, Abklingen, S. 376.
9 Vgl. Christoph Brüll, Von Eupen-Malmedy nach Ostbelgien. Eine deutsch-belgische Beziehungsgeschichte, in: Sebastian Bischoff, Christoph Jahr, Tatjana Mrowka, Jens Thiel (Hrsg.), „Mit Belgien ist das so eine Sache ...“. Resultate und Perspektiven der Historischen Belgienforschung, Münster 2021, S. 99-109, hier S. 106 f.
10 Undine Ruge, Die Erfindung des „Europa der Regionen“. Kritische Ideengeschichte eines konservativen Konzepts, Frankfurt a. M. 2003; Wilfried Loth, Europäische Identität in historischer Perspektive, in: Zentrum für Europäische Integrationsforschung (Hrsg.), Discussion Paper C 113, Bonn 2002, S. 13; Marie-Thérèse Bitsch (Hrsg.), Le fait régional et la construction européenne, Brüssel 2003.
11 Der „Ausführliche Bericht“ verzeichnet an dieser Stelle neben allgemeinem Applaus „Bravo“-Rufe aus den Reihen der PDB (RdK, Sitzungsperiode 1979-1980, Nr. 1, Ausführlicher Bericht, 16.10.1979, S. 16).
12 Anna Quadflieg, 50 Jahre Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (Schriftenreihe der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, 19), Eupen 2023; Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (Hrsg.), Zusammenarbeit Europäischer Grenzregionen, Baden-Baden 2008.
13 Claudia Hiepel, „Borders are the Scars of History“? Cross-border Co-operation in Europe – the Example of the EUREGIO, in: Journal of European Integration History 2 (2016), S. 263-277.
14 Vgl. Christoph Brüll, Europäische Integration und Europa der Regionen. Überlegungen zur Geschichte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den Beziehungen Belgiens und Nordrhein-Westfalens, in: Geschichte im Westen 30 (2015), S. 127-143; Marijn Molema, European Integration from below: the Construction of the Ems-Dollart Region, 1964-1978, in:

Journal of European Integration History 2 (2011), S. 271-283; Bernard Ludwig, Andreas Linsenmann (Hrsg.), Frontières et réconciliation. L'Allemagne et ses voisins depuis 1945, Brüssel 2011.

15 RDG, Sitzungsperiode 1987-1988, Nr. 11, Ausführlicher Bericht, 20.3.1988, S. 593, und Sitzungsperiode 1988-1989, Nr. 1, Ausführlicher Bericht, 20.9.1988, S. 14 f.

16 Vgl. Silvia Sassano, The Long Road to Interreg: The Role of European Parliament in the Institutionalization of Cross-border Cooperation in Europe (1958-1990), in: Eurolimes 20 (2015), S. 145-163, hier S. 151 ff.

17 Historische Archive der Europäischen Union (Florenz), PE0-2899, Difficultés pour les transports de voyageurs et de marchandises par route aux frontières intérieures (Guillaume Schyns) (1978-1979), https://archives.eui.eu/en/fonds/187679?item=PE0.AP-RP.TRAN_1976-2899 (26.4.2023).

18 Vitus Sproten, Els Herrebout, Inventar Archivbestand Kulturamt – Dienststelle für kulturelle Angelegenheiten des Gebietes deutscher Sprache. Verwaltungsdienst der Deutschsprachigen Gemeinschaft: Inspektion ((1946)1965-1993(2004)) (Inventare des Staatsarchivs in Eupen, 27), Brüssel 2022, S. 11 f.

19 Vgl. Grenz-Echo, 17.12.1988; RDG, Sitzungsperiode 1989-1990, Nr. 16, Ausführlicher Bericht, 19.6.1990, S. 662 ff.

20 Vgl. Grenzland-Report, 18.4.1986; RDG, Sitzungsperiode 1988-1989, Nr. 12, Ausführlicher Bericht, 12.6.1989, S. 500-515.

21 Vgl. Grenz-Echo, 27.3.1987; 20.7.1987; 29.6.1987; 4.7.1987; 23.2.1988; Escher Tageblatt, 26.5.1984.

22 Vgl. RDG, Sitzungsperiode 1987-1988, Nr. 10, Ausführlicher Bericht, 28.3.1988, S. 554-558.

23 RdK, Sitzungsperiode 1975-1976, Nr. 1, Vorschlag einer Resolution betreffend die Euregio zu richten an die Gouverneure der Provinzen Lüttich, Belgisch Limburg, Holländisch Limburg und an den Regierungspräsidenten in Köln, 4.5.1976.

24 Vgl. Sproten/Herrebout, Inventar, S. 117.

25 Vgl. RdK, Sitzungsperiode 1983-1984, Nr. 3, Ausführlicher Bericht, 22.12.1983, S. 76-89.

26 RDG, Sitzungsperiode 1985-1986, Nr. 4, Ausführlicher Bericht, 9.12.1985, S. 166-170, Zitat S. 166.

27 Vgl. RDG, Sitzungsperiode 1985-1986, Nr. 5, Ausführlicher Bericht, 12.12.1985, S. 177-183.

28 Vgl. ebd., S. 183 ff.

29 Vgl. ebd., S. 187-190.

30 Vgl. RDG, Sitzungsperiode 1990-1991, Nr. 8, Ausführlicher Bericht, S. 360.

31 RDG, Sitzungsperiode 1986-1987, Nr. 4, Ausführlicher Bericht, 17.12.1986, S. 120 ff.

32 Vgl. RDG, Sitzungsperiode 1992-1993, Nr. 3, Ausführlicher Bericht, 23.11.1992, S. 104 ff.

33 Die entsprechende notarielle Urkunde vom 2.12.1992 billigte der Rat der DG am 8.10.1993 per Dekret. RDG, Sitzungsperiode 1993-1994, Dekret zur Billigung der Urkunde vom 2.12.1992 zur Abänderung der Statuten der Stiftung „Euregio Maas-Rhein".

34 Vgl. Leonhard Neycken, Die Deutschsprachige Gemeinschaft in der Europäischen Union, in: Tijdschrift voor Bestuurswetenschappen en Publiekrecht 11 (1995), S. 674-682, hier S. 680 f.

35 Vgl. RDG, Sitzungsperiode 1994-1995, Nr. 4, Ausführlicher Bericht, 19.12.1994, S. 178 f.

36 Vgl. Birte Wassenberg, Bernard Reitel, Die territoriale Zusammenarbeit in Europa. Eine historische Perspektive, Luxemburg 2015, S. 14, 21.

37 Die anderen beiden Vorläuferprogramme waren Saarland-Mosel – Lothringen-Westpfalz (DE-FR) und Wallonien – Lothringen – Luxemburg (BE-FR-LU). RDG, Sitzungsperiode 1990-1991, Nr. 8, Ausführlicher Bericht, 18.3.1991, S. 272.

38 Vgl. RDG, Sitzungsperiode 2000-2001, Nr. 4, Ausführlicher Bericht, 20.11.2000, S. 199; Sinnvoll: Interreg-Mittel an alten Binnengrenzen, in: Grenz-Echo, 12.7.2012, S. 8.

39 RDG, Sitzungsperiode, 1992-1993, Nr. 4, Ausführlicher Bericht, 14.12.1992, S. 181.

40 Zusammenarbeitsabkommen vom 8. März 1994 zwischen dem Föderalstaat, den Gemeinschaften und den Regionen bezüglich der Bestimmungen für den Abschluss von gemischten Verträgen.

41 Das Abkommen führt 15 Organisationen auf, in denen Belgien durch mehrere Ebenen vertreten werden kann. Zusammenarbeitsabkommen vom 30. Juni 1994 zwischen dem Föderalstaat, den Gemeinschaften und den Regionen bezüglich der Vertretung des Königreichs Belgien bei den Internationalen Organisationen, deren Tätigkeiten sich auf gemischte Befugnisse beziehen, BS, 19.11.1994.

42 RDG, Sitzungsperiode 1992-1993, Nr. 3, 23.11.1992, S. 108.

43 In der Abstimmung stimmte Evers für die Annahme des Dekrets. RDG, Sitzungsperiode 1992-1993, Nr. 3, 23.11.1992, S. 109, 119.

44 Vgl. Deutschsprachige Gemeinschaft könnte Maastricht „kippen"..., in: Grenz-Echo, 6.11.1992, S. 24.

45 RDG, Sitzungsperiode 1992-1993, Nr. 3, 23.11.1992, S. 103 f.

46 Vgl. Deutschsprachige würden sich klar für Europa entscheiden, in: Grenz-Echo, 21.11.1992, S. 4.

47 Vgl. Eric Philippart, Michael Van Cutsem, Zwischen Rekomposition und Fragmentierung: Die Außen- und Europapolitik der föderalen Einheiten Belgiens, in: Raimund Krämer (Hrsg.), Regionen in der Europäischen Union, Beiträge zur Debatte, Berlin 1998, S. 204-224.

48 Vgl. Hermanns, Kooperation, S. 126 f.; Ministerium, Außenbeziehungen, S. 11 f., 37 f.

49 Vgl. Zusammenarbeitsabkommen vom 8. März 1994 zwischen dem Föderalstaat, den Gemeinschaften und den Regionen bezüglich der Vertretung des Königreichs Belgien im Ministerrat der Europäischen Union, BS, 17.11.1994.

50 Vgl. Im Ausschuß der Regionen will Ostbelgien mitreden, in: Grenz-Echo, 7.7.1993, S. 3; Neycken, Deutschsprachige Gemeinschaft, S. 677.

51 Gesetz vom 23. März 1989 über die Wahlen zum Europäischen Parlament.

52 Der Resolutionsvorschlag forderte darüber hinaus zwei Parlamentariermandate in der Kammer, drei Parlamentariermandate im Wallonischen Regionalrat sowie drei Senatoren der DG im Senat der Gemeinschaften und Regionen. RDG, Sitzungsperiode 1991-1992, Vorschlag einer Resolution zum Ausbau des Autonomiestatuts der Deutschsprachigen Gemeinschaft, 18.5.1992; RDG, Sitzungsperiode 1991-1992, Nr. 12, Ausführlicher Bericht, 25.5.1992, S. 549.

53 Vgl. RDG, Sitzungsperiode 1992-1993, Nr. 8, Ausführlicher Bericht, 1.2.1993, S. 348; RDG, Sitzungsperiode 1991-1992, Nr. 12, Ausführlicher Bericht, 25.5.1992, S. 538 f.; RDG, Sitzungsperiode 1992-1993, Nr. 10, Ausführlicher Bericht, 10.5.1993, S. 498 f.

54 Neycken, Deutschsprachige Gemeinschaft, S. 674-682, hier S. 675.

55 Grenz-Echo, 2.6.1994, S. 1; Hermanns, Kooperation, S. 132.

56 Vgl. Ostbelgien und Eisenhüttenstadt schon seit Jahren eng befreundet, in: Grenz-Echo, 21.12.1994, S. 2; Von Eupen-Malmedy an die Oder-Neiße-Grenze, in: Grenz-Echo, 21.10.1995, S. 19; „Brücke von Osten zu Osten in nächsten Jahren festigen", in: Grenz-Echo, 13.11.1995, S. 4; Begeistert von der ostdeutschen Herzlichkeit, in: Grenz-Echo, 6.11.1996, S. 10; „Hilfe für Oderregion" als Geste der Ostbelgier, in: Grenz-Echo, 9.8.1997, S. 4.

57 Vgl. Mit Rheinland einen potenten Partner gefunden, in: Grenz-Echo, 28.3.1998, S. 5.

58 Vgl. Hermanns, Kooperation; Ministerium, Außenbeziehungen, S. 15-19.

59 Vgl. RDG, Sitzungsperiode 2001-2002, Nr. 11, Ausführlicher Bericht, 18.2.2002, S. 706.

60 Vgl. ebd., S. 709 ff.

61 Vgl. ebd., S. 707-711.

62 BRF, Lambertz: Umzug der Euregio Maas-Rhein ist eine Aufwertung des Standortes Ostbelgien, 3.5.2006, https://brf.be/regional/6964 (8.2.2023); vgl. auch Euregio zu Gast in Eupen, in: Grenz-Echo, 1.6.2006.

63 Vgl. PDG, Sitzungsperiode 2006-2007, Nr. 10, Ausführlicher Bericht, 26.2.2007, S. 390, 394.

64 Gemeinsame Erklärung zur Zusammenarbeit zwischen dem Landschaftsverband Rheinland und der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens vom 4. Mai 2006, nicht veröffentlicht.

65 Vgl. Ministerium, Außenbeziehungen, S. 20 ff.

66 Vgl. ebd., S. 20.

67 Grenz-Echo, 5.12.2008, S. 10.

68 Vgl. RDG, Sitzungsperiode 1991-1992, Nr. 8, Ausführlicher Bericht, 20.1.1992, S. 353-359.

69 Vgl. RDG, Sitzungsperiode 2000-2001, Nr. 9, Ausführlicher Bericht, 12.2.2001, S. 527 f.; Ins Haus der DG in Brüssel ist Leben gekommen, in: Grenz-Echo, 24.2.2007, S. 6.

70 Vgl. RDG, Sitzungsperiode 2000-2001, Nr. 9, Ausführlicher Bericht, 12.2.2001, S. 527 f.

71 Vgl. RDG, Sitzungsperiode 2001-2002, Nr. 11, Ausführlicher Bericht, 18.2.2002, S. 695; SAE, 3-124, Nr. 881, Regierung der DG, Regierungssitzung, 1.10.2002.

72 SAE, 3-124, Nr. 881, La Meuse, 25.9.2002, o. S.

73 SAE, 3-124, Nr. 881, Regierung der DG, Regierungssitzung, 1.10.2002.

74 SAE, 3-124, Nr. 881, Image der DG durch Fall Horn beschädigt, in: Grenz-Echo, 9.10.2002, S. 6.

75 Vgl. „Ich werde mich immer mehr zurückziehen", in: Grenz-Echo, 8.5.2004, S. 6; PDG, Sitzungsperiode 2010-2011, Bericht des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft über seine Tätigkeiten während der Sitzungsperiode 2010-2011, 19.9.2011.

76 „Irgendwann wird jeder den Nutzen einsehen", in: Grenz-Echo, 21.11.2011, S. 8.

77 Vgl. „Mit geringem Aufwand große Wirkung erzielen", in: Grenz-Echo, 31.3.2010, S. 7; RDG, Sitzungsperiode 2000-2001, Regierungsmitteilung zum Belgischen Vorsitz des Rates der Europäischen Union, 7.6.2001, S. 3; Schriftenreihe des Ministeriums der DG, Die Außenbeziehungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, S. 13.

78 Vgl. Neuer Bonner Botschafter betonte „Brückenfunktion", in: Grenz-Echo, 28.2.1997, S. 2; Pierre Doome im Belgischen Haus in Köln, in: Grenz-Echo, 4.12.1998, S. 23; PDG, Sitzungsperiode 2008-2009, Nr. 8, 15.12.2008, S. 281.

79 Vgl. Ein Diplomatenkoffer mit DG-Aufkleber in Berlin, in: Grenz-Echo, 29.7.2006, S. 8; PDG, Sitzungsperiode 2006-2007, Nr. 10, Ausführlicher Bericht, 26.2.2007, S. 396.

80 Vgl. PDG, Sitzungsperiode 2006-2007, Nr. 3, Gemeinschaftspolitische Erklärung der Regierung zur Lage der Deutschsprachigen Gemeinschaft, 19.9.2006, S. 11.

81 PDG, Bulletin der Interpellationen und Fragen, Mündliche Frage von Frau Thiemann an Herrn Ministerpräsidenten Lambertz zur Vertretung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Berlin, 25.2.2008.

82 Vgl. Hermanns, Kooperation, S. 124 f.

83 Vgl. Stephan Förster in der Jägerstraße, in: Grenz-Echo, 24.7.2008, S. 6.

84 Brüssel, Berlin, und das war's dann (fast), in: Grenz-Echo, 19.3.2009, S. 6.

85 Vgl. Reform löst Stühlerücken im Ministerium aus, in: Grenz-Echo, 5.10.2001, S. 5.

86 Vgl. Ministerium, Außenbeziehungen.

87 PDG, Sitzungsperiode 2006-2007, Nr. 3, Gemeinschaftspolitische Erklärung der Regierung zur Lage der Deutschsprachigen Gemeinschaft, 19.9.2006, S. 8.

88 Vgl. PDG, Sitzungsperiode 2006-2007, Nr. 10, Ausführlicher Bericht, 26.2.2007, S. 381.

89 RDG, Sitzungsperiode 1988-1989, Nr. 2, Ausführlicher Bericht, 21.11.1988, S. 75 f.

90 RDG, Sitzungsperiode 1991-1992, Nr. 11, Ausführlicher Bericht, 4.5.1992, S. 518.

91 Vgl. Lambertz brach Lanze für DG-Außenpolitik, in: Grenz-Echo, 21.9.2006, S. 7.

92 Vgl. PDG, Sitzungsperiode 2006-2007, Nr. 10, Ausführlicher Bericht, 26.2.2007.

93 Vgl. ebd., S. 379.

94 Ebd., S. 383.

95 Ein Köfferchen Berliner Luft, in: Grenz-Echo, 2.6.2007, S. 12.

96 PDG, Sitzungsperiode 2006-2007, Nr. 10, Ausführlicher Bericht, 26.2.2007, S. 394.

97 Vgl. Immer noch keine Antwort, in: GrenzEcho, 20.12.2012, S. 8.

98 PDG, Bulletin der Interpellationen und Fragen Nr. 18 vom 14. Juni 2011, Mündliche Frage von Frau Franzen an Herrn Ministerpräsidenten Lambertz zu den nicht fristgerecht beantworteten schriftlichen Fragen bezüglich der Auslandsreisen der Regierungsmitglieder im Jahr 2010, insbesondere deren Kosten und Ergebnisse für die Deutschsprachige Gemeinschaft, 23.5.2011.

99 Lambertz: „Unappetitliche Polemik", in: Grenz-Echo, 1.6.2011, S. 6.

100 32 Reisen, 46.198,25 Euro, fast zwei Jahre, in: GrenzEcho, 22.2.2013, S. 5.

101 Vgl. Meinung, Hintergrund, in: GrenzEcho, 25.2.2013, S. 2.

102 PDG, Sitzungsperiode 2012-2013, Nr. 1, Dok. 135, 19.11.2012.

103 Ebd.

104 Vgl. ebd.; Außenbeziehungen: Regierung muss Rechenschaft ablegen, in: GrenzEcho, 20.11.2012, S. 5.

105 PDG, Sitzungsperiode 2006-2007, Nr. 3, Gemeinschaftspolitische Erklärung der Regierung zur Lage der Deutschsprachigen Gemeinschaft, 19.9.2006, S. 8.

106 PDG, Artikel-Archiv, Außenbeziehungen, Treffen mit Delegation aus Bosnien-Herzegowina, 19.2.2020, https://pdg.be/en/desktopdefault.aspx/tabid-4114/7293_read-59317 (2.2.2023). Ähnlich etwa: „Artikel 139 zur Vollendung bringen", in: GrenzEcho, 20.3.2018, S. 6, oder Karl-Heinz Lambertz, Wohin steuert die DG? Diskussionsabend Eupen, 9.6.2011, Sankt Vith, 16.6.2011, S. 15 f., http://www.lambertz.be/?wpfb_dl=156 (8.2.2023).







DIE ENTWICKLUNG DER OSTBELGISCHEN PARTEIENDEMOKRATIE IM KONTEXT DER GEMEINSCHAFTSWAHLEN (1974-2019)

EINE JUNGE DEMOKRATIE AUF DER SUCHE NACH STABILITÄT

VON VITUS SPROTEN UND LEONIE NEUENS





Im Osten Belgiens entstand mit der Einsetzung des Rates der deutschen Kulturgemeinschaft ab 1973 eine neue Demokratie. Hatte der Rat in den ersten zehn Jahren seines Bestehens noch sehr eingeschränkte Befugnisse, konnte er allmählich über immer mehr Politikfelder entscheiden und diese beeinflussen. Doch wie nutzten und gestalteten die Wähler, Politiker und Parteien diese neugewonnene Freiheit, über ihre eigenen Belange zu entscheiden?

Sind Sie bereit?

„Hallo Eupen, Hubert Jenniges, sind Sie bereit?“, sagte eine weibliche Stimme, bevor das Brüsseler Studio des Belgischen Hörfunks an den Journalisten Hubert Jenniges übergab, der am 23. Oktober 1973 die Liveübertragung aus dem Rat der deutschen Kulturgemeinschaft mit den Worten begann:

„Meine Damen und Herren, heute […] erreicht die deutsche Sprach- und Kulturgemeinschaft auf dem Wege zur kulturellen Autonomie eine sehr wichtige Etappe. Heute, an diesem kühlen Oktobertag, werden wir hier in Eupen und Sie, meine Damen und Herren draußen an den Lautsprechern, die erste konstituierende Sitzung des neugeschaffenen Rates der deutschen Kulturgemeinschaft miterleben.“[1]

Am folgenden Tag titelte das Grenz-Echo: „Ein neuer Anfang für Ostbelgien“.[2] War Ostbelgien bereit für diese neue Etappe? Michel Louis, liberaler Senator (1968-1971), späteres PDB-Gründungsmitglied und Tierarzt aus Sankt Vith, war der festen Überzeugung, dass die deutschsprachigen Belgier sehr wohl bereit waren. Er forderte im Senat seit 1968 weitreichende Befugnisse für die Volksvertretung der deutschsprachigen Belgier. Zudem trat er für eine Verankerung des Rates, seiner Befugnisse und seines Wahlmodus in der Verfassung ein, sodass diese nicht durch ein einfaches Gesetz abgeschafft werden konnten.

Willy Schyns, christlich-sozialer Abgeordneter aus Kelmis, vertrat in dieser Frage im Jahr 1970 noch eine Gegenmeinung:

„Ich kann es mir einfach nicht vorstellen, dass der Kulturrat für unsere Gegend direkt durch dem Volk [sic] gewählt werden soll. Gewiss, man mag diese Möglichkeit als eine sehr demokratische Formel ansehen, aber wenn man die Eigenart unserer Gegend berücksichtigt und wenn man die Geschichte unserer Gegend auch bedenkt mit all dem Für und Dagegen, das sich in den letzten 50 Jahren in der Gegend abgespielt hat, dann bin ich der Meinung, dass man der deutschsprachigen Gegend in Belgien einen sehr schlechten Dienst erweist, wenn man sagt: das Volk soll die Mitglieder des Kulturrates selbst wählen.“[3]

Ob Eupen bzw. Ostbelgien für den Rat der deutschen Kulturgemeinschaft (RdK) bereit waren, darüber gingen die Meinungen deutlich auseinander. Von Unsicherheit und Ungewissheit waren diese Jahre der Verwirklichung der Autonomie im Rahmen der ersten Verfassungsreform in jedem Fall gekennzeichnet.[4]

Der Faktor Stabilität

Dies ist kaum verwunderlich, galt es doch, eine eigene Ratsverwaltung, eine neue parlamentarische Kultur, regionale Wahlkämpfe und eine eigene politische Debattenkultur aufzubauen und zu entwickeln. So war es nicht erstaunlich, dass man sich in Ostbelgien – in belgischer Tradition – für den Aufbau eines „klassischen Parlaments“ entschied: Ein Arbeitsparlament sollte es sein, in dem sich eine Mehrheit und eine Opposition gegenüberstanden, auch wenn das Spiel aus Mehrheit und Opposition in den ersten Jahren nach Schaffung des Rates mangels Exekutive vor Ort noch gar nicht bestand. Die Exekutive für das Gebiet der deutschen Kulturgemeinschaft lag weiterhin auf der Ebene der nationalen Regierung; sie war von der Zusammensetzung des Rates entkoppelt.

Was aus heutiger Perspektive in der Gesamtschau als zaghafter Start für die junge Demokratie interpretiert werden kann, war aus damaliger Sicht zweifelsohne nachvollziehbar: Die Zahl der auf parlamentarischer Ebene erfahrenen Politiker im RdK war – abgesehen von einigen Gemeinderatsmitgliedern – verschwindend gering.[5] Lediglich Michel Louis als Senator und Johann Haas (CSP) sowie Peter van Neuss (CSP) als beratende Mitglieder aus dem Provinzialrat konnten nennenswerte parlamentarische Erfahrung vorweisen. Das demokratische Miteinander auf Ebene der DG musste also erst gelernt werden. Aufgefangen wurde diese Unsicherheit durch die Zusammensetzung der Parlamentsverwaltung, deren Posten, wie dies auch später beim Aufbau der Verwaltung der Deutschsprachigen Gemeinschaft sein sollte, nach Parteiproporz besetzt wurden.[6]

Zeit für Veränderung?

Größere Experimente wurden dementsprechend bei der Schaffung der Volksvertretung der deutschsprachigen Belgier nicht gewagt. Diese Vorsicht erstaunt, war aufmerksamen Zeitgenossen doch damals bewusst, dass der Rat trotz seiner hohen symbolischen Bedeutung eher eine realpolitische Feigenblattfunktion hatte und kaum über Einflussmöglichkeiten auf Gemeinschaftsebene verfügte.[7] Das lag außer an seinen eingeschränkten Befugnissen vor allem an seinem Mini-Haushalt, der beim Start des RdK gerade einmal 12 Millionen belgische Franken betrug.[8]

Aus heutiger Perspektive fällt es schwer, den Beginn der Kulturautonomie als selbstbewussten Start eines durch die deutschsprachigen Belgier geforderten und erkämpften Rates zu deuten. In den darauffolgenden Jahren mäanderten die Stimmungen und Debatten über das politische Selbstbestimmungsrecht der Ostbelgier in Parteien, der Wählerschaft und Wahlkämpfen zwischen beachtenswerter Politisierung und scheuer Zurückhaltung.

Diesem Spannungsfeld wollen wir im Folgenden nachgehen: Wie war es um die Parteiendemokratie in Ostbelgien in den letzten 50 Jahren bestellt? Wie entwickelte sie sich seit Gründung des RdK, war sie doch bis 1973 ein nationales Thema oder auf Gemeindeebene beschränktes Phänomen gewesen? Dabei wollen wir die Wahlkampfzeiten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft als „zentrale Momente der politischen Auseinandersetzung“ und des Parteienstreits analysieren.[9] Wir fokussieren uns hierbei vor allem auf die Wahlkämpfe zum Rat der deutschen Kulturgemeinschaft sowie zu seinen Nachfolgeinstitutionen, dem Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft (ab 1983, RDG) und dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft (ab 2004, PDG). Das Ziel bei dieser Herangehensweise ist es, die Entwicklung der noch jungen ostbelgischen Parteiendemokratie zu verstehen und der Frage nachzugehen, was die politische Landschaft in der Deutschsprachigen Gemeinschaft beschäftigte und bewegte.

„Sandwichwahlen“ in Ostbelgien

Bei einer Betrachtung der Entwicklung der Volksvertretung der deutschsprachigen Belgier, die aus 25 Repräsentanten besteht und in direkter, geheimer Wahl mit Wahlpflicht gewählt wird, lassen sich zwei zeitliche Zäsu-



Mit dem Wahlspruch „Saubere Ehrliche Politik“ warb die SeP in Ostbelgien und verdeutlichte damit, dass sie mit der traditionellen Politik brechen wollte.

SeP

Schon am Ende der 1970er Jahre gab es allmählich die ersten Unstimmigkeiten zwischen der Christlichen Arbeiterbewegung (CAB) und der Christlich Sozialen Partei – auch in Ostbelgien. Zeugnis davon gibt eine kleine Abschlussarbeit, die an der Volkshochschule eingereicht wurde und deren Autor ein gewisser Josef Schumacher war. In ihr beschreibt der Gewerkschafter, dass es in Ostbelgien keine wirkliche politische Alternative für die Arbeiterschaft gebe.[57] Dass Schumacher sich vier Jahre später für die in Belgien neu gegründete Partei Solidarité et Participation (kurz SeP) einsetzte, ist daher auch nicht weiter erstaunlich, brach die Partei doch bewusst mit der Austeritätspolitik des Christdemokraten Wilfried Martens und setzte sich insbesondere für die Belange der CAB ein. War die Gründung der Partei ein mittelschweres Erdbeben in der politischen Landschaft Belgiens gewesen, sollte ihr Erfolg doch eher bescheiden ausfallen: Lediglich in der DG konnte sie 1986 mit Schumacher einen Abgeordneten im RdK stellen, bevor sie mangels Unterstützung wieder eingestellt wurde.



Ein Wahlplakat der Sozialistischen Partei Belgiens aus dem Jahr 1977 für die Kammerwahlen.

ren ausmachen: Die erste Zäsur lässt sich in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre verorten und wurde durch einen stärkeren Fokus auf gemeinschaftspolitische Debatten eingeleitet. Die zweite Zäsur Ende der 1990er Jahre ist durch den strukturellen Wandel Ostbelgiens zu einer „Konsensdemokratie" gekennzeichnet.

Ausgangspunkt dieser Überlegungen ist die Tatsache, dass der Rat bis 1983 im Gleichtakt mit den Abgeordnetenkammern gewählt wurde, wie es in Artikel 6 des Gesetzes über den Rat der deutschen Kulturgemeinschaft vom 10. Juli 1973 festgelegt wurde. Eine vorzeitige Auflösung des nationalen Parlaments hatte demnach eine Auflösung des RdK und somit Neuwahlen zur Folge. Was zunächst wie eine formaljuristische Floskel, die nur organisatorische Folgen hatte, wirkt, hatte weitreichende Konsequenzen für die thematische Ausrichtung der politischen Debatten in Wahlkampfzeiten. So fokussierten sich die ostbelgischen Parteien in den Wahlkampfzeiten während der ersten zehn Jahre der noch jungen Autonomie nahezu ausschließlich auf Themen, die nicht in den Kompetenzbereich des Rates fielen: Zu nennen sind an erster Stelle nationale Themen wie die Wirtschafts- oder Sozialpolitik oder übergeordnete Themen wie die Dezentralisierung des belgischen Staates. Durch die Gleichzeitigkeit der Wahlen wurden regional bedeutsame Themen oft von nationalen Debatten überlagert.[10] Dies war der Grund, weshalb der „lange Arm nach Brüssel" eine so wichtige Rolle in den ostbelgischen Wahlkämpfen spielte: Die vielfach bemühte Metapher stand stellvertretend für die starke Vermischung der nationalen mit der Gemeinschaftsebene. Während CSP, PFF und SP behaupteten, dass sie die Geschicke Ostbelgiens besser lenken könnten, weil sie über Beziehungen zu ihren Mutterparteien im Landesinneren verfügten, widersprach die PDB dem Nutzen des „langen Arms": Nur wenn die Deutschsprachigen gemeinsam mit einer Stimme sprächen, fänden sie in Brüssel auch Gehör.[11]

SP

Manchmal hilft es, Geschichte aus einer Außenperspektive zu analysieren, um sie besser zu verstehen. Das ist zweifelsohne für die Sozialistische Partei im Gebiet deutscher Sprache der Fall, deren Entwicklung gerade im Bezirk Verviers mit Argusaugen beobachtet wurde. Folgen wir etwa den Aussagen der Granden der Vervierser PS, Claude Desama, Yvan Ylieff und Jean-François Istasse, dann war die sich entwickelnde Stärke der Sozialisten in den Ostkantonen keineswegs eine Selbstverständlichkeit. Im Gegenteil: „Ben c'était presque colonial, c'était assez curieux. Ne l'écrivez pas, je me ferais mal voir (rires). Quasi colonial." Zu groß war das Misstrauen der ersten Generationen der frankophonen PS nach dem Krieg gegenüber den Deutschsprachigen, zu wenig „ostbelgisch" war die Partei für die deutschsprachigen Wähler. Aufbauarbeit für die Partei leistete deshalb vor allem eine jüngere Generation von Eifelern um Ferdi Dupont, Edmund Stoffels, Karl-Heinz Lambertz, Marcel Lejoly (Raeren) sowie Walter Mölter. Abgelöst wurde diese erste „Ära Dupont" der SP in den 1980er Jahren durch eine zweite Phase „Lambertz-Stoffels", in der sich die Akteure für das Gebiet deutscher Sprache einsetzten, die Sorgen der Minderheit vor dem Hintergrund ihrer sozialistischen Weltanschauung begriffen und gleichzeitig eine gut erlernte Personalpolitik betrieben. In der Gesamtschau waren die letzten 50 Jahre aus der Perspektive der Partei wohl eine Erfolgsgeschichte. Obwohl der Wählerzuspruch niemals 20 Prozent erreichte, war die Partei fast immer in Regierungsverantwortung, legte ab 1990 wichtige politische Leitlinien fest und konnte der Gemeinschaftspolitik dabei immer ihren personellen Stempel aufdrücken.[58]

Vorreiter in Belgien

Einer der Gründe für die gleichzeitige Wahl von Kammer und RdK war die Tatsache, dass der Kulturrat einzig in Ostbelgien gewählt wurde. Die Volksvertretungen Flanderns und der französischsprachigen Belgier wurden erst ab 1994 gewählt und bis dahin von Abgeordneten der Kammer besetzt. Die frühe Wahl der RdK-Mitglieder in Ostbelgien empfand der damalige Premierminister Wilfried Martens als wegweisend für den gesamten belgischen Staat. So merkte er in einer RTBF-Sendung zur Einsetzung des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft an:

„C'est aussi un exemple pour la Belgique. Ce Conseil est élu directement, donc c'est la première fois, les conseils de la communauté flamande et française de notre pays n'ont pas encore c'est élection directe."[12]

Für die Deutschsprachigen war diese Vorreiterrolle allerdings mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden: Ohne dem Beispiel der anderen Gemeinschaften folgen zu können, mussten Wahlkämpfe organisiert und musste der richtige Ton in den Debatten gefunden werden.

Das Beispiel anderer Parlamente macht aber deutlich, dass der Aufbau einer parlamentarischen Streit- und Debattenkultur auch andernorts auf Schwierigkeiten stieß. Das Europäische Parlament, das 1979 zum ersten Mal gewählt wurde, entwickelte sich im Beobachtungszeitraum von einer machtlosen Volksvertretung zu einem wichtigen Entscheidungsorgan. Hiermit verbunden waren Lernprozesse, bei denen die Relevanz der behandelten Materien erst ganz allmählich breiteren Schichten kommuniziert werden konnte.[13] Erschwert wurde die Artikulation der gemeinschaftspolitischen Positionen weiterhin durch den Umstand, dass die 1970er Jahre in Belgien von erheblicher politischer Instabilität geprägt waren, sodass Wahlen in den Jahren 1974, 1977, 1978 und 1981 stattfanden.

Zurück in die Zukunft

Ab 1983 und mit dem Gesetz über institutionelle Reformen („Ostbelgiengesetz") verlagerte sich dieser Fokus auf nationale und überregionale Themen in Wahlkampfzeiten ganz allmählich. Das Gesetz bestimmte in Artikel 15, dass die Wahlen des Rates nicht mehr gleichzeitig mit jenen der Abgeordnetenkammern stattfinden sollten, sondern alle vier Jahre am vierten Sonntag im Oktober.[14] Nach der Einsetzung der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Januar 1984[15] erfolgten die Wahlen zum Rat ab 1986 in einer neuen zeitlichen Abfolge, gelöst von den Wahlen zum nationalen Parlament.

Dieser Übergang in die „zweite Phase" der ostbelgischen Demokratie baute gleich zu Beginn auf einem gewissen Demokratiedefizit auf: Die erste Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft regierte zweieinhalb Jahre lang, ohne eine erneute demokratische Legitimation durch Wahlen erfahren zu haben. De facto blieben die Parlamentszusammensetzung und die entsprechende Mehrheit zwischen 1981 und 1986 während fünf Jahren unverändert, was die politischen Debatten in dieser Zeit erheblich band und auch den Einzug der neuen Partei Ecolo in den Rat mutmaßlich verzögerte.

Obwohl ab den 1980er Jahren eine Regierung bestand, die Kompetenzen der Deutschsprachigen Gemeinschaft erheblich erweitert wurden und für die ostbelgischen Wahlen eine eigene Zeitlichkeit geschaffen wurde, blieben größere inhaltliche Auseinandersetzungen über die zukünftige Ausrichtung der Gemeinschaft in Sachthemen weitgehend aus. Für immer wiederkehrende nationale Bezugspunkte während der Wahlkämpfe war auch die innenpolitische Lage verantwortlich, in der die Austeritätspolitik der christdemokratisch-liberalen Regierungen Martens ab 1981 zu erheblichen – auch sozialen – Unruhen führte.[16]

Festmachen lässt sich dies am Wahlkampf des Jahres 1986. Obwohl sich keine größere Staatsreform abzeichnete – die Übertragung des Unterrichtswesens an die DG, die im Jahr 1989 erfolgte, spielte noch keine Rolle – und die Kompetenzen der DG gerade im Bereich der personenbezogenen Angelegenheiten und im Gesundheitsbereich erheblich ausgebaut worden waren, kreisten die Aussagen der Parteien schwerpunktmäßig noch immer um die Themen Kompetenzerweiterungen sowie Wirtschafts- und Arbeits-

marktpolitik oder das Finanzierungsgesetz für die Zwangssoldaten, die keine gemeinschaftspolitischen Materien waren. Insbesondere in den Auseinandersetzungen zwischen dem PFF-Kandidaten Alfred Evers und dem SeP-Kandidaten Josef Schumacher fanden die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Diskussionen einen Widerhall.[17]

Ein erster Schritt

Nach und nach gesellten sich aber gemeinschaftspolitische Themen dazu, wie sich anhand der BRF-Berichterstattung und der Parteiprogramme nachvollziehen lässt: Ausbildungspolitik, Vereinsbezuschussungen, Gesundheitswesen (PMS-Zentren), Kulturinfrastruktur, Verwaltungsaufbau und Fremdsprachenerwerb werden zu wichtigen Wahlkampfthemen.[18] Vor allem der PDB fiel die Neuorientierung auf gemeinschaftsspezifische Sachthemen jenseits von allgemeinen Rufen nach mehr Autonomie schwer. Gleichzeitig machte ihr die Konkurrenz der neuen „Heimat-Partei" Ecolo zu schaffen.[19] Aber auch die anderen



Die PDB stellte sich als die „treibende Kraft" dar und brachte die anderen Parteien mit ihrer Oppositionsarbeit vielfach unter Zugzwang.

Parteien hatten Mühe, sich in der „neuen Zeitrechnung" der parlamentarischen Demokratie in Ostbelgien zurechtzufinden. Es fiel ihnen merklich schwer, sich von den dekrettechnischen Einzelheiten der Arbeit im Rat zu lösen und klare Erzählungen – auch in Anlehnung an ihre jeweilige Weltanschauung – zu entwerfen.

In den Rundtischdebatten zum Wahlkampf 1986 lässt sich zum ersten Mal das Phänomen „Politikmüdigkeit" in Ostbelgien beobachten. Konnte bis dato die politisch interessierte Bevölkerung erreicht werden, indem Parteien und Medien den Fokus auf nationale „Ausweichthemen" legten, beobachteten beide Akteure, dass es erheblich schwieriger wurde, die Bevölkerung mit Themen der Gemeinschaftspolitik zu erreichen. Hierfür machten sich Politik und Journalisten gegenseitig verantwortlich.[20] Tatsächlich hatten sich in Wahlkampfveranstaltungen der Parteien Zuschauer zunehmend rar gemacht, sodass das Grenz-Echo ironisch titelte: „Acht Zuhörer bei der PDB – 200% mehr als bei der CSP".[21] Heinz Warny, Chefredakteur der Zeitung, konstatierte resigniert:

„Die nachfolgenden Wochen bestätigten bald, daß die Vorbereitung der ersten Direktwahl des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft, losgelöst von Wahlen des Brüsseler Parlamentes, die von den politischen Verantwortlichen erwartete Spannung nicht hervorrufen werden."[22]

PJU-PDB

Die Partei der deutschsprachigen Belgier wurde 1971 gegründet und wollte eine Veränderung der CSP-geprägten Parteienlandschaft herbeiführen. Sie setzte sich mit einem klaren Bekenntnis zur deutschen Kultur für eine gleichberechtigte Autonomie der deutschsprachigen Minderheit innerhalb Belgiens ein, was ihr das Image einer Sprach- und Autonomiepartei gab. Ihre Autonomieforderungen ließen die nationalen Parteien an der Staatsloyalität der PDB zweifeln. Zu den Protagonisten der ersten Stunde zählten Reiner Pankert, Klaus Baltus, Dr. Michel Kohnemann, Michel Louis, Lorenz Paasch, Gerhard Palm und Joseph Dries. Bei der RdK-Wahl 1978 erzielte die Partei mit einem Stimmenanteil von knapp 30 Prozent ihr bestes Wahlergebnis. Seit den Wahlen von 1986 verlor die PDB dann jedoch kontinuierlich an Wählerstimmen. Gründe dafür waren die zusätzliche Konkurrenz durch Ecolo, dass der RDG immer mehr gesetzgeberische Befugnisse erhalten hatte und somit die ursprünglichen Ziele der Partei erreicht waren, sowie die Niermann-Affäre.[59] Mitte der 1990er Jahre öffnete die Partei sich für Nichtparteimitglieder und trat fortan als Bündnis PDB-Juropa-Unabhängige (PJU) auf. Die PJU-PDB setzte sich für die Ausgestaltung der Autonomie, den Föderalismus und politische Erneuerung ein. 2004 wurde die PDB nach 33 Jahren in der Opposition das erste Mal an der ostbelgischen Regierungsverantwortung beteiligt. Ende 2009 wurde die PDB dann jedoch offiziell aufgelöst.[60]

Ostkantone – Schweiz

Das nachlassende öffentliche Interesse an den Gemeinschaftswahlen hatte ohne Zweifel mit einer allgemeinen Entpolitisierung der Gesellschaft ab der Mitte der 1980er Jahre zu tun. Es gab hierfür aber noch andere Gründe. Wie die Historikerin Zoé Kergomard in ihrem Werk „Wahlen ohne Kampf?" in Bezug auf die Schweiz analysiert hat, werden Wahlen dort aufgrund des Mediensystems, das nicht nach kommerziellen Zwängen funktioniere, oftmals als „Nicht-Ereignisse" wahrgenommen.[23] Diese Beobachtung kann auch auf die Deutschsprachige Gemeinschaft übertragen werden. Mit der Einstellung der Ostbelgienausgabe der Aachener Volkszeitung im Jahr 1989 verschwand der einzige Konkurrent des Grenz-Echos, der bis dato als Tageszeitung für Meinungsvielfalt gesorgt hatte. Gleiches galt für den Grenzland-Report, der bis 1989 mehrfach für Furore gesorgt hatte und nach seinem Aufkauf durch das Grenz-Echo im Jahr 1994 eingestellt wurde. Das Dekret über die Hilfe für die Tagespresse vom 7. Februar 1994, das im Zuge der Befugnisübertragung über Pressebeihilfen an die Gemeinschaften im Rahmen der Staatsreform 1989 verabschiedet wurde, änderte an dieser Situation nichts. Pressebeihilfe wurde nur für Tageszeitungen mit einer Auflage von 7.500 Exemplaren und einem Mitarbeiterstab von mindestens zehn Journalisten ausgezahlt.[24] De facto kam also nur das Grenz-Echo in den Genuss der Beihilfen.

Hinzu kamen die strenger werdenden Regeln für freie Rundfunksender. Hatten diese zu Beginn der 1980er Jahre auch in Ostbelgien zu einer Bereicherung der medialen Landschaft und entsprechenden Pluralisierung der politischen Diskussionsforen beigetragen, sorgte die strengere Regulierung der freien Radios dafür, dass ihr politisches Kommunikationspotenzial eingehegt wurde und der BRF sich als nahezu konkurrenzloser Rundfunksender auf dem ostbelgischen Radiomarkt etablierte.[25]

Trotz des Anstiegs gemeinschaftspolitischer Inhalte in Wahlkampfdebatten blieb die große Mobilisierung der ostbelgischen Bevölkerung in den 1980er Jahren aus. Dennoch zeitigte die Entkoppelung von nationalen und regionalen Wahlen mittelfristig Folgen. Exemplarisch für diesen Befund lassen sich die Wahlkämpfe der Jahre 2004 und 2009 anführen. Obwohl am 13. Juni 2004 und am 7. Juni 2009 gleichzeitig Regional- und Gemeinschaftswahlen abgehalten wurden, lag der Fokus auf gemeinschaftspolitischen Themen.

Ende der Kakophonie

Eine zweite Zäsur kann ausgemacht werden, wenn man sich die Artikulation der Autonomiebestrebungen der ostbelgischen Parteien ansieht: Im Zuge der parlamentarischen Gehversuche der 1970er Jahre entdeckten diese das Instrument der Resolutionen als Mittel der strategischen Positionierung und rhetorischen Inszenierung für sich. Bemerkenswert war etwa eine RdK-Resolution, die alle Parteien am 3. November 1978 verabschiedeten und in der sie eine garantierte Vertretung über einen eigenen Wahlbezirk sowie einen gegenüber Frankophonen und Flamen gleichberechtigten Gemeinschaftsrat forderten.[26]

Aufschluss darüber, warum das Instrument der Resolutionen aus ostbelgischer Perspektive so wichtig und eng mit dem Leitthema der ostbelgischen Ängste verknüpft war, erhalten wir in einer von Karl-Heinz Lambertz, SP-Politiker und späterer Ministerpräsident der DG, verfassten Schrift mit dem Titel „La réforme de l'état et la communauté allemande" aus dem Jahr 1979. In dieser Studie beschreibt Lambertz die latente Angst der deutschsprachigen Belgier, in Brüsseler Kreisen vergessen zu werden, wenn es um so zentrale Fragen wie die Staatsreformen und die Zukunft des Landes geht.[27] Relevant war die Resolution aus dem Jahr 1978 neben ihrer sozialpsychologischen Bedeutung aber vor allem deshalb, weil sie die in den 2000er Jahren mantraartig vorgetragenen Forderungen und Resolutionen nach einem Autonomieausbau vorwegnahm. So forderten am 17. September 2002 alle Parteien in einer Resolution an die Wallonische Regierung den weiteren Ausbau der Autono-

Idealtypen repräsentativer Demokratie [61]

	Konkurrenzdemokratie	Konkordanzdemokratie
Wahlkampfphase: Wahlkampfstrategie	Starke Parteiorientierung	Starke Kandidatenorientierung
Wahlphase: Wahlverhalten	Starke Parteiorientierung; niedrige Stimmenanteile von Wählergemeinschaften	Starke Kandidatenorientierung; hohe Stimmenanteile von Wählergemeinschaften
Regierungsphase: personelle Parteipolitisierung	Stark ausgeprägt	Schwach ausgeprägt
Prozedurale Parteipolitisierung	Hohe Verflechtung zwischen Mehrheitsfraktion und Verwaltung Mehrheitsregel im Rat Geschlossenes Abstimmungsverhalten der Fraktionen	Geringe Verflechtung Einstimmigkeitsregel bei Abstimmungen Weniger geschlossenes Abstimmungsverhalten der Fraktionen
Inhaltliche Parteipolitisierung	Stark ausgeprägt	Schwach ausgeprägt
Exekutive Führerschaft	Schwach ausgeprägt	Stark ausgeprägt

mie; am 17. September 2003 klagten alle Parteien eine gesicherte Vertretung in den Abgeordnetenkammern und die Übertragung der Provinzbefugnisse ein; am 26. März 2007 folgte eine sehr ähnliche Resolution an die föderale Regierung, wobei die Resolutionen seit den 2010er Jahren auch ohne die Stimmen von Vivant verabschiedet wurden.[28] Die 2011 vom Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft verabschiedete Grundsatzerklärung zur Positionierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Prozess der Staatsreform diente für viele weitere Resolutionen als Blaupause.[29]

Die „Dezentralisierungsresolutionen" der 1990er Jahre waren immer ohne die Stimmen von Ecolo und/oder der PDB verabschiedet worden. Obwohl die Resolutionen als stumpfes Schwert zur Verteidigung der Interessen der deutschsprachigen Belgier gedeutet werden müssen,[30] bieten sie einen interessanten Einblick in den parlamentarischen Selbstfindungsprozess der DG. Hatte zwischen 1973 und den beginnenden 2000er Jahren eine erhebliche parteipolitische Kakophonie in Bezug auf Autonomiebestrebungen existiert, die auch in den Brüsseler Parteizentralen und Regierungskreisen nur als solche wahrgenommen werden konnte, änderte sich dies mit dem Beginn des neuen Jahrtausends. Diese neue Einstimmigkeit war umso bemerkenswerter, als sich das innerostbelgische Kräfteverhältnis seit 1999 erheblich verändert hatte: Die CSP fand sich nach fünfzehnjähriger (je nach Lesart 26-jähriger) Regierungsbeteiligung erstmals auf der Oppositionsbank wieder. Obwohl das eingeübte Spiel aus Mehrheit und Opposition erheblich durcheinandergekommen war, traten die Parteien der Deutschsprachigen nach außen weiterhin geschlossen für ihre Autonomiebestrebungen ein.

Ein neuer Status quo

Dieser neue Status quo hatte für die gemeinschaftspolitischen Debatten erhebliche Folgen: Eine zentrale Konfliktlinie in den politischen Diskussionen Ostbelgiens wurde am Übergang der 2000er Jahre weitestgehend beigelegt. Bis dato hatten sich vehemente Befürworter einer möglichst weitreichenden und geschwind umgesetzten Autonomie (PDB) den wechselnden Vertretern einer Politik der kleinen Schritte gegenübergestanden.[31] Als Resultat der systematischen Föderalisierung des belgischen Staates beschäftigten sich alle ostbelgischen Parteien sowohl in Wahlkämpfen als auch im Halbrund des Parlamentsgebäudes mit Fragen, die sich aus dem „zwangsläufigen" Ausbau der Befugnisse ergaben.

Dass die politische Landschaft in Ostbelgien konsensualer wurde, lässt sich allerdings nicht nur an den Resolutionen mit Bezug zur Dezentralisierung festmachen. Der Politikwissenschaftler Gerhard Lehmbruch entwickelte eine Typologie, die davon ausgeht, dass es zwei Typen von repräsentativen Demokratien gibt. In der Konkordanzdemokratie soll möglichst breite Zustimmung bei Entscheidungen über Kompromisse herrschen und sie ist wenig konfliktorientiert.[32] Gleichzeitig wird versucht, möglichst alle gesellschaftlichen Interessen in die Entscheidungsfindung einzubeziehen.[33] Ihr gegenüber steht die Konkurrenzdemokratie. Sie ist durch eine intensive Konkurrenz und Wettbewerb zwischen den politischen Parteien geprägt. Aus diesem Wettbewerb entsteht eine starke Kluft zwischen Mehrheit und Opposition, wobei Parteiensysteme mit Mehrheitswahlrecht wohl die konkretesten Beispiele für diese Demokratieform sind. Aufgrund der Komplexität und der Dauer der Entscheidungsfindung hat die Konkordanzdemokratie eine geringere Polarisierungs- und Mobilisierungskraft als die Konkurrenzdemokratie.

Beispielsweise die Schweiz, Belgien, die Niederlande oder Luxemburg sind dem ersten Demokratietypus zugeordnet worden. Belgien und die Niederlande sind eindeutige Verhandlungsdemokratien, in denen Konflikte meist über Kompromisse und unter Berücksichtigung einer Vielzahl gesellschaftlicher Standpunkte gelöst werden. Auch die ostbelgische Demokratie trägt seit den 1990er Jahren klare Züge einer Konkordanzdemokratie.

Wie oben angemerkt ist das Mediensystem im deutschen Sprachgebiet nicht auf die Konkurrenz zwischen unterschiedlichen Parteien ausgerichtet. Das macht das Beispiel des Grenz-Echos deutlich, das bis 1985 der *Action Catholique* gehörte und auch seine redaktionellen Inhalte auf die Christlich Soziale Partei ausrichtete. So vermerkte der Verwaltungsrat der Zeitung am 22. März 1980 noch:

> *„Il est rappelé que sa création fut motivée par la défense de l'idéal belge et chrétien, a adapter au context actuel de régionalisation et d'une grande ouverture, ainsi que l'exige la situation de seul journal belge de langue allemande."*[34]

Unter dem Druck sinkender Abonnentenzahlen, die bis 1985 auf rund 9.000 fielen, und der Werbekonkurrenz durch Gratisblätter wurde die redaktionelle Linie des Blattes langfristig neutraler.[35]

Ein weiteres Merkmal der Konkordanzdemokratie ist das Vorhandensein von stabilen Mehrheiten, bei denen es zu einer Kartellbildung zwischen den unterschiedlichen Parteien kommt, in die die wichtigsten politischen Akteure eingebunden werden, wodurch Konflikte vermieden werden sollen.[36] In Ostbelgien zeigt sich, dass es seit 1984 nur zwei Mehrheitskonstellationen gab: eine durch die CSP dominierte Mehrheit (1984-1999) mit wechselnden Juniorpartnern, bestehend aus PFF und SP, und eine Mehrheit aus SP, PFF und ProDG (seit 1999) sowie kürzerer Beteiligung von PDB (2004-2009) und Ecolo (1999-2004). Die Stabili-

PFF

Bei der Partei für Freiheit und Fortschritt (PFF) handelt es sich um Ostbelgiens liberale Partei. Sie folgt den Prinzipien der politischen und wirtschaftlichen Freiheit, dem Prinzip Fortschritt als Gegensatz zum Konservatismus und fordert eine gerechte soziale Solidarität. Insbesondere dem Ansehen des Unternehmers, späteren Eupener Bürgermeisters und Senators Alfred Evers sowie Bernd Gentges war es zu verdanken, dass die PFF ab 1974 gute Wahlerfolge verzeichnen konnte. Volksnah und unterhaltsam verstand Evers es, die Wähler für die liberale Partei zu begeistern. Nach Ende der 25-jährigen Ära Evers setzte dann allerdings ab der Wahl 1999 für die PFF ein Abwärtstrend ein – trotz ihrer langjährigen Regierungsbeteiligung. Damals mit knapp 22 Prozent zweitstärkste Partei in Ostbelgien ist sie heute mit 11 Prozent die schwächste Kraft im PDG. 2004 wurde die PFF-Politikerin Isabelle Weykmans die erste Ministerin in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.



tät dieser Regierungen zeigt sich weiterhin, da es seit 1984 noch nie zu einem Koalitionsbruch gekommen ist und lediglich vier Personen das Amt des Ministerpräsidenten der Deutschsprachigen Gemeinschaft bekleideten: Bruno Fagnoul (1984-1986), Joseph Maraite (1986-1999), Karl-Heinz Lambertz (1999-2014) und Oliver Paasch (seit 2014), was bis dato einer durchschnittlichen Regierungszeit von zehn Jahren entspricht.[37] In der Bundesrepublik Deutschland, die als besonders stabile Demokratie gilt, liegt die durchschnittliche Regierungszeit eines Kanzlers bei neun Jahren. Dieser Umstand deutet darauf hin, dass gütliches Einvernehmen und Koalitionstreue im ostbelgischen Regierungs- und Mehrheitshandeln eine wichtige Rolle spielen. Dass sich die Parteien seit 1986 regelrecht an Debatten über Koalitionsabkommen klammerten, überrascht deshalb kaum.[38]

Um den Stellenwert stabiler Mehrheiten und Koalitionen in der ostbelgischen Konkordanzdemokratie zu verstehen, lohnt sich ein Blick auf das Jahr 1999. Nach den Wahlen vom 13. Juni 1999 sah es lange Zeit so aus, als ob die bisherige Mehrheit, bestehend aus CSP, PFF und SP, weiterhin gemeinsam regieren würde. In den zwei Wochen nach der Wahl zeichnete sich auf föderaler Ebene aber ab, dass der liberale Guy Verhofstadt (Open VLD) eine Regierung aus Liberalen, Sozialisten und Grünen anführen und somit eine dritte Amtszeit des Christdemokraten Jean-Luc Dehaene (CVP) verhindern würde. Zum politischen Erdbeben kam es in Ostbelgien, als das Grenz-Echo am 26. Juni in seiner Samstagsausgabe titelte: „PFF, SP und Ecolo verbannen die CSP in die Opposition“.[39] Mehr als dieser Koalitionswechsel als solcher interessieren uns an dieser Stelle die Reaktionen der CSP, da sie verdeutlichen, wie wichtig die demokratische Nibelungentreue bis dato für die politische Kultur in Ostbelgien gewesen war. Die CSP-Vertreter klangen auf einer am 29. Juni 1999 stattfindenden Pressekonferenz äußerst resigniert. Die Schuld für die Beendigung der bestehenden Koalition gab man dabei insbesondere dem designierten Ministerpräsidenten Karl-Heinz Lambertz (SP) und einem „Diktat aus Namur“, das in dieser Vehemenz bis dato wohl nur die PDB artikuliert hätte.[40] Dass sich die CSP durch den demokratischen Vorgang eines Koalitionswechsels regelrecht verraten fühlte, macht auch ein noch am selben Tag durch das Grenz-Echo „geleaktes“ Vorwahlabkommen zwischen CSP und SP deutlich.

Der Koalitionswechsel des Jahres 1999 gewährt aber noch weitere Einsichten in die Konkordanzdemokratie Ostbelgien. Bei besagter Pressekonferenz ließ die CSP nämlich anklingen, dass man eine „positive und konstruktive Opposition“ sein wolle. Gleiches hatte auch schon die PJU-PDB einige Tage vorher verlauten lassen.[41] Dies war kein Alleinstellungsmerkmal der Wahlen des Jahres 1999, vielmehr kann das Bekenntnis zu „konstruktiver Oppositionsarbeit“ als historische Konstante gedeutet werden: Nahezu alle Parteien (PDB (1978), SP (1983, 1986, 1989), PJU-PDB (2004), CSP (2004)) verpflichteten sich – insbesondere ab den 2010er Jahren – zu dieser „konstruktiven Oppositionsarbeit“. Dabei lassen die Eigenbeschreibungen kaum Aussagen über die eigentliche Qualität der Oppositionsarbeit zu. Sie zeigen aber, dass die in der Volksvertretung der deutschsprachigen Belgier vertretenen Parteien prinzipiell an einer überparteilichen Zusammenarbeit interessiert waren.

Freilich ist die Konkordanzdemokratie in Ostbelgien schon in ihrer Architektur verankert. So analysiert Stephan Thomas in dieser Hinsicht: „Das Dekretgebungsverfahren und die politische Kontrolle der Regierung werden von Regeln bestimmt, die – unter Wahrung der Rechte und Interessen aller Beteiligten – auf ein möglichst reibungsloses und konstruktives Zusammenspiel der beiden Organe ausgerichtet sind.“ Allerdings gebe es eine eindeutige Schieflage zugunsten der Regierung in Bezug auf das Kräfteverhältnis zwischen Mehrheit und Opposition.[42]

Weiterhin war in der Architektur der ostbelgischen Demokratie verankert, dass sich nur eine geringe Parteipolitisierung – jenseits von anfänglichen Grundsatzdebatten über den Umfang der Autonomie – entwickeln konnte. Dies erlaubten die Kompetenzen der Deutschsprachigen Gemeinschaft auch nur teilweise. Gemeinhin misst die Politikwissenschaft die Ideologie von Parteien anhand eines politischen Kompasses. Dieser beschäftigt sich auf der horizontalen Achse mit ökonomischen Programmen der Parteien und ordnet sie zwischen „marktliberal“ und „staatsinterventionistisch“ ein. Danach werden auf der vertikalen Achse die gesellschaftspolitischen Leitideen zwischen den beiden Polen „autoritär“ und „libertär“ gemessen. Da auf gemeinschaftspolitischer Ebene lange Zeit keine horizontale Ebene bestand, weil die DG über keine Kompetenzen im Wirtschaftsbereich verfügte, konnten die Parteien hier auch kaum eine ausgeprägte Ideologie vertreten. Ebenfalls kommunizierten Liberale, Christsoziale und Sozialisten in Bereichen wie der Kultur-, Medien- oder Unterrichtspolitik ihre Ideologien nur selten oder zurückhaltend. Erst die in den letzten zwanzig Jahren übertragenen Kompetenzen wie Beschäftigungspolitik, Raumordnung, Wohnungswesen oder Familienleistungen sind dazu veranlagt, klar ideologisierte Parteiziele zu formulieren.

In Übereinstimmung hiermit werden in Konkordanzdemokratien häufig Wählergemeinschaften durch die Wähler bevorzugt, die keine klare Ideologie, die sich an traditionelle Weltanschauungen anlehnt, vertreten. Die deutschsprachigen Belgier scheinen diese Parteien zu bevorzugen, wenn sie ihre Stimme insbesondere PDB, ProDG, Ecolo und Vivant geben. Zusammengenommen erreichten diese Parteien seit 1986 immer wieder rund 30 Prozent der Wählerstimmen, wobei sich dieser Trend seit 2009 noch verstärkte und im Jahr 2019 der Stimmenanteil der genannten Parteien bei 50,6 Prozent lag. Hiermit sollen keineswegs programmatische Ähnlichkeiten zwischen den Parteien angedeutet werden. Die Entwicklung zeigt aber,



Die Partei Vivant versteht sich auf dieser Wahlwerbung aus dem Jahr 2003 als „Bürgernah, Selbstständig, Frei und Unabhängig [sic]“.

Vivant

Die Partei Vivant wurde 1997 von dem Brüsseler Roland Duchâtelet gegründet. Vivant-Ostbelgien wurde im Januar 1999 unter der Leitung von Jean Van Ael in Eupen errichtet. Programmschwerpunkte waren u. a. das bedingungslose Grundeinkommen, die bürgerlichen Freiheitsrechte oder die Reform des Geldsystems. Immer wieder fällt die Partei auch durch grundsätzliche Kritik am politischen System der DG auf. Die Partei kandidierte 1999 zum ersten Mal für den RDG und konnte seitdem weitere Wahlerfolge verbuchen. Für die Legislaturperiode 2004-2009 entsandte die Gruppierung zwei Mandatare, die Brüder Ernst und Joseph Meyer, ins PDG. 2009 fand mit Michael Balter und Alain Mertes ein Generationenwechsel bei Vivant-Ostbelgien statt. Seit der Wahl 2019 hat die Partei drei Mandate im PDG.



Eines der ersten Wahlplakate für die Partei Ecolo für die RDG Wahlen 1986. Auch mit dem Slogan „Der Stachel im Fleisch der Etablierten“ warb die Partei.

Ecolo

Ecolo ist eine in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Wallonien und Brüssel-Hauptstadt tätige grüne Partei.[62] Im Jahr 1980 (DG: 1981) gegründet, lautet die politische Faustformel der Ecolo-Politik „Global denken, lokal handeln“.[63] Ihre Wahlprogramme aus verschiedenen Jahren spiegeln Ähnliches wider: 1982 bestand ihre ökologische Gemeinschaftspolitik darin, allgemeine Aufklärungskampagnen im Bereich Umweltschutz zu starten.[64] Der Schwerpunkt der Sozial- und Gesundheitspolitik lag 1986 auf der generellen Vorbeugung von Krankheitsursachen durch sauberes Wasser, Nahrungsmittelhygiene und verbesserte Lebensbedingungen.[65] Des Weiteren fokussierte sie sich 1990 auf eine Neufinanzierung des Unterrichtswesens, verbesserte Zugangsmöglichkeiten und die Ergänzung des Schulfachs Umweltkunde.[66]

dass auch in Ostbelgien wie in Westeuropa im Allgemeinen eine Entideologisierung der Parteienlandschaft stattgefunden hat.[43] Gefördert wurden diese wenig ideologisierten Programme und geringe Parteipolitisierung durch die Tatsache, dass in Ostbelgien eine große Kandidatenorientierung existierte, auf die wir später noch eingehen werden.

Lebendige Demokratie!

Dabei stieß die Autonomie zu Beginn der 1970er auf ein durchaus politisch interessiertes und politisiertes Publikum. In Ostbelgien wurden in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg immer mehr Menschen Mitglieder von politischen Parteien. Gerade ab den 1970er Jahren nahm die Zahl der Parteimitglieder im Gebiet deutscher Sprache Belgiens erheblich zu. Damit fügt sich die Region nahtlos in die Entwicklungen in Belgien, aber auch in der Bundesrepublik Deutschland ein. In beiden Ländern wurden bis in die Mitte der 1980er Jahre immer mehr Menschen Parteimitglieder. Seit der Mitte der 1980er Jahren sind die Parteimitgliedszahlen hingegen rückläufig. Dabei ist auffällig, dass die Demokratisierung der Politik sich in den 1970er Jahren auch in Ostbelgien beschleunigte. Das hatte auch mit Entwicklungen zu tun, deren Grundstein bereits in den 1950er und 1960er Jahren gelegt wurde: Mehr Wohlstand und mehr Freizeit (u. a. durch den Rückgang der Landwirtschaft) bedeuteten, dass mehr Zeit für politische Aktivitäten bestand.[44] Aber auch regionale Komponenten spielten hierbei eine Rolle. Mit der Einrichtung des RdK kam „die Demokratie“ ganz konkret in Ostbelgien an. Daneben war vielen politisch Interessierten wohl bewusst, dass die neu zu schaffenden Stellen in den Verwaltungen auf Basis von Parteikarten vergeben wurden. Dass mehr Ostbelgier vor diesem Hintergrund in die Parteien drängten, ist daher keineswegs erstaunlich: So verzeichneten die CSP (von 1971 bis 1983 von 833 auf 1.395 Mitglieder), die PDB (255 Mitglieder 1972 und ca. 620 Mitglieder 1981) und die SP (85 Mitglieder 1970 und 342 Mitglieder 1979) einen regelrechten Mitgliederboom. Laut eigener Aussage soll die PFF im Jahr 1986 gar 1.200 Mitglieder gehabt haben.[45]

Die Mitgliederzahlen geben auch noch auf anderen Ebenen einen detaillierten Einblick in die sozioökonomischen Gegebenheiten in Ostbelgien in den Jahrzehnten nach dem Wirtschaftswunder. Auffällig ist insbesondere die SP, die gerade im Süden des Gebiets deutscher Sprache immer mehr Mitglieder an sich binden konnte. Dahinter stand die wichtige Basisarbeit von Ferdi Dupont und jungen Nachwuchspolitikern wie Karl-Heinz Lambertz, Walter Mölter oder Marcel Lejoly, aber auch der langsame Abschied von der Landwirtschaft und die gesteigerte Beschäftigung der Bevölkerung im Handwerk und in der Industrie haben diesen Trend wohl bestärkt.

Daneben spielten die lokalen Gegebenheiten für die Mitgliedschaften in den Parteien eine wichtige Rolle. Ein Blick auf die Mitglieder der CSP und der PDB verdeutlicht, dass beide eine unterschiedliche Klientel ansprachen – dies zeigt auch ein Vergleich der Wahlergebnisse der Parteien im Wahlkanton Eupen und Sankt Vith. Während die PDB zwei Drittel ihrer Mitglieder in der Eifel rekrutierte, bestand ein entgegengesetzter Trend bei der CSP: Drei Viertel aller Mitglieder stammten aus dem Norden der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Das hatte natürlich auch mit der Herkunft der in den Parteien tonangebenden Persönlichkeiten zu tun.

Dieser Trend zu steigenden Mitgliederzahlen wandelte sich in Ostbelgien allmählich in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre. Bei der PDB führte man für den Mitgliederschwund von 15 Prozent im Jahr 1985 klare Gründe an:

„Viele möchten einfach keiner Partei mehr angehören, um so nach allen Seiten offen zu sein (s. Arbeitssuche usw.). Bei vielen fehlt die Lust und Motivation zur Politik.“[46]

Ein politisierter Beginn[47]

Kontrastiert wird das Wachstum der Parteimitgliedschaften durch die hohe Zahl der Stimmenthaltungen („Weißwähler“) ab dem Ende der 1970er und den beginnenden 1980er Jahren, die die Zahlen aus der unmittelbaren Nachkriegszeit noch überstiegen und die wahrscheinlich auf ein großes Unwohlsein in der Bevölkerung aufgrund der schlechten sozioökonomischen Lage in ganz Westeuropa zurückzuführen sind. Von 1974 bis 1981 lag der Weißwähleranteil um 15 Prozent, wobei die Zahl der Weißwähler bei den Wahlen zum nationalen Parlament erheblich höher ausfiel als auf Ebene des RdK. Es ist argumentiert worden, dass die Ursache hierfür die Unzufriedenheit mit der Stellung Ostbelgiens im belgischen Staat war.[48]

Abgeglichen mit der hohen Anzahl von Parteimitgliedern ergibt sich also ein nuanciertes Bild: Die Zahl der Weißwähler scheint ein Ausdruck einer besonders politisierten Zeit zu sein, in der das Weißwählen ein bewusster politischer Akt war. Noch mehr: Ganz augenscheinlich fanden die Wähler auf der Gemeinschaftsebene etwas, das sie auf nationaler Ebene nicht fanden. Das legen insbesondere die durchweg niedrige Zahl der Weißwähler bei Gemeinschaftswahlen und die höhere Zufriedenheit mit der Gemeinschaftspolitik, die uns noch später beschäftigen wird, nahe. Darüber, was dies gewesen sein könnte, lässt sich nur mutmaßen: Waren es die lebensnäheren Themen auf Gemeinschaftsebene? War es ein geringeres Interesse und – im wahrsten Sinne des Wortes – Unverständnis der Dinge, die im nationalen Parlament debattiert wurden? Ein nicht unwichtiger Faktor waren dabei die auf den unterschiedlichen Ebenen kandidierenden Politiker.

Ostbelgier wählen Köpfe

Sehen wir uns die Wahlen und die Zusammensetzung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft an, tritt der Fokus auf einzelne Kandidaten klar zutage: Einzig bei Ecolo und Vivant lässt sich anhand der Wahlergebnisse seit 2004 feststellen, dass die Wähler vor allem Listenstimmen an die Parteien gaben. Bei allen anderen Parteien zeigt die ungleichmäßige Verteilung der Stimmergebnisse, dass ein starker Fokus auf einzelne Persönlichkeiten existierte.[49]

Unterstrichen wird diese Kandidatenorientierung dadurch, dass es unter den Mandatsträgern im Parlament eine relativ geringe Fluktuation gab. Häufig wurden durch die Bevölkerung dieselben Parlamentarier erneut gewählt. Lediglich in vereinzelten „Umbruchsjahren“ wurde eine größere Zahl der Ratsmitglieder ausgewechselt, wie etwa im Jahr 1990. Das zeigt auch die durchschnittliche Mandatsdauer der Vertreter im Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Zwischen 1986 und 2004 waren diese durchschnittlich 5,38 Jahre (1986) bzw. 6,87 Jahre (2004) vertreten, was im Vergleich zur belgischen Kammer (4,3 Jahre, 1995) deutlich länger war.[50] Während die Parteienbindung seit den 1980er Jahren abnahm, blieb der Fokus auf einzelne Personen in den letzten drei Jahrzehnten gleichbleibend hoch bzw. verstärkte sich sogar noch im Laufe der Zeit.

Schaut man sich die berufliche Zusammensetzung der „Hobbyparlamentarier“ in Ostbelgien an, so fällt auf, dass einige Berufsgruppen im Rat bzw. Parlament erheblich unterrepräsentiert waren. Das trifft etwa auf Arbeiter, Studenten, Landwirte, Rentner, Hausfrauen und Handwerker zu. Auch befanden sich unter den Parlamentariern kaum Berufsgruppen wie Künstler, Hochschulbeschäftigte oder Naturwissenschaftler. Deutlich überrepräsentiert im Vergleich zur Gesamtbevölkerung – dies nicht unbedingt im Vergleich mit anderen Parlamenten – waren hingegen Mediziner, Lehrer, Juristen und Beamte, die zusammen mit Angestellten und Unternehmern bzw. Selbstständigen im Allgemeinen das Gros der Abgeordneten stellten. Die genannten Berufsgruppen lassen sich ebenfalls an den Bildungswegen der Parlamentarier ablesen, von denen ein großer Teil (44-48 %) universitäre Studien absolviert hatte. Damit ist das PDG weder repräsentativ für die ostbelgische Bevölkerung, noch ist es repräsentativ für andere Parlamente, da etwa im Parlament Flanderns (75 %), in der belgischen Kammer (80 %) oder im deutschen Bundestag (87 %) noch mehr Akademiker tagen als im PDG.

Die Konsensdemokratie

In jedem Fall kann anhand des Wahlverhaltens beobachtet werden, dass in Ostbelgien ab der zweiten Hälfte der 1980er Jahre eine viel geringere Parteienbindung vorhanden ist, als dies in der ersten Phase der Autonomie (1973-1986) der Fall gewesen war. Dies legen wie schon erwähnt auch die steigenden Parteiaustritte und die sich annähernden Wahlergebnisse der Parteien nahe. Von 1974 bis 1986 war die Parteienlandschaft durch eine Zweiteilung in die klassischen, nationalen Parteien CSP, PFF und SP einerseits und die regionalistische PDB andererseits geprägt. Auffällig ist, dass bei der RdK-Wahl 1981 die PFF starke Zugewinne verzeichnen konnte, wobei die CSP Verluste hinnehmen musste. Bei SP sowie PDB waren die Ergebnisse konstant.[51] Bei der Wahl 1986 stellten sich erstmals zwei neue Akteure zur Wahl: Ecolo und die SeP. Sie wurden in den RDG gewählt. Während der gewerkschaftsnahen SeP nur eine kurze Existenz beschieden war, konnte die grüne Bewegung wie im übrigen Europa auch in Ostbelgien dauerhaft politisch Fuß fassen. Bei den Wahlen 1990 schaffte es Ecolo, zu PFF, SP und PDB aufzuschließen; die vier Parteien lagen mit Anteilen zwischen 15 und 20 Prozent nun nahezu gleichauf. Lediglich die CSP war weiterhin mit deutlich über 30 Prozent der Stimmen die stärkste Kraft. Ende der 1990er Jahre bildete sich Vivant-Ostbelgien als weitere Partei außerhalb des bislang etablierten politischen Spektrums. Schließlich trat ProDG als regionale Partei an die Stelle der PDB, allerdings mit etwas anderem politischen Fokus als diese. Parallel zur Entwicklung auf nationaler und europäischer Ebene verloren aber die traditionellen Parteien (CSP, PFF, SP) auch in Ostbelgien im Verlauf der vergangenen 50 Jahre an Bindungskraft. Vereinten sie im Jahr 1974 noch 74 Prozent der Stimmen auf sich, waren es bei der Wahl 2019 nur noch knapp 49 Prozent. Die CSP büßte ihre Rolle als einstmals klar dominierende politische Kraft ein.

Mit zunehmender Übernahme von Kompetenzen durch den RDG und der daraus folgenden (Teil-)Erfüllung ihrer politischen Ziele verlor die PDB im Laufe der 1980er Jahre zusehends an Zuspruch. Konnte sie Anfang des Jahrzehnts noch ca. 30 Prozent der Stimmen auf sich vereinen, lag sie bei der Wahl 1990 nur noch bei 15 Prozent. Hinzu kam die Niermann-Affäre im Jahr 1987.[52] Der Abwärtstrend konnte auch nicht dadurch aufgehalten werden, dass die PDB ein Bündnis mit Juropa und weiteren unabhängigen Kandidaten (PJU) einging. Letztgenannte Bewegungen sollten zu Sammelparteien für parteilose Jugendliche werden.[53]

Bei der Wahl 1999 kandidierte die Gruppierung Vivant-Ostbelgien zum ersten Mal. Vivant schaffte den Einzug ins Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Jahr 2004 mit zwei Mandaten und war prozentual fast so stark wie Ecolo. Die PJU-PDB trat bei den Wahlen 2004 ein letztes Mal an und wurde von der 2008 gegründeten Formation ProDG, die sich als Bürgerbewegung für alle deutschsprachigen Belgier versteht, abgelöst. Gerade die Fälle von PDB, SeP, Ecolo, Vivant und ProDG zeigen, dass sich in Ostbelgien ein offenes Parteiensystem entwickelt hat und neue Parteien – wenn auch anfangs mit nur wenigen Sitzen –ins Parlament einziehen konnten.

ProDG trat erstmals bei der Wahl 2009 an und erreichte einen Wähleranteil von 17 Prozent; seitdem wuchs die Wählerschaft stetig. Seit den Gemeinschaftswahlen 2014 stellt ProDG den Ministerpräsidenten. 2019 löste ProDG die CSP erstmals in der ostbelgischen Wahlgeschichte als stärkste Kraft ab. Hier ist ein europaweiter Trend erkennbar: Der Wertewandel, die Abkehr von konservativ-religiösen Moralvorstellungen sowie die Bevorzugung nonkonformistischer Lebensstile und libertärer Werte (Toleranz, Umweltschutz und Selbstentfaltung) hat die Bindung zu den etablierten Parteien gelockert. Diese abnehmende Loyalität gegenüber den traditionellen Parteien wirkt sich positiv auf die Wahlergebnisse von ProDG und Vivant aus. Seit der ersten Kandidatur konnte Vivant den Wählerzuwachs vor allem im Süden der Deutschsprachigen Gemeinschaft kontinuierlich ausbauen und erreichte 2019 fast 15 Prozent.

Die DG als stabile Demokratie?

Gerade ab 1986 können wir nachvollziehen, dass die Gemeinschaftspolitik ganz allmählich ins Zentrum der Aufmerksamkeit von Parteien und Medien in Ostbelgien *rückte*. Dabei zeigten die frühen Vertreter des Rates und ihre Nachfolger, dass sie die Demokratie technisch sehr gut in die Tat umsetzen konnten. Mehr noch: Sie schufen eine Demokratie, deren besonderes Merkmal ihre hohe Stabilität und ihre Orientierung am Konsens zwischen allen Parteien war. Die fehlende Polarisierung trug dabei zweifelsohne dazu bei, dass es der jungen Demokratie noch an Mobilisierungskraft mangelte.

Der 2019 ins Leben gerufene Bürgerdialog in Ostbelgien, der ein europaweites Medienecho nach sich zog, zeigt dabei, dass sich die Politik darum bemüht, den Bürgern die demokratischen Entscheidungsprozesse näherzubringen.[54] Die aus 25 bis 50 ausgelosten Personen bestehende Bürgerver-

ProDG

ProDG (Pro Deutschsprachige Gemeinschaft) wurde im Juni 2008 auf Initiative von Oliver Paasch in Eupen gegründet. Die regionale Bewegung versteht sich als unabhängige und parteiungebundene politische Kraft. Sie strebt eine gleichberechtigte deutschsprachige Region in einem Belgien der vier Teilstaaten an.[67] Das Bekenntnis zur Autonomie fand sich auch im Parteiprogramm der PDB wieder, sodass sich viele PDB-Sympathisanten in vielerlei Hinsicht mit ProDG identifizieren konnten.[68] Die Bewegung öffnete sich darüber hinaus auch anderen Wählern. Auch wenn ProDG an die Stelle der PJU-PDB-Fraktion trat, so betonte ProDG die inhaltliche Unabhängigkeit von der PDB und wollte sich ausdrücklich nicht als deren Nachfolgerin verstanden wissen.[69] ProDG sieht ihre Hauptmerkmale in einer übergreifenden Ideologie und unterstützt die Rufe der Sozialdemokraten nach größerer Gerechtigkeit, liberale Forderungen nach Freiheit sowie die Forderungen der Grünen nach umweltfreundlicher Politik.[70] ProDG trat zum ersten Mal bei den PDG-Wahlen 2009 an, wo die Partei auf Anhieb über 17 Prozent erreichte und zwei Minister in die Regierung der DG entsandte. 2014 wurde Oliver Paasch Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft.



Bei ihrer Gründung im Jahr 2008 warb die ProDG mit der Aussage „Die unabhängige Kraft für Ostbelgien“

sammlung diskutiert über unterschiedliche Themen und gibt Empfehlungen an das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Bemerkenswerterweise steht auch beim Bürgerdialog die Konsensfindung unter den Beteiligten im Fokus. Entscheidungen müssen im Konsens oder mit einer Vierfünftelmehrheit getroffen werden.

Hervorzuheben ist in der Gesamtschau, dass gegenüber jeglichen antidemokratischen Tendenzen auf gemeinschaftspolitischer Ebene bisher zum Glück immer wieder reflexartige Widerstände existierten, die die Demokratie „ostbelgischer Bauart“ weitestgehend schützten. Das gelang den beiden anderen Gemeinschaften des Landes nicht, wie ein Blick auf die Wahlergebnisse des Front National oder des Vlaams Belang zeigt.

CSP

Der Beginn der Autonomie in den 1970er Jahren war gleichbedeutend mit einer Umbruchszeit für die Christlich Soziale Partei in Ostbelgien. Hatte man bis dato immer als einzige Partei einen ostbelgischen Vertreter nach Brüssel entsenden können, stand die CSP nunmehr im RdK in direkter Verantwortung vor den Wählern und unter dem Eindruck einer erstmaligen und intensiveren Konkurrenz durch die anderen Parteien. Obwohl die CSP von 1984 bis 1999 in Regierungsverantwortung war, mit u. a. Albert Gehlen einen wichtigen Kammerabgeordneten und mehrfach mit Joseph Maraite den Ministerpräsidenten stellte, fand sich die Partei immer wieder falsch verstanden und glaubte, Erfolge nicht genug vermarktet bzw. Personen nicht richtig in Szene gesetzt zu haben.[71] Zweifelsohne waren dies neben der anhaltenden Entchristlichung der Gesellschaft und den Turbulenzen ihrer Schwesterparteien im frankophonen Landesteil und in Flandern die Hauptgründe für den langsamen Wählerschwund, der seit 1974 (46,9 %) bis heute (23,14 %) auch auf Gemeinschaftsebene zu verzeichnen ist.



In dieser Wahlwerbung aus dem Jahr 1991 macht die CSP auf ihren Spitzenkandidaten Joseph Maraite aufmerksam.

Geradezu erschütternd waren in diesem Zusammenhang die im Jahr 2022 durch die RTBF und La Libre Belgique erhobenen Zahlen, die der Demokratiezufriedenheit unter den belgischen Bürgern ein schlechtes Zeugnis ausstellen. So sagten 57,9 Prozent der Befragten aus, dass sie das demokratische System abschaffen und durch ein neues System ersetzen möchten, und nur 29,5 Prozent sagten aus, dass ihnen das jetzige demokratische System gefällt.[55] Ein anderes Bild ergab sich im Rahmen einer Forsa-Umfrage im Auftrag des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Ostbelgien unter 1.000 Befragten im Jahr 2014. Vor dem Hintergrund der ausklingenden Wirtschafts- und Eurokrise zeigten sich 38 Prozent mit der Politik in Belgien zufrieden. Auf Ebene der Deutschsprachigen Gemeinschaft lag dieser Wert bei 63 Prozent. Die Zufriedenheitswerte stiegen allerdings auf 45 Prozent (Belgien) und 75 Prozent (Deutschsprachige Gemeinschaft) im Jahr 2018.[56]

Endnoten

1 Tonarchiv BRF, Einsetzung des Rates der Deutschsprachigen Kulturgemeinschaft Teil 1/2, B1RM_0033, 23.10.1973.
2 Grenz-Echo, 24.10.1973.
3 Tonarchiv BRF, Reaktion des CSP-Abgeordneten Willy Schyns auf diese Billigung (Wahl deutscher Kulturrat), B1RM_0005, 4.5.1970.
4 In Anlehnung an Vitus Sproten, Ein Bild und seine Geschichte. Hallo Eupen: Sind Sie bereit?, in: Zwischen Venn und Schneifel 10 (2017), S. 227. Für die Verwirklichung des Rates und die Debatten hierüber vgl. ebenfalls Christoph Brüll, Freddy Cremer, Werner Mießen, „Hilf dir selbst, so hilft dir Gott!“ Verzerrende Geschichtsbilder und fehlendes Selbstbewusstsein, in: Carlo Lejeune, Christoph Brüll (Hrsg.), Grenzerfahrungen. Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Bd. 5: Säuberung, Wiederaufbau, Autonomiediskussionen (1945-1973), Eupen 2014, S. 46-104; Vitus Sproten, Ostbelgien hört Ostbelgien. Der Belgische Hörfunk im Kontext der Debatten um die Kulturautonomie der deutschsprachigen Belgier (1965-1974), Brüssel 2019 (Quellen und Forschungen zur Geschichte der deutschsprachigen Belgier 11); Andreas Fickers, Von der Polarisierung zur Meinungsvielfalt. Die ostbelgischen Medien als Akteur der Autonomiedebatte, in: Lejeune/Brüll (Hrsg.), Grenzerfahrungen, Bd. 5, S. 224-243.
5 Lediglich Michel Louis verfügte über nennenswerte parlamentarische Erfahrung.
6 Vgl. Staatsarchiv Eupen (künftig: SAE), Kulturamt – Dienststelle für kulturelle Angelegenheiten des Gebietes deutscher Sprache, 3-198, Nr. 15, Abkommen zwischen CSP und SPB betreffend die Besetzung der Verwaltung und des Präsidiums des Rates der deutschen Kulturgemeinschaft, 1973; SAE, 5-249, Nr. 215, Protokoll der Sitzung des Regionalvorstandes und der RdK-Fraktion der CSP, 10.12.1983; Abkommen zwischen den vier im RDG vertretenen Parteien, in: Grenz-Echo, 3.2.1984, S. 4; vgl. ebenfalls den Beitrag von Peter Quadflieg im vorliegenden Band.
7 Leo Stangherlin, Le conseil de la Communauté culturelle allemande. Facharbeit im Séminaire de droit constitutionnel der Rechtsfakultät der Katholischen Universität Löwen, Löwen 1973; vgl. auch das Kapitel von Andy Jousten und Christian Behrendt im vorliegenden Band.
8 Vgl. Christoph Brüll, Andreas Fickers, Zwischentöne. 100 Jahre Ostbelgien (1920-2020). 8 Radioessays, Eupen 2020, S. 96.
9 Ebd., S. 93.
10 Ausgewertet wurden für die Aussagen in Bezug auf die Debattenkultur des vorliegenden Kapitels in einer qualitativen Analyse die Wahlberichterstattung der Ausgaben des Grenz-Echos und der Aachener Volkszeitung ab jeweils einem Monat vor Beginn der Gemeinschaftswahlen für die Jahre 1974, 1977, 1978, 1981, 1986, 1990, 1995, 1999, 2004 und 2009 (AVZ bis 1986). Ebenfalls wurden die bereits digital vorliegenden Rundfunksendungen des Belgischen Rundfunks zu den Gemeinschaftswahlen ausgewertet.
11 Vgl. hierzu auch Vitus Sproten, Wahlkämpfe in Ostbelgien. Von Köpfen, Armen und Ideen, in: Zwischen Venn und Schneifel 5 (2019), S. 112 f.
12 Archiv Sonuma/RTBF, Eupen l'installation de l'exécutif de la Communauté germanophone, 31.1.1984.
13 Ines Soldwisch, Das Europäische Parlament 1979-2004. Inszenierung, Selbst(er)findung und politisches Handeln der Abgeordneten, Stuttgart 2021.
14 Seit dem 6. Juli 1990 gilt das Gesetz zur Regelung der Modalitäten für die Wahl des Parlaments der Deutschsprachigen Ge-

meinschaft, das aber an den genannten Sachverhalten nichts änderte.

15 Vgl. hierzu ebenfalls das Kapitel von Andy Jousten und Christian Behrendt im vorliegenden Band.

16 Vgl. hierzu Xavier Mabille, Histoire politique de la Belgique. Facteurs et acteurs de changement, 4. Aufl., Brüssel 2000, S. 351-355.

17 Wie wichtig die Inszenierung des „langen Arms“ in Wahlkampfzeiten blieb, zeigt die Tatsache, dass sich mit Wilfried Martens, Daniel Ducarme (PRL, Umweltminister Wallonische Region), Louis Olivier (PRL, Gebäuderegie) und Arnaud Decléty (PRL, Wirtschaftsminister Wallonische Region) gleich vier Minister in Ostbelgien die Klinke in die Hand gaben, um mit ihrer Anwesenheit die ostbelgischen Parteifreunde zu unterstützen. Vgl. Über 1,6 Milliarden bisher für die Staatsgebäude in Ostbelgien, in: Aachener Volkszeitung, 9.10.1986; Im Ministerfieber, in: Aachener Volkszeitung, 15.10.1986.

18 Vgl. hierzu jüngst: Julia Zeimers, Charles Quint = Karl der Fünfte? Die pädagogische Argumentation in der Diskussion um den Gebrauch der Sprachen im Unterrichtswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens (1945-1997), Eupen 2023, sowie das Kapitel von Magali Boemer und Julia Zeimers im vorliegenden Band.

19 Mit „Heimat-Partei“ ist gemeint, dass beide Parteien sich nach dem Subsidiaritätsprinzip für die Bewahrung der „Heimat“ einsetzten. Tonarchiv BRF, 12169407, RDG Wahlen 1986 Freie Tribüne PFF Band 14/86; Tonarchiv BRF, 10341415, RDG Wahlen 1986 Freie Tribüne SP Band 19/86; Tonarchiv BRF, 10341393/ Tonarchiv BRF, 10341675, Parteien im Kreuzfeuer SP Band 20/86; 5-300, 208, Parteiprogramm Ecolo, Ecolo in den RDG, 1986/ 5-300, 201, Parteiprogramm PDB, In eigener Verantwortung entscheiden. Schwerpunkte der Gemeinschaftspolitik, 1986; 5-300, 206, Parteiprogramm SP, Neue Wege für unsere Zukunft, 1986.

20 Tonarchiv BRF, 10341867, RDG Wahlen, 1986, Ende Offen, Diskussionsrunde aller Parteien live aus Eupen Teil1/2 Band 23/86.

21 Von Sinn und Unsinn einer traditionellen Wahlveranstaltung. Acht Zuhörer bei der PDB – 200% mehr als bei der CSP, in: Grenz-Echo, 22.10.1986.

22 Am Sonntag setzen wir ein Zeichen, in: Grenz-Echo, 22.10.1986.

23 Zoé Kergomard, Wahlen ohne Kampf? Schweizer Parteien auf Stimmenfang, 1947-1983, Basel 2020.

24 Vgl. Dekret über die Hilfe für die Tagespresse, 7.2.1994.

25 Vgl. Vitus Sproten, Der Klang des Strukturwandels. Die Geschichte der Freien Radios in den Niederlanden, Belgien und Nordrhein-Westfalen, Göttingen 2022; Förderverein für das Archivwesen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft (Hrsg.), Ein Klangerlebnis. Jahresgabe des Fördervereins des Jahres 2021, Eupen 2021.

26 Zum Instrument der Resolutionen siehe auch Brüll/Fickers, Zwischentöne, S. 100; vgl. hierzu auch das Kapitel von Christian Behrendt und Andy Jousten im vorliegenden Band.

27 SAE, 3-198, Nr. 13, La réforme de l’Etat et la Communauté Allemande, Brüssel 1979.

28 Vgl. Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Resolution an die Föderalregierung und an das föderale Parlament in Bezug auf die Erklärung zur Revision der Verfassung, 26.3.2007; Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Resolution an die Föderalregierung und an das föderale Parlament in Bezug auf die Erklärung zur Revision der Verfassung, 17.2.2003; Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Resolution an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und die Regierung der Wallonischen Region zum Autonomiestatus der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dessen weiteren Ausbau, 17.9.2002.

29 Vgl. hierzu das Kapitel von Andy Jousten und Christian Behrendt im vorliegenden Band.

30 Vgl. ebd.

31 Vgl. hierzu stellvertretend und für eine Momentaufnahme der beginnenden 1980er Jahre Doris Schmitz, Le Conseil de la Communauté Culturelle Allemande. Invention de Politiciens ou Résultat d’une Prise de Conscience Communautaire? Abschlussarbeit im Bereich der Verwaltungs- und Politikwissenschaften an der FUCAM Mons, Mons 1981, S. 38 ff.

32 Vgl. Gerhard Lehmbruch, Konkordanzdemokratie, in: Dieter Nohlen (Hrsg.), Wörterbuch Staat und Politik, München 1991, S. 311-316.

33 Die Konkordanzdemokratie ist nicht mit der Konsensdemokratie zu verwechseln. Letztere zeichnet sich insbesondere durch ein Gleichgewicht zwischen Exekutive und Legislative aus, das in Ostbelgien nicht besteht.

34 SAE, Bestand 5-219, Verwaltungsratsprotoll des Grenz-Echos, 22.3.1980.

35 In der Praxis vertrat das Blatt hinter den Kulissen noch bis weit in die 1990er Jahre hinein und je nach Kontext die Ansichten der CSP. Vgl. hierzu das Kapitel von Andreas Fickers im vorliegenden Band.

36 Lars Holtkamp, Parteien und Bürgermeister in der repräsentativen Demokratie. Kommunale Konkordanz- und Konkurrenzdemokratie im Vergleich, in: Politische Vierteljahresschrift 47 (2006) 4, S. 641-661, hier S. 643.

37 Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass Oliver Paasch erneut Ministerpräsident werden kann.

38 Vgl. Brüll/Fickers, Zwischentöne, S. 102 f.

39 PFF, SP und Ecolo verbannen die CSP in die Opposition, in: Grenz-Echo, 26.6.1999.

40 Das ist ein Schlag in die Magengrube, in: Grenz-Echo, 30.6.1999.

41 „Konstruktive Oppositionsarbeit“ statt „Wischi-Waschi-Rolle“, in: Grenz-Echo, 29.6.1999.

42 Vgl. Stephan Thomas, David gegen Goliath? Das Kräfteverhältnis zwischen Parlament und Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, in: Katrin Stangherlin (Hrsg.), La Communauté germanophone de Belgique. Die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens, Brüssel 2005, S. 287-321, hier S. 317.

43 Die Politikwissenschaft spricht in diesem Zusammenhang von einem Trend hin zu Catch-All Parties. Vgl. Elmar Wiesendahl, Von den Volksparteien zu den Catch-All Parties. Otto Kirchheimer revisited, in: Indes 7 (2018) 4, S. 106-124; Brüll/Fickers, Zwischentöne, S. 101-107.

44 Vgl. Vitus Sproten, Der Klang, S. 175-182; die nachstehend angeführten Zahlen zu Parteimitgliedschaften stammen aus: Alexandra Lizen, Contribution à l’Histoire du Parti Socialiste Belge, le cas de la Fédération verviétoise, Teil 2. Unveröffentlichte Masterarbeit im Fach Geschichte an der Universität Lüttich, Lüttich 2017, S. 5; SAE, 5-246, Nr. 94, Parteimitglieder, Listen mit Parteimitgliedern und -gönnern der PDB, 1972-2002; SAE, 5-249, Nr. 212, Mitgliederlisten sowie Statistiken der CSP.

45 Vgl. Tonarchiv BRF, 12169407, RDG Wahlen 1986, Freie Tribüne PFF, Band 14/86.

46 SAE, 5-246, Nr. 94, Lagebericht betreffend die Mitgliedsbeiträge der PDB im Süden des deutschen Sprachgebietes für 1985, 03/1986.

47 Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Wahlresultate seit 1974, https://pdg.be/desktopdefault.aspx/tabid-4107/7287_read-41708 (26.5.2022).

48 Vgl. hierzu auch Christoph Brüll, Matinee Wahl:los im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft, 13.2.2022, https://www.youtube.com/watch?v=9_Bicu7efp8 (27.04.2023).

49 Vgl. die Seite des Föderalen Öffentlichen Dienstes Inneres zu Wahlen: https://resultatselection.belgium.be/fr/search/parlement-de-la-communaut%C3%A9-germanophone (28.2.2023).

50 Die nachstehenden Aussagen basieren auf einer eigenen Auswertung von: Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft (Hrsg.), Gesamtübersicht. Mitgliederverzeichnis des Rates der deutschen Kulturgemeinschaft, des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft und des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Eupen 2022, https://pdg.be/PortalData/34/Resources/dokumente/abgeordnete/Mitgliederverzeichnis_-_Legislaturperioden.pdf (27.4.2023). Vgl. ebenfalls Ine Vanlangenakker, De Duitstalige Gemeenschapsraad meerderjarig Evoluties in de verhouding tussen de Raad en de Regering in de periode 1986-2004. Verhandeling aangeboden tot het verkrijgen van de graad van Licentiaat in de Politieke Wetenschappen an der Katholischen Universität Löwen. Löwen 2006.

51 Vgl. Zentrum für Ostbelgische Geschichte, Autonomie, https://geschichte.be/desktopdefault.aspx/tabid-5858/?ep=50854 (26.5.2022).

52 Vgl. hierzu das Kapitel von Andreas Fickers im vorliegenden Band.

53 Heinz Warny, Von wegen Umfrage…, in: Grenz-Echo, 22.5.1995, S. 1.

54 U. a. folgende überregionale Massenmedien haben in den vergangenen Jahren über den Bürgerdialog berichtet: VRT, RTBF, WDR, De Standaard, Le Soir, Luxemburger Wort, SRF, DW und Der Spiegel.

55 RTBF, Sondage RTBF/La Libre „Bye-Bye, la démocratie?“: un Belge sur quatre donnerait le pouvoir à un leader unique, https://www.rtbf.be/article/sondage-rtbfla-libre-bye-bye-la-democratie-un-belge-sur-quatre-donnerait-le-pouvoir-a-un-leader-unique-11100798 (5.1.2023).

56 Forsa (Hrsg.), Die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens in der Einschätzung ihrer Bürger. Ergebnisse einer Befragung für das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Berlin 2014/2018.

57 Josef Schumacher, Politische Alternative. Endarbeit zur Erlangung des Graduates in Arbeitssozialwissenschaften. Institut supérieur de culture ouvrière. Fondation Travail-Université. Volkshochschule der Ostkantone. Eupen 1978.

58 Vgl. Lizen, Contribution.

59 Vgl. Gerard Cremer, Keine Trauer, höchstens Genugtuung, in: Grenz-Echo, 13.11.2009, S. 8 f.

60 Leonie Neuens, À la base d’un parti régionaliste. La création du PDB (Parti des Belges de langue allemande) en 1971. Acteurs et controverse. Unveröffentlichte Masterarbeit im Fach Geschichte der Universität Lüttich, Lüttich 2013.

61 Lars Holtkamp, Parteien in der kommunalen Demokratie. Konkordanz- und Konkurrenzdemokratie im Zeichen von Kommunalverfassungsreform, Parteienwandel und Haushaltskrise, Hagen 2006.

62 Zur Anfangsgeschichte von Ecolo Ostbelgien vgl. ebenfalls das Kapitel von Andreas Fickers und Norbert Nicoll im vorliegenden Band.

63 Vgl. SAE, 5-300, Nr. 284, Wahlprogramm, 1990.

64 Vgl. SAE, 5-300, Nr. 126, Wahlprogramm und Wahlblatt „Umdenken – Umschwenken – Mensch und Umwelt im Mittelpunkt der Gemeindepolitik“, 1982.

65 Vgl. SAE, 5-300, Nr. 208, Informationsbroschüre, 1986.

66 Vgl. SAE, 5-300, Nr. 284, Wahlprogramm, 1990.

67 Vgl. ProDG – Die freie Bürgerbewegung, Unsere Leitlinien, https://prodg.be/unser-wahlprogramm (26.5.2022).

68 Vgl. Christian Schmitz, Bekenntnis zur DG und zum Föderalstaat, in: Grenz-Echo, 14.6.2008, S. 6.

69 Vgl. Christian Schmitz, Größeres Potenzial als die PDB, in: Grenz-Echo, 14.6.2008, S. 7.

70 Vgl. Wahlprogramm mit dem Bürger gestalten, in: Grenz-Echo, 14.6.2008, S. 7.

71 Vgl. SAE, Bestand Firmin Pauquet, 5-249, Nr. 215, Protokolle der Sitzungen des Regionalvorstandes der CSP (sowie der RDG-Fraktion), 1971-1984.







GRUNDZÜGE EINER FRÜHEN VERWALTUNGSGESCHICHTE
DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT BELGIENS

VON DER VERWALTUNGSZELLE ZUM MINISTERIUM DER DG

VON PETER M. QUADFLIEG





Auf Verwaltungsebene erlebte Belgien seit 1973 einen grundlegenden Umbau: Behörden des belgischen Staates verloren an Bedeutung, Gemeinden wurden fusioniert und neue Verwaltungen der Teilstaaten mussten aufgebaut werden. Dabei gab es auch in Ostbelgien Lernprozesse, Möglichkeitshorizonte und zahlreiche Hürden und Schwierigkeiten: Ein Blick auf die ersten zwanzig Jahre des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft verdeutlicht dies.

Verwaltung ohne Geschichte?

Die Entwicklungsgeschichte des deutschen Sprachgebiets in Belgien seit Einsetzen des Autonomieprozesses Ende der 1960er Jahre hat bisher eine genauere Betrachtung der Administrative als Teil der Exekutive vernachlässigt. Unter „Administrative" ist dabei die öffentliche Verwaltung Ostbelgiens zu verstehen, also die Institutionen, die politische Entscheidungen – im Falle der Deutschsprachigen Gemeinschaft Beschlüsse des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft (Dekrete) bzw. der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft (Erlasse) – ausführen.[1]

Der vorliegende Beitrag kann die Verwaltungsgeschichte des deutschen Sprachgebiets nicht umfänglich bearbeiten. Stattdessen fokussiert er, nach einigen einleitenden Überlegungen zur Verwaltungsstruktur im deutschen Sprachgebiet seit den ausgehenden 1960er Jahren, auf den eigentlichen Aufbau der Verwaltung der Deutschsprachigen Gemeinschaft seit Ende der 1970er Jahre bis in die Zeit nach der Gründung des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft (MDG) zum 1. Januar 1991. Der chronologische Schnitt Mitte der 1990er Jahre ist zudem aufgrund des Meilensteins, den der Abschluss der vierten Staatsreform mit der Verfassungsrevision von 1993 bildet, nicht gänzlich ahistorisch.

Verwaltungsbehörden in der DG – Verwaltungsbehörden der DG

Im vorliegenden Beitrag sind unter der öffentlichen Verwaltung *in* der Deutschsprachigen Gemeinschaft alle Verwaltungsbehörden zu verstehen, die im Gebiet der DG ansässig sind und deren Verwaltungshandeln sich zumindest vorrangig auf das Gebiet der DG bezieht. Daneben gibt bzw. gab es Behörden, die ihre Tätigkeit vorrangig für die deutschsprachigen Belgier ausübten, etwa die Zentrale Dienststelle für Deutsche Übersetzungen, den Föderalen Pensionsdienst, das Beigeordnete Bezirkskommissariat oder das Hypothekenamt, die sich alle in Malmedy befinden oder befanden.

Die öffentliche Verwaltung der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind hingegen Verwaltungsbehörden, die der Dienst- und Rechtsaufsicht, das heißt der Überprüfung und der Weisungsgebundenheit, durch Organe der Deutschsprachigen Gemeinschaft unterstehen.[2] Umgekehrt unterstanden und unterstehen bei weitem nicht alle öffentlichen Verwaltungen *in* der Deutschsprachigen Gemeinschaft der Rechtsaufsicht der DG.

Historisch bildet die Finanzverwaltung, der auch die bis zum Inkrafttreten des Schengener Durchführungsabkommens 1995 im Grenzgebiet stark vertretene Zollverwaltung nachgeordnet ist, die größte national- bzw. bundesstaatliche Verwaltung *in* der Deutschsprachigen Gemeinschaft. So waren beispielsweise im Jahr 1982 insgesamt 409 Finanzbeamte, inklusive 299 Zollbeamten, im deutschen Sprachgebiet beschäftigt, von denen allerdings nur 182 deutschsprachig und 227 französischsprachig waren.[3]



Die Villa Blaise in der Bahnhofsstraße in Malmedy beherbergte seit 1949 die wichtigste Verwaltung der Ostkantone: Das beigeordnete Bezirkskommissariat Eupen-Malmedy-Sankt Vith. Heute hat die Zentrale Dienststelle für Deutsche Übersetzungen dort ihren Sitz.

Zu nennen sind darüber hinaus die Belgischen Streitkräfte mit ihren Kasernen in Eupen und Elsenborn, inklusive der Gendarmerie, die bis 1992 eine Teilstreitkraft der Armee war, aber dem Brüsseler Innenministerium unterstand. 2001 wurden auch die in der DG stationierten Gendarmerieeinheiten infolge der Dutroux-Affäre aufgelöst und in die Föderale Polizei überführt, die heute zum Teil dem Föderalen Öffentlichen Dienst (FÖD) Inneres und zum Teil dem FÖD Justiz untersteht. Und natürlich die Kommunalverwaltungen der ursprünglich 25, seit 1977 neun Gemeinden des deutschen Sprachgebiets.

Hinzu kommen Spezialverwaltungen des Föderalstaates, etwa die Zulassungsbehörde für Fahrzeuge, die Gebäuderegie, das Staatsarchiv, die Föderalagentur für die Sicherheit der Nahrungsmittelkette, die Zweigstelle des Arbeitslosenamtes Verviers in Eupen oder die Inspektion des Landesamtes für Soziale Sicherheit, sowie auch der Wallonischen Region, zum Beispiel die wallonische Steuerverwaltung, die als öffentliche Verwaltungen *in* der DG Dienststellen in Eupen unterhalten. Bis zu ihrer Privatisierung hatten auch staatliche Infrastrukturunternehmen wie die Post, die SNCB, die Nationale Kleinbahngesellschaft oder die Telegrafen- und Telefonregie-Dienststellen in Ostbelgien.

Es wird zukünftigen Forschungsarbeiten vorbehalten bleiben, sich intensiver etwa mit der Wechselbeziehung zwischen der Forderung nach weitreichender ostbelgischer Autonomie und lokaler Verwaltungspräsenz nationaler belgischer Verwaltungsbehörden auseinanderzusetzen. Ein wiederkehrendes Problem blieb beispielsweise das Sprachdefizit bei nationalen, später föderalen Verwaltungsbehörden, deren nächste Außenstellen zumeist in Lüttich oder Verviers ihren Sitz hatten.[4] Diese Sprachprobleme der öffentlichen Verwaltung *in* der Deutschsprachigen Gemeinschaft flossen selbstverständlich auch in den Diskurs um die Föderalisierung ein, stellten sie doch einen zentralen Argumentationsbaustein für die Übertragung von insbesondere „personenbezogenen Angelegenheiten" an die Deutschsprachige Gemeinschaft dar.



Die Sankt Vither Musikgruppe D'Löressen besang die ostbelgischen Staatsdiener in ihrem Lied „Deutschostbelgien unser Heimatland" mit den Worten „[…] dort wo die Amtsschimmel Ackergäule sind".

Exkurs: Auf dem „Abstellgleis" – das Beigeordnete Bezirkskommissariat

Bevor der Fokus auf die öffentliche Verwaltung *der* Deutschsprachigen Verwaltung gelegt wird, muss zumindest exkursartig noch auf eine im Untersuchungsraum doch recht unspektakulär abgewickelte, zuvor aber überaus einflussreiche Behörde eingegangen werden: das Beigeordnete Bezirkskommissariat Eupen-Malmedy-Sankt Vith mit Sitz in Malmedy.[5]

Hatte der Bezirkskommissar im Jahr 1962 noch über einen Mitarbeiterstab von acht Personen verfügt und galt als Repräsentant des belgischen Staates vor Ort, verlor er durch die föderale Mutation im Staatsaufbau und die Gemeindefusionen von 1977 zunehmend an Zuständigkeiten. So konnten die Nachfolger des bisherigen Bezirkskommissars Henri Hoen bei weitem nicht mehr den Einfluss entfalten, den ihr Vorgänger hatte ausüben können.[6] Als sich 1989 die 29 belgischen Bezirkskommissare in Bütgenbach trafen, lautete die Schlagzeile: „Bezirkskommissare sehen sich zunehmend auf dem Abstellgleis".[7] 1990 wurden in der Wallonie die Dienststellen der Bezirkskommissariate zudem, mit Ausnahme Malmedys und der Bezirke mit niederländischen Sprachminderheiten, am Sitz des Gouverneurs in Lüttich zentralisiert.[8] Im Jahr 2004 plante die Wallonische



Eine wichtige Verwaltungsreform vollzog sich ebenfalls bei den belgischen Sicherheitskräften. Im Rahmen der Dutroux-Affäre wurde die sogenannte „Integrierte Polizei" geschaffen und die Gendarmerie, die auf dem Bild in den 1980er Jahren in Eupen zu sehen ist, wurde abgeschafft. Die Reform sollte die Zusammenarbeit zwischen den Diensten der Polizei verbessern.

Region, die Bezirkskommissariate abzuschaffen. Das Verfassungsgericht stellte jedoch fest, dass die Bezirkskommissare auch föderale Zuständigkeiten ausführten, und erklärte ihre Abschaffung als verfassungswidrig. Nach einer weiteren Reform 2008 amtierte in der Wallonie nur noch jeweils ein Bezirkskommissar pro Provinz. Ausnahmen bestanden auf dem Papier für den Bezirk Mouscron in der Provinz Hennegau und für Malmedy-Eupen-Sankt Vith aufgrund der sprachlichen Sondersituation.[9]

Das Amt des beigeordneten Bezirkskommissars in Malmedy wurde nun in Personalunion vom Lütticher Bezirkskommissar Albert Stassen (CDH) wahrgenommen, der „meistens in seinem Büro in Lüttich und nur selten in Malmedy"[10] arbeitete. Nach Stassens Ausscheiden aus dem Amt 2016[11] setzte die Wallonie auch in der Provinz Lüttich den Grundsatz endgültig um, in jeder Provinz nur einen Bezirkskommissar, der zugleich Stellvertreter des Gouverneurs ist, zu ernennen.[12] Von der Möglichkeit für die Deutschsprachige Gemeinschaft, dem beigeordneten Bezirkskommissar Aufgaben zu übertragen, die der Verwaltungsaufbau durchaus vorsieht, hat die Gemeinschaft nie Gebrauch gemacht.[13]

Die Ursprünge der DG-Administrative: der Verwaltungsdienst des RdK

An die Stelle des einst die Brüsseler Politik in Ostbelgien umsetzenden Bezirkskommissars trat mit der Föderalisierung des Landes zunehmend die öffentliche Verwaltung *der* DG. Der Ursprung der heutigen Verwaltungsbürokratie Ostbelgiens lag in der Legislative, denn mit der Einsetzung des Rats der deutschen Kulturgemeinschaft (RdK) am 23. Oktober 1973 entstand bei diesem auch ein Verwaltungsdienst, aus dem sich die heutige Parlamentsverwaltung des PDG entwickelte. Die Ursprünge waren bescheiden. Der Rat musste mangels eines eigenen Gebäudes in die „noch flugs frisch angestrichene Aula des Eupener Kollegs"[14] ausweichen und auch die für den Sitzungsbetrieb notwendigen Verwaltungsarbeiten liefen improvisiert ab. 1983 erinnerte sich der Verwaltungsdirektor des Rats, Manfred Backes, er habe „die ersten Einladungen zu einer RdK-Zusammenkunft [...] noch zu Hause auf einer kleinen Schreibmaschine"[15] getippt.

Im November 1973 erließ der Rat einen ersten Stellenplan für die Ratsverwaltung. Bis 1983 wuchs das Personal auf 23 Stellen, gegliedert in die Dienste „Übersetzungen", „Personal und Verwaltung" und „Legislativdienst".[16] So hatte sich bereits in den 1970er Jahren mit dem Verwaltungsdienst des RdK eine kleine, genuin ostbelgische Verwaltungsbehörde konstituiert. Allerdings verfügte der Rat Ende der 1970er Jahre zwar über Legislativkompetenzen in kulturellen und personenbezogenen Angelegenheiten und über Mittel aus dem auf nationaler Ebene verwalteten Kulturhaushalt, er war also in der Lage, Kulturförderung mittels Subsidien zu betreiben. Die Administration dieses Verwaltungsprozesses erfolgte jedoch noch über die Brüsseler Ministerien, die die Gelder verwalteten. Der Verwaltungsdienst des RdK war also lediglich für den Sitzungsdienst, Übersetzungsarbeiten und die Betreuung der Dekretgebungsprozesse zuständig.[17] Der echte Aufbau der Administrative der Deutschsprachigen Gemeinschaft begann erst im Zuge der Diskussion um eine eigene Exekutive der DG.

Die Anfänge der Administrative: auf dem Trittbrett der Brüsseler Ministerialteilung

Die Keimzelle der heutigen Ministerialverwaltung Ostbelgiens entstand, als die beiden großen Kulturgemeinschaften des Landes ihre Administration auf nationaler Ebene im Laufe der späten 1960er und 1970er Jahre erheblich ausweiten konnten. Gewissermaßen auf dem Trittbrett der großen belgischen Politik entwickelten sich die ersten ernsthaften Gedanken zur Etablierung einer eigenen Exekutive für die deutsche Kulturgemeinschaft, wie sie seit der ersten Staatsreform von 1968 bis 1971 bestand.

Als Aufbaustrukturen für eine solche Exekutive bot sich das Ministerium für Kultur und Bildung in Brüssel an, in dem bereits 1963/1964 zwei Stellen für den Aufbau einer „eigenen Verwaltung für den deutschsprachigen Sektor" bereitgestellt wurden.[18] Mit dem aus Flandern stammenden Willy Debeys (1922-1997) im Rang eines *conseiller adjoint* und mit dem Kelmiser Firmin Pauquet (1928-2018)[19] im Rang eines *inspecteur* wurde dieses Aufgabengebiet im Ministerium zunächst mit zwei Beamten besetzt.[20] Als die beiden ersten dezidiert für das deutsche Sprachgebiet zuständigen Mitarbeiter eingesetzt wurden, deuteten sich im Kulturministerium die weiteren Folgen der beginnenden Föderalisierung des Landes bereits an.

Die bis 1965 amtierende Regierung Lefèvre und die Nachfolgeregierungen bereiteten die sprachliche Teilung des Kulturministeriums in ein flämisches und ein frankophones Ressort vor, die schließlich 1969 vollzogen wurde. Für das deutsche Sprachgebiet wurde in den Stellenplänen beider Ministerien je ein Dienst für das deutsche Sprachgebiet geschaffen. Die beiden bestehenden Stellen von Pauquet und Debeys wurden getrennt, und es wurde je eine dem wallonischen und eine dem flämischen Kultur- und Kultusministerium zugeteilt.[21]

So war Pauquet als Kulturinspektor, also als Außendienstbeamter, innerhalb des frankophonen Ministeriums für Ostbelgien zuständig.[22] Während die Abwicklung der Zahlungstransfers in Brüssel erfolgte, war der Inspektor vor Ort unterwegs oder arbeitete von seinem Privathaus in Kelmis aus.[23] In seinen Briefköpfen und in der Außendarstellung, also insbesondere im Grenz-Echo, firmierte diese recht unorthodoxe Außenstelle der Brüsseler Administration schon in den frühen 1970er Jahren recht großspurig als „Kulturamt für das deutsche Sprachgebiet". Zugleich machte Pauquet regelmäßig auf den aus seiner Sicht notwendigen Ausbau seiner „Dienststelle" aufmerksam.[24] Dabei wies er nicht nur auf den seit Mitte der 1960er Jahre deutlich angestiegenen Arbeitsumfang,[25] sondern auch auf die politische Dimension dieser verwaltungsmäßigen Erweiterung hin.[26]



Lange Jahrzehnte spielte die ungleiche geographische Verteilung von Dienststellen der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine wichtige Rolle in den politischen Debatten des Gebietes. Durch das Dienstleistungszentrum „Triangel" in Sankt Vith besteht seit 2009 die Möglichkeit, Verwaltungen in Sankt Vith anzusiedeln und auch der BRF könnte dort Sendungen produzieren.



Der erste Generalsekretär der Verwaltung bzw. des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft war zwischen 1984 und 2004 Carl Hellebrandt (zweiter von rechts).

Zunächst scheinen die Kelmiser Eingaben in der Brüsseler Bürokratie jedoch wenig Erfolg gehabt zu haben. Zwar wurden dem „Kulturamt“ schon 1970 zwei Teilzeitmitarbeiter zur Verfügung gestellt. Diese waren aber mit konkreten Projekten, wie dem Aufbau eines Zentralkatalogs für die öffentlichen Bibliotheken bzw. der Organisation von Ausbildungskursen für Jugendleiter, beschäftigt.

Eine neue Dynamik entstand erst, als der Föderalisierungsprozess in Belgien weiter an Fahrt aufnahm.[27] Mit dem 1973 eingesetzten RdK hatte Pauquet nun in Eupen ein parlamentarisches Gegenüber, auf das er seine Lobbyarbeit in puncto Verwaltungsaufbau konzentrieren konnte. Während ab 1973 der RdK gewisse Entscheidungen in Bezug auf die Kultur- und Sprachförderung traf und Pauquet sie ausführte, speiste er seine Vorstellungen für den Ausbau einer Kulturverwaltung nicht nur in die CSP und die christliche Gewerkschaft, sondern auch in die Gremien des RdK ein.

1977 bezifferte Pauquet den Stellenbedarf für das „Kulturamt“ gegenüber dem Vorsitzenden des RdK, Albert Gehlen (CSP), unverändert mit 14 Stellen.[28] Gehlen unterstrich auf dieser Grundlage in einem Schreiben an Premierminister Leo Tindemans (CVP) die Notwendigkeit zum Ausbau des „Kulturamtes“. Insbesondere forderte der CSP-Politiker „die endgültige Regelung des Statuts dieser Dienststelle wowie [sic!] die Verabschiedung eines Stellenplans“.[29] Zudem regte Gehlen die Verlegung von Pauquets Dienstsitz von Brüssel nach Eupen an.

Der nun einsetzende Verwaltungsaufwuchs erfolgte zunächst noch bei den beiden Brüsseler Kulturministerien. Bis 1980 wuchs der Kader des „Kulturamtes“ außerhalb des von Pauquet so vehement geforderten eigenen deutschsprachigen Stellenplans an. So wurden mehrere Hilfskräfte u. a. für die in Eupen mittlerweile eingerichtete Zentralbibliothek und eine Materialausleihe sowie für die Betreuung der Sportvereine und von Jugendgruppen eingestellt, die auf Jahresvertragsbasis durch den Rat der DG bzw. den Rat der deutschsprachigen Jugend finanziert wurden.

Verwaltungsdiskussion im Angesicht der Föderalisierung ab 1979

Als im Frühjahr 1979 die eigenen Exekutiven der Wallonischen Region und Flanderns sowie der Französischen und der Flämischen Gemeinschaft geschaffen wurden, indem nationale Minister und Staatssekretäre jeweils als Exekutive der Regionen und Gemeinschaften fungierende Ministerräte bildeten, übernahmen die beiden nationalen Minister für die Flämische und die Französische Gemeinschaft zugleich gemeinsam die Exekutivfunktion für die deutsche Kulturgemeinschaft. Gleichwohl traf das Konzertierungskomitee zwischen der nationalen Regierung und den Gemeinschaftsexekutiven am 11. Oktober 1979 die Grundsatzentscheidung: „een administravieve cel voor de Duitse Gemeenschap zal worden opgericht.“[30]

Währenddessen beschäftigten sich Parteivertreter in Ostbelgien schon mit der konkreten Besetzung zukünftiger Posten. So beschwerte sich die PDB-Fraktion im RdK im November 1979 bei der Ministerin für die Niederländischen Gemeinschaftsangelegenheiten, Rika De Backer-Van Ocken (CVP), über die „Besetzung der Kultur- und Sportverwaltung im deutschen Sprachgebiet“, bei der sich die Partei übergangen fühlte. Zugleich machte der Fraktionsvorsitzende Lorenz Paasch (PDB) klar, dass die „Stärke der Fraktionen“ entscheidendes Kriterium bei der zukünftigen Besetzung von Stellen sein müsse.[31]

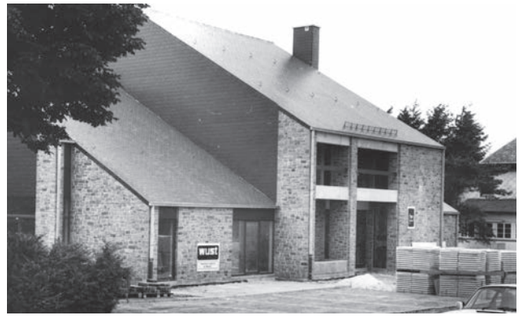
Während noch um die politische Einflussnahme auf die Stellenbesetzungen gestritten wurde, konnte die Protoverwaltung im März 1980 erstmals eigene Büros beziehen. Sie standen mit improvisiert hergerichteten Räumen in der ehemaligen Kfz-Werkstatt Kalscheuer auf der Gospertstraße zur Verfügung. Zugleich wies Pauquet gegenüber dem Grenz-Echo darauf hin,

„daß es für das Kulturamt trotz mehr als 10jährigen Drängens immer noch keinen Stellenplan gebe. Dieser aber könne nicht festgelegt werden, da kein Minister speziell für uns zuständig sei“.[32]

Trotz dieser Defizite hatte der Verwaltungsaufbau zu Beginn des neuen Jahrzehnts mit dem Bezug der Eupener Dienststelle eine Dynamik erreicht, die unumkehrbar geworden zu sein schien. Da vorläufig jedoch noch kein eigenes Ministerium, sondern nur eine „Verwaltungszelle“ errichtet werden sollte, wurde zunächst im Kabinett des Premierministers der Plan verfolgt, 13 respektive zwölf Angestelltenstellen aus den beiden nun bestehenden Gemeinschaftsministerin herauszuziehen und mit diesen die *Cellule administrative* für die deutsche Kulturgemeinschaft aufzubauen.[33]

Im Januar 1981 berichtet das Grenz-Echo dann über die „eigene Verwaltung für die Exekutive“[34] infolge der Sondergesetze zur Deutschsprachigen Gemeinschaft. In einem undatierten, wahrscheinlich aus dem Mai 1981 stammenden Schreiben baten die Minister der Französischen und der Flämischen Gemeinschaft, Michel Hansenne und Gaston Geens, in ihrer Funktion als Exekutive der DG den neuen Premierminister Mark Eyskens (CVP), die notwendigen Schritte zu unternehmen, um eine „véritable structure administrative spécifique“ für die Deutschsprachige Gemeinschaft und damit zur Gründung eines *Ministère de la Communauté Germanophone* zu schaffen.[35] Das Projekt verzögerte sich jedoch auch infolge der vorgezogenen Neuwahlen vom November 1981.

Im Dezember 1981 wurde Eyskens durch Wilfried Martens (CVP) abgelöst. In der neuen Regierung übernahm Martens zunächst selbst die Funktion eines Beauftragten für die Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft und holte dann Mitte Januar 1982 Bruno Fagnoul (PFF) und Joseph Maraite (CSP) als Beauftragte für die Exekutive der DG zu sich. Die beiden Politiker sollten die koordinierenden Aufgaben zum Aufbau der Exekutivgewalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorbereiten.[36] Gleichsam spiegelte Martens damit seine Koalition auf der föderalen Ebene und die Koalition im Eupener RdK aus CSP und PFF. Nach Parteien- und Regionalproporz sollten Anfang 1982 auch die ersten vier Stellen besetzt werden. Jeweils zwei weitere Personen sollten die CSP und die PFF nach Brüssel schicken.[37] Im weiteren Verlauf der Jahre 1982 und 1983



Während die Deutschsprachige Gemeinschaft ihre Verwaltung in Ostbelgien ausbaute, zentralisierte der Föderalstaat seine Dienststellen allmählich. Auch die Existenz der in den 1980er Jahren neuerrichteten Dienststelle des Föderalen öffentlichen Dienstes Finanzen in Sankt Vith stand mehrfach zur Debatte (u.a. 2009). Andere Dienste wurden umstrukturiert oder aufgelöst wie das Hypothekenamt und das Finanzamt in Malmedy oder das Friedensgericht in Sankt Vith.

nahm der Aufbau einer Verwaltung in Eupen endlich konkrete Gestalt an. Zunächst mussten die nun tätigen Beamten, Firmin Pauquet, zuständig für Kultur, Paul Ortmann,[38] zuständig für Sport, Robert Langela[39] und Alfons van Aefferden, jedoch noch in vielerlei Hinsicht improvisieren.

Auch Maraite und Fagnoul begannen nach ihrer Berufung im Januar 1982 sofort damit, Stellenpläne und Organigramme auszuarbeiten, die in den folgenden Monaten immer wieder abgeändert, erweitert und runtergekürzt wurden. Zugleich wurde ein vier Personen umfassender Arbeitsstab mit der Bezeichnung „Provisorische Verwaltungszelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ beim Premierminister eingerichtet.[40] Die nun beim Premierminister angesiedelte Exekutive der DG verwaltete zu diesem Zeitpunkt bereits 700 Millionen Franken und unterhielt Kontakte zu 17 verschiedenen Ministerien, die in irgendeiner Form Einfluss auf das deutsche Sprachgebiet nahmen.[41]

Die Zeichen standen also auf Aufbruch. Zugleich blieb aber die Frage offen, wie die nun autonom werdende Gemeinschaft die Organisation ihrer Selbstverwaltung, insbesondere personell, bewältigen sollte. Bereits im Februar 1982 war Joseph Maraite im Grenz-Echo mit den Worten zitiert worden:

„In die Exekutivverwaltung gehören fähige Leute. Darum bin ich jetzt schon gegen jegliche politische Ernennung, weil es auf jeden der insgesamt 25 vorgesehenen Beamten ankommen wird.“[42]

„Woher nehmen und nicht stehlen?“: die Auswahl der ersten Beamten der DG

Tatsächlich hatten politische Benennungen bei Verwaltungsstellen in der noch jungen Deutschsprachigen Gemeinschaft zu diesem Zeitpunkt bereits Tradition. So hatte sich schon 1973 die SPB mit der CSP darauf geeinigt, nicht nur die politischen Spitzenämter des Ratsvorsitzenden der deutschen Kulturgemeinschaft sowie des Generalsekretärs des RdK, sondern auch die 21 in der Verwaltung des Rats zu vergebenden Planstellen zwischen den beiden Parteien aufzuteilen. Die CSP durfte 16 Stellenbesetzungen vorschlagen, die SPB erhielt fünf Vorschlagsrechte.[43]

Die Tatsache, dass das Parteibuch zumindest einen entscheidenden Einfluss auf die Stellenbesetzung in der Verwaltung des RdK spielte, ließ auch in der Öffentlichkeit die Frage der nun bald zu besetzenden Verwaltungsstellen der Exekutive von besonderem Interesse erscheinen. Im März 1982 wurde unter der vielsagenden Überschrift „Woher nehmen und nicht stehlen?“ im Grenz-Echo über die Versuche von Maraite und Fagnoul berichtet, zwölf Beamte aus den nationalen Ministerien für die Bildung einer vorläufigen Verwaltungszelle für die Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu gewinnen. Diese zwölf sollten dann in einem nächsten Schritt auf 25 Mitarbeiter bei der endgültigen Exekutive aufgestockt werden. Neuanwerbungen waren nicht vorgesehen, vielmehr sollten Beamte aus bestehenden Verwaltungen zur „Zelle“ detachiert werden.[44]



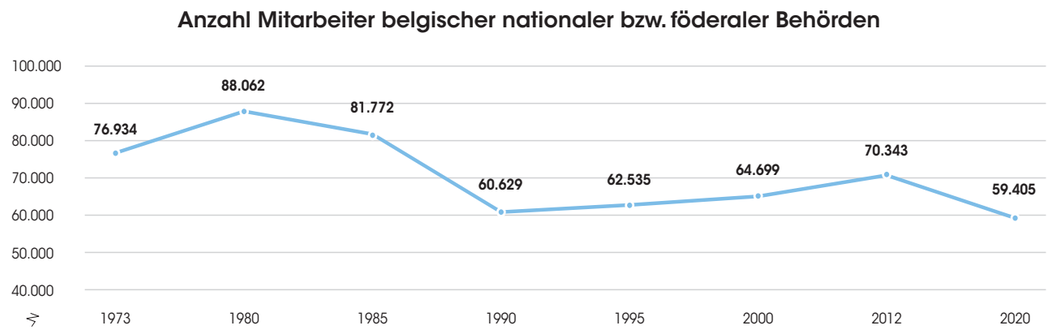
Zwischen 2004 und 2022 war Norbert Heukemes der zweite Generalsekretär des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Er prägte in dieser Funktion vor allem die verwaltungstechnische Umsetzung der Befugniserweiterungen der Gemeinschaft sowie die personelle Erweiterung des Ministeriums.

Am 2. Juli 1982 wurde der von König Baudouin vier Tage zuvor unterschriebene Erlass zur Schaffung einer provisorischen Verwaltungszelle für die Deutschsprachige Gemeinschaft veröffentlicht. Einige Monate später, im Oktober 1982, betonte Premierminister Martens erneut gegenüber dem Grenz-Echo, dass „die im Gange befindliche Reform auch die Einsetzung einer Exekutive für die deutschsprachige Gemeinschaft mit sich bringe“.[45] Entsprechend wurde Anfang November 1983 die „Zelle“ als Aufbauorganisation mittels eines Königlichen Erlasses[46] in einen Verwaltungsdienst der Deutschsprachigen Gemeinschaft überführt, dessen erster Stellenplan durch den RDG verabschiedet wurde. Bis zur Wahl einer eigenen Exekutive der DG blieb der Verwaltungsdienst dienstrechtlich dem belgischen Premierminister unterstellt.[47] Der erste Stellenplan für den *Service administratif de la Communauté germanophone* wurde schließlich am 7. November 1983 verabschiedet. Er sah 36 Mitarbeiter vor.[48]

Vom „Garagen-Unternehmen“ zum Ministerium

Nachdem die Presse über die Etablierung des Verwaltungsdienstes in der ehemaligen Garage Kalscheuer berichtet hatte,[49] trafen in der Gospertstraße 3-5 zahlreiche Initiativbewerbungen für unterschiedlichste Stellen bei der neuen deutschsprachigen Verwaltung ein. Die Vorstellungen der Bewerber waren teilweise etwas naiv.[50] Der in Eupen zuständige Pauquet antwortete auf solche Anfragen, dass „momentan“ keine Angestellten eingestellt werden.[51] Stattdessen plante man, die erste Kernbelegschaft aus anderen Verwaltungsdiensten des Landes zu rekrutieren, was sich aber aufgrund der Sprachproblematik als schwierig erwies.

Nachdem das sogenannte DG-Gesetz[52] in Kraft getreten und am 31. Januar 1984 die erste, aus drei Ministern bestehende Exekutive der DG eingesetzt worden war, ging die Kontrolle über den Verwaltungsaufbau endgültig von Brüssel nach Eupen über. Im April 1984 teilte der erste Vorsitzende der Exekutive der DG, Bruno Fagnoul (PFF), mit, dass die Verwaltung infolge der zu erwartenden Kompetenzerweiterungen etwa 30 Personen umfassen solle und dass man beabsichtige, alle Stellen bis Ende 1984 zu besetzen.[53] Diese erste „Einstellungswelle“ rechtfertigte der frisch gebackene Regierungschef als im Vergleich zur Französischen Gemeinschaft mit ihren „mehr als tausend Verwaltungsangehörigen“ bescheiden und „kostensparend konzipiert“.[54]



Die Zahlen beinhalten ausschließlich das Personal der belgischen Ministerien und keine Richter, Regionaleinnehmer, Soldaten, Gendarmerie, Lehrer, Gemeindepersonal, Personal von Einrichtungen öffentlichen Interesses, Personal der legislativen Organe,

Die Zahl der direkt bei nationalen bzw. föderalen Ministerien beschäftigten Mitarbeiter zwischen 1973 und 2020 zeigt, dass sich das Land im Verwaltungsumbruch befand. In den 1980er Jahren sorgte die Politik im Kontext der Wirtschaftskrise über sogenannte „zeitweilige Sonderkader“ dafür, dass Arbeitslose zeitweise bei staatlichen Stellen angestellt wurden. In der Mitte der 1980er Jahre fanden ehemals nationale Beamte auch eine Anstellung bei den Gemeinschafen und Regionen. Dennoch wurden die nationalen Ministerien nicht im selben Maße rückgebaut, wie die neuen Ministerien der Gemeinschaften und Regionen ausgebaut wurden.

Nicht nur quantitativ, auch qualitativ umriss Fagnoul die Strategie beim Verwaltungsaufbau. Gesucht würden in den höheren Positionen Personen mit „vielseitigen Kenntnissen“. Die vier Spitzenämter seien bereits „ohne die Vorauspflicht von Examina“ besetzt, so der Vorsitzende der Exekutive weiter. Carl Hellebrandt nahm als „übergeordneter Beamter“ seinen Dienst auf. Ihm zur Seite standen mit Dietmar Schumacher, Manfred Bohm und Herbert Lennertz drei Abteilungsleiter. Die fünf neuen Spitzenmänner der Verwaltung waren nach einem Parteischlüssel ausgewählt worden. Während die CSP Hellebrandt bestimmt hatte, wechselte Lennertz (Abteilung Kultur) von einem RdK-Mandat der PFF in die „Garage Kalscheuer“. Bohm (Abteilung Ausbildung) war Lehrergewerkschaftsfunktionär und SP-Mitglied. Alle drei waren – wie auch die drei Minister der neugebildeten Exekutive – ausgebildete Lehrer. Schumacher (Abteilung Soziales, Tourismus, Sport) war von der einzigen Oppositionspartei, der PDB, benannt worden und bei seinem Amtsantritt noch keine 30 Jahre alt. Er sollte aufgrund seines beruflichen Hintergrunds auch die EDV-Einführung bei der neuen Verwaltung managen.[55] In der zweiten Reihe fanden sich hingegen Pauquet und Ortmann wieder, die als „Inspektoren“ auch weiterhin die Außendienstarbeit zu erledigen hatten und für die „Begutachtung der Dossiers“ und die „Kontrolle der Ausführung“ zuständig blieben.[56]

Die Anfänge des neuen Verwaltungsdienstes der Exekutive der DG waren wie diejenigen des Rats rund zehn Jahre zuvor vielfach improvisiert, wie sich Carl Hellebrandt 2008 erinnerte:

„Der erste Tag der Verwaltung war der 9. April 1984, also etwas später als die Einsetzung der Regierung. Wir befanden uns in einem alten, schäbigen Raum der früheren Garage Kalscheuer, schräg gegenüber dem Gebäude der Exekutive. Es standen zunächst nur wenige Beamte zur Verfügung. Obendrein hatten von denen, die anwesend waren, nur einige zuvor in einer Verwaltung gearbeitet.“[57]

Der personelle Aufbau verlief in den ersten zwei Jahren holpriger als erhofft. Nur 14 der vorgesehenen 31 Stellen,



Auf Ebene der Gemeinden existierten in den Verwaltungen durch die Gemeindefusionen im Jahr 1977 ebenfalls tiefgreifende Veränderungen. Die zu diesem Zeitpunkt rund 83 000 Beamten der belgischen Gemeinden fanden sich vielfach in neuen Gemeinden und Städten wieder. Die ehemalige Gemeinde Kettenis wurde beispielsweise mit der Stadt Eupen fusioniert.

inklusive der sechs Spitzenbeamten, konnten bis Mai 1985 besetzt werden. Die Garage Kalscheuer reichte gleichzeitig als Bürofläche schon nicht mehr aus, sodass eine zweite Liegenschaft gesucht werden musste.[58]

In dieser Phase des Aufbaus gab Generalsekretär Hellebrandt einen Kurs vor, der von Rationalität und maßgeschneiderten Lösungen bestimmt sein sollte. So wurde im Frühjahr 1985 die Einführung von Computern im Folgejahr verkündet. Zudem wolle man sich lediglich in Bezug auf die „Staffelung der Funktionen" an den beiden anderen Gemeinschaften orientieren. Gemeint war damit das Gefüge der Dienstgrade und die Bezeichnung für die Organisationsstrukturen. Darüber hinaus wollte man eigene Wege gehen.[59] Auffällig war die besondere Aufgaben- und Machtfülle, die Hellebrandt als Leiter der Verwaltung auf sich vereinigen konnte. Er verantwortete u. a. die Bereiche Personal, Organisation, Recht, Finanzen und Infrastruktur und somit sämtliche Querschnittsaufgaben.[60]

In der Eröffnungssitzung der Legislaturperiode 1985/1986 betonte RDG-Präsident Kurt Ortmann (CSP), dass „die Verwaltungsdienste [...] sich mit meist neuen Aufgaben vertraut gemacht [hätten]", und wies auf den zukünftigen weiteren Ausbau im Rahmen neuer Zuständigkeiten, etwa des Unterrichtswesens und „bestimmter Regionalmaterien", hin, für deren Übernahme die DG „bereit und gewappnet" sei.[61]

Ein zentrales Instrument, mit dem die junge Administration der DG ihre Handlungsfähigkeit ausbauen wollte, war die enge Kooperation mit den großen Gemeinschaften des Landes. Zwischen der Französischen bzw. der Flämischen und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bestanden schon bei der Konstituierung zahlreiche Verwaltungsverzahnungen, die 1985 in einem Grundlagenabkommen geregelt wurden. Hierzu zählte beispielsweise die Vereinigung ohne Erwerbszweck (VoE) Sport-, Kultur-, Freizeit- und Touristikzentrum Worriken, die gemeinsam subventioniert wurde. Die Exekutiven beider Gemeinschaften arbeiteten aber auch im Bereich der landwirtschaftlichen und mittelständischen Berufsausbildung und der Gesundheitsversorgung verwaltungsmäßig zusammen.[62] Auch die Kooperation mit der Flämischen Gemeinschaft umfasste zentrale Felder der Verwaltungssteuerung. So wurde bereits 1985 ein Abkommen mit dem *Centrum voor overheidsinformatiek* (COI) der Flämischen Gemeinschaft geschlossen, um den „verstärkten Informatikeinsatz" bei der Exekutive der DG voranzutreiben.[63]

Mitarbeiterprotest und Subsidienskandal

Während also die Politik einen weiteren Ausbau der Zuständigkeiten der DG anstrebte – 1989 sollte die Übertragung der Verantwortung für das Unterrichtswesen die Zuständigkeiten der DG erheblich ausweiten –, trat innerhalb der Verwaltungen von Legislative und Exekutive eine Konsolidierungsphase ein, die nicht ohne Konflikte blieb. Die Euphorie der Aufbaujahre verflog, als sich Ende der 1980er Jahre interne Querelen und Skandale häuften.

Im Herbst 1987 beschwerte sich das 22 Stellen umfassende Personal des Verwaltungsdienstes des RDG über schlechte Arbeitsbedingungen. Die Vorwürfe der Belegschaft, zusammengefasst auf mehreren DIN-A4-Seiten, reichten von Beschwerden über die Verwaltungsspitze über fehlende Weiterbildungsmöglichkeiten und Ungerechtigkeiten bei der Urlaubsplanung bis hin zu mangelhafter Hygiene in den Räumlichkeiten am Kaperberg.[64]

Zugleich kam es Ende der 1980er Jahre auch zum ersten handfesten Verwaltungsskandal einer DG-Behörde, als die sogenannte Subsidienaffäre ans Licht kam. Im Oktober 1986 meldete sich ein Anrufer bei der Verwaltung der DG in der Gospertstraße und teilte mit, dass „bei der Gewährung von Zuschüssen an den Ringerverein Kelmis [...] nicht alles mit rechten Dingen zu[gehe]".[65]

Es folgten Untersuchungen der Gendarmerie-Brigade Eupen, des Rechnungshofes in Brüssel und der Staatsanwaltschaft Verviers gegen den Ringerclub. Dieser beabsichtigte, 1989 die Ringereuropameisterschaften in Kelmis auszutragen und hierzu ein ehemaliges Kino zur Ringerhalle umzubauen. Im Rahmen dieses Projekts entstand der DG nach den Feststellungen verschiedener Gerichtsverfahren ein Schaden von 800.000 Franken durch Subsidienbetrug. Der Verein hatte u. a. fingierte und überzogene Rechnungen eingereicht, eigentlich notwendige Eigenanteile nicht erbracht oder Eigenleistungen übertrieben. Mehr noch als der finanzielle Schaden wog der Eindruck, dass ein politischer Wille zur Ausrichtung der EM in Ostbelgien zum 100-jährigen Bestehen des Vereins bestand und daher beim Finanzgebaren des Clubs in der Verwaltung nicht so genau hingeschaut wurde. Der aus Kelmis stammende DG-Sportminister Mathieu Grosch (CSP) trat als vehementer Befürworter der EM in seinem Heimatort auf.[66] Als das Gericht im März 1987 in seinem Urteil gegen Funktionäre des Ringervereins feststellte, dass der „Betrug, im Gegensatz zur öffentlich vorgetragenen Haltung der Zivilpartei [gemeint war die DG], ohne die stillschweigende Duldung, wenn nicht gar ohne das Einvernehmen verschiedener Mitglieder der zuständigen Verwaltung nicht zu erklären ist"[67], war der Skandal perfekt. Während die DG sich als Zivilpartei dem Verfahren gegen die Kelmiser Ringerfunktionäre angeschlossen hatte und somit als Geschädigte im Verfahren auftrat, war klargeworden, dass Verwaltung und Exekutive in den Betrug verwickelt waren, wie später auch ein Untersuchungsausschuss des RDG konstatierte.[68]

Wenig später zeigte sich, dass der Skandal um die Ringer-EM in Kelmis nur die Spitze eines Eisbergs fehlerhafter und betrügerischer Subsidienabrechnungen von Sport- und Kulturvereinen war. Im März 1988 meldete sich ein Whistleblower schriftlich bei der soeben geschaffenen Eupener Staatsanwaltschaft und wies auf ähnlich gelagerte Betrügereien und Unregelmäßigkeiten bei anderen Vereinen hin. In den folgenden Monaten und Jahren gerieten u. a. der Werbeverein Wirtzfeld, der Sportverein Honsfeld, der Gesangsverein Raeren und die Tennisclubs in Eupen und Raeren in den Blick des Subsidienskandals. Es folgten eine ganze Reihe von Gerichtsprozessen und schließlich ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss des RDG.[69]

Am Ende der Skandallawine, die sich bis Mitte der 1990er Jahre zog, stand die Feststellung, dass

„[e]s [...] erwiesen [sei], daß gewisse Vorschriften [...] nicht immer sorgfältig eingehalten wurden. Vielfach wurden sie nur oberflächlich oder ungenau oder (sehr) großzügig angewendet, sowohl von der Verwaltung als auch auf Exekutivebene."[70]

Die Exekutive und die Verwaltung der DG erschienen somit in dem Skandal weniger als geschädigte, sondern – wenn nicht als Mittäterin – zumindest als stillschweigende und tolerierende Mitwirkende an den gesetzwidrigen Unregelmäßigkeiten.

Aus historischer Perspektive zeigt der Subsidienskandal die komplexen Verhältnisse und teils konträren Tendenzen auf, die die junge Gemeinschaft und deren Verwaltung im ersten Jahrzehnt ihres Bestehens kennzeichneten. War der Skandal einerseits durch Hinweise auch aus der Verwaltung öffentlich geworden und hatte die Presse teils beherzte Reaktionen gezeigt,[71] so hatte er doch keine unmittelbaren personellen Folgen und ließ die Frage im Raum stehen, ob die Staatsanwaltschaft verantwortliche Politiker schonte.[72] Die Tatsache, dass an der Spitze der zuständigen Strafverfolgungsbehörde mit dem vormaligen CSP-Politiker Joseph Schmitz ausgerechnet der Mann stand, der Ende der 1990er Jahre in der sogenannten Schmitz-Affäre als korrupt entlarvt wurde und damit einen nationalen Skandal auslöste, wiegt schwer und sollte in der noch nicht erfolgten historischen Aufarbeitung des Subsidienskandals berücksichtigt werden.

Auch verwundert heute, mit welcher vermeintlichen Leichtigkeit damals Verantwortliche sich selbst politisch in der Rückschau entlasteten.[73] Und auch der Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses des RDG hatte einen stark exkulpierenden Charakter.[74] Persönliche Konsequenzen zog hingegen nur einer. Am 27. November 1987 vermeldete das Grenz-Echo den ersten Rücktritt eines ostbelgischen Spitzenbeamten: „Dietmar Schumacher wirft das

Handtuch“.[75] Mit seinem Rücktritt war der gebürtige Büllinger der erste Spitzenbeamte, der eine Stellung im Ministerium räumte. Der PDB-Kandidat Schumacher, der kein Mitglied der Partei war, wechselte zu einer luxemburgischen Softwarefirma, nachdem seine Forderung, die Einführung eines EDV-Systems bei der Verwaltung bis 1987, keine Früchte getragen hatten. Tatsächlich blieb das Thema EDV-Ausstattung ein Dauerbrenner in den kommenden Jahren.[76]

Auch bemängelte Schumacher das hohe Maß an Parteipolitik, welches auch die Verwaltung und die Trägheit der Prozesse in Eupen bestimme. Gegenüber dem Grenz-Echo verriet der ausscheidende Abteilungsleiter, dass Bürger sich beim Verwaltungsdienst beschweren würden, weil die Bearbeitung ihrer Verwaltungsvorgänge in Eupen nun länger dauere als zuvor in Brüssel. Neben der mangelnden Ausstattung beklagte er zudem ein fehlendes Management der Eupener Behörde.[77]

Aussagen, die Schumacher 1993 in einem Prozess gegen Unternehmer, die von Subsidienbetrügereien in der Eifel profitiert hatten, machte, lassen den Rücktritt – entgegen der Pressemeldungen von 1987 – aber auch im Kontext des Subsidienskandals erscheinen.

„Der aus Luxemburg angereiste Zeuge erinnerte sich, […] [d]aß mit manchen Tricks gearbeitet worden sei, um für alles mögliche Subsidien zu erhalten, sei ein offenes Geheimnis gewesen. […] In der Eifel habe man das Gefühl gehabt, daß das so laufe und man in der Verwaltung beide Augen zudrücke.“[78]

Auch vor dem Hintergrund des Subsidienskandals wurde die Debatte um die fortschreitende Autonomie und den sie begleitenden Aufwuchs der Administrative Ende der 1980er Jahre kritischer, insbesondere auch in Bezug auf die mit ihr verbundenen Kosten.[79] Nichtsdestotrotz zogen die Ostbelgier zu Beginn der 1990er Jahre in einer repräsentativen Umfrage eine verhalten positive Bilanz der eigenen Exekutive. So sagte eine relative Mehrheit von 39 Prozent der Befragten, die Autonomie habe ihnen persönlich „sehr viel“ oder „etwas“ gebracht, während immerhin 20 Prozent der Befragten aussagten, sie habe ihnen persönlich „nichts gebracht“.[80]

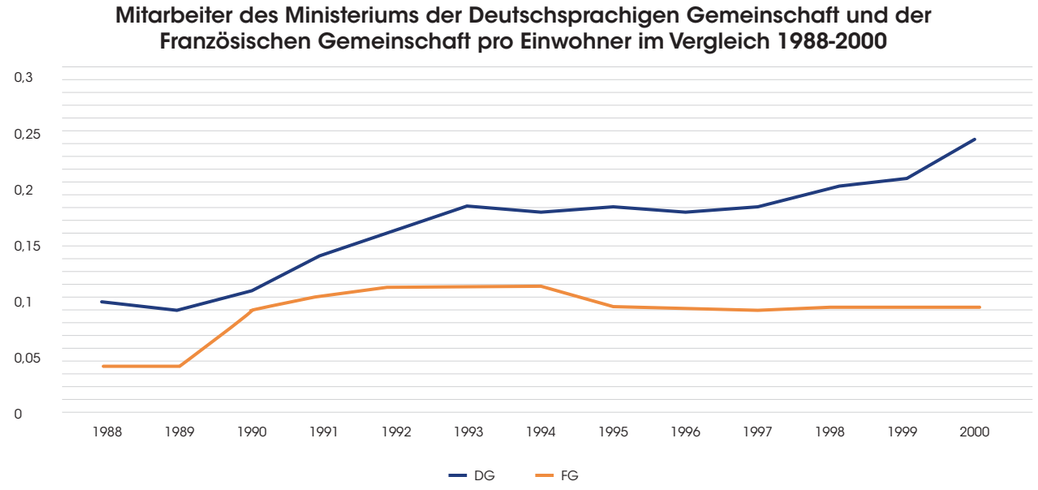
Die Gründung des Ministeriums

Obwohl also durchaus Skepsis bezüglich des voranschreitenden Autonomieprozesses bestand, wuchs die Verwaltung, insbesondere vor dem Hintergrund der großen Kompetenzübertragung des Unterrichtswesens,[81] personell weiter an. Seit Anfang 1989 umfasste der Stellenplan des Verwaltungsdienstes der DG bereits 89 Stellen, inklusive sieben Personalmitgliedern, die im Zuge einer Kompetenzübertragung von 1987 vom Nationalen Kinderhilfswerk zur Verwaltung der DG versetzt wurden.[82] Bis Anfang der 1990er Jahre stieg die Anzahl der in der Verwaltung der DG-Exekutive beschäftigten Personen schließlich auf knapp 130 an.[83] Aus dem „Garagen-Start-up“ war 1992 der größte Arbeitgeber in der Deutschsprachigen Gemeinschaft geworden. 1.000 Beschäftigten im Unterrichtswesen standen nun 160 Mitarbeiter in den Verwaltungen des Rats und der Exekutive und „einigen ausgelagerten Diensten“ gegenüber, davon 115 beim Verwaltungsdienst der DG.[84]

Seit dem 1. Januar 1991 erhielt die Verwaltung der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Bezeichnung „Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft“. Die Exekutive wurde seit der vierten Staatsreform 1993 als „Regierung“ bezeichnet.

Die Aufwertung und Gleichstellung des Verwaltungsdienstes der DG zum eigenen Gemeinschaftsministerium läutete auch einen ersten Verjüngungsprozess ein. 1993 wurde mit Firmin Pauquet, der 1990 zum Verwaltungsdirektor befördert worden war, im neunten Jahr des Bestehens der Exekutive der erste Beamte in den Ruhestand verabschiedet.[85]

Anfang der 1990er Jahre wurden infolge der Kompetenzübertragungen aber nicht nur der Verwaltungsdienst in Ministerium der DG umbenannt, sondern es wurden auch weitere Behörden durch die DG geschaffen. So nahm am 17. Mai 1991 der „Dienst der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge“, der sich zur heutigen „Dienststelle für selbstbestimmtes Leben“ entwickeln sollte, seine Arbeit in Sankt Vith auf. In den folgenden Jahren wurden weitere solche budgetär und personell eigenständigen Dienststellen aus der Ministerialbürokratie herausgelöst. Im Jahr 2000 folgte beispielsweise das Arbeitsamt der DG. Auch dies sind Prozesse, die eine genauere Untersuchung,



Ein Vergleich zwischen der Zahl der Mitarbeiter der beiden Ministerien - die in den 1980er und 1990er Jahren noch ähnliche Kompetenzen hatten - pro Einwohner verdeutlicht, dass es in der Deutschsprachigen Gemeinschaft an Skaleneffekten mangelte. Dies bedeutet, dass aufgrund der Größe der Verwaltung die aufgewendeten (Personal-)Kosten pro Aufgabenfeld sinken und die Verwaltung effizienter wird.

nicht zuletzt in Hinblick auf ihre administrative Effizienz und Nebenaspekte wie etwa die Dezentralisierung in Richtung Eifel, verdient hätten.[86]

Mit den stetig wachsenden Stellenplänen wurde die Rekrutierung geeigneten Personals zu einem zentralen Problem für die Verwaltung. Insbesondere Fachkräfte mit technischen Qualifikationen und den notwendigen Sprachkenntnissen waren und blieben schwierig zu finden. So beklagte Generalsekretär Hellebrandt 1994 gegenüber dem Grenz-Echo, dass sich auf die Ausschreibung einer Architektenstelle nur ein Kandidat gemeldet habe.[87] Die Verwaltung bemühte sich daher verstärkt, ihrem Personal Fortbildungsmöglichkeiten in der Verwaltungslehre nicht nur in Belgien auf der Verwaltungsschule der Provinz, sondern auch in Deutschland bei der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung in Bonn zu ermöglichen.[88]

Der weitere personelle Aufwuchs infolge der Kompetenzübertragungen sorgte auch für organisatorische Veränderungen. So wies nach der Übernahme des Unterrichtswesens der Stellenplan 1990 kurzfristig sieben Abteilungsleiterstellen, darunter mit Gabriele Ortmann die erste Frau in dieser Position, aus.[89] Nach Pauquets Ausscheiden und durch die Fusion zweier Abteilungen wurden deren Anzahl bis 1994 wieder auf vier reduziert. Zugleich warf ein Meilenstein in der Entwicklung des Ministeriums, der auch zum Zeichen einer zunehmenden Professionalisierung infolge des sogenannten Subsidienskandals werden sollte, seine Schatten voraus. 1994 wurden die Planungen für den Neubau eines zentralen Verwaltungsgebäudes in Eupen in Angriff genommen.[90]

Im Dezember 2000 legte die damalige DG-Regierung feierlich den Grundstein für das zwölf Millionen Euro teure Großprojekt zur Errichtung eines neuen Verwaltungsgebäudes der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Ziel war es, den damals 170 Mitarbeitern der DG-Verwaltung an einem Ort moderne Büros zur Verfügung zu stellen.[91] Knapp drei Jahre später, ab März 2003, zogen die DG-Beamten ins neue Ministerium. Aus nicht weniger als zwölf bisherigen Dienstsitzen, die über Eupen verteilt waren, wurden Mitarbeiter in dem Neubau zusammengezogen.[92] Parallel vollzog sich der weitere Generationswechsel beim Personal – so ging beispielsweise der Gründungsgeneralsekretär des Ministeriums, der Bütgenbacher Carl Hellebrandt, im Jahr des Neubaubezugs in den Ruhestand und machte Platz für

Norbert Heukemes, den ehemaligen Kabinettschef von Karl-Heinz Lambertz.[93]

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts und fast 20 Jahre nach ihrer offiziellen Gründung zeigte sich die Exekutive und insbesondere die Administrative der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens konsolidiert. In Bezug auf die Anzahl der Mitarbeiter hatte das Ministerium einen langen und steilen Wachstumsprozess, von einer Handvoll Mitarbeitern 1984 zu einem der größten Arbeitsgeber des Gebiets im Jahr 2000, hinter sich. Durch den architektonisch fragwürdigen, aber zweifellos notwendigen Neubau des Ministeriums in der Gospertstraße waren zeitgemäße Arbeitsbedingungen für das Personal geschaffen worden.

1999 hatte die DG – zum zweiten Mal nach 1986 – einen Wechsel an der Spitze ihrer Exekutive erlebt, als der langjährige Minister Karl-Heinz Lambertz (SP) den seit dreizehn Jahren die Regierung führenden Joseph Maraite (CSP) ablöste und erstmalig eine Regierung ohne CSP-Beteiligung bildete. Zugleich trieb die fünfte Staatsreform mit der Übertragung der Zuständigkeiten für die Landwirtschaft, die Entwicklungshilfe und den Außenhandel sowie die Organisation der Gemeinden und Provinzen von 2001 die Dezentralisierung von Kompetenzen vom Föderal- an die Gliedstaaten weiter voran. Es sollte bis 2014 dauern, bis es erneut zu einer vergleichbaren Kompetenzübertragung kam. Eine interne Strukturreform des Ministeriums durch die neue Regierung Lambertz 2001 rundete den Eindruck der Epochengrenze zu Beginn des neuen Jahrtausends ab.

Fazit: Aufgeblähter Beamtenapparat oder maßgeschneiderte Verwaltung?

Die vorstehenden Ausführungen haben darzustellen versucht, wie sich die Verwaltung der Deutschsprachigen Gemeinschaft seit dem Einsetzen des Autonomieprozesses bis ca. zum Jahr 2000 entwickelte. Dabei wurde deutlich, dass die Entwicklung des belgischen Staates in den Jahrzehnten der Föderalisierung insgesamt dazu führte, dass die Anzahl der im öffentlichen Dienst beschäftigten Personen in Ostbelgien vergleichsweise stark anwuchs. Wie gezeigt wurde, bestand vor diesem Hintergrund schon seit den Anfängen der Verwaltung der DG ein Diskurs über die Angemessenheit und Größe einer eigenen Administration, der sich auch in anderen Bereichen des politischen Lebens in Ostbelgien niederschlug.

So fragte etwa das Grenz-Echo 1994 – aus Anlass des 10-jährigen Bestehens des Verwaltungsdienstes der DG – Generalsekretär Hellebrandt, ob die Gefahr bestehe, daß „die Geldmittel des RDG eines Tages nur noch dazu dienen, Beamte und Bürokraten zu entlohnen“.[94] Der sogenannte Subsidienskandal, der den Diskurs um die DG-Verwaltung Ende der 1990er Jahre maßgeblich bestimmte, hatte zudem die Frage virulent gemacht, ob die enge Verzahnung und die engen persönlichen, ja vielfach familiären Verbindungen, die sich bei einer Gesamtbevölkerungsgröße einer mittelgroßen Stadt natürlich ergeben, nicht zwangsläufig zu Klientelismus oder gar Vetternwirtschaft führt.

Schließlich stand und steht in einem gewissen Sinne bis heute die Frage in Raum, inwieweit die Administrative des Gliedstaates en miniature dieselben professionellen Strukturen, Hierarchien und Nomenklaturen ausbilden muss wie die großen Brüder in der Wallonie, Flandern und Brüssel. Zumal diese nicht weniger in der Kritik stehen, bürokratisch und ineffektiv zu sein. Eine damit im Zusammenhang stehende, immer wieder vorgetragene Kritik lautete, dass die „‚bestgeschützte Minderheit‘ […] auch die besthonorierten Verwaltungschefs“ habe.[95]

Ganz zweifellos hat Belgiens „zentrifugaler Föderalismus“ (Karl-Heinz Lambertz) ein organisches Verwaltungswachstum ausgelöst und auch in der Administration komplexe Strukturen geschaffen. In Ostbelgien agieren neben Außenstellen der föderalen Verwaltung, wie der Finanzverwaltung und der Justiz, wallonische Verwaltungsbehörden, teilweise über die nachgeordneten Mittelbehörden der Provinz und schließlich die Verwaltung der DG, also das Ministerium und die Dienste mit getrennter Geschäftsführung, die Verwaltungen des Parlaments und der Kommunen sowie die interkommunalen Zweckverbände und Verwaltungsbehörden, wie die kommunale Polizei. Sprachlich wird der Eindruck des Ämterchaos noch verstärkt, da die „Dienste“ der DG keine einheitlichen Bezeichnungen führen: „Ministerium“, „Arbeitsamt“, „Dienststelle“, „Zentrum“. Wer kennt hier noch die Zuständigkeiten und Hierarchien?

Es wäre jedoch historisch betrachtet unfair, der Exekutive der DG die alleinige Verantwortung für diese Entwicklungen zuzuschieben. Sicherlich war der Aufbau der Verwaltung vielfach improvisiert, nicht zuletzt, weil er im ersten Jahrzehnt nicht von ausgebildeten Verwaltungsexperten oder Juristen, sondern primär von Lehrern gestaltet wurde. Die innere Geschlossenheit oder klare Struktur anderer vergleichbar kleiner Verwaltungen mit ähnlich großen Gestaltungsmöglichkeiten – etwa der Liechtensteinischen Landesverwaltung – fehlen. Die Ursachen hierfür liegen einerseits in der noch immer recht jungen Tradition der Verwaltung, fehlenden Gestaltungsmöglichkeiten und auch in der Tatsache, dass über- oder nebengeordnete staatliche Institutionen – dies machte der Exkurs zum Beigeordneten Bezirkskommissariat deutlich – nicht im selben Maße ab- wie DG-Institutionen aufgebaut wurden.

Herausfordernd war im Entwicklungsprozess der Administrative bis in die Gegenwart zudem der beschränkte Personalpool, der für die Rekrutierung des Verwaltungspersonals zur Verfügung stand bzw. steht. Um noch einmal das Beispiel Liechtensteins zu bemühen: 2020 waren für die Landesverwaltung und die Sozialversicherungen ohne das Lehrpersonal insgesamt 1.959 Personen beschäftigt. Davon waren 577 Personen oder 29,5 Prozent Ausländer.[96] Die DG-Administration hat hingegen mit dem Problem zu kämpfen, dass sie aufgrund der hohen Lohnnebenkosten und Steuern pekuniär nur mäßig attraktiv für ausländische Gastarbeiter ist, die zudem die notwendigen sprachlichen Qualifikationen mitbringen müssen.

Ein weiterer wichtiger, hier nicht weiter ausgeführter Nebenaspekt ist die relative Konzentration der Behörden auf den Standort Eupen. Gerade aus der Eifel sind immer wieder Forderungen erhoben worden, innerhalb des kleinen deutschsprachigen Gebiets zu dezentralisieren, was primär die Forderung nach Ansiedlung neuer Behörden in Sankt Vith und sekundär die Verlagerung bestehender Behörden von Eupen nach Sankt Vith umfasste. Nachzeichnen lassen sich solche Forderungen etwa in der politischen Diskussion um den Standort des Staatsarchivs Ende der 1980er Jahre.[97] Obwohl letztlich aus guten Gründen Eupen Sitz des Staatsarchivs wurde, verliefen andere „Ansiedlungsprojekte“ aus Sicht der Partikularforderungen aus der Eifel erfolgreicher. Die Ansiedlung eines BRF-Studios 1983 und die Einrichtung eines zentralen Dienstleistungszentrums der DG in Sankt Vith 2009 oder schon 1973 die Ansiedlung der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmedy, für deren Ansiedlung in Sankt Vith sich alle Parteien und Gemeinderäte im deutschen Sprachgebiet ausgesprochen hatten,[98] sind interessante Fallbeispiele, um den Dezentralisierungsdiskurs zukünftig genauer zu untersuchen.[99]

Endnoten

1 Für die juristische, politikwissenschaftliche und historische theoretische Betrachtung der Administrative vgl. einführend Christoph Möllers, Gewaltengliederung. Legitimation und Dogmatik im nationalen und internationalen Rechtsvergleich, Tübingen 2005; Jörg Bogumil, Werner Jann, Verwaltung und Verwaltungswissenschaft in Deutschland. Einführung in die Verwaltungswissenschaft, Wiesbaden 2005; Wolfgang Seibel, Verwaltung verstehen. Eine theoriegeschichtliche Einführung, Berlin 2016.

2 Eine Ausnahme bildet die Gemeinsame Delegation der DG, der Französischen Gemeinschaft und der Wallonischen Region in Berlin. Vgl. hierzu den Beitrag von Christoph Brüll und Anna Quadflieg im vorliegenden Band.

3 Vgl. Abgeordnetenkammer, Fragen und Antworten, 4.5.1982, Dok. 1160, S. 344 f.

4 Vgl. etwa Kader wird mit Sprachaxt durchforstet, in: Grenz-Echo, 9.6.1987, S. 9; Sprachgesetze gelten auch für die Postdirektion, in: Grenz-Echo, 20.11.1987, S. 7.

5 Zur Bedeutung seit Kriegsende bis Mitte der 1970er Jahre vgl. Christoph Brüll, Culture, vous avez dit Kultur? Kulturarbeit zwischen Fremdbestimmung und Selbstfindung, in: Carlo Lejeune/Christoph Brüll (Hrsg.), Grenzerfahrungen. Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Bd. 5: Säuberung, Wiederaufbau, Autonomiediskussionen (1945-1973), Eupen 2014, S. 200-217.

6 Zuweilen kam es auch zu Kompetenzrangeleien zwischen der DG und dem Bezirkskommissariat, etwa in der Frage des Katastrophenschutzes 1989. Vgl. Orkan über Ostbelgien – Zugkatastrophe in Montzen, in: Grenz-Echo, 1.8.1989, S. 5.

7 Vgl. Bezirkskommissare sehen sich zunehmend auf dem Abstellgleis, in: Grenz-Echo, 24.10.1989, S. 3, der zum Landeskongress der 29 Bezirkskommissare in Bütgenbach erschien.

8 Vgl. „Arbeitsbereich breiter als gemeinhin angenommen“, in: Grenz-Echo, 15.9.1989, S. 5. Lejoly hatte zu diesem Zeitpunkt in Malmedy drei Mitarbeiter ohne die 22 Personen, die bei der zentralen Übersetzungsdienststelle angestellt waren.

9 Vgl. Bald zweiter Kommissar für die Ostkantone, in: Grenz-Echo, 6.11.2009, S. 10.

10 Bezirkskommissar Albert Stassen in Ruhestand versetzt, BRF, 1.3.2016, https://brf.be/regional/969360/ (8.2.2023). Dem Beigeordneten Bezirkskommissariat nachgeordnet ist auch die heute zum FÖD Inneres gehörende und seit 1976 bestehende Zentrale Dienststelle für Deutsche Übersetzungen (ZDDÜ). Vgl. https://www.ibz.be/de/service-central-de-traduction-allemande-scta (8.2.2023).

11 Vgl. „Ein Frankofone wäre lächerlich“, in: GrenzEcho, 14.3.2016, S. 13.

12 Vgl. https://gouverneur.provincedeliege.be/fr/node/7777 (8.2.2023).

13 Vgl. Sind Deutschkenntnisse ein Muss?, in: GrenzEcho, 18.3.2016, S. 7.

14 Am Anfang nur ein leeres Haus…, in: Grenz-Echo, 22.10.1983, S. 3.

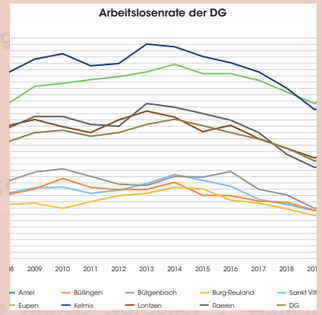
15 Ebd.

16 Vgl. Von Pionierzeiten zu einer leistungsfähigen Verwaltung, in: Grenz-Echo, 22.10.1983, S. 3.

17 Vgl. Vitus Sproten, Einleitung zu: Staatsarchiv in Eupen, Inventar Archivbestand Kulturamt – Dienststelle für kulturelle Angelegenheiten des Gebietes deutscher Sprache (1965-1983), Brüssel 2021.

18 Vgl. Der Sonderfonds für kulturelle Veranstaltungen in den deutschsprachigen Gebieten, in: Grenz-Echo, 20.5.1966, S. 4.

19 Zu Pauquet vgl. den Nachruf „L'État c'est moi", in: Grenz-Echo, 17.10.2018, S. 12, und den Artikel: Ruhestand für ein „Energiebündel", in: Grenz-Echo, 2.7.1993, S. 3.
20 Zur Ernennung vgl. Firmin Pauquet, Kelmis, zum Inspektor der Abteilung Volksbildung des Unterrichtsministeriums für den deutschsprachigen Sektor ernannt, in: Grenz-Echo, 10.1.1966, S. 3. Siehe hierzu auch Die Frage des Abg. Schyns an den Unterrichtsminister über die kulturellen Belange der deutschsprachigen Bevölkerung, in: Grenz-Echo, 25.6.1964, S. 3; Die kulturellen Angelegenheiten Ostbelgiens. Die Ernennung eines Ministerialrats im Ministerium für Erziehung und Kultur, in: Grenz-Echo, 16.1.1963, S. 3. Pauquet hatte zuvor als Mittelschullehrer in Kelmis gearbeitet.
21 Vgl. Peter Quadflieg, Einleitung zu: Staatsarchiv in Eupen, Inventar Archivbestand Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft (MDG): Fachbereich Pädagogik (1920-1991), Brüssel 2020.
22 Vgl. Staatsarchiv Eupen (künftig: SAE), Kulturamt - Dienststelle für kulturelle Angelegenheiten des Gebietes deutscher Sprache, Verwaltungsdienst der Deutschsprachigen Gemeinschaft: Inspektion, 3-198, Nr. 11, Aide-mémoire, 19.1.1976. Der Dienst umfasst insgesamt zwölf Distrikte, die damit etwas kleinteiliger als die Verwaltungsarrondissements waren.
23 Vgl. etwa SAE, 3-198, Nr. 4, Denkschrift „Quelques réflexions sur les moyens d'action du Service", 4.11.1968.
24 So entbehrt es nicht einer gewissen verwaltungspraktischen Chuzpe, wenn er auf Briefpapier mit dem belgischen Staatswappen und der aufgedruckten Dienststellenbezeichnung „Kulturministerium – Kulturamt für das Gebiet deutscher Sprache" – an seine beiden vorgesetzten Minister schrieb, dass seine Dienststelle nur „inoffiziell" als „Kulturamt" bezeichnet würde. Vgl. SAE, 3-198, Nr. 30, Schreiben Pauquet an Minister Hansenne und De Backer-Van Ocken, 20.10.1979.
25 1978 etwa hatten die beiden Inspektoren immerhin rund 1.000 Akten, also vor allen Dingen Förderanträge bearbeitet. Vgl. SAE, 3-198, Nr. 11, Annexe au tableau Personnel en fonction Dossier traités en 1978.
26 Vgl. SAE, 3-198, Nr. 11, Handschriftliche Übersicht Stellenplan Projekte, undatiert [ca. 1983]. Das Dokument erhält eine chronologische Übersicht der Denkschriften Pauquets und zentraler Gesetzgebungsverfahren.
27 Vgl. Arrêté royal fixant certaines attribution du Secrétaire d'Etat aux Cantons de l'Est et au Tourisme, adjoint au Premier Ministre vom 8.10.1973, in: Moniteur belge, 10.10.1973, S. 11483 f.
28 Vgl. SAE, 3-198, Nr. 11, Schreiben Pauquet an Albert Gehlen, 15.2.1977; vgl. auch SAE, 3-198, Nr. 11, Note à Monsieur Kurt Ortmann, 12.6.1977.
29 SAE, 3-198, Nr. 11, Schreiben Gehlen an Tindemans, 1.2.1977. Der Entwurf zu diesem Schreiben stammte von Pauquet.
30 SAE, 3-198, Nr. 11, Protokoll der Sitzung vom 11.10.1979, 12.10.1979. Anwesend waren die Minister der drei Regionen und der beiden Gemeinschaften sowie Premierminister Martens, Vizepremier Claes und Landwirtschaftsminister Lavens.
31 Vgl. „Worriken": ein nationales Zentrum?, in: Grenz-Echo, 20.11.1979, S. 5.
32 Wer hält Einzug in die alte Post?, in: Grenz-Echo, 26.7.1980, S. 5.
33 Vgl. SAE, 3-198, Nr. 11, Schreiben Michael Barbeaux, Conseillier im Kabinett des Premierministers an Guillaume [!] Schyns, Kammerabgeordneter Kelmis, 8.12.1980.
34 Eigene Verwaltung für die Exekutive, in: Grenz-Echo, 12.1.1981, S. 2.
35 Vgl. SAE, 3-198, Nr. 11, Schreiben Hansenne/Geens an Eyskens, undatiert. Vorbereitet hatte das Schreiben auf dem Briefpapier der „Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft" u. a. J[oseph] M[araite].
36 Vgl. Woher nehmen und nicht stehlen?, in: Grenz-Echo, 19.3.1982, S. 3.
37 Vgl. Autonomie des Gebiets deutscher Sprache mit verwaltungstechnischen Schwierigkeiten, in: Grenz-Echo, 6.2.1982, S. 3 f.
38 Ortmann, Jahrgang 1939, hatte nach dem Besuch der Primarschule und des Athenäums in Eupen sowie einer französischsprachigen Sportschule an der Universität Löwen 1959 ein Regentendiplom in Sport erworben. Auf den Militärdienst bei der belgischen Armee im hessischen Kassel folgte eine Tätigkeit als Sportlehrer. Ortmann war seit 1960 aktives CSP-Mitglied in Eupen, von 1972 bis 1974 Präsident der Jung-CSP und seit 1975 der CSP Ostbelgien. 1972 wechselte er aus dem Schuldienst als Beamter zur Administration de l'Éducation physique, du Sport et de la Vie en Plein Air (ADEPS), der frankophonen Verwaltungsbehörde, die seit 1969 für die Sportverwaltung zuständig war, und wechselte somit von der Französischen Gemeinschaft zur Exekutive der DG. Zuvor hatte er bereits bei der Französischen Gemeinschaft in einer 1975 eingerichteten „administrativen Zelle" gearbeitet, die innerhalb der Provinz Lüttich für die Sportbetreuung des deutschen Sprachgebiets zuständig war. In dieser Funktion hatte Ortmann bereits die Sportvereine und Verbände in Ostbelgien, etwa in der Trainerqualifikation, betreut. In den Folgejahren setzte er diese Aufgabe nun in Diensten der DG fort. Ortmann trat 1999 als Verwaltungsdirektor im Ministerium in den Ruhestand. Zuletzt betreute er den Bereich Sport und Tourismusinfrastruktur. Vgl. In der Sportinfrastruktur Ostbelgiens die Weichen gestellt, in: Grenz-Echo, 24.4.1999, S. 4; Sport-Hauptinspektor Paul Ortmann in den Ruhestand getreten, in: Grenz-Echo, 3.4.1999, S. 3.
39 Langela war für den Bereich Tourismus zuständig. Der aus Eupen stammende Langela hatte 1969 am Collège Patronné sein Abitur abgelegt und war im August 1981 von Gaston Geens (CVP), zu diesem Zeitpunkt Minister für die Flämische Gemeinschaft im nationalen Kabinett und ab Dezember 1981 erster Ministerpräsident der Flämischen Gemeinschaft, berufen worden. Als Dienstadresse führte Langela die interessante Bezeichnung „Kabinett des Ministers der flämischen Gemeinschaft. Exekutive der deutschsprachigen Gemeinschaft, Wetstraat 56, 1040 Brüssel". Anfang der 2000er Jahre wechselte er zeitweise als Berater ins Kabinett von Tourismusminister Bernd Gentges (PFF), war dann aber wieder im Ministerium tätig. Vgl. Zentrale Anlaufstelle für Touristen mitten im Ortskern, Grenz-Echo, 23.12.2002, S. 10; R. Langela Sonderbeauftragter, in: Grenz-Echo, 13.8.1981, S. 3; Weichen für die Zukunft stellen! Feierliche Ueberreichung [sic!] der Diplome am Collège Patronné, 28.6.1969, S.3.
40 Ruhestand für ein „Energiebündel", in: Grenz-Echo, 2.7.1993, S. 3.
41 Vgl. Autonomie des Gebiets deutscher Sprache mit verwaltungstechnischen Schwierigkeiten, in: Grenz-Echo, 6.2.1982, S. 3 f.
42 Ebd.
43 Vgl. SAE, 2-198, Nr. 15, Abkommen zwischen CSP und SPB, 22.10.1973.
44 Vgl. Woher nehmen und nicht stehlen?, in: Grenz-Echo, 19.3.1982, S. 3.
45 „Gleiches Statut der deutschsprachigen [sic!] wie die für die übrigen Gemeinschaften", in: Grenz-Echo, 29.10.1982, S. 10.
46 Vgl. Arrêté royal créant un service administratif de la communauté germanophone et fixant le cadre organique du personnel vom 7.11.1983, in: Moniteur belge, 17.11.1983, S. 1407 f.
47 Vgl. ebd.
48 Vgl. ebd., S. 1407.
49 Vgl. Regierung stellt Weichen für Deutschsprachige Verwaltung (Fortsetzung), in: Grenzecho, 04.11.1983, S. 4.
50 Vgl. Scheiben B. an Maraite, 29.11.1983, SAE 3-198 Nr. 82.
51 Verschiedene Bespiele finden sich in der Akte SAE 3-198 Nr. 82.
52 Vgl. Gesetz über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, in: Moniteur belge, 18.1.1984.
53 Vgl. Erst zusätzliche Dotation zeichnet Rahmen der RDG-Eigenständigkeit, in: Grenz-Echo, 3.4.1984, S. 3., und Abkommen zwischen den vier im RDG vertretenen Parteien, 3.2.1984, S. 4.
54 Einwohnerzahlen der DG nach Bevölkerungsexplosion ist nicht zu befürchten, in: Grenz-Echo, 9.6.1990, S. 12; Einwohnerzahlen der Französischen Gemeinschaft errechnet nach: Bevölkerungszahlen gehen zurück, in: Grenz-Echo, 28.9.1984, S. 1. Angenommen wurden 1.000 Beamte bei der Französischen Gemeinschaft.
55 Vgl. Erst zusätzliche Dotation zeichnet Rahmen der RDG-Eigenständigkeit, in: Grenz-Echo, 3.4.1984, S. 3.
56 Vgl. Die 31 von der Verwaltung, in: Grenz-Echo, 8.5.1985, S. 3.
57 „Man fühlte sich schon als Pionier", in: Grenz-Echo, 5.12.2008, S. 10 f.
58 Vgl. ebd.
59 Vgl. ebd.
60 Vgl. ebd.
61 Vgl. „Für neue Aufgaben gewappnet", in: Grenz-Echo, 18.9.1985, S. 3.
62 Vgl. Das Abkommen zwischen der Deutschsprachigen und der Französischen Gemeinschaft im Lande, in: Grenz-Echo, 1.7.1985, S. 11, und Das Abkommen zwischen der Deutschsprachigen und der Flämischen Gemeinschaft im Land, in: Grenz-Echo, 3.7.1985, S. 15.
63 Vgl. Verstärkter Informatikeinsatz, in: Grenz-Echo, 13.9.1985, S. 3.
64 Vgl. „Dicke Luft" am Kaperberg, in: Grenz-Echo, 29.10.1987, S. 1; Arbeit nur mit Pillen möglich?, in: Grenz-Echo, 31.10.1987, S. 3; Das Präsidium erlaubt keine Interviews, in: Grenz-Echo, 3.11.1987, S. 4.
65 Vgl. Bericht des Untersuchungsausschusses über die Subsidienbetrugsfälle, Dokumente des RDG, Dokument 97 (1992-1993), Nr. 7, S. 57.
66 Vgl. Minister Grosch stellte in Manchester die Weichen, in: Grenz-Echo, 26.04.1988, S. 21; Kelmiser Ringer unter türkischen Fittichen, in: Grenz-Echo, 26.2.1987, S. 16.
67 Zitiert nach Bericht des Untersuchungsausschusses, S. 58.
68 Vgl. ebd., passim.
69 Vgl. ebd.
70 Ebd., S. 80.
71 Vgl. etwa die Kommentare von Heinz Warny, Kleine Gemeinschaft was nun?, in: Grenz-Echo, 17.3.1988, S. 1, und Freddy Derwahl, Küsch und Kittchen, 12.3.1988, S. 1.
72 Vgl. Zu wenige Indizien für Strafverfolgung, in: Grenz-Echo, 24.6.1993, S. 3.
73 Vgl. etwa die Erinnerungen der damals politisch Verantwortlichen in: „Man fühlte sich schon als Pionier", in: Grenz-Echo, 5.12.2008, S. 10 f.
74 Vgl. Bericht des Untersuchungsausschusses, S. 81.
75 Dietmar Schumacher wirft das Handtuch, in: Grenz-Echo, 27.11.1987, S. 3.
76 So führte das Ministerium 1990/1991 eine Aktenverwaltung im Programm „All-In-One" ein, für das Personal geschult wurde. Vgl. SAE, 3-198, Nr. 41, Internes Rundschreiben an die Abteilungsleitungen, 21.12.1990.
77 Vgl. Dietmar Schumacher wirft das Handtuch, in: Grenz-Echo, 27.11.1987, S. 3.
78 Vgl. „Exekutive hat nichts zu verbergen", in: Grenz-Echo, 21.4.1993, S. 4.
79 Vgl. Haushaltsdebatte kostet 50.000 F pro RDG-Mitglied, in: Grenz-Echo, 29.3.1988, S. 1.
80 Vgl. Positive Einstellung zur Autonomie, in: Grenz-Echo, 14.5.1990, S. 3.
81 Vgl. Stunde Null für Ostbelgiens Schulen, in: Grenz-Echo, 1.9.1989, S. 1.
82 Vgl. Erlass der Exekutive zur Festlegung des Stellenplans für das Personal der Verwaltung der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 15.2.1989, in: Moniteur belge, 24.3.1989, S. 5263.
83 Vgl. SAE, 3-198, Nr. 39, Entwurf Erlass der Exekutive zur Festlegung des Stellenplan für das Personal der Verwaltung der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft. 1994 bezifferte Generalsekretär Hellebrandt die Anzahl der in der Kernverwaltung des Ministeriums beschäftigten Personen auf 78, die Gesamtbelegschaft auf 103 Personen. Hinzu kam das Personal der Dienststellen mit eigener Geschäftsführung. Vgl. „Daß jeder jeden kennt, hat nicht nur Nachteile", in: Grenz-Echo, 15.1.1994, S. 4.
84 Vgl. Deutschsprachige Gemeinschaft ist Arbeitgeber Nummer eins, in: Grenz-Echo, 12.12.1992, S. 4.
85 Vgl. Ruhestand für ein „Energiebündel", in: Grenz-Echo, 2.7.1993, S. 3.
86 Vgl. Maßgeschneiderte Betreuung durch neuen Behindertendienst, in: Grenz-Echo, 8.5.1991, S. 12.
87 Vgl. „Daß jeder jeden kennt, hat nicht nur Nachteile", in: Grenz-Echo, 15.1.1994, S. 4.
88 Vgl. SAE, 3-198, Nr. 79, Rundschreiben Neycken an alle Personalmitglieder der Stufen I, II und III, 10.12.1990.
89 Vgl. SAE, 3-198, Nr. 39, Entwurf Erlass der Exekutive zur Festlegung des Stellenplans für das Personal der Verwaltung der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft.
90 Vgl. „Daß jeder jeden kennt, hat nicht nur Nachteile", in: Grenz-Echo, 15.1.1994, S. 4.
91 350-Millionen-Gebäudekomplex an der Gospertstraße als Auftakt einer Trilogie, in: Grenz-Echo, 18.12.2000, S. 6.
92 Vgl. Für das Ministerium nur noch eine Adresse: Gospertstraße 1, in: Grenz-Echo, 10.9.2003, S. 8.
93 Vgl. Generalsekretär vor Pensionierung, in: Grenz-Echo, 10.9.2003, S. 8.
94 „Daß jeder jeden kennt, hat nicht nur Nachteile", in: Grenz-Echo, 15.1.1994, S. 4.
95 So der Journalist Gerard Cremer in seinem Interview mit Carl Hellebrandt 1994. Vgl. „Daß jeder jeden kennt, hat nicht nur Nachteile", in: Grenz-Echo, 15.1.1994, S. 4.
96 Vgl. Amt für Statistik Fürstenturm Liechtenstein, Beschäftigungsstatistik 2020, S. 34, https://www.llv.li/files/as/i2020_beschaeftigungsstatistik.pdf (9.3.2023).
97 Vgl. Peter Quadflieg, Die Bestände des Staatsarchivs in Eupen, 3., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage, Brüssel 2019, S. 25 f.
98 Vgl. Übersetzungszentrale – PBD [sic!] bei Bezirkskommissar Hoen, in: Grenz-Echo, 13.5.1975, S. 4.
99 Eine der vielen bisher wenig beachteten Randnotizen ist im Zuge der Dezentralisierungsdebatte der zum Nationalfeiertag 1991 in Anwesenheit der Vorsitzenden der Exekutive der Deutschsprachigen und der Französischen Gemeinschaft vorgetragene Vorschlag des Malmedyer Bürgermeisters Denis, doch im Osten des Landes eine vierte Region mit Malmedy als Verwaltungssitz einzurichten. Vgl. Malmedy als Zentrum der „vierten Region", in: Grenz-Echo, 22.7.1991, S. 10.





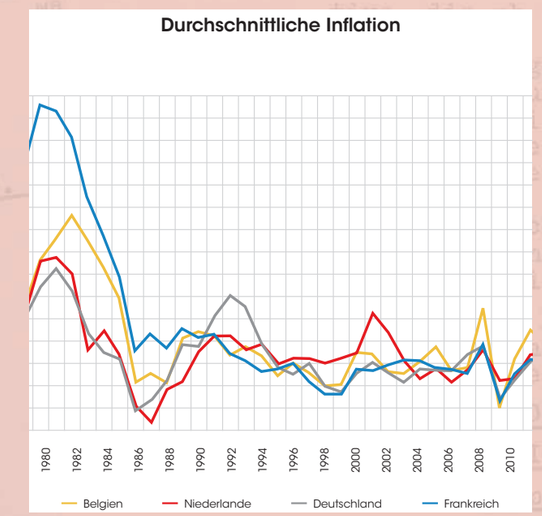


DIE OSTBELGISCHE WIRTSCHAFT IM SPIEGEL NATIONALER KRISENWIRTSCHAFT

KRISENJAHRZEHNTE UND IHRE BEWÄLTIGUNG IM UMBRUCH ZUM 21. JAHRHUNDERT

VON TOBIAS DEWES





In wirtschaftlich turbulenten Zeiten wurde die heutige DG seit den 1970er Jahren sukzessive mit weitreichenden politischen Befugnissen ausgestattet und musste sich als Sprachminderheit auf dem nationalen Parkett behaupten. Ölpreiskrise, EU, Währungsunion und die Weltfinanzkrise sind einige der Herausforderungen mit denen die DG dabei konfrontiert wurde. Wie diese Aufgaben bewältigt wurden und die DG, im Vergleich zum restlichen Belgien, abschneidet, wird hier näher analysiert.

In den letzten 50 Jahren fanden tiefgreifende Veränderungen im östlichen Belgien statt, insbesondere für die deutschsprachige Bevölkerung. Wenn dabei der Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung geworfen wird, lässt sich eine nie dagewesene Beschleunigung erkennen. Die Ursachen sind so vielfältig wie auch die daraus resultierenden Ergebnisse. Dieser Prozess ist allerdings keine reine Erfolgsgeschichte, trotz aller technologischen Revolutionen.[1] Die Zeit nach 1970 ist von wirtschaftlichen und politischen Krisen durchzogen, die Staaten, Gesellschaften und Wirtschaftssysteme bis heute weiterhin nachhaltig verändern.

Solche internationalen und auch nationalen Schwankungen der Wirtschaft treten auch in den kleinsten Räumen auf unterschiedlichen Ebenen des Alltags an die Oberfläche. Dies erfolgt nicht zwangsweise parallel, sondern durchaus zeitlich versetzt und in einem anderen Ausmaß. Ausschlaggebend ist dabei die spezifische regionale und lokale Wirtschaftsstruktur, aber auch demografische Faktoren beeinflussen diesen Prozess. Ein Nährboden, der prädestiniert dazu ist, die unterschiedlichsten Ängste in der Bevölkerung zu schüren.

War die belgische Bevölkerung, insbesondere im deutschsprachigen Osten des Landes, aus wirtschaftlichen Gründen von Ängsten um ihr Dasein und die Zukunft geplagt? Hatten die Krisen mit ihren teils radikalen Einschnitten in den Alltag und ihren Unsicherheiten für langfristige Planungen ausschließlich negative Auswirkungen? Konnten die deutschsprachigen Ostbelgier die Krisen und Entwicklungen nutzen, um den Anschluss an andere Regionen zu finden, oder wurden sie nur stärker zurückgedrängt? Wie manövrierten die neu geschaffenen Institutionen die heutige Deutschsprachige Gemeinschaft durch diese Entwicklungen?

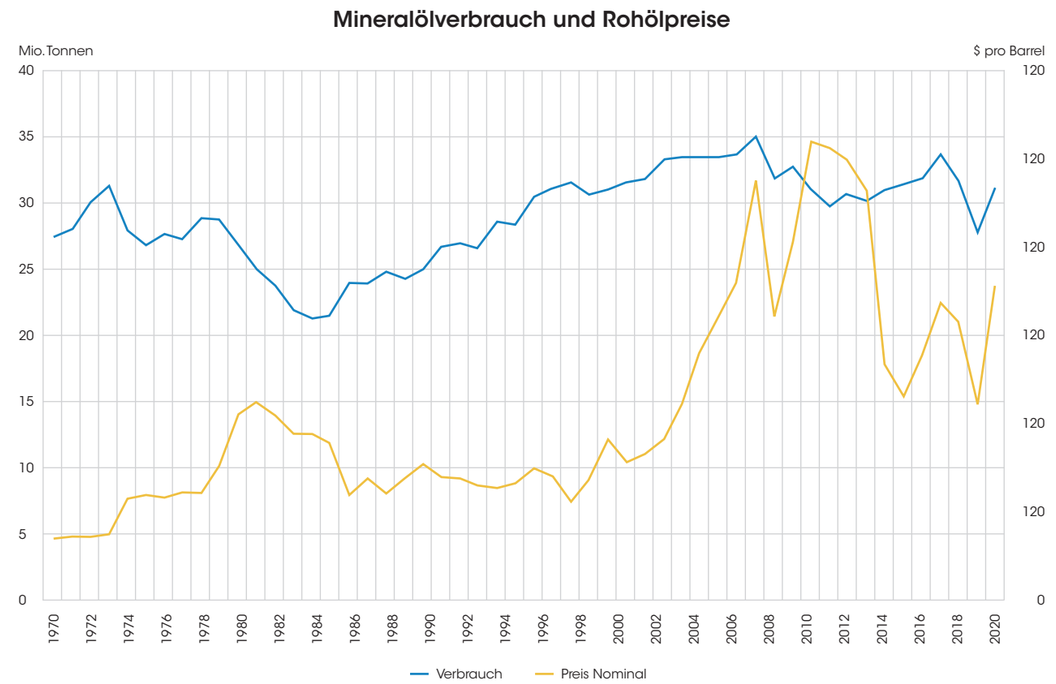


Die Herbesthaler Straße in Richtung Nordosten, an der Kreuzung Hochstraße im Jahr 1980. In den folgenden Jahrzehnten steigt die Gewerbeansiedlung in und um die Herbesthaler Straße deutlich an.

Das Ende der Zuversicht? Die Krisenjahrzehnte am Ende des 20. Jahrhunderts

Die Nachkriegszeit leitete im europäischen Raum eine Blütephase der Wirtschaft ein. Die kontinentaleuropäischen Nationen, insbesondere die Beneluxstaaten, Frankreich und Deutschland, profitierten nicht nur von ihren montanindustriell verwendbaren Ressourcen, sondern von ökonomischen Aufholprozessen. Die Notwendigkeit der Wiederherstellung und Behebung der durch den Zweiten Weltkrieg hervorgerufenen Zerstörung auf der einen Seite und der Aufholprozess, um kriegsbedingt ausgebliebene technologische Entwicklungen und gesellschaftlichen Konsum zu reaktivieren, auf der anderen Seite spielten eine tragende Rolle. Die Wachstumsraten der belgischen Nachkriegswirtschaft bilden dabei einen Archetypus des fordistischen Keynesianismus ab.[2] Mit einer knapp zehnjährigen Verzögerung im Vergleich zu den USA traten die westeuropäischen Staaten ebenfalls in das Zeitalter des Massenkonsums ein. Die 1960er Jahre stärkten die Wohlstandsverbesserungen der Bevölkerung und förderten so auch gesellschaftliche Entwicklungen zu offeneren Strukturen.[3]

Dieses Zeitfenster, auch bis in die 1970er Jahre, wird gemeinhin als eine goldene Ära gesehen oder nach dem Ökonomen Jean Fourastié als *Les Trente Glorieuses* bezeichnet.[4] Wohlstand, Wachstum, Wohlbefinden und eine gehörige Portion Optimismus mögen das Zeitgefühl noch bis zum ersten Ölpreisschock ungebrochen getragen haben. Gleichzeitig durchlebte die internationale Wirtschaft bereits zum Ende der 1960er Jahre erste Krisenphasen. Ein Bruch in der Nachkriegszeit, gerade die für den Aufschwung bedeutende Stahlindustrie erfährt eine Marktübersättigung und ruinösen Wettbewerb, eine erste und sich in den folgenden Jahrzehnten wiederholende Krise.[5] Der landwirtschaftliche Sektor büßte in dieser Zeit weiter Anteile zugunsten des sekundären Sektors ein, und der Dienstleistungssektor beginnt seinen Vormarsch auf Kosten der beiden vorgenannten Sektoren. Im Osten Belgiens traf die Ölpreiskrise ein ausgesprochen ungünstiges Zeitfenster.[6] Mitten in der Umstrukturierung der eigenen Wirtschaftsstruktur schritt das Höfesterben weiter voran und der rettende sekundäre Sektor steuerte geradewegs in eine Krise.[7] Die Wandlung zu wenigen, aber dafür größeren Höfen mit ausgeweiteter maschineller Produktion stellte in der Ölkrise ein zusätzliches Risiko dar. Profitieren konnte davon jedoch der heute dominante tertiäre Sektor, der Dienstleistungssektor. Mitten im politischen Umschwung zu mehr Mitbestimmungsrechten und damit einem entsprechenden Aufbau von größeren Verwaltungsstrukturen infolge der ersten Staatsreform in Belgien konstituierte sich der Rat der deutschen Kulturgemeinschaft.[8]



Mineralölverbrauch in Belgien und Weltmarktpreise für Rohöl 1970-2021.

Der erste Ölpreisschock debütierte am 17. Oktober 1973 mit einer Preiserhöhung für Rohöl von ursprünglich 3 $ pro Barrel auf 5 $. Am Ende des durch die OAPEC[9] durchgeführten Embargos im Februar 1974 überschritt der Rohölpreis bereits die Marke von 12 $ pro Barrel.[10] Da Öl eine zentrale Rolle als Produktions- und Energieressource für die Industrie und Privathaushalte hatte, blieb die Bevölkerung von den Ölpreiserhöhungen ebenso wenig verschont. Während die belgische Regierung noch mit Beschwichtigungen und Optimismus mögliche Preissteigerungen als verfrüht ansah und einen Erdölnotstand verneinte,[11] sah die gelebte Realität bereits anders aus. Die Niederlande und die USA wurden längst von der OAPEC boykottiert und erhielten von den arabischen Ölstaaten keine neuen Ölliefe-rungen mehr. Am 30. und 31. Oktober führten einige Groß- und Einzelhändler bereits keine Heizöllieferungen in Belgien durch, in Antwerpen blockierte die Gemeinschaftsfront der Heizölgroß- und -einzelhändler auch Ausfahrten von Raffinerien aus Angst vor Engpässen. Die größten europäischen Erdölgesellschaften, BP, Shell und Esso, forderten Rationierungsmaßnahmen.[12] Diese ersten, zu diesem Zeitpunkt überzogenen Maßnahmen trugen ihres dazu bei, eine Angststimmung in der Bevölkerung zu entfachen. Andere psychologische Maßnahmen wie autofreie Sonntage

hatten keinen nennenswerten Effekt auf die Öleinsparung, sondern blieben reine Symbolpolitik, die sich wiederum wirksam über Medien verkaufen ließ.[13]

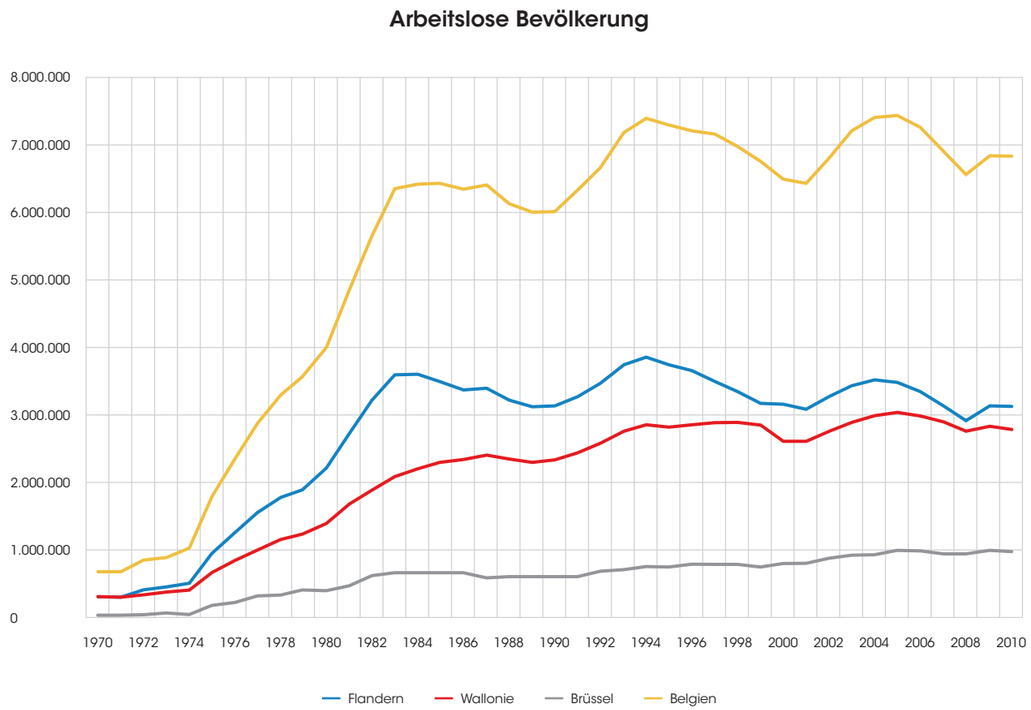
Anstatt von Anfang an ihre Arbeit auf eine Sicherung der Versorgung konzentrieren zu können, musste die belgische Regierung vielerorts panikfördernde Strohfeuer bekämpfen. Lediglich die nationale Reserve des belgischen Staates konnte zu diesem Zeitpunkt den dreimonatigen Ölbedarf des Landes decken.[14] Entscheidende Veränderungen brachten dann aber die Entwicklungen in den letzten beiden Monaten des Jahres 1973 und im ersten Quartal 1974. Die OAPEC-Mitgliedstaaten drosselten in dieser Zeit ihre Ölfördermengen weiter und die internationalen Rohölpreise stiegen kontinuierlich an. Eine De-Facto-Knappheit an Rohöllieferungen bestand für Belgien zu diesem Zeitpunkt nicht. Mit dem zweiten Ölpreisschock ab 1979 erreichte der Ölpreis in der Folgezeit einen vorläufigen Höhepunkt mit 39 $ pro Barrel im Februar 1981.[15] Dieses Hoch stellte aber auch zugleich den finanziellen Wendepunkt auf dem internationalen Ölmarkt dar. Knapp ein Jahr später, im März 1983, lag der Ölpreis erstmals wieder unter 30 $.

Wie in der Grafik Mineralölverbrauch und Rohölpreise ersichtlich, gehörte auch Belgien zu den Volkswirtschaften, die ihren Mineralölverbrauch nur kurzzeitig marginal senkten und die höheren Preise bezahlten. Durch den strukturellen Wandel und der damit einhergehenden Reduzierung der Montanindustrie, kam es ebenso zu Investitionsstaus in diesem Sektor. Tatsächlich beeinflusste der erste Ölpreisschock den belgischen Mineralölverbrauch dahingehend, dass das seit 1971 beschleunigte Wachstum schlagartig endete und im Ergebnis eine 12-%-Reduzierung des Verbrauchs im Folgejahr erreichte. Die westlichen Gesellschaften arrangierten sich mit den höheren Ölpreisen und setzten ihren Konsum weitestgehend fort, so auch in Belgien, wo bereits ab 1975 wieder ein Anstieg des Ölverbrauchs zu erkennen ist. Erst mit dem zweiten Ölpreisschock ab 1979 und damit einhergehenden deutlich gravierenderen Preissteigerungen im Vergleich zu 1973 zeigten sich markante Einsparmaßnahmen in Belgien.[16] Dem reduzierten Verbrauch stehen entsprechend geringere Rohölimporte gegenüber.

Das Jahr 1979 läutete in Belgien eine Abwärtsrallye für den Ölverbrauch ein, die ihren Tiefstand 1984 erreichte. In diesem Zeitfenster schrumpfte der Ölverbrauch in Belgien um 30 %. Erst 17 Jahre später, 1996, wurde erstmalig wieder mehr Mineralöl verbraucht als im Jahr 1979. Im darauffolgenden Jahr übertraf der Verbrauch auch die bis dahin erreichte Höchstmarke des Jahres 1973. Zusätzlich muss dabei beachtet werden, dass durch die gestiegene Bevölkerungszahl in der gesamten Zeit der Ölpreiskrise, ungeachtet von Einsparmaßnahmen, eine Erhöhung des Grundbedarfs an Rohöl bestand. Eine wachsende Bevölkerung bedeutet somit auch eine Verschärfung der Situation. Die psychologischen Auswirkungen des Rohölpreisanstiegs der 1970er und frühen 1980er Jahre manifestierten sowohl in der Bevölkerung als auch in Regierungskreisen eine gewisse Zukunftsangst, die sich in einem vorsichtigeren und ressourcenschonenderen Umgang mit Rohöl zeigten.[17] Auch die allgemeine Investitionsbereitschaft der Unternehmen wurde dadurch gehemmt. Mit der erneuten Preiserhöhung 1979 erfolgte unmittelbar eine Verbrauchsreduzierung, die selbst trotz der fallenden Preise ab 1981 nicht abbrach, die Sorge vor einer Rückkehr des Preisanstiegs war hoch. Erst nach einigen Jahren sinkender Preise erhöhte sich der Ölverbrauch wieder ab 1984/1985. Die Folgen der Ölpreiskrise waren nicht nur allgemein gestiegene Lebenshaltungskosten, sondern auch Produktionsrückgänge und steigende Arbeitslosigkeit. Zudem machte sich eine enorme Inflation bemerkbar, die in Kombination mit einem stagnierenden Wirtschaftswachstum zu einer Stagflation führte. Die Ölpreiskrise hatte seit den 1970er Jahren nachhaltige Auswirkungen auf das Konsumverhalten in Belgien, die noch bis weit in die 1980er anhielten.[18]

Der Arbeitsmarkt im Sog der Wirtschaftskrise

Zu den ersten für die Bevölkerung wahrnehmbaren Faktoren gehörten Lieferengpässe, Preissteigerungen und Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt.[19] Die Arbeitslosigkeit in Belgien erreichte in absoluten Zahlen 1984 ihren vorläufigen Höhepunkt, 643.208 Personen aus der arbeitsfähigen Bevölkerung waren vollständig arbeitslos. 1973 hatte die Anzahl der Arbeitslosen nur 91.702 betragen. Es muss jedoch berücksichtigt werden, dass die erwerbsfähige Bevölkerung in diesem Zeitfenster ebenfalls angestiegen ist. Für 1973 lässt sich eine Arbeitslosenquote von unter 2 % ermitteln, während sie für 1984 knapp über 10 % liegt. Allein von 1970 bis 1985 hat sich die erwerbsfähige Bevölkerung von 6.073.034 auf 6.646.672 Personen erhöht.[20]

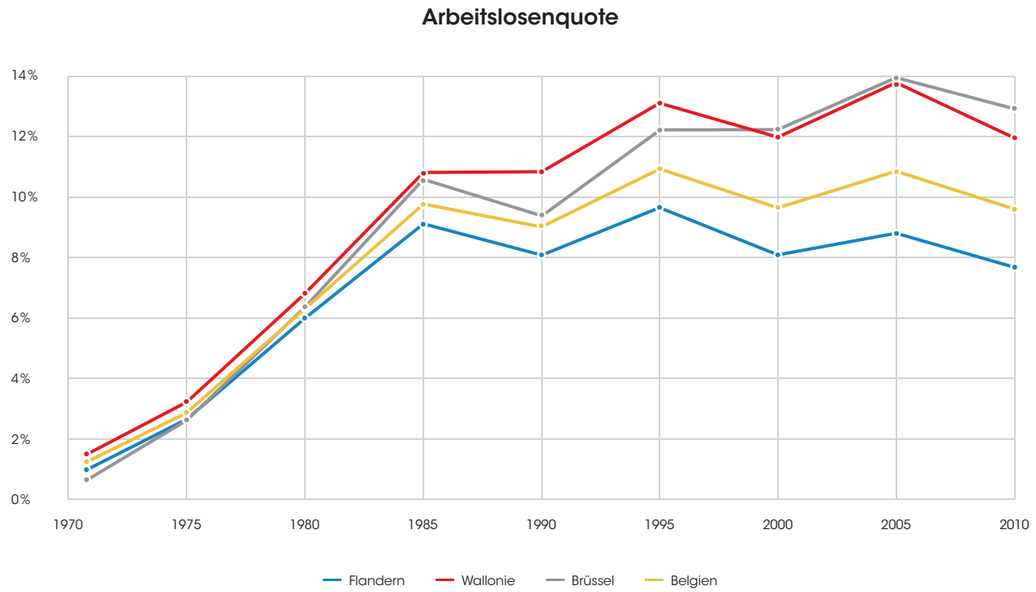


Verteilung der arbeitslosen Bevölkerung nach Regionen 1970-2010.

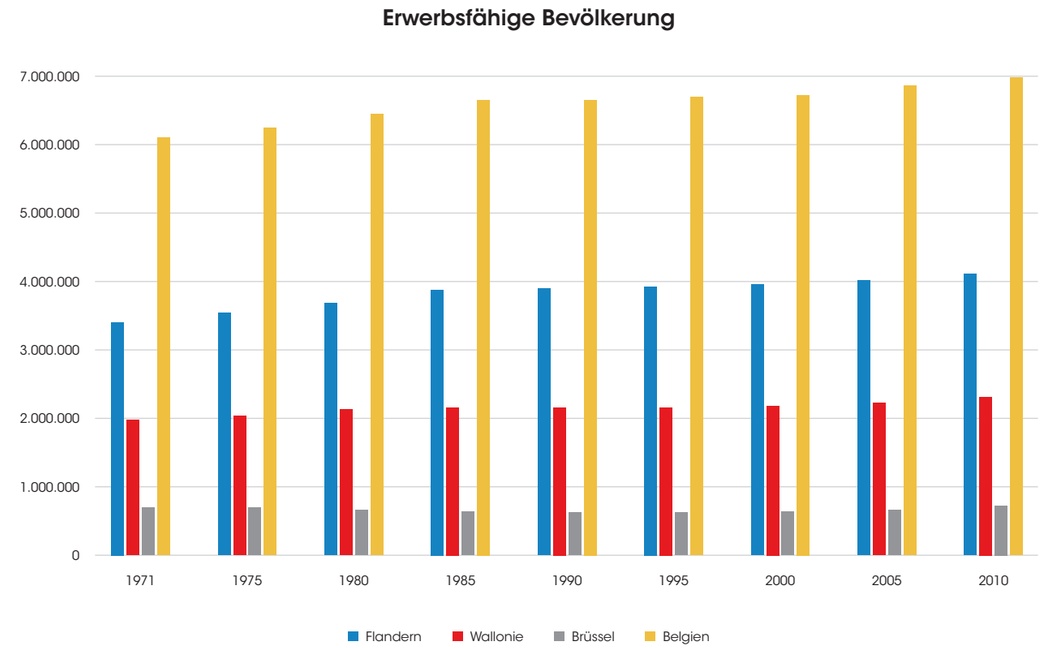
In der Wallonie stieg die Arbeitslosenzahl im selben Zeitraum von 33.681 auf 228.970, was auch regional somit eine Veränderung der Arbeitslosenquote von ca. 2 % auf 10 % bedeutete. Der im Diagramm Arbeitslose Bevölkerung höher wirkende Anstieg der absoluten Zahlen der arbeitslosen Bevölkerung in Flandern ist auf den größeren Anstieg der erwerbsfähigen Bevölkerung zurückzuführen. Der Graph vermittelt im ersten Moment ein verzerrtes Bild, aber in der Abbildung der Arbeitslosenquote zeigt sich deutlich die Situation eines relativ homogenen Anstiegs der Arbeitslosenquoten. Dabei liegt die Quote durchgehend unter der Arbeitslosenquote der Wallonie und auch unter der nationalen Arbeitslosenquote Belgiens.

Innerhalb der deutschsprachigen Gemeinden sah die Entwicklung ähnlich aus, zeigte aber auch schon auf, wohin sich der Arbeitsmarkt in Ostbelgien in den folgenden Jahrzehnten entwickeln würde. Allein von 1974 bis 1978 konnte im Bezirk Eupen der Dienstleistungssektor, insbesondere die öffentliche Verwaltung, seinen Anteil an der Gesamtheit aller Arbeitsplätze von 20,2 % auf 25,07 % erhöhen. Zeitgleich reduzierte sich die arbeitende Bevölkerung von 12.054 auf 11.555 Personen. Im Bezirk Sankt Vith lag der Bereich der öffentlichen Hand konstant bei knapp 30 % während sich, im Gegensatz zu Eupen, aber die Gesamtheit der Beschäftigten von 2.848 auf 3.311 Personen erhöhte. Die beiden im Bezirk Malmedy befindlichen Gemeinden Bütgenbach und Büllingen folgen dabei dem Beispiel von Sankt Vith.[21]

Änderungen stellen sich erst 1980 ein. Die Wallonie, die zuvor bereits mit der höchsten Arbeitslosenquote aufwartete, erfuhr einen stärkeren Anstieg als z. B. Flandern, die Situation auf dem wallonischen Arbeitsmarkt war deutlich problematischer als im restlichen Belgien. Auch in den Folgejahren kam es zu keiner nachhaltigen Erholung auf dem wallonischen Arbeitsmarkt, zweistellige Arbeitslosenquoten blieben der Normalfall. Die 1970er Jahre hinterließen



Regionale Arbeitslosenquote 1971-2010, gemessen an der erwerbsfähigen Bevölkerung.



Regionale Verteilung der erwerbsfähigen Bevölkerung 1971-2010.

auch auf dem ostbelgischen Arbeitsmarkt Spuren, anders als man sie jedoch erwarten mag. Durch die Krise wurde die Gesamtzahl an Arbeitsplätzen nicht langfristig reduziert, im Gegenteil: Von 1974 bis 1980 hat sich die Zahl der Arbeitsplätze und Arbeitnehmer in Ostbelgien um 2,2 % erhöht, was einem Anstieg von 355 Arbeitnehmern entspricht. Während allein 1.427 Arbeitsplätze im produzierenden Bereich des Handwerks/der Industrie wegfielen, wurden mehr als 1.000 Arbeitnehmer wiederum im Bausektor neu eingestellt. Ebenfalls baute der Dienstleistungsbereich massiv aus und absorbierte weitere frei gewordene Arbeitskräfte.[22] Die Auswirkungen der Krise führten somit zuerst zu einer intrasektoralen Verschiebung des Arbeitsmarktes und dann zu einer sektoralen Verschiebung in Anlehnung an die eigenen regionalen Bedürfnisse. Auch lassen sich Unterschiede zwischen dem Norden und dem Süden feststellen. So sind es vor allem die südlichen Gemeinden, die ihre Anzahl an Arbeitsplätzen ausbauen können, und die Kernverluste der Arbeitsplätze liegen im Norden, insbesondere in Eupen.[23] Vor allem zu Beginn der 1980er Jahre sah die Situation auch in der heutigen DG dennoch nicht ideal aus, denn die Ostkantone wiesen die höchste Arbeitslosigkeit im Bezirk Verviers auf.[24] Sie lag jedoch unter dem Wert der Arbeitslosigkeit der zugehörigen Provinz Lüttich. Grund für die erhöhte Arbeitslosenquote war, dass der Arbeitsmarkt nicht mit dem Wachstum der erwerbsfähigen Bevölkerung mithalten konnte. Bedingt war dies durch die auf den Arbeitsmarkt strömende Generation der Babyboomer, die das verfügbare Arbeitsplatzangebot überforderte.

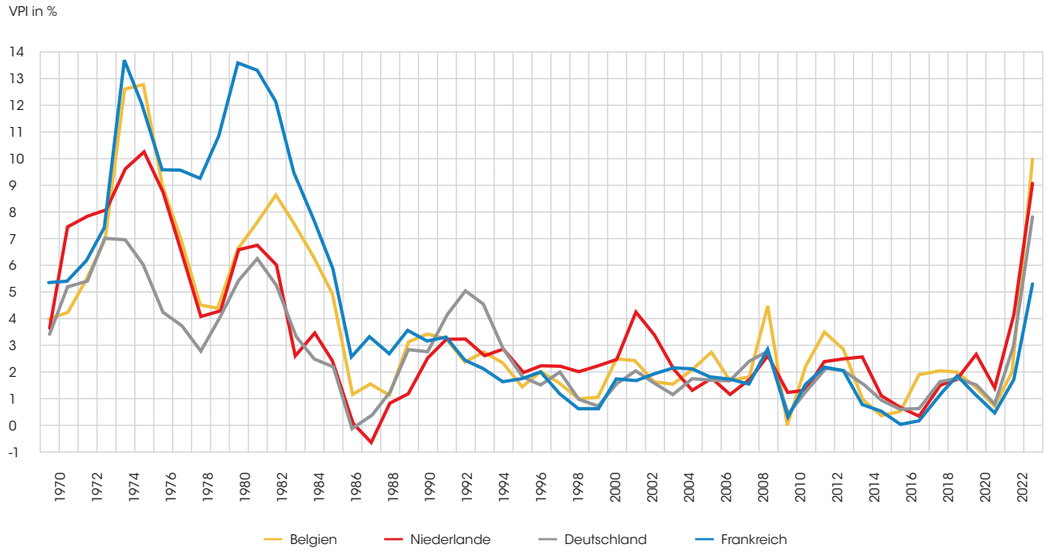
Auf Ebene der Wallonie lassen sich auch Unterschiede für die französischsprachigen und die deutschsprachigen Gebiete Anfang der 1980er Jahre bereits innerhalb des statistischen Arbeitsamtsbezirks Verviers erkennen. Während die deutschsprachigen Gebiete zu Beginn des Jahrzehnts im Bezirk nicht gut abschnitten, änderte sich dies deutlich bis 1986. Im direkten Vergleich stiegen die Arbeitslosenzahlen von 1982 bis 1986 im Bereich Sankt Vith (Amel, Büllingen, Burg-Reuland, Bütgenbach und Sankt Vith) von 1.137 Arbeitslosen um 13,19 % an auf 1.287. Der Bereich Eupen (Eupen, Kelmis, Lontzen und Raeren) erfuhr eine Steigerung um 10,38 % von 2.158 Arbeitslosen auf 2.382. Im Gegensatz dazu lagen die Steigerungen im Bereich Verviers bei 17,75 % (2.235 Arbeitslose) und im Bereich Malmedy bei 44,85 % (1.870 Arbeitslose).[25] Die Entwicklung der heutigen DG zeigt dabei eine positive Entwicklung, denn die Arbeitslosenzahlen reduzieren sich bezüglich ihres Wachstums und sind für Eupen 1985 und 1986 sogar rückläufig. Damit stemmen sich die deutschsprachigen Gebiete gegen den wallonischen Trend anhaltender hoher Wachstumsraten im Vergleich zur Arbeitslosigkeit in den 1980er Jahren. Aber auch bis 2023 konnte sich der gesamtbelgische Arbeitsmarkt nicht so weit erholen, dass die Arbeitslosenquote wieder auf ein Niveau der 1950er bis 1970er Jahre fiel. Ende 2022 lag die Arbeitslosenquote in Belgien bei ca. 5,7 %.[26]

Preispolitik und Inflation

Aus finanzpolitischer Perspektive erkannte die belgische Regierung die Potenziale der drohenden Krise und ihrer inflationären Wirkungen früh und steuerte mit protektionistischen Maßnahmen zum Schutz des heimischen Marktes entgegen. So wurden nach den Preiserhöhungen Ende 1973 strenge Richtlinien für weitere Preiserhöhungen im Erdölsektor erlassen, die eine Preisbremse bzw. eine Deckelung der Preise zum Schutz der Bevölkerung bewirken sollten. Bis zum März 1974 konnten zudem der Preisanstieg an den Tankstellen in Belgien, aber auch die Heizölpreise weitaus niedriger gehalten werden als in den restlichen europäischen Ländern. Der belgische Staat hatte allerdings die Handlungsbereitschaft der Ölkonzerne wie z. B. Shell oder Total unterschätzt, und diese schnitten Belgien von weiteren Lieferungen ab. Zwischenzeitlich musste in Eupen das Königliche Athenäum für eine Woche schließen, da durch fehlendes Heizöl kein Unterricht abgehalten werden konnte.[27] Infolge der ausbleibenden Lieferungen kam es an vielen Tankstellen, auch in Eupen an der Herbesthaler Straße, zu Schließungen mangels vorhandenen Treibstoffs. Andere Tankstellen verkauften nur Kleinstmengen pro Person. Knapp hinter der Grenze, in Aachen, war die Benzinversorgung problemlos möglich, allerdings zu einem weitaus höheren Preis. Bereits Ende März 1974 einigte sich die Regierung auf eine Preiserhöhung für veredeltes Rohöl, um den aufgezwungenen Lieferengpässen entgegenzuwirken.[28]

Die an den Ölpreis gekoppelten Transportkosten stiegen entsprechend und hatten die Verteuerung aller Pro-

Durchschnittliche Inflation

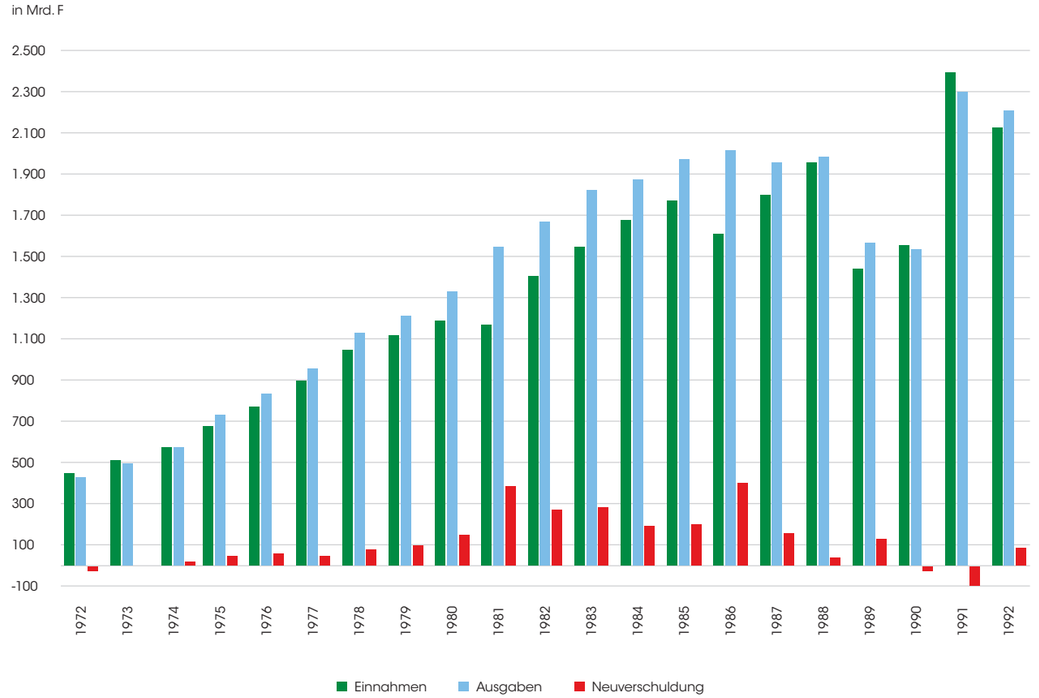


Inflation, gemessen an Verbraucherpreisen, in Belgien und den Nachbarländern Deutschland, Frankreich und Niederlande 1970-2022 im direkten Vergleich.

duktgruppen zur Folge. Produkte, bei deren Herstellungsprozess ebenfalls Rohöl oder andere ölbasierte Stoffe eingesetzt wurden, erhielten so einen zusätzlichen Kostenschub. Spürbar waren die Preiserhöhungen früh bei den Lebensmitteln, vor allem bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Die Unternehmen waren, um Rentabilität und Arbeitsplätze zu sichern, darauf angewiesen, die Kostenerhöhungen zumindest teilweise an die Endkunden weiterzugeben.[29]

Als weiteres Kriterium für die Auswirkungen der Ölpreiskrise auf den Alltag der Bevölkerung kann die Inflation, basierend auf dem Anstieg der Verbraucherpreise, herangezogen werden. Diese spiegeln die Kostensteigerungen für das alltägliche Leben der Bevölkerung wider. Im Vergleich zu anderen europäischen Staaten verstärkte sich die Inflation in Belgien 1973 anfangs deutlich abgemildert, wuchs dann aber 1974 exponentiell auf ein in Europa führendes Niveau an. Von den Nachbarländern litt nur Frankreich unter einem ähnlichen Anstieg, der sich aber anders als in Belgien bereits im Folgejahr umkehrte. Während die durchschnittlichen Inflationsraten in Belgien 1974/1975 bei über 12 % lagen, galten für die Nachbarländer deutlich andere Werte.[30] Unterschiedliche Vereinigungen machten die Inflation und dadurch bedingte Maßnahmen zur Bewältigung des Alltags zum Thema, um die Bevölkerung zu unterstützen. In Ostbelgien veranstaltete zum Beispiel die Frauenliga Oberstadt in Eupen einen Themenabend zu Preissteigerungen von Waren und Dienstleistungen, der allen Bürgern und Bürgerinnen offenstand, um sich auszutauschen und über das Thema zu informieren.[31] Die Grafik zur durchschnittlichen Inflation zeigt, dass die Niederlande und Deutschland die Verbraucherpreise merklich besser kontrollieren und vollständige Preisexplosionen, wie sie sich in Belgien und Frankreich ereigneten, verhindern konnten. Dennoch gelang es Belgien ab 1975, sich der Kursentwicklung der Niederlande und Deutschlands anzunähern und die Inflation bis 1978 so weit einzudämmen, dass sie wieder auf Vorkrisenniveau lag. Frankreich im direkten Vergleich gelang dies nicht. Gleiches galt auch im Zuge des zweiten Ölpreisschocks, Frankreichs Verbraucherpreise explodierten erneut auf die Dimension von 1974. Im Zuge des zweiten Ölpreisschocks schaffte der belgische Staat es, die Inflation frühzeitig zu stoppen, sodass die

Staatsfinanzen



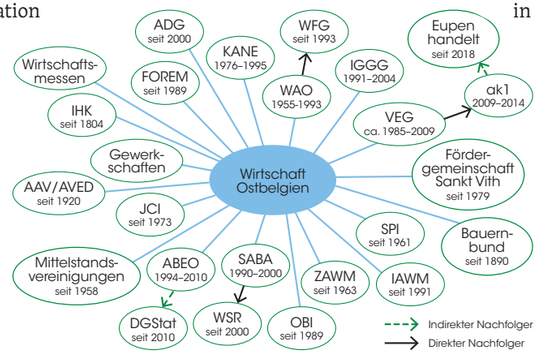
Belgische Staatsfinanzen 1974-1992.

Spitze um mehr als ein Drittel geringer ausfiel als 1974, allerdings stieg die Inflation länger an als in den Nachbarländern. Der Abbau der Inflation in Belgien erfolgte ab 1982 äußerst erfolgreich, und schon 1984 lag die Inflation unterhalb des Vorkrisenniveaus von 1973. Im Folgejahr 1985 wurde dieser Wert nochmals um 30 % unterschritten.

In vielen Bereichen fing der Staat die entstandenen Kosten durch eine zusätzliche Subvention auf, bei gleichzeitig höherer Last an Sozialausgaben.[32] Dies half zwar, die Inflation zu hemmen und den Arbeitsmarkt zu stabilisieren, führte aber auch zu einer ansteigenden Neuverschuldung. Das globale Wachstum der Industriestaaten, das voranschreitende Konsumzeitalter und der gestiegene Wohlstand lassen sich auch in Belgien anhand des Anstiegs des Staatshaushalts in der Abbildung Staatsfinanzen ablesen. Jedoch fällt direkt ein Ungleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben auf, eine nicht ungewöhnliche Folge der unterschiedlichen Wirtschaftssysteme des demokratischen Kapitalismus und der Gewährung von Staatskrediten.[33] Der Aufschwung der frühen 1980er wurde durch eine fiskalpolitische Maßnahme getragen, der belgische Staat passte die Wechselkurse des belgischen Francs an. Die Abwertung des Francs erfolgte 1982 und konnte den innereuropäischen Handel für Belgien beflügeln, hatte aber auch positive Wirkungen auf den internationalen Außenhandel, da die belgischen Waren nun günstiger angeboten wurden.[34] In Summe konnten so deutlich mehr Exportüberschüsse erzielt werden, die sich positiv auf die Neuverschuldung auswirkten.

Während die Inflation bereits nach dem ersten Ölpreisschock rückläufig war, ließ der Arbeitsmarkt ein Aufatmen während der 1970er Jahre noch nicht zu. Die Überwindung der wirtschaftlichen Krise in Belgien war, bezogen auf die

unmittelbar für die Bevölkerung relevanten Aspekte, Mitte der 1980er Jahre abgeschlossen. Vorsichtig stellte sich eine Aufbruchsstimmung ein, die Zeit der Krise bewältigt und eine neue Wachstumsphase betreten zu haben. Die Daten zur Inflation und auch zum BIP zeigen im europäischen Vergleich, dass der belgische Staat problemlos mit seinen Nachbarstaaten mithalten kann und auch international gut positioniert ist. Belgien behauptet sich wirtschaftlich ungeachtet der Krisen dabei nicht nur im oberen Mittelfeld, sondern kann trotz der montanindustriellen Altlasten die Position dort ausbauen.[35] Davon profitiert auch die deutschsprachige Minderheit im Osten Belgiens.

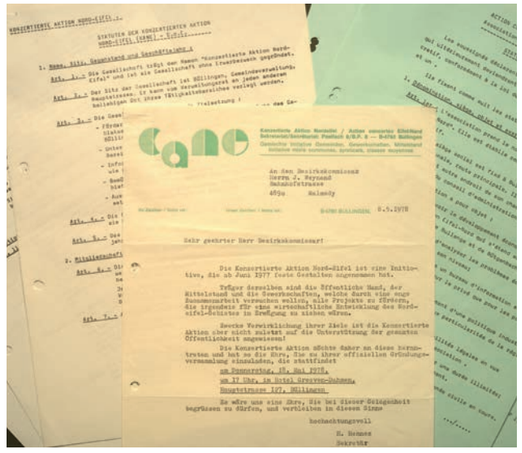


Wirtschaftsvereinigungen in Ostbelgien (Auszug).

Institutionen, Vereinigungen und Dorfgemeinschaften als Anker der lokalen Wirtschaft

Neben einer großen Vielfalt von Vereinen im Bereich der Freizeit gibt es in Ostbelgien eine Reihe von Organisationen und Vereinsstrukturen im Bereich Wirtschaft. Eine Vielzahl der Einrichtungen aus diesem Bereich befasst sich schwerpunktmäßig mit der Verwaltung, Förderung, Interessenvertretung oder Beratung von Bürgern oder Unternehmen. Einige davon sind zentrale Elemente des Sozialstaats, die durch ausgeweitete Autonomiebefugnisse der DG an diese durch die Wallonie oder den Föderalstaat übertragen wurden. Neben der DG selbst als Initiator sind aber auch Privatpersonen, Unternehmen oder Vereinigungen als Gründer oder Mitglieder aktiv. Stellvertretend können hier als bekannteste Bereiche die des Arbeitsamtes oder der Berufsausbildung, IAWM und ZAWM, genannt werden. Die schiere Anzahl an Vereinigungen zeigt bereits, wie engmaschig verknüpft und komplex das Wirtschaftsgeschehen in der Praxis verzahnt ist.

Als Reaktion auf die durch die Ölpreiskrise verursachte Wirtschaftskrisenphase der 1970er Jahre entstand durch Kooperation der Christlichen Gewerkschaft CSC, der ostbelgischen Mittelstandsvereinigung und der Kommunen Amel, Büllingen und Bütgenbach die Vereinigung KANE (Konzertierte Aktion Nordeifel). Bereits in informeller Konstellation nahm diese Gruppe ihre Arbeit 1976 auf und verfestigte ihre Struktur als offizielle Vereinigung 1978.[36] Ziel war es, durch diese Zusammenarbeit an einem Strang zu ziehen, gemeinsam Anträge zu stellen und Förderungen zu erhalten, anstatt um provinziale oder föderale Zuschüsse zu konkurrieren. Es galt, die Region gemeinschaftlich wirtschaftlich zu stärken, kleine und mittlere Unternehmen zu fördern und neue Arbeitsplätze zu generieren. Die bedeutendsten Erfolge der KANE waren sicherlich die Ansiedlung des neuen Produktionsstandortes von Anhängerbau Faymonville in Büllingen im neu errichteten Gewerbe-/Industriegebiet, verlängerte Öffnungszeiten für den Grenzübergang Losheimergraben oder die Möbelwerke Palm in Büllingen. Auch die Schnellbusverbindung Vennliner war ein Kind der KANE. Diese Pro-



Nach bereits ersten erfolgreichen Aktionen wird 1978 eine feste Struktur für KANE angestrebt.

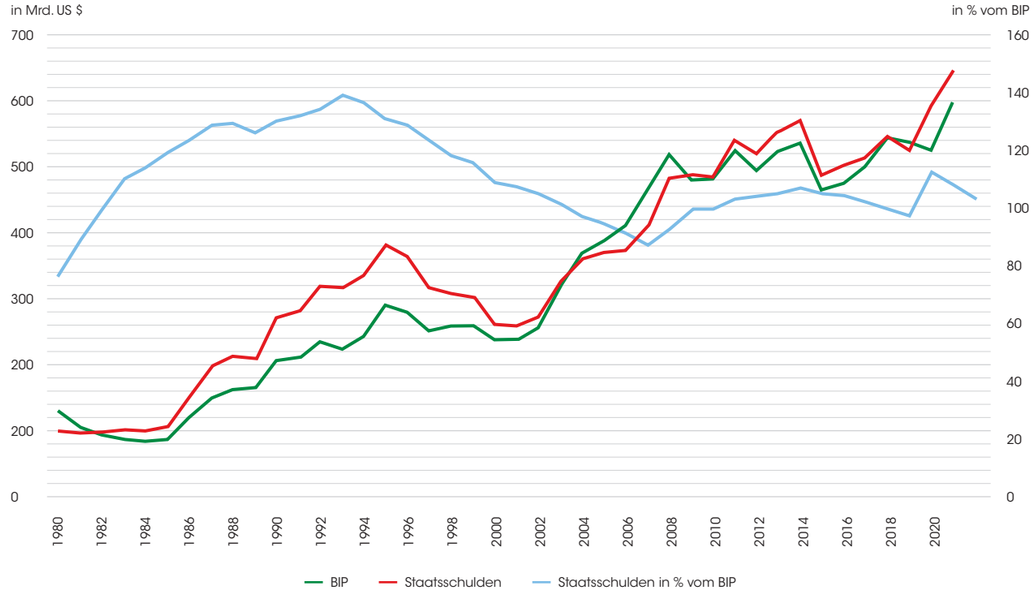
duktionsstandorte halfen zusätzlich, den Umschwung von der Landwirtschaft zu anderen Zweigen sozialverträglich zu gestalten.[37]

Aufbruch in neue Welten – die EU und der Umbruch der Märkte

Einen ambivalenten Einfluss hatten die weiteren Entwicklungen hin zur Europäischen Union. Das Schengener Abkommen 1985, die Konstituierung der EU 1993 und die Einführung einer gemeinsamen Währung hatten sowohl für die private Reisefreiheit und den Warenhandel als auch für den Arbeitsmarkt in der Grenzregion eine enorme Bedeutung. Während insbesondere im privaten Bereich viele Vorteile und Freizügigkeiten in den Alltag Einzug fanden, verursachten diese Maßnahmen auch Sorgen oder gar Ängste auf dem ostbelgischen Arbeitsmarkt.[38] Durch erleichterte Zugangsbedingungen zum Arbeitsmarkt der benachbarten Länder, die mit höheren Lohnzahlungen lockten, verschärfte sich die Lage für die ostbelgischen Unternehmen im Kampf um Arbeitskräfte. Dazu kamen auch neue Konkurrenzprodukte und -dienstleistungen im Heimatmarkt, die einfacher und günstiger als zuvor eingeführt werden konnten und somit auch die Wettbewerbsfähigkeit herausforderten. In dieser anfänglichen Situation dominierten – mangels entsprechender Anreize für einen umgekehrten Effekt – die negativen Auswirkungen. Gepaart mit den Ausläufern der Ölpreiskrise stellte das Ende des 20. Jahrhunderts, ökonomisch gesehen, die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens vor große Herausforderungen. Doch stellten sich die Befürchtungen durch die europäischen Einheitsentwicklungen schnell als unbegründet heraus. Die belgische und damit auch die ostbelgische Wirtschaft wurde nicht stärker bedroht, sondern konnte sich von den Strapazen der Vorjahre erholen und bemerkenswerte Fortschritte hinsichtlich ihres Wirtschaftswachstums erzielen.

Bereits Ende der 1980er Jahre gelang es dem belgischen Staat erstmalig, seinen Schuldenanstieg wieder zu reduzieren. Dabei war von 1988 bis 1989 zusätzlich ein Rückgang der Neuverschuldung und der Gesamtschulden zu verzeich-

BIP und Staatsschulden



BIP und Staatsschulden Belgiens 1980-2021.

nen. Eine wirkliche Erholung trat aber erst in den 1990er Jahren ein. Ein Blick auf das BIP und die Staatsschulden zeigt deutlich, dass ab 1994 letztlich eine lange Phase der wirtschaftlichen Rekonvaleszenz startete.[39] Bedingt durch die sich entspannende wirtschaftliche Lage und eine weitere Konsolidierung Mitte der 1980er Jahre reduzierte der belgische Staat seine Kreditlast und senkte die jährlichen Ausgaben zur Bedienung von Krediten deutlich. Die Folgejahre waren dadurch und durch Sparmaßnahmen des Staates bezüglich der Investitionspolitik von einem spürbaren Rückgang der Neuverschuldung geprägt. So gelang es dem Staat Anfang der 1990er Jahre sogar erneut, einen Überschuss zu erwirtschaften. Die Freude hielt nicht allzu lange an, da sich Anfang der 1990er Jahre eine Wachstumsflaute der Weltwirtschaft abzeichnete, die sich auch auf den belgischen Staat auswirkte. Die Leitwirtschaft in den USA schwächelte, im Nahen Osten tobte der zweite Golfkrieg und die ausgebliebenen oder geringeren Inlandsinvestitionen der Vorjahre in Belgien machten sich bemerkbar. Die enge wirtschaftliche Verflechtung mit der Bundesrepublik Deutschland war dabei nicht hilfreich. Durch die deutsche Wiedervereinigung reduzierte sich Anfang der 1990er Jahre deren wirtschaftliche Leistung, das Wirtschaftswachstum wandelte sich hin zu einer Rezession und die Arbeitslosenquote stieg an. Dies führte zwangsläufig auch zu Rückgängen im innereuropäischen Handel und bei Auslandsinvestitionen durch die BRD.[40]

Bis 1995 wuchs die Neuverschuldung in Belgien wieder an, teils auch bedingt durch die schlagartige Verschlechterung des belgischen Arbeitsmarktes ab 1990, die die Sozialkosten entsprechend in die Höhe trieb. Die Zahl der Arbeitslosen erhöhte sich von 1990 bis 1994 um 137.939 Personen. Die Darstellung der Arbeitslosenquote zeigt die tatsächliche Entwicklung unter Berücksichtigung des Bevölkerungsanstiegs. Es ist zu erkennen, dass die Arbeitslosenquote einen Anstieg von 21 % verzeichnete und damit den Wert von 10,9 % erreichte, einen zu diesem Zeitpunkt neuen Spitzenwert und vorläufigen Höhepunkt. Ab 1995 sank die Arbeitslosenquote wieder. Auffallend sind zu diesem Zeitpunkt die regionalen Entwicklungen. Während sich in Flandern der Arbeitsmarkt im Gesamten wieder verbessert, fällt der Rückgang der Arbeitslosigkeit in der Wallonie deutlich geringer aus. Im Jahr 2000 war die Arbeitslosenquote in der Wallonie um fast 49 % höher als in Flandern, während es 1985 nur 19 % waren. Im selben Zeitfenster lassen sich auch positive Ergebnisse hinsichtlich der Inflation erkennen. Diese unterlag zwar auch kleineren Schwankungen, hatte aber abseits einer geringfügigen Erhöhung 1990 auf 3,45 %, was immer noch etwa 2 % geringer war als vor der Ölpreiskrise, bis zur Finanzkrise 2008 keine nennenswerten Ausschläge und deutet somit auf relativ stabile Verbraucherpreise hin.

Während die Staatsschulden bis 1994 ein Niveau von 138,9 % des jährlich erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukts erreichten, sanken sie bis zur Weltfinanzkrise 2008 auf 87,3 % des BIP. Diese Ergebnisse gingen aber zeitgleich auch mit finanziellen Einschnitten im Staatshaushalt einher, das BIP sank in dieser Zeit ebenfalls.[41] Die absoluten Staatsschulden reduzierten sich von 1995 bis 2001 kontinuierlich. Ausgehend von 378,2 Mrd. US$ 1995 erfolgte eine Reduktion um fast 33 % auf eine Gesamtverschuldung von 256,2 Mrd. US$ im Jahr 2001. Gleichzeitig erfolgte aber auch eine Reduzierung des BIP um 18 %. Hinsichtlich der Sorgen bezüglich der Euroeinführung lassen sich am Verlauf des BIP keine Indizien dazu erkennen, im Gegenteil steigt das belgische BIP von 2001 bis zur Weltfinanzkrise massiv an, in Summe ein Anstieg um 118 %. Was die generelle Wirtschaftsstruktur angeht, waren vor allem die 1980er und 1990er Jahre stark durch einen Rückgang der Industrie zugunsten der Dienstleistungsbranche geprägt. Beflügelt durch eine boomende Globalisierung wurden verstärkt Produktionsstätten auch für heimische Güter ins Ausland verlegt. Grund dafür waren die niedrigen Löhne bei steigenden Produktionsstandards in den entsprechenden Staaten, allen voran in Osteuropa oder im asiatischen Raum, aber auch die in diesen Ländern verfügbaren Ressourcen und einfachere und günstigere Abbaumöglichkeiten.[42]

Für die Deutschsprachige Gemeinschaft war dies nur indirekt relevant, denn der wirtschaftliche Kern lag und liegt nicht auf großen industriellen Produzenten, sondern war vielmehr durch viele kleine und mittelständische Unternehmen geprägt. Diese stammten zwar auch aus dem Bereich Industrie, aber der überwiegende Anteil war schon zu diesem Zeitpunkt im Dienstleistungssektor verankert. Mit dem Ausbau der eigenen Verwaltungsstrukturen infolge der Staatsreformen kam hier die öffentliche Verwaltung verstärkt als Arbeitgeber hinzu. Aus der Perspektive des Arbeitsmarktes waren die DG und ihre Verwaltungsstrukturen verantwortlich für die Schaffung vieler neuer Arbeitsplätze in dem zu diesem Zeitpunkt ohnehin dominierenden tertiären Sektor. Im Kern handelt es sich hier um EDV-gestützte Büro- und Verwaltungstätigkeiten. So dauerte es nicht lange, bis die DG selbst auch zum größten Einzelarbeitgeber in Ostbelgien wurde und damit die Industrieunternehmen wie das Kabelwerk Eupen oder NMC weit hinter sich ließ. Zu den Verwaltungsstrukturen kommen auch noch das gesamte Bildungssystem, das sich ebenfalls als Dienstleistungsbereich teilweise in der öffentlichen Hand befindet, und der Gesundheits- und Pflegesektor in Form der Krankenhäuser in Eupen und Sankt Vith oder der Pflegeeinrichtungen für Senioren.



Industriegebiet Eupen 1984 mit dem Gebäude der Firma Noel-Marquet S.A. Eupen damals noch in der Hochstraße und dem Maxi-G.B.-Complex in der Herbesthaler Straße, dahinter Gewerbestraße mit den Firmen Ohn, Lance, Kalscheuer.

Die Wende zum 21. Jahrhundert war ökonomisch stark von der EU-Währungsreform beeinflusst, die die Umstellung auf den Euro als Gemeinschaftswährung und den Start des Eurobargeldes 2002 bedeutete. Die Einführung des Euro ließ kurzzeitig die Ängste und Sorgen der 1980er aufleben, die jedoch angesichts der Vorteile einer gemeinsamen Währung, insbesondere innerhalb der Grenzregion, schnell wieder verschwanden. Das Umrechnen der Preise und das ständige Wechseln von Währungen gehörten nach einer kurzen Übergangsphase der Vergangenheit an. Dennoch verursachte die neue Währung Argwohn in der Bevölkerung. Man befürchtete, dass mit der Währungsumstellung eine generelle Teuerungswelle auf die Bürger zukäme oder einzelne Unternehmen versteckte Preiserhöhungen durchsetzen würden.[43] Für die EU als größten einheitlichen Binnenmarkt stellte der Euro als Gemeinschaftswährung einen Meilenstein im innereuropäischen Handel dar.

Strukturwandel zwischen Schokolade, Schaumstoff und Textilien

Dass der Strukturwandel nicht immer nur eine sektorale Verschiebung abbildet, sondern auch intrasektoral, insbesondere auf lokaler Ebene, erfolgreich verläuft, zeigt sich

gut am vorliegenden Beispiel in Eupen und Eynatten. Strukturwandel und Globalisierung verändern die Bedürfnisstruktur von Gesellschaften, aber auch den Unternehmensalltag und führen zu Umstrukturierungen der Wirtschaftsstruktur in der Region. Dabei ist es wichtig, bestehenden Unternehmen Raum zum Wachstum zu geben. Im vorliegenden Fall verschiebt sich der intrasektorale Schwerpunkt von der Lebensmittelindustrie (Schokolade) in die Konsumgüter- und Baustoffindustrie (synthetische Schaumstoffe). Gleichzeitig findet dort aber auch eine sektorale Verschiebung hin zum Dienstleistungsbereich (Verkauf und Leasing von Berufskleidung und gewerblichen Textilien sowie die Reinigung derselben) statt. Entscheidend dabei ist, dass die Region dadurch in Summe keine Arbeitsplätze verliert, sondern neue dazugewinnt.

Im Mai 2019 schloss die Baronie-Gruppe ihre letzte verbliebene Betriebsstätte in Eupen, es war das Ende einer beinahe hundertjährigen Schokoladenliaison.[44] 1923 verlegte die damalige Chocolaterie A. Jacques SA ihren Stammsitz nach Eupen, und neben der Hauptproduktion war auch der gesamte Verwaltungsbereich vor Ort. Im Zuge der Nachkriegszeit und damit einhergehenden Modernisierungen war das Unternehmen bereit für die Expansion und erlebte eine blühende Entwicklung. Bereits zu Beginn der 1970er Jahre standen weitere Neubauten in Eynatten im Industriegebiet Rovert an.[45] Dort erfolgte eine Erweiterung des Produktionsstandortes Eupen. Doch die 1970er Jahre brachten auch einen Umbruch. Die allgemeine wirtschaftliche Situation, aber auch starke Konkurrenz führten dazu, dass die Chocolaterie Jacques sich anderen Verbünden anschließen und sogar Teil anderer Gruppen werden musste. Der neue Produktionsstandort in Eynatten litt bereits 1975 an den Folgen der Ölpreiskrise und musste im weiteren Verlauf aufgegeben werden.[46] Die Eingliederung in die Kölner Stollwerck-Sprengel-Gruppe 1982 führte aber auch zu einer erneuten Aufschwungphase, die mit der Errichtung neuer Betriebsgebäude im Eupener Industriegebiet Herbesthal einherging. Wenige Jahre später, 1993, folgten weitere Erweiterungen vor Ort und auch die Errichtung eines Schokoladenmuseums. Weitere Wechsel bzw. Übernahmen der Muttergesellschaft Stollwerck-Sprengel durch Baronie führten in den 2000er Jahren jedoch zum Abbau von Produktionskapazitäten und zur Verlagerung der Schokoladenproduktion an günstigere Standorte.[47]



Überbleibsel eines alten Industriebetriebs und Erinnerung an Schokolade Made in Eupen.

Während sich Jacques nach der Konsolidierung auf den Eupener Produktionsstandort konzentrierte, kam mit dem auf Spezialschaumstoffe ausgerichteten Unternehmen NMC ein entscheidender Interessent für den Standort Eynatten auf, der schlussendlich das gesamte Areal in Eynatten übernahm. NMC befand sich zu diesem Zeitpunkt im Aufschwung und benötigte Flächen vor Ort für das Firmenwachstum. Anfang der 1980er Jahre forcierte das Unternehmen eine Konzentration seiner Mitarbeiter in Eupen. Aus Alt- oder fremdübernommenen Firmenstandorten, z. B. in Dolhain oder Lüttich, sollten Mitarbeiter in die Standorte der heutigen DG transferiert und diese Fremdstandorte geschlossen werden. Gleichzeitig kam es aber auch zu weiteren Neu- und Ausgründungen von Tochterunternehmen, wie der nomadis sa im Jahr 1982, die ebenfalls direkt am Eupener NMC-Standort in der Hochstraße in einem extra dafür errichteten Gebäude ihre Tätigkeit begann. Das Unternehmen führte binnen kurzer Zeit nicht nur Bauarbeiten in Eupen, sondern auch Umbauarbeiten in Eynatten durch. Bereits 1983 begann es zusätzlich mit der Produktion in Eynatten. Zeitgleich bot das Areal zu diesem Zeitpunkt auch noch Potenzial für ein zukünftiges Unternehmenswachstum. Weitere in Eupen ansässige Firmenbereiche zogen im Verlauf der 1980er Jahre mangels



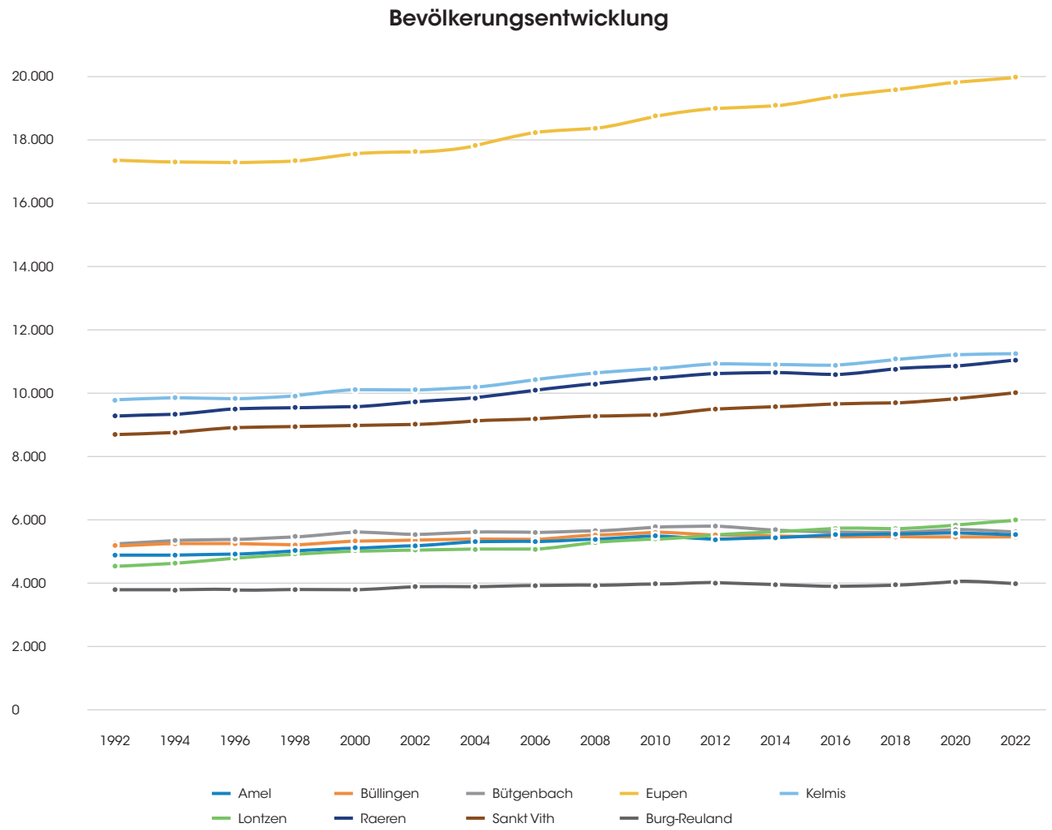
Polytex Geschäftsräume in unmittelbarer Nähe zum ehemaligen Jacques Areal im Industriegebiet Herbesthal.

Platzes zur Expansion von Eupen nach Eynatten um und erhielten nicht nur neue Betriebsgebäude, sondern vergrößerten somit auch den dortigen Standort.[48]

In den Folgejahren wurden nicht nur die Produktionshallen erweitert, sondern es wurde auch der gesamte ostbelgische Unternehmensbereich nach Eynatten verlagert. Zusätzlich realisierte NMC 2018 auf dem Firmenareal eine weitere bauliche und energetische Maßnahme in Form eines großen Solarparks. Dieser erweiterte die ohnehin bereits installierten Module. Dabei wurde neben Bodenfläche auch ein Großteil der Dächer der Produktions- und Lagerhallen verwendet, um die 6.816 neuen Photovoltaikmodule zu installieren. Mit insgesamt beinahe 9.000 PV-Modulen stellt er den größten Solarpark der DG dar.[49]

Zu guter Letzt stand noch eine Nachnutzung für das ehemalige Jacques-Areal in Herbesthal aus. 2022 fand sich mit Polytex auch ein Übernahmekandidat für diesen Standort. Polytex unterhielt bereits seit 1996 ein Geschäft für Berufskleidung in der Eupener Industriezone und erweiterte seine Betriebskapazitäten 2011 mit einem Neubau in direkter Nachbarschaft zur Chocolaterie Jacques. Nachdem das Unternehmen bereits 2008 die Sankt Vither Wäscherei Le Cygne übernommen hatte, war die Wäschereitätigkeit auf Eupen und Sankt Vith verteilt. Nun sollten die beiden Wäschereien in Eupen in der Nähe des Stammsitzes zusammengeführt werden und damit den Standort Eupen stärken. Gleichzeitig wurden Teile des Areals und auch Büroräume an andere Unternehmen vermietet.[50]

Weder der Standort in Eynatten noch der in Herbesthal fristeten ein Dasein als Industrieruine, was zeigt, dass die Region Ostbelgien ein zukunftsträchtiger Wirtschaftsstandort ist, wenn die notwendigen infrastrukturellen Investitionen erfolgen. Durch die Wiederbesiedlung mit anderen Branchen wird diesem Wirtschaftsstandort im Rahmen der neuen Bedürfnisse ein neuer Zweck zugeführt. Ostbelgische Betriebe, die ihre Geschäftstätigkeiten erfolgreich ausweiteten und einen neuen Standort suchten, fanden an den ehemaligen Chocolaterie-Jacques-Standorten ihre neue Heimat. Durch die Expansion der Neuansiedlung entstanden wiederum neue Arbeitsplätze in zugleich unterschiedlichen Spezialgebieten, die an die Stelle der alten vor Ort verfügbaren Arbeitsplätze rückten. Dabei profitierten sowohl Industrie als auch der Dienstleistungsbereich und Vergangenheit verschmilzt mit der Zukunft.



Bevölkerungsentwicklung der Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft 1992-2022.

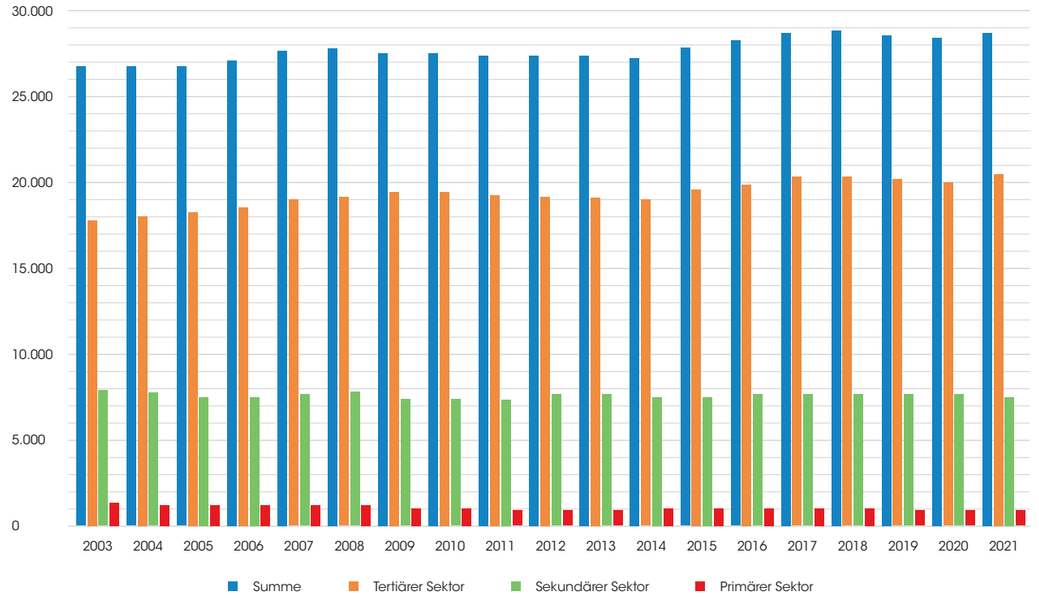
Zwischen Aufholprozess und Zukunftsvision – Ostbelgien im 21. Jahrhundert

Die demografische Entwicklung in Belgien weist einen kontinuierlichen Anstieg der Bevölkerungszahlen auf. Hierbei gibt es aber Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen und ein Stadt-Land-Gefälle. In Belgien ist dabei der Bereich Kleinstadt oder Vorort besonders ausgeprägt. Insbesondere seit den 1990er Jahren lässt sich ein globaler Trend zur Urbanisierung und zu damit einhergehenden Bevölkerungsverschiebungen zuungunsten des ländlichen Raums erkennen. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts wird erstmalig die Marke erreicht, an der weltweit mehr Menschen in Städten als auf dem Land wohnen.[51]

Das gesamte Gebiet der DG, auch abseits der kleinen Zentren/Städte, muss als ländlich bzw. ländlich geprägt bezeichnet werden. Die Bevölkerungsentwicklung der gesamten Region steigt an. Dies gilt insbesondere auch abseits der Zentren der DG: Eine massive Abwanderung der Bevölkerung aus der DG weg in Richtung innerbelgische Regionen oder international lässt sich nicht feststellen. Seit 1992 ist die ostbelgische Bevölkerung in der DG von 68.184 um knapp 15 % auf 78.604 Personen gewachsen, dies entspricht prozentual auch dem nationalen Trend der Steigerung der Gesamtbevölkerung. Hierbei weicht die DG allerdings auch vom Durchschnittswert der Wallonischen Region ab, auf deren Gebiet sich die Gemeinden der DG befinden. Während Flandern den Durchschnitt von 15 % erfüllt, liegt die Hauptstadtregion Brüssel mit 28,5 % deutlich darüber und die Wallonie mit 11,8 % unter dem Durchschnitt.[52]

Gleichzeitig lassen sich Unterschiede in der Bevölkerungsentwicklung innerhalb der DG feststellen. Aufgrund der höheren Bevölkerungszahlen von Eupen und der in Summe größten absoluten Steigerung der Bevölkerung täuscht der Aufwärtstrend des Graphen optisch über den tatsächlichen Anstieg der Bevölkerung im Vergleich zu den anderen Gemeinden. Den prozentual höchsten Bevölkerungsanstieg kann mit weitem Abstand Lontzen verzeichnen. Die Bevölkerung hat sich von 1992 bis 2022 um 32,7 % gesteigert. Danach folgen die Gemeinden Raeren mit 19,3 % und Amel mit 16,7 %. Alle drei Gemeinden weisen somit ein deutlich überdurchschnittliches Wachstum, auf. Auf der anderen Seite weist Büllingen mit einem Wachstum von 5,7 % das geringste Bevölkerungswachstum auf, dicht gefolgt von Burg-Reuland mit 5,9 % und Bütgenbach mit 9,3 %. Die anderen Gemeinden weisen Wachstumswerte um 15 % auf. Entscheidend ist aber, dass die Bevölkerung in allen Gemeinden wächst. Die beiden kleinsten Gemeinden verzeichnen das geringste Wachstum, während die drittkleinste Gemeinde, Amel, das drittgrößte Wachstum aufweist. Die mittelgroße Gemeinde Lontzen ist der absolute Spitzenreiter in Bezug auf das Bevölkerungswachstum. Die beiden größten Gemeinden Eupen und Kelmis liegen exakt im Umfeld des Durchschnitts. Der Trend einer Verstädterung lässt sich somit innerhalb der DG nicht erkennen. Im Gegenteil, es besteht in Summe eher eine Anziehungskraft, sich im ländlichen Bereich der DG niederzulassen. Es ziehen allerdings auch verstärkt jüngere Ostbelgier nach Eupen, vor allem zu Beginn ihrer Ausbildung oder beruflichen Laufbahn. Diese wandern aber im mittleren Arbeitsalter aus der Stadt in die dörflichen Gemeinden ab.[53] Überdies ziehen verstärkt seit den 2000er Jahren Bewohner der Stadt Aachen in das benachbarte Ostbelgien in eher ländlich geprägte Gemeinden. Dieser Effekt steht in engem Zusammenhang mit der EU und insbesondere der Währungsreform, die das Konzept „In einem Land arbeiten – im anderen leben“ förderten und quasi auch als europäisches Leitbild der sozioökonomischen Freizügigkeit proklamierten.[54]

Beschäftigte und Verteilung



Verteilung der Beschäftigten in der DG nach Sektoren 2003-2021.[55]

Auch in Ostbelgien steht das 21. Jahrhundert im Zeichen der Digitalisierung. Den frühesten und am stärksten verbreiteten Einfluss hat die Digitalisierung im Dienstleistungssektor. Dieser ist zugleich und auch dank der Digitalisierung der in Ostbelgien dominante Wirtschaftssektor, sowohl beim Bruttoumsatz als auch beim Beschäftigungsgrad. Auch industrielle und handwerkliche Betriebe nutzten verstärkt digitale Lösungen, auch hier zuerst im Verwaltungsbereich, bevor seit den 2000er Jahren die Digitalisierung verstärkt in den Konstruktions- und Produktionsprozess einzog. Maßnahmen wie die Ausweisung neuer Industriezonen, zum Beispiel in Sankt Vith, halfen, einer Deindustrialisierung entgegenzuwirken und vor allem den industrie- und handwerksorientierten Mittelständlern Ansiedlungs- und Ausbauoptionen zu bieten. Diese Areale wurden außer für Neuansiedlungen vor allem zur Modernisierung von etablierten Betrieben genutzt. Der Großteil der Beschäftigten im sekundären Sektor findet sich im Norden der DG. Allein die drei Unternehmen Kabelwerk Eupen, NMC und Hydro Extrusion Raeren stellen 20 % der Beschäftigten des sekundären Sektors und gehören damit zu den bedeutendsten Unternehmen der ostbelgischen Wirtschaft. Zusätzlich sind die beiden erstgenannten in Ostbelgien gegründet wurden.[56]

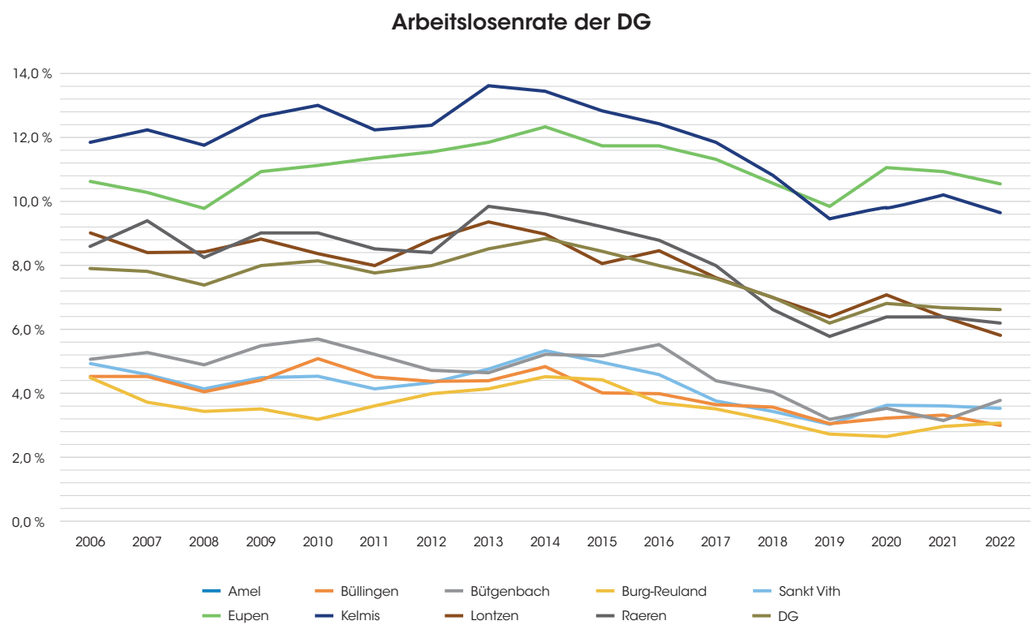
Abseits einiger geringfügiger Schwankungen zeigt sich ein positiver Entwicklungstrend bezüglich der Anzahl der Arbeitnehmer in der DG. Innerhalb des Zeitraums 2003 bis 2021 gibt es eine Steigerung der Beschäftigten um 7 % von 26.598 auf 28.488 Personen. Der klare Verlierer ist der primäre Sektor, der durchgehend Beschäftigte einbüßt. Die Schrumpfung beträgt im dargestellten Zeitfenster fast 30 %, von ursprünglich 1.136 Personen sind 2021 nur noch 801 im primären Sektor, der Landwirtschaft, tätig. Der sekundäre Sektor, primär die Industrie, weist einen deutlichen Rückgang bis 2009 auf. Von 2003 bis 2009 reduziert sich die Beschäftigtenzahl um 562 Personen, was einem Rückgang von etwa 8 % entspricht, steigert sich jedoch wieder und stabilisiert sich bei 7.441 Beschäftigten im Jahr 2021. In Summe bleibt aber dennoch ein Rückgang von knapp 4 %. Folglich ergibt sich bei einer gestiegenen Anzahl an Beschäftigten, dass die Rückgänge und zusätzlichen Beschäftigten durch den tertiären Sektor absorbiert wurden. Der tertiäre Sektor ist von 2003 bis 2021 um 2.549 Personen angewachsen, dies entspricht einem Wachstum von etwa 14 %. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der Beschäftigten zeigt sich deutlich die Dominanz der Dienstleistungsbranche. Sind im Jahr 2003 bereits 66,5 % aller Beschäftigten Teil des tertiären Sektors, erhöht sich dieser Anteil weiter auf 71,1 % im Jahr 2021. In der Landwirtschaft sind zu diesem Zeitpunkt nur noch 2,8 % der Beschäftigten tätig, die restlichen Personen entfallen auf den sekundären Sektor.

Arbeitsmarkt und Wohlstandsgewinn

Abseits der Verschiebungen innerhalb der volkswirtschaftlichen Sektoren gilt es auch zu beobachten, wie sich die Arbeitslosigkeit allgemein innerhalb der DG entwickelte, auch im innerbelgischen Vergleich. Innerhalb der DG lässt sich ein starkes Nord-Süd-Gefälle erkennen, Arbeitslosigkeit ist im Süden der DG weniger stark ausgeprägt und unterliegt auch geringeren Schwankungen als in den nördlichen Gemeinden. Die höchste Arbeitslosigkeit verzeichnen dabei die Gemeinden Kelmis und Eupen. Bis 2018 lag die Arbeitslosigkeit in Kelmis konstant über 11 %, der Spitzenwert lag mit 13,6 % im Jahr 2013. Seitdem ist die Arbeitslosenrate, dem allgemeinen Trend folgend, rückläufig. Ab 2019 ist die Arbeitslosigkeit in Kelmis geringer als in Eupen.

Danach folgen Raeren und Lontzen, die sich im Zeitfenster 2006 bis 2022 zwischen 9 % und 5,8 % Arbeitslosigkeit bewegen. Beide Gemeinden bewegen sich seit 2015 relativ nah am Wert der Gesamtarbeitslosigkeit der DG und seit 2021 liegen ihre Werte auch darunter. Im Vergleich dazu liegt im abgebildeten Zeitfenster die Arbeitslosigkeit in allen südlichen Gemeinden zwischen 5 % und 2,4 %. Trotz der insgesamt eher ländlich geprägten Struktur der DG befindet sich das Ballungszentrum mit dem größten Bevölkerungsanteil im Norden. Diese Zentren weisen allgemein eine höhere Arbeitslosigkeit als rein ländliche Zentren mit geringer Bevölkerung auf. Eine Ursache für die Reduzierung der Arbeitslosigkeit auf dem Land ist das Pendeln zum Arbeiten in die Stadt, was sich umgekehrt eher selten zeigt.[57]

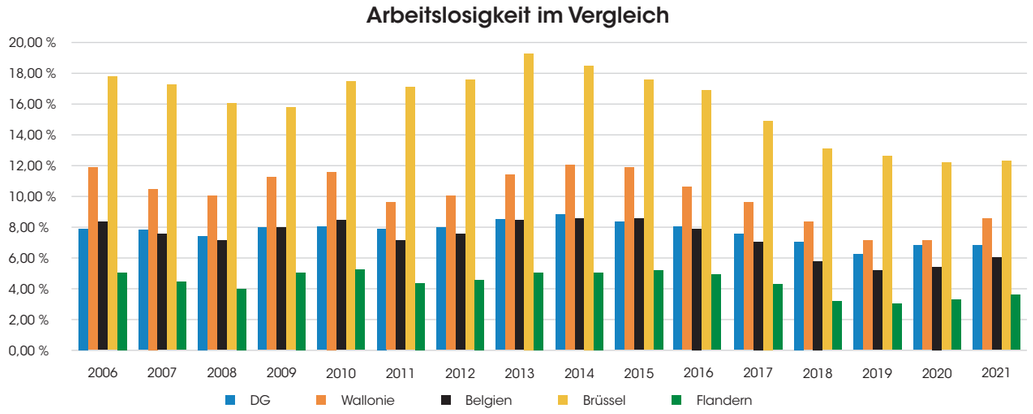
Gravierende strukturelle Unterscheidungen, die zu einer dauerhaft benachteiligten Wirtschaftsstruktur führen, lassen sich nicht feststellen. Allerdings fördert die stärkere industrielle Prägung im Norden konjunkturelle Schwankungen auf dem dortigen Arbeitsmarkt, dies gilt sowohl positiv hinsichtlich steigender Arbeitsplatzangebote, aber auch negativ im Bereich der Arbeitslosigkeit. Diese Phänomene sind nicht ungewöhnlich und lassen sich auch auf



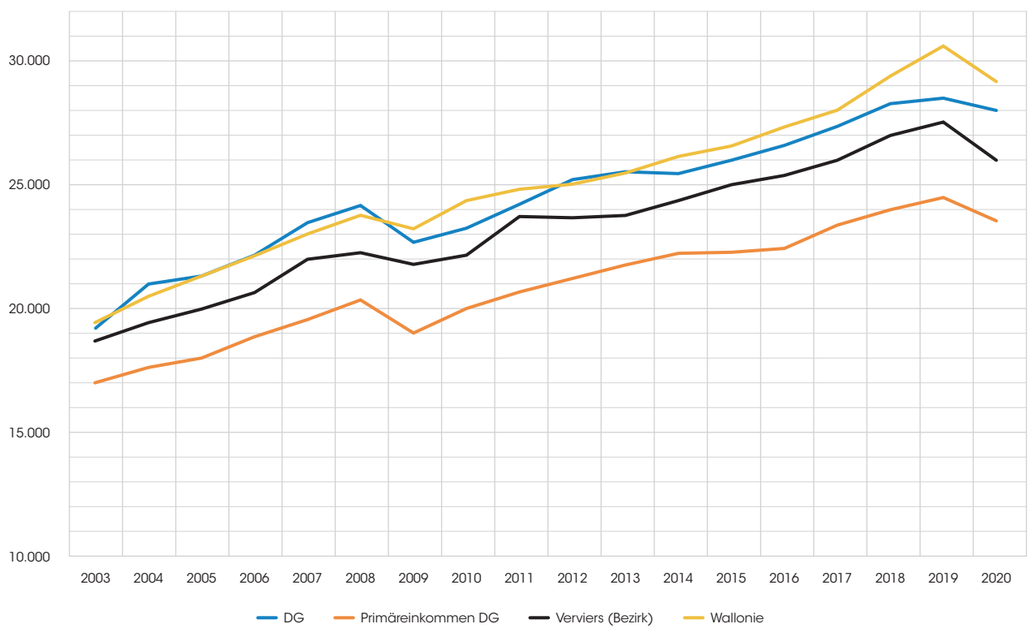
Arbeitslosenrate der DG-Gemeinden 2006-2022.

nationaler Ebene finden. Während die durchschnittliche Arbeitslosigkeit in Belgien von 2006 bis 2021 zwischen 8,6 % und 5,2 % schwankt, sieht dies in der Hauptstadtregion Brüssel gravierend anders aus. Die Arbeitslosigkeit schwankt dort im selben Zeitraum zwischen 19,3 % und 12,2 %. Gleichzeitig muss hier aber auch berücksichtigt werden, dass die Hauptstadt Brüssel der größte Einzelarbeitsmarkt Belgiens ist und auf geringer regionaler Fläche die höchste Anzahl an Arbeitsplätzen zur Verfügung stellt. Zusätzlich sind knapp die Hälfte der Arbeitsplätze in Brüssel selbst durch Pendler besetzt, was den Arbeitsmarkt für die lokale Bevölkerung deutlich erschwert und als Treiber der Arbeitslosigkeit in Brüssel selbst fungiert.[58] Die Arbeitslosigkeit in der DG verläuft eng am nationalen Durchschnitt und liegt damit deutlich unter der Arbeitslosigkeit in der Wallonie oder der Hauptstadtregion Brüssel. Der stabilste Arbeitsmarkt findet sich in Flandern, dort schwankt die Arbeitslosigkeit zwischen 5,2 % und 3 %. Flandern weist zugleich auch personell den größten Arbeitsmarkt auf, da sich dort die höchste Zahl an Erwerbstätigen befindet.

Der allgemeine Trend des Wohlstandsanstiegs in den westlichen Industrieländern lässt sich auch in Belgien nachweisen. Die Anstiege selbst unterscheiden sich aber in ihrer Stärke regional und unterliegen auch den Einflüssen exogener Schocks. Im 21. Jahrhundert müssen in diesem Zusammenhang vor allem die Weltfinanzkrise und die Coronakrise, gefolgt vom Ukrainekrieg, berücksichtigt werden. Hierbei dient das in auf der nachfolgenden Seite dargestellte BIP pro Kopf als Indikator der wirtschaftlichen Leistung und der Graph des Primäreinkommens zusätzlich für die Abbildung des individuellen monetären Fortschritts innerhalb der DG. Wie auch auf nationaler Ebene zeigt sich in der Wallonie ein deutlicher Anstieg des BIP im zeitlichen Verlauf des Graphen. Dies zeigt sich analog im Bezirk Verviers, in dem sich die DG befindet, als auch in der DG selbst. Vereinzelt gelingt es der DG, ein höheres BIP als die Wallonie zu erzielen, überwiegend liegt das BIP der DG dennoch knapp darunter. Im Vergleich zum zugehörigen Bezirk Verviers schneidet die DG deutlich besser ab und liegt durchgehend über dem BIP des Bezirks. Im Vorfeld der Weltfinanzkrise war das Wachstum des BIP der DG überdurchschnittlich stark, was wiederum zu einem stärkeren



Arbeitslosenrate im innerbelgischen Vergleich 2006-2021.

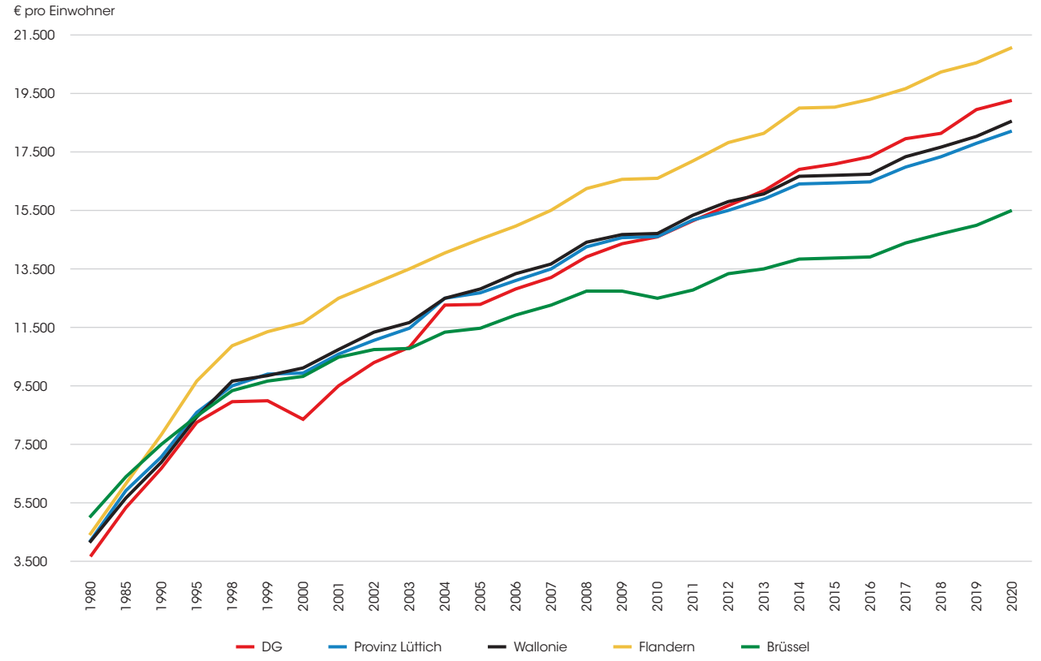


Bruttoinlandsprodukt im Vergleich und Primäreinkommen in der DG 2003-2020.[59]

Rückgang als im Bezirk Verviers oder in der Wallonie ab 2008 führte. Die Erholung setzte trotzdem zeitgleich ein. Ausgehend von 19.302 € erhöhte sich das BIP der DG bis 2019 um 33 % auf 28.529 €. Im Zuge der Coronapandemie sank es nur um knapp 2 % auf 28.013 €. Dies stellt einen deutlichen Unterschied zur Region dar, deren BIP um 5 % und das des Bezirks um 6 % sank. Bereits für 2021 zeichnet sich anhand erster Zahlen der DG eine Steigerung ab, erste Prognosen weisen auf einen Anstieg von 8 % hin.[60]

Der grundsätzliche Trend des erzielten Einkommens in der DG ist positiv, so lässt sich im Zeitfenster 2003 bis 2020 eine Steigerung des Primäreinkommens von knapp 39 % erkennen. In absoluten Zahlen bedeutet dies eine Steigerung von 16.974 € auf 23.523 €. Damit zeigt sich, dass der Aufschwung der wirtschaftlichen Leistung der Region auch bei der Bevölkerung ankommt. Sowohl die Weltfinanzkrise als auch die Coronakrise lassen sich an der Entwicklung des Primäreinkommens erkennen. Von 2008 auf 2009 stellt sich eine Reduzierung des Primäreinkommens von fast 6 % ein, erst im Jahr 2011 ist das Primäreinkommen wieder auf dem Niveau von 2008 und sogar minimal höher. Vor Beginn der Coronapandemie lag das Wachstum 2019 im Vergleich noch bei 44 % und das Primäreinkommen bei 24.463 €. Dies bedeutet im direkten Vergleich mit 2020 eine Schrumpfung um fast 4 % zum vorangegangenen Jahr. In Ergänzung zum Primäreinkommen ist es notwendig, auch die Entwicklung des mittleren Nettoeinkommens pro Einwohner zu analysieren, um das tatsächliche Haushaltseinkommen und seine Veränderungen abzubilden.

Während bis etwa 1990 die Unterschiede in den Nettoeinkommen in den Regionen relativ gering sind, ändert dies sich bereits ab 1995. Ab diesem Zeitpunkt nimmt Flandern eine unangefochtene Führungsrolle beim durchschnittlichen Einkommen ein. Mehr Bewegung gibt es im Vergleich



Mittleres Nettoeinkommen der DG im Vergleich 1980-2020.

Einkommen in der DG, 1980–2005

Mittleres Nettoeinkommen der Bevölkerung in den DG-Gemeinden 1980-2005.

Einkommen in der DG, 2006–2020

Mittleres Nettoeinkommen der Bevölkerung in den DG-Gemeinden 2006-2020.

dazu bei den weiteren dargestellten Gebieten. Während anfangs die DG noch das schwächste Glied darstellt, überholte sie 2003 die Hauptstadtregion Brüssel. Ab 2004 zieht sie gleich mit der Provinz Lüttich und der Region Wallonie, bevor die DG ab 2011 die Provinz Lüttich überholt und 2013 auch das durchschnittliche Nettoeinkommen in der Wallonie übertrifft. Gleichzeitig wird der Abstand in den folgenden Jahren durch die DG noch weiter ausgebaut. Hierbei muss auch berücksichtigt werden, dass der Durchschnittsnettolohn der DG höher ausfällt, da ein großer Teil der Bevölkerung der DG im Ausland zu höheren Nettolöhnen als im Inland üblich arbeitet. Im Detail zeigt sich ein maximaler Abstand unterhalb des Nettoeinkommens im Vergleich zur Region Wallonie im Jahr 2000. Hierbei handelt es sich um das einzige Jahr, in dem das Einkommen im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesunken ist, im Folgejahr steigt es dafür umso stärker an. Zu diesem Zeitpunkt liegt das durchschnittliche Nettoeinkommen pro Einwohner der DG mit 8.500 € um 15,8 % unter dem der Wallonie, 20 Jahre später liegt es mit 19.187 € um 3,6 % darüber.

Im direkten Vergleich, da die Inflation national angesetzt wird, haben sich die Einkommensverhältnisse in der DG deutlich positiver entwickelt als in der Wallonischen Region. Wenn man den Anstieg ab 2000 mit dem in Flandern vergleicht, übertrifft die DG sogar das Gesamtwachstum von Flandern in dieser Periode. Das Wachstum des Nettoeinkommens in Flandern mit 12.540 € im Jahr 2001 auf 21.078 € im Jahr 2020 beträgt 68,1 %, in der DG wird zeitgleich eine Steigerung von 97 % erreicht. Die Wallonie kann ebenfalls beträchtliche Anstiege des Nettoeinkommens von 73,9 % in demselben Zeitfenster aufweisen. Somit schließen die beiden zwar zu Flandern auf, es bestehen aber dennoch deutliche Divergenzen in den regionalen Einkommensverhältnissen. In Brüssel sind allein durch die überproportional hohen Arbeitslosenquoten die Nettoeinkommen pro Einwohner drastisch reduziert und nicht direkt vergleichbar.

Innerhalb der DG lassen sich auch deutliche Unterschiede im Nettoeinkommen erkennen, die allerdings je nach Zeitfenster unterschiedlichen Gemeinden zuzuordnen sind. Bis 2000, als der zuvor erwähnte Einbruch der Nettoeinkommen verzeichnet ist, stieg das Nettoeinkommen in allen Gemeinden ähnlich an. Als einzig nennenswerte Ausreißer in der Grafik müssen hier das wirtschaftlich deutlich stärker aufgestellte Eupen und das noch bis 2001 besonders schwache Bütgenbach erwähnt werden. Im Vergleich unterscheiden sich die mittleren Nettoeinkommen der beiden Gemeinden im Jahr 2000 zugunsten von Eupen um 5.540 €. Das Einkommen in Eupen war im Mittel mehr als doppelt so hoch wie in Bütgenbach, und auch das mittlere Nettoeinkommen der DG lag mit 8.500 € deutlich über dem Niveau von Bütgenbach. Der große Abstand von Eupen zu den anderen Gemeinden führte auch dazu, dass bis 2002 alle Gemeinden außer Eupen unter dem DG-Durchschnitt lagen, der durch die Eupener Wirtschaft bestimmt wurde. Eupen hatte von Anfang an eine höhere Ausgangsbasis für die Nettolöhne und verliert zügig an Wachstum, kann aber noch bis 2007 mit 14.400 € die Spitzenposition im Einkommensbereich einnehmen. Das ursprüngliche Schlusslicht Bütgenbach konnte bis 2007 weiter aufholen und hat sich auf ein mittleres Nettoeinkommen von 12.042 € verbessert. Ab 2003 befinden sich insbesondre die drei Gemeinden Lontzen, Raeren und Sankt Vith in einer starken Wachstumsphase. Sankt Vith und Lontzen unterliegen anfangs immer wieder stärkeren Schwankungen und erreichen nur knapp den Bereich des DG-Durchschnitts. Lontzen kann sich allerdings 2005 lösen und liegt fortan deutlich über dem mittleren Nettoeinkommen der DG. Sankt Vith gelingt dies erst ab 2009, und so beginnt mit

2010 eine stärkere Abkopplung, die zu einem deutlichen Abstand oberhalb des Durchschnitts führt.

Raeren beginnt gegenüber den anderen Gemeinden seinen Siegeszug deutlich früher und liegt nicht nur seit 2004 deutlich über dem DG-Durchschnitt, sondern nähert sich auch dem mittleren Einkommen in Eupen an. Ab 2008 übernimmt Raeren die Führung innerhalb der DG und weist das höchste Nettoeinkommen auf. Dabei weitet sich der Abstand zum mittleren Einkommen in der DG stetig aus. Mit Stand 2020 übertrifft die Gemeinde Raeren mit einem mittleren Nettoeinkommen von 21.327 € nicht nur mit einem Abstand von 2.140 € den durchschnittlichen Einkommenswert der DG, sondern überflügelt auch die Durchschnittswerte der anderen Regionen und liegt hierbei auch über dem Wert von Flandern. Insbesondere für Raeren muss berücksichtigt werden, dass die Pendlerquote nach Deutschland überdurchschnittlich hoch ist. Dabei handelt es sich nicht allein um Belgier, die in Deutschland arbeiten, sondern vor allem um Deutsche, die in der BRD arbeiten. Allen voran waren es diese Besserverdiener, die einerseits die Ruhe auf dem Land, aber andererseits die Nähe zur Stadt suchten. Im Jahr 2022 waren von den 10.997 Einwohnern von Raeren knapp 50,5 % der Bevölkerung Belgier und 43,7 % deutsche Staatsbürger, die wiederum überwiegend in Aachen und Umgebung, wo die Durchschnittsnettolöhne deutlich höher liegen, arbeiten.[61]

In Summe lässt sich für den Anfang des 21. Jahrhunderts für die DG eine positive Bilanz ziehen, trotz aller Schwierigkeiten im auslaufenden 20. Jahrhundert und trotz der auch in diesem Zeithorizont auftretenden Herausforderungen. Leitlinien der föderalen Wirtschaftspolitik fruchten in der östlichen Grenzregion gut. Die Gesamtbevölkerung dieser eher ländlichen Region ist gestiegen, die Arbeitslosigkeit gesunken, das Einkommen, die Produktivitätsleistungen und auch die Wertschöpfung sind ebenfalls angestiegen. Währungsumstellung und Wirtschaftskrisen zum Trotz gelang es der DG-eigenen Regierung, die Deutschsprachige Gemeinschaft sicher durch die herausfordernden Zeiten zu manövrieren und dabei auch immer wieder ökonomisch fast gleichwertig oder sogar besser abzuschneiden als die Wallonische Region, dabei auch nur bedingt abweichend vom nationalen Durchschnittswert. Es ist ihr gelungen, durch stabile Strukturen den Standort sowohl für Personen als auch Unternehmen attraktiv zu gestalten und zu vermarkten. Daraus lässt sich folgern, dass die DG ihren Aufgaben durchaus gewachsen und sich ihrer Verantwortung gegenüber der Bevölkerung nicht nur bewusst ist, sondern auch entsprechend handelt. Die DG unterlag denselben Krisenphänomenen wie die angrenzenden Regionen. Sie konnte sie aber nutzen, um nicht nur zu den anderen Gebieten in Belgien aufzuschließen, sondern diese vereinzelt auch zu überholen. Hierbei muss aber auch beachtet werden, dass nach wie vor viele wirtschaftliche Belange direkt durch die Wallonie oder den Föderalstaat verantwortet werden und die DG- Regierung keine eigene flächendeckende Wirtschaftspolitik betreibt. Exogene Schocks, die durch internationale Ereignisse wie zum Beispiel andernorts verursachte Wirtschaftskrisen ausgelöst werden, weisen bemerkenswerterweise in der DG proportional zum Anstieg der Befugnisse im zeitlichen Verlauf deutlich geringere Auswirkungen auf, als dies in der Region der Wallonie üblich ist. Bedingt ist dies jedoch durch eine geringere Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Situation in anderen Regionen und einen hohen Fokus auf eine regionale und lokale wertschöpfungsorientierte Wirtschaftsstruktur. Ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Autonomie und Krisenbewältigung lässt sich nicht belegen.

Der im März 2023 veröffentlichte „World Happiness Report 2023“ gibt einige Einblicke in die allgemeine Zufriedenheit der 137 untersuchten Staaten.[62] Die Ergebnisse basieren auf einem Mittelwert der Daten aus den vorangegangenen drei Jahren, in diesem Fall auch das Zeitfenster der Coronakrise. Belgien erreicht dabei Platz 17. Einen Platz hinter seinem Nachbarn Deutschland, aber immer noch vier Plätze vor dem Nachbarn Frankreich. Im Fazit attestiert der Bericht, dass die Belgier glücklich und mit ihrer Lebenssituation zufrieden sind. Das heißt, Ängste im Hier und Jetzt sowie die Zukunft betreffend dominieren nicht den Alltag der Bevölkerung. Zeitgleich veröffentlichte Ergebnisse einer großangelegten Bürgerbefragung in der DG, die zum vierten Mal stattfand, zeigen ähnliche Ergebnisse. Immerhin 77 % der Ostbelgier schauen demnach optimistisch in die Zukunft, dies stellt allerdings eine Verschlechterung um 8 % im Vergleich zum Umfragezeitpunkt vor der Coronakrise und dem Ukrainekrieg im Jahr 2018 dar.[63] Treibende Kräfte dieser Verschlechterung sind klar wirtschaftlicher Natur und betreffen insbesondere gestiegene Kosten durch die Inflation oder mangelhafte Verfügbarkeit von Waren.

Trotz dieser im Grundtenor positiven Ergebnisse lässt sich eine Zukunftsangst in der belgischen Bevölkerung erkennen, jedoch nicht abweichend von einem allgemeinen Trend, der mit einer Angst vor dem Unbekannten verknüpft ist. Es sind eher Sorgen um die Sicherheit und den Erhalt des Lebensstandards innerhalb turbulenter Zeiten, die aber mit einem Optimismus durch die bereits erfahrenen Erfolge in Krisenzeiten negiert werden. Hinsichtlich der finalen Auswirkungen der Coronakrise und der Folgen des Ukrainekrieges auf die Wirtschaft lassen sich noch keine abschließenden Aussagen treffen, da noch nicht alle Daten vollständig erfasst sind. Zumindest wurde das Bevölkerungswachstum nicht gehemmt und eine massive Welle der Arbeitslosigkeit konnte verhindert werden. Es zeigt sich jedoch, dass die Zeit ständig wechselnder Krisen und Herausforderungen noch längst nicht beendet ist und somit ein Nährboden für Zukunftsängste weiter besteht. Die Entwicklung der DG zeigt aber, dass diese Krisen durchaus genutzt werden können, um die eigene Position zu stärken und durch die Herausforderungen zu wachsen. Die Krise als Chance zum Wachstum.

Endnoten

1 Vgl. Uwe Andersen (Hrsg.), Weltwirtschaftskrise – eine Systemkrise, 2. Aufl., Schwalbach 2012; Gerhard Mensch, Das technologische Patt. Innovationen überwinden die Depression, Frankfurt a. M. 1977.

2 Vgl. Christian Vandermotten, Les structures économiques de la Belgique et leur spatialité, des Golden Sixties à aujourd'hui, in: Belgeo. Revue belge de géographie 4 (2017); Carlo M. Cipolla, Knut Borchardt (Hrsg.), Europäische Wirtschaftsgeschichte, Bd. 5: Die europäischen Volkswirtschaften im zwanzigsten Jahrhundert, Stuttgart, New York 1986, S. 9-21 und S. 391 f.

3 Vgl. Franz F. Wurm, Wirtschaft und Gesellschaft heute. Fakten und Tendenzen, 3. Aufl., Opladen 1976, S. 111 ff.; Manuel Schramm, Wirtschafts- und Sozialgeschichte Westeuropas seit 1945, Köln, Weimar, Wien 2018, S. 39 ff.; KBC Groep NV (Hrsg.), Economic Policy in Belgium (1960-2021). Correcting stubborn imbalances, in: KBC Economic Research Reports 7 (2021).

4 Vgl. Jean Fourastié, Les trente glorieuses: ou la révolution invisible de 1946 à 1975, Paris 1979.

5 Vgl. Arne Gieseck, Krisenmanagement in der Stahlindustrie. Eine theoretische und empirische Analyse der europäischen Stahlpolitik 1975 bis 1988 (Schriften des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Bd. 58), Berlin 1995.

6 Vgl. Allgemein zur Ölpreiskrise: Fiona Venn, The oil crisis, London 2002; Daniel Yergin, Der Preis. Die Jagd nach Öl, Geld und Macht, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1993.

7 Vgl. Peter Quadflieg, Übergang, Anpassung, Boom. Regionale Wirtschaftsentwicklung im europäischen Rahmen, in: Carlo Lejeune/Christoph Brüll (Hrsg.), Grenzerfahrungen. Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Bd. 5: Säuberung, Wiederaufbau, Autonomiediskussionen (1945-1973), Eupen 2014, S. 118-187.

8 Vgl. Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Deutschsprachige Gemeinschaft – Land & Leute – Institutionelle Entwicklung, Konturen politischer Autonomie, https://pdg.be/desktopdefault.aspx/tabid-4068/7164_read-41446 (16.1.2023).

9 Organization of Arab Petroleum Exporting Countries – OAPEC.

10 Vgl. U.S. Energy Information Administration, Analysis & Projections, Real Prices Viewer, Imported Crude Oil Prices, https://www.eia.gov/outlooks/steo/realprices (27.1.2023).

11 Vgl. Preissteigerungen für Erdölprodukte noch verfrüht. Regierung erörtert Bevorratungsproblem mit Ölverband. Kein akuter Erdölnotstand für europäische Länder, in: Grenz-Echo, 27.10.1973.

12 Vgl. Autofahren sonntags in Holland verboten? Folge des arabischen Oelboykotts, in: Grenz-Echo, 30.10.1973.

13 Vgl. Jens Hohensee, Der erste Ölpreisschock 1973/74. Die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der arabischen Erdölpolitik auf die Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa, Stuttgart 1996, S. 148 ff.

14 Vgl. Durch langsameres Fahren Benzin sparen? [...] Oelvorräte reichen bei vernünftiger Verwendung drei Monate, in: Grenz-Echo, 5.11.1973.

15 Vgl. U.S. Energy Information Administration, Imported Crude Oil Prices, https://www.eia.gov/petroleum/ (27.1.2023).

16 Vgl. BP, Oil demand, Statistical Review of World Energy 1965-2021, https://www.bp.com/en/global/corporate/energy-economics/statistical-review-of-world-energy/oil-demand.html (27.1.2023).

17 Vgl. Leonardo Maugeri, Understanding Oil Price Behavior through an Analysis of a Crisis, in: Review of Environmental Economics and Policy, Vol. 3 No. 2 (2009), S. 147-166. Zu grundlegenden Konzepten und Auswirkungen von Krisen auf die Wirtschaft und das Verhalten gibt es einige Studien aus der Verhaltensökonomie. Vgl. Thomas Döring, Staatsausgaben und Verhaltensökonomik. Zur Psychologie der öffentlichen Ausgabentätigkeit. Erkenntnisstand und ausgabenpolitische Implikationen, Darmstadt 2014; Charles Kindleberger, Robert Aliber, Manias, Panics and Crashes. A history of financial crises, 5. Aufl., New Jersey 2005.

18 F. Bossier, D. Duwein, The Influence of the 1974 Oil Crisis on Sectoral Growth Rates in the Belgian Economy, in: Recherches Économiques de Louvain/Louvain Economic Review, Vol. 47, No. 2 (1981), S. 157-168.

19 In den angegebenen Daten sind nicht nur dauerhaft vollständig Arbeitslose, sondern alle Formen der Arbeitslosigkeit erfasst.

20 Vgl. Office National de l'Emploi, Evolution et mise en perspective du chômage complet indemnisé depuis 1954, https://www.onem.be/fr/nouveau/evolution-du-chomage-complet-indemnise-depuis-1954 (1.2.2023).

21 Vgl. Staatsarchiv Eupen (künftig: SAE), Bezirkskommissariat, 3-091, Nr. 4786 und 4787, Allgemeine Wirtschaftsinformationen zur Beschäftigung.

22 Vgl. Wirtschaftsausschuss der Ostgebiete (künftig: WAO), Beschäftigungsstatistiken der Bezirke Eupen – Malmedy – St. Vith, Eupen 1982, o. S.

23 Vgl. WAO, Beschäftigungsstatistiken, o. S.

24 Vgl. Arbeitslosigkeit in den Ostkantonen. Schlechteste Lage im Bezirk, in: Grenz-Echo, 5.2.1982.

25 Vgl. SAE, Bezirkskommissariat, 3-091, Nr. 6701, 6702 und 6703, Wirtschaftsinformationen zur Beschäftigung, Berichte ONEM.

26 Vgl. STATBEL, Erwerbstätigen und Arbeitslosen, https://statbel.fgov.be/de/themen/beschaeftigung-ausbildung/arbeitsmarkt/erwerbstaetigen-und-arbeitslosen (1.2.2023).

27 Vgl. Schulbeginn am Kgl. Athenäum Eupen – Heizölmangel behoben, in: Aachener Volkszeitung (künftig: AVZ), Ostbelgien-Teil, 13.3.1974.

28 Vgl. Benzin nun Mangelware. Augenblicklich kein Heizöl zu haben, Benzin fließt tropfenweise, in: AVZ, Ostbelgien-Teil, 26.3.1974; Brüssel: Rohöl wird teurer. Regierung billigt die höheren Preise. Streit mit den Firmen geht zu Ende, in: AVZ, Ostbelgien-Teil, 27.3.1974.

29 Vgl. Tom A. Rüsen, Krisen und Krisenmanagement in Familienunternehmen. Schwachstellen erkennen, Lösungen erarbeiten, Existenzbedrohung meistern, 2. Aufl., Wiesbaden 2017, S. 243-267.

30 Vgl. inflation.eu, worldwide inflation data, historical data, https://www.inflation.eu/en/inflation-rates/historic-cpi-inflation.aspx (27.1.2023).

31 Vgl. Die Frauenliga lädt ein. Preissteigerungen im Gespräch, in: Grenz-Echo, 17.2.1975.

32 Vgl. Institut National de Statistique, Annuaire statistique de poche 1978.

33 Vgl. Wolfgang Streeck, Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin 2013; Wolfgang Eichhorn, Dirk Sollte, Das Kartenhaus Weltfinanzsystem. Rückblick – Analyse – Ausblick, 3. Aufl., Frankfurt a. M. 2010, S. 115-152.

34 Vgl. Europäisches Parlament, CARDOC, Franco Piodi, Der lange Weg zum Euro, Schriftenreihe CARDOC No. 8 02/2012, S. 47 ff.; Belgische Nationalbank, 1945-2002: Glanzzeiten und Abschaffung des belgischen Franken, https://www.nbb.be/de/munzen-und-banknoten/belgisches-geld/geschichte-des-belgischen-franken/1945-2002-glanzzeiten-und (14.2.2023).

35 Vgl. IMF, World Economic Outlook, Global Reports, https://www.imf.org/en/Publications/SPROLLS/world-economic-outlook-databases#sort=%40imfdate%20descending (1.3.2023); IMF, Annual Report of the executive board for the financial year ended April 30, 1970-1990.

36 Vgl. SAE, Bezirkskommissariat, 3-091, Nr. 7273, Statuten und Gründungsakt KANE 1978.

37 Vgl. Konzertierte Aktion Nordeifel, in: Grenz-Echo, 19.2.1981; 50 Jahre Sozialgeschichte im Rückblick, in: GrenzEcho, 11.6.2018; Die Entwicklung der Arbeits- und Sozialwelt in Ostbelgien, in: GrenzEcho Magazin, 5.6.2020; Die Eifel erwacht industriell, in: GrenzEcho Magazin, 26.6.2020; SAE, Bezirkskommissariat, 3-091, Nr. 7273, Korrespondenz KANE, WAO und Bezirkskommissariat.

38 Vgl. Europäische Kommission, Presseraum, Dokumente des Sprecherdienstes der Kommission, Eurobarometer 39, Frühling 1993, Pressemitteilung vom 24.5.1993; Eurobarometer 40, Herbst 1993, Pressemitteilung vom 7.12.1993, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/home/de (14.2.2023); Andreas Wirsching, Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit, München 2012, S. 54-77.

39 Das BIP dient hier als Indikator der jährlichen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Staates, gemessen daran wird die Gesamtschuldenlast in % der jährlichen Leistung. Daraus ergibt sich, ob ein Staat die Leistungsfähigkeit besitzt, seine laufenden Gesamtschulden zu tilgen. Es muss hierbei berücksichtigt werden, dass ein Unterschreiten der 100 % nicht zwangsweise einen Rückgang der Schulden bedeutet. Steigt das BIP, steigen bei einer fixen Schuldenquote auch die absoluten Schulden. Der Anstieg des BIP und potenzielle Stundungen von Krediten sind ebenfalls von Relevanz.

40 Vgl. Werner Abelshauser, Deutsche Wirtschaftsgeschichte von 1945 bis zur Gegenwart, München 2011; KBC Groep NV (Hrsg.), Economic Policy in Belgium (1960-2021).

41 Vgl. World Bank, Databank, Country Belgium, https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.CD?locations=BE (23.2.2023); International Monetary Fund, IMF DataMapper, https://www.imf.org/external/datamapper/datasets (23.2.2023); KBC Groep NV (Hrsg.), Economic Policy in Belgium (1960-2021).

42 Vgl. Boike Rehbein, Hermann Schwengel, Theorien der Globalisierung, Konstanz 2008. S. 94 ff., S. 178-191.

43 Vgl. Euro hält erst langsam Einzug in den Alltag der hiesigen Geschäftswelt. Hinter dem Komma ist es noch schwierig, in: Grenz-Echo, 3.1.2002; Brüssel beruhigt: Das ist kein Trend. Euro kommt, Preise klettern, in: Grenz-Echo, 4.1.2002.

44 Vgl. Manuel Zimmermann, Jacques: Die letzten Stunden vor dem Aus, in: BRF, 15.5.2019, https://brf.be/regional/1280897 (25.3.2023).

45 Vgl. Niederlassung der Chocolaterie Jacques in Eynatten im Rohbau fertig, in: Grenz-Echo, 29.7.1971.

46 Vgl. Infolge von Produktionsrückgang und Preisanstieg für Rohstoffe: Möglicherweise bis zu 180 Entlassungen bei der Chocolaterie Jacques. Vor allem Eynattener Confiserie-Abteilung betroffen, in: Grenz-Echo, 25.6.1975; Entsteht in Eynatten (Sestert) eine Gross-Siedlung? ... Chocolaterie Jacques wird provisorisch geschlossen, in: Grenz-Echo, 8.9.1975.

47 Vgl. Jacques, L'histoire du Chocolat Jacques, https://chocojacques.be/l-historique-de-jacques/?lang=fr (25.3.2023).

48 Vgl. NMC live, Werkszeitschrift, Ausgaben 11 (1982), 12 (1982), 13 (1982), 14 (1983), 15 (1983), 18 (1984), 20 (1986), 21 (1986) und 22 (1986).

49 Vgl. NMC, NMC und LUMINUS weihen die größte Solaranlage der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein, Pressemitteilung vom 10.9.2018.

50 Vgl. Polytex, Unsere Geschichte, https://www.polytex.be (25.3.2023); Polytex stellt Weichen für die Zukunft, in: GrenzEcho, 11.6.2022.

51 Vgl. Tobias Debiel et al. (Hrsg.), Globale Trends 2010. Frieden Entwicklung Umwelt, Frankfurt a. M. 2010, S. 181-199.

52 Vgl. STATBEL, Bevölkerungsstruktur, https://statbel.fgov.be/de/themen/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur#figures (1.2.2023).

53 Vgl. Le vif, Eglantine Nyssen, Crisnée, Andenne, Tubize: où vont habiter les jeunes? (cartes interactives), https://www.levif.be/economie/immo/crisnee-andenne-tubize-ou-vont-habiter-les-jeunes-cartes-interactives (13.6.2023).

54 Vgl. Europäische Kommission, Beschäftigung Soziales und Integration, Freizügigkeit – EU Bürger, https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=457&langId=de (25.3.2023); Europäische Kommission, EURES in Grenzregionen, https://eures.ec.europa.eu/eures-services/eures-cross-border-regions_de (25.3.2023).

55 Der primäre Sektor enthält hier nur die Landwirtschaft. Im sekundären Sektor, dem produzierenden oder weiterverarbeitenden Gewerbe, befinden sich die Industrie, der Bereich Energie, Wasser, Abfallentsorgung, das Baugewerbe sowie Steine und Erden. In den tertiären Sektor fallen alle Dienstleistungsbereiche, neben Verwaltung, Bildung und Gesundheit gehören hierzu auch Handel, Logistik, Gastro, Finanz- und Versicherungsbranche, Kunst und Kultur sowie sonstige Dienstleistungen.

56 Vgl. Kabelwerk Eupen, https://www.eupen.com/de; NMC, https://nmc.eu; Hydro Extrusion Raeren, https://www.hydro.com/de-be (1.3.2023).

57 Vgl. Gerd Grözinger, Regionale Arbeitslosigkeit: Falsche Eindrücke von Stadt-Land-Differenzen, in: Wirtschaftsdienst, Vol. 98 Ausgabe 1 (2018), S. 68 ff.; Gilles Duranton, Diego Puga, Micro-foundations of urban agglomeration economies, in: Gilles Duranton/J. Vernon Henderson/William C. Strange (Hrsg.), Handbook of regional and urban economics, Bd. 4, Amsterdam 2004, S. 2063-2117.

58 Vgl. European Commission, EURES Arbeitsmarktinformation, Brüssel, https://ec.europa.eu/eures/printLMIText.jsp?lmiLang=de&regionId=BE0&catId=7552 (1.2.2023).

59 Das Primäreinkommen beinhaltet nur das direkte durch Arbeit erzielte Einkommen inklusive Kapitalerträgen, aber keine Sozial- und Transferleistungen, diese fallen unter Sekundäreinkommen.

60 Vgl. Ostbelgienstatistik, Wirtschaftsdaten Deutschsprachige Gemeinschaft, https://ostbelgien.inzahlen.be/jive?cat_open_code=c130 (23.2.2023).

61 Vgl. Ostbelgienstatistik, Bevölkerung nach Nationalität, https://ostbelgien.inzahlen.be/jive (1.3.2023).

62 Vgl. Sustainable Development Solutions Network, World Happiness Report, https://worldhappiness.report (25.3.2023).

63 Vgl. Das Bürgerinformationsportal der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Was denkt und fühlt Ostbelgien, https://ostbelgienlive.be/desktopdefault.aspx/tabid-71/211_read-69270 (25.3.2023); Sascha von Montigny, Umfrage unter 1.000 DG-Bürgern: Wolken am ostbelgischen Himmel, in: GrenzEcho, 21.3.2023, https://www.grenzecho.net/87859/artikel/2023-03-21/umfrage-unter-1000-dg-burgern-wolken-am-ostbelgischen-himmel? (25.3.2023).







DUALE BERUFSAUSBILDUNG IN OSTBELGIEN UND DIE CHANCEN UND GRENZEN KLEINGLIEDSTAATLICHER POLITIK (1970 BIS HEUTE)

LEHRJAHRE POSTINDUSTRIELLER MODERNE

VON ARMIN HEINEN





Das Handwerk spielt in der ostbelgischen Wirtschaft eine zentrale Rolle. Zugleich wurde die duale Ausbildung zu einem Vorzeigemodell in der Kommunikation der Region. Im Gleichtakt mit den wirtschaftlichen Entwicklungen veränderten sich die Ansprüche an sie. Neue Wirtschaftszweige hatten andere Anforderungen an die Lehre, wechselnde Generationen erwarteten die Vermittlung von nützlichen Inhalten. Diese Debatten waren immer auch Spiegel der gesellschaftlichen Rolle des Handwerks.

Europäische Vielfalt im Kleinen

„Dem Ingenieur ist nichts zu schwör." Erika Fuchs, die deutsche Übersetzerin zahlreicher Disney-Comics, fasste das utopische Denken Daniel Düsentriebs in diesen wenigen Worten zusammen. Alles sei machbar, lautete das Credo des spleenigen Erfinders, alles Denkbare auch realisierbar. Wer die Geschichte der Berufsausbildung in Belgien betrachtet, mag zu ähnlichen Urteilen gelangen. Den Belgiern, so scheint es, kann es gar nicht kompliziert genug sein, um sich bei der Berufsausbildung den Herausforderungen der Gesellschaft – und damit in der Gegenwart der Postmoderne – zu stellen, so viele Wege gibt es, so viele Interessen sollen gleichzeitig berücksichtigt werden.[1] Nur im Osten, um bei den Comics zu bleiben, hat offenbar ein selbstbewusstes Völkchen überlebt, das seinen eigenen Weg sucht – und das durchaus erfolgreich, wenn gewiss auch nicht konflikt- und widerspruchsfrei. Was sich hier, im belgischen Osten, herausgebildet hat, folgt zwar dem deutschen Modell, ist aber doch zugleich zutiefst belgisch strukturiert und durchgängig regional geprägt. Dies muss erklärt werden.

Dann gibt es noch eine zweite Perspektive. Frank Biess, Historiker an der University of California, hat sie aufgemacht, auch wenn er damit nicht alleine steht. Er erzählt die bundesrepublikanische Geschichte als eine Geschichte kollektiver Ängste und demokratischer Angstbewältigung: Zukunftsfähigkeit durch Lernen aus der schwierigen Vergangenheit und Gegenwart und durch Vorsorge angesichts berechtigter Furcht vor dem Kommenden, das ist sein Thema.[2] Sicherlich, zwischenzeitlich gab es Zukunftsvertrauen, Hoffnung auf die Zukunftsforschung, wie Elke Seefried überzeugend argumentiert hat. Aber letztlich übrig blieb, so wiederum Elke Seefried, nur die Gewissheit, dass, wer auf die eine Zukunft setzt, verloren ist, dass sich nur unterschiedliche „Zukünfte", alternative Möglichkeiten des Zukünftigen, sinnvoll durchdenken lassen und dass jegliches Zukunftshandeln gesellschaftlicher Rücksprache bedarf.[3] Gerade die ostbelgische Politik hat sich diesen Konsequenzen gestellt.



Das alte Gebäude des ZAWM am Limburger Weg in Eupen.

Für die Geschichte der dualen Ausbildung in Ostbelgien ist vor allem auf das Grundlagenwerk über 160 Jahre Berufsausbildung in Eupen von Els Herrebout hinzuweisen,[4] ergänzt um aufschlussreiche geschichtswissenschaftlich angelegte Aufsätze, beispielsweise in der von Thomas Pankert, dem Leiter des ZAWM Eupen, herausgegebenen Festschrift zum fünfzigjährigen Bestehen des „hauptstädtischen" Ausbildungszentrums.[5] Doch gibt es noch keine ausführlichere geschichtswissenschaftlich orientierte Analyse für die Zeit, die uns unmittelbar interessiert, für die Jahre der föderalisierten Selbstständigkeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft seit den 70er und 80er Jahren.

Wir sind also auf die Auswertung von Quellen angewiesen. Glücklicherweise gibt es davon mehr als genug. Vielfach sind sie im Internet zugänglich: Jahresberichte, Statistiken, Informationsbroschüren, Rundfunk- und Zeitungsberichte, internationale Vergleichsanalysen für Praktiker,[6] regierungsamtliche Verlautbarungen, auch zahlreiche sonstige Webseiten, dazu Festschriften mit Quellenreproduktionen[7]. Und natürlich gibt es die Möglichkeit, mit den Verantwortlichen zu sprechen.[8] Gleichwohl bedeutet der vorrangige Rückgriff auf Gedrucktes und auf das Internet, dass eher eine Perspektive von oben (Regierung, IAWM, ZAWM, Arbeitsamt) unseren Blick dominieren wird als die Wahrnehmung der Auszubildenden selbst. Sie kommen nur indirekt zu Wort, z. B. durch Befragungen seitens des IAWM, dank eigener Beiträge auf den Internetseiten der ZAWM, vornehmlich jedoch durch ihr statistisch verdichtetes Handeln.



Die Dependance des ZAWM direkt bei der Grundschule Sankt Vith.

Umbrüche im Blick

Welche Fragen gilt es zu klären, welche Sachverhalte aufzudecken? Wir wollen erstens die gesellschaftlichen Umbrüche betrachten. Dazu müssen wir auf das Ende der industriellen Moderne eingehen und klären, was dies für die (handwerkliche oder dienstleistungsorientierte) Berufsausbildung bedeutete. Hierzu hat Peter Quadflieg schon wichtige Vorarbeiten geleistet.[9] Wieder anders sieht der Blick aus, wenn wir das Sozialsystem insgesamt in Augenschein nehmen, die Spät- oder Postmoderne, den Geburtenrückgang, die Einwanderung, die Auflösung der traditionellen sozialen Milieus, die Hinwendung zur Wissensgesellschaft und den Verlust der klassischen Zukunftsgewissheit. Viel mehr als zuvor kommt es auf die Kreativität und Leistungsfähigkeit der Einzelnen an – und auf die Beherrschung kultureller Kompetenzen. Die Logik des Besonderen kennzeichnet unsere Gegenwart, so der Kultursoziologe Andreas Reckwitz.[10] Das wirkt sich unmittelbar aus auf die Anforderungen an die gewerblich Tätigen und die Dienstleister. Es sind die mittelständischen „Individualitätsproduzenten", welche diesen Anforderungen entgegenkommen. Freilich, von ihnen wird dadurch viel mehr Kreativität erwartet als zuvor. Die postindustrielle Gesellschaft ist zugleich eine postmoderne geworden, steht für radikale Pluralität, Vervielfältigung von Lebensentwürfen, Verlust sozialer Gruppenmerkmale, erfordert Bereitschaft zur räumlichen Mobilität.[11] Das meint und erfordert letztlich auch Investition in individualisierte Ausbildung. Die Begrenzung des Sozialstaates, das Credo, wonach jeder seines Glückes Schmied ist, verlangt ergänzend die umfassende Ertüchtigung der Individuen, macht eine Stärkung des Selbstbewusstseins der Einzelnen erforderlich, erweitert um ein neues Gruppenbewusstsein, mit allen daraus resultierenden Konsequenzen.[12]

Politisch waren die Jahre seit 1970 nicht wenig aufregend. Überall zeigten sich die Grenzen des Nationalstaates. Allseits in Westeuropa beobachten wir seit den 1970er Jahren eine *relance européenne*. Wir sehen die Entstehung von Euregio-Zusammenschlüssen, den Abbau nationaler Grenzen – und auf nationalstaatlicher Ebene: Tendenzen zur Dezentralisierung, weil die Metropolen mit der Steuerung der immer komplexeren Gesellschaften überfordert waren und gleichzeitig immer weniger Mittel zur Anbindung der Regionen bereitstellen konnten. Besonders ausgeprägt war die Föderalisierung in Belgien mit seinen ganz unterschiedlichen Kulturen und Wirtschaftsgebieten. Für die Deutschsprachige Gemeinschaft bedeutete dies in den 1970er und 1980er Jahren das Übertragen der Verantwortung für die Berufsausbildung an das lokale Umfeld und damit Überforderung – zumindest anfangs. Welche Strategien die Politik der DG entwickelt hat, wie sie die Gesellschaft für die Zukunft mobilisiert hat, das wird herauszuarbeiten sein.

Schließlich müssen wir auf einer dritten Ebene die unmittelbar Handelnden vor Ort betrachten, das Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen mittelständischen Unternehmen in Eupen (IAWM), das Zentrum bzw. die Zentren für Aus- und Weiterbildung (ZAWM, Eupen/Sankt Vith), die Unternehmen, die Auszubildenden. Die Komplexität der Qualifizierung hat dramatisch zugenommen – infolge des technischen Wandels, aufgrund der gestiegenen Anforderungen der Konsumenten, aber auch, weil der Kreis der Auszubildenden immer heterogener geworden ist.

Zeitlich werden wir vier Phasen differenzieren: die Krise der industriellen Moderne und deren Folgen für die Berufsausbildung (1970-1984), die Phase des Neuaufbaus in der schwierigen politischen Zeit des Umbruchs (1984-1991/92), die Konsolidierung (1992-2008) und schließlich die Beschleunigung des Wandels (2008-2022) sowie die damit verbundenen Zumutungen, welche selbst eine veränderungsbereite Politik und ein innovatives Bildungssystem akzeptieren müssen angesichts der Herausforderungen, welche die immer komplexeren Strukturen der Postmoderne aufwerfen.

Krise der industriellen Moderne

Die Krise der industriellen Moderne begann bereits vor dem Ölschock 1973/74. Als wirkliche Zeitenwende wahrgenommen wurde sie jedoch erst mit der zweiten Ölpreiskrise 1979/80. Die Zeit des Strukturbruchs, so hat es Knud Andresen dargelegt, brachte den „Abschied vom Malocher". Mehr als zuvor bedurfte es anstelle angelernter Kräfte umfassend geschulter Facharbeiter. Das führte zu ganz neuen Anforderungen an die Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses. Die klassische Berufseinführung hatte ihr Ziel bis dahin in der Erziehung gesehen, in der Vermittlung von Arbeitsdisziplin und anderen Alltagstugenden sowie im Antrainieren von Handgriffen. Jetzt ging es um inhaltliche Qualifikation, um Vorbereitung auf eine höchst anspruchsvolle, sich permanent wandelnde berufliche Tätigkeit.[13] Wie die wirtschaftliche Zukunft genau aussehen würde, blieb höchst unsicher, und entsprechend breit galt es auszubilden. Gleichzeitig verlangten die Babyboomer, welche in einer Phase hoher Geburtenraten nach dem Zweiten Weltkrieg geboren worden waren, immer mehr Qualifikationsmöglichkeiten, ebenso angemessene Arbeitsplätze.

Diese Anforderungen galten selbstverständlich auch für Ostbelgien. Hier trafen zweierlei Entwicklungen zusammen. Erstens: Die Auswirkungen der Deindustrialisierung machten sich bemerkbar, das Ende des Fordismus. Zweitens: Die Konsequenzen der Rationalisierung in der Landwirtschaft zeigten sich und damit die sozialen Folgen der zweiten modernen Agrarrevolution.

Die klassischen Textilunternehmen, die letzten in Ostbelgien, stoppten Anfang der 1980er Jahre ihre Maschinen. Auch die metallverarbeitende Industrie sah sich zur Umstellung gezwungen.[14] Hinzu kam die Modernisierung der Landwirtschaft seit Ende der 1950er Jahre, die Maschinisierung von Saat, Ackerpflege und Ernte, der Einsatz von Kunstdünger, die Verwendung von Unkrautmitteln, die moderne Viehzucht, die Systematisierung der Ackerflächen, die betriebswirtschaftliche Grundlegung der Landbetriebe. Der Bauer wurde landwirtschaftlicher Unternehmer und setzte viele seiner ehemaligen Mitarbeiter frei.[15] Hiervon betroffen war vor allem der Südteil des deutschsprachigen Ostbelgiens.

Start in ein neues Zeitalter

Dass seit dem Zweiten Weltkrieg auch Frauen Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt nachfragten, kam hinzu, wenn auch deren Interesse vor allem den Dienstleistungen galt. Immerhin, in den Jahren des Wirtschaftswunders und des großen Nachkriegsbooms, auf Englisch *Golden Age of Capitalism* bzw. auf Französisch *Trente Glorieuses*, gab es noch Zukunftsgewissheit – und Arbeit. 1957 betreute das Eupener Fachausbildungszentrum 200 Lehrlinge, 1977 waren es 440 und 1983 belief sich ihre Zahl auf 765.[16] Zugleich nahmen die Möglichkeiten zur Qualifizierung im mittelständischen Handwerk zu. Neun Berufsfelder waren es 1963, die das Eupener Zentrum anbot, 1971 vierzehn, später über vierzig, ja, sechzig in der gesamten DG.[17]

Dass die Deutschsprachige Gemeinschaft mit der ersten Staatsreform auch politisch Anerkennung fand, machte sich ebenfalls bemerkbar. Das Eupener Ausbildungszentrum konnte 1971 erstmals Prüfungen für Autoschlosser, Heizungsinstallateure, Schreiner und Innendekorateure in Eupen selbst durchführen. 1972 erfolgte die Verlagerung der Kurse für deutschsprachige Restaurateure von Francorchamps nach Eupen. Schon bald mussten wegen der gestiegenen Nachfrage nach Lehrlings- und Meisterkursen



Dachdecker beim Eindecken eines Hausdaches in Bütgenbach.

neue Gebäude errichtet werden: für Werkstätten, für ein Restaurant, für eine Küche und zusätzliche Klassenräume.[18]

Ein enormes Wachstum! Und es wäre ein gutes Zeichen gewesen, wenn alle Interessenten, also auch die nichtqualifizierten, Arbeitsplätze gefunden hätten. Aber in den 1970er und 1980er Jahren stieg in Westeuropa überall die Jugendarbeitslosigkeit an. Zudem änderte sich das kulturelle Klima. Die Soziologen belegten die postindustrielle Gesellschaft mit zahlreichen Bezeichnungen, so etwa „Risikogesellschaft", „Erlebnisgesellschaft" oder „Wissensgesellschaft".[19] Nur die Arbeiter und Handwerker kamen in diesen Analysen nicht mehr vor. Allein höhere Bildung schien noch einen Weg aus der Krise zu weisen.

In dieser Situation verbreiteter Ungewissheit und lähmender Zukunftssorge der Einzelnen griff die belgische Regierung in Brüssel ein, die Regierung Martens V (1981-1985). Sie beschloss, die Schulzeit zu verlängern, um die jungen Menschen von der Straße zu holen,[20] die Teilzeitbeschulung auszudehnen und die Lehrzeit zu kürzen. Die Einführung der *Formation en Alternance* in der Wallonie mochte mit ihrer Aufteilung zwischen beruflicher Praxiserfahrung und schulischer Bildung an die deutsche Lehre erinnern, bot auch eine rechtliche Basis, war aber doch viel eher ein Angebot an Jugendliche, die mit dem traditionellen Unterrichtswesen in Konflikt standen.[21]

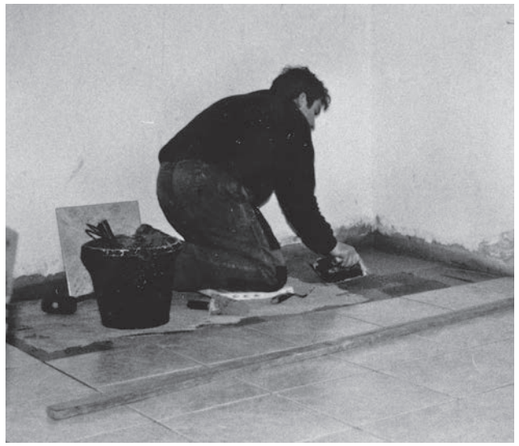
Traditionen im Rücken

Doch mit welchem Rüstzeug ging Belgien in die postindustrielle Postmoderne hinein? Wie war das Land auf die veränderten Anforderungen der Berufsausbildung vorbereitet? Früher als andere Regionen hatte sich Belgien Ende des 18., Anfang des 19. Jahrhunderts industrialisiert. Daher verwundert die Offenheit gegenüber der Industrie und den modernen Handwerksbetrieben wie in England kaum. Und anders als in Frankreich erhielten sich in Belgien die korporativen Strukturen. Gleichzeitig übernahm die belgische Gesellschaft Elemente des französischen Modells, setzte auf berufsvorbereitende (und -begleitende) Schulen, welche einmal von den Provinzen und den Ortsgemeinden, dann wieder von religiösen Institutionen getragen wurden. Dabei ging es, wie in dieser Zeit üblich, um Qualifizierung der Besten und um Anbindung an Milieustrukturen. Berücksichtigt man noch die wenigen staatlichen Schulen selbst oder die industrieeigenen Schulen, wird deutlich, wie ausdifferenziert das belgische System war.[22] Freilich, auch den direkten Weg in die Beschäftigung gab es für die jungen Leute, sogar für die allermeisten.[23] Erst nach dem Zweiten Weltkrieg überwog das Modell der Sekundarschulausbildung – wegen der gestiegenen Anforderungen und des verbreiteten sozialen Aufstiegswillens.[24] Schließlich, wenn auch nicht dominant, gab es die Lehrlingsausbildung, vor allem im Bereich des Handwerks. Die Lehrlingssekretariate boten bereits nach dem Ersten Weltkrieg erste Kurse an

und achteten auf angemessene Vertragsverhältnisse. Kurz, die privaten Verträge zwischen ausbildenden Betrieben und zukünftiger qualifizierter Arbeitskraft wurden öffentlich und korporativ überwacht.

In Ostbelgien war alles noch einmal komplizierter, weil die preußischen Traditionen des 19. Jahrhunderts hineinwirkten und weil der belgische Staat sein Modell der verrechtlichten Privatausbildung nach 1920 dazu nutzte, die „Neubelgier“ auf den Staat und seine „Wohltaten“ einzustimmen.[25] 1940-1944 machten sich wiederum deutsche Einflüsse bemerkbar, um in der Folgezeit belgisch-wallonischer Strukturierung zu weichen. Die Prüfungen fanden anfangs auf Französisch statt. Erst die Anerkennung des Deutschen für die Kulturgemeinschaft änderte hieran etwas. Allerdings wurde der zu prüfende Stoff bis in die 1980er Jahre noch auf Französisch formuliert und musste daher übersetzt werden. Schließlich gab es noch eine zusätzliche Besonderheit: In Eupen bot ein dem Mittelstandsministerium unterstelltes Zentrum seit den 1960er Jahren seine Dienste an. In Sankt Vith blieb es bei einer kommunalen, dem Unterrichtsministerium zugeordneten Berufsschule.

Die Lehrlingsausbildung war also die Ausnahme, keinesfalls die Regel, zudem beschränkt auf das Handwerk. Die Abschlusszeugnisse handwerklicher Ausbildung wurden bezeichnenderweise in keiner offiziellen Statistik aufgeführt.[26]



Verlegung von Fließen in einem Wohnhaus in Bütgenbach.

Erzwungener Aufbruch

Bereits 1978 übernahm die deutsche Kulturgemeinschaft wichtige Leitungsfunktionen für die mittelständische Ausbildung, weil es um die Sprache ging und damit um kulturelle Angelegenheiten. Das Prüfungsrecht wurde an das ZAWM und an den Vorläufer des IAWM übertragen. Bis dahin hatten die Lehrlingssekretariate die Prüfungen selbst organisiert. Die von Brüssel kontrollierten Prüfungskommissionen gehörten seither der Vergangenheit an.[27] Inhaltlich blieb freilich alles beim Alten: der Lehrstoff, die Prüfungsthemen. Der Nachteil für die DG bestand darin, dass sie nun auch die finanzielle Verantwortung übernehmen musste.

Der wirklich entscheidende Umbruch, jedenfalls aus staatsrechtlicher Sicht, resultierte aus der zweiten Staatsreform nach 1980. Bereits kurz danach, 1983, hatte ein Brüsseler Gesetz die Einführung der Teilzeitschulpflicht bis zum 18. Lebensjahr verfügt. Unter sie fiel auch die Lehrlingsausbildung.[28] Wer das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hatte, war seither zum Besuch von Schulen oder sonstigen Qualifizierungszentren verpflichtet. Aufgrund all dieser Veränderungen und Kompetenzübertragungen war die DG seit 1984, wie die anderen Gemeinschaften auch, für die Berufsbildung verantwortlich.[29]

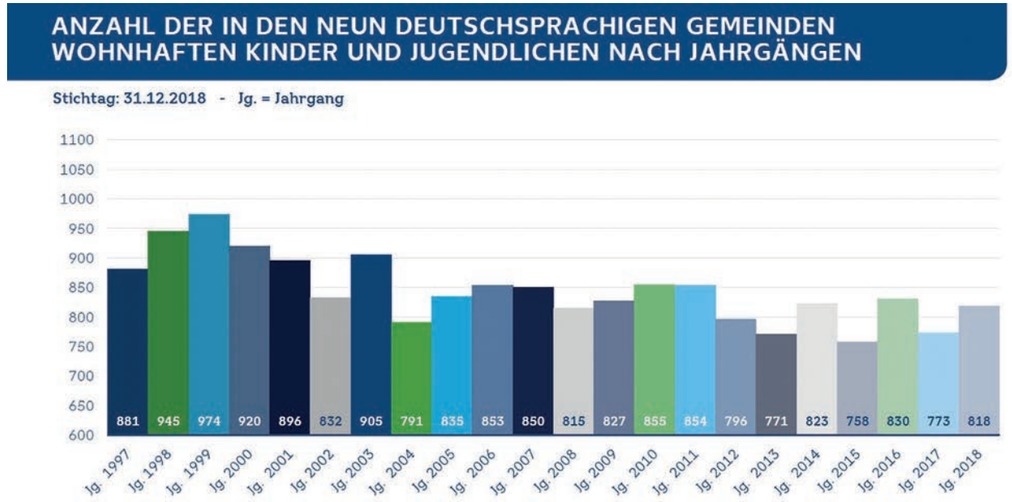
Doch wie sollte die neue gliedstaatliche „Hauptstadt“ und deren im Aufbau befindliche Verwaltung den vielfältigen Anforderungen genügen? Schnell schloss die Eupener Exekutive ein Abkommen mit dem Institut de Formation Permanente des Classes Moyennes (IFPME) sowie mit der Inspektion des Ministeriums der Französischen Gemeinschaft. Das sorgte für Sicherheit, verhinderte aber nicht, dass sich viele Stimmen zu Wort meldeten, die Mitsprache forderten.[30]

Die politische Debatte um die duale Berufsausbildung hatte in der Tat bereits vor 1984 begonnen. Im Verwaltungsrat des Eupener Lehrlingsausbildungszentrums gab es hitzige Diskussionen darüber, ob eine getrennte Ausbildung für den mittelständischen Bereich überhaupt Sinn ergebe. Hierzu gab es unterschiedliche Meinungen.[31] Die Unternehmer selbst waren gespalten, und auch die Gewerkschaften sahen viele Nachteile. Die Rivalität zwischen dem Nordteil und dem Südteil der Deutschsprachigen Gemeinschaft spielte eine Rolle. Außerdem galt es, das Monopol für die Stellenvergabe im öffentlichen Bereich zu verteidigen. Die Forderung formaler Schulabschlüsse sorgte dafür, dass unliebsame Bewerber von außen abgewehrt werden konnten, etwa bei der Besetzung von Hausmeisterposten, für die ein handwerklicher Abschluss nicht ausreichte.[32] Fragen der belgischen Identität und der belgischen Sonderheiten spielten eine Rolle. Die mussten insgesamt neu ausgehandelt werden. Insofern rüttelte das Problem der Lehrlingsausbildung an Grundfesten des Selbstverständnisses der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Zukunftssorgen

Die Zukunftssorgen der Diskutanten waren nicht unberechtigt. Konnte die Deutschsprachige Gemeinschaft die Verpflichtungen für die Lehrlingsausbildung dauerhaft selbst tragen? Anders als in Deutschland oder Frankreich leisteten die Unternehmen keinen finanziellen Beitrag für den schulischen Teil der Ausbildung bzw. die Prüfungen.[33] Dazu passte, dass die Ausbildungsentschädigungen für die Lehrlinge deutlich niedriger lagen als in Deutschland.[34] Die Finanzierung der Ausbildung galt und gilt vorwiegend als Privatsache der Auszubildenden selbst bzw. als staatliche Mission. Nur die Weiterbildungsangebote waren kostenpflichtig, ohne dadurch kostendeckend zu sein. So erforderte 1980 die „Weiterbildung im Mittelstand“ ein Sechstel des Gesamthaushaltes der DG.[35] Es gab und gibt zwar eine Industrie- und Handelskammer in Ostbelgien, aber deren Rechtsstatus war eher privatrechtlich definiert, eng angebunden an den Arbeitgeberverband. Eine Handwerkskammer, wie es sie in Deutschland gab und gibt, suchen wir im Bereich der DG vergebens.

Zweifellos hatte die Gemeinschaft der Deutschsprachigen in Belgien durch die Staatsreformen an Einfluss gewonnen, aber sie umfasste doch lediglich eine Bevölkerungszahl in der Größe einer deutschen Mittelstadt. Noch anders: Zwischen Eupen und Sankt Vith lagen und liegen immerhin etwa 60 Straßenkilometer bzw. zwischen Kelmis und Ouren 90 Kilometer. Für die Auszubildenden, auch für die Weiterbildungsinteressenten bedeutete dies, große Strecken zurücklegen zu müssen, wenn am Wochentag oder am Abend Kurse in Sankt Vith oder in Eupen besucht werden sollten. Nur für die Allgemeinkurse gab es zwischenzeitlich, bis 2007, zusätzliche Angebote in Weywertz,[36] auf der Mitte der Strecke. Die Fahrt mit dem Bus Eupen–Sankt Vith dauert mehr als eine Stunde. Selbst wenn die Kosten überschaubar geblieben sind, forderte die Ausbildung von den Jugendlichen viel Selbstdisziplin.



Demografischer Wandel

Große Industrie- oder Dienstleistungsunternehmen finden sich Ende des 20. Jahrhunderts nicht mehr. Stattdessen prägen mittelständische Unternehmen die Wirtschaft des Raumes. Mehr als 71 % der Beschäftigten verdienen ihren Lohn in Betrieben mit weniger als 100 Mitarbeitern.[37] Im Bereich des verarbeitenden Gewerbes liegt der Schwerpunkt zudem weniger im Bereich der Hochtechnologie als im Bereich der Mittel-Hochtechnologie.[38]

Den 21.715 sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmern standen um die Jahrtausendwende (2007) 6.563 Selbstständige und Freiberufler gegenüber.[39] Das waren viele, und es bedeutete in jedem Fall, dass die DG auf ihre innovativen Firmenerben und -gründer angewiesen war und ist. Die Wertschöpfung in der herstellenden Industrie – das ergibt sich bereits aus dem bisher Beschriebenen – lag eher niedriger als im sonstigen Belgien,[40] auch weil die Löhne sich dem Umfeld anpassten. Dies sollte und musste sich in der Zukunft ändern. Abgemildert wurde der Sachverhalt durch die Grenznähe zu Deutschland und Luxemburg sowie die ländliche Prägung der Region, sodass die Löhne wiederum aufgewertet wurden.

Nicht nur die spezifischen Rahmenbedingungen vor Ort, wie wir sie gerade betrachtet haben (Bevölkerungszahl, Geografie, Wirtschaftsstruktur, Einkommen), zwangen, darüber nachzudenken, wie die duale Ausbildung in Zukunft organisiert werden und welchen Stellenwert sie haben sollte. Mit der Rekonstruktionsphase und den Jahren



Heuernte in Hünningen.

des Wirtschaftswunders nach dem Zweiten Weltkrieg war es um 1980 endgültig vorbei, ökonomisch und demografisch. Die Ostbelgier wurden, wie die übrigen Europäer, älter, ohne dass sie ausreichend Nachwuchs zeugten. Da machte sich das Ende des Babybooms bemerkbar. Die Zahl der Jugendlichen sank beständig, wie dieselbige Grafik veranschaulicht.[41]

Und auch das soziale Klima änderte sich! Eine Lehrlingsausbildung war einfach nicht mehr „schick“. Die Katholische Universität Löwen kam zu dem Schluss, dass zwei Drittel der ostbelgischen Jugendlichen eine Hochschulausbildung anstrebten und nur eine/einer von zehn eine Berufsausbildung wünschte.[42] Entsprechend rasch sank die Zahl der Schüler in den Fachkursen der Lehrlingsausbildungszentren, mit allen Folgen für die Breite des Lehrangebots und für die Finanzierung der Ausbildung.

Von zukünftigem Fachkräftemangel war die Rede. Von fehlendem Führungsnachwuchs! Wie dramatisch sich die Dinge entwickelten, zeigen Eupener Metzgereigeschäfte, die mit zusätzlichen Ruhetagen reagiert haben, da ihnen Fachpersonal fehlt.[43] Die interessierten Käufer stehen seither an zwei Tagen der Woche vor geschlossenen Türen statt nur am Sonntag. 139 Lehrstellen blieben 2019 unbesetzt.[44]

Ausbildung für Europa

Zudem wirkte sich der europäische Einigungsprozess aus. Die Einheitliche Europäische Akte (1986/87), das Schengener Abkommen (1985/1990) und der Maastrichter Vertrag (1992/93) veränderten die Ausgangslage, lösten die Grenzen in Europa auf. Konkurrenz sollte gefördert, Markttransparenz hergestellt werden. Die Vergleichbarkeit von Qualifikationen wurde ein wichtiges Thema, ebenso wie die Mobilität der Auszubildenden, die Individualisierung der Bildungsprozesse, auch die Zusammenarbeit zwischen den Bildungsinstitutionen, und zwar über Grenzen hinweg.

Ganz praktisch ging es für die DG seit dieser Zeit um eine Qualifikation ihres gewerblichen und dienstleistungsorientierten Nachwuchses für Europa. Wer ostbelgische Zeugnisse vorwies, sollte gute Anstellungschancen sowohl in der DG und in Belgien als auch in Luxemburg und in Deutschland haben. Dies erhöhte die Konkurrenzfähigkeit der ostbelgischen Betriebe, sicherte Flexibilität hinsichtlich der Absatzmärkte, war aber auch ein Schutz für die Arbeitnehmer selbst, die nicht mehr den Wirrungen des kleinen DG-Arbeitsmarktes ausgesetzt waren, vielmehr zwischen nahen und weiter entfernten Arbeitsstellen auswählen konnten.

Nachteile hatte eine solch erfolgreiche Qualifizierungsoffensive allerdings auch. Da war die Furcht vor Abwanderung der besten Absolventen in das belgische Binnenland, nach Luxemburg oder auch nach Deutschland. Bezeichnenderweise nahm die Zahl der Pendler permanent zu.[45]

Zu den Aufgaben, denen sich die DG gegenübergestellt sah, gehörte eine Umstellung der Lehrkonzepte und der Lehrangebote auf lebenslanges Lernen. Auch die Integration von Frauen und Migranten erforderte neue Herangehensweisen.

Generationelle Brüche

Als ob das alles nicht genug der Schwierigkeiten war, kamen generationelle Brüche hinzu: Die Babyboomer, die bis 1965 Geborenen also, hatten gelernt, mit Hierarchien umzugehen, Disziplin zu beweisen, sich durchzubeißen. Die Konkurrenz untereinander war groß. Die Zukunftserwartung allerdings auch. Dies half, die Härten der Lehrlingsausbildung auszuhalten. Die späteren Generationen entwickelten aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen ganz andere Erwartungshaltungen.[46]

Die Generation X, jene, die zwischen 1965 und 1980 geboren wurden, erlebte die ersten Wirtschaftskrisen nach dem Krieg. Manche reagierten mit besonderem Eifer, andere mit einem Gefühl der Verlorenheit. Als zynisch und nihilistisch sind zahlreiche Angehörige der Generation X beschrieben worden, als hedonistisch und markenbewusst die anderen. Viele Jugendliche sahen sich in der Ausbildung überfordert. Als Hindernis für viele Interessenten erwiesen sich der lange Zeithorizont der Lehre und die geforderte alltägliche Disziplin, da sie dem Lebensstil mancher Jugendlichen widersprachen. Die Theorie und das Allgemeinwissen zeigten sich zudem als Hürden. So mussten die Ausbilder und die politisch Verantwortlichen auf die gewandelten Alltagsorientierungen der jungen Menschen reagieren.

Die Generation Y (1980 bis Ende der 1990er Jahre) ist häufig als technikaffin beschrieben worden. Sie öffnete sich dem Internet, der mobilen Kommunikation. Gleichzeitig standen Ziele im Vordergrund wie Selbstverwirklichung, Rückzug in die private Idylle und Ablehnung von äußerer Abhängigkeit.

Im Vergleich zur eben erwähnten Generation Y könnte man die Generation Z (1997-2012) als glückliche Generation beschreiben. Ihre Wichtigkeit angesichts des Fachkräftemangels steigerte ihr Selbstbewusstsein. Die Loyalität gegenüber den Unternehmen nahm ab, und entsprechend mussten die Arbeitgeber um ihre Nachwuchskräfte werben. Insgesamt legten die Jugendlichen weniger Wert auf schulische Leistungen, schienen weniger belastbar als die früheren Lehrlinge, zeigten geringere Bereitschaft zur Selbstständigkeit und legten Wert auf Sicherheit. Neuerlich bedurfte es veränderter Umgangsformen in den Kursen, individualisierter Ansprache, neuer didaktischer Konzepte.

Freilich, es gab auch manche positiven Gesichtspunkte, die in den 1980er Jahren den Verantwortlichen Selbstbewusstsein vermittelten. In der weiträumigen und vielfach ländlich geprägten DG kamen die Wirrungen der Postindustrialisierung und der Postmoderne nur gemildert an. Die Arbeitslosenrate blieb vergleichsweise gering. Die Lehrlingsausbildung der DG hatte in Belgien einen guten Ruf. Und die Ausbildungszentren konnten auf etablierte Netzwerke zurückgreifen, um die Belange der dualen Ausbildung kraftvoll nach außen zu vertreten. Gleichzeitig erlaubte die Kleinheit der Region, schnell auf die Wünsche und Bedarfe der Industrie und des Handwerks reagieren zu können.

Dezentralisierung

Viele Jahre brauchte die Eupener Exekutive, bis sie sich in die duale Ausbildung unmittelbar einmischte. Ein Anstoß kam sicherlich dadurch, dass sie aufgrund der dritten Staatsreform seit 1989 für das Unterrichtswesen ganz allgemein zuständig war. Im selben Jahr beendete sie den Umstand, dass Gesellen- und Meisterbriefe bei öffentlichen Stellenausschreibungen nicht anerkannt werden durften.[47] 1990 richtete die Regierung ein Koordinierungsgremium für die berufliche Aus- und Weiterbildung ein.[48] 1991 gab die Eupener Exekutive ein externes Gutachten zur Neuordnung der dualen Ausbildung in Auftrag. Verantwortlich für die gewerbliche und dienstleistungsorientierte Berufsbildung war seit 1990 einer der einflussreichsten Politiker Ostbelgiens, der Universitätsjurist und Wirtschaftsfach-

mann Karl-Heinz Lambertz. 2014 erinnerte er sich an seinen Einstieg in die Eupener Regierung:

„Im Jahr eins meiner Tätigkeit als Minister der DG habe ich zwei Projekte initiiert. Zum einen die ADL-Studie über die Koordination der Wirtschaftsförderinitiativen […]. Zweitens die Nölker-Studie mit der Koordination in der Berufsausbildung als Ziel. In steriler Konkurrenz standen damals das ZAWM, die Berufsschulen und das Arbeitsamt. Die Frage war zunächst: Was muss an technologischer Infrastruktur vorhanden sein, um eine koordinierte berufliche Ausbildung zu gewährleisten? Das Problem war, dass junge Menschen an Maschinen von gestern auf Berufe von morgen vorbereitet wurden.“[49]

Die DG, das war offensichtlich, konnte die ihr zugewiesene Aufgabe im Bereich der Berufsbildung nur dann meistern, wenn sie bereit war, die belgischen Traditionen mit ihren zahlreichen Ausbildungsträgern infrage zu stellen, d. h., ein eigenes Modell zu entwickeln.

Der Kleingliedstaat als Vorzeigemodell

Ganz offensichtlich erfordert Transformationsmanagement – also die gezielte Steuerung von Veränderungen – einen engen Austausch aller Beteiligten untereinander. Ebenso ist ein profundes Wissen seitens der beratenden Experten erforderlich sowie eine vorzügliche Gesprächsmoderation. Dies gilt für Unternehmen, aber auch für die Politik. Wo die Interessen verfestigt sind, wo die Arbeitsabläufe eingespielt sind und wo der Nutzen von Veränderungen scheinbar nur außerhalb des eigenen engeren Bereiches zur Wirkung kommt, da bedarf es des gesteuerten Wandels. Erfolgreiches Transformationsmanagement setzt voraus, dass jeder Betroffene seine Erfahrungen und Interessen einbringen kann, dass der öffentliche Dialog frei gestaltet wird und dass das Ergebnis der Diskussion für alle nachvollziehbar zusammengefasst wird. Möglichst viele sollen sich mit den Ergebnissen des gemeinsamen Nachdenkens identifizieren können. Die transparente Problem- und Lösungsbeschreibung dient der Motivation der Befürworter beim Neuaufbau und der Akzeptanz der Veränderung durch die Zögernden.

Noch ein Weiteres kam hinzu: Die Neuordnung der dualen Ausbildung widersprach und widerspricht der Entscheidungslogik der kleinstaatlichen Statusgesellschaft der DG, weil hier allzu leicht funktionale Neuaufstellung als Angriff auf sozialen Rang und verträgliches Miteinander gedeutet werden kann. 2020 schilderte das Technologiezentrum des VDI für die damalige Bildungsstudie zur Deutschsprachigen Gemeinschaft das Dilemma:

„Die geringe Größe Ostbelgiens ist […] Fluch und Segen zugleich. Sie bietet die besten Voraussetzungen für einen intensiven Austausch, allerdings wird dieser noch zu wenig praktiziert und vielfach prägen Vorsicht und eher geringe Offenheit die Dialogkultur.“[50]

Karl-Heinz Lambertz war es, der als Erster den Sachverhalt erkannte. Er gab die sogenannte Nölker-Studie (Institut für Training, Elektronik und Automation, Köln-Kerpen (INTEA)) in Auftrag (1991). Sie setzte auf einen Dialog mit den in der DG zuständigen Verantwortlichen, war demnach noch nicht ganz so breit angelegt wie die späteren Studien, die auch weite Bevölkerungskreise einbezogen. Helmut Nölker wirkte u. a. als Lehrbeauftragter für Berufspädagogik an der Universität Kassel. Von ihm stammten Einführungen in das Fach. Er bot didaktische Handreichungen an und manche seiner Werke erschienen sogar in Englisch und Spanisch.[51] Kurz, er war zweifellos ausgewiesen und konnte nach ausführlichem Studium und intensiven Gesprächen Stärken und Schwächen des ostbelgischen Systems benennen. Tatsächlich sparte er nicht mit Kritik an der schulischen Berufsausbildung in Belgien. Den Schwerpunkt legte er auf eine standort- und netzübergreifende Rationalisierung der Berufsqualifizierung und sprach sich vor allem für eine Stärkung des handlungsorientierten Technologieunterrichts aus.[52] Man könnte argumentieren, dass seine Überlegungen sehr „deutsch“ geprägt waren, etwa wenn er vorschlug, die Sekundarschulen sollten sich auf die kaufmännische und sozialpflegerische Ausbildung konzentrieren. Doch wenn er für die duale Lehrausbildung warb und für die Konzentration auf zwei Technologiezentren, eines im Norden und eines im Süden, dann entsprach dies genau den Erwartungen der Politik: Anlehnung an das „deutsche Erfolgskonzept“ dualer Berufsausbildung, Stärkung der heimischen Wirtschaft, die vorwiegend mittelständisch geprägt war, Sicherung von Synergieeffekten, sodass die DG auf europäischem Feld mitspielen konnte trotz der begrenzten Finanzmittel und der notwendigen wirtschaftlichen Neuformierung angesichts des Verlustes der klassischen Industrie. Hinzu kam, dass die DG als neue politische Einheit Reformen initiieren konnte, die anderswo zu viele etablierte Interessen erschüttert hätten. Und da immer auch nur vergleichsweise wenige Menschen betroffen waren, konnte man manches wagen, sich auf soziale Experimente einlassen.



Werbung für die Schnupperwoche um Einblicke in verschiedene Handwerksberufe zu erhalten.

1991 schuf der Gesetzgeber, gestärkt durch die externe Beratung und die breite Diskussion mit den Fachleuten in der DG, erste Tatsachen. Die Entscheidung fiel zugunsten jener Strukturen, die ursprünglich das belgische Mittelstandsministerium zur Lenkung und Kontrolle der Aus- und Weiterbildung aufgebaut hatte und die jetzt Gemeinschaftsangelegenheit waren. Das Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand (IAWM) übernahm die Aufgaben des IFPME. Gleichzeitig entstand anstelle der Berufsschule in Sankt Vith ein Zentrum für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand (ZAWM), was übrigens die Gemeinde Sankt Vith freute, denn die Kosten der Schule überstiegen erkennbar die Leistungskraft der städtischen Finanzen.[53] Das ZAWM in Eupen, das es, wie gesehen, schon seit den 1960er Jahren gab, konnte sich in dieser Situation als durchaus gestärkt empfinden.

Chancen durch Autonomie

Das „Dekret über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen“ trat zum 1. Januar 1992 in Kraft.[54] Das IAWM übernahm jene Aufgaben, die in Deutschland den Kammern zufielen. Als parastatale, öffentliche Einrichtung stand und steht es an der Schnittstelle zwischen Unternehmerschaft, Arbeitnehmerinteressen, Ausbildungsinstitutionen und staatlichen Stellen. Die Aufsicht über das Institut unterliegt einem Verwaltungsrat, in dem Vertreter der wichtigsten Wirtschaftsorganisationen des Mittelstandes repräsentiert sind, ergänzt um Repräsentationen der ZAWM Eupen/Sankt Vith; gleichzeitig gibt es eine begrenzte Zahl von Vertretern der Arbeitnehmerschaft, insbesondere auch Jugenddelegierte sowie beratende Regierungsabgeordnete, welche die staatlichen Belange ansprechen.[55] Im Jahresbericht des IAWM von 2012 heißt es dazu, dass mit Gründung des IAWM die „hiesige Betriebswelt […] die Geschicke der dualen Ausbildung selbst in die Hand genommen“ habe.[56] Anfangs war tatsächlich umstritten, wer im Verwaltungsrat vertreten sein sollte. Die Entscheidung fiel zugunsten eines gewissen Übergewichts der Unternehmen, ähnlich wie im deutschen Modell, bei grundsätzlicher Beteiligung auch von Arbeitnehmerorganisationen.[57] Zahlreiche Aufgaben fielen und fallen dem IAWM zu. So obliegt ihm, Lehr- und Meisterprogramme zu erstellen und der Regierung zur Genehmigung vorzulegen. Ganz allgemein ist es für Gutachten an staatliche Stellen zuständig. Die Lehrlingssekretariate sind Teil des IAWM und unterstützen die Auszubildenden nicht allein im rechtlichen Bereich, sondern beraten auch die jungen Menschen ganz allgemein, helfen ihnen bei Konflikten. Ebenso sind sie Ansprechpartner für die Unternehmen, achten jedoch zugleich darauf, dass diese den Anforderungen für eine Lehrlingsausbildung entsprechen.

Damit genügend junge Leute sich für einen Ausbildungsberuf entscheiden, stellt das IAWM Informationen zur Verfügung, organisiert „Schnupperwochen“, veranstaltet den „Markt der Lehrberufe“, ruft zu „Entdeckertagen“ auf und bietet eine elektronische Lehrstellenbörse an. Außerdem obliegt dem IAWM die Schulaufsicht und die Organisation von Prüfungen. Und nicht zuletzt ist das IAWM als vom Staat finanzierte Institution zuständig für die finanzielle Feinsteuerung und Kontrolle der vom Parlament zugunsten der Aus- und Weiterbildung bereitgestellten Mittel.[58] Sie decken tatsächlich einen Großteil, wenn auch nicht die gesamten Ausgaben ab. Zusammenfassend, mit dem Dekret vom Dezember 1991 schuf sich die DG eine Institution, die in der belgischen Tradition stand, aber zugleich – ähnlich den deutschen Handwerkskammern – Staat, Wirtschaft

und praktische Ausbildungsbelange zusammenbrachte. Zwar übernahm die DG einen Großteil der Kosten für die Ausbildung, aber zugleich stellte das Konstrukt sicher, dass die Ausbildung die Belange der Praxis berücksichtigte, sich nicht gegenüber den alltäglichen Erfordernissen verselbstständigte. Das IAWM ist eine öffentliche Institution, in der sich der Mittelstand einbringt (zu vergleichsweise geringen Kosten). Zugleich schützt das IAWM die Belange der Auszubildenden (wiederum mehr, als dies im deutschen dualen Modell der Fall war und ist).

Theorie trifft Praxis

Die zweite, nun unmittelbar für die Lehre zuständige Säule der dualen Ausbildung in Ostbelgien wurden die Zentren für Aus- und Weiterbildung des Mittelstandes (ZAWM). Sie liegen in der Trägerschaft von beruflichen und überberuflichen Vereinigungen und sind also keine klassischen Berufsschulen wie in Deutschland. Ihre Dozenten kommen größtenteils aus der betrieblichen Praxis, wirken als Lehrbeauftragte und werden stundenweise bezahlt. Dies sichert hohen Praxisbezug, Ausbildung entsprechend den Anforderungen der beruflichen Gegenwart, stärkt die Bindung an die Unternehmen, wo ein Großteil der fachlichen Qualifikation erfolgt, hat aber natürlich seine Schwächen im Bereich von Theorie, Pädagogik und Didaktik. Darauf wird an anderer Stelle einzugehen sein. Für den Allgemeinunterricht (Deutsch, Französisch, Mathematik, Wirtschaftslehre, Sozialkunde etc.) werden Lehrkräfte aus den Vollzeitschulen eingeworben, die am ZAWM einer Nebentätigkeit nachgehen.



Möglichkeiten zur Weiterbildung und Nachholen des Abiturs nach der Lehre.

Das ZAWM Eupen gibt es bereits seit 1963. Das ZAWM Sankt Vith entstand, wie bereits erwähnt, 1992 aus der Umwandlung der (kommunalen) Berufsschule in ein Zentrum für Aus- und Weiterbildung.[59] Was auffällt, sind die ganz unterschiedlichen Narrative der beiden ZAWM. Sie spiegeln differierende Ausgangsbedingungen, unterschiedliche Erfahrungshintergründe, auch abweichende wirtschaftsgeografische Gegebenheiten.

Für Sankt Vith bedeutete der Verlust der Ausbildung von Heizungsinstallateuren Ende 1993 eine strukturelle Benachteiligung, die als durchaus symptomatisch gedeutet wurde. Der Installateurnachwuchs erhält seine Qualifikation seither nur noch in der hochmodern ausgestatteten Werkstattklasse des ZAWM Eupen. Was als Ausgleich gedacht war, die Möbelschreinerei oder die Traktoren- und Landmaschinenschlosserei beispielsweise, schien dem Selbstverständnis Sankt Viths nach allemal dem Süden zuzugehören.[60] Während Eupen im Zusammenwirken mit dem Robert-Schuman-Institut einen Technologiecampus einrichtete (2013), blieb Sankt Vith Vergleichbares verwehrt – oder genauer: ist erst für 2029 avisiert. Hinzu kam, dass die Finanzlage um 2018 für das ZAWM der Eifel sich als noch dramatischer erwies als für das ZAWM im Norden. Bei allen Erfolgen, die zweifelsohne der Süden auch zu vermelden hatte, etwa in der Zusammenarbeit mit Prüm oder Trier oder durch Siege während internationaler Handwerkermeisterschaften,[61] blieb doch ein Gefühl der Benachteiligung zurück.

Dagegen erzählte Eupen in seinen Jahresberichten von gelungenen Neuansätzen, welche es vorzuweisen hatte. Es stellte keine Forderungen, jedenfalls nicht an die Regierung, stattdessen betonte es seine Rolle als Dienstleister für Gesellschaft und Wirtschaftsstandort. Es hob die Schlagkraft seiner neuen Managementmethoden hervor und setzte auf die leistungsfähigen Ressourcen am neuen Campus, um die eigene Position im internationalen Umfeld hervorzuheben.[62]

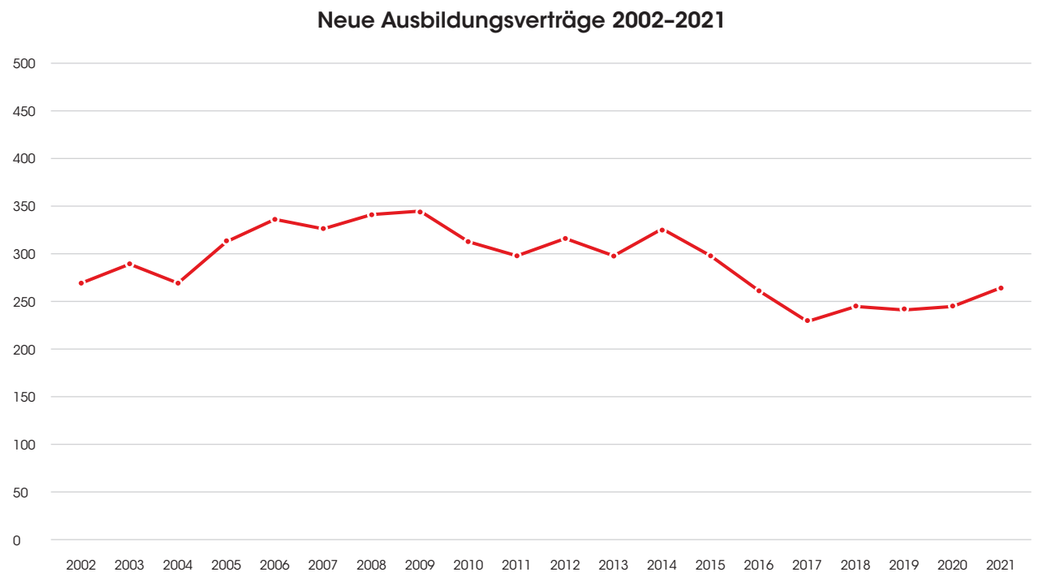
Die Nölker-Studie von 1991 hatte eine Abstimmung zwischen Sankt Vith und Eupen angemahnt – durchaus mit Erfolg. Seit März 2013 gab es sogar eine formelle Vereinbarung, das Lehrangebot, insbesondere im Bereich der Weiterbildung, aufeinander abzustimmen.[63] Beim Sozialprojekt BIDA arbeiteten Eupen und Sankt Vith ebenfalls zusammen.[64] Doch letztlich überstiegen die Erwartungen von außen (erwünschte Synergien, Innovationskraft, gleichwertige Reputation) die vorgegebenen Rahmenbedingungen. So wurde seit 2019 über eine noch engere organisatorische Zusammenarbeit nachgedacht bis hin zur Fusion. In den Worten des IAWM hieß es dazu 2020:

„Aufgrund der demographischen Entwicklung und der Kleinheit Ostbelgiens sowie vieler verschiedener (Weiter-)Bildungsanbieter auf einem begrenzten Terrain ist die Bündelung der gemeinsamen Stärken für den Ausbau der Qualität unserer Arbeit nicht zuletzt auch wirtschaftlich richtig, wichtig und sinnvoll, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken."[65]

Seit dem 21. Juni 2021 gibt es in der Konsequenz für die Deutschsprachige Gemeinschaft nur noch ein ZAWM – allerdings bei Aufrechterhaltung zweier Standorte. Die Lehrertätigkeit soll aufgewertet werden; alte Zöpfe würden abgerissen, heißt es. Tatsächlich steht die duale Ausbildung vor enormen Herausforderungen, gerade in den letzten Jahren. Das macht ein kurzer Blick auf die Statistik deutlich.

Ringen um Fachkräfte

Zwar gelang es, die Zahl der Ausbildungsverträge zwischen 2002 und 2021 ungefähr konstant zu halten, obgleich in derselben Zeit die Zahl der Jugendlichen in der Alterskohorte von 15 bis 19 Jahren deutlich sank, und zwar von 5.000 Personen (2014) auf 4.300 Personen (2020).[66] Im Ergebnis sind dies 700 potenzielle Lehrlinge weniger pro Jahr. Allein die erfolgreiche Werbung durch Regierung, Arbeitsamt, IAWM, ZAWM und durch die Unternehmen vermochte den Trend aufzuhalten. Finanziell attraktiv ist eine Lehre in Ostbelgien für die Auszubildenden nämlich nicht! Da wirkt offenbar das englische Modell nach: Ausbildung als individuell zu tragende Investition in die Zukunft. Die Entlohnung für die Auszubildenden erreichte bis vor Kurzem nur ein Drittel oder die Hälfte des Niveaus in Deutschland.[67] Alles zusammengenommen verwundert es kaum, dass die Zahl der unbesetzten Lehrstellen von 50 im Jahr 2012 auf 172 neun Jahre später angewachsen ist.[68] In den Betrieben und Unternehmen fehlt ausreichender Nachwuchs, und zwar sowohl für die alltägliche Arbeit als auch für Leitungsfunktionen. Zugleich sind die Anforderungen an die Jugendlichen gestiegen, weil die Technik und die Kunden so viel anspruchsvoller geworden sind.



Kumulierte Zahlenangaben aus: IAWM, Analyse der neuen Ausbildungsverträge (verschiedene Jahrgänge).

Die mittelständischen Firmen selbst wünschen sich flexible, motivierte und hochqualifizierte Mitarbeiter, mit denen sie den Markt erobern können. Selbstverständlich gibt es sie. Anders wären die Erfolge bei den (internationalen) Handwerkermeisterschaften gar nicht zu erklären.[69] Zudem streben immer mehr Oberstufenschüler, Abiturienten, Studienenttäuschte einen Lehrberuf an, gerade weil die Ansprüche an die Lehre gestiegen sind, auch die Gehälter im ostbelgischen Umfeld für qualifiziertes Fachpersonal attraktiv wirken – da hat sich seit 1980 einiges getan. Schließlich fasziniert die Chance auf Selbstständigkeit. 2020 betrug der Anteil der Auszubildenden mit höherer Vorbildung 47 %.[70] Gleichzeitig stieg indes auch der Prozentsatz derjenigen, die nur eine niedrige Vorbildung aufwiesen (2012: 44 %). In der Konsequenz sind die früheren Lehrlinge, die ein mittleres schulisches Qualifikationsniveau in die Lehre einbrachten, in der Minderheit. 2004 betrug deren Anteil 55 %, 2012 lag er bei 27 %, um sich in der Folgezeit nur langsam zu erholen (2019: 35,83 %).[71] Die Heterogenität zwischen den Auszubildenden nahm also zu, sichtbar etwa auch am Altersprofil. Waren 2007 43 % der neuen Lehrlinge 18 Jahre und älter, so lag der entsprechende Prozentsatz 2020 bei 67 %. Im Ergebnis treffen heute ganz unterschiedliche Jugendkohorten aufeinander. Allein, an einer Stelle misslang das Bemühen, verfestigte Rollenbilder aufzuweichen. Der Mädchenanteil in der dualen Ausbildung hat seit 2004 (26,4 %) nicht zu-, sondern abgenommen (2019: 20 %). Noch immer gibt es ausgesprochene Männerberufe (Handwerk), und noch immer gibt es typische Frauenberufe (Handel). Wie komplex die Situation geworden ist, wird deutlich, wenn wir uns vor Augen führen, dass etwa ein Drittel der Auszubildenden sozialpädagogischer Betreuung bedarf, also spezifischer persönlicher Unterstützung.[72] Der Erfolg der dualen Ausbildung in Ostbelgien beruht denn auch zu einem guten Teil auf der Individualisierung der pädagogischen Ansprache sowie der sozialen Hilfeleistung, auf didaktisch sinnvollen kleinen Ausbildungsgruppen und auf persönlicher Ansprache.



Angebote zur Unterstützung für die erfolgreiche Ausbildung.

Zukunftsvisionen der 2000er

Zwischen 2002 und 2022 beobachten wir in Reaktion auf die geschilderten Herausforderungen in Ostbelgien zwei verschiedene Entwicklungen. Auf der einen Seite griff die Politik auf das Konzept der moderierten regionalen Gesamttransformation zurück und gewann auf diesem Wege Anregungen und Unterstützung für gesellschaftliche und kulturelle Innovationen. Auf der anderen Seite sahen und sehen sich die Verantwortlichen im dualen Ausbildungsbereich unabhängig vom Regionalen Entwicklungskonzept zu Reformen gezwungen, weil sich die Probleme in diesem Bereich deutlich verschärft haben.

Einen frühen Aufschlag für die Politik machte das Beratungsunternehmen Horváth & Partners, indem es 2006 eine Stärken-Schwächen-Analyse für die DG vorlegte. In unserem Zusammenhang wichtig ist der Verweis auf den hohen durchschnittlichen Lebensstandard der Region, die Sprachkompetenz der Bewohner sowie die günstige Verteilung des wirtschaftlichen Risikos dank der vielen kleinen und mittleren Betriebe. Die zahlreichen Familienunternehmen würden eine starke Verwurzelung in der Region sicherstellen. Weiterhin habe das duale Ausbildungssystem einen im Vergleich zum sonstigen Belgien hohen Stellenwert sowie Qualitätsstandard. Als nachteilig galten dem auf Unternehmensreorganisation spezialisierten Dienstleister: der Arbeitskräftemangel, die nachlassende Sprachkompetenz der Jugendlichen, indes auch das Fehlen von Zukunftsbranchen.[73]

Nach der Stärken-Schwächen-Analyse folgte als nächster – jetzt unmittelbar politischer – Schritt: das Umreißen eines Regionalen Entwicklungskonzepts. Seit Mai 2008 war die Öffentlichkeit aufgerufen, Zukunftsvisionen zu entwickeln und darüber nachzudenken, wie die Menschen in Ostbelgien 2025 leben wollten. Die Definition einzelner Arbeitsschritte, die Aufsplitterung in Teilprojekte sollten zusammen mit quantitativen und qualitativen Indikatoren das Erreichen der Ziele sicherstellen. In einem ausgeklügelten Verfahren wurden Behörden und organisierte Vertreter der breiteren Gesellschaft in einen Dialog gebracht. Es gab Online-Umfragen sowie lokale Präsenzveranstaltungen mit Vertretern der weiteren Zivilgesellschaft. Die Presse und der Rundfunk berichteten. Die Ergebnisse der Beratungen fassten Spezialisten in lesefreundlichen Publikationen zusammen. Diese liegen gedruckt vor und sind auch im Internet einsehbar.[74] Sprachlich spiegeln sie die Logik und die Ausdrucksweise von Unternehmensberatungen wider, ergänzt um die Kompetenzen von Public-Relation-Spezialisten: Band 1 (April 2009) bot eine Regionalanalyse, Band 2 (ebenfalls April 2009) beschrieb die Entwicklungsstrategie und erste Handlungsfelder. Band 3 (April 2011) thematisierte die erste Umsetzungsphase in 48 Teilprojekten (REK 1: 2009-2014). Band 4 (September 2014) zog eine Bilanz und stellte die Schritte der zweiten Projektphase vor (REK II: 2014-2019). Band 5 (September 2019) richtet den Fokus auf die abschließende Zeitspanne (REK III: 2019-2025). Auffallend ist, dass nach den ersten beiden Zeitabschnitten mit den Teilthemenfeldern „Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen schulischer und mittelständischer Qualifikation und Berufsausbildung!“ (REK I)[75] sowie „Technisch-berufliche Ausbildung in den Sekundarschulen aufwerten!“ (REK II)[76] erst 2019 die duale Ausbildung explizit im Mittelpunkt stand: „Lernen im Betrieb!“ (REK III) hieß es dort. Freilich, eigentlich gemeint war das Aufzeigen von Wegen erfolgreicher Integration „problematischer Zielgruppen“ in den Arbeitsmarkt.[77]



Bewerbung der digitalen Lehrstellenbörse durch das IAWM.

Was die Regionalen Entwicklungskonzepte der DG als Zukunftsaufgabe beschrieben, veränderte in der Folgezeit tatsächlich die Ausbildung in Ostbelgien. Mehr noch, der Wandel ging über die besprochenen Themenfelder hinaus und umfasste gleichermaßen Lehrorganisation, Ausbildungspraxis und schulisches Qualitätsmanagement. Alle Verantwortlichen erledigten ihre Hausaufgaben: der Gesetzgeber, die Regierung, das IAWM, die ZAWM, auch die Unternehmen, die immer mehr Ausbildungsplätze anboten und deshalb entsprechende Lehrbefähigungen nachweisen mussten. Und dennoch blieben die Innovationen hinter den Erfordernissen zurück. Das jedenfalls war der Eindruck einer ersten Bilanz nach rund zehn Jahren.

„Fit für die Lehre“

Schon um 2008 hatte eine Bestandsaufnahme bewiesen, dass viele an der Lehre interessierte Jugendliche, sofern ihnen Schulkenntnisse fehlten, mit der Ausbildung überfordert waren und daher die Lehre vorzeitig abbrachen. Die Regierung definierte infolgedessen mit einem Erlass seit dem Sommer 2010 genaue Aufnahmekriterien, die vor dem Eintritt in die Lehre erfüllt sein mussten (Abschluss mindestens des zweiten allgemeinen bzw. des dritten beruflichen Sekundarschuljahres). Wer diese Mindestvoraussetzungen nicht einbringen konnte, musste, wie schon in den Jahren zuvor, eine Aufnahmeprüfung absolvieren und ausreichende Kenntnisse in Deutsch und Mathematik nachweisen.[78] 54 Interessenten nahmen 2012 an der Aufnahmeprüfung teil,[79] 2019 waren es 39.[80] Eine Auswertung für 2019 zeigt, dass vor allem Interessenten mit Migrationshintergrund wegen Sprachschwierigkeiten an der Prüfung scheiterten, ansonsten vor allem die Mathematik zur Hürde wurde. Hier identifizierte das IAWM demnach Probleme, die zukünftig gelöst werden müssen.[81]

Für die Verantwortlichen war es eine Enttäuschung zu sehen, dass die inzwischen eingeführten Unterstützungsmaßnahmen und Erleichterungen beim Übergang in die Lehre im Falle der fremdsprachlichen Migranten und sonstigen benachteiligten Gruppen nur ungenügend griffen.[82] Seit 2018 etwa gab es das Instrument der Anlehre. Es sah

ein Vorbereitungsjahr mit zwei Tagen am ZAWM und drei Tagen praktischer Schulung in Unternehmen vor und machte die Teilnehmer „fit für die Lehre“. 2018 beteiligten sich sechs Schüler an dem Programm.[83] Wieder andere Schulabgänger setzten auf den Teilzeitunterricht, der sehr flexibel sich an die Bedürfnisse der Teilnehmer anpasste, um das Defizit im schulischen Bereich auszugleichen und so doch noch ein Bestehen der Aufnahmeprüfung zu ermöglichen. Für diejenigen, die keine größeren Ambitionen hegten und keine selbstständige Arbeit anstrebten, gab es das Äquivalent der Industrielehre mit deutlich kürzerer Ausbildungsdauer als bei der Lehre selbst. Ab 2016 gehörte die Industrielehre aufgrund der sechsten Staatsreform vollständig zu den Bildungsbelangen der Deutschsprachigen Gemeinschaft.[84] Trotz entsprechender Rahmenbedingungen gewann die Industrielehre in der Folgezeit keine größere Bedeutung (zuständig ist derzeit das TZU Sankt Vith (Entknochen, Backen).[85] In der Vergangenheit war auch noch das Arbeitsamt Sankt Vith (Baufach) beteiligt.[86] 2015/16 hatte das TZU Sankt Vith sieben Industrielehrlinge, das Arbeitsamt Sankt Vith neun.[87]

Um jenen entgegenzukommen, die sich während der mittelständischen Ausbildung als praktisch begabt erwiesen, indes bei der Abschlussprüfung im allgemeinen Wissensbereich Schwierigkeiten zeigten, gab es schon seit 1999 das Praktikerzertifikat, das hinsichtlich der handwerklichen Fähigkeiten dem Gesellenzeugnis gleichkam. Ein Kompetenzanerkennungsverfahren (KomAn) ermöglicht seit 2021 die Anerkennung und Zertifizierung von Berufserfahrung in einem formellen Verfahren. Und da eher geringe Deutschkenntnisse verlangt werden, richtete es sich insbesondere auch an fremdsprachliche Einwanderer.[88] Das Programm „29 Plus“ (bzw. „*Ü29*“) erlaubt zudem seit 2018 den Beziehern von (gesetzlichen) Unterstützungsleistungen mit eher geringer schulischer Qualifikation, noch einen Ausbildungsvertrag abzuschließen. 2021 waren dies 4,22 % der Lehreinsteiger, die älter als 18 Jahre waren.[89]

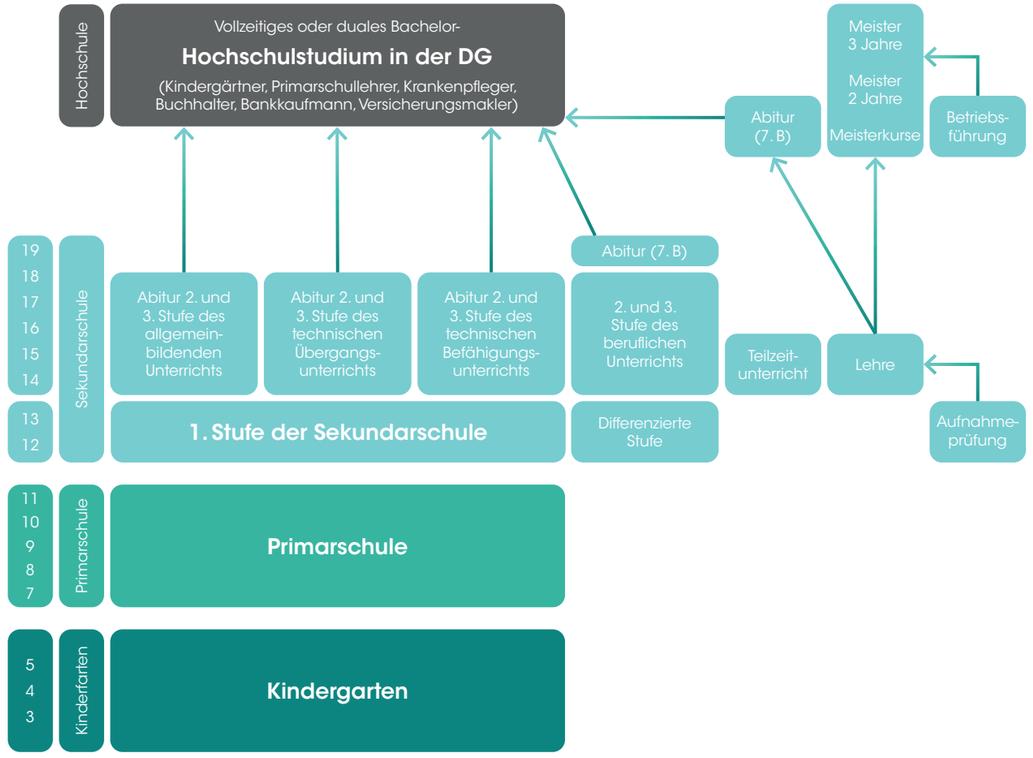
An eine ganz andere Klientel richtete sich bereits seit 2008 das Angebot eines dualen Bachelors. Es verband Fachhochschulbildung mit praktischer Qualifikation. Übergangsweise erfolgte die Zusammenarbeit mit der Wallonie. Seit 2011/12 gelang es, die Autonome Hochschule Eupen und das ZAWM miteinander zu verbinden (Buchhaltung, Bank- und Versicherungsgeschäft).[90] Inzwischen gibt es auch einen Bachelor in Public and Business Administration, während das Angebot für den Bankenbereich als zu wenig regionalspezifisch eingestellt wurde. Stärker technisch geprägte Ausbildungsgänge fanden zudem großes Interesse. Seit 2019 ermöglicht eine Kooperation mit der FH Aachen eine Qualifikation in Mechatronik, Informatik und Bauingenieurwesen.[91]

Gerade in den letzten Jahren, so wird man zusammenfassen können, hat die DG ein höchst differenziertes Angebot aufgebaut, um dem Fachkräftemangel zu begegnen und die Übergangshürden in die duale Ausbildung zu verringern. Vielfach sahen die Verantwortlichen soziale Gründe für die Leistungseinbrüche der Auszubildenden. Dann griff und greift der Sozialpädagogische Dienst ein. 2009 betreute er in Eupen bereits 128 Schüler, vermittelte Nachhilfe, half bei Konflikten oder sicherte sonstige Unterstützung.[92] Vor welche Schwierigkeiten sich die Verantwortlichen gestellt sahen, wie sehr sie die Ausdifferenzierung des Jugendmilieus herausforderte, zeigt eine Bemerkung in der Festschrift des ZAWM Sankt Vith 2009:

„Fast alle Jugendlichen dieser [sozialpädagogisch betreuten] Gruppe finden in ihrer beruflichen und sozialen Umgebung keinen Ansprechpartner, der auf ihre besonderen Probleme eingehen kann oder will. In der Klasse stören sie oft den Unterricht, sind besonders brutal oder teilnahmslos. Durch viele Gespräche sollen die eigentlichen Problempunkte angesprochen werden, sodass nachher auch im Unterricht Erfolgserlebnisse kommen.“[93]

Drei Jahre später, 2012, meldete das IAWM, dass rund ein Drittel aller Lehrlinge sozialpädagogische Begleitangebote nutzten, Nachhilfe oder Stützkurse.[94]

Die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens hat in den vergangenen Jahren soziale Schranken in die mittelständische Wirtschaft abgebaut und die zunehmende soziale Heterogenität als neue soziale Realität akzeptiert. Gleichzeitig hat sich auch der Unterricht selbst mit der Herausbildung der postmodernen Gesellschaft mit ihren Anforderungen an Wissen verändert. Seit Ende der 1980er Jahre erfolgt aller Fachunterricht in Werkstattklassen, sodass Theorie und Praxis handlungsbezogen miteinander verbunden werden können. Dies ist ein Ausbildungsideal, das viele Berufsschulen in Deutschland noch vergeblich verfolgen. Gleichzeitig fiel es auf diesem Wege leicht, der Forderung nach



Die Struktur des Bildungswesens in der DG und Ausbildungsmöglichkeiten.

einem kompetenzorientierten, schüleraktivierenden Unterricht zu entsprechen, wie es die Lissabon-Strategie (2005) seitens der EU einforderte.[95]

Höchst spannend wäre es, die Praxis der Lehre zu beobachten, wie sie sich im Verlaufe der wechselnden Generationen verändert hat. Dass die Lehrenden tatsächlich sich wandelnden generationellen Erwartungen seitens der Auszubildenden gegenüberstanden, zeigen die Jubiläumsbände und die Jahresberichte der ZAWM.[96]

Spezialwissen gefragt

Allerdings gehört zu den neuen Herausforderungen auch, dass die Betriebe sich in den letzten Jahren immer mehr spezialisiert haben, dass sie kaum alle Bereiche eines Handwerks mehr abdecken, sodass ein Teil der praktischen Ausbildung anderenorts erfolgen muss. Dafür gibt es inzwischen zwei Lösungen: Entweder schließt ein Lehrling einen Vertrag mit zwei Betrieben unterschiedlicher Spezialisierung ab und erhält auf diesem Wege eine umfassende Qualifikation. Oder das ZAWM bietet eine ergänzende Fachqualifikation an, weil nur so die erwünschte Breite sichergestellt werden kann.

Schwierig ist die Ausgangslage für jene Auszubildenden, die einen eher seltenen Beruf anstreben. Für sie lohnt es sich verständlicherweise nicht, eigene Fachklassen einzu-

richten. In solchen Fällen suchen die Lehrlingssekretariate nach Ausbildungsmöglichkeiten in der Wallonie oder im benachbarten Ausland.

Insofern hat die Europäisierung der Lebenswelten seit den 1990er Jahren die DG aus der Sackgasse lokaler und nationaler Ausbildungslogiken herausgeführt. Das Sankt Vither ZAWM bietet etwa eine Qualifizierung im Bereich der Renovierung alter Bausubstanz an (ein zentrales Thema der Gegenwart). Die entsprechenden Module beruhen auf einem gemeinsamen Lehrprogramm mit Institutionen in Berlin, Palermo und Gotland.[97] Zudem gab und gibt es gemeinsame Meisterkurse (Eupens mit Aachen, Sankt Viths mit Trier), weil sich das für beide Seiten lohnt und nur so ein berufsnahes Ausbildungsangebot auf hohem Niveau und mit angemessener materieller Infrastruktur sichergestellt werden kann.[98]

Als ebenso bemerkenswert sind die neuen Organisationsstrukturen zu bezeichnen, welche die duale Ausbildung seit 2008 verändert haben. Finanziell hat sie das Eupener Parlament ermöglicht. Strukturell vorangegangen ist vor allem das ZAWM Eupen, und zwar aus eigenem Antrieb, gelegentlich auch aufgrund glücklicher Zufälle. Vor welchen enormen Herausforderungen die Zentren stehen, wird allein daran deutlich, dass den allermeisten Fachdozenten jegliche pädagogische Grundbildung eingangs fehlt. Ganz allgemein galt und gilt es in den ZAWM, mehr als 150 Personen zu koordinieren, sie handlungsfähig zu machen und auf gemeinsame Qualitätsstandards hin festzulegen. Die allermeisten von ihnen sind nur stundenweise am ZAWM tätig, haben noch viele andere für die Betriebe wichtige Aufgaben zu erledigen. Seit 2017 hat die Regierung das Budget für die ZAWM aufgestockt, sodass einige zusätzliche Festanstellungen möglich wurden. Ohne Zweifel, die DG ist „stolz" auf ihre „selbstständige Berufsbildungspolitik", auf die „Erfolgsgeschichte der dualen mittelständischen Ausbildung ‚made in der DG'".[99] Als Kriterien führt sie die enge Rückbindung an die regionale Wirtschaft an, die Breite der Ausbildung, die Verankerung in der eigenen Tradition, indes auch die hohe Zahl der erfolgreichen Absolventen. Für die Unternehmen sichert die Nähe zur Grenze und die grenzüberschreitende Ausbildung eine qualifizierte Mitarbeiterschaft, die sich internationalen Ansprüchen zu stellen weiß. So verwundern auch kaum die Erfolge bei internationalen Handwerkermeisterschaften und die hervorragenden Arbeitsmarktchancen der ZAWM-Absolventen. An die Anstellungsquote von 97 % (2019) kämen nicht einmal die Hochschulabsolventen heran (95 %), heißt es.[100] Zudem sei das Ausbildungssystem vergleichsweise durchlässig angelegt. Wer interessiert sei, könne die duale Ausbildung als Stufenleiter zu vielen weiteren Karriereschritten nutzen.[101]

Für die ostbelgische Politik ist die mittelständische Ausbildung zum Ausweis „erfolgreicher Autonomie" geworden, zum Nachweis für die Vorteile einer selbstständigen Deutschsprachigen Gemeinschaft. Wörtlich heißt es dazu:

„Seit die Deutschsprachige Gemeinschaft die Kompetenz der beruflichen Aus- und Weiterbildung autonom verwaltet, wurden alle Zeichen auf Erfolg dieses dualen Systems gesetzt!"[102]

Erfordernisse der Postmoderne

Die Geschichte der dualen Ausbildung in Ostbelgien ist die Geschichte von vier verschiedenen historischen Prozessen zugleich: Sie ist (1) eine Geschichte des Übergangs von der industriellen Moderne zur postindustriellen Wirtschaft und zur postmodernen Gesellschaft. Sie steht (2) für die Föderalisierung Belgiens und eine kluge Politik der Transformation der Berufsausbildung durch das Eupener Parlament und die Exekutive. Die beteiligten Institutionen (IAWM, ZAWM) und ihre Mitarbeiter ließen sich (3) auf stetige Reformen ein, deren Nutzen erst im Nachhinein sichtbar wurden. Schließlich öffneten sich (4) die mittelständischen Unternehmen der Idee dualer Ausbildung, und die Auszubildenden selbst ließen sich auf ein immer komplexeres Qualifikationsangebot ein.

Seit 2008, seit der großen Banken- und Wirtschaftskrise, sahen sich die Verantwortlichen allerdings immer mehr mit den Folgen postmoderner Ausdifferenzierung und komplexer Anspruchshaltungen konfrontiert. Jetzt war nicht mehr die Politik allein gefordert, sondern auch IAWM, ZAWM sowie die Unternehmen mussten neue Wege gehen. Die Übergänge zwischen den Ausbildungswegen wurden vielfältiger; die sozialpädagogische Betreuung für die Auszubildenden nahm immer breiteren Raum ein.

Eine systematische Lektüre der regelmäßig von IAWM und ZAWM vorgelegten Jahresberichte der letzten Zeit zeugt von einem tiefsitzenden Unbehagen, weil die Probleme nicht weniger wurden, sondern noch zunahmen. Mehr und mehr Lehrstellen konnten nicht besetzt werden. Gleichzeitig meldeten sich zahlreiche Jugendliche arbeitslos, statt eine Lehre zu beginnen. Gewiss, viele Ostbelgier, viele Bewohner der DG betrachten die duale Ausbildung als Erfolgsmodell. Gleichzeitig indes wünschen sie für ihren eigenen Nachwuchs, dass der Sohn, dass die Tochter zur Hochschule gehe. Im Ergebnis lagen und liegen Ausbildungskapazitäten brach, weil nicht genug Interessenten den Weg in die mittelständische Ausbildung finden. Immer kleiner sind die Ausbildungsgruppen in einzelnen Berufsfeldern geworden.

„Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung, schwindender finanzieller Mittel und gesellschaftlicher Veränderungen muss die duale Ausbildung sich neu positionieren und Visionen für die Zukunft entwickeln. Diese werden mit strukturellen Veränderungen einhergehen",

fasste der Jahresbericht des ZAWM Sankt Vith 2019 die Krisenlage zusammen.103

Kein Reformstau

Nach den Wahlen vom Mai 2019 übernahm die in ihrer Aufgabe bestätigte Eupener Regierung die Initiative. Ministerpräsident Oliver Paasch sparte nicht mit dramatischen Hinweisen: Angesichts der Herausforderungen von Klimawandel, Globalisierung, Migration, Digitalisierung und allgemeiner Furcht vor einer globalen Wirtschaftskrise gebe es zahlreiche gesellschaftliche Verlierer und nur wenige Gewinner. Allein mit Mut zur Veränderung seien die Aufgaben der Zukunft zu bewältigen und zugleich die Errungenschaften der Gegenwart zu bewahren. Der Bildungsbereich, um auf den engeren Gegenstand zurückzukommen, sei insgesamt reformbedürftig, und dies gelte auch und gerade für die Berufsausbildung.[104]

Mit der Durchführung einer Positionsbestimmung, den Online-Umfragen und Expertengesprächen betraute die Eupener Regierung das Düsseldorfer VDI Technologiezentrum (VDI-TZ). Im Unterschied zum Regionalen Entwicklungskonzept zeigte sich allerdings die breite Öffentlichkeit mit der Formulierung von konkreten Reformvorschlägen für das Bildungswesen überfordert. Was hier die Online-Umfragen erbrachten, war wenig erhellend: Die Berufsbildung in der DG, hieß es, sei ein Aushängeschild. Gleichzeitig empfanden die Umfrageteilnehmer das Bildungsangebot als zu komplex. Ein stärkerer Praxisbezug sei erforderlich. Wünschenswert wäre eine bessere Nutzung von Ressourcen. Die duale Ausbildung solle weitere (Dienstleistungs-)Berufe einbeziehen. Die Qualität der Ausbildung müsse verbessert werden.[105] Kurz, die Bilanz für die Berufsausbildung fiel durchaus kritisch aus, viel skeptischer, als die bisherigen Würdigungen hatten vermuten lassen.

Aufschlussreicher fielen dagegen die Stellungnahmen all jener aus, die für die mittelständische Qualifikation direkt verantwortlich zeichneten (Verwaltungsfachleute, Sozialpädagogen, Lehrer, Dozenten, betriebliche Ausbilder). Sie verwiesen auf die Überlastung aller, die im Bereich der beruflichen Ausbildung tätig waren. Als Gründe nannten sie: die immer größere Ausdifferenzierung der Wirtschaft. Viele Kleinbetriebe seien kaum mehr in der Lage, die gesamte Breite der Qualifikation abzudecken. Komplexe Inhalte ließen sich in den ZAWM angesichts der wenigen Unterrichtsstunden kaum vermitteln. Zudem seien viele Lehrende „nur" in ihren Spezialgebieten auf dem neuesten technischen Stand, was angesichts der Breite handwerklicher Anforderungen kaum verwundere. Noch sei die Lehrabbrecherquote zu hoch, obwohl sie im belgischen Vergleich positiv heraussticht. Mehr noch, zwischen 2016 und 2021, also innerhalb von fünf Jahren, konnte die Abbruchquote von 20 % auf 13 % gesenkt werden.[106]

In der Summe führten die Experten vor, wie sehr die Politik zukünftig gefordert sein würde, etwa: bei der Bündelung der ZAWM in Eupen und Sankt Vith sowie deren bessere räumliche und materielle Ausstattung, bei der Einführung von Blockunterricht, bei der Weiterqualifikation der Lehrenden. Es gelte, überbetriebliche Ausbildungseinheiten zu ermöglichen, die Ausbildungsqualität in den Unternehmen selbst sicherzustellen und die Verzahnung zwischen beruflich-technischen Sekundarschulen und ZAWM zu intensivieren, auch hinsichtlich des Personals. Und vor allem: Noch stärker als bisher sei auf die individuellen Bedürfnisse der Auszubildenden einzugehen.[107]

Rheinische Kapitalisten

Die Reformvorschläge der Experten machten noch ein Zweites deutlich: Das positive Aufbruchsklima, als alle nur gewinnen konnten, die Jahre des ungetrübten Fortschritts, 1984-2008, waren endgültig vorbei. Gewinner würde es in Zukunft geben, aber auch Verlierer. Schon bei der Zusammenlegung der ZAWM Eupen und Sankt Vith 2021 hieß es im Grenz-Echo, es gebe im Süden „dicke Luft“, obwohl Regierung und Wirtschaft dem Vorhaben positiv gegenüberstanden.[108] Manches ließ sich damit erklären, dass die Coronakrise die Beteiligten überforderte.[109] Da war keine Muße mehr für grundlegende Neuerungen. Vielen Auszubildenden fehlte Praxiserfahrung, weil die ZAWM und die Betriebe zeitweise geschlossen waren. Hinzu kam, dass mit jeder Reformmaßnahme der Abstand zur Wallonie größer wurde. Dies mochte das Selbstbewusstsein der Deutschsprachigen Gemeinschaft stärken, aber es musste politisch aufgefangen werden.

In vieler Hinsicht erinnert die jüngste Geschichte der dualen Ausbildung in Ostbelgien an die Diskussion um den „Rheinischen Kapitalismus“. Den Begriff prägte der französische Wirtschaftswissenschaftler Michel Albert 1991 und sorgte damit für Furore. Unter anderem verwies er auf die „Sozialpartnerschaft“ in Deutschland, Österreich und der Schweiz und auf die positiven Effekte der dualen Berufsausbildung.[110] Insofern grenzte er das mitteleuropäische Modell vom britisch-amerikanischen Neoliberalismus ab.[111] Aufgegriffen wurden die Überlegungen später von dem Bielefelder Wirtschaftshistoriker Werner Abelshauser[112] und zuletzt – stärker ausdifferenziert und empirisch gesättigt – von Laurent Warlouzet (Sorbonne).[113] Markt und Staat, so hat wiederum der Politikwissenschaftler Lars Castellucci das „Rheinische Modell“ beschrieben, bedürften als zusätzlichen Bündnispartner „der zivilgesellschaftlichen Kräfte“, also lokaler und regionaler Netzwerke der „Selbsthilfe und der Selbsttätigkeit“.[114]

Der Weg in die radikalisierte Moderne, in die Spätmoderne oder – wie ich es beschrieben habe – in die postindustrielle Postmoderne bedeutet angesichts zunehmender gesellschaftlicher Ausdifferenzierung soziale Herausforderung: Zum einen gilt es noch stärker als zuvor, individuelle Entwicklungschancen zu eröffnen, das Ausbrechen aus den klassischen Milieustrukturen zu ermöglichen. Auf der anderen Seite impliziert dies, die zunehmende postmoderne Heterogenität zu akzeptieren. Die sich hieraus ergebenden gesellschaftlichen Divergenzen werden nur dann nicht zu offenen Konflikten führen, wenn die individuelle Entfaltung mit sozialem Handeln verbunden ist. Postmoderne, so die Ergebnisse der Gegenwartssoziologie, erfordert die Herausbildung selbstbewusster Individuen und die Aufrechterhaltung einer solidarischen Gesellschaft. Der Rheinische Kapitalismus könnte hierfür ein Lösungsweg sein. Das Ringen um die richtige Struktur für die duale Ausbildung in Ostbelgien steht demnach für eine Vielzahl der sozialen und politischen Herausforderungen der europäischen Gegenwart. Die Föderalisierung des belgischen Staates, die wirtschaftliche Abkehr von der industriellen Moderne, die gesellschaftliche Postmodernisierung und die Europäisierung des Bildungssystems trafen zusammen und erzwangen und ermöglichten eine gesellschaftlich unterfütterte Hinwendung zur dualen Ausbildung als Basis mittelständischer Wirtschaft. Die DG hat sich der Aufgabe durch ein offenes Transformationsmanagement zugewandt. Freilich, in Zeiten erschwerter konsensueller Lösungsfindung wird ein Transformationsmanagement, das alle mitzunehmen versucht, deutlich schwieriger, aufwendiger werden. Für Politik, Lehrende, Unternehmen und Auszubildende stehen weiterhin aufregende Lehrjahre postindustrieller Postmoderne an.

Endnoten

1 Einen instruktiven Überblick über die Berufsbildung in Belgien Mitte der 1990er Jahre bieten: Heinz Orter, Uwe Lauterbach, Internationales Handbuch der Berufsbildung. Belgien, Baden-Baden 1995, https://www.bibb.de/dienst/veroeffentlichungen/de/publication/show/16248 (16.3.2023).
2 Frank Biess, Republik der Angst. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik, Reinbek 2019.
3 Elke Seefried, Zukünfte. Aufstieg und Krise der Zukunftsforschung 1945-1980, Berlin 2015.
4 Els Herrebout, Hundertsechzig Jahre Berufsbildung in Eupen. Von der Sonntagshandwerkerschule zum Zentrum für Aus- und Weiterbildung des Mittelstandes. 1843-2003, Eupen 2003.
5 Als Ausnahmen zu nennen sind die rechts- und politikgeschichtlich orientierten Darlegungen von Ralph Breuer, ders., Die Regierungserklärung vom 19. Januar 1998 zur Ausbildung und Beschäftigung, in: Thomas Pankert (Hrsg.), Duale Aus- und Weiterbildung als Erfolgsmodell. 50 Jahre ZAWM Eupen, Eupen 2014, S. 96-111; ders., Sozialpolitische und administrative Aspekte der Lehrlingsausbildung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, in: ebd., S. 216-251.
6 Eine umfangreiche Dokumentenzusammenstellung bietet CEDEFOP, https://www.cedefop.europa.eu/de (16.3.2023).
7 Joseph Spoden, Rückblick, Einblick, Ausblick. 100 Jahre handwerkliche Ausbildung in Sankt Vith. 1909-2009, Sankt Vith 2009.
8 Dr. Verena Greten, Chantal Fijakowski, Alexandra Barth (IAWM) sowie Thomas Pankert (ZAWM Eupen) haben freundlicherweise dem Autor mit Rat und Auskunft zur Seite gestanden.
9 Peter M. Quadflieg, „Die traditionelle, jedoch der modernen Zeit angepasste Ausbildungsweise …“. Duale Berufsausbildung und ökonomisch-technische Rahmenbedingungen in Ostbelgien zwischen 1963 und 2013, in: Pankert (Hrsg.), Duale Aus- und Weiterbildung, S. 12-26.
10 Andreas Reckwitz, Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne, Bonn 2018.
11 Zum soziologischen Begriff der Postmoderne siehe z. B. Albert Scherr, Postmoderne Soziologie – Soziologie der Postmoderne? Überlegungen zu notwendigen Differenzierungen der sozialwissenschaftlichen Diskussion, in: Zeitschrift für Soziologie 19 (1990), S. 3-12.
12 Die Forschungsergebnisse der Soziologie dienen uns an dieser Stelle gleichermaßen als Quelle und als Interpretationsinstrument. Ein eigenständiger, genuin geschichtswissenschaftlicher Zugriff sowie die Entwicklung eines selbstständigen gegenwartsgeschichtlichen Narrativs hätten eine Intensität der Quellenauswertung und eine Fundamentalkonzeptionalisierung vorausgesetzt, die an dieser Stelle nicht zu leisten war. – Einen Überblick über die soziologischen Gegenwartsanalysen bieten: Uwe Schimank/Ute Volkmann (Hrsg.), Soziologische Gegenwartsdiagnosen I. Eine Bestandsaufnahme, 2. Aufl., Wiesbaden 2007.
13 Knud Andresen, Strukturbruch in der Berufsausbildung? Wandlungen des Berufseinstiegs von Jugendlichen zwischen den 1960er und 1980er Jahren, in: Knud Andresen, Ursula Bitzegeio, Jürgen Mittag (Hrsg.), „Nach dem Strukturbruch“? Kontinuität und Wandel von Arbeitsbeziehungen und Arbeitswelt(en) seit den 1970er-Jahren, Bonn 2011, S. 159-180, hier S. 160-166.
14 Dazu Quadflieg, Ausbildungsweise, S. 13 f.
15 1961 beschäftigte die ostbelgische Landwirtschaft noch ein Fünftel der Bevölkerung, um 2010 waren es gerade noch 3,3 %. Robert Nelles, Christiane Lentz, Der Arbeitsmarkt in der DG: gestern und heute, in: Pankert (Hrsg.), Duale Aus- und Weiterbildung, S. 30.
16 Vgl. Quadflieg, Ausbildungsweise, S. 19.
17 Vgl. Thomas Pankert, Von der Gründerzeit zur ISO-Zertifizierung, in: ders. (Hrsg.), Duale Aus- und Weiterbildung, S. 53 f.; Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen (IAWM), Karriere mit Lehre. Die Ausbildung von der Lehre bis zum Bachelor, Eupen 2016, S. 7.
18 Vgl. Herrebout, 150 Jahre, S. 63 f.
19 Laura Kajetzke, Anina Engelhardt, Leben wir in einer Wissensgesellschaft?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 23.4.2013, https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/158659/leben-wir-in-einer-wissensgesellschaft/#footnote-target-12 (10.8.2022).
20 Die Jugendarbeitslosigkeit lag in Belgien 1985 bei 28,58 %, vgl. Orter, Lauterbach, Internationales Handbuch, S. B-23.
21 Vgl. Clara Jacquemart, Das deutsche Bildungssystem im Vergleich zum System in der Französischen Gemeinschaft Belgiens im Rahmen der dualen Ausbildung. Vorschläge zur Verbesserung des dualen Ausbildungssystems in der Französischen Gemeinschaft Belgiens. Louvain 2015, S. 31; Pol Debaty, Vocational Training in Belgium, Berlin 1987, S. 57 ff., http://files.eric.ed.gov/fulltext/ED316693.pdf (11.8.2022).
22 Communauté Économique Européenne (CEE) (Hrsg.), Formation professionnelle des travailleurs qualifiés dans les pays de la C.E.E., Brüssel 1963, S. 3-41; Mark D’hoker, Entre école et entreprise. L’origine et l’évolution de l’enseignement technique en Belgique, 1830-1914, in: Recherches sociologiques, 26 (1995), S. 15-42. Eine ausführliche Darlegung, insbesondere zu Flandern und der ganztägigen schulischen Berufsausbildung, bieten: Robert Smet, André Vannecke, Historiek van het technisch en beroepsonderwijs, 1830-1990, Antwerpen 2002.
23 Erst mit Gesetz vom 26. Mai 1914 war Kinderarbeit unter 14 Jahren in Belgien generell verboten, vgl. https://ligue-enseignement.be/la-ligue/chroniques-historiques/eduquer-n132-quand-les-enfants-nallaient-pas-a-lecole-histoire-du-travail-des-enfants-en-belgique (6.8.2022). Bis zum 14. Lebensjahr dauerte auch die Schulpflicht, vgl. CEE (Hrsg.), Formation professionelle, S. 15.
24 Vgl. Isabelle Allinckx, David Monico, Céline Remy, CEDEEFOP Opinion Survey on Vocational Education and Training in Europe. Belgium, Brüssel 2018, S. 7 f.; Morio Yapu, Structures et évolutions récentes de l’enseignement technique et professionnel depuis 1953, in: Recherches sociologiques, 1995, S. 81-109, https://sharepoint.uclouvain.be/sites/rsa/Articles/1995-XXVI-2_05.pdf (23.8.2022).
25 Siehe hierzu Herrebout, Hundertsechzig Jahre, S. 85 f.
26 Vgl. Pankert, Gründerzeit, S. 50 f.
27 Vgl. Herrebout, Hundertsechzig Jahre, S. 64.
28 Vgl. Eurydice (Hrsg.), Organisation des Bildungssystems in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens 2009/2010. Brüssel 2010, S. 134, https://ostbelgienstatistik.be/PortalData/22/Resources/downloads/studien_und_analysen/publikationen/Organisation_des_Bildungssystems_in_der_Deutschsprachigen_Gemeinschaft_Belgiens__2009-2010.pdf (26.6.2022); 29. Juni 1983, Gesetz über die Schulpflicht, http://www.scta.be/MalmedyUebersetzungen/downloads/19830629.arb.doc (31.7.2022).
29 Vgl. Thomas Pankert, Mobilität und Globalisierung. Grenzüberschreitende Orientierung und Zusammenarbeit, in: ders. (Hrsg.), Duale Aus- und Weiterbildung als Erfolgsmodell. 50 Jahre ZAWM Eupen. Eupen 2014, 116–132.; Breuer, Sozialpolitische und administrative Aspekte, in: Pankert (Hrsg.), Duale Aus-

und Weiterbildung, S. 226 f.; CEDEFOP, Vocational Education and Training in Belgium, 2. Aufl., Thessaloniki 2001, S. 55.
30 Vgl. Pankert, Mobilität, S. 116.
31 Vgl. Pankert, Gründerzeit, S. 52 f.
32 Vgl. ebd., S. 51.
33 Ausbildungsbetriebe erhalten staatliche Praktikumsboni sowie Unterstützung zu den Sozialabgaben für die Ausbilder. Siehe hierzu auch Dual Training, Belgium-FR, 2017, https://www.cedefop.europa.eu/en/tools/financing-apprenticeships/apprenticeship-schemes/dual-training (13.8.2022); Finanzen, IAWM, https://www.iawm.be/betriebe/finanzen (15.8.2022).
34 Eine Übersicht über die von der Handwerkskammer Aachen erhobenen Abgaben findet sich unter https://www.hwk-aachen.de/artikel/beitrag-33,73,268.html (3.7.2022).
35 Vgl. Herrebout, Hundertsechzig Jahre, S. 64.
36 IAWM schließt ZAWM-Niederlassung in Weywertz, BRF, 13.12.2007, https://brf.be/regional/39061 (20.4.2022).
37 Vgl. Jutta Rump, Silke Eilsers, Marc Brandt (Hrsg.), Analyse des Fachkräftebestands, -bedarfs und -potenzials in Ostbelgien. Eine wissenschaftliche Untersuchung des Instituts für Beschäftigung und Employability (IBE), Ludwigshafen 2018, S. 5 f., https://ostbelgienstatistik.be/PortalData/22/Resources/Downloads/Studien_und_Analysen/Publikationen/Endbericht_Fachkraefteanalyse_06.12.18.pdf (26.6.2022).
38 Vgl. Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft/Wirtschaftsförderungsgesellschaft Ostbelgiens VoG (Hrsg.), Standortanalyse der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Januar 2007, S. 80, https://intranet.adg.be/PortalData/19/Resources/downloads/arbeitsmarktstatistik/WFG_Standortanalyse_2007.pdf (26.6.2022).
39 Vgl. Eurydice (Hrsg.), Organisation, S. 17.
40 Vgl. ebd., S. 21.
41 Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Schülerzahlen 2019-2020, S. 6. https://ostbelgienstatistik.be/PortalData/22/Resources/downloads/Schuelerzahlen_2019-2020.pdf (21.7.2022).
42 Immer weniger Lehrlinge in Ostbelgien, BRF, 27.3.2019, https://brf.be/regional/1265723 (10.4.2022).
43 Eupener Metzger reagieren mit zusätzlichem Ruhetag auf Fachkräftemangel, in: GrenzEcho, 22.2.2022, https://www.grenzecho.net/69858/artikel/2022-02-22/eupener-metzger-reagieren-mit-zusatzlichem-ruhetag-auf-fachkraftemangel (10.4.2022).
44 Immer mehr Lehrstellen bleiben unbesetzt, BRF, 6.11.2019, https://brf.be/regional/1328651 (10.4.2022).
45 Vgl. das Kapitel von Vitus Sproten im vorliegenden Band.
46 Einen Überblick bietet beispielsweise: Wilfried Ferchhoff, Jugend und Jugendkulturen im 21. Jahrhundert. Lebensformen und Lebensstile, 2. Aufl., Wiesbaden 2011.
47 Vgl. Herrebout, Hundertsechzig Jahre, S. 65.
48 Vgl. Pankert, Gründerzeit, S. 52 f.
49 Karl-Heinz Lambertz, Drei Fragen an Karl Heinz Lambertz, Präsident des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft, in: Pankert (Hrsg.), Duale Aus- und Weiterbildung, S. 112 f., hier S. 112.
50 VDI Technologiezentrum, Diagnose des aktuellen Stands des Bildungssystems in der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Düsseldorf 2020, S. 97, https://ostbelgienlive.be/PortalData/21/Resources/downloads/allgemeine_infos/2020-02-13_Ergebnisbericht_Diagnose_final_C2.pdf (27.6.2022).
51 Vgl. Ralph Breuer, Regierungserklärung, in: Pankert (Hrsg.), Duale Aus- und Weiterbildung, S. 96; http://worldcat.org/identities/lccn-n80150064 (9.6.2022).
52 Vgl. Breuer, Regierungserklärung, S. 105 ff.
53 Vgl. Spoden, Rückblick, S. 69.
54 16.12.1991, Dekret über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen, https://www.iawm.be/fileadmin/template/Download_PDF/Rechtsgrundlagen/1991.12.16_Dekret___ber_die_Aus-und_Weiterbildung_im_Mittelstand_und_in_kleinen_und_mittleren_Unternehmen.pdf (4.8.2022).
55 IAWM-Verwaltungsrat, Die aktuelle Besetzung, https://www.iawm.be/iawm/verwaltungsrat (29.6.2022).,
56 Jahresbericht des IAWM, 2012, S. 3.
57 Vgl. Breuer, Sozialpolitische und administrative Aspekte, S. 216-221.
58 Vgl. Mittelständische Ausbildung, https://www.ostbelgienbildung.be/desktopdefault.aspx/tabid-2241/4455_read-31993 (2.5.2021).
59 Vgl. Spoden, Rückblick, S. 69.
60 Vgl. ebd., S. 85.
61 Aufschlussreich in dieser Hinsicht sind die Jahresberichte des ZAWM Sankt Vith.
62 Viele der Jahresberichte des ZAWM Eupen sind im Internet verfügbar.
63 Vgl. ZAWM Sankt Vith, Jahresbericht 2019, S. 42.
64 Vgl. hierzu die Jahresberichte der ZAWM Eupen und Sankt Vith.
65 IAWM, Tätigkeitsbericht 2020, S. 25.
66 Vgl. IAWM, Analyse der neuen Ausbildungsverträge 2019, S. 12; IAWM, Analyse der neuen Ausbildungsverträge 2021, S. 7.
67 Mit Rundschreiben vom 11. Juli 2022 informierte das Ministerium für Bildung, Forschung und Erziehung über die Erhöhung der monatlichen Mindestentschädigungen durch die Ausbildungsbetriebe auf 350,00 bis 700,00 Euro (abhängig vom Ausbildungsjahr), https://ostbelgienbildung.be/PortalData/21/Resources/downloads/schule_ausbildung/mittelstaendische_ausbildung/220711_Rundschreiben_362_neue_Mindestentschaedigungen_fuer_Lehringe_ab_010722.pdf (15.7.2022). Den Hinweis auf das Rundschreiben verdanke ich Herrn Thomas Pankert. Dafür ganz herzlichen Dank.
68 Vgl. IAWM, Analyse der neuen Ausbildungsverträge 2021, S. 5, https://ostbelgienstatistik.be/desktopdefault.aspx/tabid-2382/categories-1347 (27.6.2022).
69 Aufschlussreich in dieser Hinsicht ist die Lektüre der ZAWM-Jahresberichte bzw. -Pressemappen.
70 Vgl. IAWM, Analyse der neuen Ausbildungsverträge 2020, S. 7.
71 Diese und die weiter unten angeführten Zahlen ergeben sich aus den Angaben der vom IAWM jährlich herausgegebenen Analyse der neuen Ausbildungsverträge.
72 Vgl. IAWM, Analyse der neuen Ausbildungsverträge 2012, S. 11.
73 Arbeitsamt der DG, Standortanalyse, https://intranet.adg.be/desktopdefault.aspx/tabid-1896/4566_read-31806/ (16.3.2023).
74 https://ostbelgienlive.be/desktopdefault.aspx/tabid-258/624_read-53258 (27.6.2022).
75 Bd. 3, S. 168 f.
76 Bd. 4, S. 227-237.
77 Bd. 5, S. 82.
78 Vgl. ZAWM Eupen, Jahresbericht 2009, S. 5.
79 Vgl. IAWM, Analyse der neuen Ausbildungsverträge 2012, S. 11.
80 Vgl. IAWM, Analyse der neuen Ausbildungsverträge 2019, S. 15.
81 Vgl. ebd.
82 Vgl. ebd.
83 Vgl. ebd., S. 20.
84 Harald Möller, Dekretentwurf über die Industrielehre – Vorstellung durch die Regierung. Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Eupen 2016, https://docplayer.org/37398462-Wir-haben-heute-einen-dekretentwurf-ueber-die-sogenannte-industrielehre-zur.html (11.7.2021).
85 https://www.bs-ti.be/home/teilzeitunterricht/ (16.3.2023).
86 Vgl. Möller, Dekretentwurf.
87 https://wsr-dg.be/wp-content/uploads/Gutachten-Dekretvorentwurf-%C3%BCber-die-Industrielehre.pdf (13.5.2022)
88 Beantwortung der schriftlichen Frage Nr. 195, von D. Stiel an Frau Ministerin Klinkenberg zum Kompetenzanerkennungsverfahren „KomAn“, 5.11.2021, https://pdg.be/desktopdefault.aspx/tabid-4891/8665_read-65044 (13.5.2022).
89 Vgl. ZAWM Sankt Vith, Jahresbericht 2018, S. 29; IAWM, Analyse der neuen Ausbildungsverträge, 2021, S. 7; https://eurydice.eacea.ec.europa.eu/national-education-systems/belgium-german-speaking-community/overview (16.3.2023).
90 Vgl. Oliver Paasch, Durchlässigkeit als Voraussetzung für ein modernes Bildungssystem. Entwicklungen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, in: Pankert (Hrsg.), Duale Aus- und Weiterbildung, S. 150-167.
91 Vgl. Neue duale Studiengänge in Kooperation mit der FH Aachen, BRF, 7.5.2019, https://brf.be/regional/1278450 (13.5.2022).
92 Vgl. ZAWM Eupen, Jahresbericht 2009, S. 218.
93 Spoden, Rückblick, S. 82.
94 Vgl. IAWM, Analyse der neuen Ausbildungsverträge 2012, S. 12.
95 Vgl. Christiane Weling, Duale Ausbildung im Wandel der Zeit. Ein modernes Berufsbildungssystem als andauernde Herausforderung für die Deutschsprachige Gemeinschaft. Interview mit Ewald Gangolf, Präsident des Verwaltungsrates des IAWM, in: Pankert (Hrsg.), Duale Aus- und Weiterbildung, S. 136-147, hier S. 139 f.
96 Vgl. ZAWM Sankt Vith, Jahresbericht 2019, S. 28.
97 Vgl. Zentrum für Aus- und Weiterbildung des Mittelstandes V.O.E. Sankt Vith, 10 Jahre ZAWM Sankt Vith, Sankt Vith 2002, S. 13 f.
98 Vgl. Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens (Hrsg.), Mehrwert der Autonomie. Beispiele aus 30 Jahren DG mit Dekretbefugnis und eigener Regierung, Eupen 2014, S. 81; Pankert, Mobilität, S. 122-132.
99 IAWM, Jahresbericht 2012, S. 3.
100 Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, SAVE – Schulabgängervermittlung, Eupen 2021, https://adg.be/desktopdefault.aspx/tabid-5403/9349_read-50719 (1.6.2022).
101 Vgl. Symposium zur Dualen Ausbildung in Brüssel, BRF, 25.5.2016, https://brf.be/national/994151 (4.2.2022).
102 Christiane Weling, Duale Ausbildung, in: Pankert (Hrsg.), Duale Aus- und Weiterbildung, S. 136.
103 ZAWM Sankt Vith, Jahresbericht 2019, S. 39.
104 Oliver Paasch, Ministerpräsident, Regierungserklärung 16.09.2019. Für eine zukunftsfähige Gemeinschaft, https://prodg.be/wp-content/uploads/2019/09/RE_092019-OP.pdf (29.6.2022).
105 Vgl. Meinungsbild zur mittelständischen Ausbildung, https://ostbelgienbildung.be/desktopdefault.aspx/tabid-6272/10808_read-59176 (30.7.2021); VDI Technologiezentrum (Hrsg.), Diagnose des aktuellen Stands des Bildungssystems in der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Düsseldorf 2020, S. 245-271.
106 Ganz herzlichen Dank für die Auskunft an Frau Dr. Greten (IAWM). Siehe auch: Lehrlinge mit Praelab bei der Stange halten, in: GrenzEcho, 3.9.2020.
107 Vgl. VDI Technologiezentrum (Hrsg.), Diagnose des aktuellen Stands des Bildungssystems in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Materialienband zum Ergebnisbericht. Düsseldorf 2020, S. 295 f., https://ostbelgienbildung.be/PortalData/21/Resources/downloads/allgemeine_infos/2020-02-12_Endbericht_Diagnose_Materialband.pdf (28.6.2022).
108 Dicke Luft und viele Fragen im ZAWM Sankt Vith, in: GrenzEcho, 19.5.2021.
109 ZAWM-Fusion, BRF, 10.6.2021, https://brf.be/regional/1495167/#:~:text=Thomas%20Pankert%20wird%20weiterhin%20den%20Standort%20Eupen%20leiten.,in%20St.%20Vith%20der%20Flame%20Ludwig%20Bastiaansen%20antreten (4.11.2021).
110 Michel Albert, Capitalisme contre Capitalisme, Paris 1991.
111 Einen Forschungsüberblick bietet: Friederike Sattler, Rheinischer Kapitalismus. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in der Bonner Republik, in: Archiv für Sozialgeschichte 52 (2012), S. 687-724.
112 Werner Abelshauser, Wirtschaftsleitbilder im Kulturkampf. Hat der Rheinische Kapitalismus eine Zukunft?, Bielefeld, o.J., https://web.archive.org/web/20120131174849/http://www.uni-saarland.de/fileadmin/user_upload/Sonstiges/KoWA/beirat/Abelshauser-ThesenTabellenAbb-Excel.pdf (26.5.2022).
113 Laurent Warlouzet, Governing Europe in a Globalizing World. Neoliberalism and its Alternatives following the 1973 Oil Crisis, London 2019.
114 Lars Castellucci, Zur Zukunft des „Rheinischen Kapitalismus“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6-7 (2001), S. 20-26, hier S. 22, https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/26478/zur-zukunft-des-rheinischen-kapitalismus (4.8.2022).







VON DEN „GRENZEN DES WACHSTUMS“ ZU EINER NACHHALTIGEN GESELLSCHAFT?

GLOBAL DENKEN, LOKAL HANDELN

VON ANDREAS FICKERS UND NORBERT NICOLL





1972 veröffentlichte der Club of Rome in seinen „Grenzen des Wachstums“ düstere Visionen für die Zukunft des Planeten Erde. Das neuentdeckte Bewusstsein für das Thema Natur und Umweltschutz fand auch in Ostbelgien seinen Widerhall: Anti-Atomkraft-Bewegung, Müllentsorgung, Grüne Bewegung, Tierschutz, Renaturierung, Biohöfe und erneuerbare Energien entwickelten sich ab diesem Jahrzehnt auch in Ostbelgien ganz allmählich zu Phänomenen mit gesellschaftlicher Bedeutung.

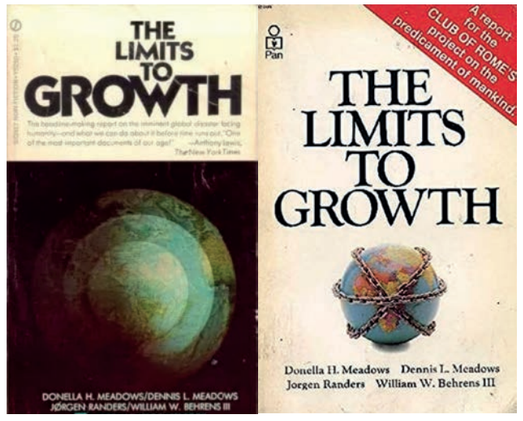
Einleitung

Die 1970er Jahre werden in der aktuellen Zeitgeschichtsschreibung allgemein als Wendepunkt der Nachkriegsgeschichte angesehen. Erfuhren vor allem die westeuropäischen Gesellschaften in den ersten drei Jahrzehnten nach der verheerenden Katastrophe des Zweiten Weltkriegs ein ungekanntes wirtschaftliches Wachstum und einen entsprechenden Anstieg des Lebensstandards, kam es in den 1970er Jahren zu einem strukturellen Wandel. Historiker wie Lutz Raphael und Anselm Doering-Manteuffel qualifizieren die jüngste Zeitgeschichte daher als „Zeit nach dem Boom“[1], wobei es unterschiedliche Interpretationen darüber gibt, welches Jahr sich besonders als Ausdruck eines symbolischen Strukturbruchs der Moderne deuten lässt.[2] Fokussieren sich die meisten historischen Studien zum sogenannten Strukturwandel auf makrohistorische Veränderungsprozesse – etwa den Wandel von industriellen Produktionsbedingungen und den Aufschwung des Dienstleistungssektors, veränderte Einkommens- und Arbeitsverhältnisse und damit verbundene Fragen der sozialen Mobilität oder Ungleichheit[3] –, konzentriert sich dieses Kapitel auf die sozialen Folgen dieses globalen Umbruchs auf regionaler und lokaler Ebene, besonders auf die Entstehung neuer sozialer Bewegungen sowie auf umwelthistorische Themen. Die Krisenphänomene der 1970er Jahre, so die Hypothese, haben auch in der ostbelgischen Gesellschaft zu strukturellen Veränderungen beigetragen. Veränderungen, die nicht nur in Form eines Krisen- und Niedergangsnarrativs zu erzählen sind, sondern die auch als Geschichte demokratischen Aufbruchs und gesellschaftlicher Emanzipation gedeutet werden können.

Die 1970er Jahre als Scharnierjahrzehnt der Moderne?

In den 1970er Jahren wuchsen die globalen Unsicherheiten. Der Glaube an den Fortschritt – vorläufiger Höhepunkt war die Mondlandung im Juli 1969 – schwächte sich Anfang der 1970er Jahre ab.[4] Der Mentalitätsumschwung war wesentlich getrieben von Sorgen um die Natur sowie der Angst um den Verlust von sicher geglaubten Arbeitsplätzen, vor allem in der Textil-, Kohle- und Stahlindustrie. Der Historiker Joachim Radkau spricht in diesem Zusammenhang von einer „ökologischen Revolution um 1970“.[5] In Stockholm fand im Juni 1972 die erste Umweltkonferenz der Vereinten Nationen (UN) statt. Kurze Zeit vorher, im März 1972, war die Studie „The Limits to Growth“ des Club of Rome erschienen.[6] Das Buch prägte das gesellschaftliche Klima der 1970er Jahre wie kaum ein anderes Werk. Im Oktober 1973 gab es die erste Ölpreiskrise – der Ölpreis stieg von rund drei US-Dollar auf über fünf US-Dollar pro Barrel. In der Folge der Ölpreiskrise fanden in verschiedenen Staaten Europas autofreie Sonntage statt. Autos, die Symbole des Fortschritts, standen still (mehr dazu im Kapitel zum Wandel der Mobilität). Der wirtschaftliche Boom schien zu Ende. Die Arbeitslosigkeit kehrte zurück, das Wirtschaftswachstum schwächelte und die Inflationsraten zogen an – ein Phänomen, das als Stagflation bezeichnet wird.

Viele Menschen realisierten, dass Wohlstand einen Preis hatte – nicht nur mussten dazu Menschen im globalen Süden ausgebeutet werden, sondern gleichzeitig litt auch die Umwelt. Ob Energie- oder Rohstoffverbrauch, Müllmengen oder Treibhausgasemissionen – alle diese Größen wuchsen besonders in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg rasant. Forscher haben in diesem Zusammenhang den Begriff der großen Beschleunigung geprägt.[7] Es war maßgeblich die



Im März 1972 erschien die Studie „The Limits to Growth“ des Club of Rome. Im Mittelpunkt der Untersuchung stand ein Computermodell, das sogenannte World3-Modell. Die Studie modellierte 12 verschiedene Szenarien für die Zukunft der Erde. Das Basis-Szenario sah einen Kollaps des Weltsystems kurz vor der Mitte des 21. Jahrhunderts voraus, verursacht durch exponentielles Wachstum der Weltbevölkerung und entsprechendem Verbrauch natürlicher Ressourcen. Das Buch prägte das gesellschaftliche Klima der Siebziger wie kaum ein anderes Werk.

ungebremste Nutzung fossiler Energieträger, ein Erbe von über Jahrmillionen angesammelter Biomasse, die das extreme Ausmaß der Eingriffe in die Systeme der Erde ermöglichte. Entsprechend groß sind die Auswirkungen. Der menschliche Einfluss auf die Natur hat sich seit dem Jahr 1900 mehr als vertausendfacht.[8]

Gleichzeitig bekam ein Begriff Konjunktur, der in den 1960er Jahren völlig unbekannt war: Umweltschutz. Maßgeblich daran beteiligt waren auch in Ostbelgien Menschen, die sich für eine sozialökologische Transformation der Gesellschaft engagierten. Seit den 1970er Jahren wurde vermehrt über die Wechselwirkung von Natur und Kultur diskutiert und debattiert. Einige dieser Debatten und Diskurse möchten wir im Folgenden schlaglichtartig beleuchten und dabei immer auch Bezüge zur Wirtschaftsgeschichte und politischen Streitkultur in Ostbelgien herstellen; denn unsere Umwelt beschränkt sich nicht auf Natur, sondern beinhaltet alle Bereiche des sozialen, wirtschaftlichen wie politischen und kulturellen Lebens.

Kampf gegen den Vogelfang: Anfänge der Natur- und Umweltschutzbewegung in Ostbelgien

Ein Thema, an dem sich die Herausbildung aktiven Natur- und Umweltschutzes in Ostbelgien besonders deutlich nachvollziehen lässt, ist der Kampf gegen den Vogelfang. In Belgien erfreute sich der Vogelfang auch nach dem Zweiten Weltkrieg großer Beliebtheit. Die Fédération Nationale des Tendeurs de Belgique mit Sitz in Lüttich zählte mehrere Zehntausende Mitglieder, und auch Hunderte Ostbelgier beantragten jährlich ihren Fangschein beim Bezirkskommissariat in Malmedy.[9] Wenn dieser zum ersten Mal beantragt wurde, mussten die Antragsteller sogar ein Zivismuszeugnis vorlegen und jährlich Steuermarken in Höhe von 225 bzw. 75 belgischen Franken erwerben.

Wie die zahlreichen Vogelfanglizenzen beweisen, handelte es sich sowohl für den Staat wie für die Vogelfänger um ein lohnendes Geschäft. So berichtete das bundesdeutsche Magazin „Der Spiegel“ 1965 über das große Vogelfanggeschäft im Nachbarland Belgien. Allein 1964 waren knapp 30.000 Vogelfanglizenzen in Belgien ausgegeben worden. Bei Verkaufspreisen von 200 BF für seltenere Vögel wie eine Schneeammer, 126 BF für einen Rotfink oder zwei BF für den weitverbreiteten Buchfink war der Vogelfang für viele



Belgien war das erste Land, in dem das ‚Komitee gegen den Vogelmord e.V.‘ Vogelschutzaktionen organisierte. Gegen diese Aktionen protestierten belgische Vogelfänger – hier bei einer Protestaktion im Jahre 1985. Der Gegenprotest blieb ohne Erfolg: 1993 wurde der Vogelfang auch in Belgien endlich verboten.

ein durchaus lukratives Hobby.[10] Neben den heimischen Vogelfängern kamen aber auch zahlreiche wallonische und flämische Vogelfänger nach Ostbelgien, um vor allem an Wochenenden ihre Netze zu spannen bzw. Schlingen auszulegen. Dies sorgte ab Anfang der 1970er Jahre zunehmend für Spannungen mit der sich in Ostbelgien formierenden Vogel- und Naturschutzbewegung, die sich bisweilen in handgreiflichen Auseinandersetzungen entladen konnten.[11]

Schon lange hatte sich in Belgien Widerstand gegen den Vogelfang manifestiert. 1922 war in Brüssel die Ligue Belge pour la Protection des Oiseaux durch die Marquise de Pierre gegründet worden, 1951 folgte die Gründung der Réserves Naturelles et Ornithologiques de Belgique (RNOB). Die RNOB erweiterte den klassischen Vogelschutz in Richtung eines breiteren Naturschutzkonzeptes, das auch die Unterschutzstellung von gefährdeten oder besonders schützenswerten Landschaftsflächen vorsah. Diese nationalen Entwicklungen trafen auch in Ostbelgien auf fruchtbaren Boden. 1969 wurde von dem Forstbeamten Ferdi Scheuren ein ostbelgischer Regionalverband der sechs Jahre zuvor gegründeten AVES a.s.b.l. gegründet. AVES-Ostkantone entwickelte sich in den Folgejahren zu einem Hauptakteur im aktiven Kampf gegen den Vogelfang und wurde zu einer treibenden und bewusstseinsbildenden Kraft für die damals noch kaum bekannte Idee des Umweltschutzes. Mit Vorträgen und Filmabenden, Exkursionen und Natur-



Die 1969 gegründete AVES-Ostkantone setzte sich konsequent gegen den Vogelfang und den Schutz bedrohter Vögel in Ostbelgien ein. Hier eine Demonstration gegen den Vogelfang aus dem Jahre 1985.

schutzwochen sensibilisierte AVES die ostbelgische Bevölkerung für Fragen des Natur- und Umweltschutzes und brachte die Zeitschrift „Kontaktblatt“ für Mitglieder heraus, welche 1974 in „Natur & Umwelt“ umbenannt wurde.

Obwohl der Protest von AVES und anderen Vereinigungen wie der 1978 gegründeten BNVS (der ostbelgischen Regionalantenne der RNOB) Wirkung zeigte und sich die belgische Gesetzgebung in Sachen Vogelfang in den Folgejahren verschärfte, kam es bis Mitte der 1980er Jahre immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen Vogelschützern und -fängern auf ostbelgischem Boden.[12] Dass dies keine rein belgische Angelegenheit war, beweisen die Aktionen des 1975 in Berlin gegründeten Komitees gegen den Vogelmord im belgisch-deutschen Grenzgebiet bei Aachen. 1977 veranstaltete die sehr aktive Aachener Ortsgruppe des Komitees erste Protestaktionen in Ostbelgien. Letztlich zahlte sich die Beharrlichkeit der Vogelschutzgegner aus: Auf Druck des Komitees drohten die Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz im Jahre 1988 damit, aus dem grenzüberschreitenden Projekt „Deutsch-Belgischer Naturpark Hohes Venn“ auszusteigen, wenn Belgien den Vogelfang innerhalb des Parks nicht offiziell verbiete. Auch hatte eine Klage beim Europäischen Gerichtshof im Jahr 1993 Erfolg: Der Finkenfang wurde nun auch in Belgien endgültig verboten.[13]

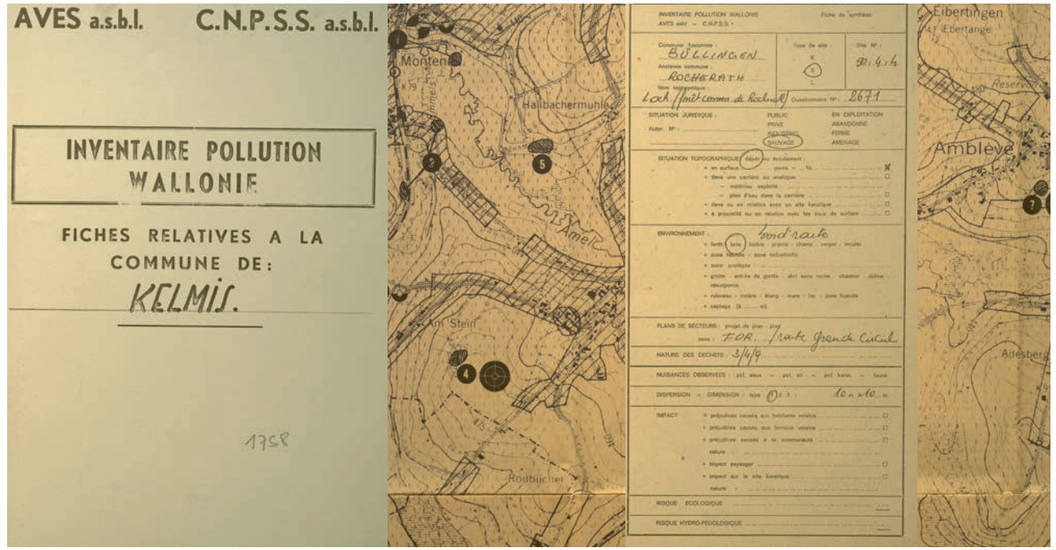
Von wilden Mülldeponien zum Recyclingpark

Mit dem Eintritt in die Massenkonsumgesellschaft der 1960er Jahre trat zunehmend auch die unangenehme Kehrseite dieses Wohlstandsphänomens in das Bewusstsein der Bevölkerung und der zuständigen Behörden: Was tun mit dem Abfall? Über Jahrhunderte war Hausmüll in ländlichen Regionen kaum ein Problem – fast jeder Haushalt hatte seine eigene Jauchegrube und Abfallstelle. Restmüll und die Entsorgung von Unrat waren vor allem ein Problem urbaner Agglomerationen. Um die Jahrhundertwende zum 20. Jahrhundert versanken Großstädte wie London, Paris oder Berlin im Mist und Urin Hunderttausender Pferde, welche die Massenmobilität der Millionen von Bewohnern gewährleisteten.[14] Moderne Müllabfuhren entstanden erst Ende des 19. Jahrhunderts – und von einer Kultur des Wegwerfens war man noch weit entfernt.

Im stark ländlich geprägten Ostbelgien wurde die Entsorgung des Restmülls hauptsächlich lokal geregelt: Fast jedes Dorf hatte seine eigenen Müllabladeplätze, häufig in stillgelegten Steingruben oder am Waldrand gelegen. Der Großteil der Entsorgung fand aber durch Verbrennung statt: An Samstagen gehörte die Müllverbrennung zum festen Wochenendritual. Erst in den 1950er Jahren fingen verschiedene Gemeinden damit an, private Unternehmen mit der Einsammlung von Hausmüll zu beauftragen oder diese in Eigenregie durchzuführen. Da sich auf Landes- und Provinzebene die Stimmen mehrten, das Müllproblem systematisch zu analysieren und nach effizienten Möglichkeiten der Entsorgung zu suchen, wurde Ende 1969 im Bezirkskommissariat Verviers eine Umfrage lanciert, die alle Bürgermeister dazu aufforderte, Informationen zum Stand der Müllentsorgung zu liefern. Erfragt wurden: die Einwohnerzahl, die Bodenfläche der Gemeinde, die Kilometerzahl des Straßennetzes, die Organisation der Müllabfuhr (privat oder Gemeinde), die Häufigkeit der Abfuhr, das annähernde Volumen, das Vorhandensein einer Abladestelle (innerhalb oder außerhalb der Gemeinde) sowie die voraussichtliche Benutzungsdauer der Deponie.[15] Aus den eingegangenen Fragebögen geht hervor, dass es in den einzelnen Gemeinden sehr unterschiedliche Strategien zur Müllbeseitigung gab, was auch dem Fehlen einer entsprechenden Gesetzgebung geschuldet war. Genau hier setzte man auf Provinzebene Anfang der 1970er Jahre an und initiierte eine Groupe de travail déchets. Schon früh kam hier die Idee der Gründung einer Interkommunale auf, welche das Problem der Einsammlung, des Abtransports und der Endbehandlung der „soliden Abfälle“ besser organisieren und regeln konnte, als dies auf Gemeindeebene möglich war.[16]



Wilde Mülldeponien waren bis weit in die 1980er Jahre leider ein weit verbreitetes Phänomen in Ostbelgien. Hier ein Beispiel aus dem Hohen Venn – mitten in einem Naturschutzgebiet!



Mit dem „Inventaire Pollution Wallonie“ legte AVES 1978 eine detaillierte Beschreibung und Kartografierung der wilden Mülldeponien in Ostbelgien vor. Die Studie zeigte unverhohlen das erschreckende Ausmaß dieser illegalen aber allseits praktizierten „Entsorgungspraxis“.

Dass das Problem erkannt wurde und entsprechende Lösungsansätze auf Provinz- wie Bezirks- und Gemeindeebene ausführlich debattiert wurden, bedeutete aber lange nicht, dass es zufriedenstellend gelöst werden konnte. Am Beispiel der Müllfrage wird das Problem ungeklärter politischer wie administrativer Zuständigkeiten und Verantwortungen geradezu beispielhaft deutlich. Zwar legte die Entwicklungsgesellschaft für das Gebiet Wallonien (S.D.R.W.) 1976 eine ausgiebige „Studie über die Sammlung, den Transport und die Behandlung der häuslichen Abfallstoffe“ vor, doch wurden hier lediglich Empfehlungen ausgesprochen, die für die Gemeinden keinerlei bindende Kraft hatten.[17] Obwohl es im Anschluss an die Studie zu mehrfachen Treffen zwischen Gemeindevertretern und Ingenieuren der S.D.R.W. kam, tat sich weiterhin nichts. Dies war für Umweltorganisationen wie AVES umso problematischer, als man 1978 mit der Erstellung eines detaillierten Inventaire Pollution Wallonie beauftragt worden war, das systematisch alle wilden Mülldeponien pro Gemeinde dokumentierte und kartografierte.[18] Hatten die Bürgermeister auf die Frage der Existenz wilder Deponien mit „nein!“ (Bütgenbach, Kelmis), „leider ja!“ (Burg-Reuland), „teilweise in Waldschneisen und Gräben“ (Eupen) geant-

wortet, zeigten die AVES-Inventare ein anderes Bild.[19] Allein in der Gemeinde Amel wurden im Inventar sage und schreibe 60 wilde Müllablagerungen dokumentiert – mehrere davon wurden als hochproblematisch eingestuft, da sie in unmittelbarer Nähe zu Bachläufen angelegt wurden.

Trotz der Dringlichkeit der Problematik und zahlreicher öffentlicher Debatten zur Müllproblematik tat sich auch Anfang der 1980er Jahre wenig. Die von der Provinz/S.D.R.W. vorgeschlagene Lösung der Gründung einer gemeinsamen Interkommunalen der Bezirke Verviers und Malmedy scheiterte letztlich an der Stadt Verviers, in deren Ballungsgebiet das höchste Müllaufkommen zu verzeichnen und die eine dementsprechende hohe anteilige Kostenbeteiligung nicht aufzubringen bereit war.[20] Schließlich beauftragten zahlreiche ostbelgische Gemeinden im Süden der Gemeinschaft die in Arlon ansässige Interkommunale IDELUX mit der Hausmüllsammlung.[21] Das Problem der wilden wie auch legalen Mülldeponien hatte sich damit jedoch nicht in Luft aufgelöst; es wurde vielmehr vergraben. Nach dem Motto „aus den Augen, aus dem Sinn" wurden die meisten Deponien zugeschüttet und, wie im Falle von Sankt Vith, gar mit einem Mountainbike-Park „renaturiert".[22]

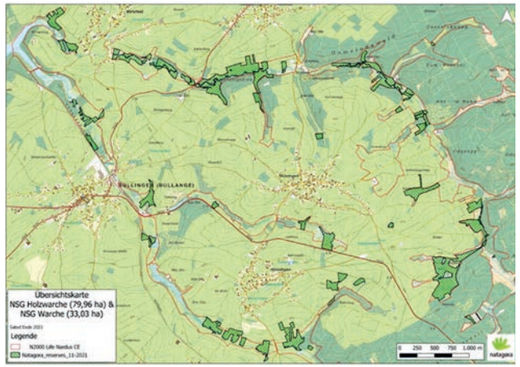


Der 1978 gegründete Belgische Natur- und Vogelschutzbund (BNVS), eine Regionalantenne der Réserves Naturelles et Ornithologiques de Belgique, setzt sich schwerpunktmäßig für den Erhalt seltener und bedrohter Flächen ein. Ein besonderes Augenmerk gilt besonders artenreichen Feuchtwiesen und Bachläufen. Nach Ankauf entsprechender Parzellen werden diese in „Workcamps" von Fichtenbewuchs befreit. Eine späte Mahd oder Bewirtschaftung mit Galloways sorgt für die Erhaltung der Artenvielfalt dieser Kulturlandschaft. Durch Kinderanimationen werden auch die Kleinen früh für den Naturschutz und die Entdeckung der Natur sensibilisiert.

Von der Sensibilisierung zur Unterschutzstellung und Renaturierung

Mit der Gründung von AVES-Ostkantone 1969 und der BNVS-Ostbelgien 1978 wurde aktiver Umwelt- und Naturschutz in Ostbelgien vereinsmäßig institutionalisiert. Lag der Fokus von AVES in den Anfangsjahren vor allem in der Bekämpfung des Vogelfangs und der Sensibilisierung der Bevölkerung für umweltpolitische Themen, legte die BNVS ihren Schwerpunkt auf die Konservierung von bedrohten oder erhaltenswürdigen Kulturlandschaftsflächen, vor allen Dingen von flora- und faunareichen Bachläufen und Feuchtwiesen.[23] So kam es 1978 zum ersten Ankauf einer Feuchtwiese am Kleinfüllenbach im Holzwarchetal bei Rocherath. In den Folgejahren konnten Ankäufe am Thommerbach, Ensebach, Mittelbach usw. getätigt werden, die alleine durch Spenden bzw. Erlöse von Veranstaltungen finanziert werden konnten. 2022 belaufen sich die von der BNVS-Natagora verwalteten Naturschutzgebiete in Ostbelgien auf eine Gesamtfläche von 517 Hektar, mit größeren zusammenhängenden Gebieten im Holzwarchetal (80 ha), an der Emmels (62 ha), der Braunlauf (57 ha), dem







Oben: Übersichtskarte des BNVS-Naturschutzgebietes „Holzwarche". Rechts: Natagora Schutzgebiete im Süden Ostbelgiens (Stand 2016).

Thommerbach (43 ha), dem Mittelbach bei Crombach (37 ha), der Warche (32 ha) und dem Rechterbach (33 ha).

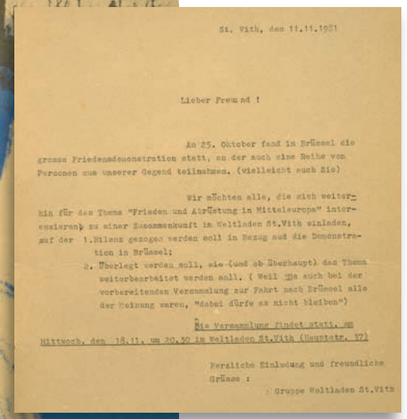
Wurden viele Umweltaktivisten der ersten Stunde als Spinner und Ökofreaks belächelt oder gar bekämpft (das Verhältnis zu Landwirten und Forstbeamten war nicht immer spannungsfrei), haben sich die Verhältnisse heute größtenteils zum Guten gewandelt. Dies hat sicherlich auch damit zu tun, dass sich der belgische Staat massiv in die Unterschutzstellung von ehemals land- oder forstwirtschaftlich genutzten Flächen eingebracht hat; vor allem im Rahmen der Natura-2000-Initiative der Wallonischen Region. In der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat die Wallonische Region 2005 insgesamt über 13.000 Hektar als Natura-2000-Gebiete ausgewiesen; mehr als zwei Drittel davon im Kanton Sankt Vith.[24] Aber auch grenzüberschreitende Initiativen wie das im Rahmen der europäischen Förderinitiative INTERREG II realisierte Projekt zum Schutz und zur Pflege grenzüberschreitender Täler und Wasserläufe haben wesentlich zur Anerkennung und Akzeptanz konkreter Naturschutzarbeit in Ostbelgien beigetragen.[25] Die bisher angeführten Beispiele des Kampfes gegen den Vogelfang, der Müllproblematik sowie der Unterschutzstellung von Kulturlandschaften machen deutlich, wie wichtig neben gesetzlichen Bestimmungen und kommunalen Regelungen vor allem das Engagement zivilgesellschaftlicher Akteure war.

Neue soziale Bewegungen

Mit dem Begriff „Neue soziale Bewegungen" bezeichnete man ab den 1970er Jahren politische Protestgruppen und Initiativen, die auf verschiedene gesellschaftliche Probleme aufmerksam machten – jenseits vom etablierten Parteien- und Institutionensystem. Die bekanntesten waren die Umwelt-, Anti-AKW-, Frauen- und Friedensbewegung sowie die Bewegung für die Solidarität mit der Dritten Welt. Das Adjektiv „neu" markiert eine zeitliche und qualitative Abgrenzung zur Arbeiterbewegung als Prototyp der „alten" sozialen Bewegung. Letztere kämpfte für die materiellen Interessen der lohnabhängig arbeitenden Bevölkerung. Neue soziale Bewegungen kamen auch in Ostbelgien auf. Die größte Sichtbarkeit in Ostbelgien hatten Ende der 1970er sowie Anfang der 1980er Jahre die Umwelt- und die Friedensbewegung.

Starke Einflüsse auf die hiesigen Bürgerbewegungen gab es aus dem In- und Ausland – besonders wichtig waren die





St. Vith, den 11.11.1981

Lieber Freund !

Am 25. Oktober fand in Brüssel die grosse Friedensdemonstration statt, an der auch eine Reihe von Personen aus unserer Gegend teilnahmen. (vielleicht auch Sie)

Wir möchten alle, die sich weiterhin für das Thema "Frieden und Aufrüstung in Mitteleuropa" interessieren, zu einer Zusammenkunft im Weltladen St.Vith einladen, auf der 1. Bilanz gezogen werden soll in Bezug auf die Demonstration in Brüssel;
2. Überlegt werden soll, wie (und ob überhaupt) das Thema weiterbearbeitet werden soll. (Weil ja auch bei der vorbereitenden Versammlung zur Fahrt nach Brüssel alle der Meinung waren, "dabei dürfe es nicht bleiben")

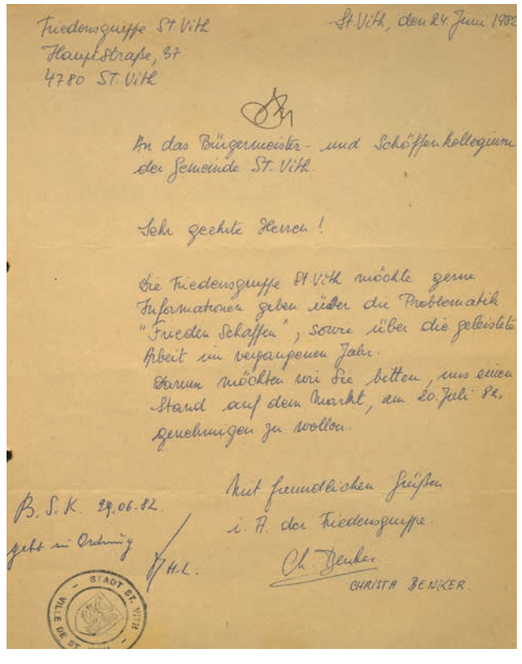
Die Versammlung findet statt, am Mittwoch, den 18.11. um 20.30 im Weltladen St.Vith (Hauptstr. 37)

Herzliche Einladung und freundliche Grüsse :

Gruppe Weltladen St.Vith

Ereignisse in der benachbarten BRD. Bei Umweltthemen saß Ostbelgien von Anfang an zwischen den Stühlen. Im belgischen Inland wurden Umweltrisiken anders wahrgenommen als in der BRD. Viele Ostbelgier informierten sich überwiegend oder ausschließlich über deutschsprachige Medien. Dieser Umstand erklärt maßgeblich, dass hierzulande Umweltthemen eine größere Rolle als im belgischen Inland spielten. Prominent beklagt wurde in den deutschen Medien Anfang der 1980er Jahre vor allem das dramatische Waldsterben durch sauren Regen. Als Hauptübeltäter dafür wurde farbloses Schwefeldioxid identifiziert. „Erst stirbt der Wald, dann der Mensch“ lautete eine Parole der Umweltbewegung aus der ersten Hälfte der 1980er Jahre.[26] Auch in Ostbelgien nahm die Sorge um den Wald zu.[27] Im Hertogenwald und im Venn wurden deutliche Alarmzeichen ausgemacht, und eine europäische Marschaktion durch den Wald („Walk pour la Wald“) passierte 1983 Ostbelgien.[28] In Frankreich mokierte man sich über „Le Waldsterben“ beim deutschen Nachbarn – die schrillen Warnungen aus der BRD hielt man für übertrieben. Auch im belgischen Inland nahm man von diesem Thema kaum Notiz.

Bei der Atomkraft war die Risikowahrnehmung gleichfalls höchst unterschiedlich. Trieb die Angst vor der Atomtechnologie Menschen in Westdeutschland und auch in Ostbelgien auf die Straße, war der Risikodiskurs in Belgien oder Frankreich wesentlich schwächer ausgeprägt. Dabei war die Angst eine doppelte: Einerseits war da die Furcht vor einem Atomkrieg. Anfang der 1980er Jahre fanden große Demonstrationen in Brüssel gegen den NATO-Doppelbeschluss statt. Hunderte Ostbelgier marschierten mit, die „lieber aktiv als radioaktiv“ sein wollten,[29] und in Studentenvereinigungen wie der Belania (Vereinigung belgischer Studenten in Aachen) wurde heftig debattiert.[30] Ein Atomkrieg schien mehr als nur eine theoretische Möglichkeit zu sein.



Friedensgruppe St Vith
Hauptstraße, 37
4780 St. Vith

St. Vith, den 24 Juni 1982

An das Bürgermeister- und Schöffenkollegium der Gemeinde St. Vith

Sehr geehrte Herren !

Die Friedensgruppe St Vith möchte gerne Informationen geben über die Problematik "Frieden Schaffen", sowie über die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr.
Darum möchten wir Sie bitten, uns einen Stand auf dem Markt, am 20. Juli '82, genehmigen zu wollen.

Mit freundlichen Grüßen
i. A. der Friedensgruppe
Christa Benker
CHRISTA BENKER

B. S. K. 29.06.82
geht in Ordnung
H.L.

STADT ST. VITH

Andererseits gab es die Angst vor Unfällen in Kernkraftwerken. Im April 1986 kam es im Kernkraftwerk von Tschernobyl zu einer Kernschmelze. Keine Technik der Welt konnte das Verhängnis abwenden. Die Explosion schleuderte Radioaktivität in die Atmosphäre, eine ganze Region wurde verseucht. Rund 350.000 Menschen mussten umgesiedelt werden. AKWs und die für den sauren Regen verantwortlichen Kohlekraftwerke galten als Ausdruck desselben industriellen Wachstumswahns. Das wirklich Neue an der Ökologiebewegung war, dass sie versuchte, Dinge in einem systemischen Zusammenhang zu betrachten. Es wurde nicht nur gegen einzelne Missstände protestiert, sondern die Wachstumsstrategie der Industriegesellschaft prinzipiell infrage gestellt.[31]

Die Gründung von Ecolo

Die Neuen sozialen Bewegungen der 1970er Jahre bildeten das Gründungsspektrum aller grünen Parteien in Europa. In der Wallonie war das nicht anders. Im Frühjahr 1980 wurde im südlichen Landesteil die Partei Ecolo (Écologistes confédérés pour l'organisation de luttes originales) gegründet.[32] Die Basis der Partei war breit und heterogen. Aufnahme fanden viele Menschen, die in irgendeiner Form in Widerspruch zu den herrschenden Verhältnissen standen, weit über die Ökologiefrage hinaus.[33] 1981 zog Ecolo bei den nationalen Parlamentswahlen in die Kammer und in den Senat ein. Der Ableger der Grünen in der DG, Ecolo Ostbelgien, wurde im Herbst 1981 aus der Taufe gehoben. Zentrale frühe Persönlichkeiten bei den ostbelgischen Grünen waren Rudi Winzen (er organisierte die erste ostbelgische Ecolo-Liste), Lambert Jaegers und Margit Meyer. 1986 zog mit Joseph Benker aus Sankt Vith der erste Ecolo-Abgeordnete in den RDG ein. Auch im Eupener Stadtrat mischten die Grünen bald mit: Hans Niessen schaffte 1988 für Ecolo den Einzug in das Kommunalparlament. In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre waren Joseph Benker und Hans Niessen Exoten. Grüne Themen wurden bisweilen ins Lächerliche gezogen. Im Eupener Stadtrat zog CSP-Urgestein Kurt Ortmann gegen die neue politische Formation vom Leder: Kämen eines Tages die Grünen ans Ruder, dann müsse man „im Kabelwerk mit Kerzen arbeiten“.[34]

Die Häme war unangebracht. In Ostbelgien wie auch anderswo zeigte sich, dass das Bildungsniveau der Grünen weit über dem gesellschaftlichen Durchschnitt lag. Politisch betätigten sich bei den Grünen Teile des Bildungsbürgertums und über Bildung aufgestiegene Arbeiterkinder. Ecolo stand für eine andere Art der Politikgestaltung. Bürgerbeteiligung wurde großgeschrieben. Es gab anders als bei anderen Parteien keine Mandatshäufung. Häufige Mandatswechsel waren Pflicht. Das war ein Erbe der 1968er-Bewegung, die viele Grüne der ersten Stunde stark geprägt hatte. Die 68er forderten mehr Demokratie und Mitbestimmung. Sie rieben sich an Autoritäten und wollten eingefahrene Wege verlassen. Das motivierte auch viele junge Ostbelgier, sich politisch bei Ecolo zu engagieren – und nicht bei der PDB als bisher einzigen „alternativen“ Partei. Auch bei den Wahlen spürte die PDB den heißen Atem der neuen grünen Konkurrenz: Viele PDB-Wähler machten ihr Kreuzchen fortan bei Ecolo – Umweltschutz erschien als der beste Heimatschutz.



E C O L O – ein neuer Weg !

Unter dem Motto :" Wir wählen einen neuen Weg" präsentiert die Bewegung "ECOLO"(Liste11) ihr Wahlprogramm,
Wann? Dienstag , den 27.10.81 um 20Uhr,
Wo? im Café Kuckucksnest in St.Vith

Wir laden alle interessierten Bürger dazu herzlich ein.

für die Bewegung "ECOLO"
Rudi Winzen,Kaperberg 23
4700 Eupen Tel.087.555775

DRINGEND
Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger !
DRINGEND
ECOLO
Liste 9!!!
DRINGEND

Im Frühjahr 1980 wurde in der Wallonie die Partei Ecolo gegründet. Ecolo Ostbelgien wurde im Herbst 1981 aus der Taufe gehoben. Rudi Winzen organisierte die erste ostbelgische Ecolo-Liste. Echte Wahlerfolge stellten sich aber erst in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts ein: 1986 zog mit Joseph Benker aus St. Vith der erste Ecolo-Abgeordnete in den RDG ein. Hans Niessen schaffte 1988 für die Grünen den Einzug in den Eupener Stadtrat. Bild rechts: Im November 1991 fanden Kammer-, Senats- und Provinzialwahlen in Belgien statt. Ecolo stieg mit Joseph Benker als Spitzenkandidat für die Kammer in den Ring. Die Wahlwerbung für Ecolo zur Wahl 1991 im Grenz-Echo war die erste farbige Wahlwerbung für die Partei – damals noch etwas ganz Besonderes.

Weltläden und Friedensbewegung

Die Umwelt- und die Friedensbewegung überschnitten sich eng in Ostbelgien – thematisch und personell. Starke Querverbindungen gab es auch zur Bewegung für die Solidarität mit der Dritten Welt. Exemplarisch lässt sich die Verflechtung der jeweiligen Gruppierungen am Beispiel des Weltladens Sankt Vith verdeutlichen. Die Weltladen-Idee kam ursprünglich aus den Niederlanden: 1969 wurde dort der erste Weltladen eröffnet. Die Weltläden stehen bis heute für faire Handelsbeziehungen mit Kleinproduzenten in der Dritten Welt. Dazu gehören langfristige Abnahmegarantien sowie existenzsichernde Preise. Der erste Weltladen in Ostbelgien öffnete 1977 in Sankt Vith seine Pforten. Ein Jahr später folgte der Weltladen Eupen. Zu ihm gehören auch die Geschäfte in Eynatten, Kelmis und Weywertz, die nach und nach eröffnet wurden.

Der Weltladen in Sankt Vith entwickelte sich zu einer Art Inkubator für zahlreiche Initiativen in der Eifel. Den Aktiven in Sankt Vith war die Bewusstseinsbildung besonders wichtig. Der Weltladen wurde zu einem Treffpunkt für sozial engagierte Menschen.[35] Die Amnesty-Gruppe in der Eifel startete mit einer Veranstaltung im Weltladen. Aus der Mitte des Weltladens heraus entstand auch die Friedensgruppe Weltladen. Die Weltläden beklagten ungerechte Handelsbeziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. In der spannungsgeladenen ersten Hälfte der 1980er Jahre waren 25 bis 30 Personen in der Friedensgruppe Weltladen aktiv. Die Gruppe protestierte auf zahlreichen großen Friedensdemos, organisierte Film- und Infoabende sowie Ausstellungen. Die Aktionen polarisierten teilweise stark und hatten mit dem Vorwurf zu kämpfen, antiamerikanisch oder gar kommunistisch zu sein.

Im Norden Ostbelgiens brachte vor allem die Arbeitsgemeinschaft Frieden (AGF) kritische Stimmen zu den verschiedenen Kriegen in der Welt ein. Die AGF bestand ab 1982 und gab eine Friedenszeitschrift heraus.[36] Die AGF organisierte mehrfach die Aktion „Schweigen für den Frieden“. Dazu fanden sich Menschen an der Klötzerbahn in Eupen zusammen, um in einer Schweigestunde gegen den Rüstungswettlauf zu protestieren.[37] Einige Jahre später löste sich die AGF aber wieder auf. Das gleiche Schicksal ereilte auch die Friedensgruppe Weltladen.



Ein Blick in das Schaufenster des Weltladens in Sankt Vith in den 1980er Jahren.

A.M.E.L. NEIN!

Zentrale Akteure der ostbelgischen Friedensbewegung waren auch federführend am größten grenzüberschreitenden Massenprotest der letzten Jahrzehnte in Ostbelgien beteiligt: Zwischen 8.000 und 10.000 Menschen protestierten am 4. September 1994 gegen die Pläne, in der Gemeinde Amel ein Atommüllendlager zu errichten.[38] Adressat des Protests war die Nationale Einrichtung für radioaktive Abfälle und angereicherte Spaltmaterialien (ONDRAF). Sie hatte im Ommerscheider Wald bei Wereth einen potenziellen Standort für ein Atommüllendlager ausgemacht. Im Mai 1994 formierte sich eine Bürgerinitiative mit dem Namen „A.M.E.L. NEIN!“. Das Kürzel „A.M.E.L.“ stand für „AtomMüllEndLager“. Es war aber gleichzeitig auch eine Anspielung auf die Gemeinde Amel.





Die Angst vor der Atomenergie sowie das Gefühl, stellvertretend für die gesamte Bevölkerung die Folgen der ungelösten Atommüllfrage tragen zu müssen, setzten große Kräfte frei. Die Bürgerinitiative legte sich mächtig ins Zeug und stellte eine Medienkampagne auf die Beine.[39] Plakate und Aufkleber wurden in großer Zahl gedruckt, von denen im Sommer 1994 viele monatelang an Hausfenstern und Autoscheiben klebten. „A.M.E.L. NEIN!“ sammelte 35.000 Unterschriften gegen das Vorhaben und machte Druck auf den Gemeinderat von Amel. Dieser verabschiedete dann auch eine klare Stellungnahme gegen das Lager – einstimmig. Die Demonstration im September 1994 stellte den Höhepunkt des Protests dar. Zum Sternmarsch zum Ommerscheider Wald kamen Bürger aus ganz Ostbelgien, aber auch aus den angrenzenden Nachbargemeinden sowie aus Deutschland, denn schließlich lag der mögliche Standort für das Atommüllendlager nur wenige Kilometer von der deutschen Grenze entfernt.[40] Anderthalb Jahre später war „A.M.E.L. NEIN!“ am Ziel: Die ONDRAF nahm Abstand vom geplanten Atommüllendlager in Wereth.

Das Atom-Thema blieb auch in den folgenden Jahren in Ostbelgien präsent. „Stop Tihange“, die vor allem von Aachener Gruppierungen getragene grenzüberschreitende Kampagne zur Stilllegung des AKW Tihange, wirkt bis heute in das Eupener Land hinein.





Konflikt um den Park Klinkes

Auch in Eupen legten sich Bürger quer. In der Weserstadt erhitzte jahrelang die geplante Entlastungsstraße durch den Park Klinkeshöfchen die Gemüter. Eupens damaliger Bürgermeister Alfred Evers wollte die wichtigsten Eupener Verkehrsachsen entlasten und den Park mit einer Straße durchschneiden – das Projekt wurde zu seinem persönlichen Steckenpferd. Die Eupener Grünen organisierten in Zusammenarbeit mit der „Raupe“ den Widerstand. „Die Raupe“ war die Erwachsenenbildungsorganisation von Ecolo.[41] Erster Raupe-Präsident war Rudi Winzen.[42] Der Widerstand gegen die Entlastungsstraße stand für eine andere Logik. „Wo man Tauben füttert, da gibt es immer mehr“, meinte dazu Hans Niessen, der sich bei Ecolo und bei der Raupe engagierte. „Es geht nicht darum, dem Verkehr immer mehr Platz zu geben, sondern ihn zu begrenzen.“[43] Um dieser anderen Sichtweise Ausdruck zu verleihen, organisierte die Raupe viele Jahre lang das Klinkesfest. Das erste fand 1984 statt.[44] Insgesamt gab es mehr als 15 Auflagen. Es








BESTELLUNG HIER
KOFFER WASSER LABOR
KAUFMICH
KAUFMICH
KAUFMICH

Mehr als 500 Bürger zeichneten Anteile am Bürgerwindpark. Seitdem wächst Courant d'Air kontinuierlich. Die Genossenschaft betreibt derzeit zwei Windräder in Weismes und ist an zwei anderen Windparks beteiligt. In einem kleineren Umfang ist die Genossenschaft auch im Bereich der Solarstromerzeugung tätig. Courant d'Air hat u. a. Photovoltaikanlagen auf den Dächern von Schulen installieren lassen. Die Genossenschaft liegt damit im Trend – die PV-Installationen auf vielen Hausdächern schnellten in den letzten Jahren in die Höhe. Dabei war die Wallonie in Westeuropa bei der Solarstromerzeugung lange Zeit ein Nachzügler. Erst am 1. Januar 2008 trat das Solwatt-Programm der Wallonischen Region in Kraft, das die Installation von PV-Anlagen mit weniger als zehn Kilowattpeak über die Vergabe von sogenannten grünen Zertifikaten förderte. In Ostbelgien investierten nun zahlreiche Hausbesitzer in Solaranlagen. Die Förderung glich freilich dem Matthäus-Prinzip: „Wer hat, dem wird gegeben." Wer es sich leisten konnte, erzielte mit den Solarinvestitionen sehr gute Renditen. Mieter und Menschen ohne viel Kapital schauten allerdings in die Röhre.[49]

Biolandwirtschaft in Ostbelgien

Ähnlich große Umwälzungen wie im Bereich der Energieerzeugung lassen sich auch für die Landwirtschaft konstatieren. Die Nachfrage nach Produkten aus kontrolliert biologischem Anbau ist auch in Ostbelgien in den letzten Jahren ebenso stetig wie deutlich gestiegen. Der Weg dorthin war jedoch lang. Biologischer Landbau war den meisten Menschen in den 1970er Jahren noch fremd. Im Oktober 1974 berichtete die Zeitschrift von AVES zum ersten Mal in einer vorsichtigen Annäherung über das Thema „Biologische Betriebsweise in der Landwirtschaft".[50] Gleichzeitig wurden einige Kilometer außerhalb der DG schon Nägel mit Köpfen gemacht: Der Landwirt Guy Grodent stellte im Jahr 1974 seinen Hof in Bernister bei Malmedy auf biologische Landwirtschaft um. Damit wurde er zu einem landesweiten Pionier.[51] Johann Eicher aus Emmels tat es Grodent 1986 gleich – als erster Eifeler Landwirt. Der Terrenhof in Sankt Vith folgte etwas später.

Gerade die Entwicklung des Terrenhofs in Sankt Vith ist exemplarisch – der Hof gilt in der Eifel als Modell. 1987 lagen Bioprodukte noch nicht im Trend. Beirren ließ sich Eduard Terren, der Mitbegründer des Terrenhofs, davon allerdings nicht. Biolandwirtschaft bedeutet in der Praxis des Terrenhofs, dass auf synthetische Spritz- und Düngemittel verzichtet wird. Ferner wird nur mit eigenem Kompost gedüngt. Ziel ist es, einen Hoforganismus zu entwickeln, in dem möglichst wenig von außen zugeführt wird.[52] Der Erfolg kam allmählich und ist am ständig steigenden Umsatz abzulesen.[53]

Gefördert wurde das Aufkommen des biologischen Landbaus auch von der öffentlichen Hand. Mit der EWG-Verordnung Nr. 2092/91 zur Bio-Reglementierung legte die EG im Jahr 1991 zum ersten Mal einheitliche Kriterien zur Vergabe von Biosiegeln fest, über die Höfe ihre Produkte zertifizieren lassen konnten. Weiterhin verabschiedete die Wallonische Region ab den beginnenden 2000er Jahren immer wieder Erlasse zur Subsidienvergabe an Biohöfe. Im



Ein Foto aus den Gründerjahren des Terrenhofes – Eduard Terren, Doris Michels, Ute Schlossmacher und Peter Neessen (v. l. n. r.) waren dabei.



Möhrenernte auf einem Feld des Terrenhofes am Planetenweg. Wenn geerntet wird, packen Freunde und Freiwillige mit an.

Jahr 2020 existierten in Ostbelgien 596 landwirtschaftliche Betriebe, von denen 125 biozertifizierte Produkte herstellen.[54] Besonders zahlreich sind Biohöfe in den Gemeinden Sankt Vith, Büllingen und Amel vertreten. Obwohl die belgische Eifel lediglich 3,7 Prozent der Fläche der Wallonischen Region stellt, sind auf ihrem Gebiet 6,7 Prozent aller Biobetriebe angesiedelt. Der Boom der Biolandwirtschaft ist auch ein Kind der Krise. Die Landwirtschaftskrisen der 1990er Jahre halfen der Biolandwirtschaft auf die Sprünge. 1996 eskalierte die BSE-Krise: Torkelnde Kühe und brennende Rinderkadaver gruben sich tief ins Gedächtnis der Öffentlichkeit ein. Im Zentrum des sogenannten Rinderwahnsinns stand Großbritannien. Im März 1996 verhängte die EU schließlich ein Exportverbot für britisches Rindfleisch. 1999 erschütterte die Dioxin-Krise Belgien. In belgischen Eiern wurden erhöhte Dioxin-Werte festgestellt. Schnell zeigt sich, dass alle Geflügelprodukte betroffen waren. Folge: Riesige Mengen an Milchprodukten und Hühnerfleisch mussten vernichtet werden. Die Affäre zog weite Kreise. Wochenlang blieb der Export von belgischen Eiern und Geflügelprodukten verboten. Das Image der belgischen Nahrungsmittelindustrie erlitt einen schweren Schaden. Die Coronapandemie hat den Trend zu bewussterem Konsum nochmals verstärkt.

Ausblick

50 Jahre nach dem aufsehenerregenden Erscheinen des Berichts des Club of Rome, in dem erstmals die Grenzen des Wachstums modelliert wurden, wurde mit „Earth for all. Ein Survivalguide für unseren Planeten" die neue Studie des Club of Rome vorgelegt. Darin argumentieren die Autoren, dass die Zukunft des Menschen langfristig davon abhängen wird, ob unsere Zivilisation fünf außerordentliche Kehrtwenden vollziehen wird. Diese Kehrtwenden lauten: Beendigung der Armut, Beseitigung der eklatanten sozialen Ungleichheit, Gleichstellung der Frauen, nachhaltige Nahrungsmittelproduktion und Übergang zu sauberer Energie.[55] Die Prognosen bzw. Zukunftsszenarien, welche in „Grenzen des Wachstums" mittels Computermodellen entwickelt wurden, haben sich in beängstigender Weise bestätigt.[56] Führende Klimaforscher gehen heute davon aus, dass einige der sogenannten Kipppunkte des Erdsystems bereits überschritten sind, d. h. bestimmte Phänomene wie der menschengemachte Klimawandel als irreversibel anzusehen sind. Wir stoßen heute also nicht an die Grenzen des Wachstums – die große Beschleunigung setzt sich vielmehr exponentiell fort –, aber an planetare Grenzen, die als Kennzeichen des Anthropozäns gedeutet werden können.

Ostbelgien ist unweigerlich Teil dieser globalen Prozesse. Angesichts dieser Krisenszenarien den Kopf in den Sand zu stecken wäre verführerisch. Aber die Devise „global denken, lokal handeln", die zum Leitmotiv Agenda 21 wurde, die 1992 auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro verabschiedet wurde, sollte auch für Ostbelgien weiter Bestand haben. Wie die Beispiele von sozialem Engagement für die Umwelt, den Frieden oder die soziale Gerechtigkeit in diesem Kapitel zeigen, kann zivilgesellschaftliches Engagement auf lokaler und regionaler Ebene viel bewirken. Die Wasserqualität in den meisten Bach- und Flussläufen Ostbelgien ist heute wesentlich besser, als dies vor 50 Jahren der Fall war. 1969 musste der damalige Bezirkskommissar Hoen bei den Papierfabriken Intermills und Utamo in Malmedy schriftlich intervenieren, damit wenigstens zur Eröffnung der Forellenfangsaison um Ostern keine Farb- und Giftstoffe in die Warche abgelassen würden.[57] Auch die Sankt Vither Gemeinde musste Mitte der 1990er Jahre Enteignungen vornehmen, um die Kläranlage am Ende des Werelsbachs gegen den Widerstand von Anwohnern zu bauen.[58] Heute wird die Rückkehr der Flussperlmuschel[59] oder des Neunauges als Zeichen

erfolgreicher Renaturierungsmaßnahmen gefeiert und die zu Fahrradwegen rückgebauten Eisenbahntrassen des RAVeL-Netzes (Réseau Autonome de Voies Lentes) als Aushängeschild sanften und nachhaltigen Tourismus in Ostbelgien beworben.[60]

Auch wenn „wir sind alle grün“ seit dem Parlamentswahlkampf von 1990 zum Lippenbekenntnis aller politischen Parteien gehört,[61] bedurfte es auch auf lokalpolitischer Ebene immer wieder zivilgesellschaftlichen Engagements, um selbst Polizeiverordnungen – wie die zum Schutz von Bäumen, Hecken oder Grünanlagen – auch in die Tat umzusetzen bzw. auf deren Einhaltung hinzuwirken. Die Einrichtung von ehrenamtlich agierenden „Müllgruppen“ (wie im Sankt Vither Stadtrat Mitte der 1980er Jahre)[62], das gemeinsame Eintreten für die Erhaltung der Heckenlandschaft als Zeugen unserer Kulturlandschaft in den 1990er Jahren durch AVES-Ostkantone, Agra-Ost, Ceta-Malmedy, den Grünen Kreis und die Ländliche Stiftung der Wallonie[63] oder die Einrichtung von Baumpatenschaften in der Stadt Eupen[64] sind nur einige Beispiele eines solchen zivilgesellschaftlichen Engagements in Ostbelgien. Wie Annette Kehnel in ihrem Buch „Wir konnten auch anders. Eine kurze Geschichte der Nachhaltigkeit“ möchten auch wir argumentieren, dass wir aus den positiven Beispielen der Vergangenheit lernen sollten, um uns so gegen überzogene oder gar lähmende Zukunftsangst zu wappnen.[65] Geschichtswissenschaft kann und sollte also ihren Beitrag zur Gestaltung einer nachhaltigeren Gesellschaft und Welt beitragen.

Endnoten

1 Lutz Raphael, Anselm Doering-Manteuffel, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008.
2 Beispielhaft seien hier die Arbeiten von Philipp Sarasin und Frank Bösch genannt: Philipp Sarasin, 1977. Eine kurze Geschichte der Gegenwart, Berlin 2021; Frank Bösch, Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann, München 2019.
3 Siehe beispielhaft Lutz Raphael, Eine Gesellschaftsgeschichte Europas nach dem Boom, Berlin 2019; Thomas Piketty, Eine kurze Geschichte der Gleichheit, München 2022.
4 Vgl. Ferdinand Knauß, Wachstum über Alles? Wie der Journalismus zum Sprachrohr der Ökonomen wurde, München 2016, S. 75.
5 Joachim Radkau, Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte, München 2011, S. 135.
6 Donella Meadows, Dennis Meadows, Jorgen Randers, William Behrens, The Limits to Growth. A Report for the Club of Rome's Project on the Predicament of Mankind, Washington 1972.
7 Vgl. J. R. McNeill, Peter Engelke, The Great Acceleration, An Environmental History of the Anthropocene since 1945, Cambridge 2014.
8 Vgl. Hans-Rudolf Bork, Verena Winiwarter, Umweltgeschichte: Ein Plädoyer für Rücksicht und Weitsicht, Wien 2014, S. 47.
9 Staatsarchiv Eupen (SAE), Bestand beigeordnetes Bezirkskommissariat für Eupen-Malmedy-Sankt Vith, 3-091, Nr. 2979, „Mitteilung an die Presse bzgl. Erlangung der Vogelfangscheine“, unterzeichnet vom beigeordneten Bezirkskommissar Henri Hoen, 1958.
10 Netz und Schlinge, in: Der Spiegel 42 (1965), 12.10.1965.
11 Von mehreren solcher Aktionen berichtet Peter Junk in einem Oral-History-Interview mit Andreas Fickers im Jahre 1999. Peter Junk war Mitte der 1970er Jahre im Vorstand von AVES-Ostkantone und wurde 1979 eines der Gründungsmitglieder der Regionalantenne der Réserves Naturelles et Ornithologiques de Belgique (RNOB), in Ostbelgien BNVS (Belgischer Natur- und Vogelschutzbund) genannt. 2003 fusionierten auf Landesebene AVES und RNOB zu Natagora.
12 Siehe u. a. das Dossier „20 Jahre BNVS-Ostbelgien“, in: Natur-Zeit 1 (1993), S. 6-11, sowie „AVES-Ostkantone. Historie – Werdegang“, https://www.yumpu.com/de/document/view/8932583/historie-werdegang-aves-ostkantone (16.03.2023).
13 Siehe „Komitee-Aktionen in Belgien 1977-1993“, https://www.komitee.de/de/projekte/andere-laender/belgien (16.03.2023).
14 Ulrich Raulff, Das letzte Jahrhundert der Pferde. Geschichte einer Trennung, München 2016.
15 SAE, 3-091, Nr. 4615, Brief Henri Hoen an Bürgermeister des Bezirks Verviers vom 31.10.1969.
16 SAE, 3-091, Nr. 4615 und 4616, Protokolle der Arbeitsgruppe sowie entsprechende Studien und Empfehlungen finden sich im Dossier „Abfallentsorgung und Wasseraufbereitung“.
17 SAE, 3-091, Nr. 7279, „Studie über die Sammlung, den Transport und die Behandlung häuslicher Abfallstoffe. Erster Fragebogen für die interkommunale Entwicklungsgesellschaft“, erstellt vom S.D.R.W., Juni 1976.
18 SAE, 3-091, Nr. 4615, Inventaires Pollution Wallonie für jede Gemeinde mit entsprechender Legende und Karte.
19 SAE, 3-091, Nr. 2963, Antwortschreiben der Bürgermeister.
20 SAE, 3-091, Nr. 4615, In einem Brief vom 8. Juli 1981 an Minister Coeme, Staatssekretär für die Wallonische Region, bedauern Hauptgeschäftsführer N. Nabokoff und der Vorsitzende M. Hollay die Blockadehaltung der Stadt Verviers und fragen an, welche Subventionen die Interkommunale von wallonischer Seite eventuell erhalten könne, um eine entsprechende Verwertungsanlage bauen zu können.
21 Siehe Carlo Lejeune, Das Ende der qualmenden und stinkenden Müllhalden, in: Zwischen Venn und Schneifel 3 (2020), S. 56.
22 Siehe hierzu Fernsehbeitrag „Die ehemalige Mülldeponie in Sankt Vith“, in BRF Fernsehen, 26.1.2012, https://www.zeitschichten.be/de/documents/461 (16.03.2023).
23 Zur Geschichte der BNVS siehe das Dossier „20 Jahre BNVS-Ostbelgien“, welches Andreas Fickers in der ersten Nummer der BNVS-Zeitschrift verfasst hat: Natur-Zeit 1 (1999), S. 6-11.
24 Siehe „Natur und Wald“, in: Statistikportal der Deutschsprachigen Gemeinschaft, https://ostbelgienstatistik.be/desktopdefault.aspx/tabid-3571/6508_read-38089 (16.03.2023).
25 Siehe Biologische Station im Kreis Euskirchen e. V./BNVS Ostbelgien e. V. (Hrsg.), Täler ohne Grenzen. Praktischer Naturschutz im deutsch-belgischen Grenzgebiet der Nordeifel/Ardennen, Eupen 2003.
26 Birgit Metzger, „Erst stirbt der Wald, dann Du!“. Das Waldsterben als westdeutsches Politikum (1978-1986), Frankfurt a. M. 2015.
27 Vgl. exemplarisch o. V., Jugendliche sorgen sich um unsere Wälder, in: Grenz-Echo, 27.11.1984, S. 10.
28 Vgl. o. V., Wo der Wald stirbt, ist das Leben gefährdet, in: Grenz-Echo, 27.5.1983, S. 3.
29 Vgl. Carlo Lejeune, Wir sind Kinder der Freiheit, in: Freddy Cremer/Andreas Fickers/Carlo Lejeune, Spuren in die Zukunft. Anmerkungen zu einem bewegten Jahrhundert, Büllingen 2001, S. 87-95, hier S. 89.
30 Der bekannte aus Eupen stammende ZDF-Journalist Luc Walpot, damals Student an der RWTH Aachen, hatte ein umfangreiches Dossier zum Thema NATO-Doppelbeschluss zusammengestellt. Eine einheitliche Position der Belania zum Thema wurde kontrovers diskutiert.
31 Vgl. Ludger Volmer, Die Grünen. Von der Protestbewegung zur etablierten Partei – Eine Bilanz, München 2009, S. 50 u. S. 42 f.
32 Vgl. o. V., Die „Grünen“ formieren sich auch in Belgien, in: Grenz-Echo, 24.4.1980, S. 2.
33 Vgl. Benoît Lechat, Ecolo. La démocratie comme projet, Bd. 1: 1970-1986, Namur 2014, S. 279.
34 So erinnert sich Hans Niessen – Gespräch am 11.6.2022 in Kettenis.
35 Gespräch mit Christa Benker am 2.8.2022 in Sankt Vith.
36 Vgl. o. V., Arbeitsgemeinschaft Frieden, in: Grenz-Echo, 16.10.1982, S. 11.
37 Gespräch mit Erwin Radermacher am 7.9.2022 in Eupen.
38 Vgl. Chantal Delhez, „Die Atommafia hat hier keine Chance, wenn Ihr weiterkämpft“, in: Grenz-Echo, 5.9.1994, S. 9.
39 Zahlreiche Zeitungsartikel zum Thema finden sich in der virtuellen Ausstellung „Zeitschichten“, https://www.zeitschichten.be/de/explorations/environment (16.03.2023).
40 Vgl. Carlo Lejeune, Ein Bild und seine Geschichte: „AMEL Nein“ – mehr als nur Protest?, in: Zwischen Venn und Schneifel 10 (2020), S. 196.
41 „Die Raupe“ war von Juni 1982 bis Mai 1984 die Zeitschrift von Ecolo Ostbelgien. Im Mai 1984 wurde die gleichnamige Erwachsenenbildungsorganisation gegründet.
42 Neben Kursen und Vorträgen zu Umwelt und Ernährung zeichnete die Raupe auch für Baumpflanzaktionen verantwortlich. Ebenfalls führte die VoG Müllsammelaktionen durch. Sie war daher auch ein Wegbereiter für die Einrichtung von Recyparks in Ostbelgien.
43 So äußerte sich Hans Niessen in einem Gespräch am 11.6.2022 in Kettenis.
44 Vgl. o. V., Gewitter zum „Abschiedsfest“ in Klinkeshöfchen, in: Grenz-Echo, 21.5.1984, S. 6.
45 Vgl. Petra Förster, „Klinkesfest“ als Stelldichein der Informations- und Sonnenhungrigen, in: Grenz-Echo, 26.5.1997, S. 7.
46 Vgl. Carlo Lejeune, Die Kraft der Sonne nutzen, in: Zwischen Venn und Schneifel 8 (2021), S. 159 f.
47 Vgl. Vitus Sproten, Ein neuer Wind weht durch Ostbelgien, in: Zwischen Venn und Schneifel 4 (2021), S. 79 ff.
48 „Fälschung und Sozialbetrug“ lauteten u. a. die Vorwürfe in einem Prozess vor dem Eupener Strafgericht. Raupe-Geschäftsführer Patrick Kelleter und Raupe-Präsident Nico Halmes wurden in Erster Instanz wegen Sozialbetrugs zu Haftstrafen von jeweils sechs Monaten auf Bewährung verurteilt. Der Lütticher Appellationshof wandelte 2019 diese Strafe in eine Aussetzung des Urteils um. Damit fiel auch die strafrechtliche Geldbuße weg.
49 Vgl. Carlo Lejeune, Mit Sonne Strom produzieren, in: Zwischen Venn und Schneifel 5 (2021), S. 100 f., hier S. 100.
50 Vgl. AVES-Ostkantone (Hrsg.), Die biologische Betriebsweise in der Landwirtschaft, in: Kontaktblatt von AVES-Ostkantone, Oktober 1974, S. 11 ff.
51 Vgl. o. V., Landwirte proben Schritt zurück zur Natur, in: Grenz-Echo, 13.5.1977, S. 3.
52 Vgl. Bernd Lorch, Katalog guter Beispiele 2014. Lokale Initiativen für eine Nachhaltige Entwicklung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Eupen 2015, S. 15.
53 Gespräch mit Eduard Terren am 26.3.2022 in Sankt Vith.
54 Insgesamt ist der Rückgang landwirtschaftlicher Betriebe in Ostbelgien dramatisch. Bei der landwirtschaftlichen Zählung aus dem Jahr 1980 wurden noch 2.729 Betriebe gezählt. Siehe „Landwirtschaft“, in: Statistikportal der Deutschsprachigen Gemeinschaft, 15.7.2022, https://ostbelgienstatistik.be/desktop-default.aspx/tabid-3729/6734_read-38807 (16.03.2023).
55 Sandrine Dixson-Declève, Owen Gaffney, Jayati Hosh, Jorgen Randers, Johan Rockström, Per Espen Stoknes, Earth for All. Ein Survivalguide für unseren Planeten, München 2022, S. 15.
56 Gaya Herrington, Update to Limits of Growth. Comparing the world3 model with empirical data, in: Journal of Industrial Ecology 25 (2021), S. 614-626.
57 SAE, 3-091, Nr. 2979, Briefwechsel zwischen Henri Hoen und Intermills bzw. der Union des tanneries de Malmédy (Utamo), 26.3.1969.
58 SAE, 3-091, Nr. 4618, Enthält insbesondere Unterlagen betreffend Einsprüche gegen die Kläranlage in Wiesenbach bei Sankt Vith.
59 LIFE-Natur Programm (2002-2007): Schutz der Flussperlmuschel und ihrer Lebensräume in Belgien. Abschlussbericht des Projektes. http://observatoire.biodiversite.wallonie.be/old/LIFEMP/avancement%20projet/sensibilisation/LIFE-02NATB008590_PearlMussels_Laymans_report_allemand_Low.pdf (16.03.2023).
60 Siehe z. B. https://www.ostbelgien.eu/de/fahrrad/vennbahn/vennbahn-ravelstrecken (16.03.2023).
61 In der vom BRF ausgestrahlten Podiumsdiskussion zur DG-Parlamentswahl vom 24.10.1990 behauptete PFF-Politiker Bernd Gentges: „Ich möchte ein für alle Mal klarstellen, dass die anderen genauso viel für die Umwelt tun wie sie (Ecolo, A. d. V.) und dass wir uns nicht damit begnügen zu reden, sondern handeln. Wie haben es bewiesen und werden es beweisen.“ Woraufhin BRF-Journalist und Moderator Günther Pauls süffisant resümierte: „Wir sind alle grün.“ In: Christoph Brüll, Andreas Fickers, Zwischentöne. 100 Jahre Ostbelgien (1920-2020). 8 Radioessays, Eupen 2020, S. 106.
62 Siehe Protokolle der „Müllgruppe“ in: Privatarchiv Lorenz Paasch.
63 Siehe http://www.aves-ostkantone.be/cms/wp-content/uploads/2020/04/aves-ostkantone-naturinfo-hecken-zeugen_einer_kulturlandschaft.pdf (16.03.2023).
64 Siehe https://www.eupen.be/leben-in-eupen/umwelt/baeume-in-stadt-und-garten/baumpatenschaften (16.03.2023).
65 Annette Kehnel, Wir konnten auch anders. Eine kurze Geschichte der Nachhaltigkeit, München 2021, S. 401 f.







DIE ENTWICKLUNG DER MOBILITÄT DER DEUTSCHSPRACHIGEN BELGIER ZWISCHEN 1973 UND 2023

„DIE SCHLECHTEN STRASSEN UNTER SEINEN FÜSSEN."

VON VITUS SPROTEN





In den letzten hundert Jahren wurden die Menschen in ganz Westeuropa immer mobiler. Im deutschen Sprachgebiet hatte die gesteigerte Mobilität einige Besonderheiten: Wie sollte mit mangelnder grenzüberschreitender Infrastruktur umgegangen werden? Wie konnten die Menschen in einem Land leben und im Nachbarland arbeiten? Welche positiven und negativen Folgen hatte die gesteigerte Mobilität für Ostbelgien? Dass viele deutschsprachige Belgier trotz weiter Strecken in Ostbelgien wohnhaft blieben, kann als Bekenntnis zur eigenen Region gedeutet werden.

1973 hätte wohl kaum ein Beobachter erahnen können, wie sich der Verkehr und die Mobilität in den nächsten Jahrzehnten entwickeln würden. Anfang der 1970er Jahre zeichnete sich zweifelsohne für die meisten Menschen eine Entschleunigung der Mobilität ab: 1973 waren die medialen Bilder vor allem von leeren Autobahnen geprägt. In Belgien und der Bundesrepublik Deutschland wurden nach der Ölpreiskrise autofreie Sonntage durchgeführt. Die wohl spürbarste Folge aus der Ölpreiskrise hatte auch mit Entschleunigung zu tun: Es war die 1975 eingeführte Geschwindigkeitsbegrenzung auf belgischen Autobahnen. Die Schienenverbindungen befanden sich seit den 1950er Jahren im Rückbau. Strecken, die auf Basis ihres Fahrgast- und Warenaufkommens als unrentabel erachtet wurden, wurden unter dem Eindruck der wichtiger werdenden Automobilität geschlossen.

Umso erstaunlicher wirkt ein Blick auf die Jahrzehnte nach 1973 aus heutiger Perspektive. In der Zeit nach dem ersten Ölpreisschock entwickelte sich die Mobilität der deutschsprachigen Belgier rasant und stand somit in der Folge einer Entwicklung, die bereits in den 1920er Jahren begonnen hatte. Dabei ist die Feststellung, dass die Menschheit in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts immer mobiler geworden ist, eine Binsenweisheit in der Geschichtsforschung. Zieht man Statistiken zu Eisenbahn-, Auto-, Frachtschiff- und Flugverkehrsaufkommen zurate, so ist ein klarer „Beförderungsboom“ unverkennbar.[2]

Mobilität besteht dabei aber nicht nur darin, dass Personen oder Güter von A nach B transportiert werden, sondern sie ist in jedem Fall auch bedeutungsvoll. Das hat die jüngere Verkehrs- und Mobilitätsgeschichtsschreibung gezeigt, die sich seit den 2000er Jahren zu einem interdisziplinären Feld entwickelt hat. Insbesondere die angelsächsische Mobilitätsgeschichtsschreibung versucht, Verbindungen zwischen sozialwissenschaftlichen, kulturwissenschaftlichen und gesellschaftsgeschichtlichen Phänomenen und der Verkehrsgeschichte herauszuarbeiten. Andere Forschungszweige beschäftigen sich mit der Geschichte der Logistik oder von Warenströmen. Gemein ist der Forschung, dass sie die Geschichte unterschiedlicher Verkehrsträger verknüpft und sich nicht mehr auf die Betrachtung der Geschichte des Autos, der Eisenbahn, des Fahrrads etc. beschränkt. Hieran wird deutlich, dass sich das Feld nicht um des Verkehrs oder der Infrastruktur willen mit der Thematik beschäftigt, sondern dass die zu transportierenden Personen oder Waren ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken.[3] Entsprechend einer Öffnung der Geschichtswissenschaft zugunsten transnationaler und globalgeschichtlicher Fragestellungen beschäftigt sich auch die Verkehrsgeschichte in den letzten Jahren vermehrt mit internationalen Verkehrsströmen.[4]

Dahingehend fragt auch der Schweizer Historiker Christoph Merki nach den mit dem Verkehr und der Mobilität verbundenen Mobilitätsbedürfnissen der Nutzer und ihren Folgen. Diese Mobilitätsbedürfnisse unterliegen Wandlungen und verdeutlichen, dass die Nutzer die Mobilität auf ihre Interessen anpassen und hierbei auch auf Widerstände stoßen. Die Sicht auf Verkehr ist durchaus ambivalent, und Merki analysiert sowohl seine positiven als auch seine negativen Folgen.[5] Hervorzuheben ist, dass die deutschsprachige Verkehrsgeschichtsforschung der Mobilitätsforschung im angelsächsischen Raum sehr ähnlich ist, da sie in Anlehnung an das deutsche Wort „verkehren“ den Kontakt zwischen Menschen in den Fokus ihrer Betrachtungen bringt.

Vor dem Hintergrund dieser jüngeren Forschungsliteratur soll im vorliegenden Beitrag den Fragen nachgegangen werden, welche Entwicklungen und Etappen die Mobilität der deutschsprachigen Belgier in den letzten fünfzig Jahren beförderten. Gab es Faktoren, die die Mobilität ausbremsten? Wann, wohin und aus welchen Gründen bewegten sich die Bewohner des heutigen Ostbelgiens?

Bedeutungsvoll ist diese Mobilität vor allen Dingen, weil sich die Wahrnehmung vieler deutschsprachiger Belgier und ihrer Welt wandelte. Der Aufbruch aus einer ländlichen Grenzregion zeitigte nachhaltige mentalitäts-, wirtschafts- und kulturgeschichtliche Folgen. Auch das Thema der Angst war hierbei eine nicht zu vernachlässigende Größe.

Die Einflussfaktoren, die zur Veränderung der Mobilität geführt haben, sind vielfältig und lassen sich nicht auf einen einzigen, alles bestimmenden Faktor herunterbrechen. Viel eher ist es ein ganzes Bündel aus infrastrukturellen, ökonomischen, kulturellen und sozialen Ursachen, die dazu führten, dass viele Ostbelgier ihren gewohnten Aktionsradius verließen und außerhalb ihrer Gegend Arbeit fanden, lernten, studierten, ihre Freizeit verbrachten oder – in umgekehrter Richtung – Menschen nach Ostbelgien



Der Autobahnübergang zwischen Deutschland und Belgien in Lichtenbusch war lange Zeit die größte Zollstelle in Europa.

kamen. Im vorliegenden Beitrag fokussieren wir uns insbesondere auf die der Mobilität zugrundeliegenden Infrastrukturen und rechtlichen Gegebenheiten sowie die sich hieraus entwickelnden Verkehrsströme im Bereich der Arbeitsmobilität.

Die teuerste Sackgasse Europas

Die Basis dieser Entwicklungen bildeten die infrastrukturellen Netze, die den Osten Belgiens mit den Nachbarregionen verbanden und es den Bewohnern der Region erst ermöglichten, mobil zu werden. Dem Leser werden hierbei zunächst die Straßen, Wege und Eisenbahnstrecken einfallen, die das Gebiet durchkreuzten und die Dörfer und Ortschaften Ostbelgiens mit der Außenwelt verbanden.

War im Norden des deutschen Sprachgebiets bereits im Jahr 1960 die Autobahn E40 mit der zu diesem Zeitpunkt größten europäischen Zollstelle in Lichtenbusch eingeweiht worden, brauchte es noch einige Zeit, ehe auch die belgische Eifel mit „der Welt“ verbunden wurde. Seit den 1890er Jahren wurde das Gebiet zwar bereits durch die Vennbahn und seit dem Ersten Weltkrieg auch durch die Kriegsbahnen erschlossen, allerdings besaß der Transport mit der Eisenbahn eine ganz andere Qualität als die Individualmobilität mit dem Auto, bei der lediglich die Straßeninfrastruktur die Zeiten und Wege vorgab. Klaus-Dieter Klauser zeigte, wie sich der Bau der Autobahn E42 von 1977 bis in die 1990er Jahre vollzog.[6] Sehen wir uns die Geschichte dieser wichtigen Verkehrsader etwas genauer an, erhalten wir tieferliegende Einblicke in die Mobilitätsgeschichte der zurückliegenden fünfzig Jahre und können auch die Schwierigkeiten nachvollziehen, die für die Mobilität eines Gebiets in einer nationalen Randlage existieren:

Verkehr wurde bis in das 21. Jahrhundert hinein vor allem in nationalen Strukturen gedacht. Die infrastrukturelle Planung trug den gleichzeitig stattfindenden politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen kaum Rechnung. Die Autobahn E42 etwa wurde aus belgischer Perspektive zur Entwicklung und Erweiterung des Hinterlandes des Hafens von Antwerpen gebaut und sollte bis ins Maingebiet reichen. Ad absurdum wurde der Plan zum Bau dieser grenzüberschreitenden Wirtschaftsverbindung aber durch die Tatsache geführt, dass die Bundesrepublik lange Zeit kein Interesse am Weiterbau der Straße hatte. In den Medien wurde die Autobahn daher rasch als „teuerste Sackgasse Europas“ abgestempelt, die vierzig Jahre lang zwischen Eifel und Hunsrück endete.[7] Klaus-Dieter Klauser argumentierte daher nachvollziehbar, dass die Erschließung des Eifel-Ardennen-Raums nur ein Nebenprodukt des Baus der Autobahn gewesen ist.



Der öffentliche Nahverkehr veränderte sich im Beobachtungszeitraum grundlegend. Frühere Staatsunternehmen wie die SNCB, Infrabel oder die TEC wurden privatisiert und/ oder regionalisiert.

Für ganz ähnliche Probleme an den nationalen Grenzen Europas lassen sich für die hier behandelte Grenzregion zahllose weitere Beispiele anführen: Die Bahnverbindungen in der Eifel-Ardennen-Region wurden für den Güterverkehr bis in die 1990er Jahre nur erhalten, da über sie militärisches Gerät in das Armeelager Elsenborn transportiert werden konnte. Sie waren von nationalem Interesse und wurden abgeschafft, als Belgien seine Streitkräfte aus Deutschland abzog. Weiterhin machte das Ende des Kalten Kriegs und die europäische Einigung einen innereuropäischen Krieg unwahrscheinlicher denn je.

Der Zahl der Verkehrsteilnehmer angepasste Verbindungen in das Großherzogtum Luxemburg existieren nicht, obwohl sie seit den 1980er Jahren von Anrainern und Pendlern gefordert wurden. Die nationale Randlage des betroffenen Gebiets und der Fortgang von Fachkräften und Steuereinnahmen in das wettbewerbsfähigere Nachbarland machten einen bilateral konzertierten Bau einer Trasse aus belgischer Perspektive unattraktiv. Konterkariert wird dieses Fehlen einer Trasse nach Luxemburg von einem innerhalb von zwei Jahren durchgeführten Bau einer Verbindung für Schwerlastverkehr, die von der E42 zu einem Holzwerk in Richtung des Landesinneren nach Burtonville bei Vielsalm führt.[8]

Wie viel bzw. wenig eine nationale Grenzregion infrastrukturell wert war, lässt sich dabei auch ganz konkret beziffern. Während es in der Wallonischen Region insgesamt rund 6.800 Kilometer regionales Straßennetz gibt, befinden sich 200 Kilometer hiervon in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, was 2,94 Prozent entspricht. In den Jahren 2006 und 2007 entfielen aber lediglich 0,78 bzw. 1,03 Prozent des Straßenbudgets auf die Regionalstraßen des Gebiets.[9] Auch unter Berücksichtigung der Ausgaben pro Kopf waren das unterdurchschnittliche Summen.

Dieses Defizit wurde insbesondere im Rahmen eines Interreg-Projekts zu Beginn der 2000er Jahre thematisiert. Zwischen 2001 und 2005 wurden unter dem Titel „Eifelverkehrsplanung“ die Auswirkungen eines Ausbaus der Ost-West-Verbindungen durch den Eifel-Ardennen-Raum analysiert. Hierbei sollte eine bessere Verbindung zwischen Baraque de Fraiture über Vielsalm nach Sankt Vith (Verbindung E25-E42) und von dort über Büllingen sowie Schleiden ins Rheinland (Verbindung E42-A1) ermöglicht werden. Gleichzeitig sollte eine Integration mit einer besseren Straßenanbindung nach Luxemburg gewährleistet werden. Ziele waren eine bessere infrastrukturelle Durchdringung der nationalen Grenzen, eine verbesserte Verkehrsanbindung der strukturschwachen Region des Eifel-Ardennen Raums zur wirtschaftlichen und touristischen Entwicklung sowie die Stabilisierung der demografischen Entwicklung des Gebiets.[10] Trotz hehrer Ziele und Interessenbekundungen blieb die Studie ohne weitere Folgen für den konkreten Ausbau der Straßeninfrastruktur.

Diese Lesart Ostbelgiens als infrastrukturelle Randregion soll keineswegs Erkenntnisse aus jüngeren Analysen zur Geschichte der Region als Zwischenraum, die Einflüsse aus unterschiedlichen Regionen aufnimmt und als „Verbindungsstück“ zwischen unterschiedlichen Einflusssphären weitergibt, schmälern, wie noch im weiteren Verlauf des Textes deutlich werden wird.[11]

Suche nach Wegen

Grenzüberschreitende infrastrukturelle Verbindungen waren aber nicht die einzigen Hürden, die einer Entwicklung der Region und einem Anknüpfen an wirtschaftlich starke Zentren im Wege standen und die Mobilität ihrer Bewohner beeinflusste.

Zentral standen auch die Rahmenbedingungen, die das Überschreiten der Grenzen beförderten, verhinderten oder unattraktiv machten und den Grenzverkehr regelten. Bis zum Anfang der 1950er Jahre blieb gerade die deutsch-belgische Grenze weitestgehend undurchlässig, wobei der Wunsch nach einem möglichst baldigen Abbau der Grenzbeschränkungen in Ostbelgien in den Medien Konsens war.

Beeinflusst wurde die grenzüberschreitende Mobilität durch verschiedene Gesetze: Erleichtert wurde der Grenzübertritt etwa durch das deutsch-belgische Abkommen über Grenzarbeiter (in Kraft getreten am 1. Mai 1956), die Abschaffung des Passzwangs (1956), den belgisch-deutschen Staatsvertrag über die Berichtigung der Grenze (1956), den Benelux-Vertrag (1958), das belgisch-deutsche Kulturabkommen (1956) und das deutsch-belgische Doppelbesteuerungsabkommen (1968).[12] Sie alle führten auf verschiedenen Ebenen dazu, dass Personen und Waren leichter die Grenze überschreiten konnten und dies insbesondere für den sogenannten kleinen Grenzverkehr ermöglichten. Die Regeln für den kleinen Grenzverkehr waren dabei immer nur für Bewohner gültig, die in einem vorher festgelegten Abstand von der Grenze lebten (meist zehn bis 20 Kilometer oder Grenzgemeinden).

Undurchschaubarer werden diese auf den ersten Blick gesetzlich klar festgelegten Grenzregime aus historischer Perspektive, wenn wir uns die verwaltungstechnischen Regeln in Bezug auf die Grenze ansehen. Ein ganzes Sammelsurium an Regeln, formellen oder informellen Absprachen und Bestimmungen sorgte dafür, dass die Grenze de facto häufig ein großer Hinderungsgrund für eine gesteigerte Mobilität blieb.

Zwei Beispiele führen das konkret vor Augen: Noch in den 1970er Jahren konnte es sein, dass Zollbeamte die nächtliche Schließung der verschiedenen Grenzübertrittsstellen ganz unterschiedlich handhabten. Hatten etwa deutsche Zollbeamte zuletzt – seit 1958 teilten sich Beamte beider Länder die meisten Zollhäuschen – Dienst getan, konnte es sein, dass die Grenze physisch (durch Schranken) für die Nacht geschlossen wurde. Belgische Zöllner hingegen konnten die Grenze physisch offen lassen. Auch die Personalpolitik dies- und jenseits der Grenze konnte beeinflussen, was die Bewohner der Regionen letztlich im Alltag erlebten. Wenn eines der beiden Nachbarländer beispielsweise dazu bereit war, einen Grenzposten die gesamte Nacht zu besetzen und somit geöffnet zu lassen, bedeutete dies noch lange nicht, dass auch das andere Nachbarland das nötige Personal hierfür zur Verfügung stellte. Nächtliche Schließzeiten und die Überführung von Waren, Personen oder Tieren nur an bestimmten Übergängen hemmten die Mobilität ungemein.[13]



Gegen die Schließung der Grenzen aufgrund des Terrors der RAF machten die Grenzbewohner mobil, wie dieses Bild an einem Wanderweg an der deutsch-belgischen Grenze veranschaulicht.

Die oben angeführten gesetzlichen Etappen und Grenzabkommen lassen den Eindruck einer Erfolgsgeschichte der europäischen Einigung entstehen, die sich von einem Zeitpunkt, zu dem die Grenze geschlossen war, auf quasi natürliche Weise hin zu einem Zeitpunkt entwickelte, an dem die Grenze geöffnet war. Eine solche Sicht auf die Dinge verkennt aber die zahlreichen Rückschläge auf diesem Weg, die Kräfte, die sich gegen eine Öffnung der Grenze einsetzten, und die unverkennbaren Schwierigkeiten für die Individuen, die an der Grenze lebten. Da war etwa die Willkür von Zollbeamten, die Regeln mal mehr, mal weniger restriktiv auslegten und die durchaus eine Beibehaltung der Grenzen im Namen der Sicherheit und der Sicherung ihrer Arbeitsplätze befürworteten.



Zunächst wurde das dichte Bahnnetz in den Ostkantonen in den 1950er bis 1970er Jahren stillgelegt. Später erfolgte der Rückbau der Gleisanlagen, wie hier zwischen Iveldingen und Montenau im Jahr 1987.

Ganz greifbar wird das Ringen um die Öffnung oder Schließung der Grenzen am Ende der 1970er Jahre. Die Bundesrepublik wurde nach erneuten Anschlägen der linksextremistischen Terrorgruppe Rote-Armee-Fraktion (RAF) ab 1977 in Angst und Schrecken versetzt: Die Folgen der Terroranschläge waren auch an den deutschen Grenzen zu spüren, waren doch zwei niederländische Zollbeamte bei einem Schusswechsel mit den Terroristen, die die Niederlande als Rückzugsgebiet nutzten, am 1. November 1978 umgekommen. Nach dem Vorfall wurden auch an der deutsch-belgischen Grenze an allen Übergängen die Sicherheitsmaßnahmen verstärkt und Grenzsperren – meist Steinblöcke auf Wegen – errichtet. Die Sperren sollten bis 1980 erhalten bleiben. Um sie herum entwickelte sich ein mediales Echo, das uns die Mobilität der Grenzbewohner besser verstehen lässt. So resümierte etwa der beigeordnete Bezirkskommissar für Eupen-Malmedy-Sankt Vith, Johann Weynand, in einem Schreiben an den PSC-Abgeordneten Egide Moreau:

„Les réactions de la population frontalière ont été très vives et les administrations communales ainsi que la presse locale ont protesté énergiquement.“[14]

Hiervon zeugen auch zahlreiche an das Bezirkskommissariat gerichtete Briefe und Protestaktionen. Eine Einschränkung der Bewegungsfreiheit an den Grenzen war für viele Menschen – auch aus vorgeschobenen Sicherheitsgründen – nicht mehr akzeptabel.[15]

Zu einem wirklichen Abbau des Hemmnisses Grenze kam es erst nach der Unterzeichnung des Vertrags von Schengen im Jahr 1985. Da der Benelux-Vertrag bereits seit 1958 bestand und den Grenzübertritt zwischen Belgien und Luxemburg erleichtert hatte, waren die weitreichendsten Konsequenzen des Schengenabkommens an der belgisch-deutschen Grenze zu spüren. Grundsätzlich wurden mit der Unterzeichnung des Vertrags ab dem 15. Juni 1985 die allermeisten Grenzkontrollen abgeschafft. Im Personenverkehr kam es zu erheblichen Erleichterungen. Die Fahrzeuge mussten nicht mehr wie bis dato an den Grenzen anhalten, sondern konnten bei verlangsamter Geschwindigkeit die Grenze nach einer Sichtkontrolle durch den Zoll überqueren.

Die Umsetzung des Schengenabkommens führte bis zum 1. Juli 1996 dazu, dass alle Hindernisse, Geschwindigkeitsbegrenzungen, Kontrollhäuschen, systematischen Kontrollen, Übergangszeiten oder Ortsbeschränkungen für den Grenzübertritt abgeschafft wurden. Bekräftigt wurde das Schengenabkommen durch den Vertrag von Maastricht, der die Schaffung der EU zur Folge hatte und die Binnengrenzen zwischen den EU-Mitgliedstaaten abschaffte.

Obwohl sich die Lebenswelt der meisten Grenzbewohner durch den Rückbau der Grenze erheblich verändern konnte und im Alltag tatsächlich viele Erleichterungen bestanden, stießen die im Rahmen des Schengenabkommens getroffenen Maßnahmen nicht nur auf positive Reaktionen. Gerade direkt an der Grenze verdienten zahlreiche Händler im Einzelhandel (Kaffee, Tabak, Möbel, Zigaretten …) von diversen Preisunterschieden bei Produkten und Dienstleistungen, die auch durch Steuerunterschiede existierten. Sie hatten genauso wie die zahlreichen Zollbeamten zwischen Ouren und Kelmis Angst vor dem Rückbau der Grenze und dessen Folgen. Auch die Erweiterung des Schengenraums und der Europäischen Union nach Mittel- und Osteuropa führte in Ostbelgien in der Mitte der 2000er Jahre zu – im Kontext der Zeit – nachvollziehbaren Debatten über die Sicherheit offener Grenzen und Angst vor Verlust von Arbeitsplätzen an günstigere – weil „lohngedumpte“ – Arbeitnehmer.[16]

Auswanderungswelle in Entwicklung

Auch wenn widrige infrastrukturelle und gesetzlich beeinflusste Bedingungen dazu führten, dass die Mobilität der Bewohner und die Entwicklungspotenziale der Region gebremst wurden, führte kein Weg an einer gesteigerten Mobilität der Bevölkerung vorbei. Dafür sorgten die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den Jahrzehnten „nach dem Boom“ – also der Zeit ab 1973 nach den Wirtschaftswunderjahren. Sowohl im Eupener Land als auch in der Eifel existierten seit jenen Jahren des wirtschaftlichen Abschwungs nicht mehr genügend Arbeitsplätze, um einen signifikanten Teil der arbeitsfähigen Bevölkerung in der Region zu beschäftigen. Arbeiter in Eupen litten unter der Krise, in der sich gerade die Textilindustrie in den 1960er, 1970er und 1980er Jahren befand und die bislang für Vollbeschäftigung gesorgt hatte.

Ein ähnliches Bild ergab sich in der belgischen Eifel. Der „Auftakt zum großen Höfesterben“ hatte zwar schon nach dem Zweiten Weltkrieg begonnen, er setzte sich aber in den 1970er und 1980er Jahren stetig fort. Die Landwirtschaft und das Kleinhandwerk hatten bis dato vor Ort für Arbeitsplätze und das nötige Auskommen der Bevölkerung gesorgt. Die erste Generation, die „vom Hof kam“, musste daher häufig andernorts nach Beschäftigung und Einkommensquellen suchen.[17]

Gleichzeitig durchliefen die Regionen um Ostbelgien einen soliden wirtschaftlichen Wandel. Die Stadt Aachen, die deutsche Eifel und verschiedene Sektoren in der Wallonie wurden zu willkommenen Auffangbecken für die teilweise ungeschulten Arbeitskräfte und gut ausgebildeten Handwerker[18] aus Ostbelgien. Erst in den 1980er (Eupener Land) und 1990er Jahren (Eifel) sorgten die entstehenden Industriezonen dafür, dass neue Arbeitsplätze vor Ort entstanden.

Für die wenigen Akademiker bot die Region an der Schwelle zu den 1970er Jahren ebenfalls kaum eine Perspektive. So stellt etwa Albert Verdoodt in seinem Werk „Zweisprachige Nachbarn“ lapidar fest: „Erwähnt sei, daß viele diplomierte Akademiker in den Kantonen keinen Posten finden.“[19]

In den 1970er Jahren existierte daher noch ein sehr geringes lokales Beschäftigungsniveau. Wie in anderen ländlichen Regionen Europas drohte eine Abwanderungswelle, die auf Basis einer langsam, aber sicher schrumpfenden Bevölkerung auch statistisch beobachtbar war. So konstatierte der Student der Volkshochschule der Ostkantone Joseph Hoffmann in seiner Abschlussarbeit für die Gemeinden Büllingen und Bütgenbach ein von 1970 bis 1979 durchweg negatives Wanderungssaldo, sprich: Es wanderten mehr Menschen aus diesen Gemeinden aus als ein. Leicht abgefedert wurde dieser Trend lediglich durch einen natürlichen Bevölkerungszuwachs.[20]

Über diese missliche Entwicklung räsonierte der Historiker Carlo Lejeune zu Beginn der 1990er Jahre:

„Denn in der Grenzregion finden wir in der Regel eine geringere Bevölkerungsdichte, ein unterdurchschnittliches Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen, eine relativ hohe Abwanderung von Jugendlichen und qualifizierten Facharbeitern, einen absoluten Bevölkerungsrückgang, eine höhere Arbeitslosigkeit und eine Ausdünnung der Infrastruktur. Hinzu kommen in der Regel überdurchschnittlich lange Wege zu Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, lange Wege zu den Zentren von Verwaltung und Versorgung und anderes mehr.“[21]



Kreative Nachnutzungen: Einzelne Grenzübergänge wurden nach der Schließung der Grenze einer Nachnutzung zugeführt, wie etwa das Beispiel von Kunst und Kultur im Köpfen (Kukuk) verdeutlicht.



Täglich (2021) passieren rund 4 500 Pendler auf ihrem Hin- und Rückweg die N62 zwischen Sankt Vith und der Luxemburger Grenze. Hinzu kommt Schwerlastverkehr, Ausflugsverkehr sowie anderer Transitverkehr.

Auch der Ausbau der Verwaltungen in Ostbelgien half nicht dabei, diese Entwicklung im Süden der Region abzufedern. Überall in Westeuropa legten die Staaten Arbeitsmarktprogramme in den Krisenjahren der 1970er und 1980er Jahre auf und gaben Arbeitslosen über Zeitverträge eine befristete Anstellung, um der Bevölkerung so über die Krise hinwegzuhelfen. Im Gebiet deutscher Sprache wurden Stellen bei nationalen Institutionen über die sogenannten zeitweiligen Sonderkader geschaffen, und die Deutschsprachige Gemeinschaft baute ihre neugegründete Verwaltung allmählich aus. Hierbei wurden allerdings kaum Dienststellen des Teilstaates im Süden des Gebiets deutscher Sprache angesiedelt. Auch der Föderalstaat baute im Lauf der letzten fünf Jahrzehnte seine Behörden im Süden des Gebiets Schritt für Schritt zurück.[22]

Da für diese Entwicklung schon früh ein Bewusstsein existierte, entwickelten sich Initiativen, die sich für eine Besserung einsetzten. Die Konzertierte Aktion Nordeifel etwa war ein Zusammenschluss der Gemeinden Büllingen, Bütgenbach und Amel, der Christlichen Gewerkschaft sowie der Mittelstandsvereinigung des Gebiets und hatte sich die gezielte wirtschaftliche Förderung dieser ländlichen Gegend zum Ziel gesetzt. Auf ihre Initiative gehen etwa die Ansiedlung von ersten größeren Industriebetrieben zurück oder die Unterstützung der Einrichtung einer schnellen Busverbindung, die mit dem Vennliner ab 1995 ins Leben gerufen wurde.

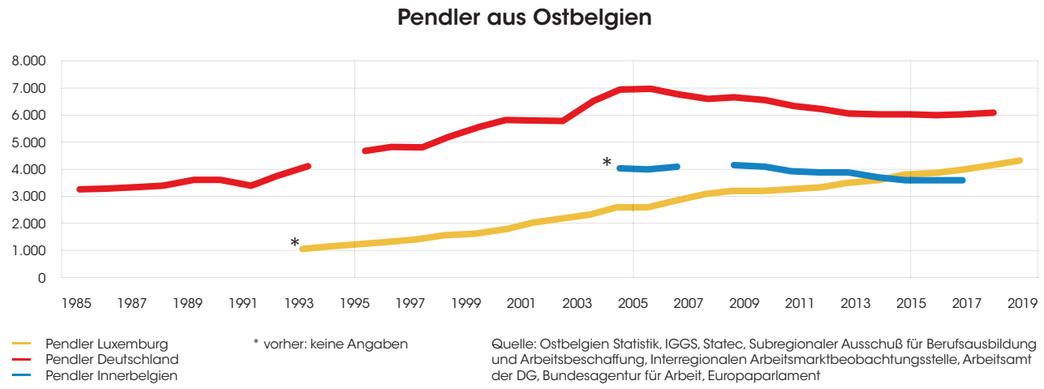
Seit Ende der 1980er Jahre wurde um diese Nord-Süd-Verbindung durch unterschiedliche Akteure gerungen. Das enorme Potenzial der Verbindung wurde in einer Umfrage offengelegt, die der Wirtschafts- und Sozialrat der Wallonischen Region im Jahr 1986 organisierte. Sie zeigte, dass mehr als 90 Prozent der Befragten mit den Busverbindungen in ihrer Region unzufrieden waren. Insbesondere Arbeitnehmer und Schüler forderten eine schnelle Verbindung über das Venn, die aber erst in den 1990er Jahren ins Leben gerufen wurde.[23]

Kurve gekriegt?

Gerade aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage und der kaum vorhandenen öffentlichen (grenzüberschreitenden) Transportmittel erhielt die Individualmobilität der Bevölkerung eine immer größere Bedeutung. Am Beispiel des Dorfes Hünningen bei Büllingen lässt sich dieser Trend nachzeichnen. Hatte im Jahr 1965 nur circa ein Drittel aller Haushalte ein Auto zur Verfügung, stieg der Anteil ab 1970 rasch von rund der Hälfte aller Haushalte im Jahr 1970 (56 von 102) über 80 Prozent im Jahr 1985 (88 von 110) auf 91 Prozent im Jahr 1995. Mehr noch: Seit den 1980er Jahren verfügten zahlreiche Familien über einen Zweitwagen.[24]

Logischerweise stieg der Straßenverkehr mit den neuen Verkehrsteilnehmern an. Ganz deutlich wird dieser Trend, wenn wir uns die Verkehrszählungen aus den vergangenen Jahrzehnten ansehen: So verdreiundzwanzigfachte sich der Verkehr auf der heutigen N62 (früherer Name N23) zwischen Sankt Vith und Luxemburg von 475 Fahrzeugen täglich im Jahr 1952 auf 3.523 Fahrzeuge im Jahr 1980 und erreichte im Jahr 2009 fast 11.000 Fahrzeuge.[25]

Ein ähnliches Bild ergibt sich im Norden der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Auch auf der Straße zwischen Eupen und Aachen versechsfachte sich der Verkehr von rund 1.870 Fahrzeugen täglich (1955) auf nahezu 11.000 (2009). Diese Entwicklung führte unweigerlich zu mehr Luftverschmutzung sowie Lärm, und die erhöhte Individualmobilität bremste die Verkehrsflüsse durch verstopfte Straßen aus.



Die vorliegende Grafik kann nur einen groben Eindruck der historischen Entwicklung der Pendlerzahlen im deutschen Sprachgebiet geben, zu unterschiedlich waren die Erhebungsmethoden der Statistikämter im Laufe der Zeit und dies- und jenseits der Grenzen. Der unverkennbare Trend: die Grenzpendler haben in den letzten 50 Jahren erheblich zugenommen.

Tägliche Pendelbewegungen in die Nachbarländer existierten schon vor dem Beobachtungszeitraum. Man schätzte in den 1960er Jahren, dass rund 2.300 bis 2.900 Ostbelgier in Deutschland arbeiteten. Die ersten grenzüberschreitenden Busverbindungen (Aachen–Eupen 1964, Aachen–Kelmis 1959), schnell steigende Löhne in Deutschland und eine im euregionalen Vergleich mildere Wirtschaftskrise ab den 1970er und 1980er Jahren beförderten diesen Trend noch.[26]

Dass die ostbelgischen Arbeitnehmer in die Nachbarregionen drängten, wird besonders bei einem Blick auf die Statistik deutlich. Seit den 1970er Jahren nahm die Zahl der Pendler erheblich zu. Insbesondere seit den 1980er Jahren lässt sich nachvollziehen, dass sich immer mehr Menschen über die Grenzen fortbewegten und ihre Arbeitsstellen andernorts aufnahmen.[27] Dabei zeigt sich bei einem Blick auf die Pendlerzahlen, dass die Grenzlage nicht nur negative Folgen für die Bewohner hatte: Negative wirtschaftliche Entwicklungen in der eigenen Region oder im Herkunftsland konnten mit dem Überschreiten der Grenze aufgefangen werden. Im konkreten Fall profitierten viele deutschsprachige Belgier von günstigerem Wohnraum und guten sozialen Auffangnetzen (Schul- und Gesundheitswesen, Arbeitslosenkassen …) in Belgien und gleichzeitig von attraktiven Gehältern, Konsumgütern und anderen staatlichen Leistungen in den Nachbarländern, in denen die Arbeitnehmer tätig waren bzw. sind.[28]

Das goldene Ländchen

Am augenfälligsten ist diese Entwicklung wohl im Fall des Großherzogtums Luxemburg. War das Land in den Jahrhunderten vor der hier betrachteten Zeit aufgrund seiner Lage, der topografischen Gegebenheiten und mangelnder infrastruktureller Anbindung vor allem agrarisch geprägt, erlebte es seit den 1980er Jahren einen anhaltenden Wirtschaftsboom. Dieses fortgesetzte Wirtschaftswunder fußte dabei ganz besonders auf drei Säulen: Luxemburg entwickelte sich in dieser Zeit zu einem international anerkannten Platz für Finanzdienstleistungen (Fonds, Banken, Versicherungen). Das Land unterbot die Preise für Genussgüter in den Nachbarländern und zog hierdurch Tagestouristen an. Schließlich lockte es mit verbindlichen Steuervorbescheiden zahlreiche internationale Konzerne in das Land, die so die Steuern in ihren Herkunftsländern umgehen konnten. Von diesen Praktiken und einem Wettlauf des Landes um immer niedrigere Steuersätze profitierten die Grenzregionen des Großherzogtums auf den ersten Blick in hohem Maße.[29]

Dabei sind die Entwicklungen an der ostbelgisch-luxemburgischen Grenze schwerer nachzuvollziehen als jene an der deutsch-belgischen Grenze. Letztere wurde seit dem Ende des Ersten bzw. Zweiten Weltkriegs intensiv kontrolliert, sodass zahlreiche Verwaltungen den Grenzverkehr gut dokumentierten. Da die Grenze im 19. Jahrhundert durch

die Mitgliedschaft Luxemburgs im Deutschen Zollverein, durch die belgisch-luxemburgische Wirtschaftsunion (seit 1921) sowie während der beiden Weltkriege für die Menschen, die auf dem Gebiet des heutigen Ostbelgiens lebten, vergleichsweise offen war und das Nachbarland keine außerordentliche Anziehungskraft ausübte, spielte sie in ihrem Bewusstsein eine untergeordnete Rolle. Hierzu trug im 20. Jahrhundert sicherlich auch die Tatsache bei, dass in Belgien und Luxemburg dieselbe Währung genutzt wurde und man in Bereichen wie dem Rechtswesen, der Außenpolitik oder der Arbeitswelt eine abgestimmte Politik anstrebte.

Deshalb lässt sich auch erst ab der Mitte der 1990er Jahre ein wirkliches Interesse für die Grenzgänger aufgrund ihrer schieren Zahl erkennen. Lediglich vereinzelte Berichte im Grenz-Echo über die Zunahme des Straßenverkehrs deuteten in den 1980er Jahren darauf hin, dass das Nachbarland allmählich wichtiger wurde.[30] Bis die Tageszeitung im Jahr 1994 vermerkte, dass bereits 1.100 Eifeler in Luxemburg arbeiteten. Auch wusste die Zeitung zu berichten, dass besonders viele Frauen im Einzelhandel und an den Tankstellen in Grenznähe eine Beschäftigung fanden (300 Personen). Weitere 300 Arbeitnehmer waren im Baugewerbe oder in der Industrie beschäftigt.[31] Im Vergleich zu 1995 hat sich die Zahl der Pendler ins Nachbarland bis heute vervierfacht, wobei selbst die Finanzkrise im Jahr 2009 das Wachstum nur für kurze Zeit leicht verlangsamte. Der Stellenwert des Baugewerbes und des Einzelhandels und auch das Verhältnis zwischen weiblichen (ca. ein Drittel) und männlichen (ca. zwei Drittel) Arbeitnehmern blieb stabil. Bei einer Analyse der Beschäftigungsfelder zeigt sich, dass relativ wenige Pendler in den in Luxemburg besonders gewinnbringenden Sektoren „Information & Kommunikation“, „Finanzen und Versicherungen“, „freiberufliche und technische Dienstleistungen“ und in der öffentlichen Verwaltung arbeiteten und ihre Zahl im Verhältnis zur gesamten Pendlerzahl in den letzten zehn Jahren nur leicht zunahm.[32]

Die Ostbelgien-Gräben

Eine konstantere Rolle spielte für den ostbelgischen Arbeitsmarkt das Nachbarland Deutschland. Zahlreiche Menschen aus dem Eupener Land pendelten seit den 1970er Jahren unter anderem in die Großstadt Aachen. Daneben boten Unternehmen wie die Schöller-Werke in Hellenthal und Textilunternehmen für ungelernte Arbeiter der Eifel Arbeitsplätze. Umgekehrt ließen sich viele deutsche Staatsbürger in Ostbelgien nieder und pendelten als Bewohner der Region zu ihren Arbeitsplätzen in Deutschland.



Während mehrerer Jahre (1989-2001) wurde durch die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein Projekt zur Wiederbelebung der Vennbahn als touristische Museumsbahn verfolgt, das aus finanziellen Gründen eingestellt werden musste. Hiernach erfolgte die Nachnutzung der Bahntrassen als Fahrradwege.

Bei einem genaueren Blick auf die Zahlen der Pendler zeigt sich, dass es nicht nur Unterschiede zwischen den Anbindungen des Nordens und des Südens der Deutschsprachigen Gemeinschaft gibt, sondern auch klare Unterschiede zwischen den östlichen und westlichen Ortschaften und Gegenden des Gebiets auszumachen sind.

Ziehen wir etwa die Volkszählung aus dem Jahr 1974 zurate, dann zeichnen sich ganz klare Trends ab. Es ist auffällig, dass gerade in den westlich gelegenen (Alt-)Gemeinden wie Lontzen (270 von 937 Arbeitnehmern) oder Recht (142 von 560 Arbeitnehmern) viele Arbeitnehmer zum Lohnerwerb in das belgische Landesinnere pendelten, wobei gerade in der belgischen Eifel ein Großteil dieser Arbeitnehmer auch in der Malmedyer Wallonie arbeitete (etwa Arbeitnehmer aus Bütgenbach oder Recht).

Ganz anders sieht es aus, wenn wir uns die Pendelbewegungen der in östlicher Richtung gelegenen Ortschaften ansehen: Beispielsweise in Hergenrath, Raeren oder Eynatten verließ ein Großteil der Arbeitnehmer das Gebiet, um im angrenzenden Deutschland eine Arbeitsstelle aufzusuchen.

Den vielfach beschworenen Riss zwischen einem gut angebundenen, vernetzten sowie auswärtsgewandten Norden des Gebiets deutscher Sprache und einem verschlossenen, in sich gekehrten Süden gab es also nicht. Das lässt sich auch an den Zahlen der Volkszählung ablesen. Während rund zehn Prozent aller Eifeler nicht in der Gemeinde arbeiteten, in der sie lebten, traf dies auf rund 14 Prozent der Arbeitnehmer im Eupener Land zu.[33]

Negative Auswirkungen

Die Lage in einem nationalen Randgebiet entwickelte sich in der Gesamtschau in den letzten fünfzig Jahren allmählich zu einer Speckgürtelsituation. Der Wohlstand des Einzelnen entkoppelte sich dabei stärker als zuvor von den Entwicklungen im eigenen Nationalstaat und knüpfte an die Entwicklungen in den Nachbarländern an. Das war für viele Bewohner eine große Chance, machte Teile Ostbelgiens aber auch abhängig von Entwicklungen, auf die die Arbeitnehmer kaum Einfluss hatten. Bei aller Euphorie über Vollbeschäftigung und gestoppte Abwanderungswelle dürfen daher die negativen Folgen dieser Entwicklung nicht unberücksichtigt bleiben: Eine Erhöhung der Verbraucherpreise, Verlust von Steuereinnahmen, die erst durch den *Fonds de Compensation des Travailleirs Frontaliers* seit 2001 teilweise kompensiert wurden, Preiserhöhungen bei Immobilien, Abwanderung von Firmen, Abwanderung von Fachkräften und veränderte Zeitregime sind nur einige dieser Folgen.



Für den Bau der Autobahn E42, die ab Spa über das Gebiet der Ostkantone verläuft, wurden große landschaftliche Veränderungen vorgenommen, wie das Beispiel der Autobahnbrücke in Wiesenbach veranschaulicht.

In dieser Hinsicht berichtete auch der oben genannte beigeordnete Bezirkskommissar Johann Weynand im Jahr 1981 an den Lütticher Provinzgreffier über die Probleme in der Zusammenarbeit mit dem Großherzogtum:

„[…] sur les conséquences économiques pour les commerçants et négociants belges de la région frontalières (y compris la ville de St.Vith) des prix du carburant, des tabacs, cigares et cigarettes et alcools pratiqués dans le Grand-Duché. Ces prix nettement inférieurs à ceux pratiqués en Belgique entraînent une baisse considérable du chiffre d'affaire des commerçants qui se plaignent amèrement de cette concurrence.“[34]

In den letzten zehn Jahren lassen sich diese Negativfolgen insbesondere am Beispiel der Abwanderung von Fachkräften im Bereich des Gesundheits- und Sozialwesens festmachen. Ihr Anteil an den Pendlern wuchs rasant von 175 im Jahr 2010 (5,4 %) auf 400 im Jahr 2020 (9,2 %).[35] Dies sind Krankenpfleger, Sozialarbeiter, Pädagogen, Erzieher, Lehrer, Ärzte ..., die in Ostbelgien fehlen.

Liegt noch Schnee auf dem Venn?

Wenn wir uns die Mobilität der deutschsprachigen Belgier ansehen, lohnt sich ein Blick auf die innerostbelgischen Verbindungen, da sie Aufschluss über die Zusammengehörigkeit der deutschsprachigen Belgier geben. In Band vier der vorliegenden Reihe wurde festgestellt,[36] dass schon seit der Zwischenkriegszeit ein reger Austausch zwischen den beiden Teilen des Gebiets deutscher Sprache bestand. Der Weg über das Venn lohnte sich seit der Zwischenkriegszeit allmählich, da der Kreis Eupen und der Kreis Malmedy nicht mehr wie noch in preußischer Zeit zwei naturräumlich voneinander getrennte Gebietseinheiten waren, sondern zusammen im belgischen Staat eine deutschsprachige Minderheit stellten, die aus politischen und kulturellen Gründen wohl oder übel das Hochmoor überqueren musste.

Auch nach dem Krieg suchte gerade die südlich des Venns lebende Bevölkerung den Kontakt mit dem Norden, da hier attraktive Arbeitsplätze in der Industrie existierten, die für ein regelmäßiges Einkommen jenseits der Landwirtschaft sorgten. Das zeigen auch die Zahlen der Verkehrszählungen aus den Jahren 1970, 1975 und 1980. Rund 4.000 Fahrzeuge passierten die Verkehrsader zwischen Eifel und Eupener Land täglich. In den 1980er Jahren zog die Zahl der Venn-Pendler etwas an und stabilisierte sich seitdem auf rund 5.000 bis 7.000 Fahrzeuge.

Demgegenüber steht der Befund, dass sich seit 2009 die Zahl der Pendler von Norden nach Süden halbierte (auf 205) und von Süden nach Norden (auf 851) um ein Drittel zurückgegangen ist.[37]

An diesen Zahlen lassen sich gleich mehrere Dinge ablesen: Obwohl es weiterhin an einer Schnellstraße, die Norden und Süden des deutschen Sprachgebietes verbindet, mangelt, deutet der langsam wachsende Verkehr in den ersten Jahrzehnten des Beobachtungszeitraums darauf hin,



Der Vennliner war ab 1995 die wichtigste Verbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln zwischen den beiden Teilen des deutschen Sprachgebietes. Legte der Bus die Strecke zwischen Eupen und Sankt Vith im Jahr 1995 in 65 Minuten zurück, ist sein Ersatz, die „Express-Linie", seit 2022 teurer und langsamer (70 Minuten).

dass recht reger Kontakt zwischen den beiden Landstrichen besteht. Dabei darf diese Aussage aber keineswegs darüber hinwegtäuschen, dass die Verkehrsströme in fast alle anderen Himmelsrichtungen höher ausfallen als jene zwischen dem Norden und dem Süden des Gebietes. Mehr noch: Seit den 2000er Jahren ist ein Rückgang der Verkehrsströme zu beobachten. Im Inneren bleibt die Bevölkerung auch nach hundertjähriger Zugehörigkeit im wahrsten Sinne des Wortes recht weit voneinander entfernt. Der Austausch verläuft zusätzlich fast ausschließlich aus südlicher Richtung nach Norden. Darüber hinaus nehmen der Norden und der Süden des Gebiets durch starke Pendelbewegungen in unterschiedliche Richtungen sehr unterschiedliche Einflüsse auf.

„Nie zerreißen werde ich zu dir mein Band"

Die gesteigerte Mobilität der letzten fünfzig Jahre zeigt, wie die Arbeitnehmer der Region allmählich die Grenzsituation für sich zu nutzen wussten. Gleichermaßen ist das mobile Ostbelgien bedeutungsvoll, weil sich mit der Bewegung Erfahrungshorizonte und tägliche Zeitregime veränderten.

So führte Herbert Schorkops, Wirtschaftswissenschaftler und seit 1972 Berater für die Ostkantone im Wallonischen Wirtschaftsrat (CERW), in einem Referat im Jahr 1973 an, dass rund 30 Prozent der arbeitenden Bevölkerung in Eupen Grenzgänger seien und im Süden 15 Prozent der Bevölkerung täglich 40 bis 50 Kilometer Strecke auf dem Weg zu ihren Arbeitsplätzen zurücklegten.[38] Bei mangelhafter Infrastruktur bedeutete dies, dass eine bis anderthalb Stunden täglich nicht für familiäres, soziales, kulturelles, politisches oder ähnliches Engagement aufgewendet werden konnten.

Und dieser Trend zu weiten Strecken intensivierte sich noch. Die in Belgien arbeitenden deutschsprachigen Belgier legten im Durchschnitt 42 Kilometer täglich für den Hin- und Rückweg zu ihrer Arbeitsstelle zurück. Demgegenüber standen 57 Prozent der in Belgien arbeitenden Deutschsprachigen, die in einem Umkreis von zehn Kilometern von ihrer Wohngemeinde arbeiteten.[39] Die Bevölkerung wurde dementsprechend nicht nur laufend mobiler, sie legte gleichzeitig auch immer weitere Strecken zurück, was zweifelsohne das Leben in der Gemeinschaft beeinflusste.

Die Zukunft der Mobilität

Die Bewohner der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind in der Gesamtschau in den letzten fünfzig Jahren sehr viel mobiler geworden. Sie neigen dazu, das gewohnte Umfeld und ausgetretene Pfade zu verlassen. Dies bedeutet zugleich die Erweiterung von Erfahrungshorizonten, wobei die wirtschaftlichen, infrastrukturellen und rechtlichen Rahmenbedingungen diese Entwicklungen erst ermöglichten. Das Festhalten am Wohnort in der Deutschsprachigen Gemeinschaft bei gleichzeitigem Pendeln darf dabei als Bekenntnis zur eigenen Region gedeutet werden, in deren Speckgürtellage augenscheinlich viele ihren Platz gefunden haben.

Fünfzig Jahre nach der Ölpreiskrise deuten mehrere Entwicklungen und Ereignisse darauf hin, dass sich Mobilität heute verändert: Die Grenzschließungen während der Coronazeit haben gezeigt, dass sich weite Teile der Bevölkerung gegen Maßnahmen aussprechen und gegen die Einschränkung ihres Bewegungsradius an Schlagbäumen sind. Der Klimawandel verlangt nach einer möglichst CO2-neutralen Fortbewegung von Personen und Waren, wobei öffentliche Verkehrsmittel, Elektromobilität und sanfte Mobilität ein Festhalten an liebgewonnenen Mobilitätspraktiken ermöglichen sollen. Im Zuge der Coronakrise erhielt das Homeoffice einen neuen Stellenwert in der Arbeitswelt, der vorerst nicht an Bedeutung eingebüßt hat und auch neue Chancen für die Zukunft ländlicher Regionen bieten kann.

Endnoten

1 Zeilen aus dem Song: D'Löressen, Deutsch-Ostbelgien unser Heimatland, 1981.
2 Vgl. hierzu Carolin Liebisch-Gümüş, Mobilität/en und Mobilitätsgeschichte, Version 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 22.3.2022, https://docupedia.de/zg/Liebisch_Guemues_mobilitaet_v1_de_2022 (2.2.2023).
3 Anne-Katrin Ebert, Mobilität(en) – ein neues Paradigma für die Verkehrsgeschichte?, in: Zeitschrift für Geschichte der Wissenschaft, Technik und Medizin 23 (2015), S. 87-107.
4 Liebisch-Gümüş, Mobilität/en; Ralf Roth, Karl Schlögel, Geschichte und Verkehr im 20. Jahrhundert, in: dies. (Hrsg.), Neue Wege in ein neues Europa. Geschichte und Verkehr im 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 2009, S. 11-29.
5 Vgl. Christoph Maria Merki, Verkehrsgeschichte und Mobilität, Stuttgart 2008, S. 111-115; Haefli führt diese Überlegungen jüngst noch weiter aus: Ueli Haefli, Mobilität im Alltag in der Schweiz seit dem 19. Jahrhundert. Unterwegs sein können, wollen und müssen, Zürich 2022, S. 9-14.
6 Klaus-Dieter Klauser, Geschichten um den Bau der Autobahn Verviers-Prüm 1 bis 5, in: Zwischen Venn und Schneifel 1, 2, 3, 4, 7 (2018).
7 Vgl. Tobias Dewes, Der Veränderung auf der Spur (17). Der Hochmoselübergang, in: Zwischen Venn und Schneifel 1 (2020), S. 15; Privatarchiv Albert Gehlen, Brief von Wilfried Martens an Helmut Kohl über den Weiterbau der Bundesautobahn A60, 26.4.1990.
8 Umgehungsstraße: Hoffen auf baldige Baugenehmigung, in: Grenz-Echo, 27.10.2001; Endlich grünes Licht für die Umgehungsstraße Rodt, in: Grenz-Echo, 23.2.2002; Bagger buddeln auf Tomberg, in: Grenz-Echo, 8.5.2002.
9 Vgl. Interpellation de M. Stoffels à M. Daerden, Ministre du Budget, des Finances et de l'Équipement, sur „L'Etat des Routes en Région Wallonne", P.W. - C.R.I.C. 118 (2007-2008), 9.6.2008, online https://www.parlement-wallonie.be/content/print.php?print=interp-questions-voir.php&iddoc=40997&type=32 (2.2.2023).
10 Vgl. Archiv Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Interreg III Projekt EMR.INT.3 „Eifelverkehrsplanung", 2001-2006.
11 Vgl. Christoph Brüll, Andreas Fickers, Zeit-Räume im langen 19. Jahrhundert. Erfahrungen von Verdichtung, Beschleunigung und Beharrung, in: Carlo Lejeune (Hrsg.), Grenzerfahrungen. Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Bd. 3: Code Civil, beschleunigte Moderne und Dynamiken des Beharrens (1794-1919), Eupen 2017, S. 8-27.
12 Vgl. Staatsarchiv Eupen (künftig: SAE), Bestand 3-091 (Bestand beigeordnetes Bezirkskommissariat Eupen-Malmedy-Sankt Vith), Nr. 6654, Presseausschnitte, Kopien von Gesetzestexten und Korrespondenz betreffend die deutsch-belgischen Grenzabkommen und -verträge, 1954-1974.
13 Vgl. SAE, 3-091, Nr. 3165, Korrespondenz betreffend die Öffnungs- und Schließzeiten der Übergangsstellen Losheim, Steinebrück, Welchenhausen, Lützkampen, Ihrenbrück und Wahlerscheid, 1954-1976; SAE, 3-091, Nr. 6633, Presseausschnitte betreffend diverse Vorfälle und Schwierigkeiten an der deutsch-belgischen Grenze, 1960-1975; SAE, 3-091, Nr. 6598 und 6599, Korrespondenz betreffend das Überschreiten der deutsch-belgischen Grenze, 1968-1991.
14 SAE, 3-091, Nr. 6606, Brief Johann Weynand an Egide Moreau, 15.5.1979.
15 Vgl. SAE, 3-091, Nr. 6606, Korrespondenz und Presseausschnitte betr. den Grenzverkehr und Maßnahmen des Bundesgrenzschutzes an der deutsch-belgischen Grenze in Zusammenhang mit der RAF, 1977-1986.
16 Vgl. hierzu exemplarisch: Die Wahrheit über die Osterweiterung, in: Grenz-Echo, 3.4.2004, S. 2.
17 Vitus Sproten, Der Klang des Strukturwandels. Die Geschichte der freien Radios in den Niederlanden, Belgien und Nordrhein-Westfalen (1975-1990), Göttingen 2022. Vgl. ebenfalls das Kapitel von Tobias Dewes im vorliegenden Band.
18 Vgl. das Kapitel von Armin Heinen im vorliegenden Band.
19 Albert Verdoodt, Zweisprachige Nachbarn. Die deutschen Hochsprach- und Mundartgruppen in Ost-Belgien, dem Elsass, Ost-Lothringen und Luxemburg, Wien 1968, S. 53.
20 Joseph Hoffmann, Abwanderung aus der Büllinger-Bütgenbacher Gegend. Ihre Ursachen und Hintergründe. Studienabschlussarbeit zur Erlangung des Graduates in Arbeitssozialwissenschaften an der Volkshochschule der Ostkantone, Eupen 1979.
21 Carlo Lejeune, Leben und Feiern auf dem Lande. Die Bräuche der belgischen Eifel, Bd. 2: Von der Wiege bis zur Bahre, das Dorf als Lebenswelt, Sankt Vith 1993, S. 265.
22 Vgl. hierzu das Kapitel von Peter Quadflieg im vorliegenden Band; Carlo Lejeune, Randregion Eifel: Ausharren, Pendeln, Abwandern, in: Carlo Lejeune, Freddy Cremer, Andreas Fickers (Hrsg.), Spuren in die Zukunft. Anmerkungen zu einem bewegten Jahrhundert, Büllingen 2001, S. 129-135.
23 Vgl. SAE, 3-091, Nr. 7074, Korrespondenz und Erhebung betreffend die Einrichtung einer Schnellbusverbindung zwischen Eupen und Sankt Vith, 1986.
24 Vgl. Carlo Lejeune (Hrsg.), Hünningen – Heimat an den Grenzen. Wieviel Zukunft für ein Eifeldorf? Büllingen 1995, S. 75 ff.
25 Für die nachstehenden Aussagen in Bezug auf den Straßenverkehr („Verkehrszählungen") wurden die alle fünf bis zehn Jahre stattfindenden (1965, 1975, 1985, 1995, 2000, 2005), publizierten Verkehrszählungen (Recensement de la Circulation) des nationalen Instituts für Statistik (Institut national de Statistique) bzw. FÖD Mobilität (Service public fédéral Mobilité et Transport) systematisch ausgewertet sowie die Online-Veröffentlichungen der Ministerien für den Zeitraum nach 2005.
26 Vgl. Peter Quadflieg, Übergang, Anpassung, Boom. Regionale Wirtschaftsentwicklung im europäischen Rahmen, in: Carlo Lejeune, Christoph Brüll (Hrsg.), Grenzerfahrungen. Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Bd. 5: Säuberung, Wiederaufbau, Autonomiediskussionen (1945-1973), S. 118-187, hier 162 f.
27 Vgl. Vitus Sproten, Der Veränderung auf der Spur (18). Die Grenze als Vorteil, in: Zwischen Venn und Schneifel 4 (2020), S. 76.
28 Vgl. hierzu auch die Überlegungen bei Ad Knotter, Changing Border Regimes, Mining, and Cross-border Labor in the Dutch-Belgian-German Borderlands, 1900-1973, in: Journal of Borderlands Studies 29 (2014) 3, S. 375-384.
29 Denis Scuto, Petit voyage à travers l'histoire des impôts, in: Mex Leners, Marc Limpach (Hrsg.), Impôts et justice fiscale au Luxembourg. Les éléments clés pour une futur réforme, Luxemburg 2021, S. 13-23.
30 Vgl. Bis zum Neubau nicht Hände in den Schoß legen, in: Grenz-Echo, 13.10.1989.
31 Vgl. Grenzgänger atmen auf, in: Grenz-Echo, 6.4.1994; Angestellte bei Pendlern stark vertreten, in: Grenz-Echo, 14.9.1995.
32 Vgl. Ostbelgien Statistik, Pendler nach Luxemburg 2020, https://ostbelgienstatistik.be/PortalData/22/Resources/downloads/themen/arbeitsmarkt/Pendler_nach_Luxemburg_2020.pdf (2.2.2023).
33 Vgl. Institut National de Statistique, Recensement de la Population 1970, Bd. 9: Mobilité géographique de la main d'oeuvre, Brüssel 1974, S. 121 ff.
34 SAE, 3-091, Nr. 4775, Brief Johann Weynand an den Provinzgreffier über Probleme mit dem Großherzogtum Luxemburg, 4.2.1981.
35 Peter Quadflieg, Vitus Sproten, Wirtschaft zwischen Integration und Desintergration. Anpassungsdruck, Weltwirtschaftskrise und nationalsozialistische Autarkiepolitik, in: Christoph Brüll, Carlo Lejeune, Peter Quadflieg (Hrsg.), Grenzerfahrungen. Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Bd. 4: Staatenwechsel, Identitätskonflikte, Kriegserfahrungen (1919–1945), Eupen 2018, S. 208-239, hier S. 232-233.
36 Institut National de Statistique, Recensement de la Population.
37 Vgl. Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Pendler/innen innerhalb Belgiens, Eupen 2020, https://adg.be/desktopdefault.aspx/tabid-5419/9370_read-50864 (2.2.2023).
38 Vgl. Wirtschaftliche Situation Ostbelgiens im Referat, in: Grenz-Echo, 20.11.1973.
39 Volksbefragung 2011, eigene Berechnung auf Basis der Wohngemeinden und Arbeitsgemeinden. In die Berechnung wurden lediglich die 19.023 Arbeitnehmer des Gebiets einbezogen und nicht die Selbstständigen.







MEINUNGEN ZUR UNTERRICHTSSPRACHENPOLITIK DER DG (1963-2004)

MEHRSPRACHIGKEIT? JA! ABER WIE?

VON MAGALI BOEMER UND JULIA ZEIMERS





Es gibt nur sehr wenige Themen, über die immer wiederkehrend in den letzten fünfzig Jahren so lebhaft und angstbehaftet gestritten wurde wie über die Fremdsprachenerlernung der deutschsprachigen Schüler. Angst vor Isolation, Angst vor dem Verlust der Muttersprache, Angst vor Risiken und Ungleichberechtigung usw. waren die Bestandteile der Auseinandersetzungen. Gerade seit den 1990er Jahren existieren aber erste ernsthafte Bemühungen, die hochemotionalen Debatten und subjektiven Diskussionen zu versachlichen.

In Ostbelgien gibt es nur sehr wenige Themen, über die so lebhaft und lange in Politik, Medien und Gesellschaft gestritten wurde wie um die Französischkenntnisse der ostbelgischen Schüler. Obwohl die Art und Weise, wie Fremdsprachen in den Schulen der Gegend vermittelt wurden, sich im Beobachtungszeitraum erheblich wandelte, blieb die Thematik eine wichtige Bühne für hochemotionale Debatten. Gerade in den 1960er Jahren und im Zuge der Festlegung der Sprachgrenzen (1963), des Gesetzes über den Sprachgebrauch im Unterrichtswesen (1963) und der Autonomiedebatten der 1960er und 1970er Jahre wurden die Meinungsstreitigkeiten zwischen Befürwortern einer möglichst frühen, intensiven und umfangreichen Erlernung der französischen Sprache und Vertretern einer sehr guten Erlernung der Muttersprache mit anschließender Erlernung des Französischen geführt. Als typische Vertreter dieser Hauptlager können das Collège Patronné in der Stadt Eupen und die Bischöfliche Schule in Sankt Vith gelten. Während ersteres forderte, dass Französisch für die deutschsprachigen Belgier zu einer Zweitsprache werden sollte, sollte es für letztere den Status einer Fremdsprache beibehalten.



Um Mehrsprachigkeit aktiv zu fördern und die Schüler auf ein höheres Studium im Inland vorzubereiten, war das Collège Patronné in Eupen ein Verfechter von Fachunterricht auf Französisch.

An diesem Spannungsverhältnis änderte die Übertragung der Entscheidungsbefugnis über das Unterrichtswesen im Zuge der dritten Staatsreform (1989) an die Deutschsprachige Gemeinschaft nichts, da mit dieser Kompetenzübertragung zunächst nicht die Sprachenanwendung im Unterrichtswesen übertragen wurde. Im Zuge weiterer Autonomiebestrebungen sollte diese Angelegenheit jedoch am 20. September 1997 zu einer Befugnis der Deutschsprachigen Gemeinschaft werden. Am 19. April 2004 verabschiedete die Volksvertretung der deutschsprachigen Belgier das „Dekret über die Vermittlung und den Gebrauch der Sprache im Unterrichtswesen", in dem unter anderem festgelegt wurde, welche Fremdsprachen in den Schulen des deutschen Sprachgebiets zu welchem Zeitpunkt und wie intensiv unterrichtet werden dürfen. Dieses Dekret ist grundlegend für die Spracherlernung in der Region, bildet dabei aber keineswegs den Schlusspunkt der vorliegenden Betrachtung, da die Auseinandersetzungen weitergingen, wenngleich sie in den letzten beiden Jahrzehnten eine Tendenz zu stärkerer Versachlichung aufwiesen.[1]

Im vorliegenden Beitrag wollen wir der Frage nachgehen, welche Meinungen über den Sprachengebrauch im Unterrichtswesen zirkulierten und zu welchem Zeitpunkt welche Lesarten dominierten und wie angstbehaftet diese Debatte war. Über Schlaglichter, Quellenauszüge und anhand von Zitaten wollen wir zeigen, wie es zur Emotionalisierung der Debatte kam.

Der rote Faden des Beitrags ist dabei die Frage, inwiefern die Kernthese aus „Republik der Angst" von Frank Biess, Angst resultiere

„aus einer stets präsententen, sich permanent verändernden und dynamischen Erinnerung an eine katastrophale Vergangenheit, die eine angstvolle und zuweilen apokalyptische Zukunftsantizipation nach sich zog"[2],

auch auf die deutschsprachigen Belgier der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zutrifft und, falls ja, ob diese „Angst" auch am Anfang der 2000er Jahre noch spürbar ist. Dabei konzentrieren wir uns selbstverständlich auf die Notionen von Angst, Bedrohung und Gefahr innerhalb des Diskurses um die Unterrichtssprachenpolitik des Gebiets.

Das Thema eröffnet erkenntnisreiche Einsichten über die Identität der Ostbelgier, da sie über den Zweit- bzw. Fremdsprachenerwerb ihre kulturelle Eigenheit, ihren Wirtschaftsstandort und ihre Bildung definierten und in den Debatten um die Fremdsprachenerlernung verhandelten. Gleichfalls gibt es Aufschluss darüber, wie in Ostbelgien über Aufstiegschancen, Bildungsgerechtigkeit und damit zusammenhängende Themenbereiche nachgedacht wird und wurde.[3]

Je früher, desto besser?

Zentral stand in der Diskussion um die Sprachvermittlung von Anfang an die Frage: Sollte Französisch lediglich als Fremdsprachenfach unterrichtet oder sollte auch Fachunterricht in Französisch erteilt werden? Hieran gekoppelt war die Frage, ab welchem Alter bzw. ab welcher Schulklasse der Fremdsprachenunterricht beginnen sollte. Ganz deutlich muss dabei hervorgehoben werden, dass die Erlernung des Französischen als solche niemals zur Disposition stand. Lediglich über die Intensität der Erlernung entzündeten sich die Debatten.

„Am Pflichtfach Französisch schieden sich die Geister", so lautete ein Titel der Berichterstattung der Aachener Volkszeitung über die in den 1970ern stattfindende RdK-Debatte um das Pflichtfach Französisch ab dem ersten Schuljahr.

Die einen meinten: je früher, desto besser. Der Einsatz von neuen audiovisuellen Methoden und sogenannten Sprachlaboren solle dabei helfen. Man befürchtete, dass die Kinder durch einen zu späten Erstkontakt mit der französischen Sprache womöglich Nachteile bei der weiteren Erlernung der Sprache haben würden.

Schon in der Mitte der 60er Jahre veröffentlichte die AVZ einen Artikel des französischen Journalisten Eugen Wacker, der die frühe Fremdsprachenerlernung rechtfertigte:

„Der Unterricht des Französischen beginnt gewöhnlich mit dem dritten Schuljahr, doch sind in den letzten Jahren sehr interessante Experimente gemacht worden, die zum Schluß führten, daß der Unterricht im Französischen ohne Schaden für die Muttersprache bereits im ersten Schuljahr beginnen kann, vorausgesetzt, daß man ganz sachte vorgeht und sich am Anfang lange auf einen rein mündlichen Unterricht beschränkt."[4]

Ein entschiedener Anhänger dieser Theorie war der damalige Schulleiter (1953-1973) der Primarschule des Collège Patronné, Charles Richter. In einem Artikel von AVZ-Redakteur Willy Timmermanns mit dem Titel „So lernt die Schuljugend Französisch"[5] vertrat er die Meinung, dass die Erlernung einer Zweitsprache die Beherrschung der Muttersprache nicht beeinflusse. Die Auffassung, eine Zweitsprache sei erst zu erlernen, wenn die Muttersprache perfekt beherrscht wird, tat er als überholt ab.[6] Dabei berief er sich auf einen kanadischen Neurologen[7], der die Hypothese begründete, dass Kinder bis zu neun Jahren leichter Sprachen erlernen.

Auch die Interessengemeinschaft für Zweisprachigkeit (kurz: IfZ) um den Eupener Arzt Dr. Victor Nyssen schloss sich der Meinung Richters an, was die „Frühmethoden" anging. Kinder sollten beispielswiese schon im Kindergarten in Form einer Französisch-Spielstunde mit den andersartigen Lauten einer ihnen noch unbekannten Sprache vertraut gemacht werden,

„denn wenn der erste Kontakt nicht schon mit 7 oder 8 Jahren abgeschlossen sei, werde es äußerst schwer sein, das Kind noch einer zweiten Sprache zuzuführen".[8]

Es war also vor allem der Zeitpunkt der Einführung des Französischunterrichts an sich, der hier zur Debatte stand.

Aber nicht nur der Französischunterricht war Gegenstand der Diskussionen: Die Veröffentlichung des Königlichen Erlasses vom 30. November 1966[9] führte nämlich dazu, dass die Diskussion zum Thema Fachunterricht in Französisch in den Vordergrund rückte. Vor allem über die Frage, ob es sinnvoll wäre, einen Teil des Fachunterrichts in Französisch zu erteilen, wurde man sich nicht einig.

Schuldirektor Charles Richter war nicht nur ein Verfechter der Frühmethoden; er trat auch dafür ein, Fachunterricht auf Französisch zu erteilen. Diese Methode wurde an seiner Schule praktiziert und während einer BHF-Sendung[10] von ihm verteidigt: Äußerungen in der französischen Tageszeitung „Le Soir" von Professor Decoster (Université Libre de Bruxelles) zufolge werde die Erlernung zweier lebender Sprachen durch eine frühe Erlernung gefördert, und zwar aufgrund der Tatsache, dass die linguistische Formbarkeit des Gedächtnisses im frühen Alter noch groß sei, was jedoch nur bis zur Pubertät dauere.

Selbst die PDB – damals ein entschiedener Gegner des Fachunterrichts auf Französisch in Primarschulen – sprach sich für einen frühen Fremdsprachenerwerb aus; dies solle vom ersten bis zum dritten Schuljahr nur mündlich oder anhand von audiovisuellen Methoden geschehen.[11] Für Sekundarschulen empfahl die Partei in der Oberstufe „eine parallele Erlernung der Fachausdrücke in beiden Sprachen, aber ohne dass das Prinzip der deutschen Unterrichtssprache verletzt wird".[12] In diesem Zusammenhang spielte wohl die Angst davor eine Rolle, dass die frühe Erlernung des Französischen auf Kosten der Muttersprache und anderer (Fach-)Kenntnisse gehe. Auch die Befürchtung, Zweisprachigkeit führe zu Verwirrung oder zur mangelnden Beherrschung beider Sprachen, war wahrscheinlich ein Grund für diese Einschränkung.

Zweisprachigkeit führt zu Verwirrung

Da die Untersuchung von Zusammenhängen zwischen Sprache und kognitiven Fähigkeiten im Beobachtungszeitraum noch weitestgehend Neuland war, ist es nicht erstaunlich, dass einige Akteure über die psychologischen Auswirkungen der Zweisprachigkeit durchaus besorgt waren.

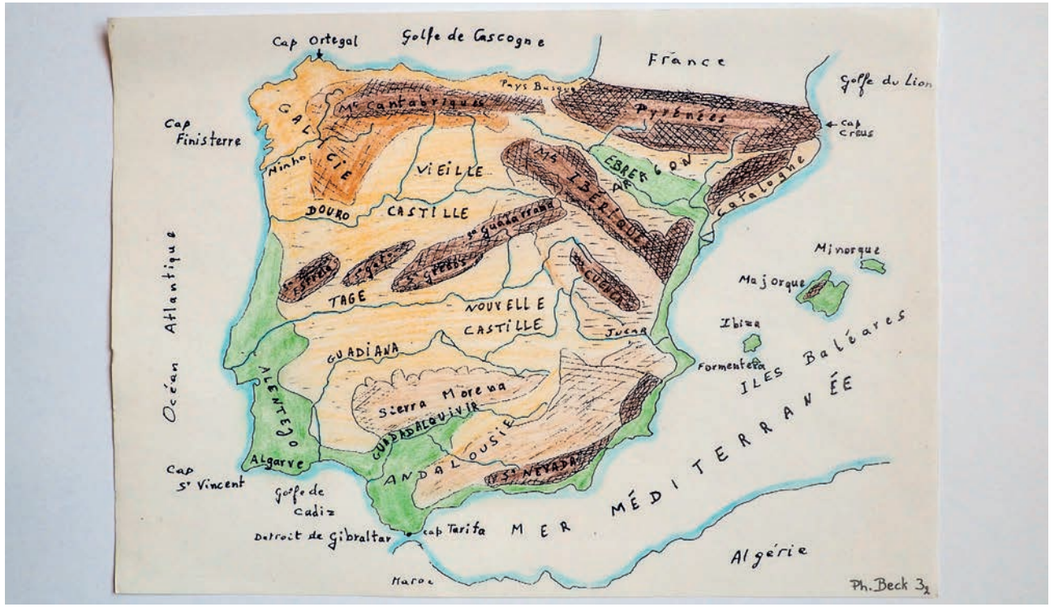
Insbesondere über die Frage, ob Fachunterricht in französischer Sprache erteilt werden sollte und, falls ja, ab wann, gingen die Meinungen auseinander. Unter anderem die damaligen Lehrer der Bischöflichen Sekundarschule in Sankt Vith – zugleich auch die Verfasser der Studie „Kritische Prüfung des Unterrichtswesens im deutschsprachigen Gebiet" – plädierten dafür, dass man die psychologischen Auswirkungen der Zweisprachigkeit wegen der Gefahren, die mit ihr verbunden seien, objektiv prüfen solle:

„Auch vom psychologisch-pädagogischen Standpunkt ist es verwerflich, wenn Geschichts- und Geographieunterricht schließlich zu einer Sprachübung werden. Leidtragender ist das Kind, das sich nur soweit ausdrücken kann, wie es seine spärlichen Kenntnisse der Fremdsprache erlauben. Die Hemmung führt schließlich zu einer Verkümmerung des Horizontes, da das Unverständliche auswendig gelernt wird, Sinn und Zusammenhänge aber im trüben bleiben."[13]

Auch der Vervierser Psychologe und Mitarbeiter des dortigen PMS-Zentrums Jacques Van Roy äußerte sich gegenüber dem BHF-Journalisten Peter Thomas zu diesem Thema. Er war der Meinung, man müsse erst dafür sorgen, dass alle Kinder ihre Muttersprache gründlich beherrschen, bevor sie andere Sprachen erlernen, wenn sie es denn wollten. Deshalb sollte man laut ihm mit dem Erlernen einer zweiten Sprache auch nicht zu früh anfangen, besonders in Ostbelgien, wo gewisse Schüler am Anfang der Primarschule als Dialektsprecher Probleme in Deutsch hätten.[14]

Das Thema der Verwirrung tauchte später noch einmal in einem anderen Kontext auf: In der Diskussion über die Neuregelung des Sprachengebrauchs im Unterrichtswesen, die Ende der 90er im Zuge der Übertragung der Befugnis des Unterrichtswesens an den RDG stattfand, betonte der PDB-Politiker Gerhard Palm, es sei wichtig, die „wirklich tiefe Kenntnis, das wirkliche Verständnis der Sprache zu fördern und nicht einer falschen Zweisprachigkeit das Wort zu reden".[15] Man solle kein „Frallemand" fördern, hieß es weiter. Dabei spielte er höchstwahrscheinlich auf Formen des sogenannten Code-Mixings[16] an, das in Studien zum zweisprachigen Spracherwerb ein Phänomen beschreibt, bei dem Kinder Elemente aus verschiedenen Sprachen mischen. Fast alle zweisprachigen Kinder durchlaufen demzufolge eine Phase, in der sie ohne offensichtliche Unterscheidung von einer Sprache zur anderen wechseln. Die Befürchtung war, dass die ostbelgischen Kinder in solch einer Phase stecken bleiben und schlussendlich keine der beiden Sprachen vollständig beherrschen würden.

Dabei wurde bei diesen grundlegenden Debatten darüber, ab welchem Alter wie viel Französisch erlernt werden sollte, ein wichtiger Fakt von den Akteuren immer wieder unterschlagen: Die historische Forschung der letzten Jahre konnte zeigen, dass die Spracherlernung in den verschiedenen Primar- und Sekundarschulen des deutschen Sprachgebiets in der gesamten Nachkriegszeit sehr unterschiedlich erfolgte. Tendenziell wurde eine möglichst intensive und frühe Erlernung des Französischen durch die Direktoren und Lehrerkollegien der Königlichen Athenäen des Gebiets sowie des Collège Patronné befürwortet. Die Bischöfliche Schule in Sankt Vith und ihr Lehrerkollegium hingegen waren hierbei zurückhaltender. Allerdings muss hinzugefügt werden, dass die Intensität der Fremdsprachenerlernung und die angewendeten Methoden sich von Klassenzimmer zu Klassenzimmer und von Lehrer zu Lehrer stark unterscheiden konnten.[17]



Diese Karte stammt aus einem Geographieunterricht aus dem Schuljahr 1990-91 am Collège Patronné in Eupen, wo die naturwissenschaftlichen Fächer, Mathematik, Wirtschaftswissenschaften und auch Geographie weitestgehend auf Französisch unterrichtet wurden. Wenn die Lehrer deutschsprachig waren, erfolgte der Unterricht dennoch oft in der Muttersprache, während die Unterrichtsunterlagen auf Französisch waren.

Je nach Schule, Direktor, Jahrgangsstufe und Lehrer wurde mehr oder weniger Fachunterricht auf Französisch erteilt. Hier lässt sich feststellen, dass es vor allem die naturwissenschaftlichen Fächer und Mathematik in der Oberstufe waren, die auf Französisch unterrichtet wurden. Diese Situation führte dazu, dass nach der Übertragung der diesbezüglichen Befugnis an die DG (1997) beschlossen wurde, einen gesetzlichen Rahmen für französischsprachigen Fachunterricht zu schaffen.

Im Dekret über den Sprachengebrauch im Unterrichtswesen von 2004 wurde gesetzlich festgelegt, wie viele Stunden Fachunterricht pro Schuljahr in der Primarschule und in jeder Sekundarstufe auf Französisch erteilt werden dürfen.

Französisch: Bedrohung der Eigenart?

Eine erste Ebene der Angst, die wir in der Debatte um die Fremdsprachenerlernung beobachten können, hat mit der Dominanz der französischen Sprache im Unterrichtswesen zu tun. So begegnen uns in diesen Diskussionen immer wieder Schlagwörter wie „Französisierung" oder „Verwelschung".

Im Zuge der belgischen „Säuberungs- und Assimilierungspolitik"[18] der unmittelbaren Nachkriegsjahre war immer wieder die Rede von einer drohenden Französisierung des öffentlichen Lebens. Diese Befürchtung zog sich durch die nächsten Jahrzehnte hindurch, auch was das Unterrichtswesen anbelangt. Da man in dieser Übergangszeit aufgrund der Säuberungspolitik kaum deutschsprachige Lehrer fand, überwog das Französische als Unterrichtssprache. Neben diesem praktischen Grund gab es aber auch ideologische Gründe: Die Unterrichtssprachenpolitik spielte in der belgischen Assimilierungspolitik nämlich eine Schlüsselrolle, war die Schule doch der ideale Ort für die Vermittlung von Sprachen und die Formung der „Bürger von morgen". Viele sahen in der Assimilierungspolitik allgemein – und insbesondere in der Französisierung der Verwaltung, des Unterrichtswesens usw. – eine Gefahr

für den Erhalt des Deutschen und hatten Angst, ihre Sprache und Kultur zu verlieren.

Erst ganz allmählich wurden in den ausgehenden 1940er und in den 1950er Jahren in der Öffentlichkeit Stimmen lauter, die dieser Unterrichtspraxis widersprachen. Auch der Lehralltag, so zeigte Hubert Jenniges, setzte unter den Impulsen der Priester Walter Schomus, Paul Kettmus und Peter Joppen seit den 1950er Jahren in einzelnen Klassen der Eifel verstärkt auf die deutsche Sprache, da die Priester den wichtigen Stellenwert der Muttersprache für die Bevölkerung der Eifel erkannten, worauf wir auch später noch eingehen werden.[19]

Mancher Gegner der bisherigen Unterrichtspraxis bezeichnete diese als „Beraubung der Eigenart“[20] und die Schulen als „Brutstätten der Französisierung“[21].

Dieses Gefühl der Bedrohung der Eigenart durch das Französische im Lager der Gegner eines Systems mit Französisch als Unterrichtssprache war Mitte der 70er im Diskurs immer noch allgegenwärtig. So äußerte sich Ferdi Dupont, ein Verfechter der französischen Unterrichtssprache und wichtiges Mitglied der sozialistischen Partei, folgendermaßen im Kontext der Sendung „Schulprobleme“ im April 1972:

„Man sieht scheinbar eine nicht existierende Unterdrückung der deutschen Muttersprache und man hat den Eindruck, einer Verwelschung müsste unbedingt Halt geboten werden.“[22]

Ab den 80ern scheint das Wort „Französisierung“ im öffentlichen Diskurs des Gebiets langsam auszusterben. Im Zuge der 90er und Anfang der 2000er Jahre, einer Periode, in der die europäische Integration weiter voranschritt, sah man die Mehrsprachigkeit und den Fachunterricht in einer Fremdsprache zunehmend als Chance und „Instrument der Welterfassung“.[23]

Zieht man die (Kriegs-)Vergangenheit des Gebiets, die häufigen und teilweise schnellen Nationalitätenwechsel sowie die besondere geopolitische Lage als Grenzregion in Betracht, kann man die Anfang der 1950er und bis in die 1970er Jahre anhaltende Angst vor einer „Verwelschung“ sehr wohl nachvollziehen.

Das Trauma der Zwischenkriegszeit

Eng verbunden mit dieser Angst vor einer Französisierung, die allmählich rückläufig war, ist auch eine weitere Ebene der Angst, die eine objektive Auseinandersetzung mit der Thematik stark hemmte: Die politisch geladenen Auseinandersetzungen aus der Zwischenkriegszeit zwischen „prodeutschen“ und „probelgischen“ Anhängern, wie sie in der damaligen Zeitungsberichterstattung genannt wurden, wirkten in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg nach. Lange Zeit beschwieg man lieber Themen, die auf eine als schmerzlich verstandene Vergangenheit verwiesen, als eine Wiederauflage der Konflikte aus der Zwischenkriegszeit herauszufordern.

Die Historiografie geht heute im Allgemeinen davon aus, dass bis in die 1960er Jahre bei der breiten Bevölkerung eher eine allgemeine Passivität in Bezug auf die Verteidigung der eigenen deutschen Sprache vorherrschte und weite Teile der Bevölkerung sich nicht trauten, die deutsche Sprache vor Behörden oder in den Medien zu verteidigen. Womöglich befürchtete man, in diesen von der Säuberung geprägten Nachkriegsjahrzehnten als Nazi angesehen zu werden.

So zeigt sich, dass die Nachwehen der Kriege und der Zwischenkriegszeit noch Jahrzehnte später spürbar waren. Auch wenn diese Zeit nicht mehr explizit von den Rache- und Vergeltungsängsten der unmittelbaren Nachkriegszeit geprägt war, manifestierte sich die Vergangenheitsangst in eher symbolischer, indirekter Weise.[24] So analysierte der Zeitzeuge Josef Dries, Geschichtslehrer an der Bischöflichen Schule Sankt Vith und führendes PDB-Mitglied, in einem Zeitzeugeninterview aus dem Jahr 2017:

„Diejenigen, die gegen den Fachunterricht in Französisch waren, waren nicht gegen das Französischlernen an sich. Aber sie wurden sehr schnell als Nazis und Heimattreue Front dargestellt.“[25]

Das Sprachengesetz von 1963 stellte jedoch eine Art Wendepunkt für dieses Angstregime dar: Dank der offiziellen Anerkennung des deutschen Sprachgebiets und der wachsenden Autonomiebestrebungen wurden die Stimmen der Verfechter der Muttersprache lauter – allen voran die Lehrerschaft der Bischöflichen Schule Sankt Vith. Ihrer Meinung nach seien Kultur und Identität eines Volkes stark mit der Muttersprache verbunden. Zudem sei das in der



Die Bischöfliche Schule Sank Vith und ihr Lehrerkollegium (hier Schuljahr 1980-81) gaben dem Beherrschen der deutschen Sprache den Vorrang. Erst später sollte zum Erlernen einer Fremdsprache übergegangen werden.

Nachkriegszeit und in den 60ern benutzte System, demzufolge Fachunterricht in Französisch erteilt wurde, elitär und ungerecht.

Angst vor Isolation

Können wir also beobachten, dass die Angst vor einer Französisierung oder die Angst vor einem Rendez-vous mit der eigenen Geschichte ganz allmählich kontextgebunden abnahm, trifft dies keineswegs auf ein weiteres mit der Fremdsprachenerlernung verbundenes Angstregime zu.

In der Debatte um die Aneignung der französischen Sprache war man sich über die Wichtigkeit der Beherrschung des Französischen einig: Eine Abkapselung des deutschen Sprachgebiets durch Einsprachigkeit schränke die Möglichkeiten eines eventuellen sozialen und wirtschaftlichen Aufstiegs dramatisch ein. In dieser Hinsicht schrieb etwa die Sozialistische Partei, die zu diesem Zeitpunkt noch eine Verfechterin einer möglichst intensiven Erlernung der französischen Sprache war, im Jahr 1970 im Grenz-Echo:

„Drei Aspekte der Sonderlage Ostbelgiens werden besonders hervorgehoben:

1. Die Ostkantone dürfen sich nicht durch eine deutsche Einsprachigkeit sprachlich abkapseln;

2. Die Bevölkerung muss die deutsche und die französische Sprache beherrschen, wenn sie am sozialen Aufstieg interessiert ist;

3. Die hiesigen Schulen müssen die Jugend in die Lage versetzen, genügend Französisch zu lernen, ohne dass dadurch die deutsche Muttersprache vernachlässigt wird.“[26]

In der Debatte um die Fremdsprachenerlernung der deutschsprachigen Belgier ist die Angst vor Isolierung dauerhaft präsent und verschwand bis heute nie gänzlich aus der Diskussion. Insbesondere am Beispiel dieser Angst wird deutlich, dass die Debatte um den Fremdsprachenerwerb weiterhin emotionalisiert bleibt, da die Faktoren Isolation,

Integration oder Brückenfunktion zwischen verschiedenen Sprachgebieten sowie Ländern kaum objektiv gemessen werden können.

Die Frage des Weiterstudiums

Verknüpft wurde die Frage nach der Isolation und den Fremdsprachenkenntnissen der deutschsprachigen Belgier daher immer wieder mit der Wahl des Studienortes der ostbelgischen Schulabsolventen. In den letzten Jahren hat sich der Studienort für viele ostbelgische Studenten verlegt: Immer weniger junge Ostbelgier studieren an belgischen Universitäten; immer mehr absolvieren ihr Studium in Deutschland oder Maastricht oder sogar im entfernteren Ausland.[27]

Das Studium an einer deutschen Universität war dabei lange Zeit keine Selbstverständlichkeit. Jahrzehntelang – je nach Fach bis heute – wurden die Diplome der Universitäten des Nachbarlandes in Belgien nicht anerkannt, sodass eine Studienortwahl in Deutschland negative Folgen für eine Arbeitsplatzsuche in Belgien oder Ostbelgien haben konnte. Daneben spielte die belgische Versäulung für viele ostbelgische Studenten eine wichtige Rolle, sodass die katholischen Universitäten des Landes – und gerade die Katholische Universität in Löwen bzw. Neu-Löwen – wichtige Studienorte blieben.

Erst ganz allmählich, im Gleichtakt mit der voranschreitenden europäischen Integration und vor dem Hintergrund von Generationswechseln, entspannte sich die Debatte um die Studienortwahl. So wurden auch in den 1990er Jahren die ersten Versuche unternommen, die Fremdsprachenkenntnisse der deutschsprachigen Schüler vor dem Hintergrund einer Studienaufnahme im frankophonen Sprachraum zu objektivieren:

Laut einer Umfrage des RDG in den 90er Jahren schneiden deutschsprachige Studenten aus der DG an französischsprachigen Universitäten und Hochschulen proportional nicht schlechter ab als der allgemeine Durchschnitt. Die Sprachkenntnisse zu Beginn des Studiums seien ausreichend und schnell entwicklungsfähig. An der Hochschule der Dolmetscher beklagten sich die Dozenten über Mängel im finessenreichen Gebrauch der deutschen Muttersprache.[28]

Wodurch das nun beeinflusst wird, ist unklar. Viele unserer Interviewpartner sind sich aus ihrer eigenen Erfahrung aber darüber einig, dass ihnen ein französischsprachiges Studium aufgrund des Fachunterrichts auf Französisch, den sie in ihrer Schulzeit genossen haben, am Anfang doch leichter gefallen ist. Dies betrifft aber in vielen Fällen eher die passiven Französischkenntnisse.[29] Interessant ist dagegen zu erwähnen, dass die ostbelgischen Abiturienten, die kaum Fachunterricht auf Französisch erhielten, genauso erfolgreich an französischsprachigen Universitäten abschneiden.[30]

Karrieremöglichkeiten und Beruf

Hiermit sehr eng verknüpft war auch die Frage nach den wirtschaftlichen Möglichkeiten, die sich aus fundierten Französischkenntnissen und einem Studium im frankophonen Sprachraum ergaben.

„Sprachen = Arbeitsplätze“, so lautete die Überschrift eines Beitrags von Charles Servaty, Politiker der sozialistischen Partei, im Grenz-Echo vom 6. März 1997. Die verhältnismäßig geringe Arbeitslosenquote in der DG sei auf den „Trumpf der Mehrsprachigkeit“[31] zurückzuführen.

Einige Jahre früher war man nicht derselben Ansicht: Im April 1970 las man in A. Berthas Leserzuschrift „Randnotizen“, dass

„von den in Deutschland beschäftigten Deutschostbelgiern […] dort ganze 1,6 % auf Grund ihrer ‚Zweisprachigkeit‘ Arbeit gefunden [haben]. Wirklich zu wenig, um immer wieder als Argument ins Feld geführt zu werden!“[32]

Doch durch die Öffnung der Grenzen und die fortschreitende Europäisierung sieht die Lage heute anders aus: Deutsch- und Französischkenntnisse bieten bei der Bewerbung um attraktive Stellen im benachbarten Ausland seit den 1990er Jahren vielfach große Vorteile. Mehrsprachigkeit eröffnet also den Arbeitsmarkt nicht nur im Inneren des Landes, sondern auch im Ausland.

Dadurch, dass Mehrsprachigkeit einen großen Vorteil bei der Jobsuche darstellt, kann sie auch jedem das Recht auf intellektuellen und sozialen Aufstieg ermöglichen.[33] Und gerade in einer Zeit der anhaltenden Abstiegsangst und neuer Zukunftsungewissheit liefert der Bonus der Mehrsprachigkeit eine Sicherheit und Standortvorteile.[34]

An dieser Stelle muss erwähnt werden, dass viele Jugendliche das Regelschulwesen im Alter von 14 bis 15 Jahren verlassen, um eine Lehre anzufangen. Auch diesen Jugendlichen sollte ein möglichst großer Vorteil im Bereich der Mehrsprachigkeit gewährt werden. In diesem Zusammenhang waren viele Akteure der Ansicht, dass der Französischunterricht nicht ausreiche und mit dem Fachunterricht auf Französisch möglichst früh angefangen werden müsse.[35] Doch gerade im berufsbildenden und technischen Unterricht könne nur eine gewisse Elite diesem Unterricht mühelos folgen; die Gefahr, dass die Unterrichtsinhalte nicht korrekt verarbeitet werden können, sei sehr real. Deshalb müsse ein auf die Bedürfnisse dieser Gruppe ausgerichteter Französischunterricht geschaffen werden, „da sich mit dem so angeeigneten spezifischen Basiswissen nicht unerhebliche Chancen auf dem Arbeitsmarkt realisieren ließen“.[36]

Bisher können wir also zahlreiche Angstfaktoren beobachten, die in den zeitgenössischen Debatten um den Fremdsprachenerwerb dominierten: die Angst vor Isolation, die Angst vor dem wirtschaftlichen Abstieg oder das Verspielen wirtschaftlicher Trümpfe. Gerade mit Blick auf die Angst vor Isolation zeigt sich dabei aber, dass die Frage nach ökonomischen Folgen der Französischerlernung die Diskussionen dominierte. Weit weniger präsent hingegen war die Frage nach einer kulturellen oder mentalen Offenheit, die durch das Erlernen einer Fremdsprache entsteht.[37]

Auch die Frage nach der Demokratisierung des Unterrichtswesens wurde insbesondere vor dem Hintergrund ökonomischer Argumente diskutiert, wie das Beispiel des berufsbildenden und technischen Unterrichts gezeigt hat, und weniger in Hinblick auf die Frage nach sozialer Gerechtigkeit.

Demokratisierung der Bildung

Vor allem in den 70ern wurde häufig vonseiten der Bischöflichen Schule in Sankt Vith darauf hingewiesen, dass weniger sprachbegabte Schüler oder Schüler, die nicht in einem zweisprachigen Elternhaus aufwachsen, Probleme haben, dem Fachunterricht in Französisch zu folgen. Diese Meinung kam in den meisten Zeitzeugeninterviews ebenfalls zum Ausdruck: „Ein Minimum an Begabung ist notwendig. Es sei denn, man wächst in einem Milieu auf, in dem die Sprachen natürlich gesprochen werden.“[38] Das System an sich war gut für (sprach)begabte Schüler, „aber denen, die nicht mitgekommen sind, hat es geschadet“.[39]

Um die Jahrtausendwende war man zur Erkenntnis gekommen, dass perfekte Französischkenntnisse nicht nur über die Schule vermittelt werden können, sondern Einflussfaktoren wie die Eigenmotivation und Begabung der Schüler sowie Kontakt mit französischsprachigen Medien und Französischsprachigen auch eine große Rolle spielen.[40] Diese Erkenntnisse beruhten wohl auch auf fortschreitenden wissenschaftlichen Erkenntnissen aus den 90ern.[41] Verglichen mit der Nachkriegszeit und den 70er Jahren hatte sich die Erwartungshaltung gegenüber den Schulen sozusagen reduziert.

Vor diesem Hintergrund muss wohl auch eine Studie des Lions- und Rotary-Clubs aus dem Jahr 2001 gelesen werden, wenn es um das Thema Motivation geht:

„Nicht alles, was man im späteren Leben braucht, kann einem die Schule vermitteln. […] Ein Teil Eigeninitiative gehöre immer dazu. Sich während der Schulzeit französischsprechende Freunde suchen, raten sie, obwohl dies nicht immer einfach ist.“[42]



In den Schulen im Norden der DG wurden sogenannte frankophone Abteilungen intensiv gefördert. Auch gibt es seit 1922 in Eupen eine École communale primaire d‘expression française – oft einfach „französische Schule“ genannt –, die von 1969 bis 2014 an der Bergkapellstraße angesiedelt war.

Diese Meinung, dass die Motivation ein wichtiger Faktor in der Erlernung einer Fremdsprache darstellt, war – wie oben erwähnt – auch in der Fachliteratur präsent.

Obwohl sich die damaligen Akteure seit den 1960er und 1970er Jahren mit Fragen nach Bildungsgerechtigkeit beschäftigen und hierzu auch sozialwissenschaftliche Theorien oder Psychologen in die Debatten einbezogen, ist auffallend, wie häufig Schlagworte wie „Talent“ oder „Begabung“ in der Diskussion um Bildungsgerechtigkeit wiederkehren.

Dabei zeigte gerade die neuere Forschung zu Talent und Begabung, dass sie durch das Elternhaus oder das soziale Umfeld geprägt werden. Exemplarisch hierfür lässt sich die Kenntnis von Sprachnormen – also die Kenntnis über ein Kulturprodukt – anführen, die die Grundlage jeglicher „korrekter“ Ausdrucksweise sind. Diese können Sprecher nur kennen, wenn sie mit einer Sprache in Kontakt kommen.[43]

Insbesondere die in den Diskussionen vielfach fehlende Verknüpfung zwischen Talent und sozialer Herkunft verweist darauf, dass sich die Debatte eher auf die Vermutung einer natürlich vorherrschenden Kluft zwischen Begabten und weniger Begabten konzentriert, als auf tatsächliche Erkenntnisse im Bereich der Spracherlernung.

Auch wurde in der Debatte thematisiert, dass deutschsprachige Schüler gegenüber französischsprachigen Schülern diskriminiert würden und es so zu keiner Demokratisierung des Unterrichtswesens kommen könne. Rudi Pankert, Sprecher des Deutschostbelgischen Hochschulbundes und Mitglied der PDB, äußerte sich bei Peter Thomas zu diesem Thema:

„Während, an ein und derselben Schule, wallonische Kinder ihre ganze Mittelschule in ihrer Muttersprache absolvieren können, ist dies für unsere Kinder nicht möglich; sie müssen sich sogar an ihre wallonischen Mitschüler anpassen.“[44]

Nicht nur Pädagogen und Politiker kritisierten das elitäre System, auch Eltern stellten sich Fragen dazu: „Haben wir das Recht, zu Gunsten einer kleinen Elite, soviele Kinder zu benachteiligen?“[45]

Auch die psychologischen Auswirkungen auf das Kind kamen mehrfach zur Sprache: Der Fachunterricht auf Französisch konnte auf manche Schüler hemmend wirken und sogar zur Ablehnung des schulischen Angebots seitens des deutschsprachigen Kindes führen.[46]

In der Diskussion wurden häufig wissenschaftliche Fächer als Beispiele angeführt:

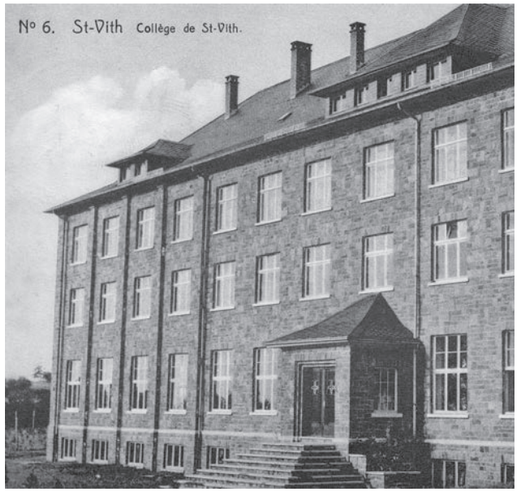
„Verliert ein Mathegenie nicht die Lust am Mathematikunterricht, wenn der Unterricht in Französisch ist und der Schüler gar keine Begabung für Sprachen hat?“[47]

Auch wurde als diskriminierend empfunden, dass die frankophonen Schüler keinen Fachunterricht in Deutsch erteilt bekamen, während für deutschsprachige Schüler in der Oberstufe bis zu zwei Drittel der Fächer auf Französisch unterrichtet wurden. In Eupen und Kelmis bestand sogar die Möglichkeit, die komplette Schullaufbahn auf Französisch zu absolvieren, und zwar in sogenannten französischen Abteilungen. Laut Gesetz von 1963 war die Schaffung solcher Abteilungen nicht erlaubt, doch wurden sie im Norden intensiv gefördert. Kritische Stimmen waren der Meinung, dass hiesige französischsprachige Kinder entweder eine deutschsprachige Schule besuchen und sich anpassen oder sich in Schulen im französischen Sprachgebiet einschreiben sollten.

Unterschiede zwischen Norden und Süden

Nicht unwichtig waren vor diesem Hintergrund auch die Debatten zwischen dem Norden und dem Süden des deutschen Sprachgebiets. Auffällig ist, dass die hörbarsten Wortführer der „Französisch-Denkrichtung“ aus dem Eupener Land und der „Muttersprache-Denkrichtung“ überwiegend aus der Eifel stammten. Gerade die Verteidiger einer möglichst gründlichen und frühen Fremd- oder Zweitsprachenerlernung kamen aus dem Eupener Collège Patronné oder vertraten hier die Interessen von Eltern. Die Verfechter eines Schulunterrichts, der möglichst auf der Muttersprache fußte, stammten hingegen überwiegend aus der Eifel und waren hier insbesondere der Bischöflichen Schule in Sankt Vith verbunden.[48] Obwohl dieser Umstand sehr deutlich zeigt, dass (soziale) Herkunft eine wichtige Rolle in der Debatte spielte, wurde auf die unterschiedliche geografische Verteilung der Lager kaum eingegangen.

Die jüngere ostbelgische Mobilitäts- und Migrationsforschung hat gezeigt, dass es durchaus in beiden Teilen des deutschen Sprachgebiets intensive, grenzüberschreitende Kontakte gab.[49] Für den Süden des Gebiets hatten diese aber lange Zeit eine andere Qualität und dementsprechend Auswirkungen auf die Fremdsprachenerlernung. Als Knecht oder Magd konnten viele Eifeler die französische Sprache zwar in den 1920ern und 1930ern nach der Schulzeit erlernt haben, als spätere Handwerker, helfende Familienmitglieder oder Landwirte nutzten diese Kenntnisse aber vor allem auf praktischer Ebene, zum Beispiel im Kontakt mit dem belgischen Staat.[50] Im Eupener Land, wo sich rund um die Stadt Eupen im 19. Jahrhundert eine auch aus Akademikern bestehende Mittel- und Oberschicht ausgebildet hatte, existierten früher Bildungswege, die insbesondere auf den Erhalt möglichst hoher Bildungsabschlüsse abzielten, und den Interessen dieser Schicht wurde stärkere Aufmerksamkeit zuteil. Für den Erhalt dieser Bildungsabschlüsse war die französische Sprache in Belgien von grundlegender Bedeutung.



Die Verfechter eines Unterrichts in der Muttersprache stammten überwiegend aus der Eifel und waren mit der Bischöflichen Schule in Sank Vith verbunden.

Zu diesem Unverständnis zwischen dem Norden und dem Süden des Gebiets kam erschwerend hinzu, dass im Eupener Land innerhalb der Sozialistischen Partei und der Christlichen Arbeiterbewegung eine dem „Eifeler Diskurs“ diametral entgegengesetzte Meinung vorherrschte: Sie gingen davon aus, dass die Unterschicht nur Anschluss an die Mittel- und Oberschicht finden könne, wenn auch fundierte Französischkenntnisse als Grundlage für den Erhalt von Schul- und Hochschuldiplomen existierten.[51]

Hinzu kam im Süden Ostbelgiens noch die stärkere Präsenz des Dialekts als Umgangssprache, die die Erlernung des Französischen de facto zur Erlernung einer Drittsprache machte. Obwohl heute Dialektkenntnisse meist als kulturelle Bereicherung gewertet werden, die keinen negativen Einfluss auf den Spracherwerb haben,[52] waren sich die ostbelgischen zeitgenössischen Beobachter einig, dass die Erlernung der deutschen Hochsprache und des Französischen durch den vorherrschenden Dialekt behindert würde. Deshalb seien Dialektsprecher – also insbesondere die Kinder der Eifel – gegenüber jenen, die die Hochsprache als Muttersprache hatten, im Nachteil.

In der Rundfunksendung „Schulprobleme“ vom 15. April 1972 äußerte sich der Schulpsychologe Graef zu diesem Thema, wobei er oben stehende Behauptung etwas nuancierte: Seiner Meinung nach war der Dialekt nicht wirklich ein beeinträchtigender Faktor. Er glaubte aber, dass manche Kinder anderen gegenüber dadurch benachteiligt seien:

„Diese [plattdeutsch sprechenden] Kinder verfügen nicht über die dafür erforderliche Umgebung, können also nicht genügend Deutsch und müssen sich somit zusätzlich anstrengen, um eine 2. Sprache zu erlernen, die tatsächlich eine 3. Sprache ist.“[53]

Ähnlich klingt es in einem Bericht der Pädagogischen Arbeitsgruppe Eupen, in der die Pädagogen Kremer und Heinen feststellen, dass die sprachliche Kompetenz der Schüler zu wünschen übrig lasse. Es zeige sich im Schulalltag, dass die Hochsprache weder mündlich noch schriftlich beherrscht werde und somit als Fremdsprache unterrichtet werden müsse. Zudem waren sie der Meinung, dass das „ungünstige sprachliche Umfeld“ der Schüler zu einem Mangel an Motivation führe, die Hochsprache überhaupt beherrschen zu wollen.[54] Mit „ungünstigem sprachlichen Umfeld“ meinten sie übrigens die Situation, dass ein deutschsprachiger Schüler der Gegend die deutsche Hochsprache lernen muss, ohne sie im Alltag aktiv benutzen zu müssen, da sein sprachliches Umfeld sich aus Dialekt, Regionalsprache und Fremdsprache zusammenstelle.[55]

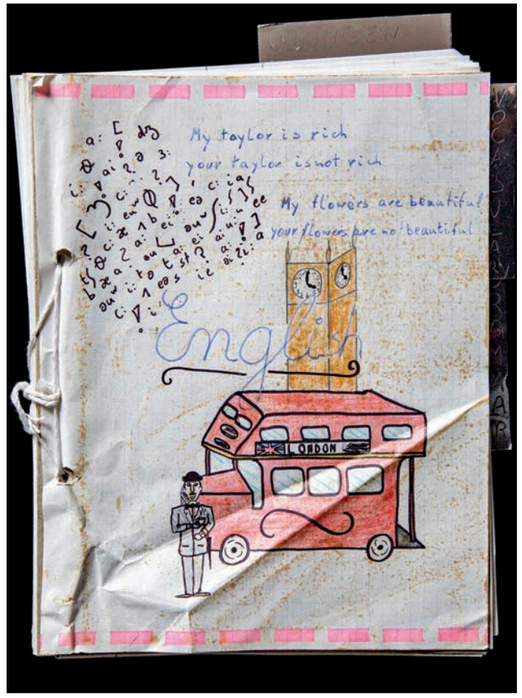
Erst durch wirtschaftliche Veränderungsprozesse und gesteigerte Alltagsmobilität änderten sich die Fremdsprachenbedürfnisse der Bevölkerung um Sankt Vith, die nunmehr auch höhere Bildungsabschlüsse für Anstellungen im Dienstleistungssektor anstrebte oder auch als Arbeiter und Handwerker in den Nachbarregionen täglich tätig wurde.[56]

Dies zeigen auch die DELF-Erhebungen zu den Französischkenntnissen der deutschsprachigen Schüler. Waren die Schüler aus dem Eupener Land bei den ersten Tests am Ende der 2000er Jahre noch besser als die Schüler aus der Eifel, holen die letztgenannten in den letzten zehn Jahren die Schüler aus dem Norden ein.[57] Dabei spielt neben den Fremdsprachenbedürfnissen sicherlich auch die soziale Struktur eine wichtige Rolle bei diesen Ergebnissen.

Gerade die seit dem Ende der 1960er Jahre und insbesondere in den 1970er Jahren aufkeimende Frage nach den Folgen der Fremdsprachenerlernung für die soziale Gerechtigkeit ist dabei als klarer Bruch mit den oben angeführten emotionalisierten Angstdiskursen über Isolation, Geschichte, wirtschaftliche Möglichkeiten, Studienplatzwahl usw. zu verstehen. Es waren erste selbstbewusste Beiträge von Akteuren, die sich für die Interessen durchschnittlicher Schüler oder sozial Benachteiligter einsetzten und diese verteidigt haben. In einer Zeit, da überall in Westeuropa die allgemeine Hochschulreife allmählich für breitere Schichten wichtiger wurde, spielte auch in Ostbelgien die Demokratisierung des Unterrichtswesens eine immer wichtigere Rolle. Diese Entemotionalisierung und die oben angeführten kontextbezogenen Elemente trugen zweifelsohne dazu bei, dass die Debatten um die Fremdsprachenerlernung objektiviert wurden.

Angst vor Sprachverkümmerung

Dies bedeutet aber keineswegs, dass es gar keine Unsicherheiten mehr gibt und die Ängste zu dieser Thematik gänzlich überlebt sind: Nach wie vor klagen Lehrer die mangelnde Beherrschung der Muttersprache und der französischen Sprache an, ein Phänomen, das in den anderen Landesteilen Belgiens übrigens auch regelmäßig zur Sprache gebracht wird. Genauso wie die Tatsache, dass die Wichtigkeit der Mehrsprachigkeit in den letzten Jahrzehnten an Boden verliert.



Ab den 1990er Jahren kam dem Erlernen einer dritten und vierten Sprache zunehmend Bedeutung zu. Englisch spielte hier eine wichtige Rolle: Über Film und Fernsehen, Comics und Liedtexte hatten viele Schüler einen direkten Bezug dieser Sprache.

Die von uns zum Thema befragten Zeitzeugen, die in den 1980ern und 1990ern als Lehrer tätig waren, glauben etwa, dass externe Faktoren bei der Fremdsprachenerlernung eine Rolle spielen. In einem der Interviews wurde betont, dass es zu wenig Kontakt mit der französischen Sprache gibt, und zwar dadurch, dass die DG größtenteils ländlich und geografisch isoliert sei. Diese Tatsache und der Mangel an Motivation seien mitunter der Grund, dass einer der damaligen Lehrer die Französischkenntnisse seiner Schüler „immer extrem schwach" fand, verglichen mit seinem eigenen Niveau als Schüler.[58]

Bei einer Umfrage des RDG-Sonderausschusses für Sprachengebrauch im Unterrichtswesen zum Thema Französischunterricht in der Primarschule, merkten einige Schulleiter den Rückgang der Kenntnisse des Französischen an, zumal dieser nicht mit einer Verbesserung der Muttersprachkenntnisse einhergehe. Sie bedauerten, dass „die Bedeutung einer frühzeitigen Erlernung der 2. Sprache nicht mehr so erkannt wird wie früher".[59] Davon zeugt auch die Tatsache, dass man in der Primarschule nur selten Fachunterricht in Französisch erteilte und dass dies auch von den meisten Betroffenen nicht unbedingt erwünscht war.

Bei dieser „Angst vor Sprachverkümmerung" spielt die Demokratisierung des Unterrichtswesens zweifelsohne eine wichtige Rolle: War das Sekundarschulwesen in den Nachkriegsjahrzehnten für eine kleine Oberschicht oder begabte Kinder bestimmt, die insbesondere durch Priester für eine Fortsetzung der Schullaufbahn ausgewählt wurden, weitete sich der Besuch von weiterführenden Schulen seit den 1960er Jahren auf breitere Schichten aus. Dass sich mit den neuen Schichten auch die Fremdsprachenkapazitäten des Durchschnitts der Bevölkerung annäherten, ist dabei nicht erstaunlich. Eine nicht unwichtige Rolle mag dabei aber auch die Tatsache gespielt haben, dass neben der französischen Sprache ebenfalls die englische und niederländische Sprache im Unterrichtswesen an Stellenwert gewannen.

Mehrsprachigkeit als Trumpf

In der Nachkriegszeit und den 70er und 80er Jahren drehte sich die Debatte zur Sprachunterrichtspolitik hauptsächlich um Französisch als Zweit- oder Fremdsprache; die Erlernung von Griechisch oder Latein spielte nur eine untergeordnete Rolle. Der dritten und vierten Sprache wurde erst in den 90ern mehr Aufmerksamkeit gewidmet.

In den Beiträgen zur Diskussion über die Neuregelung des Sprachengebrauchs im Unterrichtswesen beispielsweise wurde darauf hingewiesen, dass die zweite und dritte Fremdsprache besonders berücksichtigt werden sollten: das Englische wegen der internationalen Kommunikation, das Niederländische, weil es eine der drei Landessprachen ist, es durch die zahlenmäßig stärkste Gemeinschaft gesprochen wird und auf dem Arbeitsmarkt gefragt ist.

In der bereits erwähnten Umfrage aus dem Jahr 1997 hatte der RDG auch nach den Schülerzahlen für die dritte und vierte Sprache gefragt. Es fällt dabei auf, dass Englisch damals schon an allen Schulen als dritte und Niederländisch überall als vierte Sprache unterrichtet wurde. Auch hier zeigt sich – wie bei der Situation zur Unterrichtssprache Französisch – ein sehr heterogenes Bild; je nach Schule wurde früher oder später mit dem Unterricht der dritten und vierten Sprache begonnen. Dies ist vermutlich auch darauf zurückzuführen, dass es keinen gesetzlichen Rahmen gab.

Die Festlegung der Fremdsprachen war Gegenstand von Artikel 5 des Dekrets über die Vermittlung und den Gebrauch der Sprachen im Unterrichtswesen vom 19. April 2004:

„ARTIKEL 5: Festlegung der Fremdsprachen

§2 - Im Sekundarschulwesen ist Französisch erste Fremdsprache. Je nach Unterrichtsform und Stufe können im Regelsekundarschulwesen weitere Fremdsprachen unterrichtet werden, die vom Schulträger im Rahmen des Studienprogramms festgelegt werden."[60]

Es steht den Schulen also frei, welche anderen Fremdsprachen sie in welchem Studienprogramm ab wann unterrichten möchten.

Aufgrund der Dominanz des Englischen in der Welt hat sich Englisch als dritte Sprache in den hiesigen Schulen etabliert, da es auch zur Lebenswelt vieler Jugendlicher gehört, was die Motivation der Schüler beim Erlernen der Sprache erhöht und gleichzeitig einen Bezug zur Realität schafft.[61] Niederländisch ist in der Regel die vierte Sprache und erhält den Status eines Wahlfachs. In einigen Ausnahmefällen steht auch Spanisch zur Wahl.

Die langsame Entemotionalisierung

Das Vorangegangene machte deutlich, dass die Debatten um die Französischkenntnisse der deutschsprachigen Belgier gerade zwischen 1945 und den 1990er Jahren erheblich angstbehaftet waren. Erst in den 1990er Jahren existieren die ersten Initiativen, das Wissen über die Französischkenntnisse anhand wissenschaftlicher Untersuchungen jenseits aller kritisch-analytischen Berichte von Eltern- oder Lehrervereinigungen zu objektivieren. Das macht unter anderem die Umfrage des RDG aus dem Jahr 1997 deutlich. Intensiviert wurden die Bemühungen insbesondere ab dem Jahr 2004. Ab diesem Jahr wurden die Muttersprachenkenntnisse der deutschsprachigen Schüler im Rahmen von sogenannten IGLU-Tests (Internationale



Das Athenäum in Weismes – eine „Brutstätte der Französisierung“? Manche Gegner der Unterrichtspraxis in den Königlichen Athenäen und im Collége Patronné hatten Angst um Stellenwert und Qualität der Muttersprache im Unterricht. Auch fürchteten sie, dass die deutschsprachigen Belgier durch das frühzeitige und intensive Erlernen der französischen Sprache ihrer Eigenart „beraubt“ würden.

Grundschul-Lese-Untersuchung für die Primarschule) überprüft. Ebenfalls wurden seit 2007 sogenannte DELF-Tests in den Schulen des deutschen Sprachgebiets durchgeführt, die zu einer systematischen Überprüfung der Französischkenntnisse anhand eines vom Centre international d’études pédagogiques (CIEP) des französischen Bildungsministeriums erstellten Tests führen sollten. In diesem Sinne sagte der damalige Bildungsminister Oliver Paasch:

„Noch in diesem Schuljahr wird die ULg. zum ersten Mal sogenannte DELF-Tests in den Grund- und Sekundarschulen der DG durchführen, um auf der Grundlage objektiver und messbarer Kriterien die Fremdsprachenkenntnisse in unserer Gemeinschaft zu hinterfragen.“[62]

In der Gesamtschau zeigen die Berichte und Ergebnisse der Tests, dass sich die Französischkenntnisse der deutschsprachigen Schüler ganz allmählich verbesserten. Im Vergleich zum Jahr 2008 zeigte der DELF-Bericht 2019 eine komplett gewandelte Situation: Insgesamt erzielten die ostbelgischen Schüler durchschnittlich bessere Ergebnisse als zehn Jahre zuvor, wobei der Süden jetzt – vor allem im Schreiben – bessere Resultate vorweisen kann.[63]

FAZIT

Dank der fortschreitenden wissenschaftlichen Erkenntnisse, was den Spracherwerb und den Zweitspracherwerb angeht, der Autonomiebestrebungen der 1970er, der EU-Richtlinien in Sachen Sprachenpolitik und der zunehmenden Erkenntnis, dass der belgische Staat die deutschsprachige Minderheit nicht mehr assimilieren will, ist man sich im ostbelgischen Grenzgebiet heute größtenteils bewusst, dass man die besondere geografische Lage und die Nähe der französischsprachigen Nachbarn eher als Chance betrachten sollte statt als Bedrohung. In den letzten 20 Jahren haben sich die Bemühungen verstärkt, die Debatte um die Französischkenntnisse der deutschsprachigen Kinder zu entemotionalisieren bzw. zu objektivieren. Die DELF-Tests vonseiten der Verwaltung und der Politik dürfen aber keineswegs darüber hinwegtäuschen, dass das Thema in der breiten Bevölkerung weiterhin mit starken Emotionen verbunden bleibt.

Mit der Einführung der Sprachterritorien 1963, vor allem aber dank der Staatsreform von 1989 und der Übertragung der Kompetenz über den Sprachengebrauch im Unterrichtswesen an die DG (1997) durchlebte das Gebiet eine rege Entwicklung, was den Sprachengebrauch und die Sprachvermittlung im Unterrichtswesen anbelangt.

Unbestritten war damals und ist heute die Notwendigkeit, das Französische neben der deutschen Muttersprache zu erlernen. Nur über die Methode gab und gibt es immer noch Diskussionen, deren Gegenstand sich wohl nicht nur auf die Methodik zur Erlernung einer Fremdsprache begrenzen lässt. Die Ausbildung der Lehrer, die Ernennungspolitik, die didaktischen Hilfsmittel usw. spielen dabei auch eine Rolle. Mit dem Dekret von 2004 wurde ein Kompromiss geschlossen, der darauf abzielt, die europäische Jugend weitestgehend mehrsprachig zu bilden.

Die Ängste und Befürchtungen der Nachkriegszeit und der letzten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts, d. h. die Angst vor einer Französisierung, einem Identitätsverlust, einer Isolierung usw., scheinen dank der zunehmenden Autonomie des Gebiets und der europäischen Integration gewichen zu sein.

Die ängstlichen Töne in der Debatte und gerade die sieben Jahrzehnte anhaltenden Klagen über schlechter werdende Muttersprach- und Französischkenntnisse hemmten einen offenen Umgang und eine offene Nutzung der Sprache: Ständige Angst, Fehler zu machen, war gerade für eine offene Kommunikation von vielen Ostbelgiern ein Nachteil im frankophonen Sprachraum und ein Nachteil beim Verkauf der eigenen Stärken.

Die angstbehaftete Debatte wirkte aber auch noch anders: Sie half dabei, die Muttersprache da, wo es nötig war, zu schützen und ihr die nötige Pflege zukommen zu lassen, bei gleichzeitiger solider Erlernung des Französischen als Zweitsprache. Dabei zeigte sich, dass in der Debatte eine Gratwanderung existierte, bei der sowohl vehemente Verfechter einer möglichst intensiven und frühen Erlernung der französischen Sprache als auch die Vertreter einer sehr guten Erlernung der Muttersprache mit anschließendem Zweitsprachenerwerb gehört wurden.

Endnoten

1 Siehe insbesondere für die Zeit bis 1989 bzw. 1997 ausführlicher: Magali Boemer, Sprache, Unterricht und Macht. Eine historisch-soziolinguistische Diskursanalyse von Zeitungsberichten über die Sprachunterrichtspolitik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens (1919-1989), Namur 2016; Julia Zeimers, Charles Quint = Karl der Fünfte? Die pädagogische Argumentation in der Diskussion um den Gebrauch der Sprachen im Unterrichtswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens (1945-1997), Eupen 2022.
2 Frank Biess, Republik der Angst. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik, Berlin 2019, S. 13.
3 Vgl. Christoph Brüll, Andreas Fickers, Zwischentöne. 100 Jahre Ostbelgien (1920-2020) 8 Radioessays, Eupen 2020, S. 74-92.
4 Zweisprachiges Europa (VI.), in: Aachener Volkszeitung (künftig: AVZ),16.3.1965, S. 12 E.
5 So lernt die Schuljugend Französisch, in: AVZ, 12.6.1967, S. 14 E.
6 Vgl. ebd.
7 Wilder Graves Penfield, Complete Dictionary of Scientific Biography. 2008. Encyclopedia.com, https://www.encyclopedia.com (23.5.2022).
8 Französisch als Zweitsprache ja ... aber wie?, in: Grenz-Echo, 22.10.1973, S. 3.
9 Königlicher Erlass zur Regelung des Unterrichts in französischer Sprache in den deutschsprachigen Schulen und des Unterrichts in deutscher Sprache in den französischsprachigen Schulen der Gemeinden des deutschen Sprachgebiets, 30. November 1966, Belgisches Staatsblatt vom 3.12.1966. Artikel 1 dieses Erlasses besagte, dass neben dem Pflichtunterricht des Französischen ab dem dritten Schuljahr noch maximal drei und ab dem fünften Schuljahr maximal fünf Unterrichtsstunden in französischer Sprache erteilt werden dürfen.
10 BHF-Archiv in Eupen, Sendung von Peter Thomas, „Schulprobleme“, 15.4.1972.
11 Vgl. Hans Hick, Ostbelgische Schüler und die Zweisprachigkeit (2) – Französisch: Zweitsprache oder Fremdsprache?, in: Grenz-Echo, 23.5.1972, S. 4, und Tim: PDB-Kongreß verabschiedete die Statuten und das weite umfangreiche Arbeitsprogramm, in: AVZ, 20.3.1972, S. 15 AIII.
12 BHF-Archiv, „Schulprobleme“.
13 Das Unterrichtswesen in den Ostkantonen, in: AVZ, 1.3.1968, S. 15 E.
14 Vgl. BHF-Archiv, „Schulprobleme“.
15 Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Beiträge zur Diskussion über die Neuregelung des Sprachgebrauchs im Unterrichtswesen (künftig: RDG, Beiträge zur Diskussion), Juni 1999, S. 47.
16 Kendall King, Child language acquisition, in: Ralph Fasold/Jeff Connor-Linton (Hrsg.), An Introduction to Language and Linguistics, Cambridge 2006, S. 205-224.
17 Vgl. Zeimers, Charles Quint = Karl der Fünfte?
18 Carlo Lejeune, Die Säuberung, Bd. 1: Ernüchterung, Befreiung, Ungewissheit (1920-1945), Büllingen 2005; Carlo Lejeune, Die Säuberung, Bd. 2: Hysterie, Wiedereingliederung, Assimilierung (1945-1952), Büllingen 2007.
19 Hubert Jenniges, Hinter Ostbelgischen Kulissen. Stationen auf dem Weg zur Autonomie des deutschen Sprachgebietes in Belgien (1968-1972), Eupen 2001, S. 72-78.
20 Freddy Derwahl, Die Deutschostbelgier, in: AVZ, 8.8.1970, S. 10.
21 Die Französierung unserer Heimat, in: Neue Nachrichten (künftig: NN), 25.12.1956.
22 BHF-Archiv, „Schulprobleme“.
23 RDG, Beiträge zur Diskussion, S. 48.
24 Vgl. Biess, Republik der Angst, S. 114 f.
25 Zeitzeugeninterview mit Josef Dries, Bütgenbach, 13.4.2017.
26 SPB wiederholt Veto gegen deutschsprachigen Wahlbezirk, in: Grenz-Echo, 12.2.1970, S. 4.
27 Vgl. Zeitzeugeninterview Stephanie Pauels, 5.1.2022; vgl. hierzu auch https://zeitschichten.be/de/documents/28 (3.3.2023).
28 Vgl. RDG, Beiträge zur Diskussion, S. 10.
29 Vgl. Zeitzeugeninterview Walburga Kohnen, 12.1.2022.
30 Vgl. RDG, Dokument 146 (2003-2004), Nr. 12, S. 12.
31 Charles Servaty, „Sprachen = Arbeitsplätze“, in: Grenz-Echo, 6.3.1997, S. 26.
32 A. Bertha, Leserzuschrift „Randnotizen“, in: Grenz-Echo, 1.4.1970, S. 8.
33 Vgl. BHF-Archiv, „Schulprobleme“.
34 Vgl. Biess, Republik der Angst, S. 432.
35 Vgl. Margareta Cordemans, Der Sprachgebrauch im Gerichtswesen und im Unterricht im amtlichen deutschen Sprachgebiet Belgiens, unveröffentlichte Abschlussarbeit, Institut Marie Haps, Brüssel 1981, S. 144.
36 RDG, Dokument 146 (2003-2004), Nr. 12, S. 11, 17.
37 Vgl. Zeitzeugeninterview Marcel Vaessen, 7.1.2022.
38 Zeitzeugeninterview Josef Dries.
39 Bruno Kartheuser, Die Problematik der Zweisprachigkeit an den Schulen des amtlichen deutschen Sprachgebietes, in: Peter H. Nelde (Hrsg.), Deutsch als Muttersprache in Belgien: Forschungsberichte zur Gegenwartslage, Wiesbaden1979, S. 114.
40 Diese Erkenntnis zeigt sich insbesondere im vom Parlament einstimmig verabschiedeten Bericht des Sonderausschusses 1997-1999, aus dem ein Dekret über den Sprachgebrauch im Unterrichtswesen (2004) resultieren sollte.
41 Robert Gardner, Peter MacIntyre, A student's contribution to Second Language Learning: Part II, Affective Factors, in: Graeme Port (Hrsg.) Language Teaching, Cambridge 1993, Bd. 26, S. 1-11.
42 Die Mehrsprachigkeit, ihre Chancen und ihre Probleme, in: Grenz-Echo, 30.4.2001, S. 7.
43 Vgl. Miriam Langlotz, Nils Lehnert, Susanne Schul, SprachGefühl – eine Einleitung, in: dies. (Hrsg.), SprachGefühl. Interdisziplinäre Perspektiven auf einen nur scheinbar altbekannten Begriff. Frankfurt a. M. 2014, S. 9-29, hier S. 15 ff.
44 BHF-Archiv, „Schulprobleme“.
45 Meinungen ... Standpunkte – Gedanken einer Mutter zur Zweisprachigkeit in unseren deutschsprachigen Volksschulen, in: Grenz-Echo, 17.2.1976, S. 4.
46 „Das hat mich so gehemmt, dass ich nicht so am Unterricht teilnehmen konnte, wie ich an einem deutschsprachigen Unterricht teilgenommen hätte.“ (Zeitzeugeninterview Walburga Kohnen)
47 Die Mehrsprachigkeit, ihre Chancen und ihre Probleme, in: Grenz-Echo, 30.4.2001, S. 7.
48 Vgl. Zeimers, Charles Quint = Karl der Fünfte?
49 Carlo Lejeune, Alfred Rauw, Wilfried Jousten, Die große Suche nach Heimat und Teilhabe. Wanderungsbewegungen als Spiegel einer unruhigen Zeit, in: Carlo Lejeune et al. (Hrsg.), Grenzerfahrungen. Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Bd. 4: Staatenwechsel, Identitätskonflikte, Kriegserfahrungen (1919-1945), Eupen 2019, S. 240-283.
50 Vgl. zu Knechten und Mägden Reiner Mathieu, Knechte. Einblicke in den Alltag ostbelgischer Jungmänner im 20. Jahrhundert, Eupen 2010; Reiner Mathieu, In Stellung. Einblicke in das Leben ostbelgischer Dienstmädchen im 20. Jahrhundert, Eupen 2008.
51 Vgl. Boemer, Sprache, Unterricht, Macht, S. 126 f.
52 Vgl. RDG, Beiträge zur Diskussion, S. 45.
53 BHF-Archiv, „Schulprobleme“; vgl. hierzu auch Fickers, Brüll, Zwischentöne, S. 82.
54 Franz-Josef Heinen, Edie Kremer, Deutschunterricht – Muttersprache in der Mittelschule. Bericht der Pädagogischen Arbeitsgruppe Eupen, Mai 1984; Staatsarchiv Eupen, Sammlung Werner Mießen, Addendum I, Ordner 21, S. 1-4.
55 Vgl. Mittelschule: Deutschunterricht „Muttersprache“ (I), in: Grenz-Echo, 29.6.1984, S. 15.
56 Zur Alltagsmobilität der deutschsprachigen Belgier vgl. das Kapitel von Vitus Sproten im vorliegenden Band.
57 Vgl. Alliance française, DELF-Bericht, 2018-2019, S. 42.
58 Zeitzeugeninterview Helmuth Hilgers, 7.1.2022.
59 Staatsarchiv Eupen, Bestand Leonhard Schifflers (unerschlossen), „Auswertung der Umfrage“, 1998.
60 RDG, Dekret über die Vermittlung und den Gebrauch der Sprachen im Unterrichtswesen, 19. April 2004, S. 2.
61 Ministerium der DG, Förderung der Mehrsprachigkeit in der DG, unter: https://ostbelgienbildung.be/PortalData/21/Resources//DG_Fo_rderung_Mehrsprachigkeit_S40_A4_RZ_02low.pdf (12.10.2023).
62 PDG, Interpellation von Herrn Palm an Herrn Minister Paasch zum Gesamtkonzept in der Unterrichtspolitik, 8.3.2007.
63 Alliance française, DELF-Bericht, 2018-2019, S. 42; ISLV – ULiège, DELF-Bericht, 2008-2009, S. 36.





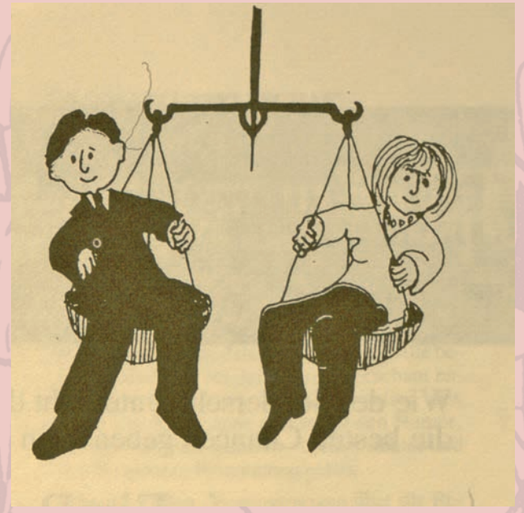


FRAUEN IN DER DG UND IHRE ROLLE(N) IM WANDEL DER ZEIT (1973 BIS HEUTE)

„ICH WÜRDE NIE FÜR EINEN MANN SANKT VITH VERLASSEN."

VON ELS HERREBOUT UND LEONIE NEUENS





Für die Frauen änderten sich Lebenswelten in den letzten 50 Jahren noch grundlegender als dies für den männlichen Teil der Bevölkerung der Fall ist. In Ostbelgien handelte es sich hierbei um einen schleichenden Prozess, bei dem es häufig kaum wahrnehmbare gesamtgesellschaftliche Reibungsmomente gab: Neue Bildungswege, stärkere Beteiligung am Arbeitsmarkt und in der Politik, neue Rollenverteilung in der Familie wandelten den Platz der Frau in der Gesellschaft und die Gesellschaft gleich mit.

Ist ein eigener Beitrag über Frauen in unserer heutigen, emanzipierten Zeit überhaupt nötig? Frauen, so heißt es, seien mittlerweile gleichberechtigt und hätten durch ihr eigenes Einkommen an Selbstbewusstsein gewonnen. Unter dem Druck der feministischen Bewegung und internationaler Verpflichtungen hat Belgien seit den 1960er Jahren Schritt für Schritt einen umfassenden Rechtsrahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung und zur Förderung der Gleichstellung von Mann und Frau entwickelt.

Oder sprechen die Fakten in diesem Zusammenhang eine andere Sprache als die subjektive Wahrnehmung? Warum funktioniert die Gleichberechtigung im Haushalt und am Arbeitsplatz noch nicht so wirklich und warum finden sich so wenige Frauen bei gleicher oder besserer Qualifizierung in Führungspositionen? Ist es, weil junge Frauen als Risiko gelten, weil sie schwanger werden und immer wieder „ausfallen“? Oder trauen Frauen sich eine Topkarriere nicht zu? Und stimmt es, dass Frauen in der Politik diese oft viel schneller wieder verlassen als ihre männlichen Kollegen? Da stellt sich die Frage: Wie haben Mädchen und Frauen in Ostbelgien die letzten 50 Jahre erlebt und vielleicht auch mitbestimmt?

Generell, so die gängige Meinung, h**ätt**en Frauen mehr Ängste als Männer. Angst, dass den Kindern etwas passieren könnte, Angst vor ungewollter Schwangerschaft, vor Arbeitsplatzverlust, vor Altersarmut, aber auch davor, dass die Familie nicht intakt bleiben könnte. Was passiert, wenn Frauen nach einer Scheidung allein dastehen? Oder gestehen Frauen ihre Ängste nur eher ein als Männer und ist es eher eine Charaktersache, ob man positiv oder negativ in die Zukunft schaut? Und wenn Frauen sich emanzipiert nennen, müssen sie dann nicht selbst mit ihren Ängsten fertigwerden, ohne die Schulter der Männer? Haben Frauen auch in Ostbelgien nicht vor allem Angst, dass es ihnen auf einmal nicht mehr so gut gehen könnte, und empfinden sie Ängste heutzutage stärker, weil sie weniger mit existenziellen Problemen konfrontiert werden als frühere Generationen?[1]

Ein Wort zu den Quellen

Umfassende wissenschaftliche Publikationen zur Geschichte der Frauen und zur Gleichberechtigung in der DG liegen (noch) nicht vor. Die wichtigsten Quellen für dieses Kapitel sind Studien, Statistiken und Presseartikel zu Teilaspekten, vor allem aber Zeitschriften der lokalen Frauenvereine: „Offenes Fenster“ und „anna-lyse“ der Frauenliga oder „Daheim“ und „Bunter Faden“ des Landfrauenverbands.

Das Zentrum für Ostbelgische Geschichte hat seit 2013 für sein Oral-History-Projekt zahlreiche Personen zu Genderthemen befragt. Diese und eigene Zeitzeugeninterviews, die bislang ausschließlich mit Frauen geführt wurden, erlaubten es uns, die Quellen mit individuellen Erzählungen und Empfindungen zu ergänzen. So interviewten die Autorinnen zwischen Februar und April 2022 14 Frauen, alle Geburtsjahr 1961, aus einer Klasse des Athenäums in Sankt Vith und einer Klasse des Heidberg-Instituts in Eupen. Das war eine bewusste Wahl, weil diese zum Zeitpunkt der Interviews 60-jährigen Frauen sowohl über ihre Mütter als auch über ihre Töchter berichten können, über drei Generationen also. Zahlreiche Zitate aus diesen Interviews liefern eine erfahrungsgeschichtliche Perspektive.[2] Der Titel des Beitrags stammt von einer Zeitzeugin aus Sankt Vith.[3] Mit dem Satz „Ich würde nie für einen Mann Sankt Vith verlassen“ drückt sie sowohl ihr Selbstbewusstsein als auch ihre Heimatverbundenheit aus. Zwei Eigenschaften, die bei den meisten Interviewpartnerinnen sehr präsent waren.





Teil 1: Familie und Gesellschaft

Familie im Wandel

Es waren idyllische Bilder in den alten Lesebüchern: Die Mutter steht lächelnd da, meist mit vorgebundener Schürze, rührt mit einer Hand im Topf und tröstet mit der anderen ein kleines Kind. Aus der Ferne schaut der Vater – damals noch mit Pfeife –, zurückgelehnt in seinem Sessel, nach einem langen Arbeitstag zufrieden zu. Für sich selbst einzutreten und ihren Platz in der Gesellschaft zu behaupten, war für die meisten Frauen kein Thema. Sie waren stolz auf ihre Familie, wenn sie gepflegt aussahen und das Haus sauber war, und sie nahmen willig ihren Platz hinter den Männern ein.[4]

Dabei waren Familien nie so homogen, wie man es sich etwa Anfang der 1970er Jahre noch gerne vorstellte. Auch früher gab es alleinerziehende Mütter, unverheiratete und geschiedene Mütter sowie neu zusammengesetzte Familien oder Haushalte, bedingt auch durch den vorzeitigen Tod eines Partners, nicht selten durch den Krieg.[5] Insbesondere in der Eifel gab es mangels Altenheimen viele Mehrgenerationenfamilien mit einwohnenden Großeltern. Es war normal, dass die jüngere Generation – meist die Töchter – die Pflege der Eltern im Alter übernahm. Deshalb wurde es nicht gerne gesehen, wenn die Töchter studierten und für einen Beruf oder für die Ehe das Dorf verließen.[6]

Die Grundlage der Familie war aber stets das Mutter-Vater-Kind(er)-Profil.[7] In den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts veränderte sich dieses Profil nicht grundlegend: Eine der interviewten Frauen erinnerte sich an den Ausspruch ihres Vaters: „Eigentlich fürchten sich Frauen doch nur vor zwei Sachen: erstens ‚geholt zu werden‘ und zweitens ‚nicht geholt zu werden‘“.[8] Was man als flapsige Bemerkung abtun könnte, ist gar nicht so abwegig, denn das Familienmodell wollten die Frauen nicht verlassen oder umstürzen. Veränderungen wie der Pille – auch nach dem päpstlichen Verbot –, vorehelichen Beziehungen oder der Ehe auf Probe, die dann meistens doch vor dem Traualtar endete, sicher wenn ein Kind unterwegs war, stand man wohl offener gegenüber. Alleinerziehende Mutter sein blieb allerdings eine Herausforderung, auch Ehescheidungen brauchten ihre Zeit, bis sie gesellschaftlich voll akzeptiert waren.

Auch für die Frauen aus dem Zeitzeugenprojekt war die Ehe das einzige Modell. Sie kannten keine Eltern, die geschieden waren, wohl einige unverheiratete Frauen, die meist als sehr selbstständig beschrieben wurden – darunter insbesondere einige Lehrerinnen mit einem starken Charakter.[9] Unverheiratet zusammenzuwohnen war für die allermeisten Eltern inakzeptabel. Trotzdem gab es auch in Ostbelgien in den 70er Jahren einige als Revoluzzer Verschriene, die meist in der Stadt in wilder Ehe oder in Wohngemeinschaften lebten, Gypsie-Röcke liebten und Patchouli auftrugen, manchmal auch Kreise frequentierten, wo sie etwa mit Drogen in Kontakt kamen. Eine Zeitzeugin sprach dabei konkret über ihren älteren Bruder und berichtete, wie das ihre Kindheit aufgrund der „Schande“ und der ständigen Diskussionen zu Hause belastet hat.[10] Auch ein unverheiratetes Mädchen, das schwanger wurde, lief Gefahr, als Schande für die ganze Familie zu gelten. Sie hatte die Wahl zwischen heiraten oder zu Hause wohnen bleiben mit dem, wie es damals noch hieß, „un“ehelichen Kind. Bemerkenswert und kaum verwunderlich ist, dass auf die Frage, welche Entwicklung am meisten zur Emanzipation der Frauen beigetragen hat, immer wieder als Antwort die Pille kam, die es seit den 70er Jahren den Frauen ermöglichte zu verhüten bzw. die Familienplanung möglich machte.



Die klassische Rollenverteilung in der Familie.

Mädchen zu Hause: zwischen Erwartungsdruck und Lebensfragen in der Zeit der Umbrüche

Die Situation der Mädchen bzw. jungen Frauen war besonders im ländlichen Bereich Anfang der 70er Jahre auf die Ehe ausgerichtet, und das Freizeitangebot war sehr überschaubar. Entscheidend auf dem Land war die Einbindung in den elterlichen Betrieb. War es nicht traditionellerweise üblich, der Mutter beim Spülen der Milchkannen zu helfen, in der Küche, im Haushalt und bei der Erziehung der jüngeren Geschwister? War es nicht selbstredend, bei der Heuernte zu helfen, zusammen mit den Jungs? Gab es nicht den Musik- oder Sportverein und Restaurants, die für das Wochenende Mädchen „zum Auftragen“ brauchten? Das Leben zu Hause war somit nicht außergewöhnlich.

Doch es war eine neue Zeit angebrochen: Schallplatten ertönten im Jugendzimmer, Schlager oder Beatmusik, was die Eltern vielleicht verwunderte, aber nicht wirklich irritierte, wurden diese doch durch das deutsche Fernsehen, das langsam, aber sicher in die gute Stube vordrang, an die neue Zeit herangeführt. Im Friseursalon lagen die freizügigen Zeitschriften „Quick“ und „Neue Revue“, und es kursierte die „Bravo“, die in vielen Familien verboten war und die meist heimlich gelesen wurde.[11] Doch weder Oswald Kolle noch Dr. Sommer stellten die Ehe infrage. Somit hatte die Wartestellung zu Hause durchaus ein Ziel, das nicht oder kaum infrage gestellt wurde: den Traumprinzen zu heiraten, wenn möglich als „gute Partie“, wie seit Generationen, wenngleich in moderneren Formen. So antwortete denn auch mehr als ein Drittel von 65 im Jahr 1976 befragten zu Hause lebenden Mädchen auf die Frage „Wie lange gedenkt ihr zu Hause zu bleiben?“: „bis zur Heirat“. Anders gesagt: Roy Blacks Hit „Ganz in Weiß“ hatte sich in der sonntäglichen Hitparade behauptet und somit in den Köpfen der Töchter und Mütter, denen nicht selten die Lektüre eines Heimatromans aus der Pfarrbibliothek das sonntägliche Vergnügen gebildet hatte.

Andererseits gab beinahe die Hälfte der Mädchen an, zu Hause zu sein, weil die Eltern es so wollten und/oder zu Hause eine Notsituation bestand. Nur ein Viertel der Mädchen blieb auf eigenen Wunsch zu Hause.[12]

Die katholische Landjugend rief 1972 eine regionale neue Gruppe ins Leben, um diese „Mädchen zu Hause“ speziell zu begleiten. Sie arbeiteten Tag für Tag und Jahr für Jahr zu Hause in der Landwirtschaft – nicht direkt gezwungen, aber es gehörte sich eben so.[13] Die eigentliche Problematik zeigte sich später: „Die weitere Zukunft der Mädchen blieb ungewiss, denn sie übernahmen in den seltensten Fällen den elterlichen Hof. Das war für diese Jugendlichen ein heißes Eisen.“[14] „Auf unserem Personalausweis steht ‚Beruf: Ohne'. Viele von uns wollen was und wissen nicht, was! Was wir wollen, können wir nicht! Wir wollen weiterkommen!“[15] So identifizierten sich Mädchen zu Hause. Im Rahmen der Aktion der KLJ „Zukunft gestalten“ (1974-1978) startete 1976 in Ostbelgien erstmals ein Mittelschul-Nachholkurs. Nach zweijähriger Vorbereitung konnten 17 der Mädchen zu Hause vor einer deutschsprachigen Staatsjury die Prüfungen ablegen. „Diese Aktion stellte Weichen auf dem Gebiet der Notwendigkeit des zweiten Bildungswegs in der DG.“[16]



Bis dass der Tod euch scheidet …

Seit 1970 sank die Zahl der Ehen und stieg die Zahl der Scheidungen. Für die Zeitzeugin Fina Keifens[17] bedeuteten diese Scheidungen auch in Ostbelgien einen Einbruch in die Gesellschaft und eine Schande für die Familien. Nach und nach jedoch entwickelte sich laut Frau Keifens insbesondere bei den Frauen mehr Toleranz für Geschiedene und das Bewusstsein,

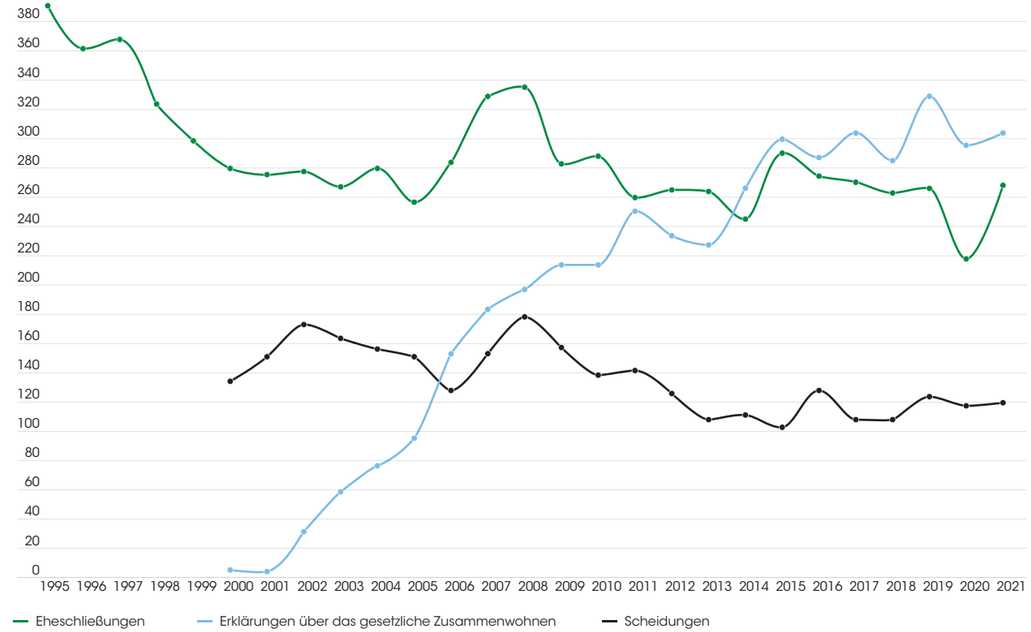
„Man hätte auch schon mal einen Grund gehabt zu gehen, aber wo wäre man hingegangen mit all den Kindern“. Damals wurde auch noch oft versucht, die Ehe zu kitten, manchmal sogar mithilfe des Priesters. Auch Marriage Encounter warb um Interessenten. In der Messe waren geschiedene Frauen von der Kommunion ausgeschlossen.[18]

Die intakte Familie blieb der Kirche heilig und in der Gesellschaft das Rollenmodell.

1961 gab es in Belgien auf 10.000 Ehemänner 151 geschiedene Männer und auf 10.000 Ehefrauen 207 geschiedene Frauen. Innerhalb von 40 Jahren stieg das Verhältnis bei den Männern um das 7,6-Fache und bei den Frauen um das 6,4-Fache.[19] Nach jeder Gesetzesänderung, die die Scheidungsprozedur vereinfachte, stieg die Zahl der Scheidungen weiter.[20]

2007 gingen die Frauenvereine – auch in der DG – auf die Barrikaden gegen die Folgen des Scheidungsgesetzes, welches neben dem Schuldprinzip das Zerrüttungsprinzip eingeführt und die Dauer der Unterhaltszahlungen verkürzt hatte. Viele Frauen hatten ihre Arbeit für die Erziehung der Kinder oder zur Unterstützung der Karriere des Ehemanns aufgegeben oder nur halbtags gearbeitet. „Eine gerechte Scheidung“, so schrieb die Eupener Frauenliga, „kann es nur geben, wenn das Paar zuvor eine gleiche Rollenverteilung übernommen hat.“[21]

Eheschließungen, Erklärungen über das gesetzliche Zusammenwohnen und Scheidungen in der DG 1995-2021



Bemerkenswert: 2021 fiel das Verhältnis Eheschließungen – Ehescheidungen deutlich zugunsten der Eheschließungen aus: 267 Eheschließungen gegenüber 119 Scheidungen.[22] Die Zahl der Erklärungen über das gesetzliche Zusammenleben in der DG stieg von fünf im Jahr 2000 (in dem das Statut eingeführt wurde) bis 303 im Jahr 2021 und liegt damit über der Zahl der Eheschließungen.

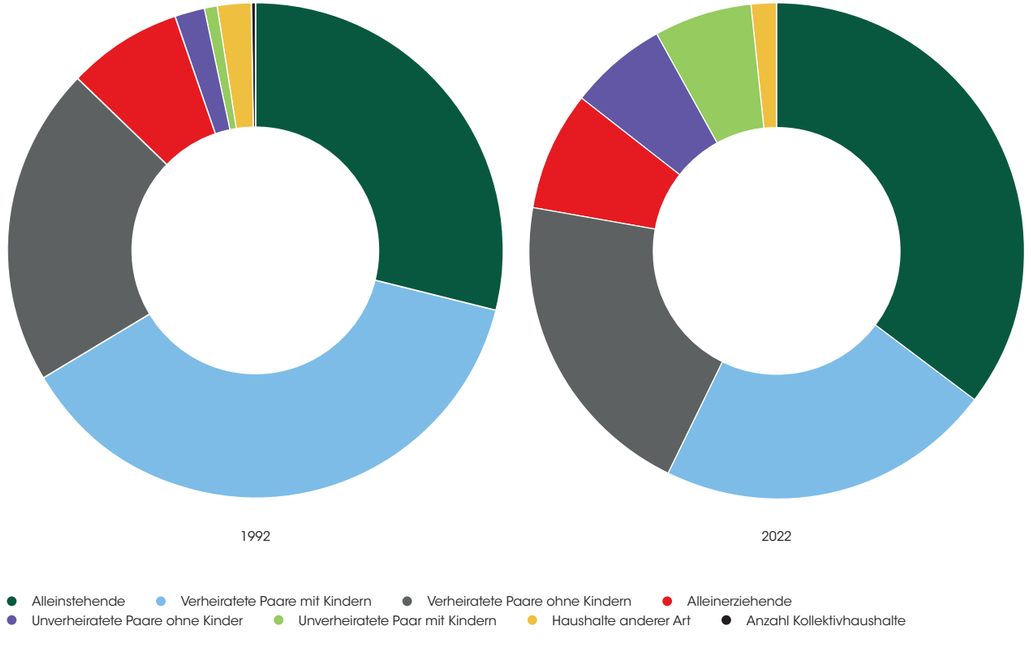
In den Interviews berichteten die Zeitzeuginnen über die vielen Ängste, die eine Scheidung bei Frauen auslösen kann: Am häufigsten war damals die Angst, finanziell nicht allein zurechtzukommen, „denn nach der Scheidung bleibt das Kind meist an der Frau ‚hängen'. Der Mann bezahlt Alimente, die Frau meistert den Alltag".[23] Hinzu kamen Angst vor Einsamkeit und ein Schuldgefühl, insbesondere den Kindern gegenüber.

Viele Frauen lebten nur „durch ihre Männer" und fühlten sich eingeschlossen in der Ehe. Es gehörte Mut, dazu aus dieser Ehe auszubrechen.[24] Oft war es mit Kindern einfacher, in einer schlechten Ehe zu bleiben. Heute sind Frauen mündiger und finanziell unabhängiger und treffen öfter selbst die Entscheidung „ich trenne mich jetzt".[25]

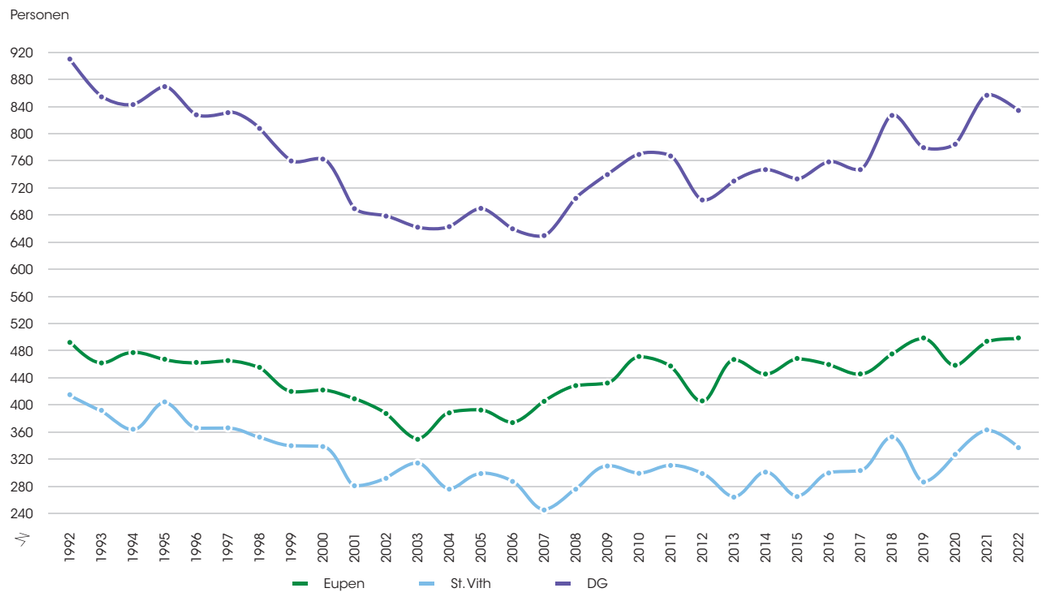
Die Familien werden kleiner und diverser

Mit dem Rückgang der Ehen gab es seit den 1980er Jahren auch einen Rückgang der Geburtenzahlen, die in der DG zuvor bei etwa 1.000 Geburten pro Jahr lagen. 1992 lag die Zahl noch knapp über 900 (494 oder 54,3 % im Norden und 415 oder 45,7 % im Süden). 2007 wurde mit 650 Geburten in der DG die niedrigste Gesamtzahl erreicht (405 oder 62,3 % im Norden und 245 oder 37,7 % im Süden). Im Norden wurde die niedrigste Zahl bereits im Jahr 2003 erreicht (349 oder 52,6 % gegenüber 315 oder 47,4 % im Süden). Danach stiegen die Zahlen allmählich wieder an. Nach dem ersten Coronajahr entsprach die Zahl wieder der von Mitte der 90er Jahre, nämlich circa 857 Geburten pro Jahr (494 oder 57,4 % im Norden und 363 oder 42,4 % im Süden).[26]

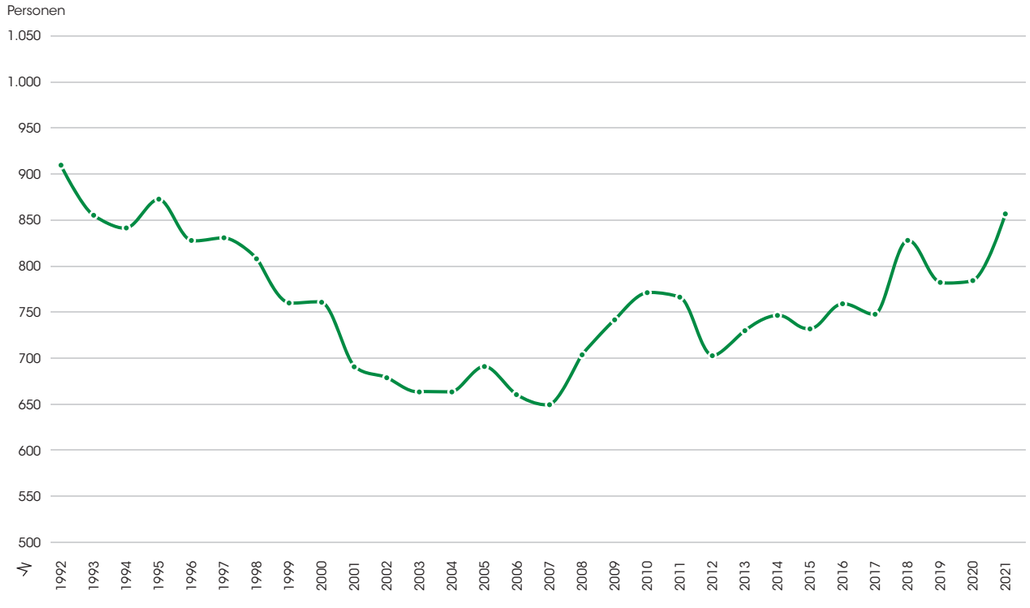
Entwicklung der Haushaltszusammensetzungen in der DG 1992 und 2022



Verteilung der Geburten 1992-2021 Kantone Eupen und Sankt Vith



Entwicklung der Geburten in der DG 1992-2022



Heutzutage bekommen die Paare ihr erstes Kind auch immer später. Eine Zeitzeugin aus dem Jahrgang 1961, die mit 29 geheiratet hatte und mit 33 das erste Kind bekam, sagte selbst, dass sie sehr spät geheiratet und Kinder bekommen habe. Heute ist das keine Ausnahme mehr. Das Durchschnittsalter einer Mutter bei der Geburt ihres ersten Kindes lag 2021 bei 29,3 Jahren und ist seit 2000 um zwei Jahre gestiegen.[27]

In der DG lag die Fertilitätsrate im Süden immer etwas höher als im Norden. 2006 zum Beispiel hatte eine Frau im Kanton Eupen durchschnittlich 1,6 Kinder und im Kanton Sankt Vith 1,77. Die Erklärung ist vermutlich, dass im ländlichen Raum eher konservative Werte vorherrschen, die Familie und Kinder in den Mittelpunkt rücken.[28] Die sinkende Zahl der Kinder wirkte sich erwartungsgemäß auf die Größe der Familien in Ostbelgien aus.[29]

Auch die Zusammensetzung der Haushalte hat sich stark geändert. Vor gut zehn Jahren gab es in der DG etwa 20.000 Familienkerne, in denen knapp 23.000 Kinder lebten. Ein Drittel der Paare lebte ohne Kinder, entweder weil die Kinder bereits ausgezogen waren oder weil sie kinderlos geblieben waren. Von den Familien mit Kindern hatten 43 % ein Kind und 40 % zwei Kinder. 17 % lebten mit drei oder mehr Kindern und galten als kinderreich. Im gleichen Jahr betrug der Anteil an Alleinerziehenden fast 30 %, also beinahe jeder dritte Haushalt mit Kindern.[30]

Bei dem Vergleich über die letzten 30 Jahre (1992-2022) fallen insbesondere der starke Anstieg der Alleinstehenden und Alleinerziehenden und die Zunahme der unverheirateten Paare mit Kindern auf.

Heute sind die Familien viel diverser. Immer mehr Kinder wachsen mit unverheirateten oder geschiedenen bzw. getrennten Eltern und bei Alleinerziehenden, nicht selten mit neuem Partner, auf oder entdecken Halbgeschwister in Patchworkfamilien. Und es gibt eine weitere Entwicklung. Vor allem junge Leute sind heutzutage oft weniger bereit, sich in die Schubladen „Mann“ oder „Frau“ pressen zu lassen. Sie trauen sich auszusprechen und auszuleben, was früher tabu war, und nennen sich LGBTQ, neutral, transgender, queer oder divers.

„Koedukation – wenn Miezen und Typen gemeinsam in dieselbe Schule gehen“[31]

Die interviewten Abiturientinnen waren sich einig, von den Anstrengungen der Frauen der vorherigen Generation profitiert zu haben. Für sie war es selbstverständlich, Abitur zu machen. Auch wenn die Schulbücher noch von der traditionellen Rollenverteilung von Mann und Frau beeinflusst waren,[32] wurden gleiche Unterrichts- und Berufschancen für Jungen und Mädchen thematisiert und die Demokratisierung des Unterrichtswesens nahm ihren Lauf.[33] Der Wunsch, Mädchen und Jungen die gleichen Chancen zu bieten, war groß und ließ über die soziale Rolle der Schule nachdenken.[34] Durch Maßnahmen zur Förderung der Gleichberechtigung von Mann und Frau, u. a. was den Zugang zur Berufsausbildung betrifft, hat sich der Prozess der Koedukation (gemeinsame Bildung für Mädchen und Jungen) beschleunigt.[35] Durch einen gemeinsamen Schulbesuch sollten Ungleichheiten in der Bildung vermieden werden. Andererseits erlaubte die Koedukation den Jugendlichen, die Verschiedenheit des anderen Geschlechts zu entdecken.[36] Nach Überwindung „gewisser psychischer und traditionsbedingter Barrieren“[37] wurde beschlossen, die Oberstufen gemischt zu organisieren. Im Jahr 1969 wurde die Koedukation in der Oberstufe der freien Sekundarschule in Sankt Vith eingeführt. Anfänglich verbrachten die Schülerinnen der Bischöflichen Schule ihre Pausen nicht auf dem Schulhof, sondern in einem eigenen Raum.[38] Das Bischöfliche Institut Büllingen ist seit der Gründung 1970 in Koedukation organisiert. In Eupen bot die Diskussion um das umstrittene Koedukationsprojekt im Collège Patronné und im Heidberg-Institut 1989 Anlass zu einer Aufführung des Theaterstücks „Jin – Jang oder die Koedukation“.[39] Nachdem den Zuhörern der Begriff Koedukation erklärt wurde, wurden Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer beider Schulen auf humoristische Art und Weise zur Thematik befragt. Die Aufführung endete mit dem Happy End der Einführung der Koedukation. Nachdem das Collège Patronné und das Heidberg-Institut 1995 zur Pater-Damian-Sekundarschule zusammengelegt wurden, wurde die Geschlechtertrennung aufgehoben. Seit dem Schuljahr 2019/2020 wurde an den freien Sekundarschulen in Sankt Vith die Koedukation ab dem ersten Sekundarschuljahr eingeführt, was in den Schulen der DG das Ende der Geschlechtertrennung bedeutete.[40]

Die Frauenbewegung in Ostbelgien anhand von drei Beispielen

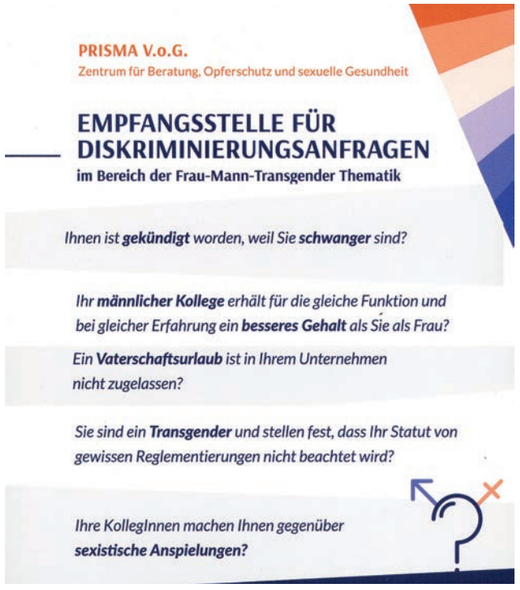
Die Gründung der Kontaktstätte für Frauen und das Fluchthaus in Eupen

Die gesellschaftlichen Veränderungen im Zuge der globalen Kulturrevolution Ende der 60er Jahre hatten die ostbelgische Gesellschaft nicht in ihren Grundfesten erschüttert, wohl hatten sie weibliches Problembewusstsein geschärft und das Selbstwertgefühl der Frauen gestärkt. Die Christliche Frauenliga stellte 1979 fest, „dass die Frau nicht nur Mutter, Hausfrau und Ehepartnerin ist, sondern auch ein eigenes ICH hat, dass sie sich auch außerhalb des Familienlebens zeigen – verwirklichen – entwickeln möchte“.[41]

Dies führte zum Wunsch und zur Absicht, eine Kontaktstätte für Frauen zu schaffen. In einem Zeitzeugeninterview im Mai 2022 stellte die langjährige Leiterin des Fluchthauses, die Eupenerin Ruth Driessen, fest, dass das günstige gesellschaftliche Klima der 80er Jahre zusammen mit dem Ausbau der Autonomie der DG durch eine eigene Regierung 1984 die Kontaktstätte möglich machte. Noch vor der Eröffnung der Kontaktstätte stellte sich die Frage, ob man „ein Frauencafé braucht oder eine Beratungsstelle“, denn die Auseinandersetzung mit Rechtsfragen war damals eine echte Marktlücke. Es wurde eine Kombination von beidem. Ab 1985 bot die Kontaktstätte neben Krisenhilfe auch juristische Beratung und Vertretung von Fraueninteressen in der Öffentlichkeit. Sehr schnell erkannten die Aktivistinnen die Notwendigkeit eines Frauenfluchthauses.

Die selbstbewusster gewordene ostbelgische Frau wollte mehr Erfüllung in der Ehe bzw. der Beziehung und duldete keine innerfamiliäre Gewalt mehr; anders, als es früher war, als Gewalt mit dem Satz verschwiegen wurde, man sei die Treppe hinuntergefallen. Seit 1985 arbeitete die Kontaktstätte in Zusammenarbeit mit dem 1988 in der DG gegründeten Frauenrat[42] zum Thema Gewalt gegen Frauen und stieß dabei nicht immer auf Verständnis. 1994 gab der Gemeinschaftsminister für Soziales, Karl-Heinz Lambertz, ihr den Auftrag zu einer Studie. Eine Umfrage bei 71 öffentlichen Einrichtungen im medizinischen, polizeilichen, rechtlichen und sozialen Bereich sowie der Erwachsenenbildung ergab, dass Unterbringungsmöglichkeiten in der DG fehlten, dass die betroffenen Dienste unzureichend zusammenarbeiteten und dass es zu wenig Information zum Thema Gewalt gegen Frauen gab. Das Projekt gewann die Unterstützung der DG-Parlamentarierinnen, der öffentlichen Sozialhilfezentren und diverser Spender. Nach den nötigen Startproblemen und Verzögerungen konnte das Frauenhaus 1998 in Eupen eröffnet werden. In Eupen, weil die Stadt mehr Anonymität bot als die Eifel. Die Deutschsprachige Gemeinschaft stellte den Großteil der benötigten Mittel.

Im Jahr 2018 nutzten 233 Personen das Beratungsangebot der Kontaktstätte in Eupen und 44 Personen das Frauenfluchthaus (17 Frauen und 27 Kinder). Leider gibt es auch in Ostbelgien eine hohe Dunkelziffer häuslicher Gewalt.[43] Das Frauenfluchthaus ist heute in der Obhut von Prisma, einer Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht. Das Beratungsangebot richtet sich an Erwachsene und Jugendliche, ob weiblich, männlich oder divers, an Einzelpersonen und Paare, bei Gewalt, aber auch bei Fragen zum Thema Sexualität und Bezug zum eigenen Körper und allgemein im Kampf gegen Diskriminierung.



Ein Teil des Beratungsangebotes von PRISMA.

Mein Bauch gehört mir …

Wer Ende der 1960er Jahre abtrieb, musste ins niederländische Ausland, wo dies legal war. In unseren Nachbarländern starteten Frauen mediale Kampagnen.[44] Ostbelgierinnen sahen dies im deutschen Fernsehen und lasen im Stern, wo prominente Frauen, aber auch Hausfrauen, Arbeiterinnen, Sekretärinnen und Studentinnen die Losung „Mein Bauch gehört mir" zum Kampfbegriff machten. In dem stark katholisch geprägten Ostbelgien gingen die Frauen nicht auf die Barrikaden, aber das Thema wurde nicht länger totgeschwiegen, Alice Schwarzer, aber auch ihre Gegnerin Esther Vilar[45] waren medial präsent und auch die konservativen Kräfte in Ostbelgien wurden aktiv und organisierten u. a. diverse Vortragsabende.

Erst mit dem Gesetz vom 3. April 1990 wurde der Schwangerschaftsabbruch in Belgien unter bestimmten Bedingungen straffrei. Im Vorfeld dieser Abstimmung schlug die Debatte auch in Ostbelgien hohe Wellen. Politiker legten in der Öffentlichkeit ihre Standpunkte dar. Eine Zeitzeugin erinnerte sich an eine Veranstaltung, bei der zwei hiesige Politiker das Wort ergriffen, der eine pro, der andere kontra.[46] Der Grenzland-Report veröffentlichte eine telefonische Meinungsumfrage zum Thema und verursachte damit eine Flut von Leserbriefen. Eine Filmvorführung bei einer Diskussionsrunde im Mai 1986, organisiert durch die Jung-CSC, sorgte für Zündstoff. Frauengruppen kritisierten, dass der Film die Frau auf die Anklagebank setze, und verließen den Saal. Die Frauenliga organisierte danach einen eigenen Filmabend. In der Diskussion wurde bedauert, dass Frauen selbst zu wenig das Wort ergriffen!

„Männlichkeit entscheidest Du!"

Seit einigen Jahren bringt die Frauenliga eine Sensibilisierungskampagne nach Ostbelgien, die aus Schleswig-Holstein stammt. Im November 2019 und 2020 hingen die Plakate in der Eupener Innenstadt aus. Das Ziel der Aktion ist es, das vorherrschende Männlichkeitsbild infrage zu stellen und dadurch die Frauen, die von Gewalt bedroht sind, zu unterstützen. Der Fokus auf das Männlichkeitsbild ist eine in der Öffentlichkeit neue Herangehensweise: Auf den Plakaten sind keine Frauen, sondern Männer, die zu den Männern sprechen.



Fotokampagne der Frauenliga zum internationalen Gedenktag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen.

Über Geschlechterstereotype und neue Ängste

In den 70er Jahren war es die gängige Meinung, dass Haushalt und Kinderpflege die natürliche Bestimmung der Frau und einen perfekten Haushalt zu führen die beste Garantie für eine glückliche Ehe waren. In den Familien herrschten traditionelle m**ännliche** und weibliche Erziehungsmuster. Die Mutter war zuständig für Erziehung und Haushalt und fast immer zu Hause. Der Vater war meistens der Alleinverdiener und arbeitete außer Haus. In der Außenwelt waren Männer noch sehr dominant: Chefs, Showmaster, Politiker … Aber zu Hause hatte meist die Mutter das Sagen. Nur bei den „wichtigen" Sachen hatte der Vater das letzte Wort.[47] Diese Rollenverteilung wurde damals als normal empfunden und nur selten als erdrückend:

„Wir hatten ein schönes Familienleben, eben weil meine Mutter immer da war, jeder hatte seine Rolle und ich habe dieses Rollenspiel auch in meine Ehe übernommen."[48]

In den letzten Jahrzehnten wurden die geschlechtsstereotypen Rollen aufgebrochen. Trotzdem bleibt die Arbeitsteilung zwischen den Eltern in den meisten Familien auch im 21. Jahrhundert noch sehr ungleich. Die Kluft ist noch größer, wenn die Familie kleine Kinder hat. Obwohl viele Frauen arbeiten, übernehmen sie noch den größten Anteil an Erziehungs- und Haushaltsaufgaben, vor allem die „lästigen" und am wenigsten geachteten Aufgaben. Mehrere Interviewpartnerinnen bestätigten die Meinung der französischen Feministin und Historikerin Yvonne Knibiehler:

„Alles in allem sind die Mütter eher enttäuscht. Sie haben das Gefühl, dass sie den besten Teil geteilt und den schwierigsten Teil behalten haben."[49]

Das Aufbrechen der Rollen hat außerdem zu neuen Ängsten geführt, und zwar auf beiden Seiten. Man **läuft Gefahr**, nicht als „richtiger" Mann oder „richtige" Frau oder als „gute" Mutter oder „guter" Vater anerkannt zu werden. Manche Frauen haben auch Angst, für unweiblich gehalten zu werden, wenn sie sich durchsetzen. Und es gibt eine andere Angst: Früher fand jeder Sicherheit in seiner Rolle. Wenn Frauen das Haus zum Arbeiten verlassen, machen sie sich Gedanken: Wer macht das Essen, die Einkäufe, die Wäsche? Wer kümmert sich um die Kinder? Und auch: Werden mein Mann, meine Kinder nicht darunter leiden? Und überhaupt: Werde ich die Doppelbelastung schaffen?





Einmal Großstadt und zurück! Erfahrungen der Schülerinnen des Abiturjahrgangs 1979

Die meisten Ostbelgierinnen verließen zum ersten Mal die DG für ihr Studium. Das war zweifelsohne mit Ängsten verbunden, aber nicht, weil sie sich als Frau bzw. als Frau aus der DG nicht wohlgefühlt hätten. In der neuen Umgebung fühlten die Mädchen sich anfangs vielleicht unsicher, aber keinesfalls minderwertig. Das Verlassen der DG habe oftmals auch einen Kulturschock bedeutet, das Verlassen einer „Komfort-Zone."[50] Andererseits gewann man mehr Freiheit. Die Rede war sogar von der Befreiung aus einem „katholischen Dunstkreis".[51] Sowohl in Deutschland als auch in Belgien genossen sie als deutschsprachige Belgierinnen eine Art Exotenbonus. Sie mussten des Öfteren erklären, warum sie Deutsch sprachen oder warum sie nicht in Deutschland studierten.[52] Das hat sicherlich dazu beigetragen, dass sie sich ihrer eigenen ostbelgischen Identität bewusst wurden.

Die aus NRW stammende Wahleupenerin Frau Driessen erklärte, dass „50 Jahre Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft gereicht haben, um einen eigenen Charakter zu bilden aufgrund einer bestimmten Zugehörigkeit. Die Tatsache, dass man uns in Brüssel oder Lüttich kaum kennt und auch nicht versteht, schweißt zusammen".[53]

Die Fremdsprache hatte allerdings auch Nachteile. Einige brachen aus diesem Grund das Studium ab oder wechselten die Studienrichtung. Wenn ein Professor in der Prüfung sagt: „Sorgen Sie erstmal dafür, dass Sie ordentlich Französisch lernen, ehe Sie zu mir in die Prüfung kommen",[54] so eine Zeitzeugin, präge das junge Männer wie Frauen fürs Leben.

Eine tiefe Verwurzelung in Ostbelgien zeigte sich nach dem Studium. Die allermeisten kamen zurück nach Ostbelgien, um hier auch zu heiraten, zu arbeiten und zu bleiben. Eine viel kleinere Gruppe tat das nicht und hat sich in aller Herren Länder zerstreut. Heute sind sie oft Mitglied des Netzwerks „Ostbelgier in der Welt".

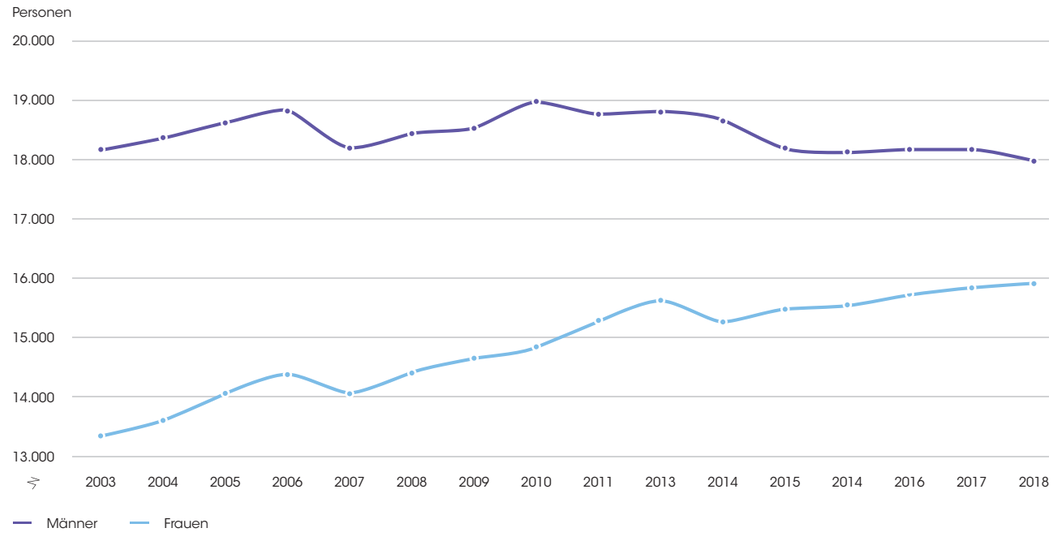
Teil 2: Frauen auf dem Arbeitsmarkt

„Nein, ich habe nie gearbeitet."[55] Dieses Zitat aus der Zeitschrift Daheim anno 1978 stammt von einer Dame, etwa 60 Jahre alt, Mutter von sieben Kindern, die zudem ihre eigene Mutter bis zu deren Tod versorgt hat. Sie sagt es mit dem Unterton einer Entschuldigung. Diese Frau hat in ihrem Leben offenkundig viel geleistet, dennoch hat sie in der Sprache der Verwaltung nie gearbeitet, sie hat keine Arbeit geleistet, die in unserer Gesellschaft volkswirtschaftlich gerechnet wird.

Bis Anfang der 1970er Jahre arbeiteten nur unverheiratete Frauen, um ihren eigenen Lebensunterhalt zu verdienen. Verheiratete Frauen übten nur einen Beruf aus, wenn dies mit „ihren Pflichten von Ehe und Familie" vereinbar war, der Ehemann musste damit einverstanden sein. Eine Zeitzeugin aus Eupen erzählte, dass ihre Mutter die ausdrückliche Genehmigung ihres Mannes brauchte, um während des Wochenendes arbeiten zu gehen, und er dies nur unter der Bedingung erlaubte, dass der Haushalt nicht darunter litt.[56]

Und es gab weitere Gründe, warum so wenige Frauen außer Haus arbeiteten. Für viele Berufe brauchte man ein eigenes Auto, was die wenigsten Frauen hatten. Vor allem aber waren Arbeitsplätze für Frauen rar, insbesondere in der Eifel. Nach und nach verbesserten sich die sozialwirtschaftlichen Rahmenbedingungen: Grenzüberschreitende Arbeit wurde leichter, Industriezonen und Betriebe kamen hinzu und der Automobilpark wuchs; in einem Interview nannte eine Zeitzeugin den Erwerb eines Führerscheins als eine der wichtigsten Bedingungen für Emanzipation. Immer mehr Mädchen besuchten auch nach dem 14. Lebensjahr weiterhin die Schule und absolvierten anschließend ein Studium. Der Alltag dieser Mädchen änderte sich und spielte sich nun größtenteils außerhalb des Dorfes ab.

Aktive Bevölkerung in der DG 2003-2018



1970 waren in Belgien nur 20 % der Frauen erwerbstätig. Bis 2002 stieg die Zahl kontinuierlich auf 56,2 % an. Immer mehr Frauen wollten einen Beruf ausüben und das im Studium erlernte Wissen auch anwenden. Auffallend ist, dass die Erwerbsquote der jungen Frauen unter 25 zwischen 1991 und 2002 um 18,9 % sank, was auf einen starken Anstieg einer längeren und höheren Ausbildung bei Frauen hinweist.[57] Auch hatte sich der Anteil erwerbstätiger älterer Frauen um etwa die Hälfte erhöht. Das hatte mit der Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters der Frauen im Jahr 2001 von 62 auf 65 zu tun und mit der Tatsache, dass Erwerbstätigkeit für Frauen selbstverständlich geworden war und sie ihre Berufstätigkeit seltener und weniger lang als früher unterbrachen. Alleinstehende oder geschiedene Frauen konnten es sich oft nicht leisten, früher aufzuhören. Diese Entwicklungen setzen sich fort bis heute.

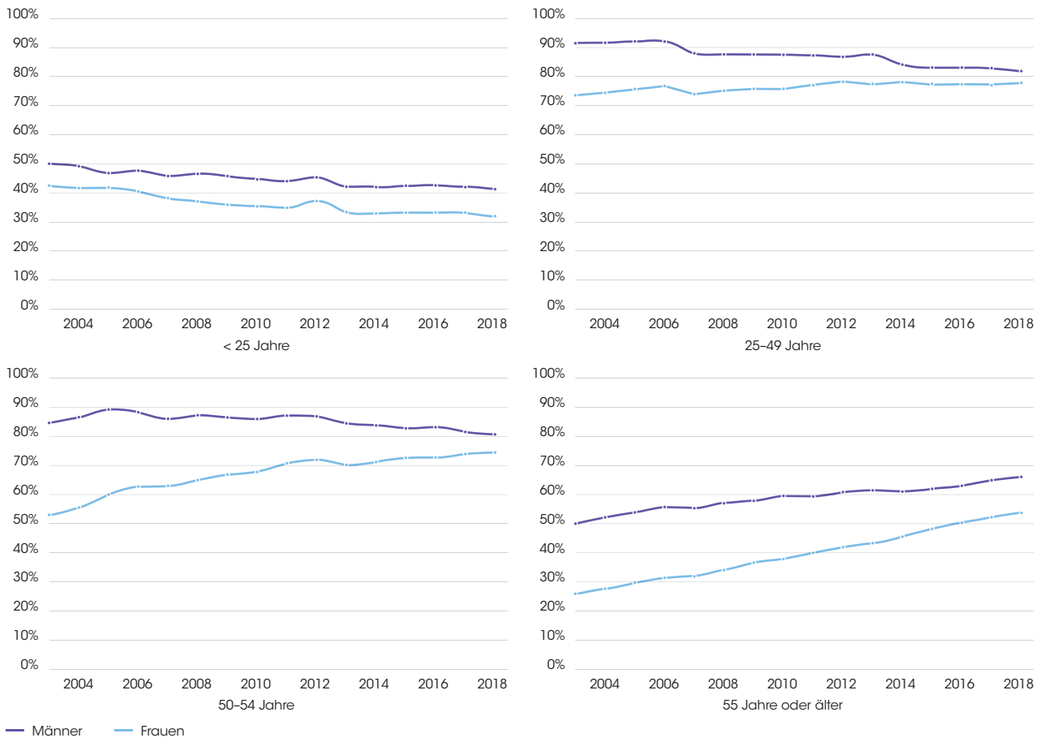
Die Erwerbstätigkeitsraten von Frauen und Männern nähern sich an

In der Altersklasse der unter 25-Jährigen ist die Aktivitätsrate sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen in den letzten 20 Jahren leicht gesunken, was auf mehr und längere Studienzeiten hinweist. In der Altersklasse zwischen 25 und 49 haben die Raten von Männern und Frauen sich kaum entwickelt, sind aber weiter aufeinander zugegangen. Frauen über 50 sind in den letzten 20 Jahren immer aktiver geworden. In allen Altersklassen arbeiten jedoch noch immer weniger Frauen als Männer.

Keine Gleichheit für Frauen auf dem Arbeitsmarkt

Heute mag fast die Hälfte der erwerbstätigen Bevölkerung weiblich sein, Gleichheit gibt es aber nicht. Frauen werden auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor benachteiligt, wenn auch weniger als zuvor. Die Ungleichheit zeigt sich etwa in den Zahlen zur Teilzeitarbeit (etwa 45 % der erwerbstätigen Frauen und 11 % der Männer), zur Inanspruchnahme von Elternurlaub (etwa 75 % der Anträge betreffen Frauen) oder in den Trennlinien, die durch die Berufe verlaufen. Im Dienstleistungssektor stellen die Frauen heute die Mehrheit der Beschäftigten (62 %), während sie im Sekundärsektor nur 16 % der Arbeitnehmer ausmachen.[58] Das spiegelt sich in den Löhnen und sozialen Rechten wider. Neben dieser vertikalen Trennlinie gibt es auch eine horizontale: Frauen sind auf den höheren Ebenen noch immer unterrepräsentiert. Ihre Aufstiegschancen steigen zwar, je qualifizierter ihre Ausbildung ist, doch ergreifen noch zu wenige Frauen zukunftsorientierte wissen-

Aktivitätsrate der Frauen und Männer in der DG nach Altersklassen 2003-2018



schaftliche und technische Berufe. Zur sogenannten gläsernen Decke streiten sich Soziologen und Aktivistinnen, ob Frauen blockiert werden, sie einen Aufstieg nicht ernsthaft wünschen oder es ihnen an Durchsetzungskraft fehlt. Unbestritten ist, dass Frauen in Entscheidungsgremien nach wie vor trotz regulierender Eingriffe der belgischen Regierung mit Genderquoten in der Minderzahl sind.[59] Heute arbeiten in Ostbelgien im öffentlichen Dienst verhältnismäßig viele Frauen in höheren Positionen (ÖSHZ, Gemeinden, Parlament ...). Vor 25 Jahren war die Situation eine ganz andere. Eine Zeitzeugin, die damals eine leitende Stelle in der Verwaltung übernahm, gibt unumwunden zu:

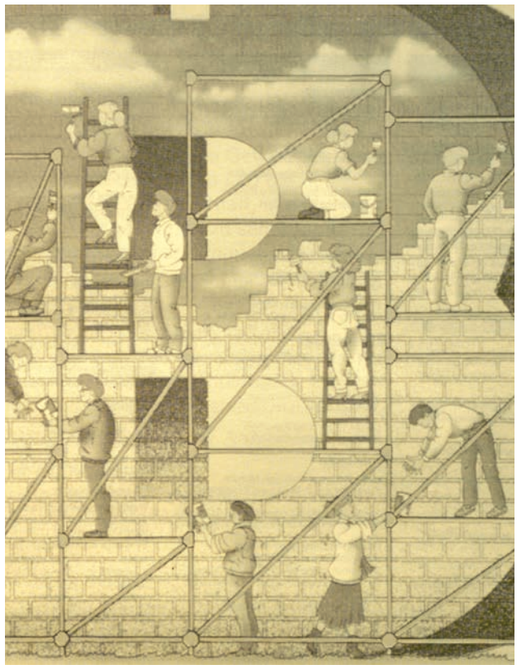
„Ja, ich habe kämpfen müssen als Frau! Und ja, damals war es noch schwierig für viele Männer, zu akzeptieren, dass eine Frau, zudem eine jüngere, das Sagen hatte."[60] *Im Nachhinein zeigt sie Verständnis: „Die Nachkriegsgenerationen waren nun einmal so erzogen worden und hatten es zu Hause auch so gelebt."*[61]

Die wenigsten Damen, die wir interviewt haben, erfahren die Tatsache, dass ihre Eltern ihre Berufswahl beeinflusst oder gelenkt haben, im Nachhinein als Bevormundung. Viel eher sind sie dankbar für die Möglichkeiten, die sie im Gegensatz zur Generation der Mütter oder zu weniger privilegierten Gleichaltrigen bekommen haben.[62]

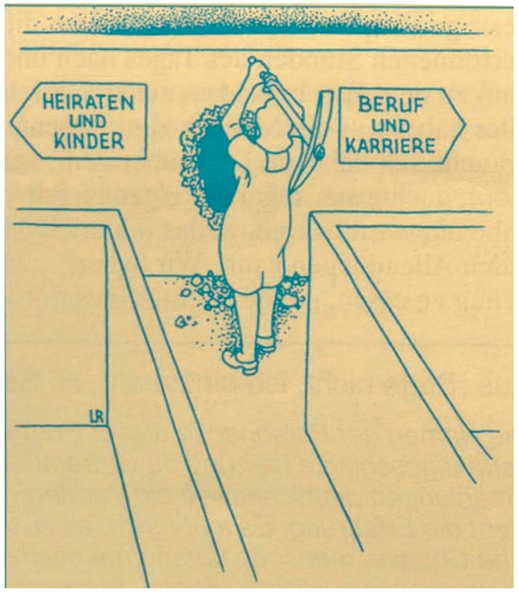
Teilzeitbeschäftigung ist in erster Linie Frauensache

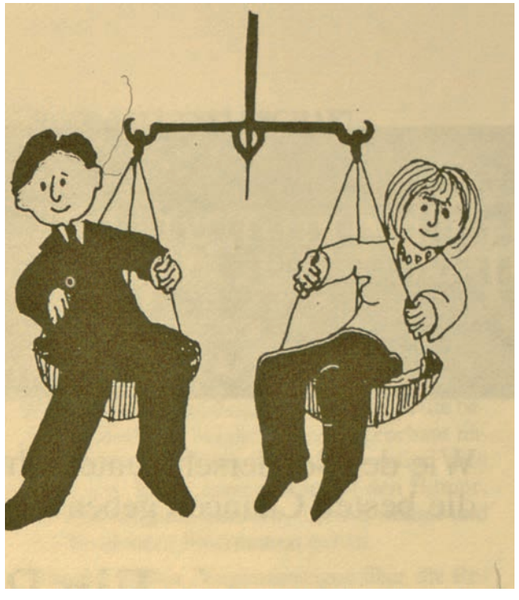
Der massive Eintritt von Frauen in den Arbeitsmarkt war hauptsächlich ein Teilzeiteintritt. Im Jahr 1983 arbeiteten in Belgien 20 % der erwerbstätigen Frauen in Teilzeit. Heute ist ein Großteil der Arbeitnehmerinnen aus Ostbelgien (70 %) teilzeitbeschäftigt, während die Teilzeitbeschäftigung bei Männern mit 16 % noch eher die Ausnahme darstellt. Im Vergleich zu den anderen Landesteilen arbeiten in Ostbelgien wesentlich mehr Frauen in Teilzeit: Im belgischen Durchschnitt sind nur 52 % der Arbeitnehmerinnen Teilzeitbeschäftigte.[63] Auch der Gesamtanteil der Teilzeitbeschäftigten (Männer und Frauen zusammengenommen) ist in der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit 45 % deutlich höher als im Landesdurchschnitt, wo er nur bei 37 % liegt. Bei Frauen ist Teilzeit meistens unverzichtbar, Männer hingegen nutzen diese Beschäftigungsform überwiegend eher als Sprungbrett, wenn sie in den Arbeitsmarkt eintreten oder bevor sie aus dem Erwerbsleben ausscheiden.

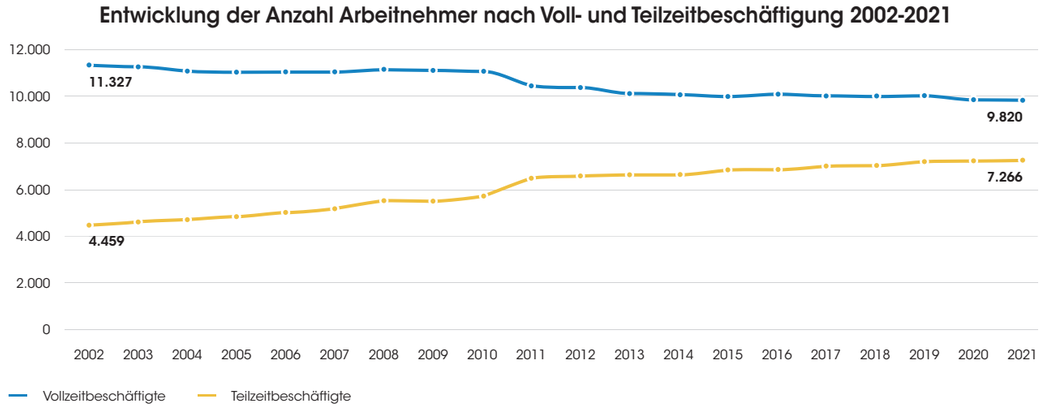
Erwerbstätige junge Mütter, insbesondere wenn sie einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen, müssen auch oft auf Weiterbildungsmaßnahmen verzichten, weil diese außerhalb der normalen Arbeits- und Kinderbetreuungszeit erfolgen.



Frauen „bauen" an ihrem Berufsbild. Kampagne der Frauenliga 1996.







Das erschwert ihre Aufstiegschancen. Heute hört man auch in der Debatte um den Fachkräftemangel, dass es Aufgabe der Politik, aber vor allem auch der Betriebe sei, durch eine bedarfsgerechte und familienorientierte Unternehmenspolitik einen entscheidenden Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu leisten. Die Idee ist nicht neu. Im Zuge eines Bestrebens des Arbeitsamtes Verviers, Frauen im Prinzip alle Berufe zugänglich zu machen, also auch solche, die bislang eine rein männliche Domäne waren, suchte die Industrie- und Handelskammer in Eupen bereits 1980 nach Betrieben, die einen Versuch in diese Richtung machen wollten.[64]

Wiedereinstieg

Eine weitere Hürde stellt sich für Frauen beim Wiedereinstieg in den Beruf nach der Babypause. Die meisten Mütter aus dem Zeitzeugenprojekt kehrten nach spätestens zwei Jahren auf den Arbeitsmarkt zurück, einige davon in einen anderen Beruf oder in weniger qualifizierte Jobs wegen der Kinder. „Ich wollte immer Mutter sein, ich wollte mich selbst um meine Kinder kümmern und darum habe ich den Beruf gewechselt“, so erzählte eine Zeitzeugin.[65] Bei einigen Frauen hatte der Wiedereinstieg finanzielle Gründe, andere wollten ihre Karriere weiter ausbauen[66] oder sich wieder mehr gesellschaftlich engagieren („zu Hause fällt einem die Decke auf den Kopf …“).[67] Einige Frauen waren gezwungen, nach ihrer Scheidung wieder zu arbeiten. Egal aus welchem Grund der Wiedereinstieg auch geschah, die größte Herausforderung dabei war, den Spagat zwischen Familie und Beruf zu schaffen.[68]

Was mache ich mit meinem Kind, wenn ich arbeiten gehe?

Arbeitende Mütter haben heute im besten Fall die Wahl zwischen der eigenen Familie (oft die Großeltern), externer Kinderbetreuung (Tagesmütter, Kinderkrippen) und einer Kombination von beidem. Vor 50 Jahren hatte man die Wahl nicht. Die Situation der Kinderbetreuung war 1970 in Ostbelgien dramatisch! Damals waren 6.648 Frauen, oder 21 % aller Frauen, berufstätig, und es gab 5.336 Kinder unter fünf Jahren. Es gab aber keine Krippe, keinen Hort und nur vereinzelte vom nationalen Kinderhilfswerk anerkannte Tagesmütter.[69] 1999 war die Zahl der Tagesmütter in der DG auf 30 im Süden und 40 im Norden der DG angestiegen. Insgesamt konnten sie 250 Kinder betreuen, was bei weitem nicht der ständig steigenden Nachfrage insbesondere wegen der steigenden Berufstätigkeit der Frauen entsprach. Seit Jahren plädierten die ostbelgischen Frauenvereine für die Schaffung eines Berufsstatuts für die Tagesmütter mit einer besseren Entlohnung und sozialen

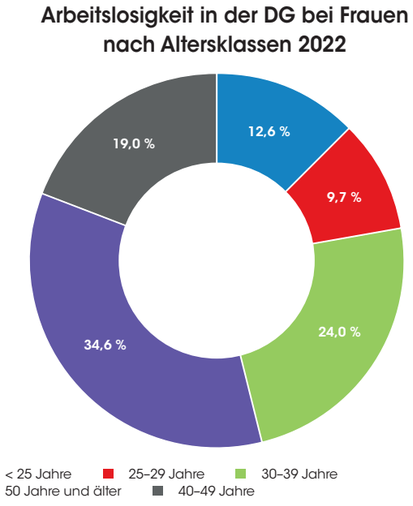


Absicherung, um den Beruf attraktiver zu machen. Außerdem arbeitete das Regionalzentrum für Kleinkinderbetreuung (RZKB), das seit 1984 besteht, an Alternativen zum Tagesmutterdienst.[70] Pläne zur Schaffung einer Kinderkrippe waren im Gemeinschaftsparlament, das eine klare Vorliebe für das Modell Tagesmutter hatte, auf die lange Bank geschoben worden. In diesem Zusammenhang hinterlegten die CSP-Mandatarinnen 1991 einen Dekretvorschlag zu vollwertigen Arbeitsverträgen für Tagesmütter.[71] 2015 lancierte die Vereinigung der Tagesmütter gemeinsam mit der Frauenliga und den Gewerkschaften eine Petition und Interpellation mit der Forderung nach finanzieller Sicherheit.[72] Die erste Kinderkrippe in Eupen wurde 1994 gegründet, in Sankt Vith im September 2015. 2022 werden über das RZKB 2.663 Kinder an 92 Standorten betreut, bei Tagesmüttern und in Kinderkrippen, bei Co-Tagesmüttern und in außerschulischer Betreuung. Tagesmütter sind zwar besser abgesichert, haben allerdings noch kein vollwertiges Statut.

Bei den von uns geführten Interviews stellten einige Frauen sich die Frage, ob unsere Gesellschaft nicht besser in Familien und Familienstrukturen investieren sollte als in Kinderhorte. Gedacht wurde dabei an eine bessere (finanzielle) Entschädigung für Elternurlaub und vor allem an die Beseitigung von Nachteilen für die Mütter, die ihre Karriere für Kinder unterbrechen. Der zugrunde liegende Gedanke war, dass es keine gute Entwicklung sei, wenn Eltern die Erziehung der Kinder immer mehr in die Hand von Fremden gäben und selbst weniger Verantwortung übernähmen.[73] Ob dies eine verbreitete Meinung in Ostbelgien ist, lässt sich auf der Grundlage unserer kleinen Stichprobe schwer sagen.

Sind Arbeitslosigkeit und Armut weiblich?

Im Juni 1972 bildeten im Bezirk des Arbeitsamtes Verviers die Frauen 32,4 % der Beschäftigten.[74] Bei den Vollzeitarbeitslosen jedoch waren 51,7 % Frauen! In ihrem Bericht „Dynamik des Stellenmarktes für weibliche Arbeitskräfte“ führte die CSC diese Schieflage auf die Starrheit des Arbeitsmarktes zurück, die sich insbesondere im Verhältnis zwischen der Anzahl an Stellengesuchen und der Anzahl an Stellenangeboten zeigte.[75] Der Anteil der Frauen unter den Erwerbslosen in der DG stieg bis 1980 auf 60 %, und im Dezember 1985 bezogen sogar fast doppelt so viele Frauen wie Männer Arbeitslosenunterstützung.[76] In den



nächsten Jahrzehnten stieg die Anzahl arbeitsloser Männer jedoch allmählich an, während die der Frauen fast kontinuierlich sank.[77] 1995 lag der Frauenanteil bei 62 %, 2005 noch bei 57 %.[78] Erstmals im Jahr 2016 waren in Ostbelgien mit 1.407 Frauen gegenüber 1.405 Männern beide Geschlechter im gleichen Maße von Arbeitslosigkeit betroffen.[79] Die gleiche Umkehrung der Verhältnisse gab es auch in den anderen Regionen des Landes, allerdings bereits sechs Jahre früher (2009). Auf nationaler Ebene lag der Frauenanteil an den Arbeitslosen 2020 bei 47,4 %, in der Deutschsprachigen Gemeinschaft bei 50 % (1.111 von 2.220).[80] Die Arbeitslosenraten pro Geschlecht nähern sich einander weiter an, auch wenn die Arbeitslosenrate der Frauen mit 6,6 % noch etwas über derjenigen der Männer (5,8 %) liegt.[81] Der Anteil der arbeitslosen Frauen über 50 ist besonders hoch und liegt bei 35 %.

Das Risiko zu verarmen war und ist nach wie vor für Frauen, insbesondere für alleinerziehende, teilzeitarbeitende oder nicht erwerbstätige Frauen, immer noch höher als für Männer. Frauen sind durchschnittlich auch länger arbeitslos, u. a. weil sie in Sektoren arbeiten, die strukturell schwach sind. Bei Wirtschafts- und Finanzkrisen treffen Sparmaßnahmen nicht selten die Frauen.[82] Hinzu kommt, dass das Durchschnittsgehalt für eine ganztags arbeitende Frau 2020 in Belgien noch immer sechs % unter dem ihrer männlichen Kollegen lag.[83]

Frauen droht insbesondere Altersarmut. 2009 wurde das gesetzliche Rentenalter für Männer wie für Frauen auf 65 Jahre festgelegt, und die Renteneintrittsbedingungen (Anzahl Dienstjahre) wurden strenger. Die Regierung Michel I erhöhte den Renteneintritt bis 2030 weiter auf 67 für Männer und Frauen. Dabei hat man – so die Kritik der Frauenbewegungen – übersehen, dass die Gleichbehandlung einer ungleichen Situation oft zu noch mehr Ungleichheit führt.[84] Die Renten sind nämlich eine Eins-zu-eins-Spiegelung der Situation auf dem Arbeitsmarkt. Diskriminierungen und Benachteiligungen, die während des Berufslebens bestehen, werden in der Rentenzeit wiederholt und sogar verstärkt. Schuld daran ist die belgische Berechnungsformel der Rente, denn die Höhe der Rente wird auf der Grundlage des während der gesamten Laufbahn erzielten Einkommens berechnet. Frauen sind dabei benachteiligt, weil sie wegen Laufbahnunterbrechungen für die Pflege von Kindern oder Familie nicht selten weniger Berufsjahre mit sich bringen und niedrigere Löhne haben.[85]

Teil 3: Frauen in der Politik

„Wollen sie nicht, können sie nicht oder lässt man sie nicht?“[86]

Rund um das Thema Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen tat sich demnach in den 1970er Jahren etwas – junge Frauen machten häufiger Abitur und traten in die Arbeitswelt ein. Auf politischer Ebene waren Ostbelgiens Frauen jedoch kaum vertreten. Dank des gesellschaftskritischen Klimas veränderte sich dann jedoch die Situation. So manch eine Frau stellte sich dezidiert politische Fragen wie: Ist die Politik nicht eine viel zu bedeutsame Angelegenheit, als dass sie den Männern allein überlassen werden sollte? Kann eine Frau die gleiche Position erreichen wie ihr männlicher Kollege? Bewegungen, wie zum Beispiel der Landfrauenverband, kämpften dafür, dass Frauen politisch aktiv werden sollten. Sie versuchten Hindernisse zu beseitigen, die der politischen Partizipation von Frauen im Weg standen. Dabei gab es unterschiedliche Argumente, warum es unerlässlich sei, dass auch Frauen Einfluss auf politische Entscheidungen hätten. Fuchs und Hoecker heben drei Kategorien als Grund politischer Partizipation von Frauen hervor: Gerechtigkeitsargumente, das Argument der Fraueninteressen sowie emanzipative Argumente. Das Gerechtigkeitsargument prangert die Monopolisierung eines Geschlechts an. Somit haben Männer und Frauen auch in der Politik die gleichen Rechte. Da Frauen und Männer unterschiedliche Interessen haben, müssen beide an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt sein. Die emanzipativen Argumente fordern das Ende der patriarchalen Machtstrukturen.[87]

Bei der ersten Wahl zum Rat der deutschen Kulturgemeinschaft 1974 stellten sich sechs Frauen zur Wahl, davon wurde eine Frau gewählt, Paula Pfeiffer (CSP).[88] Sie schied jedoch sechs Monate später wieder aus dem RdK aus und wurde durch einen Mann ersetzt.[89]

Bei den Gemeinderatswahlen 1976 umfassten die Wahlplakate kaum typisch weibliche Themen. Frauen als Kandidatinnen spielten noch eine untergeordnete Rolle. Immerhin wurden drei Frauen in ostbelgische Gemeinderäte gewählt, zwei in Raeren und eine in Sankt Vith.[90] Das Grenz-Echo führte für die Unterrepräsentation von Frauen zwei Gründe an: erstens, dass die Männer unter sich bleiben wollten, und zweitens, dass es schwerfiele, geeignete Frauen für die Betätigung in der Politik zu bewegen. Im Süden Ostbelgiens gelte noch mehr der alte Grundsatz, dass die Frau an den Herd gehöre und nicht ins Gemeindehaus.[91] Gründe für die Abwesenheit in der Politik sind außerdem in Ostbelgiens jüngerer Vergangenheit zu finden. Einige Zeitzeuginnen berichteten, dass die Kriegsvergangenheit in ihren Jugendjahren noch mehr oder weniger präsent in ihren Familien war. In einigen Häusern wurde Wert darauf gelegt, „deutschsprachig“ und „nicht deutsch“ zu sein.[92] In einer anderen Familie war die Politik ein Tabuthema und man hatte sich „in die Religion geflüchtet“.[93] Die Autonomiegeschichte wurde aus den Diskussionen in den Elternhäusern wahrgenommen, sowohl pro als auch kontra.[94]

Betrachtet man die politische Lage Anfang der 1980er Jahre, so näherten sich die Themen „Frauen“ und „Politik“ an. Eine SP-Kandidatin für die Provinzialwahlen 1981 trat mit dem Slogan an: „Da Politik auch die Frauen angeht, sollen die Frauen auch mitbestimmen, wie Politik sein



soll.“[95] Andere Kandidatinnen konzentrierten ihre Wahlwerbung eher auf die Parteiunterstützung als auf Frauenthemen.[96] Dennoch gab es weiterhin keine Parlamentarierin und keine Ministerin in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Bei der RDG-Wahl 1986 war jeder fünfte Kandidat eine Frau. Die Kandidatinnen waren im Schnitt jünger als die Kandidaten. 60 % der Kandidatinnen waren berufstätig. 44 % der Kandidatinnen waren alleinstehend, bei den Kandidaten waren es 25 %.[97] Das Durchschnittsalter der Frauen lag bei 38,5 Jahren, das der Männer bei 42,4 Jahren. Es war jedoch nur die liberale Partei, die einer Frau einen aussichtsreichen Listenplatz gab. Marie-Hélène Düsseldorf (PFF) wurde die erste Frau im Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft und war die einzige Politikerin der Legislaturperiode 1986-1990.[98] Rückblickend stellte Düsseldorf fest, dass sich „frau die Stimmen sehr hart erkämpfen musste!?“.[99] Bei ihrer Jungfernrede im RDG seien die „Ratsmitglieder besonders aufmerksam“ gewesen und die Begrüßung im Rat wurde durch „Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kollegin, werte Kollegen“ ersetzt.[100]



Foto der weiblichen Ratsmitglieder des RDG (1999-2004). V.l.n.r. untere Reihe: Benker-Schaus Christa (Ecolo), Schwall Dorothea (PJU-PDB); obere Reihe: Heinen-Knaus Moni (CSP), Meskens-Keller Karin (PFF), Hilligsmann Marie-Louise (CSP), Meessen Andrea (Ecolo), Thiemann-Heinen Gabriele (CSP), Stoffels Resi (SP).

Die weibliche Partizipation wurde von der Presse und von den Parteien als Besonderheit thematisiert, demnach hatte die politische Gleichstellung in den 1980er Jahren noch einen Weg vor sich. Die SeP hatte mit ihrer Spitzenkandidatin für die Provinzialwahlen 1985 etwas „Ungewöhnliches“ zu bieten, und das Grenz-Echo karikierte die weiblichen Vorzüge der Kandidatin.[101] Die PDB widmete ihren Kandidatinnen 1986 eine eigene Rubrik in ihrer Wahlzeitung,[102] und für die SP war die Frau „ein Partner auf allen Ebenen“.[103]

Was war die Motivation der Frauen, was wollten sie in dieser „bisher sehr männerorientierten Domäne“?[104] Häufig lautete die Antwort, dass sie gleichgestellt und nicht als Minderheit abgestempelt werden wollten. Sie wollten auf andere Prioritäten aufmerksam machen, eine familienfreundlichere Politik fördern und mitentscheiden. Sie wollten sich politisch engagieren, damit die Meinungen und Ansichten von Frauen berücksichtigt werden.[105] Frauen interessierten sich für den sozialen Bereich, wollten jedoch nicht nur auf frauenspezifische Schwerpunkte beschränkt werden. Viele Frauen äußerten die Sorge, dass die weibliche Dimension zu kurz komme, wenn nur Männer das Sagen hätten. Dieser Wandel könne nicht von einzelnen Alibifrauen erreicht werden, sondern nur von vielen motivierten Frauen. Durch ihre Kandidatur wollten sie außerdem anderen Frauen Mut machen, ebenfalls politisch tätig zu werden.[106] Sich im Klaren darüber, dass die Frauenpolitik nur überzeugen und etwas erreichen konnte, wenn sie sich nicht gegen eine andere Gruppe richtete, legten sie Wert darauf, als Partnerinnen und nicht als Konkurrentinnen der Männer angesehen zu werden.[107] Auch wenn sie sich als „Frauengruppe“ identifizierten, blieben die Kandidatinnen in ihren Äußerungen vorsichtig und wehrten sich gegen die Bezeichnung „Emanze“, um die potenziellen männlichen Wähler und Parteikollegen nicht zu vergraulen. Manch eine Frau ärgerte sich darüber, dass sie sich rechtfertigen musste, politisch aktiv zu sein: „Fragt mal, warum ein Mann in die Politik geht.“[108]

Vergleicht man die abgegebenen Vorzugsstimmen, fällt auf, dass Frauen bedeutend weniger Stimmen erhielten als Männer.[109] Aber weshalb? Dies konnte an den schlechteren Listenplätzen liegen, die den Frauen gegeben wurden. Die Angst vor weiblicher Unsolidarität war in den verschiedenen Wahlperioden präsent, denn Frauen wählten aus emotionalen Beweggründen nicht unbedingt Frauen. Entweder weil die Kandidatinnen von Wählerinnen der Kollaboration mit der „nur an sich denkenden Männerwelt“ bezichtigt wurden[110] oder weil sie dachten, „die sollten sich besser um ihren Haushalt und ihre Kinder kümmern“.[111] Deswegen wurde immer wieder von den Frauenbewegungen dazu aufgerufen, den Kandidatinnen den Rücken zu stärken und Frauen zu wählen.[112]

Bei den Gemeinderatswahlen 1988 wurden in Belgien 14 % Frauen gewählt.[113] Dies zeigte einen Schritt in Richtung eines größeren Geschlechtergleichgewichts. Dieser Trend ging bei der RDG-Wahl 1990 zurück, denn die Anzahl der kandidierenden Frauen hatte sich im Vergleich zu 1986 verringert und die Listenplätze waren – abgesehen von Ecolo[114] – weniger attraktiv für die Kandidatinnen.[115] Dennoch schafften drei Frauen den Sprung in den Rat, eine von der PJU-PDB und zwei von Ecolo, den Oppositionsparteien. Damit stieg der Druck auf die traditionellen Parteien, ihre „patriarchalische[n] Partei- und Machtstrukturen“ neu zu überdenken.[116] Kritisiert wurde, dass sich die traditionellen Parteien im Umgang mit den Frauen schwertaten. Gründe dafür waren in den Augen der ersten Frau im RDG „allzu viele alteingesessene Parteipatriarchen“ und eine „dominante Graue-Schläfen-Generation“, die den Vorstoß von Frauen verhinderten.[117]

Am 24. Mai 1994 wurde das Smet-Tobback-Gesetz[118] verabschiedet. Dadurch durften bei den Kommunal-, Provinz- und Legislativwahlen ab Oktober 1994 nicht mehr als zwei Drittel der Listenplätze von Kandidaten desselben Geschlechts besetzt werden.[119] Der Prozess weiblicher Beteiligung an der Politik sollte durch diese Quote beschleunigt werden. Damit entstand die pejorativ behaftete Bezeichnung „Quotenfrau“. Viele Frauen wehrten sich gegen diesen Begriff, denn die Frauen, die sich politisch engagierten, hätten ein gesundes Maß an Motivation.[120] Im Zusammenhang mit der Quotenregelung kann man von einer positiven Diskriminierung sprechen. Frauen konnten fortan nicht mehr von den männergeführten Parteien ignoriert werden – selbst wenn diese sich „auch für die Situation der Frau einsetzen können, ohne Frauen auf ihren Listen zu haben“.[121]

Die Diskussion über die politische Stellung der Frau blieb weiterhin Thema. Ganz nach der Devise „um das politische Interesse bei Frauen zu wecken, muss man sie suchen, sie ansprechen, ihnen Begleitung und politische Weiterbildung anbieten“,[122] wurden verschiedene Fortbildungskurse für politisch Interessierte in Ostbelgien organisiert. Bildungsschwerpunkte waren u. a. die Stellung der Frau in der (Gemeinde-)Politik, Informationen zu den Aufgabenbereichen der Gemeinde sowie die Förderung und Stärkung der Frauen für ein politisches Mandat (Selbstbehauptung, Redetraining, Stellungnahmen formulieren, Unterlagen erstellen).[123] Die christliche Frauenliga gründete mit der „politischen Arbeitsgruppe“ einen Ort des politischen Austauschs und der Meinungsbildung.[124] Außerdem bezweckte die Frauenliga mit ihrem Fortbildungskurs „Frauen stellen sich zur Wahl“, dass mehr Frauen sich für Politik interessierten, sich in das politische Geschehen einmischten und es mitbestimmten.[125]

Bei den Kommunalwahlen 1994 war eine weitere Entwicklung zu erkennen, es wurden 21 Frauen in Ostbelgien gewählt (1988 waren es acht), was einem prozentualen Anteil von 12,9 entsprach.[126] Außer in Lontzen waren nun in jedem Gemeinderat Frauen vertreten. Doch hatten Frauen auch verantwortungsvolle Stellen bekommen? Wurden die Frauen von den Männern ernstgenommen? Waren sie in der „Männerwelt der Politik“[127] (un)erwünscht? Nachdem mehrere Frauen in Ostbelgiens Gemeinderäte eingezogen waren, wurde der männliche Umgang mit den neuen Ratskolleginnen thematisiert. Laut Ratsfrauen aus Büllingen und Bütgenbach gab es keine Probleme mit männlichen Kollegen,[128] und die Männer im Rat seien „sehr höflich“[129] gewesen. Außerdem sei der Umgangston nicht mehr so rau, seitdem eine Frau mit im Rat sei, so ein Ratskollege.[130]

In den 1990er Jahren war die Parteizugehörigkeit für die Politikerinnen nicht ausschlaggebend, sondern sie wollten solidarisch überparteilich an einem Strang ziehen.[131] Der Tenor war, dass sie für ein gemeinsames Ziel kämpfen und zusammenstehen sollten.

Grundsätzlich gab es einen positiven Trend bei der Repräsentation von Frauen in der ostbelgischen Politik, und eine Entwicklung im politischen Bewusstsein der Frauen war zu erkennen. Frauen woll(t)en mehr Einflussnahme, mehr Mitsprache- und Mitentscheidungsrecht. Sie seien durch ihr

„Sich-Einmischen in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, in der Frauenbewegung, in sozialen [sic] und in der Friedensbewegung zu einem politischen Machtfaktor geworden“,[132]

so die Monatszeitschrift der Christlichen Frauenliga im Juni 1995. Weiter hieß es kämpferisch, dass die Jahrhunderte des politischen Ausschlusses von Frauen endgültig vorbei seien und kein Staat mehr ohne Frauen zu machen sei.[133]

1995 verdoppelte sich die Anzahl der weiblichen Mitglieder im RDG, und es saßen fortan sechs Frauen im Rat, was 24 % entsprach.[134] Das Smet-Tobback-Gesetz erschien als zentrales Element, um den Frauenanteil zu erhöhen, und hat das Wahlverhalten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft beeinflusst. Bei den RDG-Wahlen von 1999 gab es 38 % Kandidatinnen, die 24,8 % der Vorzugsstimmen erhielten.[135] Insgesamt wurden acht Frauen in den RDG gewählt, was 32 % entsprach.[136] Dies mag an der steigenden Anzahl an Kandidatinnen und an den attraktiveren Listenplätzen für Frauen gelegen haben.[137] Am erfolgreichsten waren die Kandidatinnen von Ecolo und PJU-PDB. Je mehr Frauen sich politisch engagierten, desto geringer waren auch die Vorurteile ihnen gegenüber.[138] Allerdings konnten Frauen bisher erst wenige führende Positionen in der Politik einnehmen.[139] Nach Einführung der Quotenregelung wurde es schwieriger, Kandidatinnen zu finden. Es stellte sich die Frage, warum Frauen nicht aktiver am politischen Geschehen teilnahmen. Hatten Frauen zu hohe Ansprüche an sich selbst? Häufig werden das Argument der Familienpflichten und der Faktor Zeitmangel als Erklärung für den geringeren Anteil weiblicher Partizipation angeführt. Ende der 1990er Jahre war die gesellschaftliche Situation noch nicht so, dass Männer die Rolle der weniger präsenten Frau und Mutter in der Familie voll ersetzen konnten.[140]



Wahlwerbung für die Gemeindewahlen vom 8. Oktober 2000.

Das Argument der Gleichheit zwischen den Geschlechtern wurde auch Anfang der 2000er Jahre noch für eine paritätische Verteilung in der Politik genutzt. In der Gemeinde Bütgenbach wurde zum Beispiel für die Kommunalwahlen 2000 eine reine Frauenliste geschaffen,[141] die sich jedoch nicht durchsetzen konnte. In der CSP-Informationszeitung warb die Lokalsektion Kelmis mit einer „Chance für Alle [sic], ob jung, alt oder Frau“.[142]

Nach der Genehmigung des Smet-Tobback-Gesetzes waren Frauen bei politischen Entscheidungsprozessen noch immer in der Minderheit. Die Ideallösung lag in einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Frauen und Männern. Es musste erst eine gesellschaftliche Bewusstseinsveränderung stattfinden, bevor die Frauen sich in der Politik engagieren konnten. Das war nach der Jahrtausendwende der Fall. Alle Regionen beschlossen daher 2002 die Paritätspflicht für alle Wahllisten, das heißt, dass bis auf eine Einheit die gleiche Anzahl an Männern wie an Frauen vertreten sein musste.[143] Somit standen den Frauen alle aussichtsreichen Positionen in der Politik offen. Innerhalb der Bevölkerung wurde die Frauenquote differenziert betrachtet. Die Quote habe nicht nur Vorteile gebracht und bringe den Frauen nicht die Anerkennung, die sie verdienten, da sie den Vorwurf riskierten: „Du hast den Posten nur wegen der Frauenquote.“[144] Außerdem hätten auch Frauen kandidiert, nur um die Quote zu erfüllen, so lautete der Tenor der Interviewpartnerinnen.[145] Wenn die Auswirkungen der klassischen Rollenverteilung, wie sie nach wie vor noch in vielen Bereichen vorhanden seien, nicht aus dem Weg geräumt würden, werde die Frauenquote auch nichts helfen.[146]

Im Zuge der besseren Beteiligung von Frauen wurde die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft 2004 um ein viertes Ministeramt erweitert. Dieser zusätzliche Ministerposten sowie die damit einhergehenden Kosten sorgten für viel Diskussionsstoff.[147] Auf Karnevalsumzügen wurde die Bevölkerung zum Schmunzeln angeregt.[148] Isabelle Weykmans (PFF) wurde 2004 erste ostbelgische Ministerin. Für Weykmans stellte die Tatsache, dass sie eine Ministerin ist, schon eine Veränderung an sich dar, da Frauen eine andere Vorgehensweise hätten als Männer.[149] Als einzige Dame in der Regierung agierte sie nach der Devise „mit Charme und Härte“.[150] Marion Dhur (CSP) wurde 2017 als erste Bürgermeisterin Ostbelgiens vereidigt. Seit 2020 ist die Hälfte der Ministerposten mit Frauen besetzt. Damit hat ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung politischer Gleichberechtigung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft stattgefunden.



Wenn man aus heutiger Sicht die eingangs zitierte Frage „Wollen sie nicht, dürfen sie nicht oder lässt man sie nicht?“ betrachtet, so lässt sich resümieren, dass Dhur und die beiden Ministerinnen Weykmans und Klinkenberg in einer langen Reihe von Frauen stehen, die hierauf eine eindrucksvolle Gegenantwort gegeben haben. Mit großem Engagement und mitunter auch starkem Durchsetzungsvermögen haben sie über die vergangenen fünf Jahrzehnte dafür gesorgt, dass heute Frauen selbstverständlich am politischen Leben teilnehmen und wichtige politische Posten innehaben.

SCHLUSSFOLGERUNG

Es gibt „die Frauen“ nicht, auch nicht in Ostbelgien. Es gibt nur individuelle Erlebnisse, Erkenntnisse, Kämpfe, Ängste, Erfolge des eigenen Frauseins. Trotzdem erfolgte diese Klassifizierung in einem soziologischen Gefüge. Veränderung stellte sich erst in den letzten 50 Jahren ein. Diese Veränderungen erleichterten den Frauen ihre emanzipatorischen Wünsche und Bestrebungen, wie etwa liberalere gesellschaftliche Entwicklungen oder ethische Reformen, einzubringen. Bremsten sie, wie etwa negative Aspekte des Scheidungsrechts oder der Rentenreform, allerdings auch aus.

Gleichsam beteiligten sich die Frauen selbst daran. Jede auf ihre Weise. Den emanzipatorisch Veranlagten – häufig im Umfeld der verschiedenen Frauenbewegungen in Ostbelgien – geht die Entwicklung wohl nicht weit genug. Die meisten Frauen aber haben an der Seitenlinie gestanden und die emanzipatorische Entwicklung beobachtet und teilweise miterlebt. Auf die Barrikaden gegangen sind sie nicht. Reformation ja, Rebellion nein, wenngleich – individuell gesehen – die Auflehnung von Frauen gegen alte Strukturen viel Kraft erforderte und entsprechende Ängste verursachte. Ihre Überwindung eröffnete Chancen. Sie zu ergreifen, hing vom eigenen Willen und der eigenen Kraft ab, in einem Rahmen wirtschaftlicher und politischer Gegebenheiten, die es noch stets zu verbessern gilt.



Zu sagen, dass das Leben der Frauen anders ausgesehen hätte, wenn sie nicht in Ostbelgien gelebt hätten, wäre Spekulation. Sicher ist, dass Politik und Wirtschaft in der DG Hilfestellungen bieten, sind doch die Wege kurz und die Bereitschaft vorhanden, Forderungen weiblicher Lobbyisten zeitnaher als anderswo entgegenzukommen. Denken wir an die Gründung des Frauenhauses, die Familienpolitik, die Unterstützung der DG-Politikerinnen für die Tagesmütter, Brustkrebsscreening und so weiter. Andererseits gibt es in einer eher traditionell eingestellten ländlicheren Gemeinschaft wie Ostbelgien sozialraumspezifische Auffassungen über Familie und außer Haus arbeitende Mütter, Frauen in Chefetagen und in der Politik usw., die emanzipatorische Tendenzen ausbremsen. Für mehrere Damen aus dem Zeitzeugenprojekt Jahrgang 1961 hatte das Aufbrechen der Geschlechterrollen Grenzen. „Frauen und Männer sind nun einmal (anatomisch) unterschiedlich“ und „Emanzipation heißt nicht, dass Frauen ihre Weiblichkeit aufgeben müssen und auftreten wie ein Mann, um Respekt zu verdienen“,[151] sind nur einige Aussagen in diesem Sinne.

Die Endbilanz ist aber positiv. Auch in Ostbelgien sind Frauen mündiger und selbstbewusster geworden, und ihr Selbstbild hat sich geändert. Auf die Frage, was Emanzipation ist, antwortete eine Zeitzeugin sehr dezidiert: „Alles, was dafür gesorgt hat, dass Frauen selbstständiger geworden sind.“[152] Und eins ist klar, die Erfolgsstorys von und für Frauen – individuell oder institutionell – stärken den Standort Ostbelgien.

Endnoten

1 Vgl. Interview mit Ruth Driessen, ehemalige Leiterin des Frauenfluchthauses in Eupen, 10.5.2022, und EU10.
2 Die Interviewpartnerinnen aus dem Zeitzeugenprojekt der Abiturientinnen 1979 haben sich dafür entschieden, anonym zitiert zu werden. Jede Person wurde mit einem Code versehen. Der Leser weiß nur, ob es sich um eine Abiturientin aus Sankt Vith (STV) oder aus Eupen (EU) handelt.
3 Zeitzeugin STV2.
4 Vgl. Das Paar heute, in: Frauenliga, Offenes Fenster. Die Zeitschrift der modernen Frau (künftig: Offenes Fenster), Mai 1979.
5 Im Zweiten Weltkrieg waren etwa 3.200 junge Männer gefallen, was bei einer 60.000-Einwohner-Region einen großen demografischen Impact hatte.
6 Zeitzeugin STV1.
7 Siehe dazu auch Claudine Marissal, Moeders en vaders. Geen vanzelfsprekende gelijkheid. België, 19de-21ste eeuw, Brüssel 2018.
8 Zeitzeugin STV2.
9 Zeitzeuginnen EU6 und EU8.
10 Zeitzeugin STV3.
11 Zeitzeuginnen EU7 und EU8.
12 Cäcilia Thomé, Maria Pfeiffer, „Mädchen zu Hause“ – ohne Zukunft, Endarbeit zur Erlangung des Graduates in Arbeitssozialwissenschaften, Institut supérieur de culture ouvrière/Volkshochschule der Ostkantone, Eupen 1978, S. 9 ff.
13 Ernst Servais, Menschen, die ich nicht vergessen will, Eupen 2017, S. 148 f.
14 Ebd. Siehe dazu auch die Gender-Interviews in der virtuellen Ausstellung „Zeitschichten“, https://www.zeitschichten.be/de (12.5.2023).
15 Achim Meyer, Nathalie Peters, Lothar Klinges, Happy Birthday, KLJ. 40 Jahre Katholische Landjugend in Ostbelgien, Eupen 1995, S. 35.
16 Servais, Menschen, S. 149.
17 Fina Keifens, Bezirksleiterin der Katholischen Landjugend (1979-1984) und aktiv im Seelsorgerat Ostbelgiens.
18 Zeitzeugeninterview von Carlo Lejeune mit Fina Keifens https://www.zeitschichten.be/de/documents/499 (09.5.2023).
19 Belgisches Institut für Statistik, Entwicklung der Zahl der geschiedenen Personen pro 10.000 verheiratete Personen in Belgien, nach Geschlecht und Alter (1961-2000), NIS, Bevolkingsstatistieken en CBGS-berekeningen, https://publicaties.vlaanderen.be/view-file/2207 (12.5.2023).
20 Die wichtigsten belgischen Scheidungsgesetze sind die vom 1.6.1974, 30.6.1994 und 27.4.2007.
21 Familienrechte: Fortschritt und Hintergrund, in: Frauenliga, anna-lyse (künftig: anna-lyse), Nr. 146, Dezember 2013, S. 9.
22 Ostbelgienstatistik, Partnerschaften in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, https://ostbelgienstatistik.be/desktopdefault.aspx/tabid-7141/11743_read-64671 (12.5.2023). Nachdem sich die Coronakrise im Jahr 2020 deutlich auf die Zahl der Eheschließungen ausgewirkt hatte (217), ist die Zahl mit 267 im Jahr 2020 auf das Niveau der Vorjahre gestiegen. Von den 267 Eheschließungen waren drei gleichgeschlechtlich.
23 Zeitzeugin EU9.
24 Zeitzeugin EU3.
25 Zeitzeugin EU9.
26 DG: Wir bauen auf Familie. Politisches Gesamtkonzept für die Deutschsprachige Gemeinschaft 2011, S. 12, https://ostbelgien-live.be/PortalData/2/Resources/downloads/familie/2012.07_-_FAMILIENKONZEPT_-_ENDFASSUNG.pdf (09.5.2023).
27 Statbel; Belgien in Zahlen: https://statbel.fgov.be/de/nachrichten/muetter-sind-bei-der-geburt-ihres-kindes-im-durchschnitt-31-jahre-alt (12.5.2023).
28 Vgl. Patrick Küpper, Regionalentwicklung unter veränderten Vorzeichen. Szenarien der demographischen, wirtschaftlichen und infrastrukturellen Entwicklung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Trier 2006, S. 87 f.
29 1995 lebten durchschnittlich 2,49 Personen in einem Privathaushalt; am 1. Januar 2022 waren es 2,24 Personen. Statistikportal der deutschsprachigen Gemeinschaft, Aktualisierung vom 19.7.2022. https://ostbelgienstatistik.be/desktopdefault.aspx/tabid-7321/12049_read-66114/ (12.5.2023).
30 DG: Wir bauen auf Familie, S. 12.
31 Werner Mießen, „Jin – Jang oder die Koedukation“, aufgeführt auf dem „Kulturellen Abend“ am Collège Patronné, 26.5.1989.
32 Vgl. M. Smets-Peeters, M. Terryn, Die Schulbücher, in: Offenes Fenster, Januar 1977, S. 5.
33 Vgl. Gleiche Unterrichts- und Berufschancen für Jungen und Mädchen, in: Landfrauenverband, Daheim, Monatszeitschrift des Landfrauenverbandes, 9.6.1971, S. 7 f.
34 Vgl. Renée Van Mechelen, Mädchen dürfen zwar studieren, aber..., in: Daheim, 9.6.1974, S. 4.
35 Vgl. Eurybase, Organisation des Bildungssystems in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, 2009/2010, S. 30 f., https://ostbelgienstatistik.be/PortalData/22/Resources/downloads/studien_und_analysen/publikationen/Organisation_des_Bildungssystems_in_der_Deutschsprachigen_Gemeinschaft_Belgiens__2009-2010.pdf (13.10.2023).
36 Vgl. Zu einer gemischten Schule? in: Offenes Fenster, Februar 1978, S. 8.
37 Bruno Kartheuser, Hubert Jenniges, Josef Dries, Eine Schule in ihrer Zeit, Sankt Vith 1981, S. 125.
38 Vgl. ebd.
39 Werner Mießen, „Jin – Jang oder die Koedukation“.
40 Vgl. Allan Bastin, Der lange Weg zur Koedukation – Geschlechtertrennung in der Oberstufe bereits 1969 aufgehoben, in: Grenz-Echo, 7.2.2019, S. 4.
41 Bernadette Pauels, in: Jugendbund „Jugend unter sich“, Jugendzeitschrift Pfeil, 1979, Nr. 1, S. 35.
42 Siehe dazu: Jetzt hat auch Ostbelgien seinen Frauenrat, in: Grenzgeschichte DG, Februar 1988, http://www.grenzgeschichte.eu/Zaungast/Februar1988/Frauenrat.html (12.5.2023).
43 Jacqueline Stich, in: Gewalt gegen Frauen nimmt in der DG nicht ab, in: Grenz-Echo, 28.11.2019.
44 Vgl. Wir haben abgetrieben, in: Stern, 6.6.1971; Le manifeste des 343, in: Nouvel Observateur, 5.4.1971 (Petition für die Legalisierung der Abtreibung in Frankreich).
45 Zeitzeugin STV3.
46 Zeitzeugin EU7.
47 Zeitzeugin EU1.
48 Zeitzeugin STV1.
49 Yvonne Knibiehler, La Révolution maternelle depuis 1945, Paris 1997, S. 299.
50 Zeitzeuginnen EU6, EU7 und STV2.
51 Zeitzeugin EU7.
52 Zeitzeuginnen EU10 und STV2.
53 Interview Ruth Driessen.
54 Zeitzeugin EU10.
55 M. Geuens, Für eine neue Wertschätzung der Familienarbeit, in: Daheim, Januar 1978, Seite 3 ff.
56 Zeitzeugin EU1.
57 Vgl. Küpper, Regionalentwicklung, S. 98 f.

58 Vgl. Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft (ADG), Arbeitnehmer (30.06.2021), https://adg.be/desktopdefault.aspx/tabid-5401/9347_read-50710/ (13.10.2023).
59 2011 waren von den 50 % Frauen in Belgien nur 8 % in Verwaltungsräten anzutreffen. Das Gesetz vom 28. Juli 2011 führte Frauenquoten in den Verwaltungsräten börsennotierter Unternehmen und öffentlicher Wirtschaftsunternehmen ein. Ein königlicher Erlass vom 2. Juni 2012 legte Frauenquoten für die hohen föderalen Beamten fest, wonach mindestens jeder dritte Spitzenbeamte eine Frau sein muss.
60 Zeitzeugin STV4.
61 Zeitzeugin STV4.
62 Zeitzeugin EU10.
63 Vgl. ADG, Arbeitnehmer, https://adg.be/desktopdefault.aspx/tabid-5401/9347_read-50710/ (13.10.2023).
64 Vgl. Staatsarchiv Eupen (künftig: SAE), Bestand Bezirkskommissariat Malmedy, SAE 3-091, Nr. 4787, Schreiben vom 30.4.1980.
65 Zeitzeugin EU11.
66 Zeitzeugin EU9.
67 Zeitzeugin EU9.
68 Zeitzeugin STV1.
69 Vgl. Kindertagesstätten, Soziales Notstandgebiet?, in: Offenes Fenster, November 1976, S. 3.
70 Vgl. Danielle Schoffers, Kindertagespflege in Ostbelgien. Daten, Fakten und Informationen, [2019], https://www.rzkb.be/kinderbetreuung-3-12-jahre (12.5.2023).
71 Vgl. Ein Statut für Tagesmütter, in: Offenes Fenster, 7/8 (1991).
72 Vgl. Eine Nikolaus-Überraschung für Minister Antoniadis, in: anna-lyse, 53 (2015), S. 7 f.
73 Zeitzeugin EU10.
74 19.633 Frauen auf 60.502 Erwerbstätige.
75 Im Dezember 1972/1973 gab es insgesamt 223 offenen Stellen, davon 192 für Männer und lediglich 31 für Frauen. Auf der Seite der Nachfrage dagegen gab es 705 Stellengesuche von Frauen und 192 von Männern.
76 770 Männer und 1295 Frauen.
77 Zwischen 2006 und 2020 ist die Arbeitslosenzahl der Frauen um insgesamt 20 % gesunken, während die der Männer um 6,5 % angestiegen ist.
78 Ostbelgienstatistik, Arbeitslosigkeit, Aktualisierung vom 4.7.2022, https://ostbelgienstatistik.be/desktopdefault.aspx/tabid-2565/4659_read-33582/ (12.5.2023).
79 Vgl. Wirtschafts- und Sozialbericht des Wirtschafts- und Sozialrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens: eine Analyse für die Jahre 2015 bis 2019, S. 44 f., https://ostbelgienstatistik.be/PortalData/22/Resources/Downloads/Studien_und_Analysen/Publikationen/wirtschafts-und-sozialbericht-2020.pdf (12.5.2023).
80 Vgl. Ostbelgienstatistik, Arbeitslosigkeit, Aktualisierung vom 4.7.2022, https://ostbelgienstatistik.be/desktopdefault.aspx/tabid-2565/4659_read-33582 (13.10.2023). Die globale Arbeitslosenrate in der Deutschsprachigen Gemeinschaft belief sich im Juli 2022 auf 6,1 % der aktiven Bevölkerung. Auch hier ein deutlicher Unterschied zwischen Norden und Süden von Ostbelgien. 81 % der Arbeitslosen wohnten im Kanton Eupen, wo die Arbeitslosenrate bei 8,3 % liegt. Im Kanton Sankt Vith ist sie mit 2,9 % nach wie vor sehr niedrig.
81 Vgl. ebd.
82 Im Januar 1997 zeigte die Frauenliga auf, wie die frauenfeindliche Sparpolitik sich wie ein roter Faden durch sämtliche Budgetanpassungen zieht, vgl. Am Geld hängt die Knechtschaft der modernen Frau, Offenes Fenster, Januar 1997.
83 Vgl. Zwart op wit: de ongelijkheid tussen mannen en vrouwen in cijfers, in: Knack weekend 2020, https://weekend.knack.be/uncategorized/zwart-op-wit-de-ongelijkheid-tussen-mannen-en-vrouwen-in-cijfers/.
84 Vgl. Zeitschrift SAMPOL (Samenleving en politiek), 6 (2016), S. 13-19.
85 Die durchschnittliche Berufslaufbahn einer Frau beträgt heute 36,6 Jahre. Bei den Männern sind es 42,2 Jahre.
86 Ruth Driessen, Frauen und Politik, in: Grenzland-Report, 4.10.1985, S. 7.
87 Vgl. Gesine Fuchs, Beate Hoecker, Ohne Frauen nur eine halbe Demokratie. Politische Partizipation von Frauen in den osteuropäischen Beitrittsstaaten, S. 2, https://library.fes.de/pdf-files/id/01931.pdf (13.10.2023).
88 Vgl. Carlo Lejeune, Der Veränderung auf der Spur. Frauen in der ostbelgischen Politik – ein langer, beschwerlicher Weg, in: Zwischen Venn und Schneifel 3 (2021), S. 58.
89 Vgl. Hermann Heutz, J. Weynand wieder zum Präsidenten gewählt, in: Grenz-Echo, 16.10.1974, S. 3.
90 Vgl. Lejeune, Veränderung, S. 58.
91 Vgl. Auf einen Blick: Die richtige Wahl, in: Grenz-Echo, 6.10.1976, S. 2.
92 Zeitzeuginnen EU3, STV3.
93 Zeitzeugin EU1.
94 Zeitzeuginnen STV3, EU3, EU7, EU10.
95 Vgl. Bestand Karl-Heinz Lambertz, SAE BE-A0531, Nr. 5-300.
96 Vgl. Bestand Karl-Heinz Lambertz, SAE BE-A0531, Nr. 5-300.
97 Vgl. Anne Leclerc, Frauen in die Politik!, in: Offenes Fenster, Mai 1990, S. 14.
98 Vgl. Lejeune, Veränderung, S. 59.
99 „Politische Selbstbefriedigung“ gehört leider zum Geschäft, in: Grenzland-Report, 12. Oktober 1990, S. 14.
100 Premiere für die Dame in Blau. Zur „Jungfernrede“ von Marie-Helene Düsseldorf, in: Grenzland-Report, 8.5.1987, S. 19.
101 Vgl. Wahl-Hitparade Neuvorstellung SeP, in: Grenz-Echo, 4.10.1985, S. 3.
102 Vgl. Bestand Karl-Heinz Lambertz, SAE BE-A0531, Nr. 5-300.
103 Vgl. Bestand Karl-Heinz Lambertz, SAE BE-A0531, Nr. 5-300.
104 Rita Manz-Steils, Nachtrag zu den Gemeinderatswahlen, in: Offenes Fenster, 1 (1995), S. 11.
105 Vgl. Resi George, Frauen stellen sich zur Wahl, in: Daheim, Oktober 1988, S. 16. „Warum also immer Männer für Frauen entscheiden lassen? Frauen können selbst denken [...] Die Art, wie Frauen Dinge sehen und Vorschläge einbringen, wir [sic] die Gemeindepolitik positiv beeinflussen.“
106 Vgl. Birgit Röhl, Ostbelgiens Politikerinnen stellen sich. Büllingen, Bütgenbach und Amel auf einen Blick. Frauen setzen sich durch, in: Offenes Fenster, 7/8 (1995), S. 39.
107 Vgl. Resi George, Frauen stellen sich zur Wahl, in: Daheim, Oktober 1988, S. 17 ff. Vgl. Bestand Karl-Heinz Lambertz, SAE BE-A0531, Nr. 5-300.
108 Rita Manz-Steils, Nachtrag zu den Gemeinderatswahlen, in: Offenes Fenster, 1 (1995), S. 11.
109 Vgl. Anne Leclerc, Frauen in die Politik!, in: Offenes Fenster, Mai 1990, S. 14. Anzahl Vorzugsstimmen nach Geschlecht aufgeteilt: 1974: Männer: 17.611; Frauen: 340; 1977: Männer: 21:563; Frauen: 454; 1978: Männer: 21.450; Frauen 411; 1981: Männer: 24.015; Frauen: 321; 1986: Männer: 26.352; Frauen: 1.825.
110 Gerard Cremer, Kandidatinnen: Nur 9 von 94, in: Grenzland-Report, 4.10.1985, S. 7.
111 Resi George, Frauen stellen sich zur Wahl, in: Daheim, Oktober 1988, S. 20.
112 Vgl. ebd.
113 Vgl. Smet: bijna één op vijf gemeenteraadsleden vrouw, in: De Tijd, 11.10.1994, https://www.tijd.be/algemeen/algemeen/smet-bijna-een-op-vijf-gemeenteraadsleden-vrouw/5154459.html (x.x.2023).
114 Hier kandidierte Leonie Kirschfink-Heinen auf Platz 2.
115 Vgl. Anne Leclerc, Frauen im RDG-Wahlkampf – eine Auswertung der RDG-Wahlresultate, in: Offenes Fenster, Dezember 1990, S. 14. 23 Frauen kandidierten für den RDG, dies entsprach 15,3 % der Kandidaten (bei der vorherigen Wahl waren es 20 %).
116 Ebd., S. 15.
117 „Politische Selbstbefriedigung“ gehört leider zum Geschäft, in: Grenzland-Report, Oktober 1990, S. 14.
118 Nach den Namen der Initiativnehmer Miet Smet (CVP) und Louis Tobback (SP).
119 Vgl. Lejeune, Veränderung, S. 59.
120 Vgl. Karin Meskens, Frauen brauchen eine Lobby, in: Offenes Fenster, 7/8 (2000), S. 13. Karin Meskens gilt als Pionierin in der ostbelgischen Frauenpolitik.
121 Gerard Cremer, Kandidatinnen: Nur 9 von 94, in: Grenzland-Report, 4.10.1985, S. 7.
122 Rita Mulier, 50 Jahre Frauenwahlrecht, in: Daheim, November 1998, S. 7.
123 Vgl. Frauen stellen sich zur Wahl, in: Daheim, Februar 1994, S. 15.
124 Vgl. Frauenliga setzt politische Arbeitsgruppe ein, in: Offenes Fenster, 4 (1995), S. 8.
125 Vgl. Fortbildungskurs der Frauenliga. Frauen stellen sich zur Wahl, in: Offenes Fenster, 4 (1995), S. 9.
126 Vgl. Frauen auf dem Vormarsch, in: Offenes Fenster, 11 (1994), S. 6.
127 Birgit Röhl, Kampf für Umwelt und Menschenrechte. Zusammenarbeit der Frauen mit abwartender Haltung, in: Offenes Fenster, 3 (1995), S. 19.
128 Vgl. Birgit Röhl, Ostbelgiens Politikerinnen stellen sich. Büllingen, Bütgenbach und Amel auf einen Blick. Frauen setzen sich durch, in: Offenes Fenster, 7/8 (1995), S. 38.
129 Ebd., S. 37.
130 Vgl. ebd.
131 Vgl. Birgit Röhl, Vier Frauen im Eupener Stadtrat. „Für ein gemeinsames Ziel kämpfen“, in: Offenes Fenster 2 (1995), S. 18.
132 Margot Malmendier, Frauen gehören zu den GewinnerInnen der RDG-Wahlen, in: Offenes Fenster, 6 (1995), S. 3.
133 Vgl. ebd.
134 Vgl. Evi Niessen, „Les femmes font-elles une différence en politique ? Analyse des parcours, perceptions et activités politiques des élues du Parlement de la Communauté germanophone“, Mémoire de fin d’études présenté en vue de l’obtention du grade de licencié en politique économique et sociale, UCL, 2005, S. 42.
135 Vgl. Lejeune, Veränderung, S. 59.
136 Vgl. Niessen, Les femmes, S. 42.
137 Vgl. Birgit Röhl, Die acht neuen Ratsfrauen im Gespräch, in: Offenes Fenster, 10 (1999), S. 9. Die CSP hatte die Plätze vier, fünf und sechs für Frauen reserviert, die PFF den vierten und die SP den fünften Platz. Ecolo und PJU-PDB stellten jeweils eine Spitzenkandidatin auf.
138 Vgl. An Vrancken, Frau und Politik, in: Daheim, Mai 1999, S. 10.
139 Vgl. Lejeune, Veränderung, S. 59.
140 Vgl. Birgit Röhl, Die acht neuen Ratsfrauen im Gespräch, in: Offenes Fenster, 10 (1999), S. 10.
141 Vgl. Herbert Simon, Bütgenbach: Frauen drängen in den nächsten Gemeinderat, in: Grenz-Echo, 3.2.2000, S. 17.
142 Vgl. Bestand Karl-Heinz Lambertz, SAE BE-A0531, Nr. 5-300.
143 Vgl. Lejeune, Veränderung, S. 59 f.
144 Zeitzeugin EU10.
145 Interviews geführt zwischen Januar und März 2022.
146 Zeitzeugin EU10.
147 „Nie zuvor im Zuge von Wahlen haben Bürger in Ostbelgier [sic] in einer derartigen Flut von Leserbriefen ihre Empörung entladen.“ Siehe Des Volkes Zorn über den vierten Minister, in: Grenz-Echo 30.6.2004, S. 7.
148 So stellte etwa die Landjugendvereinigung Eynatten den „vierten Minister“ 2003 auf dem Raerener Karnevalszug als Teddybären der Disney Gemeinschaft (DG) vor. Siehe Letzte Vennbahn ratterte nach Afrika, in: Grenz-Echo, 4.3.2003, S. 7.
149 Vgl. Irmgard Paulus, Mit Charme und Härte. Interview mit Isabelle Weykmans, in: Daheim, 7/8 (2005), S. 7.
150 Norbert Meyers, Kultur verträgt durchaus neue Ideen, in: Grenz-Echo, 17.6.2004, S. 6.
151 Zeitzeugen EU3 und EU10.
152 Zeitzeugin EU1.







OSTBELGIENS KIRCHEN SEIT 1973

„… DASS ÜBERGROSSER WOHLSTAND DER RELIGIÖSEN ENTWICKLUNG NICHT FÖRDERLICH IST.“

VON NICHOLAS WILLIAMS





Über Jahrhunderte hinweg strukturierte der katholische Glaube das Leben der Menschen von der Wiege bis ins Grab, jeden Wochentag und die Jahreskalender sowie das Zusammenleben; gerade auch im Osten Belgiens. Der Einfluss der Kirche auf die Gesellschaft veränderte sich seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil grundlegend: In Ostbelgien verlief die Entwicklung von einem nahezu allumfassenden Glauben hin zu einer Option für Einige und Traditionsgeber dabei verspätet, aber dafür vielfach schneller als in anderen Regionen.

„Die Geschichte beweist, dass übergroßer Wohlstand der religiösen Entwicklung nicht förderlich ist.“ So schrieb das GrenzEcho am 28. September 1977 unter der Überschrift „Volk Gottes unterwegs“[1], in Anlehnung an den Titel eines der zentralen Dokumente des Zweiten Vatikanischen Konzils. Stimmt das? Ist Wohlstand wirklich eine Bedrohung der Religiosität? Ehe dem Zusammenhang zwischen Wohlstand und Religiosität nachgegangen wird, sei eine auf Ostbelgien bezogene These aufgestellt: Die einleitend geradezu nostalgisch anmutende Überschrift aus dem GrenzEcho verdeutlicht die nach wie vor tief katholische Prägung des Blattes. Dies ist kein Zufall. Die Entkirchlichung war in anderen, auch deutschsprachigen Gebieten zu diesem Zeitpunkt bereits viel weiter vorangeschritten, erfolgte in Ostbelgien dann aber beschleunigt.

Zwar konnte in vielen Ländern Westeuropas die durch das Zweite Vatikanische Konzil erzeugte Aufbruchstimmung noch etliche Gläubige an die katholische Kirche binden, führte aber zu keiner Trendwende, was erst recht auf die konservative Gegenbewegung zutrifft, die auf das Konzil folgte und seitdem zunehmend als Fliehkraft wirkt. Doch die Entkirchlichung findet weit über die katholische Kirche hinaus in Mittel- und Westeuropa statt. So ist auffällig, zumindest in Deutschland, dass in über zehn Jahren seit Bekanntwerden des Missbrauchsskandals in der katholischen Kirche 2010 der Mitgliederrückgang bei den Katholiken zwar zunahm (2011: 30,5% Katholiken in Deutschland versus 26,7% im Jahr 2020)[2], bei der Evangelischen Kirche aber noch höher ausfiel (29,4% im Jahr 2011 gegenüber 24,3% Anteil Protestanten in Deutschland 2020)[3]. Im französischsprachigen Belgien definierten sich 2008 noch 43 % der Bevölkerung als katholisch[4]; für die Gesamtbevölkerung sprach die Bischofskonferenz in ihrem Jahresbericht für 2018 von 52 % der Belgier, die sich als katholisch bezeichneten, wobei die praktizierenden Gläubigen in einer deutlichen Minderzahl waren[5].



So gut besucht sind Osterprozessionen heute höchstens noch in Teilen Spaniens und Italiens.

Ostbelgien war im Vergleich dazu während einiger Jahre gewissermaßen eine Insel, doch eine solche bleibt der Landstrich nicht. Die Entkirchlichung, und damit auch der Verlust einer tradierten Macht- und Herrschaftsinstanz, die soziale und politische Normen setzt und kontrolliert, ist auch in Ostbelgien unaufhaltsam – und kommt nun besonders heftig.

Kirche und Spiritualität in Zeiten des Wohlstands

Stand 2019 besuchten 4-5 Prozent der Belgier regelmäßig eine Kirche, sechsmal weniger als noch 40 Jahre zuvor. Zwischen 2011 und 2018 gingen 450 katholische Priester in den Ruhestand, 13% der Priester in Belgien, viel weniger, als neue Kandidaten zur Verfügung stehen. Ob dies tatsächlich am Zölibat der Priester liegt, wie in der RTBF vermutet, sei dahingestellt[6]. Beispielhaft sei diese Entwicklung an den Statistiken zum Kirchgang in der St. Josefs-Pfarre in Eupen dargestellt. Am 21. September 1941 besuchten noch 2.962 Menschen die über den Zeitraum von Samstagabend bis Sonntagabend verteilten Messen. Bei der Zählung am 26. Oktober 1969 waren es immerhin noch 2.251. Bei der Zählung am 17. und 18. Oktober 1987 waren es jedoch nur noch 1.043, und am 17. und 18. Oktober 1992 war die Zahl der Gottesdienstbesucher mit 846 nur noch dreistellig. Auch in den Folgejahren gab es vierstellige Besucherzahlen der Messen nur noch an Ostern und an Weihnachten. Bei der letzten verfügbaren Zählung vom 17. und 18. Oktober 1998 besuchten 755 Besucher die Messen am Wochenende. Auffällig ist, dass, soweit nach Geschlechtern getrennt gezählt wurde, deutlich mehr Frauen als Männer die Gottesdienste besuchten[7], und auch heute findet, wer einen Gottesdienst besucht, dort typischerweise mehr Frauen als Männer vor. Kümmern sich Männer inzwischen auch um Kinder und um die Küche, ist das dritte traditionelle K, die Kirche, auf der Besucherseite eher Frauendomäne.

Der Rückgang des Kirchgangs ist auch in der ungleich kleineren evangelischen Gemeinde Eupens zu verzeichnen. Rolf Lander, langjähriger Presbyter und ehemaliger Distriktspräsident für die Provinz Lüttich der Vereinigten Protestantischen Kirche Belgiens, konstatierte 2013, dass in evangelischen Gottesdiensten die Besucherzahlen zurückgingen und die verbliebenen Besucher einen immer höheren Altersschnitt hätten[8].

Dieser Schwund mag angesichts der vielen Krisen seit 1973 zumindest etwas überraschen. Gibt nicht gerade die Religion in Krisenzeiten Halt? Falls diese Annahme einmal stimmte, trifft sie zumindest auf die Krisen der zweiten Hälfte des 20. Jh. nicht mehr zu. Die in den 1970er Jahren einsetzenden Krisen mit Ölpreisschock, Inflation und aufkommender Massenarbeitslosigkeit änderten nichts an den leerer werdenden Kirchen. Interessanterweise nahm jedoch in den Jahren des sogenannten Wirtschaftswunders der katholische Gottesdienstbesuch in Deutschland von 11,69 Millionen 1950 auf 11,9 Millionen im Jahre 1960 zu[9].

Ein direkter, positiver Zusammenhang zwischen Wohlstandsgewinn und Spiritualitätsverlust ist also nicht gegeben. Doch was unternahm die römisch-katholische Kirche in den letzten Jahrzehnten gegen diese Entwicklung, die ihr natürlich nicht verborgen blieb? Zunächst ein Blick auf ein Ereignis, eher gesagt einen Prozess, der jahrelang das Kirchengeschehen prägte, und das in vielerlei Hinsicht über Jahre und Jahrzehnte prägend blieb.



Das Zweite Vatikanische Konzil stellte tiefgreifende Einschnitte in das Verhältnis zwischen Klerus und Laien dar. Diese ließen sich auch in Ostbelgien beobachten.

Nachwirkungen: Das Zweite Vatikanische Konzil in Ostbelgien

Die Bedeutung des Zweiten Vatikanischen Konzils für die kirchliche Zeitgeschichte lässt sich kaum überschätzen. Angesichts der tiefgreifenden Einschnitte in das Verhältnis zwischen Klerus und Laien ist dies verständlich. Protestierten wenige Jahre später, also ab 1968, Studenten dagegen, dass sich unter den akademischen Talaren der Muff von 1.000 Jahren befände, so lüfteten die kirchlichen Würdenträger ihre Kleider schon etwas früher, Sinnbild einer neuen Zeit. Am Priesterseminar in Lüttich legten die Schüler nach und nach die Soutanen ab und ersetzten sie durch die heute weithin bekannte „Clergyman“-Ausstattung mit dem Kollarhemd mit weißem Querstreifen am Hals (römischer Kragen), die aber letztlich für die meisten Priester nur der Übergang zur „normalen“ Zivilkleidung werden sollte. Anfangs trugen manche Seminaristen noch schwarze Mäntel, die sich äußerlich an die Soutane anlehnten, aber eher eine Verlegenheitslösung darstellten[10].

Das Zweite Vatikanische Konzil

Das Zweite Vatikanische Konzil, 11. Oktober 1962 – 8. Dezember 1965, hatte die Absicht, römisch-katholische Lehrsätze, liturgische Praxis und kirchliche Strukturen zu modernisieren.

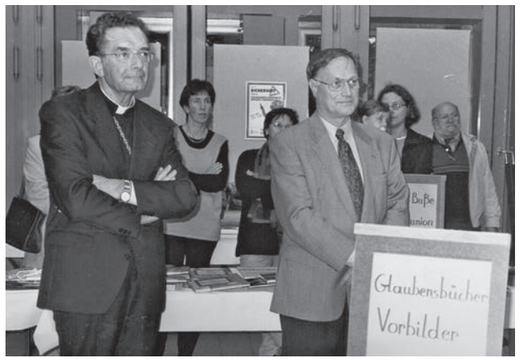
Für die Gemeinden und die Gläubigen brachte das Zweite Vatikanum ein paar wesentliche Neuerungen. So wurde die Messe in der Landessprache statt auf Latein gehalten; die tridentinische, bewusst gegenreformatorische Form der Messe, welche den sakralen Priesterstatus betonte, wurde zur Ausnahme. Der zelebrierende Priester stand in der Folge meistens auch nicht mehr zum Altar (und damit mit dem Rücken zur Gemeinde), sondern mit dem Gesicht zu den Gläubigen, ein Prozess auch bekannt unter dem Stichwort *Aggiornamento* (etwa: *Update*, *mise à jour*). Die Rolle der Laien wurde gestärkt. Statt der alleinigen Leitung der Gemeinde durch den Priester sollten Pfarrgemeinderäte gewählt werden, die dem Pfarrer beratend zur Seite stehen sollten.

Frauen hatten beim Konzil kein Stimmrecht und wurden nur als Zuhörerinnen (Auditorinnen) zugelassen. Zur Ordination von Frauen konnte sich das Konzil nicht entscheiden, auch nicht zum Frauen-Diakonat, einem Amt, das Frauen bis zum Hochmittelalter in der römisch-katholischen Kirche innegehabt hatten, ihnen jedoch in der Neuzeit weiterhin versagt blieb. Das Zweite Vatikanische Konzil war dennoch ein Meilenstein in der Entwicklung der römisch-katholischen Kirche. In den vier Sitzungsperioden wurden Kernanliegen reformwilliger Kleriker und Laien verabschiedet, insbesondere die Konstitution *Lumen gentium*, Licht der Völker, die Christus in den Mittelpunkt des kirchlichen Lebens (zurück)holte.



Längst nicht mehr alle Nonnen in Belgien tragen in der Öffentlichkeit den Habit.

Auch bei den Frauen in religiösen Orden änderte sich das äußere Erscheinungsbild. Nicht überall und nicht homogen, doch insbesondere in Belgien, und so auch bei den Franziskanerinnen von der Heiligen Familie in Eupen, wurde die Kleiderordnung nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil liberaler. Statt dem langen schwarzen Ordenshabit wurde es den Schwestern nun freigestellt, ob sie Ordenskleidung tragen wollten oder nicht. Es ist daher längst keine Seltenheit mehr, in Eupen und andernorts in Belgien Ordensfrauen mit vereinfachter Tracht oder Zivilkleidung anzutreffen. Von größter Bedeutung wurde für die Franziskanerinnen die Anpassung ihrer Lebensregel an die Konzilsbestimmungen. Diese Anpassungen dauerten mehrere Jahre und mobilisierten alle Schwestern in einem gemeinsam getragenen Konsultations- und Entscheidungsprozess[11].

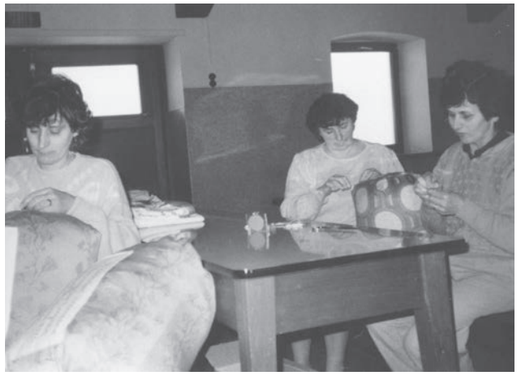


Auch Bischof Aloys Jousten (links) trug in der Öffentlichkeit keine Soutane, sondern war vor allem am „römischen Kragen“ als Kleriker zu erkennen.

Auch im Priesterseminar in Lüttich änderten sich nicht nur Äußerlichkeiten. Die Seminaristen waren nicht länger gewillt, die starren Hierarchien zu dulden. Noch zu Beginn der 1960er Jahre waren dort künftige Sakramentsverwalter auf Latein unterrichtet worden, um sie der Sphäre des Irdischen zu entziehen. Sie sollten das Evangelium nicht intellektuell fassen, das Wort Gottes nicht in der Muttersprache begreifen und weitergeben, sondern im Mysterium verharren. Dazu gehörte, dass sie manche Kurse in einer Sprache hören sollten, die sie mündlich nicht beherrschten. So berichtete es der gebürtige Eifler Ludwig Huppertz, der 1964 ins Priesterseminar eintrat und später Religionslehrer am Collège Patronné in Eupen wurde[12].

Die Priesterseminaristen forderten Ende der 1960er Jahre immer lautstärker Mitspracherechte bezüglich ihrer Ausbildung. Doch gerade in der Priesterausbildung hielt sich das alte Ideal der Entweltlichung besonders hartnäckig. So kommt Alfred Minke zu dem Schluss, dass nach 1945 missionarische Priester gebraucht worden wären. Stattdessen wurden bis Ende der 1960er Jahre in Lüttich weiter Sakramentsverwalter beschult[13]. Anfang der 1980er Jahre mutete die Priesterausbildung in Lüttich dann deutlich moderner an. Auch die Verwendung einer Sprache, welche die Kandidaten kaum verstanden oder verstehen sollten, gehörte der Vergangenheit an[14], wobei die Trennung des Seminars nach Landessprachen, also Französisch und Niederländisch[15], bereits 1970 erfolgt war.

Doch was änderte sich nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil in Ostbelgien in den Kirchen? Alfred Minke beschreibt, dass der Reformdruck von unten schon zuvor auch für die Priester spürbar war. Bereits um 1960 feierten manche Priester demnach die Messe in einer der Landessprachen. Ende 1966 fand dieser Versuch der Einbindung der Laien auf Gemeindeebene seine Entsprechung auf der Diözesanebene, als für das Bistum Lüttich 1968 ein Seelsorgerat eingesetzt (wohlgemerkt: eingesetzt, nicht gewählt) wurde[16].



Nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil wurden immer mehr Laien im kirchlichen Bereich und damit auch gesellschaftlich aktiv. Hier bereitet eine Missionsnähgruppe aus Herresbach Pakete für Menschen in Chile vor.

Beispielhaft sei die neuerliche Mitbestimmung anhand des Pfarrgemeinderates in Recht bei Sankt Vith veranschaulicht. Aus den Protokollen des Gremiums geht hervor, dass die Sitzungen alle ein bis zwei Monate stattfanden und jeweils etwa 60-90 Minuten dauerten. Dem Gremium gehörten neben dem Pfarrer sechs Gemeindeglieder an. Selten bis nie sind den Protokollen dabei besondere Kontroversen zu entnehmen, vielmehr nahm der geistliche Teil der Sitzungen breiten Raum ein[17]. Geklagt wurde in den Protokollen der 1980er Jahre über sinkende Teilnahme an den Fronleichnamsprozessionen in Form von aufgestellten Hausaltären[18], auch über die mangelnde Aufklärung über AIDS[19].

Kleriker und Laien

In früheren Zeiten, als unsere Gesellschaft noch nach Ständen geordnet war, stellte der Klerus den sogenannten ersten Stand dar (den zweiten Stand der Adel, alle anderen den dritten Stand). Klerus bedeutet Angehörige des geistlichen Standes, also Menschen, die nach mehr oder minder gründlicher Vorbereitung ein Weihsakrament erhalten haben. In der römisch-katholischen Kirche gibt es drei Stufen der Weihe: zum Diakon, zum Priester und zum Bischof. Priester und Bischöfe unterliegen dabei dem Zölibat, also dem Versprechen der Ehelosigkeit. Kleriker unterscheiden sich damit in der römisch-katholischen sowie in den orthodoxen Kirchen grundsätzlich von Laien, jedoch nicht unbedingt in ihren theologischen Kenntnissen, denn auch ein studierter Theologe, der keine Weihe empfangen hat, gilt als Laie. Grundsätzlich anders ist dies in den evangelischen Kirchen. Nach lutherischer Vorstellung gilt hingegen das „Priestertum aller Gläubigen“. Damit ist nicht gemeint, dass jeder Protestant auf eine Kanzel steigen und dort predigen darf, sondern dass alle Getauften eine unmittelbare Beziehung zu Gott haben, die keiner kirchlichen Vermittlung bedarf. Dieser Vorstellung hat sich die römisch-katholische Kirche durch die Konstitution *Lumen Gentium* („Licht der Völker“) des Zweiten Vatikanischen Konzils angenähert, sieht aber nach wie vor einen wesentlichen Unterschied zwischen Laien und Klerus.

Für längere Debatten sorgten hingegen der Gebetstag und das Gebetsnetz für geistliche Berufe, eine Aktion, die aus der Überzeugung geboren wurde, dass das kirchliche Leben insbesondere mit der ausreichenden Bereitschaft zur hauptamtlichen Mitarbeit in der Kirche stehe und falle[20]. Hier zeigt sich die ostbelgische Verzögerung in der kirchenhistorischen Entwicklung. So wurde 1988 andernorts über einen stärkeren Einbezug der Laien in die katholische Kirche diskutiert, so z.B. in Deutschland, wo die Bischofskonferenz die Mitwirkung von Laien am Gottesdienst auch in Predigtform regularisierte[21]. Stattdessen galt die Diskussion in Ostbelgien der Frage, wie der Status quo ante, mit möglichst vielen Hauptamtlichen, wiederhergestellt werden könne – eine Utopie, wie sich erweisen sollte, trotz der ansonsten nicht ganz erfolglosen Versuche, der Rolle der Laien in der Provinz Lüttich Anerkennung zu zollen[22].

Auch die Wahrnehmung der Pfarrgemeinderäte durch den Lütticher Bischof Aloys Jousten war durchaus bemerkenswert. In einem Gespräch mit Carlo Lejeune brachte dieser zum Ausdruck, dass die Pfarrgemeinderäte von vielen Laien als unzureichend und nicht hinreichend mit Entscheidungskompetenzen ausgestattet wahrgenommen worden seien. Jousten wiederum verwies darauf, dass dem in der Realität nicht so gewesen sei und betonte, dass der Pfarrgemeinderat mehr sei als ein „Rat"-Geber[23]. Allerdings präzisierte er nicht, worin genau die Funktion dieser Gremien über die rein konsultative Rolle hinaus bestand. Doch zielte Lejeunes Frage eben genau in diese Richtung: Aus Sicht der Laien waren die Pfarrgemeinderäte zahnlose Tiger, und Jousten betonte auch, dass diese ihrem Selbstverständnis nach dem Priester „dienten". Gleiches könnte man für den für ganz Ostbelgien zuständigen, ebenfalls vor allem aus Laien zusammengesetzten Seelsorgerat behaupten[24].

Waren die Liberalisierung und die gestärkte Rolle der Laien nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil in Ostbelgien ausreichend? Ludwig Huppertz kam zu dem Schluss, dass die Beschlüsse des Zweiten Vatikanischen Konzils den nach Veränderungen hungernden Katholiken eine neue Raison d'être gaben, ein Aufatmen, Möglichkeiten, in der Ausformung ihres Glaubens Antworten auch auf künftige Probleme erwarten zu dürfen[25]. Nach Einschätzung Carlo Lejeunes jedoch bot das Konzil in Ostbelgien zu wenig, zu spät und zu halbherzig[26]. Dass die Beschlüsse in der Rückschau zu spät kamen, darin pflichtete auch der Eupener Dechant Helmut Schmitz Lejeune bei, als er sagte:

„Aber ich glaube, der Zug war schon weiter weggefahren, als man sich während des Konzils bewusst war. Unter anderem auch mit dem, im Selbstverständnis der Menschen, dass die eigentlich schon weiter weg waren, als die Kirche glaubte. Die glaubte, durch irgendwelche Änderungen könnte man den Leuten näher sein. Aber dass die Leute sich intellektuell/geistig schon viel weiter von der Kirche entfernt hatten, das ist zu wenig bewusst gewesen[27]."

Die Umsetzung des Zweiten Vatikanischen Konzils war nicht einheitlich. Erschwerend kommt hinzu, dass den einen die Beschlüsse zu spät kamen und nicht weit genug gingen. Den anderen gingen sie viel zu weit und wären besser nie geschehen, denn in der römisch-katholischen Kirche, und auch in Ostbelgien, gab und gibt es konservative und ultrakonservative Katholiken, die den kirchlicherseits eingeschlagenen Konzilsweg nicht mitgehen konnten oder wollten.

Konservative und ultrakonservative Gegenwelten

Letztere mochten Trost in der konservativen Gegenbewegung finden, die ab Ende der 1960er Jahre immer deutlicher sichtbar wurde. Sie kann sich als angstgetriebene Gegenbewegung zum nicht nur befürchteten, sondern mit den Händen greifbaren Verlust an Macht und Einfluss der römisch-katholischen Kirche auf westliche Gesellschaften verstehen lassen. Mit der am 25. Juli 1968 veröffentlichten Enzyklika *Humanae Vitae* lag Papst Paul VI. nicht im Trend der Zeit. *Humanae Vitae* war eine strenge Gleichsetzung von Sexualität mit ehelicher Fortpflanzung. Die dort zum Ausdruck gebrachte Lehrmeinung war nicht neu. Doch ins Jahr 1968, als Jahr geradezu Erinnerungsort der sexuellen Revolution, passte diese Enzyklika denkbar schlecht. Auch in der römisch-katholischen Kirche schlug die Enzyklika hohe Wellen[28]. Die negativen Auswirkungen spürten auch die belgischen Bischöfe, die sich, Minke zufolge, um Schadensbegrenzung bemühten, indem sie den schmalen Interpretationsspielraum der Enzyklika so weit wie möglich ausschöpften[29]. So bestätigte auch Ludwig Huppertz:

„Sie [die Päpste, Anm. d. Verf.] alle haben gesagt, „wir akzeptieren das Zweite Vatikanische Konzil." […] Aber sie haben das nie richtig umgesetzt. Also eine Katastrophe, würde ich sagen, war dann Humanae Vitae, diese Enzyklika der Geburtenkontrolle, Humanae Vitae, eine Katastrophe! Das ist für mich der Anfang gewesen, ich würde fast sagen, eines Schismas. Wo Eheleute und Familienverantwortliche wirklich vor den Kopf gestoßen worden sind, da merkte man, „wir sind die, die zu diktieren haben bis zu den intimsten Sphären." […] Dadurch haben viele sich verletzt gefühlt. […] Das war eine Riesenbremse[30]!"



Kardinal Joseph Frings bat Papst Paul VI. um ein Machtwort in Sachen Verhütung. Ergebnis war die Enzyklika Humanae Vitae.

Diktieren bis in die intimsten Sphären lässt sich durchaus als Ausdruck der Angst verstehen, als Versuch, dem eingangs erwähnten Bedeutungs- und Machtverlust einer Macht- und Herrschaftsinstanz entgegenzuwirken, wie auch Huppertz meinte:

N: „Das klingt nach einer ganz großen Angst vor der Welt."

L: „Absolut! Absolut. Das ist es auch, das ist auch das, auch heute noch, was Leute letzten Endes für mich bewegt in den tiefsten Schichten ihres seelischen Lebens, das ist ein gewisser Machtverlust."[31]

Daher ist es wohl kein Zufall, dass sich mit *Humanae Vitae* eine – in Relation zu den vorherigen Konzilsbeschlüssen – radikal konservative Minderheitenposition im Vatikan durchsetzte. Was zunächst wie eine Konzession aussah, war auch eine Gegenbewegung zum Zweiten Vatikanischen Konzil. Was als Beruhigungsgeste an konservative Geister in einem turbulenten Jahr gewirkt haben oder gedacht gewesen sein mochte, brachte der römisch-katholischen Kirche auch in Ostbelgien eine bis heute andauernde Altlast ein. Ein aus der Angst um den eigenen Autoritätsverlust geborenes Dokument, das selbigen nicht aufhalten konnte, sondern zum Brandbeschleuniger wurde, die eben jenen Verlust an Einfluss einer Herrschaftsinstanz dynamisierte. Anstatt damit erneut Deutungshoheit zu gewinnen, wurde damit auch das Identitätsangebot „römisch-katholisch" in westlichen Industriestaaten unattraktiver, ohne im Gegenzug ultrakonservative Kräfte wieder einfangen zu können.

Humanae Vitae

War das Jahr 1968 im Westen für Studentenrevolten bekannt und für Hippies, die „freie Liebe" propagierten, war die am 25. Juli 1968 proklamierte Enzyklika *Humanae Vitae* das genaue Gegenteil. In unerwarteter Strenge dekretierte Papst Paul VI., dass die Ehe auf die Zeugung von Nachwuchs ausgerichtet sei. Damit wandte er sich gegen jede Form der Empfängnisverhütung, weshalb *Humanae Vitae* auch spöttisch als „Pillenenzyklika" bezeichnet wurde. Zwar bestätigte *Humanae Vitae* im Wesentlichen die bestehende Lehrmeinung der römisch-katholischen Kirche zur Sexualität, doch wurde sie vielfach als Rückschritt empfunden, der so gar nicht in die neue Zeit passen wollte.

Trotz dieses konservativen Rollback konnten sich manche traditionalistischen Katholiken nicht mit den neuen Liturgieformen abfinden und bevorzugten stattdessen die traditionelle Messform auf Latein, die sogenannte tridentinische Messe, wie sie seit 1570 gefeiert wurde. Auch nahmen die allermeisten Priester die Neuerungen zwar an, doch gab es auch solche, vor allem ältere Priester, die ohne großes Aufsehen weiter die alte Form befolgten, auch im Bistum Lüttich. Taten sie dies einigermaßen diskret, und bedienten sie dabei möglicherweise noch liturgische Bedürfnisse mancher ebenso konservativer Gläubigen, wurden dies stillschweigend geduldet, ebenso wie jene, die in ihrer Umsetzung noch über das beschlossene Reformmaß bei der Liturgie hinausgingen[32].

Doch diskret traten nicht alle Konzilsgegner auf. Besonders lautstark gegen die Beschlüsse des Konzils äußerte sich die Piusbruderschaft, also die Anhänger des ultrakonserva-



Jenseits von Rom: Die Herz-Jesu-Kirche in Steffeshausen. Hier wird die Messe noch nach altem Ritus abgehalten. Der Gründer dieser Kirche, Pfarrer Paul Schoonbroodt, gehörte der erzkonservativen Piusbruderschaft an und sorgte wiederholt für Schlagzeilen in den Medien.

tiven französischen Geistlichen Marcel Lefebvre, der die Neuerungen des Konzils in liturgischer, theologischer und ökumenischer Form radikal ablehnte. Der Steffeshausener Pfarrer Paul Schoonbroodt war Anhänger dieser Richtung[33]. Er weigerte sich, die neue Form der Messe zu feiern und sammelte nach und nach Anhänger um sich[34]. Die Konflikte spitzten sich zu, und nicht alle in seiner Gemeinde waren mit Paul Schoonbroodts zunehmend radikalisierter Gedankenwelt eins[35]; er schuf damit Gräben in vielen Familien[36]. 1988 folgte die Exkommunikation[37].

Paul Schoonbrodt betrieb daraufhin seine eigene Gemeinde außerhalb der römisch-katholischen Kirche und baute mit teils sehr vermögenden Spendern eine eigene Kirche in Steffeshausen. Mit der Zeit wurde er noch radikaler, noch extremistischer gar als Lefebvre, und erkannte den Papst nicht mehr an[38]. Nach Schoonbroodts Tod 2012 wurden fünf französische Dominikanermönche nach Steffeshausen geschickt, um seine Arbeit in versöhnlicherer Form fortzusetzen; sie luden weiterhin zur Messe nach altem Ritus[39].

Es lässt sich festhalten, dass *Humanae Vitae* in Richtung progressiver Katholiken Fliehkräfte freisetzte, die durch das Zweite Vatikanum noch eingefangen worden waren, jedoch die möglicherweise beabsichtigte Absetzbewegung der ultrakonservativen Strömungen nicht aufzuhalten vermochte, und dies zeigte sich in Ostbelgien in einem besonders strittigen Fall.

Sonderfälle: Die evangelischen und freikirchlichen Gemeinden in Ostbelgien

Das protestantische Spektrum Ostbelgiens ist klein, sein kultureller Einfluss auf das Gebiet jedoch – gemessen am sehr geringen evangelischen Bevölkerungsanteil – überproportional, denkt man zum Beispiel an die Eupener Friedenskirche, die das Stadtbild in der Innenstadt stark mitprägt.

Der ostbelgische Protestantismus ist nicht nur geographisch, sondern auch von seiner Ausrichtung her in Nord und Süd geteilt[40]. Die liberal orientierte evangelische Gemeinde Malmedys ist recht klein, war dies auch schon lange, und wird vor allem von evangelischen Touristen aus den Niederlanden im Hohen Venn und Malmedy mit besucht. Der Norden hingegen ist tendenziell konservativ. Die nördliche Gemeinde Eupen/Moresnet umfasst etwa 1.000 Mitglieder[41], wobei sich in den letzten Jahren auch der Zuzug aus dem grenznahen Deutschland verstärkend auf die Gemeinde ausgewirkt hat[42]. Dem Eupener Pfarrer Dariusz Tomczak zufolge ist die Zahl der Gemeindeglieder in Eupen in den letzten Jahren in etwa gleichgeblieben. So finden im Jahr etwa 6 Taufen und 2-3 Trauungen statt, während die Zahl der sonntäglichen Gottesdienstbesucher bei ein bis zwei Dutzend liegt.



Die Evangelische Friedenskirche in Eupen mit ihrer neogotischen Turmspitze prägt seit 1854 das Stadtbild mit.

Eine Besonderheit ist die Ausgründung eigener afrikanischer, teils charismatischer Gemeinden von Zuwanderern, die zunächst in der evangelischen Gemeinde in Eupen beheimatet waren, dann aber ihren eigenen Traditionen folgen wollten, und die sich inzwischen in zwei Gemeinden aufgeteilt haben. Darüber hinaus gibt es in Eupen eine Freie Evangelische Gemeinde, eine Neu-Apostolische Gemeinde sowie eine kleine italienische Gemeinde. Das freikirchliche Spektrum differenziert sich immer weiter aus, teils als Folge der Zuwanderung, teils als Aufteilung nach sprachlichen und kulturellen Traditionen[43]. In Malmedy wiederum existiert neben der (deutschsprachigen) evangelischen Gemeinde noch eine französischsprachige Baptistengemeinde[44].

Die ökumenischen Kontakte zwischen der evangelischen und der katholischen Gemeinde sind in Eupen traditionell gut[45], mit wenigen, dafür aber regelmäßigen gemeinsamen Aktivitäten wie der Gebetswoche für die Einheit der Christen. Ökumenische Kontakte existieren zwischen dem katholischen Dekanat Eupen und der Eupener evangelischen Gemeinde sowie der evangelischen Gemeinde Malmedy/Sankt Vith und dem katholischen Dekanat Eifel[46].

Niedergang der Volkskirche in Ostbelgien

Von einer Volkskirche kann in Belgien, und auch in Ostbelgien, immer weniger die Rede sein.

Auch politisch hat die römisch-katholische Kirche enorm an Bedeutung verloren. Noch 1977 schrieb der Kelmiser Politiker Firmin Pauquet die Schulleiter, Dechanten, Priester und Gemeindeglieder an und bat unter Verweis auf sein christliches Engagement (auch in der christlichen Gewerkschaft CSC) darum, um Stimmen für die CSP zu werben. Explizit verwies Pauquet dabei auf seine Leistungen um Anerkennung der deutschsprachigen Belgier und vermischte so – durchaus im Sinne des belgischen Säulenmodells – geschickt kulturelle Identität, politische Leistung und kirchliche Verwurzelung[47]. Die heute undenkbare Nutzung der Kanzel zur direkten politischen Einflussnahme war Ende der 1970er Jahre in Ostbelgien nicht ausgeschlossen.

Damit einher ging landesweit der Prozess der Entkirchlichung. Alfred Minke legte dar, dass in Belgien der Anteil der Taufen an den Geburten zwischen 1938 und 1988 von 92,5% auf 76,6% eines Altersjahrgangs zurückging, wobei die Entwicklung in der Wallonie weiter vorangeschritten

Evangelisch-katholisch

Dass sich Religionen in verschiedene Konfessionen aufteilen ist nicht die Ausnahme, sondern die Regel. So ist eigentlich das Christentum eine Abspaltung vom Judentum. Das Christentum wiederum zerfiel 1054 in Ost- und Westkirche, das sogenannte „große Schisma“. Im 16. Jahrhundert wiederum sagten sich in verschiedenen Ausprägungen der Reformation Protestanten von der römisch-katholischen Kirche los. Die Hauptausprägungen waren die Reformierten, die den Lehren des Schweizers Johannes Calvins folgten, während Lutheraner sich auf den ehemaligen Mönch Martin Luther berufen. Eine Sonderstellung nehmen die Anglikaner ein, deren Trennung von Rom auf den englischen König Heinrich VIII. und dessen Streit mit dem Papst zurückgeht.

Für Katholiken ist der Papst der Stellvertreter des Apostels Petrus und Jesu Christi, ein Anspruch, den Protestanten ablehnen und den Papst nicht als Kirchenoberhaupt anerkennen. Theologisch liegen die wesentlichen Unterschiede zwischen Katholiken und Protestanten auf zwei Gebieten: der Rechtfertigungslehre, also der Frage, wie der Mensch erlöst wird und ob bzw. was er selbst dazu beitragen kann, sowie in der Abendmahlslehre, also der Frage, ob die Eucharistie eher symbolisch oder in leibhaftiger Anwesenheit Christi stattfindet.



Innenraum der Evangelischen Matthäuskirche in Malmedy.



Viele Wegkreuze, Grotten und kleine Kapellen in Ostbelgien sind noch heute Zeugen tiefer Volksfrömmigkeit aus vergangenen Tagen.

war als im flämischen Landesteil. Im gleichen Zeitraum sank der Anteil kirchlicher Eheschließungen von 83,6% auf 61,1%; lediglich bei den kirchlichen Bestattungen fiel der Rückgang weniger dramatisch aus. Doch ging auch in Ostbelgien der sonntägliche Kirchgang zurück. Dieser hatte 1967 in den Dekanaten Eupen, Malmedy und Sankt Vith noch bei etwa 90% gelegen, im Industriebecken zwischen Lüttich, Huy und Verviers jedoch nur bei 20%. Mitte der 1980er Jahre ging im deutschsprachigen Landesteil immerhin noch über die Hälfte der Bevölkerung sonntags in die Kirche, in Lüttich und Herstal hingegen nur noch 15%[48].

Zwar ist zwischen Eupen und Sankt Vith die Entkirchlichung weniger weit vorangeschritten als im restlichen Land, doch schreitet sie auch hier mit großen Schritten voran, und wird sich in den kommenden Jahren wohl deutlich beschleunigen. Einige Pfarren antworteten auf eine Email des Verfassers vom 12. Juli 2022 und gaben, wenn auch nicht einheitlich, Auskunft über Taufen, Firmungen, kirchliche Eheschließungen und Beerdigungen seit 1973. Dies ergab folgendes Bild:

1973 fanden in Kelmis 80 Taufen statt. Dieser Wert steigerte sich bis 1991 auf 137 Taufen, war danach konstant rückläufig und fiel bis 2017 auf 37 ab. Ähnlich sah es bei den Trauungen aus: Fanden 1973 noch 43 kirchliche Trauungen in Kelmis statt, waren es 2017 nur noch sieben. 1973 gingen 73 Kinder zur Erstkommunion, 2017 waren es immerhin noch 62. 2012 wurden außerdem in Kelmis noch 450 Pfarrbriefe verschickt, 2022 waren es 200 weniger, also 250[49].

Überhaupt war früher die flächendeckende Verteilung der Pfarrbriefe in den Kirchengemeinden Ostbelgiens Usus. Das Bild ist hier uneinheitlich. Noch heute wird in Weismes der Pfarrbrief an alle Haushalte verteilt. Vor 20 Jahren war dies auch in Raeren der Fall, als mit dem Wochenspiegel 4.500 Exemplare an die Haushalte verteilt wurden. Heute werden dort noch 427 Pfarrbriefe mit der Post verschickt[50]. Bei einer durchschnittlichen Haushaltsgröße von 2,28 Personen in Raeren erreicht der Pfarrbrief heute also noch 976 Personen[51].

Vergleichbare Größenordnungen wurden aus Burg-Reuland gemeldet. Dort wurden 1970 noch 25 Hochzeiten, 29 im Jahre 1980 und 1990 gar 32 Hochzeiten vermeldet, ehe es 2000 auf 17 und 2010 auf nur noch 6 kirchliche Hochzeiten zurückging. Ähnlich verhielt es sich bei den Taufen: 1970 waren es noch 61 Taufen, 2000 nur noch 43, 2010 waren es 39 Taufen. Die Zahl der Beerdigungen ging von 53 im Jahr 1970 auf 32 im Jahr 2010 zurück[52]. Die verfügbaren Zahlen aus Bütgenbach gehen zurück bis 2005 und ließen 2021, nach dem Ende der meisten Coronaeinschränkungen, einen Anstieg der Taufen von 22 im Jahr 2020 auf 55 im Jahr drauf erkennen[53], was auch an Taufen liegen mag, die wegen der Pandemie verschoben worden waren. Die weiteren Zahlen aus Bütgenbach (Firmungen, Erstkommunion, Beerdigungen und Trauungen) schwankten in den letzten 17 Jahren mal in die eine, mal in die andere Richtung und ließen darin keine deutliche Tendenz erkennen[54]. Ebenso verhält es sich bei der Pfarre Hergenrath, in der 21 Kinder 1972 getauft wurden und 20 Kinder im Jahr 2022[55].

Was lässt sich aus den oben genannten Zahlen ablesen? Sie liegen weitgehend unterhalb der statistisch relevanten Schwelle, doch zeigt sich die Tendenz, dass auch in Ostbelgien immer weniger Menschen wesentliche Stationen ihres Lebens nach christlichen Bräuchen und Initiationsriten gestalten. Doch diese Initiationsriten werden nicht gänzlich aufgegeben, und der Rückgang deutet nicht auf ein baldiges Verschwinden hin. Darin wird auch die kulturkatholische Prägung des Gebietes sichtbar. Taufe und kirchliche Eheschließung sind Manifestationen derselben, wohingegen der stark gesunkene Bezug von Pfarrbriefen ein Indiz für die sinkende Teilnahme am Gemeindeleben ist.



Wirkt für heutige Verhältnisse überdimensioniert: Die 1954 eingeweihte Kirche St. Johannes der Täufer im neoromanischen Stil. Die Kirche, die zuvor in Rocherath an derselben Stelle gestanden hatte, wurde in der Ardennenschlacht schwer beschädigt.

Diese Entwicklungen interpretierte Carlo Lejeune bereits vor über 20 Jahren als Ende der Volkskirche in Ostbelgien. Zugespitzt formuliert schrieb er: „Als aber Kunstdünger und Tierärzte besser gegen Frühjahrsfröste und Euterschuss halfen als Viehpatrone und Stoßgebete, als Arzt und Krankenhausaufenthalt zuverlässiger Krankheiten heilten als Schutzheilige, als unternehmerisches Risiko mehr Wohlstand versprach als anerzogene Schicksalsergebenheit, da verlor auch der Glaube einen bisher immer wieder genutzten Zugang zum Volk“[56].

Die Tendenz der Entkirchlichung in Ostbelgien zeigt sich auch im Bereich des Religionsunterrichts. Knapp 74% der Primarschüler besuchten 2021/2022 den christlichen (also katholischen oder evangelischen) Religionsunterricht, doch lag dieser Wert im Schuljahr 2017/2018 noch bei vier Fünfteln der Schülerschaft der Primarschulen[57]. Entsprechend fand auch 2023 wieder eine Debatte dazu statt, ob der Religionsunterricht als Fach überhaupt aufrechterhalten werden sollte. In der Wallonie steht er zur Disposition; in Ostbelgien gibt es – noch – ein klares und parteiübergreifendes Bekenntnis zum Angebot des Religionsunterrichts an den Schulen. Doch wie diese Debatte in der Zukunft aussehen wird und ob das klare Bekenntnis zum Angebot des Religionsunterrichts nicht auch im deutschsprachigen Gebiet eines Tages wackelt, kann derzeit niemand vorhersagen[58].

Die Entkirchlichung in Ostbelgien kommt insofern spät, als dass die Filmreihe „Gotteslästerliche Filme im Z-Kino“, wozu auch eine Vorführung des Monty-Python-Klassikers „Life of Brian“ gehörte,[59] Freddy Derwahl am 5. September 1993 dazu veranlasste, auf der Titelseite des GrenzEcho den Kinomachern angesichts ihrer Unterstützung durch öffentliche Mittel „Vermessenheit und Dummheit“ zu attestieren und als „frustrierte Subsidienspekulanten“ zu beschimpfen[60]. Dabei verweigerte Derwahl dem Film „Life of Brian“ die namentliche Erwähnung. Eine solch heftige Reaktion auf entsprechende Filme ist heute in Ostbelgien schwer vorstellbar, und in anderen Regionen hätte die Filmreihe Anfang der 1990er wohl eher für Achselzucken gesorgt.



Kreuzigungsszene aus Monty Pythons „Das Leben des Brian“. Nicht jeder konnte oder wollte über diesen Film lachen, den das Z-Kino in Eupen 1993 als Teil der Reihe „Der blasphemische Film“ zeigte.



Heute keine Selbstverständlichkeit mehr: Das Sakrament der Erstkommunion.

Dabei war gerade in Ostbelgien die Fallhöhe des Einflussverlusts der römisch-katholischen Kirche bereits in den 25 Jahren bis zur fraglichen Filmreihe erheblich gewesen, und aufgrund dieser Fallhöhe wirkt die Entkirchlichung in Ostbelgien auch besonders heftig. Noch 1968 veröffentlichte das GrenzEcho regelmäßig die „katholische Filmzensur“, mit der das christliche Blatt seinen Lesern letztmals in der Ausgabe vom 25. Oktober 1968 erklärte, welche Kinofilme für Erwachsene und welche für Kinder nicht unter künstlerischen, jedoch unter „sittlich-religiösen“ Gesichtspunkten unbedenklich seien, und welche Filme unter genau diesen Aspekten „unter Vorbehalt“ stünden[61]. Dabei stand selbst der – nun freilich unter anderen Gesichtspunkten und von anderer Seite aktuell erneut in die Kritik geratene – Winnetou „unter Vorbehalt“[62].

Der Fall Ludwig Huppertz

Noch zehn Jahre vor der blasphemischen Filmreihe stellte sich die Situation der Kirche in Ostbelgien noch sehr anders dar. Im Folgenden zeigt ein Fall von damals auf, wie der Einflussverlust der Kirche auf das Unterrichtswesen aussah, und teils selbstverschuldet erfolgte. Anfang 1984 protestierten Schüler am Eupener Collège Patronné gegenüber dem Bischof gegen die Entlassung ihres Lehrers, Ludwig Huppertz, von dem sie schrieben, dass er „die Lehre Christi wie kaum ein anderer näherbringt.“ Weiter machten sie geltend, sich „auf dem Weg zum echten Christsein“ zu befinden, und dass sie „unbedingt Herrn Huppertz als Vorbild“ brauchten, „um nicht durch schlechte Einflüsse wie kapitalistisches Denken, Sekten (oder Irrlehren), Drogen usw. vom rechten Weg abgebracht zu werden“[63]. Die römisch-katholische Kirche entließ Ludwig Huppertz dennoch[64]. Was war geschehen?

In den 1960er Jahren war eine Biographie wie jene von Ludwig Huppertz ein typischer Lebensweg eines Priesters, also aus einer kinderreichen Familie der Eifel zu kommen, das katholische Gymnasium St. Remacle in Stavelot sowie das Priesterseminar zu besuchen (und damit zu den Bildungsaufsteigern der Familie zu gehören), um sich später als Priester dem Lehrberuf am damaligen Collège Patronné in Eupen zu verschreiben[65]. Dieser uralte Weg, die Kirche als Institution, die spirituell und materiell versorgte, und die Bildung, Aufstieg und Versorgung im Gegenzug zu lebenslangem, aufopferungsvollem Dienst und Gehorsam anbot, war in den 1960er Jahren für einige Eifler Familien noch eine echte Option und ein Weg, der nicht nur für Ludwig Huppertz attraktiv war.

Dabei ist es eine Ironie, dass Huppertz nach seiner Bitte um die Befreiung vom Zölibat gegen den Protest von Schülern, Eltern und Kollegen entlassen wurde und nicht länger als Religionslehrer arbeiten durfte[66]. Ironisch mutet dies deshalb an, da Alfred Minke die Aussage eines Priesters zusammenfasst, der 30 Jahre im Unterrichtswesen tätig war. Dieser resümierte für das Unterrichtswesen, dass es an den religiösen Schulen 1950 „eine weitgehend aus Priestern bestehende Lehrerschaft“ gegeben habe, „Schüler, bei denen katholischer Glaube beziehungsweise katholische Gläubigkeit als gegeben betrachtet wurden,“ sowie „verpflichtende Teilnahme an den religiösen ‚Übungen‘“ und eine

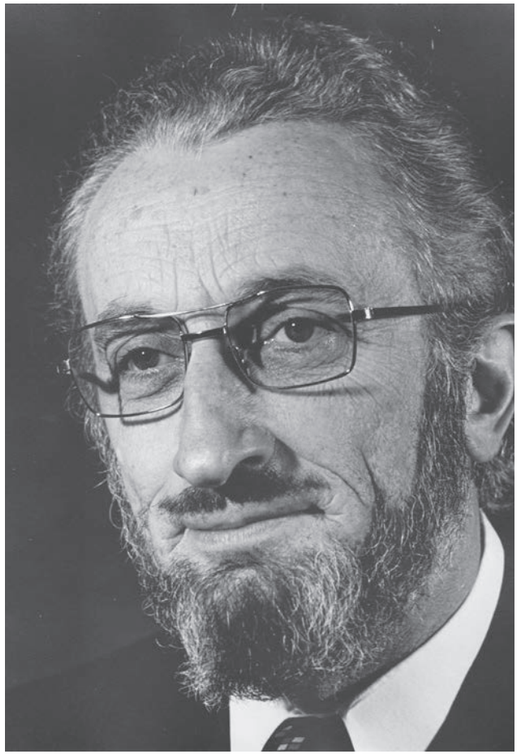
„eindeutig katholische Prägung.“ 1985 hingegen bestand hier „ein fast ausschließlich aus Laien bestehender Lehrkörper; Meinungsvielfalt, Vorschlag eines christlichen Lebensentwurfs; gesellschaftliches Engagement“[67].

Mit seinem Schicksal der Entlassung war Ludwig Huppertz nicht allein. Sein ehemaliger Vorgesetzter, der Priester und Schulleiter am Collège Patronné, Joseph Müllender, wollte nicht ohne Frau leben:

„Als 1976 seine Liebesbeziehung mit einer Schülerin publik wurde, verschlossen sich für ihn über Nacht in Eupen alle Türen. Die bis dato steile berufliche Karriere war dahin. Es folgte an der Seite seiner Partnerin ein Neuanfang in Lüttich“[68].


grenzland
report
für Ostbelgien und das Dreiländereck
1. Jahrgang, Nummer 4 Erscheint halbmonatlich Einzelpreis: 28 F — 1,40 DM 3. Februar 1984
War dieser Artikel notwendig?
Ein Religionslehrer kämpft um seinen Arbeitsplatz
(Foto: Willy Emonts)
DER FALL HUPPERTZ

Eine der ersten Ausgaben des „Grenzland-Report“, der zehn Jahre lang erschien, widmete sich intensiv dem „Fall Huppertz“.



Der langjährige Direktor des Collège Patronné, Joseph Müllender, hatte ein Verhältnis mit einer Schülerin. Sie wurde seine Frau, doch sein Dasein als Priester war damit beendet.

Hinzugefügt werden sollte, dass Müllenders Fall sehr anders gelagert war als bei Ludwig Huppertz, denn Müllenders Liebesbeziehung mit einer Schülerin, also einer ihm schutzbefohlenen Person, wäre auch bei einem weltlichen Lehrer nicht folgenlos geblieben. Doch war der Umstand, der zu seiner Entlassung führte, vor allem die Tatsache, dass er als Priester eine Liebesbeziehung führte, die bekannt wurde.

Nicht nur wurde ein Bildungsweg wie jener von Ludwig Huppertz selten. Längst gibt es andere Möglichkeiten, sich Bildung anzueignen, auch für Sprosse aus kinderreichen Familien und aus materiell bescheidenen Verhältnissen. Diese Art der Bildungsbiographie durch die Kirche hat in unseren Breitengraden inzwischen Seltenheitswert. In Kombination mit dem Umstand, dass selbst in ihren eigenen Bildungseinrichtungen die Kirche nicht mehr die Mehrheit des Lehrkörpers stellt, zeigt sich ein grassierender Einflussverlust der katholischen Kirche auch in Ostbelgien. Damit, dass die römisch-katholische Kirche jenen Lehrern, die ihre strenge, zölibatäre Lebensform ablehnten, die Tür vor der Nase zuschlug, trug sie zum Priesterrückzug aus dem Unterrichtswesen bei. Es wurde noch ein wenig säkularer. Es kann daher festgehalten werden: Nicht die Schüler blieben den christlichen Schulen zuerst fern, sondern die Priester, da diese immer weniger wurden und daher die wenigen Männer, die noch bereit waren und sind, die damit auferlegten Verpflichtungen einzugehen, dringend für den Gemeindedienst gebraucht werden.

Die dunkle Seite der Macht: Kirche und Missbrauch in Ostbelgien

Carlo Lejeune wies darauf hin, dass bereits einige jener deutschen Priester, die zwischen 1933 und 1940 nach Belgien kamen, in Sachen sexualisierter Gewalt belastet waren. Sie sollten, mit anderen Worten, möglichst diskret dem Zugriff der Nazis entzogen werden, auch jene, gegen die die erhobenen Vorwürfe nicht rein politisch motiviert waren[69]. Auch von den damaligen Tätern hatte und hat die römisch-katholische Kirche Schwierigkeiten, sich zu distanzieren, oder zumindest angemessen mit ihnen umzugehen. So problematisierte Carlo Lejeune im Gespräch mit Altbischof Aloys Jousten die Tatsache, dass Leopold Delhez im aktuellen „Gotteslob“ (das römisch-katholische Gesang- und Gebetbuch) als „Märtyrer“ aufgeführt sei, also als Vorbild dastehe, wenn doch bekannt sei, dass auch dieser sich des Missbrauchs schuldig gemacht habe beziehungsweise zum „Dunstkreis“ dieses Komplexes gehöre[70]. Fakt ist aber auch: Es gab in den letzten 50 Jahren in Ostbelgien keinen öffentlich bekannten, bedeutenden Fall sexualisierter Gewalt in der römisch-katholischen Kirche.

Doch es gibt diesbezüglich auch in Ostbelgien beziehungsweise im Bistum Lüttich beim Klerus ein anderes Verständnis der Problematik als beim Rest der Bevölkerung. So sagte zwar der Eupener Dechant Helmut Schmitz, der im Gespräch liberale, reformorientierte und keineswegs unkritische Positionen einnahm, dass er schockiert gewesen sei, als er von den Missbrauchsfällen hörte[71]. Doch fügte Dechant Schmitz gleich im nächsten Satz hinzu, dass er sich auch ärgere, „dass dieser Missbrauchsskandal gegen die Kirche missbraucht wurde.“ Weiter bedauerte Schmitz das nun vorherrschende generelle Misstrauen gegen Priester[72]. Auch der aus Ostbelgien stammende, Lütticher Bischof Aloys Jousten sagte, auf die Frage des Missbrauchs angesprochen, zuerst, das sei „eine sehr, sehr peinliche Geschichte“[73], wobei er im nächsten Satz auch das Leid der Opfer thematisierte. Aus klerikaler Sicht mag die Bezeichnung des Skandals als „peinlich“ stimmig sein, auch die Befürchtung seiner Instrumentalisierung, doch dürfte diese Sorge Nicht-Kleriker zumindest deutlich weniger umtreiben.

Dabei sind es vor allem die Machtstrukturen der römisch-katholischen Kirche, die den Missbrauch begünstigen. Dies betont auch der aus Wirtzfeld stammende Priester Alfons Brüls, der zwar ebenfalls den Vertrauensverlust in den Klerus bedauert. Brüls jedoch betont in seinen Überlegungen zuallererst die Diskrepanz zwischen priesterlichem Auftrag in der Nachfolge Jesu und sexualisierter Gewalt, zwischen christlicher Botschaft und Verletzung von Menschen an Leib und Seele. Der katholische Theologe Brüls fährt fort, dass diese Krise nicht gelöst werden könne, „solange nicht die Zusammenhänge von Macht, Sexualität und Missbrauch aufgedeckt werden, die zur sexualisierten Gewalt und ihrer oft jahrzehntelangen systematischen Vertuschung führten“[74]. Daher sei, so Brüls, „die Hauptursache für die weite Verbreitung des Missbrauchs [...] die Vertuschung durch die kirchliche Autorität“[75]. Von dieser Autorität sprach auch Ludwig Huppertz mehrfach, der dem römisch-katholischem Klerus große Angst vor der Moderne und dem damit verbundenen Machtverlust attestierte[76].

Missbrauchsskandal(e) in der katholischen Kirche

Der Vorwurf, kirchliche Würdenträger würden ihre Macht missbrauchen und sexualisierte Gewalt ausüben, ist nicht neu. Er wurde weltweit das ganze 20. Jahrhundert hindurch immer wieder erhoben. Im deutschsprachigen Raum wiederum nahm der aktuelle Missbrauchsskandal seinen Ursprung 2010, als der Leiter des Canisius-Kollegs in Berlin über mehrere Fälle an seiner Schule berichtete, was eine Welle weiterer Enthüllungen und Vorwürfe an diversen katholischen Einrichtungen auslöste, die bis heute anhält. Sicher ist, dass es sich bei sexualisierter Gewalt um ein erschütterndes Massenphänomen handelt. Einer Schweizer Studie aus dem Jahr 2016 zufolge machen jedes vierte Mädchen und jeder siebte Junge Erfahrungen mit Missbrauch. Es gibt auch – und das auch nicht erst seit der Dutroux-Affäre – keinen Grund zu glauben, dass die Situation in Belgien besser sei als in der Schweiz.

Hinweis: Betroffene sexualisierter und anderer Formen der Gewalt erhalten in Ostbelgien Hilfe beim Jugendhilfedienst unter der Telefonnummer 087-744959. Bei unmittelbarer Gefahr sollten Betroffene oder deren Angehörige und Umfeld direkt die Polizei unter der Nummer 101 anrufen.



Greift in seinem Buch althergebrachte Machtstrukturen an und fordert eine Rundumerneuerung der römisch-katholischen Kirche: Der aus Wirtzfeld stammende Theologe und Priester Alfons Brüls.

So lässt sich zusammenfassen, dass die genannte Enzyklika *Humanae Vitae* den Anspruch des Klerus bestätigte, als Institution weit hinein ins Privatleben der Gläubigen zu regieren, geboren auch aus der Angst, an Macht und Einfluss zu verlieren. Genau jene Gewissenlenker setzten die Mitsprachemöglichkeiten der Laien auch nur unzureichend um und blieben weitgehend unter sich. Diese Strukturen erleichterten und beförderten die systematische Vertuschung von sexuellem Missbrauch, was wiederum zur Diskreditierung der Institution beiträgt und sie somit noch weiter schwächt. Ein Versuch einer Antwort bestand in Deutschland im Synodalen Weg, der einen wesentlich stärkeren Einbezug der Laien zum Ziel hatte. Doch dieser ist de facto gescheitert, was noch weitere Abschottungstendenzen der Kurie und des Klerus den Laien gegenüber offenbart[77], und mit einem noch stärker abgeschotteten Klerus ist die künftige Vertuschung weiterer Missbrauchsfälle vorprogrammiert. Derzeit spricht also wenig dafür, dass der Teufelskreis durchbrochen wird.

Nachbetrachtung: Gesundschrumpfen zur neuen Spiritualität?

Was derzeit in Ostbelgien und vielen Teilen der entwickelten Welt zu beobachten ist, ist die Entwicklung ehemaliger Volkskirchen zu Mitgliederkirchen, unabhängig der jeweiligen wirtschaftlichen Situation. Dies finden nicht zuletzt traditionsbewusste und gläubige Menschen bedauerlich, war doch das religiöse Leben lange eine tragende Säule der Gesellschaft, gab vielen Halt und Orientierung, stiftete durch Riten Struktur im Tages- und Jahresablauf, bot Sinnstiftung in Krisen aller Art an. Jedoch wäre es sicher falsch, in der Entkirchlichung der Gesellschaft nur Bedrohung für die Kirchen zu sehen, denn Beschwerden über den Zustand der Welt und der Gesellschaft werden die Kirchen nicht wieder füllen, im Gegenteil: Gerade die sonntägliche Klage eines manchen Pfarrers über die leeren Kirchbänke trifft die Falschen, nämlich ausgerechnet jene, die durch ihre Anwesenheit zeigen, dass sie eben nicht dem Gottesdienst fernbleiben. Darüber hinaus ist es auch eine Entlastung für eine Institution, Erklärung und Sinnstiftung nur noch jenen anbieten zu müssen, die diese dort suchen, und nicht (mehr) universell zuständig zu sein.

Manch einer mag sich das ganze Jahr über so volle Kirchen wie zu Ostern und Weihnachten wünschen. Doch wie ist es um Religion und Spiritualität bestellt, wenn viele aus sozialem Druck mitmachen? Zumindest kann sich jeder Prediger heute in Belgien sicher sein: Wer da ist, ist fast sicher freiwillig da. Wer in die Kirche kommt, sucht dort auch etwas. Es gehört zur Dialektik der kirchlichen Zeitgeschichte, dass auch extrem autoritäre Menschen wie Paul Schoonbroodt davon profitieren, dass die Menschen sich heute zunehmend ihre eigenen spirituellen Angebote suchen. Eine solche Entwicklung zur überzeugungsgetriebenen Mitgliederkirche ist auch in der Ausdifferenzierung des evangelischen Spektrums in Eupen zu sehen, wo mehrere gesellschaftliche Prozesse konvergieren (Individualisierung, Einwanderung, Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Milieus).



Werden auch winzige Kapellen, wie jene in Astenet, künftig für sehr viel kleinere Versammlungen genutzt werden?

Bei der römisch-katholischen Kirche wird angesichts des Pfarrermangels die Rolle der Laien zwangsläufig eine andere werden. Dieser Prozess ist bereits in vollem Gange, da auch in der römisch-katholischen Kirche immer mehr sogenannte „Wortgottesdienste“ von Laien gehalten werden und Laien Trauerfeiern gestalten. Ludwig Huppertz stellt sich daher eine Kirche vor, die in kleinere, stärker ortsgebundene Gemeinschaften aufgeteilt ist und in der leitende Funktionen von bewährten Frauen und Männern wahrgenommen würden. Diese ursprüngliche Vorstellung der „bewährten Männer“ (*viri probati*) würde seiner Überzeugung nach vor allem von Frauen getragen werden[78], die – wie eingangs gesehen – schon jetzt das Gros der Kirchgänger ausmachen, ohne, dass deren Bedeutung in der römisch-katholischen Hierarchie und Liturgie hinreichend gewürdigt würde.

Ob es zu einer solchen Entwicklung wie der skizzierten kommt, bleibt abzuwarten, doch hätte sie einen weiteren, großen Vorteil: Zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Beitrags fand ein Diskussionsprozess statt, was mit den recht vielen, teils verwaisten, Kirchengebäuden in Ostbelgien auf Dauer geschehen soll[79]. Gäbe es tatsächlich eine auf sehr viele und viel kleinere Gemeinschaften aufgeteilte Kirche, bestünde selbst für jede noch so kleine Dorfkappelle Verwendung. Derzeit ist eine solche tatsächliche Gesundschrumpfung nur stellenweise zu sehen, und ob sie je in der Form kommt wie von Huppertz gezeichnet, bleibt abzuwarten.

Endnoten

1 Volk Gottes unterwegs, GrenzEcho vom 28.09.1977, Jubiläums-Ausgabe.
2 Zahlen der katholischen Bischofskonferenz in Deutschland, https://www.dbk.de/kirche-in-zahlen/kirchliche-statistik/, Zugriff am 12.04.2023.
3 Statistiken der Evangelischen Kirche in Deutschland, https://www.ekd.de/statistik-kirchenmitglieder-17279.htm, Zugriff am 12.04.2023.
4 Christian Laporte, La Belgique, terre religieuse, in: https ://www.lalibre.be/belgique/2008/03/11/la-belgique-terre-religieuse-GU5QDKLQQZFQNDO5Z2JEWELKRE/ (letzter Aufruf : 21.04.2023).
5 https://newsletter.cathobel.be/rapport-annuel-eglise/rapport-annuel-eglise-2018.pdf, Zugriff am 21.04.2023.
6 L’Église catholique est sur son déclin total à cause du célibat des prêtres, 14.10.2019, https://www.rtbf.be/article/didier-l-eglise-catholique-est-sur-son-declin-total-a-cause-du-celibat-des-pretres-10341000, Zugriff am 10.08.2022.
7 Staatsarchiv in Eupen (künftig: SAE), unverzeichneter Bestand, Zählungen Kirchenbesucher (Pfarre St. Josef, Eupen), Untersuchung der Gottesdienstpraxis.
8 Das Gesicht der Protestanten, GrenzEcho vom 16.07.2013, S. 9.
9 https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2637/umfrage/anzahl-der-katholischen-gottesdienstbesucher-seit-1950/, Zugriff am 10.08.2022.
10 Zentrum für Ostbelgische Geschichte (künftig: ZOG), AZS-018/2022, Interview mit Ludwig Huppertz, 06.04.2022.
11 ZOG, Vorgespräch zum Interview mit Schwestern Marianne und Marie-Thérèse am 04.07.2022.
12 ZOG, AZS-017/2022, Interview mit Ludwig Huppertz am 06.04.2022.
13 Alfred Minke, Das Bistum Lüttich von 1945 bis 1985: Ansichten einer Ortskirche zwischen struktureller Erneuerung und ständigem Neubeginn, in: Karl Borsch, Johannes Bündgens (Hrsg.), Konzil und Bistum. Das II. Vatikanische Konzil und seine Wirkung im Bistum Aachen und bei den Nachbarn. Festschrift für Heinrich Mussinghoff zur Vollendung des 70. Lebensjahres, Aachen 2010, S. 211-259, hier: S. 226-229.
14 ZOG, AZS-018/2022, Interview mit Helmut Schmitz am 09.06.2022.
15 Minke, Bistum Lüttich, S. 226f.
16 Minke, Bistum Lüttich, S. 254.
17 SAE, 1-061, Pfarre Recht, Nr. 67, Unterlagen des Pfarrgemeinderates, 1987-1994.
18 Ibid., Sitzung vom 13.06.1988.
19 Ibid., Sitzung vom 17.04.1988.
20 Ibid., Sitzung vom 26.04.1987.
21 Kölner Pastoral- und Gemeindereferenten initiieren Predigt-Aktion, 19.10.2022, https://www.katholisch.de/artikel/41568-koelner-pastoral-und-gemeindereferenten-initiieren-predigt-aktion, Zugriff am 31/10/2022.
22 Minke, Bistum Lüttich, S. 254f.
23 ZOG, FZS-013/2014, Interview mit Aloys Jousten am 17.02.2014 in Lüttich.
24 Ibid.
25 ZOG, AZS-017/2022, Interview mit Ludwig Huppertz am 06.04.2022.
26 Carlo Lejeune, Von der katholischen Einheitsgesellschaft hin zur Welt der beliebigen Leitbilder. Wir sind Kinder der Freiheit, in: Carlo Lejeune, Andreas Fickers, Freddy Cremer (Hrsg.), Spuren in die Zukunft. Anmerkungen zu einem bewegten Jahrhundert, Büllingen 2001, S. 87-95, S. 88f.
27 ZOG, AZS-018/2022, Interview mit Helmut Schmitz am 09.06.2022.
28 Wie das Thema Sex die Kirche entzweit hat, Die Welt vom 25.07.2008, https://www.welt.de/politik/article2247498/Wie-das-Thema-Sex-die-Kirche-entzweit-hat.html, Zugriff am 03.11.2022.
29 Minke, Bistum Lüttich, S. 255f.
30 ZOG, AZS-017/2022, Interview mit Ludwig Huppertz am 06.04.2022.
31 Ibid.
32 Minke, Bistum Lüttich, S. 235f.
33 Maßnahmen gegen Pfarrer Schoonbroodt?, GrenzEcho vom 14.02.1987, S. 1.
34 Kirchenbann la ßt greisen „Rebellen“ unberu hrt , GrenzEcho vom 02.07.1988, S. 24.
35 GrenzEcho vom 22.10.1988, S. 9, mehrere Artikel.
36 ZOG, AZS-017/2022, Interview mit Ludwig Huppertz am 06.04.2022.
37 Ich glaube, daß die Zeit die Wunden heilen wird, GrenzEcho vom 27.10.1988, S. 9.
38 Zwei Totenmessen für Paul Schoonbroodt. Ein Kommentar, Belgischer Rundfunk vom 01.06.2012, https://brf.be/regional/400355/, Zugriff am 29.09.2022.
39 Fünf Mönche in der Herz-Jesu-Kirche, GrenzEcho vom 02.04.2014, S. 1,
40 Alfred Minke, die Evangelische Kirchengemeinde Eupen-Neu-Moresnet. Ein geschichtlicher Überblick, 1707-2007. Festschrift anlässlich des 300-jährigen Bestehens des Eupener Pfarrhauses, Eupen 2007, S. 18-22.
41 Klaus Schluppe, Konservativ und offen: Evangelische Christen in Belgien, evangelisch.de. Mehr als du glaubst, 22.12.2011, https://www.evangelisch.de/inhalte/107242/22-12-2011/konservativ-und-offen-evangelische-christen-belgien, Zugriff am 22.09.2022.
42 ZOG, AZS 016/2022, Interview mit Dariusz Tomczak am 28.04.2022.
43 Ibid.
44 Website der Baptistengemeinde in Malmedy, https://upmalmedy.com, Zugriff am 22.09.2022.
45 ZOG, AZS 016/2022, Interview mit Dariusz Tomczak am 28.04.2022.
46 Dieses Meinungsbild entstand aus der Mitgliedschaft des Verfassers zunächst in der evangelischen Gemeinde in Malmedy, später dann in Eupen, und dort erfolgten Gespräche mit anderen Gemeindegliedern.
47 SAE, 5-298, Nr. 34, Firmin Pauquet, Appell an die Geistlichkeit deutscher Sprache, 08.04.1977.
48 Minke, Bistum Lüttich, S. 214f.
49 Antwort des Pfarramts Kelmis an den Autor vom 12.07.2022.
50 Antwort des Pfarramts Raeren an den Autor vom 14.07.2022.
51 Tabelle Durchschnittliche Haushaltsgröße in Ostbelgien, https://ostbelgien.inzahlen.be/jive?cat_open_code=c30, Zugriff am 16.08.2022.
52 Antwort des Pfarramts Burg-Reuland an den Autor vom 4. August 2022.
53 Antwort des Pfarramts Bütgenbach an den Autor vom 12. Juli 2022.
54 Ibid.
55 Antwort des Pfarramts Bütgenbach an den Autor vom 15. Juli 2022.
56 Carlo Lejeune, Von der katholischen Einheitsgesellschaft, S. 89.
57 Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Schülerzahlen 2021-2022, https://ostbelgienstatistik.be/PortalData/21/Resources/downloads/home/zahlen_fakten/Schuelerzahlen_Schuljahr_2021-2022.pdf, Zugriff am 25.04.2023.
58 DG: Religion bleibt Teil des Unterrichts, GrenzEcho vom 18.03.2023, S. 6.
59 Religion in Frage gestellt: Gotteslästerliche Filme im Z-Kino, GrenzEcho vom 24.09.1983, S. 7.
60 Kommentar von Freddy Derwahl, Wer lästert wen? GrenzEcho vom 25.09.1993, S. 1.
61 Katholische Filmzensur, GrenzEcho vom 25.10.1968, S. 5.
62 Katholische Filmzensur, GrenzEcho vom 03.05.1968, S. 4.
63 Privatarchiv Huppertz, Schüler des Collège Patronné, im Januar 1984, an Bischof in Lüttich.
64 Siehe auch Der Fall Huppertz. Ein Religionslehrer kämpft um seinen Arbeitsplatz, Grenzland-Report für Ostbelgien und das Dreiländereck, Jg. 1, Nr. 4, 03.02.1984.
65 ZOG, AZS-017/2022, Interview mit Ludwig Huppertz am 06.04.2022.
66 Der Fall Huppertz. Ein Religionslehrer kämpft um seinen Arbeitsplatz, Grenzland-Report für Ostbelgien und das Dreiländereck, Jg. 1, Nr. 4, 03.02.1984, S. 7.
67 Minke, Bistum Lüttich, S. 249.
68 Als Zeus zum Kaperberg hinabstieg, GrenzEcho vom 15.05.2019, S. 11.
69 Carlo Lejeune, Der ostbelgische Klerus. Zwischen heldenhaftem Vorbild und tragischem Fehlverhalten, in: Christoph Brüll, Els Herrebout, Peter Quadflieg (Hrsg.), Eine ostbelgische Stunde Null? Eliten aus Eupen und Malmedy vor und nach 1944. Annalen des Symposiums im Staatsarchiv Eupen am 15. September 2012, Brüssel 2013, S. 135-143.
70 ZOG, FZS-013/2014, Interview mit Aloys Jousten am 17.02.2014 in Lüttich.
71 ZOG, AZS-018/2022, Interview mit Helmut Schmitz am 09.06.2022.
72 Ibid.
73 ZOG, FZS-013/2014, Interview mit Aloys Jousten am 17.02.2014 in Lüttich.
74 Alfons Brüls, Wozu ist die Kirche (noch) gut? Christlicher Glaube als Weg zu erfüllterem Leben, Eupen 2014, S. 34.
75 Ibid., S. 34f.
76 ZOG, AZS-017/2022, Interview mit Ludwig Huppertz am 06.04.2022.
77 Papst warnt vor falschem Verständnis von Synodalität: „Der synodale Weg ist kein Parlament“ https://www.kath.net/news/81329, abgerufen am 20.04.2023.
78 ZOG, AZS-017/2022, Interview mit Ludwig Huppertz am 06.04.2022.
79 Eine Bereicherung statt Belastung, GrenzEcho vom 29.09.2022, S. 6.







ZUR GESCHICHTE DER VEREINSLANDSCHAFT IM DEUTSCHSPRACHIGEN BELGIEN

KULTURARBEIT UND AUTONOMIEENTWICKLUNG

VON JENS GIESDORF UND HANS REUL





Die Vereine in Ostbelgien prägen und prägten das gesellschaftliche Zusammenleben in hohem Maße. Anhand der Beispiele des Geschichtsvereins Zwischen Venn und Schneifel sowie der Musiklandschaft werden die Entwicklungen, neuen Dynamiken, aber auch Schwierigkeiten der Vereinswelt im deutschen Sprachgebiet in den letzten fünfzig Jahren veranschaulicht. Spannende Einblicke von zwei teilnehmenden Beobachtern …

Im Selbstverständnis der Deutschsprachigen Gemeinschaft gelten Vereine als „bedeutendste demokratische Organisationsform der Zivilgesellschaft“.[1] Trotz wachsender Herausforderungen, die mit dem ehrenamtlichen Engagement in einem Verein verbunden sind, bleiben Tausende Ostbelgierinnen und Ostbelgier einem oder mehreren Vereinen verbunden. Die Vereinslandschaft ist dabei überaus vielfältig, wobei Sport- und Musikvereine sowie Jugendgruppen (Pfadfinder, Patro, Chiro) dominieren. Die Bedeutung der Vereine für die Dorf- und Stadtgesellschaft, aber auch für die überregionale Ausstrahlung Ostbelgiens hat bisher noch keinen Niederschlag in der Historiografie gefunden. Wohl aber gibt es Dutzende von Vereinschroniken und -zeitschriften, die als Grundlage einer noch zu leistenden kritischen Erforschung dienen können.[2] An dieser Stelle erfolgen zwei Schilderungen zu den Geschichts- und den Musikvereinen in der Region. Ihre Verfasser, Jens Giesdorf und Hans Reul, sind als Vorsitzender des Geschichtsvereins „Zwischen Venn und Schneifel“ und als Musikjournalist, Kulturmanager und aktiver Vereinsmusiker teilnehmende Beobachter. Die Beiträge stützen sich demnach auf persönliche Erfahrungen, ordnen diese jedoch in eine Entwicklungsgeschichte der Geschichtsarbeit und des Vereinslebens ein. Sie beleuchten zudem schlaglichtartig den Zusammenhang zwischen der Autonomie der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Vereinsleben der deutschsprachigen Belgier.

Die Entstehung und Entwicklung des Königlichen Geschichts- und Museumsvereins „Zwischen Venn und Schneifel“ in Sankt Vith

Von Jens Giesdorf

Vorgeschichte, Initiativen und Gründung von ZVS

Mit dem Namen „Zwischen Venn und Schneifel“ wurde die ostbelgische Öffentlichkeit des Südens der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens zum ersten Mal im Januar 1965 konfrontiert. Die St. Vither Zeitung veröffentlichte unter diesem Titel die erste Nummer einer achtseitigen kostenlosen Beilage, die sich auf Anhieb sehr großer Beliebtheit erfreute und großen Zuspruch fand.

„[…] man stellte fest, dass damit auf kulturellem Gebiet im Lande am Südhang des Hohen Venns eine Lücke geschlossen worden war. Die Erforschung der Heimatgeschichte und des Brauchtums schien hierzulande viele Menschen anzusprechen, die es begrüßten, dass man ihnen die Heimat geschichtlich und folkloristisch näherbrachte.“[3]

Die heimatverbundene Verlagsleiterin der St. Vither Zeitung, Margret Doepgen-Beretz, trug mit der Schaffung der Beilage dem regen Interesse der Leserschaft für Heimatkunde, Brauchtum und regionaler Geschichtsforschung Rechnung. Hinzu kam von Anfang an die grenzüberschreitende Ausrichtung. So bemerkte Raymund Graf in seiner Einführung zur ersten Ausgabe der Monatsblätter der St. Vither Zeitung:

„Unsere Arbeit soll sich vornehmlich auf den Kanton St. Vith und den deutschsprachigen Teil des Kantons Malmedy beziehen, was jedoch nicht ausschließt, daß wir gelegentlich einmal über diese Grenze hinaus gehen.“[4]

Der Geschichtsverein ZVS entstand im September 1965 im Kontext der lauter werdenden Autonomieansprüche der deutschen Sprachgemeinschaft in Belgien und verstand sich als Verfechter der angestammten Sprache und Kultur sowie des Brauchtums. Er wurde zu einem Zeitpunkt gegründet, als die Wiederbesinnung auf die heimatlichen Kulturwerte als Begleiterscheinung der politischen Entwicklung (Sprachgesetze, Forderung nach größerem Mitspracherecht in Politik, Schule und Gesellschaft) stärker in der öffentlichen Diskussion artikuliert wurde.[5] Die metaphysische Obdachlosigkeit der Eifelbevölkerung im belgischen Nationalstaat der 1950er Jahre, die vor allem durch den Wiederaufbau der Stadt Sankt Vith und ihres Umlandes geprägt war, wurde langsam durch die Rückbesinnung auf Heimatkunde, Brauchtum und Regionalgeschichte und die damit einhergehenden gewachsenen kulturellen An



Träger des Geschichtsvereins ZVS und seiner Arbeit war und ist ein enger Zirkel um sehr engagierte Geschichtsinteressierte (v.l.n.r.): Eric Wiesemes, Lothar Trantes, Klaus-Dieter Klauser.

sprüche verdrängt.[6] Der Geschichtsverein ZVS orientierte sich dabei an der heimatgeschichtlichen Tradition, die in der Vorkriegszeit vor allem in der anerkannten Folkloregesellschaft (Sitz in Malmedy) und im Sankt Vither Museumsverein zum Tragen gekommen waren. Politische Betätigungen jeglicher Art schlossen die Vereinsgründer aber von vornherein aus.[7]

„Hier spiegelten die Geschichtsvereine die allgemeine politische Entwicklung der Nachkriegszeit wider. Zudem wären wohl nur die wenigsten ehrenamtlichen Mitglieder bereit gewesen, sich in ihrer Freizeit mit einer Vergangenheit zu befassen, die ob artikuliert oder nicht, wie Blei auf der Nachkriegsgesellschaft lastete.“[8]

In den folgenden Ausführungen sollen die Entwicklung der Mitgliederzahlen und ihre vereinsspezifischen Besonderheiten, die Publikationstätigkeit des Geschichtsvereins, der Wandel vom Heimat- zu einem Geschichtsmuseum auf regionalhistorischer Basis, Bibliothek und Archiv, das Dr.-Anton-Hecking-Schild, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit anderen Geschichts- und Kulturvereinen und ein kleiner Ausblick auf die Herausforderungen der Zukunft von ZVS dargestellt werden.

Mitgliederentwicklung

Die Entwicklung der Mitgliederzahlen des jungen Geschichtsvereins ZVS ist von einer besonderen Dynamik und großen Unterstützung in breiten Bevölkerungsschichten geprägt. In der Vorstandsversammlung vom 7. Januar 1966, also nur drei Monate nach der Gründung des Vereins, konnten bereits etwa 125 Mitglieder gezählt werden.[9] Die vielen Werbeveranstaltungen in den Gemeinden des Südens der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Sinne einer Graswurzelbewegung (grassroots movement)[10] zahlten sich aus. Im Dezember 1966 war die Mitgliederzahl von ZVS bereits auf 583 Mitglieder angewachsen.[11] Drei Jahre später konnte der Vorsitzende Kurt Fagnoul auf der Generalversammlung vom Januar 1969 den Anwesenden mitteilen, dass die Zahl der Mitglieder auf rund 1.000 angewachsen sei.[12] 1975 erreichte der Mitgliederstand von ZVS stolze 1.460 Personen und im Jahre 1980 wurde die 2.000er-Hürde genommen.[13] Dieser hohe Mitgliederstand wurde über 30 Jahre bis ins Jahr 2011 gehalten. Die demografische Entwicklung der Gesellschaft in Ostbelgien ging aber auch nicht an ZVS vorbei. 2012 sank der Mitgliederstand auf 1965.[14] In den letzten zehn Jahre hat sich die Mitgliederzahl von ZVS stabilisiert und erreicht mit 1.797 Personen im Jahr 2023 immer noch eine beachtliche Anzahl. Die Mitgliederzahl darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Anzahl der aktiven Vereinsmitglieder, die gestalterisch auf die Vereinsarbeit einwirken und durch ihre Mitarbeit in den vielfältigen Gremien die Entwicklung des Vereins maßgeblich gestalten, zwischen 40 und 50 Personen beträgt. Die große Mehrheit der Vereinsmitglieder tritt hier eher passiv auf, ermöglicht aber durch die Mitgliedsbeiträge die Realisierung der Vereinszeitschrift und verschiedene andere Projekte von Ausstellungen über technische Ausstattungen bis hin zu den Depotarbeiten. Der partizipative Ansatz wurde in den letzten Jahren bei ZVS gestärkt, so konnten die Mitglieder in einer Zukunftswerkstatt im Februar 2019 zukünftige Entwicklungsschwerpunkte aktiv mitgestalten.

Das vielfältige Angebot von ZVS mit den Monatsblättern, der Museumsarbeit, den Ausfahrten und Wanderungen sowie den vielfältigen Sonderausstellungen und Museumsaktivitäten trägt in erster Linie dazu bei, einen stabilen Mitgliederstamm zu erhalten und jüngere Geschichtsinteressierte zu rekrutieren, damit der Verein auch in der Zukunft die genannte Aufgabenvielfalt erfüllen und bewältigen kann.

Vor allem sind es hier die vielen ehrenamtlichen Mitarbeiter der verschiedenen Ausschüsse und Arbeitsgruppen,[15] die mit ihrer professionellen Arbeit zur Attraktivität von

ZVS beitragen. Sie arbeiten allerdings im Spannungsfeld zunehmender Bürokratisierung, das die Hemmschwelle für eine ehrenamtliche Tätigkeit heraufsetzt und mögliche Ehrenamtler auch abschreckt. Die Vereinsführung ist deshalb bemüht, die administrativen Verwaltungsarbeiten zu übernehmen, um so den übrigen ehrenamtlichen Mitarbeitern die historischen Aufgaben von ZVS zu ermöglichen.

Publikationstätigkeit

Das Flaggschiff des jungen Geschichtsvereins wurde die Herausgabe der Monatsblätter unter dem Vereinsnamen „Zwischen Venn und Schneifel". In den ersten Monaten des Jahres 1965 noch als Beilage der St. Vither Zeitung, ab Mai dann als autonome Publikation waren sie die erste regelmäßig erscheinende Kulturzeitschrift im deutschsprachigen Belgien.[16] Sie wurden innerhalb kurzer Zeit das unverzichtbare Bindeglied der ZVS-Mitglieder. Die Rubriken innerhalb der Zeitschrift waren von Anfang an sehr vielfältig. 1971, als die Zeitschrift in neuem Format erschien, gliederten sich diese Wegweiser wie folgt: Heimatkunde, Chronik, Persönlichkeiten, Folklore, Vereinsleben, Unter der Lupe, Zeitgeschehen, Kulturelles, Geschichte und Wald und Flur.

Im Laufe der Zeit wurden die Rubriken immer wieder angepasst und ergänzt. Ab dem Jahr 2013 wurde dann aufgrund der Unübersichtlichkeit und der Zuordnungsprobleme ganz auf sie verzichtet. Auch bei der Autorenschaft ist eine Entwicklung zu verzeichnen. In der Frühphase des Vereins wurden die meisten Artikel von professionellen Historikern und Akademikern verfasst. Mit der Zeit kamen aber mehr und mehr „Barfußhistoriker", also keine studierten Historiker, zu Wort. In der Gegenwart hält sich die Anzahl beider Gruppen die Waage, zwischen 15 und 20 Autoren zählen derzeit zum festen Autorenstamm der ZVS-Monatsblätter.

In den 1990er Jahren rückte eine neue Zielgruppe in den Fokus der Herausgeber, die Schülerinnen und Schüler der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Ab 1994 erschienen die vierteljährlich beigefügten Jugendseiten, auf denen wichtige Ereignisse der Regionalgeschichte des ZVS-Gebiets in wissenschaftlich-pädagogischer Weise aufgearbeitet wurden.[17] Diese Sonderseiten, die bis 2010 erschienen und mittlerweile durch die „Schülerhefte" ersetzt wurden, werden den Schulen im deutschen Sprachgebiet Belgiens als Lehrgrundlage auf der Basis der Rahmenpläne Geschichte angeboten.[18]

Neben der monatlich erscheinenden Zeitschrift veröffentlichte der Verein in eigener Regie Werke zur regionalhistorischen Vergangenheit und Kultur. Außer Kriegserinnerungen im Rahmen der Ardennenoffensive sind auch Bildbände im Land zwischen Venn und Schneifel, archäologische Werke, sprachgeschichtliche Auseinandersetzungen um die Eifel sowie Publikationen zur Eisenbahngeschichte zu verzeichnen.

In diesem Kontext nicht zu vergessen ist die ZVS-Schriftenreihe (bisher 23 Nummern), die in loser Folge erschienen ist und in der jeweils ein regionalgeschichtliches Thema ausführlich behandelt wird.[19] Darüber hinaus liefert der Geschichts- und Museumsverein inhaltliche redaktionelle Unterstützung bei der Gestaltung großformatiger Veröffentlichungen und Jubiläumsfeste. Dies zeigt sich in den Veröffentlichungen über Recht, Amel, Büllingen, Honsfeld, Rocherath-Krinkelt, Steffeshausen, Schönberg und Manderfeld.

Im Jahr 2007 beschritt ZVS mit der vierteiligen Filmserie zur Geschichte der Vennbahn publizistisches Neuland.[20] Seither sind viele Filme auf DVD zu regionalgeschichtlichen Themen aus der Werkstatt von Walter Langer und Hugo Lampertz erschienen, u. a. eine achtteilige Reihe zur Geschichte des Gebiets von Eupen, Malmedy und Sankt Vith.[21]

Museum

Die Einrichtung eines eigenen Museums war bereits 1967, knapp zwei Jahre nach der Gründung des Vereins ZVS, Wirklichkeit geworden.[22] Bis zum Jahr 1990 war das Museum in der Heckingstraße 2 untergebracht und fand



Ein Beispiel der vielen Ausstellungen die im Laufe der Zeit im ZVS-Museum realisiert wurden.

mit der Eröffnung am 8. September 1990 in einem ehemaligen Bahnhofsgebäude, der alten Bahnmeisterei, eine definitive Heimstatt.[23] Der Museumsumzug zum Schwarzen Weg 6 markiert gemeinsam mit der Schaffung der Stelle eines Animators für das Museum (Halbtagsstelle technisches Personal) und der darauffolgenden Einstellung von Guido Leufgen am 1. August 1992 Meilensteine in der Entwicklung von ZVS.[24] Diese Entwicklungsschritte erfolgten mit der Unterstützung der Stadt Sankt Vith, die dem Verein das Bahnhofsgebäude zur Verfügung stellt, und der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die das Gehalt des Animators zu 85 Prozent bezuschusst.

Im Jahre 1989 ergänzte der Geschichtsverein seinen Vereinsnamen um die Bezeichnung „Museumsverein", um als Träger des Heimatmuseums diesem wichtigen Aspekt der Heimatgeschichte auch offiziell gerecht zu werden.[25] Das Museum entfaltete sich aus bescheidenen Anfängen zu einem wichtigen Faktor von ZVS. Zunächst als Heimatmuseum konzipiert, wo Gegenstände aus früheren Jahrhunderten, wie Handwerkszeug, vielfältige Erzeugnisse der ländlichen Gegend, Möbel und Hausgeräte des täglichen Lebens, ihren Platz fanden, wurde das ZVS-Museum 2005 um die Ausstellung zur Geschichte der Eisenbahn in der Grenzregion zwischen Belgien, Deutschland und Luxemburg erweitert.[26]

Ausgehend von der Idee der Umgestaltung des ZVS-Heimatmuseums in ein Geschichtsmuseum war seit 2010 eine Arbeitsgruppe („Museumsausschuss") mit der Neugestaltung der Dauerausstellung beschäftigt.[27] Dabei wurde eine neue Museumskonzeption erarbeitet, die auf drei Fundamenten basierte:

Die Dauerausstellung wurde zu einem chronologischen Parcours durch die Geschichte des Landes zwischen Venn und Schneifel umgestaltet, der sich von der Kelten- und Römerzeit über das Mittelalter und die Maria-Theresia-Ära, die Franzosen- und Preußenzeit bis in die Gegenwart erstreckt.

Ein zweites Fundament stellen die besonderen Themenschwerpunkte des ZVS-Museums dar. Hier werden zeitunabhängig die Kirchengeschichte, die Eisenbahn und das Eifler Handwerk näher beleuchtet.



Neben der Geschichtsarbeit waren die Geschichts- und Heimatmuseen in Eupen (Bild), Sankt Vith und Kelmis wichtige Ergänzungen und Aushängeschilder für die Arbeit der Geschichtsvereine.

Die dritte Säule sind die zeitweiligen Wechselausstellungen zu historischen Jahrestagen, Kunstausstellungen hiesiger Künstler und Kunsthandwerker sowie Fotoausstellungen. Das Konzept der Wechselausstellungen zieht vor allem Touristen und Einheimische ins Museum, was an den steigenden Besucherzahlen der letzten Jahre (abgesehen von der Coronazeit) deutlich wird.

In einem zu einer Kapelle ausgebauten Raum wurde im Juli 2012 als erste die Ausstellung zur Eifeler Kirchengeschichte eröffnet. Drei Jahre später, im Juni 2015, wurden gleich zwei neue Dauerausstellungen eröffnet: „Die belgische Zeit (1920-2020)" und die Ausstellung zum Thema

„Handwerk in der Eifel“. Letztere ist in den Kellerräumen untergebracht. Mit der Einrichtung der Räume zur Frühgeschichte (Kelten- und Römerzeit) (eröffnet im August 2016), zur Franzosen- und Preußenzeit (November 2017) sowie zur Geschichte des Mittelalters und der Neuzeit (November 2018) war die Neugestaltung des Museums abgeschlossen.[28] Die neue Dauerausstellung ist in den drei Landessprachen umgesetzt worden. Neben den klassischen Erklärungen in Form von Texten und Bilddokumenten finden sich auch viele multimediale Elemente, wie beispielsweise digitale Bildschirme, Videos und akustische Untermalungen sowie eine interaktive Zeitleiste, auf der ein digitales Quiz aufgebaut ist.[29]

Im Einstufungsverfahren von 2020 wurde das Geschichtsmuseum von ZVS von der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in die Kategorie II erhoben.[30] Damit war die Möglichkeit gegeben, zum 1. Januar 2021 eine zweite Halbtagsstelle technisches Personal zu schaffen. Die darauffolgende Einstellung der Restauratorin Sarah Born kann als weiterer Meilenstein der Museumsentwicklung von ZVS auf dem Weg der Professionalisierung angesehen werden.

Bibliothek und Archiv

Neben der Herausgabe der Monatsblätter und der Schaffung eines Heimatmuseums hatten die Gründungsmitglieder von ZVS auch die Entstehung einer regionalhistorischen Bibliothek auf der Agenda.[31] Im Laufe der Jahre hat der Verein eine regionalhistorische Bibliothek mit über 25.000 Titeln aufgebaut und ein Archiv angelegt, wobei vor allem das Fotoarchiv mit mehr als 20.000 Dokumenten hervorzuheben ist. Die ursprünglich aus Privatbesitz stammenden Bestände, die im Laufe der Jahre erworben wurden, werden ständig ergänzt und elektronisch erfasst. Der Schwerpunkt der Sammlungstätigkeit basiert auf der Regionalgeschichte des Landes zwischen Venn und Schneifel. Neben regionalhistorischen Schriften und Publikationen wurden und werden aber auch aktuelle historische Standardwerke angeschafft und gesammelt, die über regionale Aspekte hinausgehen. Bibliothek und Archiv stehen allen Interessenten nach Absprache mit der Museumsleitung offen. 1999 wurde die ZVS-Bibliothek von der Deutschsprachigen Gemeinschaft als Fachbibliothek anerkannt.[32]

Hecking-Schild

Anlässlich des 20-jährigen Bestehens von ZVS im Jahr 1985 entstand der Gedanke zur Stiftung des Dr.-Anton-Hecking-Schildes. Die Intention hinter der Stiftung war, zur Erinnerung an das Vermächtnis des ersten wirklich großen Geschichtsschreibers dieses Raums, Dr. Anton Hecking (1807-1892), Persönlichkeiten auszuzeichnen, die sich in der Erforschung der Geschichte sowie in der Förderung des Brauchtums und der Kultur im Gebiet zwischen Maas/Rhein/Mosel im Allgemeinen und im Land zwischen den beiden Höhenzügen von Venn und Schneifel im Besonderen verdient gemacht haben. In der Sitzung des ZVS-Verwaltungsrates vom 15. Juli 1985 wurde mit acht Ja-Stimmen bei vier Enthaltungen beschlossen, die Auszeichnung zu stiften. Die Ehrung sollte alle zwei Jahre vergeben werden, mit ihr ist kein Geldpreis verbunden.[33] Die auszuzeichnenden Personen werden von einem Beratungskomitee, einem sogenannten Kollegium, mit einer entsprechenden Begründung dem Verwaltungsrat vorgelegt, der die endgültige Entscheidung trifft.[34] Es wurden namhafte Persönlichkeiten ausgezeichnet, die in ihrem Wirken mit unserem geschichtlichen Raum vertraut waren und ihn mehrmals in den Mittelpunkt ihrer Arbeit gestellt haben. Das Dr.-Anton-Hecking-Schild ist eine anerkannte Auszeichnung unserer Region geworden. Ohne Übertreibung kann sie derzeit als die ausstrahlungskräftigste und bedeutendste in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens und darüber hinaus in der Gesamteifel bezeichnet werden. Ein Blick auf die Liste der Preisträger verdeutlicht eine Tendenz bei der Auswahl der zu Ehrenden. Sie zeigt eine Mischung, in der professionelle Historiker und Kulturwissenschaftler zwar in der Überzahl sind, in der die Würdigung des Engagements sogenannter Barfußhistoriker jedoch nicht zu kurz kommt.[35]

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Im Zentrum der Forschungsarbeit des Geschichts- und Museumsvereins ZVS steht die vielseitige Kulturlandschaft an der Grenze der Staaten und Sprachräume. Die Tätigkeitsziele schließen jedoch keineswegs eine enge Zusammenarbeit mit anderen Geschichtsvereinen und Vereinigungen ähnlicher Zielsetzung aus. Eine enge Kooperation mit den Geschichtsvereinen Monschaus, des Prümer Landes und Viandens sowie der Eisenbahnfreunde von Jünkerath ist im Laufe der Jahre zur Selbstverständlichkeit geworden.[36] Das Gleiche gilt für unsere Nachbarn in der Wallonie (Vielsalm, Malmedy) und in der Deutschsprachigen Gemeinschaft (Eupen, Göhltal), mit denen ZVS im Schriftentausch steht und bei Bedarf auch gemeinsame Projekte umsetzt. Mit dem Kultur- und Museumsverein „Kapelle Krewinkel“ ist ZVS ebenfalls sehr eng verbunden, gemeinsame Ausstellungen, Wanderungen oder Buchprojekte gehören zum Tätigkeitsbereich.

In heimatkundlicher Hinsicht beschreitet ZVS in den letzten Jahren im wahrsten Sinne des Wortes neue Wege, denn mit den geführten Wanderungen soll unsere Geschichte den interessierten Teilnehmern auch anschaulich nähergebracht werden.[37]

Ein Blick in die Zukunft

Der Geschichts- und Museumsverein „Zwischen Venn und Schneifel“ blickt auf eine mehr als 50-jährige Geschichte zurück, aus diesem Grund wurde dem Verein am 20. September 2015 von S. M. König Philipp der Titel einer „Königlichen Vereinigung“ zuerkannt.[38] Im Laufe der Jahre ist es ZVS und seinen Verwaltungsgremien immer wieder gelungen, seine Mitglieder für regionalhistorische Themen zu interessieren und zu sensibilisieren. Auf der Suche nach einer ostbelgischen Identität gilt es aber vor allen Dingen, junge Menschen über den Geschichtsunterricht hinaus für historische Themen zu mobilisieren. Seit 2018 richtet der Verein einen Schülerwettbewerb für die beste Abschlussarbeit der Abiturienten auf dem Gebiet der Regionalgeschichte aus. Ein kleiner Beitrag zur Sensibilisierung, denn

„[…] die eigene Geschichte muss erzählt werden, die Erinnerung an die Toten wachgehalten werden, um ihren zweiten Tod im Vergessen zu verhindern“.[39]

Mit Veranstaltungen wie der Podiumsdiskussion von Schülerinnen und Schülern mit Zeitzeugen anlässlich der Gedenkveranstaltung zum 75. Jahrestag der Ardennenoffensive am 14. Februar 2020 will ZVS seinen bescheidenen Beitrag leisten.[40]

Die große Herausforderung für die Zukunft der Geschichtsvereine in Ostbelgien ist die Mobilisierung junger Menschen, sich mit der eigenen Geschichte auseinanderzusetzen und sich zu engagieren, in welcher Form auch immer. Das Ehrenamt spielt gesellschaftlich dabei eine außerordentlich große Rolle und muss weiter gestärkt werden und attraktiv bleiben, damit es sich auch für jungen Menschen lohnt, sich zu engagieren. Die enge Zusammenarbeit mit den Primar- und Sekundarschulen im Land zwischen Venn und Schneifel und die Heranführung jüngerer Menschen an die eigene Geschichte soll langfristig den Nachwuchs in ZVS sichern helfen, denn: „Erst die Zukunft macht bekanntlich aus dem Vergangenen Geschichte.“[41]

Musik und Vereinswesen in Ostbelgien – eine Erfolgsgeschichte

Von Hans Reul

Spotify, Netflix und YouTube zum Trotz spielt die Amateurkunst mit ihren Orchestern und Chören auch 2023 eine wichtige Rolle im musikalischen und gesellschaftlichen Leben in Ostbelgien. Im folgenden Text beleuchten wir vornehmlich die Entwicklung der letzten Jahrzehnte, von 1970 bis heute. Die Geschichte vieler Vereine reicht natürlich weit über diesen Zeitraum hinaus zurück. Einige Vereine wurden bereits im 19. Jahrhundert gegründet und konnten somit ihr 150- oder 200-jähriges Bestehen feiern.

Kirmes, Kirche und Konzert: Musikvereine als Spiegel der gesellschaftlichen Entwicklungen

Die Aktivitäten der Musikvereine konzentrierten sich in den frühen Jahren ganz dezidiert auf die musikalische Begleitung des Dorflebens. Keine weltliche Feier ohne den Musikverein, kein kirchliches Fest ohne die Präsenz des Musikvereins und natürlich des Kirchenchores, der oft direkt, wie es der Name schon andeutet, einer Pfarre angeschlossen war. Ob Fronleichnamsprozession, Kinderkommunion, Wallfahrten oder die Kirchweihfeste, es wäre undenkbar gewesen, eine dieser Festlichkeiten in den 1970er Jahren ohne den im Dorf ansässigen Musikverein zu

begehen. Das Repertoire wurde zum einen von speziell komponierten Prozessionsmärschen, zum anderen von Kirchenliedern bestimmt. So besaß jeder Musikverein seine für den Anlass zusammengestellten Notenhefte, die bei diesen Gelegenheiten hervorgeholt und einstudiert wurden. Im Laufe der Zeit wurde es in manchen Gemeinden allerdings immer schwieriger, genügend Musiker für die manchmal fünf bis sechs Auftritte bei der Begleitung der kirchlichen Feste zu vereinen. Zudem ließ die aktive Teilnahme der Kirchgänger an den zahlreichen Prozessionen ganz allgemein immer mehr nach, sodass die Zahl der Musiker bei einigen Prozessionen nicht erheblich geringer war als jene der teilnehmenden Gläubigen. Verständlich, dass die Vorstände der Vereine sich fragten, ob es sinnvoll sei, den ohnehin sehr gut gefüllten Terminkalender mit Prozessionsbegleitungen zusätzlich zu belasten. Doch in den meisten Dörfern ist es auch heute noch Usus, dass der örtliche Musikverein die besonderen kirchlichen Festtage wie Kinderkommunion oder Fronleichnam mit Musik verschönert.

Ebenso nehmen die weltlichen Festtage heute weitaus weniger Raum in den Agenden der Musikvereine ein. Hier wird das Amateurmusikerleben zum Spiegel einer allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung. Noch in den 1970er und 1980er Jahren waren die Kirmesfeierlichkeiten der Kern oder der absolute Höhepunkt des dörflichen Lebens. Während mehrerer Tage bestimmten die Kirmesattraktionen das Dorftreiben, die Familien versammelten sich zur Kirmestafel und der Frühschoppen der verschiedenen Vereine, von Schützenvereinen über Sport- und Junggesellenvereine bis zu den Landfrauen, gehörte einfach dazu. Der Musikverein begleitete diese Festtage mit Marschauftritten und der musikalischen Untermalung des Frühschoppens, bei dem die Musiker zum Tanz aufspielten – meist nicht nur am Sonntag, sondern auch am Montag oder Dienstag. Die Musiker nahmen sich einen freien Tag oder die Arbeitgeber in der Gemeinde sahen es als eine Ehre an, dass ihre Mitarbeiter an diesen Tagen für das gesamte Dorf musizierten. Einige Vereinspräsidenten baten sogar schriftlich die Schulen, auch die weiterführenden Schulen außerhalb des eigenen Dorfes, den Jugendlichen einen Tag freizugeben, um das Dorffest zu verschönern. Dies wurde in der Regel auch genehmigt. Das klingt wie eine Geschichte aus einem anderen Jahrhundert, ist es ja auch. In den nachfolgenden Jahrzehnten wurden in vielen Dörfern die Kirmesfeierlichkeiten in ihrer zeitlichen Ausdehnung heruntergefahren. Sicher, am Wochenende sind der Kirmesplatz und die Säle oder Festzelte noch Dreh- und Angelpunkt des Geschehens, aber nur in ganz seltenen Fällen finden an den darauffolgenden Wochentagen Festlichkeiten statt. Die Arbeitswelt hat sich stark geändert, aber auch die persönlichen Interessen. So werden die zur freien Verfügung stehenden Urlaubstage oftmals lieber für eine Reise als für einen Auftritt mit dem Musikverein genutzt.



Auch die Traditions- und Geselligkeitsvereine wie Junggesellen- oder Karnevalsvereine prägen das gesellschaftliche Leben in den Ortschaften zwischen Göhl und Our, wie hier bei der Kirmes in Sankt Vith im Jahr 1991.



Die Vereinsarbeit in Ostbelgien individualisierte und diversifizierte sich allmählich ab den 1970er Jahren. Zentrale Orte dieser Entwicklung waren die Kreativen Ateliers in der Region in Eupen, Hauset, Kelmis, Raeren, Mürringen, Amel und Neundorf (Bild).

In den ersten Jahrzehnten des hier behandelten Zeitraums stand unter anderem die Begleitung der Schützenvereine noch ganz groß im Jahreskalender der Musikvereine. Nicht nur beim Königsvogelschuss, auch bei den Patronatsfesten oder zahlreichen regionalen wie nationalen oder internationalen Schützenfesten waren der örtliche Musikverein oder bei größeren Festen sogar mehrere Musikvereine mit von der Partie. Die Ausrichtung der Schützenvereine erlebte gleichfalls einen Wandel. Heute steht der sportliche Wettkampf weit mehr im Zentrum des Interesses als der gesellschaftliche Aspekt, ein Festzug durchs Dorf hat an Zuspruch verloren. Zugegeben, manch ein Festzug wurde manchmal mehr zum Vergnügen der Kühe und Rinder auf den Wiesen als für die spärlichen Beobachter am Straßenrand absolviert.

Die Schwerpunkte der Probenarbeit verlagerten sich demzufolge auf die Vorbereitung der konzertanten Auftritte. Für jeden Musikverein ist das Jahreskonzert in der eigenen Gemeinde das absolute Highlight im Jahreskalender. Die Vorbereitungen nehmen mehrere Monate in Anspruch. Dabei können sich die Formen der Durchführung dieser Konzertabende unterscheiden, auch hier ist eine interessante Entwicklung über die fünf Jahrzehnte festzustellen. Im Norden der Deutschsprachigen Gemeinschaft war es früher die Regel, dass jeder Verein sein Konzert alleine gestaltete, im Süden luden die veranstaltenden Vereine gerne einen Gastverein ein. Dies geschah zum einen, um die über Jahre gewachsenen Freundschaften unter den Vereinen zu pflegen, zum anderen hatte dies den nicht uninteressanten Nebeneffekt, dass man den Saal mit auswärtigen



Neben den Kulturvereinigungen waren es insbesondere die Sportvereine, die die Vereinslandschaft in Ostbelgien vom Schützenverein, über den Schwimm- und Fußballverein bis hin zum Schachclub prägten. Hoch her ging es etwa beim Spiel zwischen Weywertz und Sankt Vith im März 1986.

Musikern oder Sängern füllen konnte. Heute findet man weiterhin beides, und beide Herangehensweisen haben ihre Berechtigung.

Seit den 2000er Jahren lassen sich bei diesen Jahreskonzerten in rein musikalischen Fragen neue Tendenzen feststellen. Waren die früheren Konzertabende ein klanglicher Spiegel der ganzen Bandbreite des Repertoires für Harmonieorchester, bei dem Märsche oder Unterhaltungsmusik wie selbstverständlich neben konzertanten Werken der symphonischen Blasmusik standen, werden jetzt oftmals thematisch geprägte Konzertprogramme angeboten. Dies entspricht dem Wunsch der Musiker und des Publikums. Sehr gerne steht Filmmusik – oft auch mit Projektionen aus den ausgewählten Filmen auf Großleinwand – auf dem Programm. Es kommt zur Zusammenarbeit mit groß besetzten Chören, einer Rockband, Tänzern, Märchenerzählern oder Gesangssolisten. Die Phantasie kennt hier keine Grenzen. Gerne vereinen dann zwei Harmonien ihre Kräfte, dies ergibt einen wesentlich größeren Klangkörper und bietet die Möglichkeit, Defizite bei einzelnen Pulten auszugleichen – etwa, wenn bei dem einen Verein die Holzbläser schwächer besetzt sind und bei dem anderen das tiefe Blech nicht ganz so zahlreich ist.

Dank der Musikakademie ein deutlich spürbarer Niveauanstieg

Seit dem Jahr 1973 hat sich das Niveau der Musikvereine in bemerkenswerter Weise weiterentwickelt. Dafür gibt es eine offenkundige Erklärung: die Musikakademie. Wenn wir in die 1960er Jahre zurückblicken, stellen wir fest, dass eine Abteilung der Musikschule Malmedy in Sankt Vith verortet war sowie eine Abteilung der Académie de Musique von Aubel in Kelmis. In Eupen und den anderen Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft gab es keine Musikschule. Sicher, jeder Verein bemühte sich um Nachwuchs, organisierte einen eigenen Unterricht der jungen Kräfte auf den jeweiligen Instrumenten durch erfahrene Mitglieder, dies zeitigte teils sehr gute Ergebnisse. Auch der Verband Födekam bot den Vereinen Fortbildungsseminare an. Födekam, dem derzeit 113 Mitglieder angeschlossen sind, ist der Dachverband der ostbelgischen Gesangvereine und Orchester der unterschiedlichsten Besetzung und Ausrichtung und verfolgt seit seiner Gründung im Jahr 1959 das Ziel, die Musik im Amateurbereich zu fördern.[42] So fand zum Beispiel Anfang des Jahres 1970 in Kettenis und Raeren ein Seminar für ältere Musiker statt, bei dem von den zu Beginn teilnehmenden 34 Musikern letztendlich 15 durchhielten und mit einem Abschlussdiplom geehrt wurden.[43] Im Norden Ostbelgiens war zu jener Zeit die Musikakademie Welkenraedt die erste Weiterbildungsstätte der jungen Musiker und Musikerinnen. Nach langen Diskussionen, die von den Musikvereinen, Chören und dem Verband der Elternräte angestoßen wurden, kam es 1972 zur Gründung der Musikschule Eupen-Bütgenbach. Sehr schnell stiegen die Schülerzahlen, und schon im Schuljahr 1973/1974, ein Jahr nach der Gründung, wurde die Musikschule von der ersten Kategorie eine Stufe höher eingestuft und durfte sich fortan Musikakademie nennen. Sankt Vith und Kelmis blieben noch einige Jahre Teil der Akademien von Malmedy respektive Aubel. Erst 1985 wurde als Zusammenschluss die Musikakademie der Deutschsprachigen Gemeinschaft gegründet.[44] Bis heute finden wir in jeder ostbelgischen Gemeinde eine Niederlassung der Akademie. Rückblickend darf man von einer wahren Erfolgsgeschichte sprechen. Herrschten in den ersten Jahren bei manchen Vereinen Zurückhaltung und Skepsis hinsichtlich der Ausbildung in der Musikakademie – man befürchtete tatsächlich, dass einige gut ausgebildete Musiker sich vielleicht für einen anderen Verein hätten entscheiden können –, wird heute wohl niemand mehr die Bedeutung der Einrichtung anzweifeln. Hier, in der Musikakademie, wurde der Grundstein gelegt für eine enorme Weiterentwicklung der musikalischen Qualität der Amateurkunst.



Ausdruck eines neuen Zeitgeistes war die Band Spirit Refection, die in den 1970er und 1980er Jahren eine der bekanntesten Coverbands in Ostbelgien war.

Tränen der Freude und der Enttäuschung: die Einstufungswettbewerbe

Davon zeugen die Einstufungswettbewerbe der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die seit 1970 für Musikvereine, Chöre und sogenannte kleine Ensembles durchgeführt werden. Insgesamt nahmen schon an der ersten Einstufung 39 Vereine, sowohl Instrumental- wie auch Vokal- und Volksmusikensembles, teil. Die Vorspiele fanden an aufeinanderfolgenden Wochenenden im Frühjahr 1970 in Eupen, Büllingen und Sankt Vith statt. Die Ergebnisse wurden erst einige Wochen später den teilnehmenden Vereinen mitgeteilt. Bei den nachfolgenden Ausgaben dieser Wettbewerbe erhielten und erhalten die Teilnehmer gleich im Anschluss die Resultate. In der Jurybegründung zu den Ergebnissen stand 1970:

„Die Jury konnte in der Region eine außergewöhnliche Liebe zur Musik feststellen. Andererseits wird den Mitgliedern der Musik- und Gesangvereine keine Möglichkeit zur Weiterbildung geboten, weil keine Musikschule besteht. Es ist dringend notwendig, eine solche Institution zu schaffen."[45]

Ferner wird betont, dass die Qualität und das Niveau der Darbietungen im engen Verhältnis zur Ausbildung der Dirigenten stehen und es dringend notwendig sei, Kurse für die Ausbildung von Dirigenten für Musikvereine und Chöre einzuführen. Tatsächlich wird Födekam seit den 1970er Jahren regelmäßig Dirigentenkurse anbieten. Zu jener Zeit standen die meisten Musikvereine und Chöre unter der Leitung von sehr engagierten Amateurmusikern, die sich in mühsamer Kleinarbeit das technische Können in Sachen Orchesterleitung und Dirigiertechnik ebenso wie bemerkenswerte Repertoirekenntnisse angeeignet hatten. In den nachfolgenden Jahrzehnten, bei einigen Vereinen schon in den 1980er Jahren – nahezu durchgehend seit dem neuen Jahrtausend – stellt man eine Professionalisierung der musikalischen Leiter fest. Heute ist es eher die Ausnahme, wenn ein Amateur einem Ensemble vorsteht. Es sind in erster Linie an den Konservatorien ausgebildete Musiker aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der benachbarten Wallonie oder Flandern und Deutschland, die für die musikalische Arbeit der Ensembles – instrumental wie vokal – verantwortlich zeichnen.

An der ersten ausschließlich für Musikvereine durchgeführten Einstufung 1972 beteiligten sich nur elf Vereine, vier kamen aus dem Süden, sieben aus dem Norden. Die Zahl der teilnehmenden Vereine ist im Laufe der Jahrzehnte deutlich gewachsen. So stellten sich beim bisher letzten Einstufungswettbewerb 2018 insgesamt 27 Orchester der Jury. Interessant ist allerdings ein Blick auf die Herkunft der Vereine. Mittlerweile gibt es im Süden weitaus mehr teilnehmende Vereine als im Norden, dies zeigt ein Blick auf die Zahlen: 23 Vereine kamen aus dem Süden, im Norden gibt es noch vier Musikvereine.

Der Einstufungswettbewerb bildete in den Anfangsjahren und auch später ein ausschlaggebendes Kriterium der finanziellen Förderung der einzelnen Vereine durch die Deutschsprachige Gemeinschaft.[46] Dies ist nur ein Aspekt für die Teilnahme der Musikvereine und Chöre. Erste Priorität ist es gewiss, die Qualität seines Ensembles zu fördern und sich neuen Herausforderungen zu stellen. Nach dem jeweiligen Abschneiden in den unterschiedlichen Kategorien erhielten die Vereine die Möglichkeit, eine bestimmte Anzahl von durch die öffentliche Hand geförderten Konzerten zu geben: je höher die Kategorie, in der der Verein eingestuft wurde, desto mehr Auftritte „im Auftrag der Deutschsprachigen Gemeinschaft". Aber für manchen Verein war die Einstufung auch ein enormer Stressfaktor. Interessant ist zu sehen, dass einige Chöre, die anfangs stets bei den Wettbewerben vertreten waren, später auf die Teilnahme auf eigenen Wunsch hin verzichteten. Bemerkenswert ist auch eine andere Entwicklung der letzten beiden Einstufungen. Zwei über die Jahrzehnte herausragende



Anlässlich des Jahnlaufes zog der Schönberger Musikverein Heimatklänge durch das Dorf, auf diesem Bild vermutlich im Jahr 1986.

Ensembles, die zwischenzeitlich sogar von der Teilnahme entbunden wurden, nahmen bei den letzten Wettbewerben gar nicht teil, nämlich der Cercle Musical Kelmis (2018) und das Männerquartett Eupen (2015). Dies zeigt, dass es nicht einfach ist, ein hohes Niveau zu halten und es gleichzeitig mit einem Vereinsleben in Einklang zu bringen.

Die Geschichte der Einstufungen ist ein Wechselbad der Gefühle. In manchen Jahren, zum Beispiel 1993, hatte die Jury bei der Bewertung der Musikvereine die Messlatte sehr hoch angelegt, sodass gleich mehrere Vereine hinter den eigenen Erwartungen zurückblieben und den Anforderungen der angestrebten Kategorie nicht entsprachen.[47] Es ist heute müßig, darüber zu diskutieren, ob die Jury tatsächlich zu anspruchsvoll war oder die Vereine sich selbst überschätzten. Eines ist sicher, bei jeder Einstufung gab es Tränen der Freude und der Enttäuschung, und es ist besonders wichtig, dass ein Verein, sei es ein Harmonieorchester oder ein Chor, eine engagierte und mutmachende Vereinsführung sein Eigen nennt, um die Momente, die weniger erfreulich sind, zu überstehen und aus der vermeintlichen Niederlage Kraft zu schöpfen. Dies ist glücklicherweise meistens der Fall gewesen. Hier spielt eine gut funktionierende Zusammenarbeit zwischen Dirigenten, Vorstand und allen Mitgliedern eine wichtige Rolle. Die Bezeichnung „Musikverein" setzt sich aus den Wörtern „Musik" und „Verein" zusammen. Beide Bestandteile sind wichtig. Sicher, das Musikmachen auf einem entsprechenden Niveau ist ein wesentliches Anliegen, nicht weniger wichtig ist das Vereinsgefüge. Dazu müssen alle Vereinsmitglieder beitragen, die organisatorische Verantwortung trägt dabei der Vorstand. Letztendlich bringt sich jedes Mitglied seinen Möglichkeiten und Fähigkeiten entsprechend ein und trägt so zum Vereinsleben bei.

Ein weiteres wichtiges Plus ist die Tatsache, dass man in jedem Alter ein Instrument spielen kann. So ist es erfreulich zu beobachten, wie ein Amateurmusikverein eine generationsübergreifende Gemeinschaft bildet. Der oder die Zehnjährige sitzt und spielt neben dem 80-Jährigen, der eine kann vom anderen lernen, freundschaftlich auf kleine Fehler aufmerksam machen, Tipps geben. Der reifere Musiker kann auf einen enormen Erfahrungsschatz zurückgreifen, der Jugendliche verfügt nicht selten über die besseren rein spieltechnischen Kenntnisse, da er die Musikakademie besucht. Dass sich in der Regel unter Musikern geduzt wird, ist selbstverständlich und lässt ein Vertrauensverhältnis entstehen. Man kennt und man schätzt sich, und diese gegenseitige Wertschätzung geht über die gemeinsam verbrachte Zeit bei den Proben und Konzertauftritten hinaus und durchdringt auch das Alltagsleben. Das ist gelebter intergenerationeller Austausch, den man in Musikvereinen antrifft, im Gegensatz zu Sportvereinen, wo die Mannschaften in der Regel nach Jahrgängen gestaffelt sind. Ausnahme ist da wahrscheinlich nur der Schachsport.



Einen wichtigen Stellenwert hatten auch Vereine für verschiedene Bevölkerungsgruppen wie Frauen (Landfrauen) oder Jugendliche (KLJ, Chiro, Patro). Die Sommerlager waren dabei für die Jugendgruppen die Höhepunkte eines jeden Jahres, wie etwa das Lager in Oudler der KLJ Mürringen im Jahr 1971.

Eines ist sicher, die Einstufungswettbewerbe haben das Repertoire der Musikvereine (aber auch der Chöre) geprägt. Die symphonische Blasmusik, die in den 1970er Jahren kaum dargeboten wurde, bestimmte ab den 1990er Jahren immer mehr die Programme. Das Spielvermögen der einzelnen Musiker wuchs dementsprechend. Dies führte allerdings auch dazu, dass einige Vereine fusionierten. Denn die eigene Besetzung reichte zahlenmäßig nicht mehr aus, um diese groß besetzten Stücke aufzuführen. Vor allem im Norden der Deutschsprachigen Gemeinschaft fanden solche Zusammenschlüsse statt. So fusionierten die einst drei Eupener Musikvereine schrittweise von Musikvereinigung, Harmonie-Musikverein und Harmonie St. Joseph Eupen 2012 zum Harmonieorchester Eupen, und 2011 vereinten sich die Harmonien Raeren und Walhorn zu NOW. In



Verschiedene Gruppen und Vereine hatten ihre Hochzeit in den 1970er und 1980er Jahren. Das trifft etwa auf die Verschönerungs- und Wandervereine zu, aber auch auf die Missionsgruppen, wie hier auf dem Bild der Missionsgruppe Herresbach im Jahr 1990.

den nächsten Jahren werden sicher noch weitere Vereine diesen Weg einschlagen. Ist diese Entwicklung positiv oder negativ zu sehen? Die Vorteile sind offensichtlich: So können Ensembles entstehen, die den spezifischen Interessen einzelner Musiker entsprechen. Während der eine gerne anspruchsvolle Werke der symphonischen Blasmusik spielt, liegen anderen wiederum Arrangements der Unterhaltungsmusik oder das Volksmusik-Repertoire. Und warum nicht neue Wege gehen und eine Big Band gründen? Es hat immer schon solche Tendenzen gegeben, als Beispiele seien nur das Symphonische Blasorchester der Belgischen Eifel oder die Eupen Big Band genannt. Diese neuen Ensembles müssen nicht zwangsläufig das Ende der Dorfvereine bedeuten.

Das Amateurmusikleben in Ostbelgien beschränkt sich keineswegs auf Harmonieorchester und Chöre. Weitere Ensembles bereichern die Szene. So gibt es mit dem Mandolinenorchester Eupen und der Sing- und Spielgemeinschaft Nidrum zwei Zupforchester, deren Repertoire von der Volksmusik über die konzertante Musik der Renaissance bis zur zeitgenössischen Musik reicht. In Sankt Vith schlossen sich vor vielen Jahren Streicher zum Sankt Vither Streichorchester zusammen, dem 2014 in Eupen mit dem Eastbelgica Orchester ein Streichorchester und Symphonieorchester im Norden der Deutschsprachigen Gemeinschaft folgte. Die Musikerinnen und Musiker von Accordiola Sankt Vith widmen sich jenem Instrument, das Namensgeber des Orchesters ist. Auch die Schlagwerker und Perkussionisten sind sehr aktiv, sei es in Drum Bands oder Tambourcorps.

Spannend ist auch die Entwicklung der Bands. In den späten 1940ern bis in die 1970er Jahre wurden zahlreiche Unterhaltungskapellen gegründet, die bei den Tanzveranstaltungen spielten. Das Repertoire bestand nahezu ausschließlich aus bekannten Schlagern und internationalen Hits. Die Zahl dieser Tanzbands erlebte in den späten 1970er Jahren und danach einen deutlichen Schwund. Grund waren unter anderem die aufkommenden mobilen Diskotheken. Das bedeutet aber keineswegs, dass die Bandszene verloren ging, im Gegenteil. Mittlerweile vergeht kaum ein Monat, ohne dass eine neue Band gegründet wird. Jede spielt ihr ureigenes Repertoire, komponiert und textet die Songs selbst. Hier zeigt sich eine beeindruckende Kreativität, die die ganze Bandbreite von Pop über Soul und Rap bis Rock in den verschiedensten Auslegungen umfasst. Die spieltechnische Qualität einzelner Musiker und das Songwriting sind sehr beachtlich. Da war es nahezu folgerichtig, dass das Angebot der Musikakademie der Deutschsprachigen Gemeinschaft um Pop- und Jazzunterricht erweitert wurde.[48]

Die Jugend ist die Zukunft des gemeinsamen Singens und Musizierens

Dass das Musizieren und das Singen ohnehin eine verbindende Rolle zwischen den Generationen und den einzelnen Ortschaften spielt, zeigen die regelmäßig vom Verband Födekam angebotenen Aktivitäten. Schon 1977 fand erstmals ein Play-In für Musiker in Belgisch-Limburg in Zusammenarbeit mit dem flämischen Verband Fedekam statt. Ein Jahr später folgte die zweite Auflage in der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit einem großen Abschlusskonzert in Raeren. Der Zuspruch für diese Play-Ins wuchs von Jahr zu Jahr und erlebte 1986 seinen Höhepunkt mit 372 Teilnehmern. Zugegeben, damit stieß man an Grenzen, sowohl organisatorisch als auch musikalisch. Für die jungen Musikerinnen und Musiker war es stets ein einmaliges Erlebnis,

das auch in den nachfolgenden Generationen auf Begeisterung und Zuspruch stieß. So veranstaltet Födekam im Laufe des Jahres immer wieder Projekte für die verschiedenen Alterskategorien und Ausrichtungen wie „Junior Edition“ oder „Band Factory“, Letzteres in Zusammenarbeit mit der Musikakademie. Auch die Teilnehmer der früheren Jahre sind seit 2022 wieder in einem Play-In-Orchester aktiv.

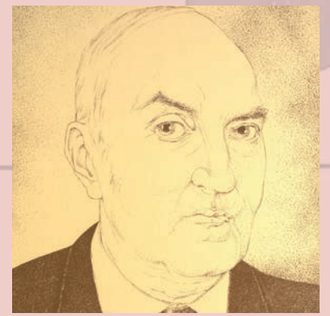
Nicht nur die Bläser finden sich zu solchen zeitlich begrenzten Projekten wieder, auch die Sänger. 2005 fand das erste Sing-In statt und seit 2009 treffen sich Sängerinnen und Sänger zwischen 16 und 30 Jahren zum „Vocal Project“. Den Jüngsten wird schon seit den 1990er Jahren im Rahmen der Singwoche die Möglichkeit des gemeinsamen Singens und anderer kultureller Aktivitäten geboten.

Chorsterben oder Mut zu neuen Wegen?

Auch die Chorlandschaft hat sich im Laufe des letzten halben Jahrhunderts entwickelt. Beim ersten reinen Einstufungswettbewerb für Chöre (1975) stellten sich 23 Chöre der Jury, beim letzten Wettbewerb (2019) waren es noch 15.[49] Mehrere Kirchenchöre zogen sich von der Einstufung zurück, verschönern dennoch weiterhin die Gottesdienste und weltliche Feiern ihrer Gemeinde, andere waren hingegen gezwungen, im Laufe der Zeit ihre Aktivitäten einzustellen. Der Zuspruch der jüngeren und jungen Generationen für einen reinen Kirchenchor ist stark rückläufig. Man sollte jedoch den Teufel nicht an die Wand malen, denn gesungen wird weiterhin in Ostbelgien. Einige Kirchenchöre bilden hier während Jahrzehnten die rühmliche Ausnahme und überzeugen durch eine gute Mischung von Jung und Alt, so die Kirchenchöre Amel, Born und Walhorn, um nur diese stellvertretend zu nennen. Zudem gab es im Laufe der Zeit einige bemerkenswerte Neugründungen, die nicht nur kurzzeitige Phänomene darstellen. So wurden erstmals reine Frauenchöre gegründet. Eine Entwicklung, die vor über 50 Jahren kaum vorstellbar war. Im Gegenteil, Frauen haben sich ihren Platz sogar in einigen Kirchenchören erst „erkämpfen“ müssen. Heute sind viele Kirchenchöre froh und dankbar, dass die Frauen mitmachen. Eine andere Form des gemeinsamen Singens bilden kleinere Ensembles oder Chorgemeinschaften, die weniger an eine bestimmte Ortschaft oder sogar an eine Kirche gebunden sind, sondern in denen sich engagierte Sängerinnen und Sänger treffen, um auf hohem Niveau sehr spezifische und anspruchsvolle Programme einzustudieren und zu interpretieren. So wurde schon 1976 das Vokalensemble Pro Arte gegründet, und aus den Klassen der Musikakademie sind zwei hervorragende Vokalensembles hervorgegangen, Cantabile (1995) und Carmina Viva (1997), zwei Chöre, die bei den jeweiligen Einstufungen für gesangliche Glanzlichter und herausragende Konzertauftritte sorgten. Im Chorwesen gilt wie für den Instrumentalbereich, das vielfältige Möglichkeiten und Chance bestehen, ein dem Niveau und den Wünschen der einzelnen Sängerinnen und Sängern entsprechendes Ensemble zu gründen, um die eigenen Repertoireansprüche und Vorstellungen umzusetzen.

Endnoten

1 https://ostbelgienlive.be/desktopdefault.aspx/tabid-7486/12352_read-67982 (24.5.2023).
2 Einen vereinsübergreifenden Ansatz verfolgen bspw. Pfadfinderdistrikt Obere Weser (Hrsg.), Allzeit bereit. Pfadfinder in Ostbelgien, Eupen 1992; Andreas Fickers, Stephan Benker, Chiroleute erzählen: von Gleichschritt, Protest und neuen Abenteuern, Stavelot 2003.
3 Walter Reuter, 10 Jahre Geschichtsverein „Zwischen Venn und Schneifel“, in: ZVS 12 (1975), S. 178-183, hier S. 179. Vgl. auch das Protokoll der Gründungsversammlung vom 30. September 1965, hier wurden die Aufgaben des Geschichtsvereins im Tagesordnungspunkt 1 explizit genannt (ungedruckte Quelle, ZVS-Archiv).
4 Raymund Graf, Zur Einführung, in: ZVS 1 (1965), S. 1.
5 Vgl. Christoph Brüll, Culture, vous avez dit Kultur?, in: Carlo Lejeune, Christoph Brüll (Hrsg.), Grenzerfahrungen. Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Bd. 5: Säuberung, Wiederaufbau, Autonomiediskussion (1945-1973), Eupen 2014, S. 200-217.
6 Vgl. Hubert Jenniges, Der Weg zur Gründung des Geschichtsvereins „Zwischen Venn und Schneifel“ im Jahre 1965, in: ZVS 10 (2005), S. 196-203, S. 197.
7 So hieß es dazu im Artikel 4 der Statuten des ZVS, veröffentlicht im Staatsblatt vom 25. November 1965: „Der Geschichtsverein, Zwischen Venn und Schneifel‘ enthält sich jeder politischen Tätigkeit oder Tendenz.“ Statuten des Geschichtsvereins „Zwischen Venn und Schneifel“, in: ZVS 1 (1966), S. 7. Vgl. auch das Protokoll der Vorstandsversammlung vom 30. September 1965. Unter dem Punkt 3: Statuten ist Folgendes zu lesen: „Es wird ausdrücklich betont, daß ein Paragraph der Statuten vermerken soll, daß die Vereinigung keinerlei politische Tätigkeit haben wird.“ (ungedruckte Quelle, ZVS-Archiv).
8 Brüll, Culture, in: Lejeune/Brüll (Hrsg.), Grenzerfahrungen, Bd. 5, S. 214.
9 Vgl. Protokoll der Vorstandsversammlung vom 7. Januar 1966, Punkt 8: Mitgliederwerbung (ungedruckte Quelle, ZVS-Archiv).
10 Vgl. hierzu https://de.wikipedia.org/wiki/Graswurzelbewegung (12.4.2023).
11 Vgl. Protokoll der Generalversammlung vom 4. Dezember 1966, Punkt 1: Tätigkeitsbericht (ungedruckte Quelle, ZVS-Archiv).
12 Vgl. Protokoll der Generalversammlung vom 26. Januar 1969, Punkt 1: Tätigkeitsbericht (ungedruckte Quelle, ZVS-Archiv).
13 Vgl. Protokolle der Generalversammlungen vom 22. März 1975 und 8. März 1980, Punkt 2: Tätigkeitsbericht (ungedruckte Quellen, ZVS-Archiv).
14 Vgl. Protokoll des Verwaltungsrates vom 20. Januar 2012, Punkt 2: Jahresabschluss 2011 (ungedruckte Quelle, ZVS-Archiv).
15 Zu nennen wären hier unter anderem der Redaktions- und Museumsausschuss, die Arbeitsgruppen des Foto- und Totenzettelarchivs, die Bibliotheks- und Archivarbeit sowie die Depotarbeitsgruppe.
16 Im Sommer 1965 wurde die St. Vither Zeitung vom Eupener Grenz-Echo übernommen. Innerhalb dieser ersten „ostbelgischen“ Pressefusion fand die Monatszeitschrift des Vereins keinen Platz mehr; entschlossen beschritten die Herausgeber den Weg der Eigenständigkeit. Vgl. das Protokoll der Vorstandsversammlung vom 7. Januar 1966, Punkt 6: Zeitschrift (ungedruckte Quelle, ZVS-Archiv).
17 Vgl. ZVS-Archiv, Protokoll des Verwaltungsrates vom 22. Juni 1995, Punkt 2: Jugendseiten.
18 Vgl. hierzu https://www.zvs.be/jugend (25.11.2022), wo sich weitere Informationen zu den Themen Jugendseiten, Schülerhefte und die Zeitleiste befinden.
19 Vgl. https://www.zvs.be/?s=Schriftenreihe (8.10.2022).
20 Vgl. das Protokoll des Verwaltungsrates vom 3. April 2008, Punkt 7: Film „Der Zug kommt“, hier informierte Walter Langer die Mitglieder über die Entstehungsgeschichte der Filmreihe, die zuvor im Offenen Kanal ausgestrahlt wurde (ungedruckte Quelle, ZVS-Archiv).
21 Vgl. https://www.zvs.be/?s=Filme (8.10.2022).
22 Vgl. das Protokoll der Vorstandsversammlung vom 30. August 1967, hier wurde die Eröffnung des Museums in der Heckingstraße 2 noch im Jahr 1967 im Tagesordnungspunkt 1 beschlossen (ungedruckte Quelle, ZVS-Archiv).
23 Vgl. Protokoll des Verwaltungsrates vom 6. Juli 1990, Punkt 1: Umzug des Museums (ungedruckte Quelle, ZVS-Archiv).
24 Vgl. Protokoll des Verwaltungsrates vom 30. Juli 1992, Punkt 1: Einstellung eines Animators (ungedruckte Quelle, ZVS-Archiv).
25 Auf der Generalversammlung von ZVS in Schönberg wurde die Namensergänzung in den Abänderungen der Statuten bekannt gegeben und beschlossen. Vgl. Protokoll der Generalversammlung vom 18. März 1989, Punkt 10: Abänderungen der Statuten (ungedruckte Quelle, ZVS-Archiv).
26 Die Eröffnung der Eisenbahnausstellung wurde für den 21. Mai 2005 anberaumt. Der Lütticher Historiker Roland Marganne hielt die Festansprache. Vgl. das Protokoll des Verwaltungsrates vom 15. April 2005 (ungedruckte Quelle, ZVS-Archiv).
27 Vgl. Klaus-Dieter Klauser, Unser Museum wird 50, in: ZVS 11 (2017), S. 235 ff.
28 Vgl. auch Eröffnung der neuen Dauerausstellung im ZVS-Museum, in: ZVS 12 (2018), S. 285.
29 Vgl. Protokolle der Verwaltungsräte vom 2. April und 18. Juni 2015 (ungedruckte Quelle, ZVS-Archiv).
30 Dekret vom 7. Mai 2007 über die Förderung der Museen und der Veröffentlichungen im Bereich des Kulturerbes; Erlass der Regierung vom 24. Juni 2008 zur Ausführung des Dekrets vom 7. Mai 2007 über die Förderung der Museen und der Veröffentlichungen im Bereich des Kulturerbes.
31 Bereits im Gründungsprotokoll des Geschichtsvereins ist von der Einrichtung einer Heimatbibliothek die Rede. Vgl. Protokoll der Gründungsversammlung vom 30. September 1965 (ungedruckte Quelle, ZVS-Archiv).
32 Die Anerkennung der ZVS-Bibliothek als Fachbibliothek der DG war mit einem jährlichen Zuschuss von 30.000 Fr. für den Ankauf von Büchern verbunden. Vgl. Protokoll der Generalversammlung vom 27. März 1999 in Bütgenbach (ungedruckte Quelle, ZVS-Archiv).
33 Die Satzung des Dr.-Anton-Hecking-Schildes, die von Hubert Jenniges ausgearbeitet worden war, wurde einstimmig angenommen. Vgl. Protokoll des Verwaltungsrates vom 15. Juli 1985 (ungedruckte Quelle, ZVS-Archiv).
34 Prof. Dr. Ludwig Drees erhielt als Erster die Auszeichnung am 25. Januar 1986. Vgl. Walter Reuter, Dr. Anton-Hecking-Schild erstmals verliehen, in: ZVS 2 (1986), S. 18 ff.
35 Vgl. https://www.zvs.be/?s=Hecking-Schild (6.1.2023).
36 Einmal jährlich findet beispielsweise ein Treffen mit den Geschichtsfreunden des Prümer Landes statt, bei dem die Programme ausgetauscht und gemeinsame Projekte (z. B. die Osterwanderung) koordiniert werden.
37 Vgl. https://www.zvs.be/?s=Wanderungen (6.1.2023).
38 Vgl. Königliche Ehrung für „ZVS“, in: ZVS 10 (2015), S. 253.
39 Aleida Assmann, Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, München 2006, S. 102. Vgl. auch Kolja Schumacher, Eine ostbelgische Erinnerungskultur als Damoklesschwert, in: ZVS 10 (2020), S. 183-186, 11 (2020), S. 210 f., 12 (2020), S. 227 ff.
40 Vgl. https://www.zvs.be/Veranstaltung/gedenkveranstaltung-zum-75-jahrestag-der-ardennenoffensive-podiumsdiskussion (12.2.2023).
41 Hubert Jenniges, Streiflichter. Das letzte Kalenderblatt, in: ZVS 12 (2006), S. 234.
42 Födekam Ostbelgien (Hrsg.), Födekam – Ein Verband und seine Vereine. Wie Musik und Gesang Ostbelgien prägen. Rückblicke und Betrachtungen, Eupen 2020.
43 Vgl. Ge. [= Joseph Gerckens], Musikseminaristen erhielten ihr Abschlussdiplom, in: Grenz-Echo, 24.3.1970, S. 3.
44 Vgl. Hans-Georg Reinertz, Zur Geschichte der Musikakademie der Deutschsprachigen Gemeinschaft, in: Födekam Ostbelgien (Hrsg.), Födekam, S. 57-63.
45 N. N., Jury gab das Ergebnis des Einstufungswettbewerbs bekannt, in: Grenz-Echo, 4.6.1970, S. 3.
46 Vgl. https://ostbelgienlive.be/desktopdefault.aspx/tabid-327/399_read-2295 (24.5.2023).
47 Vgl. Annette Palm, Norbert Meyers, Kapriolen statt Triolen. Teils ernüchternder Prozent„verfall“ bei Einstufung der Harmonien, in: Grenz-Echo, 8.11.1993, S. 10.
48 Vgl. https://www.musikakademie.be/unterrichtsangebot (24.5.2023).
49 Vgl. https://brf.be/kultur/musik/1329993 (24.5.2023).



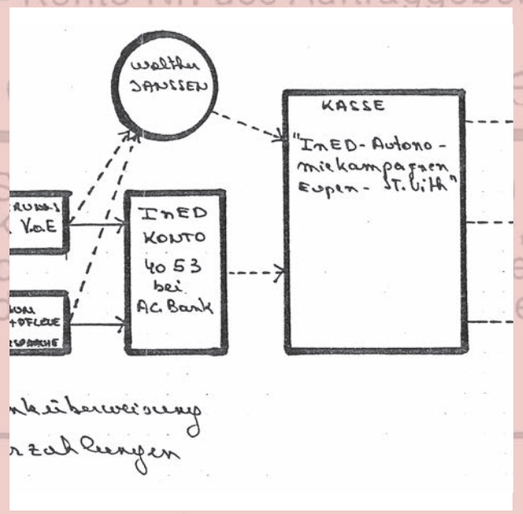




DIE HERMANN-NIERMANN-AFFÄRE ALS MEDIENEVENT

OSTBELGISCHE KATHARSIS?

VON ANDREAS FICKERS





Im Sommer des Jahres 1987 ereignet sich eines der spektakulärsten Medienereignisse in der jüngeren Zeitgeschichte Ostbelgiens. Der überraschende Rücktritt von Lorenz Paasch als Sankt Vither Schöffe und sein beruflicher Wechsel als Geschäftsführer der in Düsseldorf angesiedelten Hermann-Niermann-Stiftung inspiriert BRF-Journalist Freddy Derwahl zu einer folgenschweren Spekulation über eine angebliche Nachbarschaft der Stiftung zu rechtsradikalen Kreisen. Die „Niermann-Affäre“ sorgt national und international für Aufregung, provoziert in Ostbelgien eine hitzige Debatte über PDB-Parteispenden und weckt längst totgeglaubte Gespenster der Vergangenheit zu neuem Leben.

Mit der Übernahme der St. Vither Zeitung durch das Grenz-Echo 1965 und der Unterstellung des Belgischen Hörfunks (BHF) unter den Rundfunkausschuss des neu gegründeten Rates der deutschen Kulturgemeinschaft im Juli 1973 hatte sich die Medienlandschaft Ostbelgiens nach den turbulenten Jahren der heißen Autonomiedebatten weitestgehend konsolidiert. Konsolidierung hieß in diesem Fall auch Konzentration des Medienangebots: Einer privat finanzierten deutschsprachigen Zeitung stand ein von der öffentlichen Hand getragener deutschsprachiger Radiosender gegenüber. Die Quasimonopolstellung[1] des Grenz-Echos und des BHF, 1977 umbenannt in BRF (Belgisches Rundfunk- und Fernsehzentrum für deutschsprachige Sendungen), wurde erst Anfang/Mitte der 1980er Jahre gebrochen. Zum einen durch das Erscheinen des Grenzland-Reports (1983-1994),[2] der Raum für parteipolitisch unabhängigen und kritischen Journalismus bot und so für frischen Wind in der statischen Medienlandschaft Ostbelgiens sorgte. Zum anderen durch das Aufkommen sogenannter freier Radiosender, die im Zuge veränderter Rundfunkgesetzgebungen ab Ende der 1970er Jahre in ganz Westeuropa auftauchten und auch den euregionalen Rundfunkraum prägen sollten.[3] Unter ihnen auch die von der Hermann-Niermann-Stiftung geförderten Sender „Radio Aktivität“ in Eupen und „Radio Hermann“ in Sankt Vith.

In den langen 1960er Jahren spielten ostbelgische Presse- und Rundfunkorgane eine zentrale Rolle als öffentliche „Resonanzkästen“ der Bemühungen um den schrittweisen Ausbau der kulturellen wie politischen Autonomie.[4] Im Zuge der sogenannten Hermann-Niermann-Affäre, so die These dieses Beitrags, agierten die Medien und einzelne journalistische Akteure nicht nur als Verstärker einer öffentlichen Debatte, sondern auch als Auslöser und zentrale Protagonisten einer Affäre, deren Eigendynamik so groß war, dass sie sich zu einem nationalen Medienevent mit weitreichenden Folgen für die politische Kultur Ostbelgiens entwickelte. Mit dem Aufkommen digitaler Informationsplattformen und dem Aufstieg des Internets zum Leitmedium der globalen Kommunikationsinfrastruktur fand schließlich der auf Social-Media-Logik basierende Echtzeit-Journalismus Eingang in Ostbelgien, wofür beispielhaft die Erscheinung der Online-Plattform „Ostbelgien Direkt“ steht, die 2012 mit dem Motto „Für Vordenker, *Querdenker* und Nachdenker“ an den Start ging.[5]

Im vorliegenden Beitrag soll es aber nicht um eine Historisierung der allgemeinen Entwicklung der Medienlandschaft und ihrer zentralen Akteure gehen. Im Mittelpunkt steht die Aufarbeitung eines, ja vielleicht *des* Medienevents in der jüngeren Zeitgeschichte Ostbelgiens: der sogenannten Hermann-Niermann-Affäre. Es geht also weder um die historische Rekonstruktion der 1977 gegründeten und bis heute aktiven gemeinnützigen Hermann-Niermann-Stiftung (HNS)[6], noch um die Analyse der von ihr nach Ostbelgien geflossenen Mittel zur Unterstützung der „deutschen Minderheit“ in Belgien in den 1970er, 1980er und 1990er Jahren. Zu beidem bietet der 1997 veröffentlichte und 376 Seiten starke „Bericht des Untersuchungsausschusses zur Hermann-Niermann-Stiftung“ des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens ausführliche Details.[7] Wie der Titel des Kapitels andeutet, geht es stattdessen darum, die Hermann-Niermann-Affäre aus medienhistorischer Perspektive zu analysieren. Dies mit der erkenntnisleitenden Fragestellung, ob sich dieses mediale Ereignis als Ausdruck eines kollektiven, soziopsychologischen Läuterungsprozesses deuten lässt, in dem sich die ostbelgische Öffentlichkeit den Dämonen der Vergangenheit stellen musste. Im Einklang mit der in der Einleitung des vorliegenden Bandes formulierten Hypothese, dass sich die Nachkriegsgeschichte Ostbelgiens analytisch gewinnbringend als eine Geschichte der Auseinandersetzung mit spezifisch ostbelgischen Ängsten erzählen lässt, wird also die Frage gestellt, ob die Niermann-Affäre als Chiffre für die ostbelgische Vergangenheitsangst gelesen werden kann, also als letztlich ungewollte aber unausweichliche Auseinandersetzung mit den damals noch unverdauten Erfahrungen der Zwischenkriegs- und Weltkriegszeit.

Die Bombe platzt

„Aussteiger des Jahres“ und „Junge, komm bald wieder“ – so überschrieb Grenz-Echo-Journalist Norbert Meyers am 12. August 1987 zwei Artikel, die einer verdutzten Leserschaft den unmittelbaren Rücktritt des Sankt Vither Schöffen Lorenz Paasch von seinem Amt verkündeten.[8] Der Reporter konnte seine eigene Überraschung über den von Paasch verkündeten „Berufswechsel vom Werelsbach an den Niederrhein“ kaum verbergen und orakelte, dass „der wegen seines Sachverstandes, seiner Gründlichkeit und seiner Redegewandtheit vom politischen Gegner gleichermaßen gefürchtete wie geachtete Kontrahent“ wohl kaum von der ostbelgischen Politikbühne verschwinden werde; nicht zuletzt deshalb, weil er sein Mandat im RDG nicht aufzugeben gedenke. Wie recht er haben sollte!

Was nach einer auch für Parteifreunde und Bekannte überraschenden beruflichen Neuorientierung aussah, für die Lorenz Paasch in einer Pressekonferenz und mehreren Stellungnahmen in der Presse Gründe und Motivationen vorbrachte, entwickelte sich in den Folgetagen zu einem nationalen Medienhype, dessen Ausmaß und Intensität für großes Erstaunen, bei vielen gar für Entsetzen sorgte. Die Lunte gezündet hatte BRF-Journalist Freddy Derwahl, der in einem Bericht für die „Aktuelle Stunde“ vom 21. August über die „neue Nachbarschaft“ spekulierte, in der sich Lorenz Paasch als frisch ernannter Geschäftsführer der Hermann-Niermann-Stiftung in der „Düsseldorfer Deutschlandstraße“ bewege.[9] Einen Tag später legte Derwahl nach. In seiner Funktion als samstäglicher Leitartikler im Grenz-Echo betitelte er seinen Leitartikel mit „Der ‚Onkel Hermann‘“ und beklagte das „schlimme Schweigen über die politische Dimension“ des neuen Jobs von Lorenz Paasch: „Das Geheimnis um den in PDB-Kreisen als ‚Onkel Hermann‘ bezeichneten Millionenspender aus dem Tessin beginnt sich zu lüften und es ist zu befürchten“, so unkte Derwahl, „dass dabei im In- und Ausland kein gutes Licht auf Ostbelgien fällt. Alte Ressentiments werden wieder belebt“.[10]

Schon am Abend nach der Ausstrahlung von Derwahls BRF-Bericht in der „Aktuellen Stunde“ hatte sich Lorenz Paasch telefonisch bei Derwahl gemeldet und sich lauthals über die suggerierte Komplizenschaft zwischen ihm und rechtsradikalen Milieus beschwert, worauf sich Derwahl entrüstet über die Art und Weise der von Paasch angeschlagenen Töne zeigte, welche er als „SA-Verhör“ beschrieb.[11] Wenige Tage später landete die Angelegenheit auf den Schreibtischen des BRF-Chefredakteurs Peter Moutschen sowie des Verwaltungsratsvorsitzenden Robert Nelles. In einem sechsseitigen Schreiben, in dem Lorenz Paasch sich empört darüber beschwerte, dass er von Derwahl als „Neonazi“ und „Rechtsextremist“ bezeichnet worden sei, forderte Paasch, folgende Richtigstellung in den Hauptnachrichten des BRF zu veröffentlichen:

„Die gegen Lorenz PAASCH, Spitzenpolitiker der PDB und seit 1. August Geschäftsführer der ‚Hermann Niermann Stiftung‘ in Düsseldorf, vom Journalisten



Der »Onkel Hermann«

VON FREDDY DERWAHL

Spricht man in diesen Tagen mit besonnenen Anhängern der PDB, so wird die Entscheidung ihres Spitzenkandidaten Lorenz Paasch sein St. Vither Schöffenamt niederzulegen, in Düsseldorf Geschäftsführer einer bislang unbekannten Niermann-Stiftung zu fungieren und zugleich, mit Eupener Wohnsitz, Mitglied des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu bleiben als »irrational« oder »Kurzschlußhandlung« kommentiert. Nach den erheblichen Stimmenverlusten im letzten Jahr macht sich in der einst so wackeren Partei Resignation breit. Aber, wenn das nur alles wäre.

Unterdessen hat Paasch durch sein schlimmes Schweigen über die politische Dimension seines neuen Jobs für weitere Unruhe gesorgt und alle diejenigen in Brüssel und Ostbelgien, die seit Jahren besorgt nach den Querverbindungen und finanziellen Möglichkeiten der PDB und der ihr nahestehenden Organisationen fragen, sehen sich heute in ihren Befürchtungen bestätigt, daß hier so manches im argen liegt und die hartnäckige Verschwiegenheit des neuen Geschäftsführers, der sonst so lautstark Durchsichtigkeit und berufliche Vereinbarkeiten forderte, nur dazu dient, der Öffentlichkeit unbequeme Einblicke vorzuenthalten.

Weiß Gott: Lorenz Paasch hat bei all seinen beruflichen und politischen Fähigkeiten sicherlich das Recht, auch einmal das Handtuch zu werfen und anderweitig Beförderungen anzustreben. Nur ausschließlich seine Privatsache, wonach niemand zu fragen habe, ist dies jedoch nicht, und sein Hinweis, die von ihm geführte Stiftung verfolge »keine politischen Ziele« zieht nicht mehr, wenn plötzlich aus den Archiven über deutschen Rechtsextremismus so bedenklich schillernde Figuren wie der von Journalisten als »Geldwäscher« bezeichnete Brigadegeneral Freiherr v.d. Heydte und der in Wien als »Neonazi« klassierte Dr. Norbert Burger auftauchen, der, bevor er in Österreich auf freiem Fuß lebte, in Italien zu lebenslanger Haft verurteilt war.

Das Geheimnis um den in PDB-Kreisen als »Onkel Hermann« bezeichneten Millionenspender aus dem Tessin beginnt sich zu lüften und es ist zu befürchten, daß dabei im In- und Ausland kein gutes Licht auf Ostbelgien fällt. Alte Ressentiments werden wieder belebt, wobei bislang nur die Spitze des Eisbergs sichtbar wurde und noch gar nicht geklärt ist, weshalb Paasch sich so sehr in Schweigen hüllt und selbst der Ined-Schatzmeister nicht wissen durfte, wer der spendable »Onkel« eigentlich war...

Noch bevor dies alles gründlich erörtert ist, steht neuer Ärger ins Haus. Im Stile sanfter Radikalisierung will PDB-Ratsmitglied Dr. Scholzen eine öffentliche Diskussion über die Französische Schule in Eupen erzwingen und sich somit in die Privatentscheidungen der Eltern und Gastarbeiter einmischen. Obendrein läuft die Parteiaktion zugunsten einer eigenen Fahne, einer Hymne und eines Wappens für die Deutschsprachigen.

Nachdem was man aus Deutschland von »Onkel Hermann« hört, besteht in Ostbelgien Anlaß lauter denn je die »Brabançonne« zu singen...

Der „Onkel Hermann“, Leitartikel von Freddy Derwahl im Grenz-Echo, der die Spekulationen um die angeblich rechtsradikale „Nachbarschaft“ des Lorenz Paasch als Geschäftsführer der Hermann-Niermann-Stiftung weiter anfeuerte.



CANTONS DE L'EST

Le PDB a-t-il des liens avec des néo-nazis?

Un des leaders du Parti des Belges de langue allemande est allé rejoindre une Fondation allemande critiquée pour certains de ses liens.

LA LIBRE BELGIQUE — Jeudi 27 août 1987

Des loups nazis dans la bergerie germanophone ?

La Fondation allemande qui finance, indirectement, le Parti des Belges de langue allemande, [illegible]vec l'extrême droite

LA LIBRE BELGIQUE — Mercredi 26 août 1987

Climat malsain en Communauté germanophone

Le P.D.B. (Parti des Belges de langue allemande) est-il proche de l'extrême-droite allemande ? Entre Eupen et Saint-Vith, c'est le point d'interrogati[illegible]

Belgische Duitstalige partij beschuldigd van neonazi-infiltratie

Le Parti des Belges de langue allemande proche de l'extrême droite ouest-allemande ?

D'oncle Herman à oncle Jules

La Wallonie du vendredi 28 août 1987

La communauté germanophone s'interroge sur les liens entre le PDB et l'extrême-droite

LE SOIR . . . Jeudi 27 août 1987

Le Parti des Belges de langue allemande lié à l'extrême droite allemande et autrichienne ?

LES ELECTEURS DU PARTI DES BELGES DE LANGUE ALLEMANDE ABUSES

Des marks à croix gammées pour le P.D.B.

Les nazillons passent la frontière...

L'extrême-droite dans les cantons de l'Est

Die BRF-Reportage von Freddy Derwahl vom 21. August 1987 löste eine Flut von spekulativen Presseartikeln im Inland aus. Anbei eine kleine Auswahl von Beiträgen mit provokativen Überschriften, die von den Verdächtigten als verleumderisch und hexenjägerisch verurteilt wurden.

Freddy Derwahl im BRF erhobenen Vorwürfe des Rechtsextremismus und Neonazismus sind unbegründet. Der Journalist F. Derwahl und der BRF nehmen diese Behauptungen zurück, die zu einer nationalen Pressekampagne gegen Lorenz Paasch führten und diesem ungerechtfertigt großen Schaden zufügten.“[12]

Tatsächlich hatte die „Niermann-Affäre“ – die Angelegenheit wurde bereits nach wenigen Tagen als solche in der Presse tituliert – es innerhalb weniger Tage nach der Ausstrahlung des BRF-Berichts vom 21. August in sämtliche Medien des Inlandes geschafft. Die Überschriften sprechen für sich:

„Climat malsain en Communauté germanophone. La P.D.B. est-il proche de l'extrême droite allemande?“ (La Libre Belgique, 26.8.1987)

„Le parti des Belges de langue allemande lié à l'extrême droite allemande et autrichienne?“ (Le Soir, 27.8.1987)

„Des loups nazis dans la bergerie germanophone?“ (La Libre Belgique, 27.8.1987)

Dass auch die nationale Presse so auf das Thema ansprang, hatte vermutlich mit der allgemeinen Sensibilität für das Thema Rechtsradikalismus zu tun. Parteigründungen wie die der Nationaldemokratischen Partei in Österreich (1967, 1988 verboten), des Front National pour l'Unité Française in Frankreich (1972), des Vlaams Blok in Belgien (1978) oder der Republikaner in der Bundesrepublik Deutschland (1983) hatten europaweit die Angst vor dem (Wieder-)Aufkommen rechtsradikalen, ausländerfeindlichen und antisemitischen Gedankenguts geschürt.[13] Auch RTL und RTBF berichteten, und es dauerte nicht lange, bis alle Nerven blank lagen. Im Grenz-Echo vom 25. August forderten CSP und PFF „lückenlose Aufklärung“. Die Verbindungen der PDB-Politiker zu rechtsextremen Kreisen „drohen dem Ansehen unserer Gemeinschaft im In- und Ausland zu schaden“. „Unsere Bevölkerung hat ein Recht darauf, die Wahrheit zu erfahren“, so CSP-Regionalpräsident Johann Haas und Fraktionsführer Albert Gehlen in einer gemeinsam unterzeichneten Stellungnahme, „denn unsere jüngste Vergangenheit hat gezeigt, wo so etwas hinführen kann“.[14] In einer ersten Zwischenbilanz des BRF-Chefredakteurs Peter Thomas vom 10. September hieß es in gewohnt nüchternem Ton:

„Wo Journalisten sonst mit steter Regelmäßigkeit das Monster von Loch Ness entdecken oder bestenfalls über Vertreter seltener Berufe berichten, platzte in diesem Jahr in Ostbelgien eine Bombe. Keine mit weltbewegenden Ausmaßen zwar, immerhin eine, die die Öffentlichkeit aus der trägen Verstimmung über den nicht stattgefundenen Sommer wachrüttelte. […] Landesweit hat der Wirbel um die Affäre dem Ansehen der deutschsprachigen Belgier mit Sicherheit schweren Schaden zugefügt. […] Aber auch in Ostbelgien macht sich das Gefühl breit, dass die historischen Auseinandersetzungen der zwanziger und dreißiger Jahre wieder aufleben und das politische Klima auf Dauer vergiften könnten. Eine Versachlichung der Diskussion – ohne irgendwas unter den Teppich zu kehren – tut not“.[15]



grenzland report

für Ostbelgien und das Dreiländereck

4. September 1987
4. Jahrgang
Nummer 15

PDB-Politiker äußert sich gegenüber REPORT

Paasch fordert von Derwahl Wiedergutmachung

Niermann-Affäre mit gerichtlichem Nachspiel?

Heute beginnt die Handelsmesse

»Klima ist vergiftet«

Niermann-Affäre: Die Bürger

Lorenz Paasch

der überblick

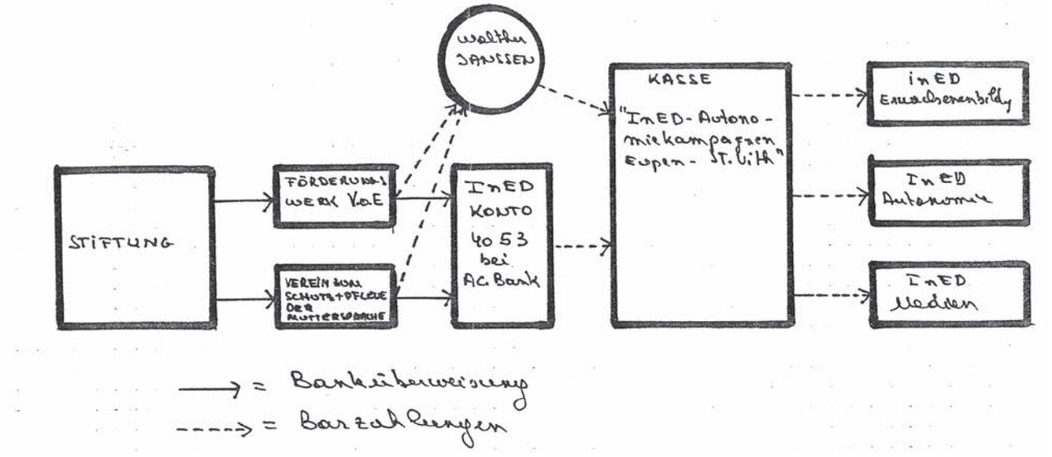
Das „Klima ist vergiftet“, so titelte der Grenzland Report vom 4. September 1987. Kurze Zeit nach der ersten BRF-Sendung zum Thema Niermann vom 21. August war die Angelegenheit zur „Niermann-Affäre“ ausgewachsen.

Doch dafür schien es schon zu spät. Die Büchse der Pandora war geöffnet und die Geister der Vergangenheit entwichen. Das „Klima ist vergiftet“, so brachte es Grenzland-Report Chefredakteur Gerard Cremer am 4. September passend auf einen Nenner.[16]

Für eine sachliche Auseinandersetzung hätte es einer kritischen Selbstdistanz bedurft, die in der aufgeladenen Atmosphäre weder aufseiten der Journalisten noch aufseiten der politischen Akteure vorhanden war. Zu sehr riss die Niermann-Affäre alte Wunden auf, zu radikal verwob sie Fragen der ideologischen Verortung einer Partei (der PDB) mit Fragen der Rechtschaffenheit und deontologischen Verantwortung von Journalisten, der juristischen wie moralischen Problematik von Parteispenden aus dem Ausland sowie opportunistischen machtpolitischen Kalkülen der CSP und der PFF. Die Weigerung seitens der PDB, die jahrelangen Geldflüsse der Hermann-Niermann-Stiftung an die Partei und ihr nahestehende Institutionen wie das InED[17] in aller Transparenz offenzulegen (von Derwahl genüsslich als „verräterisches Schweigen“[18] ausgeschlachtet), und die rhetorische Selbststilisierung als „Opfer von Hexenjägern“[19] führten unweigerlich zu einer kommunikativen Frontstellung, in der für besonnene Töne kein Platz mehr war.[20] Vor allem vonseiten der PFF und CSP wurden nun schwere rhetorische Geschütze aufgefahren, um die Glaubwürdigkeit der PDB und einiger ihrer Spitzenvertreter moralisch zu untergraben.

Die zahlreichen Leserbriefe zur Niermann-Affäre in diesem ersten Akt des Dramas bieten einen emotionsgeladenen Einblick in die angeschlagene ostbelgische Seelenlage. Während Freddy Derwahl in seiner umstrittenen Rolle als hauptamtlicher BRF-Journalist *und* Berater des Verwaltungsrates sowie samstäglicher Leitartikler des Grenz-Echos immer wieder Öl ins Feuer goss („die Geheimbündler der PDB-Spitze haben ihre Anhänger erneut in die Heimatlosigkeit getrieben: wem sollen sie jetzt noch glauben“[21]), positionierten sich die Parteisoldaten der PDB, allen voran Bruno Kartheuser, als Verteidiger der Ehrenhaftigkeit ihres Parteifreundes Lorenz Paasch und bemühten sich nach Kräften, die journalistische Redlichkeit von Freddy Derwahl zu untergraben:

„Nein, du lügst! (3x). ‚Wem sollen sie jetzt noch glauben‘ fragst Du ängstlich besorgt. Eines ist klar: Dir und Deiner Drecksschleuder nicht mehr. […] Also weitermachen, Freddy! Gut Schlamm.“[22]



Die Gelder aus dem Stiftungsvermögen von Hermann Niermann gelangten über abenteuerliche Wege nach Ostbelgien. Als zentraler Verbindungsmann fungierte HNS-Kuratoriumsmitglied Walther Janssen, der die auf ein Aachener Konto überwiesenen Gelder meist bar an die diversen Empfänger auszahlte.

Sturm im Wasserglas?

Während sich die öffentliche Debatte weiter zuspitzte, heckte man aufseiten der PDB einen medienpolitischen Schachzug aus, der das Blatt einer rhetorisch an den rechtsradikalen Rand gedrückten und zur öffentlichen Beichte gezwungenen Partei wenden sollte. Angriff ist noch immer die beste Verteidigung, dies dachten wahrscheinlich auch Lorenz Paasch und Joseph Dries, als sie am 5. September zu einer Pressekonferenz nach Sankt Vith einluden. Zu ihr waren außer dem RTBF-Fernsehen Vertreter der wichtigsten nationalen Presseorgane erschienen – mit Ausnahme der Libre Belgique, deren Journalist Louis Maraite als zentraler Katalysator von Derwahls Berichten in der französischen Presselandschaft fungiert hatte. „Lorenz Paasch im Gegenangriff", so titelte auch das Grenz-Echo am Folgetag.[23] In allen drei Landessprachen rechneten Paasch und Dries mit der „Verleumdungskampagne" von Freddy Derwahl ab und luden die anwesenden Journalisten anschließend zu einer Busfahrt zu den verschiedenen vom InED dank Niermann-Geld unterstützten Kultureinrichtungen ein. Mitglieder der Agora, des Kreativen Ateliers Neundorf, der Krautgartenredaktion und von Radio Hermann standen den Journalisten Rede und Antwort, was Aktivitäten und Finanzierung anging. In einer am gleichen Tag ausgestrahlten Stellungnahme für den BRF wies Lorenz Paasch darauf hin,

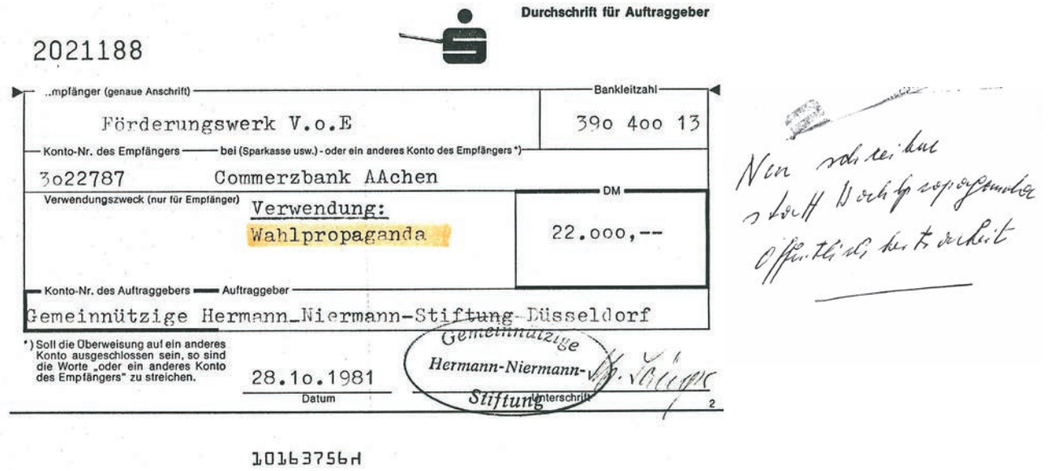
„dass ein Journalist, und besonders ein Journalist aus dem deutschen Sprachgebiet, äußerst vorsichtig sein muss, wenn er in irgendeiner Form das Phantom, das Gespenst des Neo-Nationalsozialismus überhaupt heraufbeschwört […] denn er weiß ja wohl, und der Fall Johann Weynand aus der Vergangenheit hat ja wohl gezeigt, dass man mit solchen Dingen verdammt vorsichtig umgehen muss".[24]

Gegenwind für Derwahl kam aber nicht nur von PDB-Getreuen und InED-Freunden, sondern auch aus den eigenen Reihen – vor allem vom BRF-Kollegen Martin Steins. Noch vor der Pressekonferenz in Sankt Vith hatte Steins am 2. September einen Sendebeitrag mit dem Titel „Neue Querverbindungen in der Niermann-Affäre" vorbereitet, in dem er hart mit Derwahl ins Gericht ging. Nach Verweis darauf, dass der bundesdeutsche Verfassungsschutz keine Veranlassung sehe, der Hermann-Niermann-Stiftung besondere Aufmerksamkeit zu widmen, Gemeinschaftsminister Mathieu Grosch Paasch daraufhin einen Persilschein ausgestellt habe und Presseorgane wie La Meuse mit Titeln wie „Le PDB et l'extrême droite allemande: beaucoup de bruits et peu de faits" aufgewartet hätten, erweise sich die angebliche Affäre als „Sturm im Wasserglas, der leider vom BRF orchestriert und in Szene gesetzt worden ist".[25] Brisant war vor allem Steins „Enthüllung" der Beteiligung Freddy Derwahls als Autor an einem 1981 vom Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA) herausgegebenen Band mit dem Titel „Wege und Wandlungen. Die Deutschen in der Welt heute". In diesem Werk fanden sich neben Derwahls Beitrag auch zwei Artikel von Heinz Schillings und Walther Janssen, die zu zentralen Autoren des deutschtümeligen „Wegeweisers" in Ostbelgien gehörten.[26] Steins Bericht endete mit einer rhetorischen Spitze:

„Man wird also demnächst Enthüllungen des BRF- und Grenz-Echo-Journalisten Freddy Derwahl zu Themen, die mit der extrem-rechten Szene zu tun haben, mit einiger Vorsicht begegnen müssen, wenn man bedenkt, dass derselbe sich nicht scheut neben Publizisten wie Heinz Schillings und Walther Janssen in einem Buch zu erscheinen, das in puncto deutschsprachiges Ostbelgien mit einer Terminologie operiert, die hierzulande von allen Parteien, auch von der PDB, stets und konsequent abgelehnt worden ist."[27]

Wie angespannt die Lage innerhalb des BRF war, zeigt auch folgender Vorfall: Auf der besagten Pressekonferenz am 5. September 1987 in Sankt Vith sagte Lorenz Paasch, dass er nicht den Kopf von Derwahl fordere, sondern eine Wiedergutmachung, worauf Steins laut und deutlich „dommage" gerufen habe! Für diesen Zwischenruf musste sich Steins wenige Tage später bei BRF-Direktor Moutschen verantworten, der seinen Chefredakteur Peter Thomas am 9. September aufforderte, von Steins eine schriftliche Stellungnahme einzufordern.[28] Tatsächlich hatte Steins im Anschluss an die Pressekonferenz auch das Sendemanuskript „Neue Querverbindungen in der Niermann-Affäre" an eine Handvoll Journalistenkollegen mit Verweis auf „Zensurpraktiken" beim BRF verteilt, da der Redakteur vom Dienst Paul Maraite dieses am 2. September nämlich nicht zur Ausstrahlung freigegeben hatte. Daraufhin wendete sich Derwahl mit einem Schreiben an Direktor Moutschen und ließ seiner Empörung über den Zwischenfall freien Lauf:

„Ganz abgesehen davon, dass ich persönlich in dem beanstandeten Text ohne Rückfrage als BRF-Journalist von einem Kollegen öffentlich verleumdet werde, muss es als besonders gravierend betrachtet werden, dass hier ein Mitglied unseres Personals heimtückisch versucht, das eigene Haus zu beschmutzen."[29]



Zu Anfang der Niermann-Affäre leugneten die PDB-Verantwortlichen die Tatsache, dass die PDB Mittel der HNS für Wahlkampfzwecke erhalten und benutzt habe. Dies war gelogen, wie diese Kopie eines Überweisungsformulars der HNS an „Förderungswerk V.o.E." über 22.000,- DM beweist, auf der als Verwendung eindeutig „Wahlpropaganda" angegeben wurde. In einem handschriftlichen Vermerk von Walther Janssen auf einem Überweisungsformular 23. Juli 1982 heißt es: „Neu schreiben; statt Wahlpropaganda Öffentlichkeitsarbeit"!





Obwohl Direktor Moutschen und der Verwaltungsratsvorsitzende Nelles versuchten, die internen Spannungen im BRF durch Moderationsversuche zu entschärfen, wurden die internen Querelen durch einen Scoop im Grenzland-Report öffentlich. „Bruderzwist beim BRF – M. Steins kontra F. Derwahl", so war auf der Titelseite des Grenzland-Reports vom 18. September zu lesen.

Tatsächlich sorgte die Auseinandersetzung zwischen den beiden BRF-Journalisten innerhalb der Redaktion, dem Verwaltungsrat und dem Ständigen Ausschuss in den kommenden Monaten für erhitzte Diskussionen über Fragen der deontologischen Verantwortung, Meinungsfreiheit und professioneller Diskretion von öffentlich-rechtlichen Journalisten und endete letztlich „wegen besonders schweren Verfehlungen" (Moutschen) mit einer Disziplinarmaßnahme für Steins, der für zwei Monate vom Hauptjournalisten zum Journalisten degradiert wurde.[30] Dies war ein schwerer Schlag für Steins, der sich vehement gegen die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zur Wehr gesetzt hatte und sich als Opfer eines persönlichen Rachefeldzugs des BRF-Direktors Peter Moutschen sah.[31] Vor allem die Doppelfunktion von Derwahl als hauptamtlichem BRF-Journalisten und Berater des Verwaltungsrates des Grenz-Echos bzw. engem Freund und Parteigenossen von Grenz-Echo-Mitherausgeber Alfred Küchenberg sorgte in den anstehenden RDG-Debatten immer wieder für kritische Fragen zu Unparteilichkeit und geteilten Loyalitäten in der kleinen ostbelgischen Medienszene.

Die Niermann-Affäre spaltete nicht nur die ostbelgische Öffentlichkeit, sondern sorgte auch innerhalb des BRF für große Spannungen, vor allem zwischen den Journalisten Freddy Derwahl und Martin Steins, die sich wie „Katz und Hund" gegenüberstanden.

Showdown am Kaperberg

War die kontroverse Debatte über die Spendenaffäre der PDB über Wochen vor allem in der lokalen Presse und im Rundfunk ausgetragen worden, kam es nach der Sommerpause am 1. Oktober 1987 zu der lang erwarteten politischen Debatte zur Niermann-Affäre im Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Im Rahmen einer aktuellen Fragestunde stand das Thema ganz oben auf der Agenda, und der BRF berichtete im Rahmen einer Sondersitzung live über die Debatte, die sich bis ein Uhr nachts hinziehen sollte und damit die bis dato längste Plenarsitzung in der Geschichte des RdK/RDG war. Die neun Tonbänder, auf denen die Sitzung aufgezeichnet ist, geben die aufgeladene Stimmung und hoch emotionale politische Auseinandersetzung wieder.[32]

Eröffnet wurde der Reigen mit PFF-Fraktionssprecher Alfred Evers, dessen gezielt provokante Rede den Ton für den restlichen Abend vorgeben sollte. Evers' Strategie war klar: zum einen, die nur zögerlich publik gemachten und zudem widersprüchlichen Aussagen der PDB zum Geldfluss von der Hermann-Niermann-Stiftung an die Partei sowie parteinahe Einrichtungen als Zeichen dafür zu deuten, dass die PDB etwas zu verstecken versuche, was aber nun mit aller Transparenz aufgeklärt werden müsse; zum anderen, die identitätspolitische Rhetorik der PDB zu entlarven, die darauf abziele, die Zugehörigkeit zur deutschen Kulturnation durch Begrifflichkeiten wie „Deutschbelgier" und „Deutschostbelgien" zum Ausdruck zu bringen. Die leidige Frage „deutsch" oder „deutschsprachig" sollte sich wie ein roter Faden durch die Parlamentsdebatte ziehen und erinnerte in erschreckender Weise an die Namensgebungsdebatte im Jahr 1980! Als nach Evers, der seine Redezeit um das Mehrfache überschritten hatte, der PDB-Fraktionsvorsitzende Gerhard Palm das Wort ergriff, ging dieser hart mit dessen „Schmutzkampagne" ins Gericht. Zentraler Adressat von Palms Rede war aber die CSP, der er unterstellte, die Niermann-Affäre gezielt inszeniert zu haben, um der „PDB den entscheidenden Schlag zu versetzen". „Das Gift ist verspritzt", so Palm, „und wir können jetzt unser Ehrenwort geben, eine eidesstattliche Erklärung abgeben, wir können auf den Kopf unserer Kinder schwören – das Gift sitzt. Und darauf kam es Derwahl an, und darauf kam es Evers heute Abend an." Vor allem nutzte Palm seine Redezeit aber, um die Presselandschaft Ostbelgiens einer kritischen Betrachtung zu unterziehen. Die Monopolstellung des Grenz-Echos und dessen personelle Verflechtung mit dem BRF (Alfred Küchenberg und Freddy Derwahl) sei deontologisch unverantwortbar und die Zensur von Leserbriefen und offiziellen Stellungnahmen im Grenz-Echo ein regelrechter Skandal. Palm sprach die Vermutung aus, dass Grenz-Echo-Herausgeber Küchenberg höchstpersönlich für diese Zensurmaßnahmen verantwortlich zeichnete, allein fehle ihm der Beweis.



Das krampfhafte Festhalten der PDB an Begriffen wie „Deutsche Belgier", „Belgier deutscher Nationalität" oder „Deutschostbelgier" sorgte immer wieder für heftige Debatten und auch zu dem Vorwurf seitens politischer Gegner, die „Partei der deutschsprachigen Belgier" (!!!) treibe ein gefährliches sprachliches und identitäres Verwirrspiel. „We zijn nu eenmal Duits. Punt uit", so Lorenz Paasch in einem Porträt der flämischen Zeitung Spectator aus dem Jahre 1982.

Wie aus dem Nachlass des damaligen Grenz-Echo-Chefredakteurs Heinz Warny eindeutig hervorgeht, lag Palm mit seiner Vermutung richtig. Bereits im September 1987 kam es demnach zu einer ersten geschlossenen Unmutsäußerung der Redaktion an den Verwaltungsrat des Grenz-Echos, und Heinz Warny wurde eingeladen, dort die Position der Redaktion zu erläutern. „Meine und die Zurechtweisungen der Redaktion an die Adresse von Freddy Derwahl haben jedoch die Kluft zwischen ihm und der Redaktion noch deutlich erweitert", so Warny im Rückblick.[33] Auch die Art und Weise, in der Alfred Küchenberg die Redaktion zu beeinflussen suchte, indem er etwa „fertige

Texte eigenhändig kürzte“, habe die Redaktionsarbeit schwer belastet.[34] Die Niermann-Affäre war in diesem Sinne nicht nur eine Parteispendenaffäre, sondern auch Symptom einer parteipolitisch infiltrierten bzw. kontrollierten Medienlandschaft, in der einige zentrale Akteure große Macht über die Gestaltung der öffentlichen Meinung ausübten. Genau dies monierte auch SP-Fraktionschef Karl-Heinz Lambertz in seiner Intervention, als er die rhetorische Frage stellte, wie es mit der Pressefreiheit in Ostbelgien aussehe. So äußerte Lambertz mit ironischem Unterton:

„Ich wäre der letzte, der den Verdacht äußern würde, dass irgendjemand im BRF oder im Grenz-Echo sich beim Präsidenten der CSP die vorherige Genehmigung einholen muß, um Artikel zu veröffentlichen. Da können sie dem Eigentümer des Grenz-Echo, dem bekannten CSP-Mitglied Küchenberg schon vertrauen! Das macht er schon an ihrer Stelle. Da brauchen Sie keine Angst zu haben.“[35]

Zwischen Zensur und Pressefreiheit

Der hier zum Ausdruck kommende Vorwurf der Zensur bzw. parteipolitischen Einmischung in die Pressearbeit des Grenz-Echos war alles andere als neu. Vielmehr bildet er einen festen Topos in der Mediengeschichte Ostbelgiens. Seit seiner Gründung in der Zwischenkriegszeit nahm das Blatt eine klare christlich-konservative Ideologie und parteipolitisch konforme CSP-Linie ein. Diese Position wurde unter Chefredakteur Henri Michel bis zu dessen Pensionierung im Jahr 1965 in aller Offenheit und unhinterfragter Autorität deutlich gemacht,[36] und auch nach Fusion mit der St. Vither Zeitung und der Ernennung von Heinrich Toussaint zum neuen Chefredakteur sollte sich am weltanschaulichen Selbstverständnis des Blattes nichts ändern.

„Das Grenz-Echo war, ist und bleibt die katholische Zeitung, die im Sinne der vom Konzil vertretenen Auffassung über die christliche Einheit in weitestem Sinne christliches Gedankengut verbreitet. In nationaler Hinsicht wird unsere Zeitung weiterhin wie bisher ihre Aufgabe darin sehen, den belgischen Standpunkt unter Wahrung der besonderen Interessen der ostbelgischen Bevölkerung zu vertreten und zu verteidigen“,

so hieß es im ersten Leitartikel von Heinrich Toussaint am 1. Dezember 1965.[37]

Stellungnahme von Bruno Kartheuser und Krautgarten

Der Selbstreinigung eine Chance

St.Vith. – Zum Bericht über die Klage der Hermann-Niermann-Stiftung gegen Bruno Kartheuser, Herausgeber des »Krautgarten« (GE vom 27. September, Seite 2), nachstehend eine ausführliche Stellungnahme von Bruno Kartheuser:

Immer wieder drängt es die Hermann-Niermann-Stiftung in die Öffentlichkeit. Warum bloß, wo man doch – so beteuert man wenigstens – im Grunde weg möchte von der Vergangenheit und allen Skandalen, die sich im Dunstkreis der Stiftung und ihrer Manager oder Geldsgenten ereignet haben, zwischen dem Baskenland, Südtirol, Österreich, dem Elsaß, Ostbelgien und Düsseldorf.

Kaum ist der erste Skandalträger Dr. Norbert Burger tot, schmeißt sich wieder aller Vernunft der Dr. Erhard Hartung, der von sich behauptet, seine Anstellung sei von Johannes Rau protegiert gewesen, ins Rampenlicht und heimst sich einen Titel wie »Kanzler Kohls braune Socke« in der IG Metall-Zeitung ein.

Jetzt kann also der Eiertanz der defensiven Schutzbehauptungen wieder einsetzen: »Nicht gekannt! Nie gesehen! War der auch in der Stiftung? No... kann mich nicht erinnern, aber auf keinen Fall hatte er etwas zu sagen... Das muß bestimmt vor meiner Zeit gewesen sein... Was, vier Tote? Und »Selbstmord«? Wollen wir alles nicht...«. Alles schon gehabt.

Wechsel des Schauplatzes. Als gehe es um das letzte Gefecht, laden die Niermänner die Presse ein, um bekanntzugeben, nun sei das Maß voll. Nach Derwahl müßten nun auch Kartheuser und Krautgarten nach Canossa.

Man muß dem Hartung wohl die Schlagzeilen geneidet haben. Wie auch schon bei der Anzeige gegen Freddy Derwahl, so äußert sich auch diesmal die tiefe Identitätskrise der Kläger, die wieder einmal Auskunft von einem Belesenen – so scheint es wohl – verlangen: »Wer bin ich, wo stehe ich, was tue ich, wie nennt man mich, warum liebt man mich nicht?«. Und wenn wir es ihnen erklären, da sie ja bei ihren Sprüchen, ihren Handlungen und ihren Geschäftsverbindungen keinen Spiegel bei sich tragen und nachrer nix mehr wissen, dann sind sie beleidigt, fühlen sich beschädigt und wollen Geld, wovon sie ohnehin schon mehr haben, als dem Anstand und der Demokratie guttut. Immer geht es ums Geld!

Reden wir also vom Geld, dem Nerv der ganzen Niermännerei. Ohne Geld kriegt man heute nichts. Keinen Spreugstoff, keine Theaterscheinwerfer, keinen Anwalt nach Anschlägen und Festnahme, keine Sudelschriften, keine Erwachsenenbildung, keine Volksbildung, keine Kinostühle, Computer, Plakate, Animatorenschulung, Anzeigenseiten, Schreinermaschinen, Dachreparaturen, Bücher, Renovierung und Neubau von Gebäuden...

Aber über eines dürfen wir uns keine Illusionen machen: Über das Material wird Einfluß auf Menschen genommen, auf jene, die diese Maschinen bedienen, auf die Kinder, die die Bücher in die Hand nehmen, auf die Erwachsenen, die die Kurse besuchen, auf Ehern, Leiter, Dechanten, Lehrer, Kulturarbeiter...

Man kauft Gewissen, Seele, Gefühl, Urteil, Handeln. Da liegt der Skandal, das Unbitbare, das Bekämpfenswerte, nicht in der nebulösen Identität der Stifter. Ob Paasch, Dries und Stiemke Nazis sind, weiß ich wirklich nicht.

Ich sehe nur zwei Dinge: die saubere Gesellschaft, die sie sich selbst ausgesucht haben und die zerstörische Wirkung ihres Geldflusses in Ostbelgien.

Im übrigen behaupten die Leute, sie seien ab 87 »Säuberer«. Wovon haben sie denn die Stiftung gesäubert? Von Linksextremisten etwa? Und mit wem haben Paasch, Dries und Stiemke vor 1987 herzlich und verschwiegen zusammengearbeitet, um illegale PDB-Finanzierung («Autonomiekampagnen») zu organisieren? Etwa mit den Kommunisten in der Stiftung?

Neid scheint auch in der Bezichtigung durchzuscheinen, Krautgarten verbreite ein bestimmtes Bild Ostbelgiens in Europa. Vielleicht liegt da der eigentliche Streit und Kulturkampf: daß wir ein anderes Bild vermitteln als die Niermänner, mit ihren Burgers und Hartungs in Südtirol und Österreich, den Bombenanschlägen im Elsaß, wofür die Stiftung den Tätern die Verteidigung bezahlt; den erneuten Ermittlungen in Südtirol gegen »Ein-Tirol«, den Umtrieben im Baskenland noch zu des Gründers Zeiten.

...Das ist eine Internationale, gegen die die »Grenzwerte« des Krautgartens sich Gott sei Dank abheben. Wir fördern das freie Wort, nicht den völkischen Mief; die Begegnung in einem multikulturellen und vielsprachigen Europa, nicht den Separatismus und den Nationalismus; unsere Begleiter sind Schriftsteller, Lyriker, Künstler, geistige Pioniere und nicht Bombenterroristen, Altnazis und Nationalisten.

Von den Niermännern unterscheiden uns die Begleiter, die Ziele, die Methoden. Hier das freie Wort, der Diskurs, dort der Scheck, die nackte Macht des Geldes, die Skandale, die schrägen Töne.

Gerade die jetzigen Kläger haben bisher jede Offenlegung gescheut. Immer wenn sie das Fenster öffneten, stank es aus dem Keller. Auf keine der von mir vorgelegten Fragen habe ich eine Auskunft erhalten.

Daß einer der letzten freien Räume Ostbelgiens jetzt vor Gericht zitiert wird, das freie Wort, wie es von Krautgarten betrieben wurde, ist eine erneute Chance, daß der Bevölkerung etwas dämmern könnte.

Ob Krautgarten verurteilt wird oder nicht, ist nicht erheblich. Aber ob die Bevölkerung sich endlich zum Widerstand entschließt, das ist allesentscheidend. Es muß die Würde der autonomen Kultur, die geistige Freiheit der Region in einer Selbstreinigung wiederhergestellt werden.

Wir hoffen und erwarten, daß alle Betroffenen – auch die »Gestrauchelten« – dazu die moralische Kraft aufbringen.

Für Krautgarten
Bruno Kartheuser

„Man kauft Gewissen, Seele, Gefühl, Urteil, Handeln“, so Krautgarten-Herausgeber Bruno Kartheuser in seiner Stellungnahme „Der Selbstreinigung eine Chance“ vom 3. Oktober 1994. Tatsächlich flossen zwischen 1978 und 1994 umgerechnet ca. 150 Millionen belgische Franken (7,5 Mio DM) an Stiftungsvermögen nach Ostbelgien. Auch die Literaturwerkstatt des Kreativen Ateliers Neundorf, welche im Rahmen des InED gegründert worden war und die Keimzelle des späteren Krautgartens darstellte, profitierte jahrelang von Niermann-Geldern der InED. Ein entsprechender Krautgarten-Antrag auf Förderung im Jahre 1990 wurde aber abgelehnt.

Dass sich das Grenz-Echo im Kontext der heißen Phase der Autonomiedebatte klar auf die Seite der Mahnenden stellte, welche vor zu schnellen und weitreichenden Autonomieforderungen warnten, wurde bereits ausführlich beschrieben.[38] Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass ausgerechnet Freddy Derwahl sich in seinen Lebenserinnerungen bitter über die „unterdrückte freie Meinungsäußerung“ beklagt und Chefredakteur Heinrich Toussaint als „Angsthasen“ bezeichnet, der nicht das Format gehabt habe, seinen Berufsstand zu verteidigen.[39]

„Das war die Stimmung der ostbelgischen 60er-Jahre: Ablehnung aus dem Inland, Denunzierung, Verweigerung demokratischer Rechte, heimtückische Revanchen, Dolchstöße aus den eigenen Reihen. Über allem schwebte, teils angedeutet, teils heimlich, der Nazi-Vorwurf, der an sich eine ganze Bevölkerung traf. Wir noch immer ‚les boches‘, die schmutzigen Deutschen. Dass der CSP-Chefredakteur Toussaint 1968 die Pressefreiheit mit Füßen trat, zeigt das Ausmaß der Verhinderungen. Er selbst war SA-Mitglied gewesen und hatte sich stillschweigend einer sehr privaten Säuberung unterzogen.“[40]

Was Derwahl hier als „innere Verfassung Ostbelgiens“ für die 1960er Jahre erinnert, klingt erstaunlich nach der Stimmung während der Niermann-Affäre. Allerdings war Derwahl zu dieser Zeit nicht mehr glühender Anhänger von Gerd Noël und Mitglied der Jung-PFF, sondern hatte die Parteikarte gegen die CSP-Mitgliedschaft getauscht und nutzte bedenkenlos seine politischen Beziehungen, um eigene Meinungen selbst gegen den Widerstand der Grenz-Echo-Redaktion zu veröffentlichen.

Tatsächlich waren es unter Heinrich Toussaint wohl eher PDB-Positionen, die es schwerer hatten, unkommentiert oder ungekürzt ins Grenz-Echo zu schaffen. Im Nachlass des ehemaligen Grenz-Echo-Chefredakteurs Heinz Warny findet sich zahlreiche Korrespondenz seines Vorgängers mit Vertretern der PDB, allen voran mit Parteisekretär Bruno Kartheuser und Gerhard Palm. So teilt Toussaint Bruno Kartheuser in einem Brief vom 30. Oktober 1972 mit, dass der Verwaltungsrat des Grenz-Echos beschlossen habe,

„dass von Ihnen stammende Texte vorerst nicht angenommen werden können, bevor Sie hinsichtlich Ihrer Beleidigungen keine zufriedenstellende Erklärung abgegeben haben. Die Redakteure des Grenz-Echo, die sich durch Ihre Unterstellungen ebenfalls beleidigt fühlen, haben mich gebeten, Ihnen ihre Empörung zur Kenntnis zu bringen“.[41]

Kartheusers Schreiben an Toussaint, welches dieser Stellungnahme voranging, ließ in der Tat keine Zweifel darüber aufkommen, was er von den im Grenz-Echo praktizierten Methoden der Zensur hielt:

„Der blasse Anstand und die angeblich demokratische Gesinnung dürften es einem Chefredakteur verbieten, Leserbriefe nach Belieben zu ‚bearbeiten‘ und zu fälschen. […] Wenn eine Zeitung selbst in die politische Diskussion eingreift und Stellung bezieht mit SOLCHEN METHODEN, dann ist das für mich ein ernsthaftes Zeichen dafür, dass diese Zeitung nicht frei ist. […] Ich akzeptiere die Erklärung nicht, es handele sich lediglich um einige Druckfehler. Wie würde der Chefredakteur reagieren, wenn ich mich um einige Buchstaben vertippe, und dabei käme statt ‚Chefredakteur‘ ‚Chefmanipulator‘ heraus?“[42]

Parteipolitische Einflussnahme auf die Medien in Ostbelgien beschränkte sich aber nicht nur auf das Grenz-Echo, das wie die meisten Presseorgane für jedermann sichtbar und bekannt eine weltanschauliche Position vertrat. Der „Fall Schröder“ hatte die ostbelgische Öffentlichkeit 1970 stark bewegt,[43] und 1984 kam es mit dem „Fall Steins“ zu einem erneuten Zwischenfall. Als RDG-Präsident Manfred Betsch den BRF-Journalisten Dr. Martin Steins in einem öffentlichen Brief an den Präsidenten des BRF-Verwaltungsratsvorsitzenden Heinrich Cremer wüst beschimpfte und disziplinarische Maßnahmen forderte, weil dieser die Opus-Dei-Mitgliedschaft des gerade im Kommunalwahlkampf befindlichen Aachener Oberbürgermeisters Kurt Malangré öffentlich problematisiert hatte, kam es zum Eklat.[44] Betschs öffentliche Attacke – der Brief wurde im Grenz-Echo publiziert, bevor BRF-Verwaltungsratspräsident Cremer ihn auf dem Schreibtisch hatte – sorgte für Entsetzen in der BRF-Redaktion, und selbst Chefredakteur Peter Moutschen, bekanntermaßen kein persönlicher Freund von Steins, stellte sich schützend vor den Journalisten und warf Betsch Amtsanmaßung vor.[45] Besonders perfide an dieser Affäre war, dass das Originalmanuskript der Sendung aus der Redaktion des BRF-Gebäudes entwendet und Betsch in die Hände gespielt worden war! Völlig zu Recht sprach Steins in einer im Grenzland-Report veröffentlichten Stellungnahme von einem Skandal und fragte: „Ist der Rat denn ein Tribunal, das über einen Journalisten Urteil zu fällen hat. […] Dürfen in diesem Land jetzt von Volksvertretern politische Prozesse inszeniert werden?“[46]

Die von Steins als „Betsch-Affäre“ betitelte Auseinandersetzung wurde den Ratsmitgliedern bei der ersten Niermann-Debatte am 1. Oktober 1987 von Karl-Heinz Lambertz als warnendes Beispiel dafür zitiert, dass die Pressefreiheit unter allen Umständen zu verteidigen sei – egal, wie unangenehm die Fragen auch sein würden:

„Es darf in der Tat nicht so sein“, so Lambertz, *„dass Journalisten, die für den einen oder anderen Unangenehmes aufdecken, sozusagen von Rats wegen einen Maulkorb verhängt bekommen. Aussagen, wie diejenigen, die ich jetzt zitieren werde, darf es nie mehr aus dem Munde eines Politikers geben. Zitat aus einem Brief an den Präsidenten des BRF: ‚Wegen der schwerwiegenden Verletzung der Berufspflicht, dies obendrein im Wiederholungsfalle, möchte ich Sie dringend bitten, Herr Präsident, die geeigneten disziplinarischen Maßnahmen zu ergreifen‘. Ende des Zitats. Dies ist kein Brief irgendeines PDB-Politikers an den jetzigen Präsidenten des BRF. Das ist ein offener Brief, den man am 18. September 1984 im Grenz-Echo lesen konnte, als ein BRF-Journalist damals unangenehme Sachzusammenhänge, Indizien – um die Terminologie von Kollege Evers aufzugreifen – ans Tageslicht befördert hatte, die die Verstrickung gewisser Aachener Politiker in die Opus-Dei-Szene beinhalteten. Dieser Brief stammte vom damaligen Präsidenten des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft. So etwas darf es nie mehr geben! Es wäre schlimm, wenn wir zumindest nicht die Schlussfolgerung ziehen würden, dass die Journalisten in Ostbelgien nicht nur das Recht, sondern die Pflicht haben, alles aufzudecken, was der eine oder andere aus mehr oder weniger akzeptablen Gründen zu verbergen sucht.“*[47]

Die Vehemenz, mit der in der ersten Niermann-Ratsdebatte über das Thema Pressefreiheit diskutiert wurde, zeigt deutlich, dass die „gesamte Diskussion“ nicht nur ein „Stück Debatte um die Vergangenheitsbewältigung“ war, wie AVZ-Redakteur Timmermann es knapp zusammenfasste.[48] Sie war vielmehr auch ein Lehrstück darüber, wie eng verflochten mediale und politische Institutionen in Ostbelgien waren – und zum Teil noch immer sind – und welche kommunikativen Eigendynamiken sich in Momenten krisenhafter Polarisierung der öffentlichen Meinung vollziehen können, die keiner der beteiligten Akteure mehr zu kontrollieren vermag. Die „Beziehungsgeschichte“[49] von Medien und Politik ist in sogenannten Medienevents oder Medienhypes dermaßen intensiv und verflochten, dass sich beide gegenseitig bedingen und eine eigene Realität erzeugen. Dieses in der Kommunikations- und Medienwissenschaft mit dem Konzept der Medialisierung beschriebene Phänomen der *mediated construction of reality* zeigt sich in geradezu exemplarischer Weise im Fall der Niermann-Affäre.[50] Auch der in vielen Teilen recht vage und allgemein formulierte Abschlussbericht der Untersuchungskommission des RDG aus dem Jahr 1997 kommt zu dem Schluss, dass „die Diskussion um die Hermann-Niermann-Stiftung in der Presse eine beträchtliche Eigendynamik entwickelt“ hat.[51] „Damit“, so der Untersuchungsbericht abschließend, „war der Grundstein für eine Auseinandersetzung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gelegt, die bis dato andauert und die nicht zuletzt zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses zur Hermann-Niermann-Stiftung führte.“[52]



Kommentar

Wo bleibt der Schlußstrich?

Von »außenpolitischem Schaden« durch die Hermann-Niermann-Stiftung sprach Nordrhein-Westfalens Innenminister Dr. Herbert Schnoor im Interview mit unserer Zeitung. Es war nicht die einzige Aussage des Düsseldorfer Schirmherrn über alle private Stiftungen dieses Bundeslandes, die dazu veranlaßt, die endgültige Bereinigung in Ostbelgien erst einmal in weite Ferne zu rücken.

Daß wir Ende 1993 noch die Aufarbeitung desjenigen abwarten, was Mitte 1987 schon für Schlagzeilen in Ostbelgien gesorgt hat, ist auf das deutsche Stiftungsrecht zurückzuführen und auf die allzu schleppende Bereitschaft der Regierung in Nordrhein-Westfalen, dort nach dem Rechten zu sehen, wo das Geld bar ausgezahlt und als Spende von »Onkel Hermann« zur politischen Zielsetzung über die Grenze geschleust worden war.

Wie weit sind wir denn noch vom Schlußstrich entfernt? In kaum einer Veranstaltung fehlt heute der Hinweis, versteckt oder offen, auf Niermanns Großzügigkeit und auf dessen Spenden für die PDB damals oder auf die Gelder der Stiftung für das InED, Agora und andere heute noch. Wenn wir an einen Untersuchungsausschuß des RDG denken, der erst noch eingesetzt werden soll, an die dann zu erwartenden Verdächtigungen und voreiligen Schlüsse, kann das schöne Lied von der hochgelobten Autonomie gründlich verstimmt klingen.

Es bleibt uns heute wie zuvor schon der Rat, das viele Geld der Stiftung dort zu belassen, wo es herkommt, damit es wirklich notleidenden Minderheiten etwa im Osten Europas voranhelfen kann. Ostbelgien muß doch nicht mit deutschen Fördermitteln versorgt werden — so, als gelte es, die gefährdete Pflanze der Autonomie zu schützen. Mit Geld der Stiftung müssen auch keine Schulen mehr ausgebessert werden. Wenn der Haushalt 1994 der Gemeinschaft demnächst im RDG debattiert wird, zeigt sich erneut, daß wir selbst über ausreichend Mittel verfügen, um jene wertvolle Kulturarbeit zu finanzieren, die jetzt immer noch Niermann-Geld in Anspruch nimmt.

Ein Schritt zur allseits gewollten Befriedung wäre, im Niermann-Haushalt alle Empfänger in der »deutschen Volksgruppe Belgiens« aus den Listen zu streichen. Damit keiner wichtigen Kulturförderung die Mittel entzogen würden, sollte der RDG in Eupen seiner Aufgabe nachkommen und dafür sorgen, daß die Arbeit von InED oder Agora mit dem Geld der Gemeinschaft fortgesetzt werden kann. Dann könnte die notwendige Aufarbeitung der Niermann-Vergangenheit ohne täglich zunehmende Belastung erfolgen.

Heinz Warny

„Wo bleibt der Schlussstrich?“, so fragte Grenz-Echo Chef-Redakteur Heinz Warny in seinem Kommentar vom 4. November 1993. Dass dieser noch lange auf sich warten lassen sollte, ahnte Warny damals wohl schon.

Wo bleibt der Schlussstrich?[53]

In der Tat war der Kampf um die Deutungshoheit über die politische Bedeutung und die gesellschaftlichen Folgen der Affäre für die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens mit der ersten Phase der medialen wie parlamentarischen Auseinandersetzung keineswegs abgeschlossen. Zwar beruhigte sich die öffentliche Debatte nach den erregten Parlamentsdebatten im Herbst 1987 deutlich, aber regelmäßig trat das Thema wieder prominent in die Öffentlichkeit, etwa mit der Veröffentlichung des „Berichts der Exekutive zur ‚Affäre um die Hermann-Niermann-Stiftung‘“ im Oktober 1990.[54] Wesentliche Impulse zur Wiederbelebung der öffentlichen Debatte entstanden durch zunehmende Verlagerung des Konflikts vom journalistischen auf das juristische Parkett: Die Hermann-Niermann-Stiftung verklagte im September 1992 erst Freddy Derwahl und zwei Jahre später dann auch Bruno Kartheuser in seiner Funktion als verantwortlicher Herausgeber der Literaturzeitschrift „Krautgarten“ wegen Verleumdung. Den Klagen waren ein Report-Interview von Derwahl[55] und mehrere Leitartikel des Krautgartens[56] vorausgegangen, und in beiden Fällen entschieden Gerichte in Eupen und Lüttich letztlich zugunsten der Stiftung.

Im Interview mit Derwahl im September 1992 fragte Report, wann diese „triste Geschichte“ denn nun endlich ein Ende haben werde und wer etwas tun könne, „um diese unendliche Affäre zu einem für alle akzeptablen Ende“ zu bringen.[57] Auch Grenz-Echo-Chefredakteur Heinz Warny fragte in einem Kommentar vom November 1993, wo denn der Schlussstrich bleibe:



B.K. oder Purzelbaum(schläger)

Daß der Herr Bruno Kartheuser viel und allerhand schreibt, dürfte ja bekannt sein. Daß er aber seit längerer Zeit nun auch noch unter die Akrobaten gegangen ist, konnte ich in seinen letzten Leserbriefen erkennen.

Vor vielen Jahren ließ er doch ganz anders Dampf ab. Da war doch so vieles, was ihm hier in Belgien ganz und gar nicht paßte. Nun scheint es mir aber, das Land hat seinen Sohn wieder.

Es geschehen doch noch Zeichen und Wunder und ich freue mich. Er ist nun zum Mahner geworden und will sein Volk vor Schaden oder Irrwegen bewahren. Schade, daß er mit solch spitzer Feder schreibt. Gemäßigtere Töne stünden ihm vielleicht auch mal gut.

Jedoch mehrere Fragen drängen sich mir auf. Woher diese kolossale Kehrtwendung, woher dieser Purzelbaum, wieso hängt er sein Fähnchen in anderen Wind? Hat er gedacht, seine früheren Schreiben seien vergessen?

Ich bin wohl ganz sicher: Weder unser Bürgermeister- und Schöffenkollegium, noch der Herr Kurt Fagnoul führen Schlechtes im Sinn bei der Gestaltung der Feierlichkeiten der Gedenkfeiern zur Befreiung.

Ganz im Gegenteil, Versöhnung, Handreichen und Freunde sein sowie Dank und Mahnung zugleich zum Gedenken der Opfer, das kann und ist nur das Ziel dieser Herren.

Uns allen, verehrte Leserinnen und Leser, wünsche ich von Herzen viel Freude und vor allem Frieden.

Willy Schaus, St.Vith

Ein Teil der öffentlichen Debatte über die Niermann-Affäre wurde in den Leserbriefen des Grenz-Echo ausgetragen. So wunderte sich Willy Schaus aus St.Vith über die kuriose Metamorphose des Bruno Kartheuser, der im Zuge der Niermann-Debatte vom Saulus zum Paulus wurde.

„Wie weit sind wir denn noch vom Schlußstrich entfernt? In kaum einer Veranstaltung fehlt heute der Hinweis, versteckt oder offen, auf Niermanns Großzügigkeit und auf dessen Spenden für die PDB damals oder auf die Gelder der Stiftung für das InED, Agora und andere noch heute. Wenn wir an einen Untersuchungsausschuß des RdG denken, der erst noch eingesetzt werden soll, an die zu erwartenden Verdächtigungen und voreiligen Schlüsse, kann das schöne Lied von der hochgelobten Autonomie gründlich verstimmt klingen.“[58]

Für Warny war klar, dass ein Ende der Debatte nur um den Preis zu erreichen war, „das viele Geld der Stiftung dort zu belassen, wo es herkommt. […] Ostbelgien muss doch nicht mit deutschen Fördermitteln versorgt werden“.[59]

In der Tat hatte der „Geldsegen“ von „Onkel Niermann“ mittlerweile erstaunliche Ausmaße angenommen. Rechnet man das im Untersuchungsausschuss aufgelistete Fördervolumen der Hermann-Niermann-Stiftung für die Zeit vor dem Amtsantritt von Lorenz Paasch als Geschäftsführer (1978-1986 = 2,5 Mio. DM) mit dem Fördervolumen der HNS von 1987 bis zur Einstellung der Förderung im Jahr 1994 zusammen, so beläuft sich das geschätzte Gesamtfördervolumen auf 7,5 Mio. DM (umgerechnet 150 Mio. belgische Franken).[60] Von 1984 bis 1994 wurden seitens der Regierung / des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft Fördermittel in Gesamthöhe von 450 Mio. BFR an Kulturträger in der DG ausgezahlt. Auch wenn die DG natürlich keine Mittel zur Parteienfinanzierung der PDB oder zur Unterstützung des Wegweisers gezahlt hat, ist es doch erstaunlich, dass die Hermann-Niermann-Stiftung ein Drittel der Fördermenge der DG aufgewandt hat, um „Minderheitenschutz“ in Ostbelgien zu betreiben. Dass ausgerechnet der frühere PDB-Parteisekretär, wortgewaltige Verteidiger und Schwager von Lorenz Paasch für seine Literaturarbeit von diesem Geldsegen ausgenommen wurde – ein entsprechender Antrag auf Förderung des Krautgartens war im April 1990 bei der Niermann-Stiftung eingegangen und abgelehnt worden –, sorgte in den kommenden Jahren für eine ideologische Metamorphose des Bruno Kartheuser, der sich sprichwörtlich vom Saulus zum Paulus wandelte.[61] Selbst Freddy Derwahl, der sich über die „neue Nachbarschaft“ zu Bruno Kartheuser wundern musste, qualifizierte ihn in seinen Lebenserinnerungen als begabten Querulanten, „der sich nunmehr als antifaschistischer Anführer der Niermann-Gegner aufspielte“.[62]

Katharsis oder vererbtes Trauma?

Tatsächlich kam es nach der Empfehlung der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 17. Januar 1994, keine Fördermittel der Hermann-Niermann-Stiftung mehr anzunehmen, gut einen Monat später seitens der Stiftung zu dem Beschluss, die Förderung ostbelgischer Projektanträge in Zukunft einzustellen. Damit endete zwar der Geldfluss, nicht aber die „größte Affäre der ostbelgischen Nachkriegsgeschichte“.[63] Die mentalitätshistorischen Spuren, welche die Niermann-Affäre im kollektiven Gedächtnis der deutschsprachigen Belgier eingeschrieben hat, sind selbst in der Gegenwart noch greifbar.[64] In den Fokus der Auseinandersetzung sind dabei aber nicht die historischen Fakten geraten, sondern diejenigen, welche sie aufzuarbeiten und zu interpretieren versuchen.

Die episodisch wiederkehrenden Debatten um die Niermann-Affäre, die bis heute eng mit der Problematik der Vergangenheitsbewältigung in Ostbelgien verknüpft sind,[65] haben aber nicht den psychologischen Effekt einer Katharsis ausgeübt. „Die Verheißung einer therapeutisch gedachten Katharsis enthält auch eine – bewusste oder unbewusste – apologetische Dimension, indem sie verspricht, die Gegenwart der Vergangenheit zu beenden und die Nachkriegsdeutschen endlich von einer schweren historischen Last zu befreien“, so Frank Biess.[66] Dieser Entlastungseffekt ist in Ostbelgien nicht eingetreten; vielmehr lassen sich die bis heute schwelenden Konflikte zwischen damaligen Protagonisten der Niermann-Affäre[67] und die Übertragung „historischer Verantwortung“ auf Geschichtsforscher und nachfolgende politische Generationen als verzweifelter Versuch einer diskursiven Verarbeitung persönlicher wie historischer Traumata begreifen. Die Verlagerung der Auseinandersetzung zwischen zentralen Protagonisten der Niermann-Affäre auf die juristische Ebene hat zwar zu Rechtsprechung in Fragen der Verleumdung und Beschuldigung falscher Tatsachen geführt, zur historischen Wahrheitsfindung haben diese Prozesse jedoch nicht beigetragen.[68]

Es ist nicht das Ziel dieses Beitrags, einen therapeutischen Beitrag zur Verarbeitung des ostbelgischen Traumas „Niermann-Affäre“ zu leisten oder aus diesem Ereignis eine kollektivpsychologische, regionale Pathologie abzuleiten. Vielmehr geht es darum, die Eigendynamik eines historischen Ereignisses aufzuzeigen, dessen tieferliegende emotionalen und erfahrungsgeschichtlichen Schichten im Kontext des verdichteten kommunikativen Medienevents zutage getreten sind. Die Niermann-Affäre kann in diesem Sinne als Ausdruck einer ostbelgischen Gefühlskultur und eines „emotionalen Regimes“ gedeutet werden, in denen spezifische Ängste zum Ausdruck kamen, allen voran die „Vergangenheitsangst“,[69] die im Kontext des Aufkommens rechtsradikaler und neofaschistischer Parteien neuen Auftrieb erhielt.

Endnoten

1 Die Monopolstellung des Grenz-Echos wurde nur durch die Ostbelgien-Ausgabe der Aachener Volkszeitung gebrochen, die von 1956 bis 1991 erschien und lange Zeit von dem aus Hauset stammenden Ostbelgier Willy Timmermann geleitet wurde. Siehe Freddy Derwahl, Die Agentur Tim. Erinnerungen an die Ostbelgien-Ausgabe der Aachener Volkszeitung 1965-1991, in: Heinz Warny (Hrsg.), Zwei Jahrhunderte deutschsprachige Zeitung in Ostbelgien, Eupen 2007, S. 249-265.

2 Vgl. Werner Mießen, Der Grenzland-Report, in: Warny (Hrsg.), Zwei Jahrhunderte, S. 267-279.

3 Vitus Sproten, Der Klang des Strukturwandels. Die Geschichte der Freien Radios in den Niederlanden, Belgien und Nordrhein-Westfalen 1975-1990, Göttingen 2022.

4 Andreas Fickers, Von der Polarisierung zur Meinungsvielfalt. Die ostbelgischen Medien als Akteur der Autonomiedebatte, in: Carlo Lejeune, Christoph Brüll (Hrsg.): Grenzerfahrungen. Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Bd. 5: Säuberung, Wiederaufbau, Autonomiediskussionen (1945-1973), Eupen 2013, S. 218-235.

5 Hervorhebung durch den Autor. Siehe Interview mit dem Ostbelgien-Direkt-Gründer Gerard Cremer im BRF, 28.9.2012. Siehe dazu auch https://brf.be/regional/416626 (18.04.2023): Der erste Kommentar hierzu auf der BRF-Webseite von Peter Ruymans lautete: „Toll, dann bekommen die sich im Internet tummelnden ostbelgistanischen ‚Wutbürger‘ ja eine neue Spielwiese.“

6 Die Hermann-Niermann-Stiftung, benannt nach dem Düsseldorfer Stiftungsgründer Hermann Niermann (1905-1985), wurde am 1. Dezember 1977 mit einem Stiftungsvermögen von 21 Mio. DM gegründet. Am 11.4.1978 wurde ihr die Gemeinnützigkeit durch Genehmigung des Innenministers des Landes Nordrhein-Westfalen zuerkannt. Zu den ersten Mitgliedern des Kuratoriums der HNS gehörte der Ostbelgier Walther Janssen, der auch das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden innehatte. Zum Vorsitzenden wurde der rechtsnationale Staatsrechtler Prof. Freiherr von der Heydte gewählt. Wesentliche Triebfeder bei der Gründung und zentraler „Berater“ des Stifters bei der Bestimmung der Mittelvergabe war der Österreicher Dr. Nobert Burger. Burger (1929-1992) war 1957 Mitgründer des Befreiungsausschusses Südtirol (BAS), seit 1961 wegen Vorbereitung und Beteiligung an Sprengstoffanschlägen in Südtirol bzw. Italien mehrfache Inhaftierungen, Gerichtsverfahren und Verurteilungen zu z. T. langjährigen Freiheitsstrafen in Österreich, Italien (dort in Abwesenheit) und in der Bundesrepublik Deutschland, u. a. 1965 und 1967 Hauptangeklagter in den großen Südtirolprozessen in Graz und Linz. Er war zeitweise Mitglied der FPÖ, 1967 Mitgründer der österreichischen Nationaldemokratischen Partei (NDP; 1988 verboten), seit 1975 aktiv in der österreichischen Kommunalpolitik, 1978 Mitglied der Aktion Neue Rechte (ANR), 1980 Kandidat bei der österreichischen Bundespräsidentenwahl. Janssen, der u. a. Mitherausgeber des völkisch angehauchten Wegweisers in Ostbelgien war, war für die Auszahlung der Niermann-Gelder in Ostbelgien verantwortlich. Die jährlichen Fördermittel wurden auf ein Konto bei der Stadtsparkasse überwiesen, dort von Janssen nach Bedarf abgehoben und 1986 bar an die diversen Empfänger ausgezahlt. Diese krasse Missachtung buchhalterischer Mindeststandards führte – neben anderen Ungereimtheiten – am 31.10.1986 zur Einsetzung eines von der nordrhein-westfälischen Stiftungsaufsicht eingesetzten Sachverwalters (Dr. Tondorf). Eine sehr ausführliche Beschreibung der Tätigkeit von Walther Janssen in der HNS findet sich auf seiner Webseite: https://www.waltherjanssen.eu/die-familie-1/die-80-er-jahre/niermann-1979-1982 (18.04.2023).

7 RDG, Sitzungsperiode 1997-1998, Bericht des Untersuchungsausschusses zur Hermann-Niermann-Stiftung, 16.9.1997.

8 Norbert Meyers, „Aussteiger des Jahres“ kehrt St. Vith den Rücken, in: Grenz-Echo, 12.8.1987; ders., „Junge, komm bald wieder…“, ebd.

9 Tonarchiv BRF, 10299859, Aktuelle Stunde, 21.8.1987. Die Deutschlandstraße war eine Erfindung von Derwahl; sie existiert in Düsseldorf nicht.

10 Freddy Derwahl, Der „Onkel Hermann“, in: Grenz-Echo, 22.8.1987.

11 Siehe „Der Brandstifter ist schuld, und nicht der Feuerwehrmann!“. Report-Interview mit dem BRF-Journalisten Freddy Derwahl über die Niermann-Affäre und deren Folgen für unser Gebiet, in: Grenzland-Report, 4.9.1987, S. 11. In seinen Lebenserinnerungen deutet Derwahl die damalige Eskalation ex post folgendermaßen: „Hätte Paasch nicht diese autoritäre Sprache angeschlagen, hätte auch ich ruhiger geantwortet. […] Doch nichts davon – die Dinge nahmen einen verhängnisvollen Verlauf.“ Freddy Derwahl, Auf dem Marktplatz. Lebenserinnerungen, Hillesheim 2019, S. 149.

12 Staatsarchiv Eupen (künftig: SAE), 3-134, Nr. 1071, Brief von Lorenz Paasch an den Verwaltungsrat vom Belgischen Rundfunk, 3.9.1987.

13 Vgl. Pierre Milza, L’Europe en chemise noire. Les extrêmes droites européennes de 1945 à aujourd’hui, Paris 2002.

14 PFF fordert lückenlose Aufklärung. Welche Verbindungen zwischen PDB und Stiftung?, sowie CSP-Fraktion zum Thema „Die PDB im Sog von Rechtsradikalen?“, in: Grenz-Echo, 25.8.1987.

15 SAE, 3-134, Nr. 1071, Abschrift des Kommentars von Peter Thomas zur Niermann-Affäre, 10.9.1987.

16 Gerard Cremer, Klima ist vergiftet, in: Grenzland-Report, 4.9.1987.

17 Das Institut für Erwachsenenbildung im deutschen Sprachgebiet Belgiens (InED), dessen Statuten am 24.2.1977 im Moniteur belge veröffentlicht wurden, hatte laut Satzung „Erwachsenenbildung im Gebiet deutscher Sprache im Bereich des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens zum Ziel, um eine tatsächliche Gleichberechtigung des Gebietes deutscher Sprache im Belgien der Regionen zu erreichen“ (Paragraph 3). Zu den Gründungsmitgliedern zählten Klaus Baltus, Josef Dries, Bruno Kartheuser, Michel Louis, Wolfgang Ohm, Lorenz Paasch, Gerhard Palm, Rudolf Pankert, Wilhelm Pip, Richard Reip und Dieter Thielen. Sitz war der Wohnort von Rudolf Pankert in Eupen, zum Vorsitzenden wurde Lorenz Paasch bestimmt. Wie sich aus der Namensliste ergibt, handelte es sich bei der InED de facto um den kulturpolitischen Arm der PDB. Dessen war sich auch Kulturhauptinspektor Firmin Pauquet bewusst, der sich in mehreren Briefen an die beiden Mitglieder der Lütticher Provinzialregierung Egide Moreau und Marcel Laruelle sowie den Erziehungsminister Antoine Humblet wandte, um sich vehement gegen eine Förderung des InED auf Provinzebene auszusprechen. Bei den Verantwortlichen des InED handele es sich um „des autonomistes, certains parmis les plus fervents“ wie etwa Josef Dries. In einem Brief an Humblet vom 24.3.1979 heißt es: „Je souhaite vivement que la Députation permanente n’accorde pas l’agrégation à ce groupement en raison de son caractère fasciste camouflé, mais en invoquant adroitement des raisons techniques où budgétaires […] Pour ne pas provoquer de hauts cris de ‚Martyrs‘, je suggère que le Service des Affaires Culturelles accorde une aide ponctuelle pour certains manifestations bien précises. Le principal animateur, Mr. Bernd Peil, a des attitudes de feldwebel prussien que me déplaisent beaucoup […] Je vous remercie d’avance de votre vigilance, ces groupes s’intégrant dans renouveau fasciste des plus dangereux.“ SAE, 3-198, Nr. 504.

18 Freddy Derwahl, Die kalte Dusche, in: Grenz-Echo, 29.8.1987.

19 Die PDB nimmt Stellung: Die Hexenjäger sind wieder unter uns, in: Grenz-Echo, 2.9.1987.

20 Dass sich die PDB-Spitze der politischen Brisanz und potenziellen Sprengkraft der Annahme von Spendengeldern einer deutschen Stiftung zur Förderung parteipolitischer Aktivitäten und kultureller Initiativen von Anfang an bewusst war, hat Lorenz Paasch in einem Schreiben an den Düsseldorfer Regierungspräsidenten Fritz Behrens vom 17. April 1987 offen zugegeben. Die InED und die PDB, so Paasch, hätten sich „im Bewusstsein des politischen Risikos“ für die Annahme von Spenden der Hermann-Niermann-Stiftung entschieden. „Allerdings“, so fügte er hinzu, „sollte das Bekanntwerden dieser Zuwendungen möglichst vermieden werden. […] „Aufgrund der besonderen historischen Entwicklung unseres Gebietes seit dem Versailler Vertrag und der allgemeinen deutschen Vergangenheit sind jedoch finanzielle Zuwendungen aus Deutschland für deutsche Minderheiten im Ausland allgemein und speziell für die deutsche Minderheit in Belgien problematisch, sowohl für den Spender als auch für den Empfänger, der – und seien die Quellen der Zuwendungen noch so sauber und der Empfänger noch so frei von jeglicher ‚Volkstümelei‘ – sehr schnell politisch ‚fertiggemacht‘ werden kann von den Gegnern in- und außerhalb der deutschen Minderheit.“ SAE, 5-289/6, Brief von Lorenz Paasch an Regierungspräsidenten Fritz Behrens, vertraulich/persönlich, betrifft: Gemeinnützige-Hermann-Niermann-Stiftung. Zuwendungen an die deutsche Minderheit in Belgien, Sankt Vith, 17.4.1987, 5 maschinengeschriebene Seiten.

21 Freddy Derwahl, Die kalte Dusche, in: Grenz-Echo, 29.8.1987.

22 Bruno Kartheuser, Leserbrief zum Leitartikel „Die kalte Dusche“, in: Grenz-Echo, 31.8.1987.

23 Lorenz Paasch im Gegenangriff. Geld von der Niermann-Stiftung in Ostbelgien gut angelegt, in: Grenz-Echo, 7.9.1987.

24 SAE, 3-134, Nr. 1071, BRF-Aktuell, Stellungnahme von Lorenz Paasch, 5.9.1987. Das Interview führte Dr. Martin Steins.

25 SAE, 3-134, Nr. 298, Martin Steins, Neue Querverbindungen in der Niermann-Affäre, 4 maschinengeschriebene Seiten, 2.09.1987.

26 Peter E. Nasarski (Hrsg.), Wege und Wandlungen. Die Deutschen in der Welt heute, Berlin 1981. Heinz Schillings und Walther Janssen waren Herausgeber des Wegweisers, des vom Rat der deutschen Volksgruppe verantworteten Blattes, welches offen für eine Verteidigung der deutschen Nationalzugehörigkeit der Ostbelgier eintrat und dies mit völkisch angehauchter und offen revanchistischer Rhetorik tat. Sekretär des Wegweisers war lange Zeit der PDB-Politiker Josef Dries.

27 SAE, 3-134, Nr. 298, Martin Steins, Neue Querverbindungen in der Niermann-Affäre, 4 maschinengeschriebene Seiten, 2.09.1987.

28 Vgl. SAE, 3-134, Nr. 298, Aktennotiz von Peter Moutschen an Peter Thomas betreffend „Zwischenfälle, die sich in und nach der Pressekonferenz von L. Paasch am 05.09.1987 in St. Vith ereignet haben".

29 SAE, 3-134, Nr. 298, Brief von Freddy Derwahl an Peter Moutschen, Eupen, 9.9.1987.

30 SAE, 3-134, Nr. 298, Note an den Ständigen Ausschuss und an den Verwaltungsrat des BRF (streng vertraulich) von Peter Moutschen, Eupen, 8.12.1987, 9 maschinengeschriebene Seiten.

31 Vgl. SAE, 3-134, Nr. 298, Dienstnote von Martin Steins an Peter Moutschen, betrifft: „Vorschlag zur Ergreifung einer Disziplinarmaßnahme durch die BRF-Verwaltungsgremien", 27.10.1987, 7 maschinengeschriebene Seiten. In dem Schreiben heißt es u. a. unter Punkt 19: „Ich bin nicht bereit hinzunehmen, dass das in der breiten Öffentlichkeit zunehmend diskutierte Versagen der BRF-Leitung meiner Person exemplarisch und in der o.e. diskriminierenden Form aufgebürdet werden soll. Wenn man den Sender nach dem Motto ‚Härtere Gangart' sanieren will, dann muss man oben anfangen. Ich stelle dem Disziplinarausschuss anheim, sich mit der Personalpolitik und den Führungsqualitäten der Verantwortlichen zu befassen, statt mit einem Zwischenruf unter Presse-Kollegen."

32 Siehe Tonarchiv BRF, 9 Bänder, 10354295 (Teil 1), 10354371 (Teil 2), 10354402 (Teil 3), 10356921 (Teil 4), 10356954 (Teil 5), 10357039 (Teil 6), 10401264 (Teil 7), 10408075 (Teil 8) und 10408502 (Teil 9). Für diese RDG-Debatte liegt, wie für alle RdK-/RDG- und Parlamentsdebatten, ein Transkript vor. Trotz der wortgetreuen Wiedergabe – das Transkript dieser Sitzung umfasst 84 Seiten (!) – liefert die Tonaufzeichnung eine authentischere mediale Repräsentation als das Transkript, in dem wichtige Informationen wie Sprachduktus, Betonungen, Pausen, Zwischenrufe oder Applaus verloren gehen, auch wenn sie teilweise im Transkript notiert werden. Für eine politische Emotionsgeschichte sind audio- und audiovisuelle Aufzeichnungen daher von großem Wert. Siehe Harun Maye/Cornelius Reiber/Nikolaus Wegmann (Hrsg.), Original / Ton. Zur Mediengeschichte des O-Tons. Mit Hörbeispielen auf CD, Konstanz 2007.

33 „Es begann im August 1987", dreiseitiges Typoskript von Heinz Warny (undatiert), in: Privatarchiv Andreas Fickers, Nachlass Heinz Warny.

34 In den oben zitierten Aufzeichnungen von Heinz Warny heißt es weiter: „Über den Fall Niermann liegt eine umfangreiche Akte vor. Sie ist nicht vollständig, zeigt aber, daß der Redaktion hier stets der Wille von AK und FD aufgezwungen worden ist. Jeder, auch noch vorsichtige Einwand, wurde als Bekenntnis zur Seite der Beschuldigten ausgelegt. Ich selber habe immer versucht, korrekt zu handeln. Leider hat das Vorpreschen von Freddy Derwahl mit der Mobilisierung der Inlandspresse schnell alle Türen zugeschlagen. Ich bin überzeugt, dass seriöse Recherchen vor der ersten Veröffentlichung weit mehr ans Tageslicht gebracht hätten. Doch wollten A.K. und F.D. eben dies in meiner Abwesenheit verhindern."

35 RDG, Sitzungsperiode 1987-1988, Nr. 2, Ausführlicher Bericht, 1.10.1987, S. 80.

36 Heinz Warny, „Wer Grenz-Echo sagt, der sagt Michel". Der erste Chef des Grenz-Echo liebte die Auseinandersetzung, in: ders. (Hrsg.): Zwei Jahrhunderte, S. 129-145.

37 Heinz Warny, Neuer Chef, Neuer Zeitungskopf. Grenz-Echo 1965-2007, in: ders. (Hrsg.), Zwei Jahrhunderte, S. 108.

38 Vgl. Fickers, Von der Polarisierung zur Meinungsvielfalt, in: Lejeune/Brüll (Hrsg.), Grenzerfahrungen, Bd. 5, S. 218-235.

39 Derwahl, Lebenserinnerungen, S. 71.

40 Ebd. Die von Derwahl unterstellte SA-Mitgliedschaft von Toussaint konnte bisher nicht nachgewiesen werden.

41 Privatarchiv Andreas Fickers, Nachlass Heinz Warny, Brief von Heinrich Toussaint an Bruno Kartheuser, 30.10.1972.

42 Privatarchiv Andreas Fickers, Nachlass Heinz Warny, Meinungen…Standpunkte. Kritische Anmerkungen zu den Methoden einer Zeitung, Schreiben von Bruno Kartheuser an Heinrich Toussaint, 16.10.1972. Auch Alfons Thunus, den Heinrich Toussaint zwecks Möglichkeit der Publikation einer „freien Tribüne" im Grenz-Echo angeschrieben hatte, beschwerte sich am 17. Oktober 1972 über den Leserbrief von Toussaint vom 27. September und die Zensur bzw. Kürzung des daraufhin von Kartheuser eingesandten Leserbriefs: „Wissen Sie, dass Sie für die Undeutlichkeiten des in der ‚Rubrik' erschienenen Beitrags von Bruno Karthäuser [sic] verantwortlich sind? Ich nehme an, dass es eine heimtückische Ente war, die den Text entstellte. Warum wurde nicht in einer folgenden Ausgabe – vor den Leitartikeln – auf den unterlaufenen Fehler hingewiesen? Hinzu erlaube ich mir noch folgende Überlegung: Äußerungen wie ‚hysterisch' usw. sind Ausdrücke, die wir regelmäßig in Stellungnahmen der KP der UdSSR über oppositionelle Kräfte lesen! Fest bleibt meine Überzeugung, dass Sie in diesem Falle unbewusst einer von der CSP-Führung abgezielten Mundtot-Machen-Aktion zum Opfer gefallen sind. […] Für mich ist klar, dass die Entwicklung der Inlandspolitik mit sich bringen wird, dass der deutschen Volksgruppe Belgiens ein erneuter Wechsel des Vaterlandes (zur Wallonie?) nicht erspart wird, es sei denn …" Privatarchiv Andreas Fickers, Brief von Alfons Thunus an Heinrich Toussaint, Sankt Vith, 17.10.1972.

43 Zum „Fall Schröder" siehe Hubert Jenniges, Hinter ostbelgischen Kulissen. Stationen auf dem Weg zur Autonomie des deutschen Sprachgebiets in Belgien (1968-1972), Eupen 2001, S. 70 ff., sowie Fickers, Von der Polarisierung zur Meinungsvielfalt, in: Lejeune/Brüll (Hrsg.), Grenzerfahrungen, Bd. 5, S. 231; Vitus Sproten, Ostbelgien hört Ostbelgien. Der Belgische Hörfunk im Kontext der Debatten um die Kulturautonomie der Deutschsprachigen Belgier (1965-1974), Brüssel 2019 (Quellen und Forschungen zur Geschichte der deutschsprachigen Belgier 11), S. 131 ff.

44 Vgl. Mit Bestürzung, in: Grenz-Echo, 18.9.1984 (Veröffentlichung des Schreibens von Betsch an Heinrich Cremer).

45 Vgl. Gerard Cremer, Stein(s) des Anstoßes: BRF-Redakteur Martin Steins und Ratspräsident Manfred Betsch gerieten in die Schusslinie, in: Grenzland-Report, 28.9.1984, S. 7.

46 Martin Steins, „Ist der Rat denn ein Tribunal?". Martin Steins nimmt Stellung, in: Grenzland-Report, 12.10.1984, S. 12.

47 RDG, Sitzungsperiode 1987-1988, Nr. 2, Ausführlicher Bericht, 1.10.1987, S. 79 f.

48 Willy Timmermann, RDG-Diskussion: Kein Glanzlicht, in: Aachener Volkszeitung, 3.10.1987. Wörtlich heißt es dort: „Die gesamte Diskussion war ein Stück Debatte um die Vergangenheitsbewältigung."

49 Siehe hierzu exemplarisch Ute Daniel, Beziehungsgeschichten. Politik und Medien im 20. Jahrhundert, Hamburg 2018.

50 Nick Couldry, Andreas Hepp, The Mediated Construction of Reality, London 2016.

51 RDG, Sitzungsperiode 1997-1998, Bericht des Untersuchungsausschusses zur Hermann-Niermann-Stiftung, 16.9.1997, S. 305.

52 Ebd., S. 306.

53 Heinz Warny, Wo bleibt der Schlussstrich?, in: Grenz-Echo, 4.11.1993.

54 Siehe Archiv des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft, 132 (1989-1990), Nr. 1, Bericht der Exekutive zur „Affäre um die Hermann-Niermann-Stiftung", Eupen, 27.6.1990.

55 Siehe „Ich lehne es ab, mich dreist belügen zu lassen". Interview mit dem Eupener Autor und Journalisten Freddy Derwahl zu den jüngsten Ereignissen im Zusammenhang mit der Niermann-Stiftung, in: Report, September 1992, S. 19.

56 So etwa der Leitartikel „Die Zunge des Matrosen" im November-Heft 1992 des Krautgartens.

57 Ich lehne es ab, mich dreist belügen zu lassen, in: Report, September 1992, S. 19.

58 Heinz Warny, Wo bleibt der Schlussstrich?, in: Grenz-Echo, 4.11.1993.

59 Ebd.

60 Der Umrechnung wurde der Wechselkurs vom 1. Januar 1985 zugrunde gelegt, als 1 DM = 20 bfr war. Für den Zeitraum von 1978 bis 1986, für den keine exakten jährlichen Zahlen vorliegen, wurde das Mittel von 215.000 DM als Rechnungsgrundlage benutzt, da, laut Aussage des nordrhein-westfälischen Innenministers Schnoor gegenüber Ministerpräsident Maraite vom 15. April 1993 jährlich zwischen 130.000 und 300.000 DM nach Ostbelgien geflossen seien. Siehe RDG, Sitzungsperiode 1997-1998, Bericht des Untersuchungsausschusses zur Hermann-Niermann-Stiftung, 16.9.1997, S. 75. Details zu den Zuwendungen und Empfängern im Einzelnen finden sich im Bestand von Walther Janssen im Staatsarchiv (SAE 5-289) sowie auf der Webseite https://www.waltherjanssen.eu (13.4.2023). Zur Vorgeschichte der Zahlungen siehe Christoph Brüll, Vom Abklingen der Phantomschmerzen. Die Bundesrepublik und Eupen-Malmedy 1949-1985, in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins 119/120 (2017/2018), S. 353-384, hier S. 379-383, sowie das Kapitel „Distanz und Kontinuität" in der virtuellen Ausstellung „Zeitschichten": https://timestrata.be/de/perspectives/deutschland-und-die-forderung-der-deutschen-kultur-in-ostbelgien (27.4.2023).

61 Siehe Leserbrief von Willy Schaus, B.K. oder Purzelbaum(schläger), in: Grenz-Echo, 30.9.1994. Dort heißt es wörtlich: „Woher diese kolossale Kehrtwendung, woher dieser Purzelbaum, wieso hängt er sein Fähnchen in anderen Wind? Hat er gedacht, seine früheren Schreiben seien vergessen?".

62 Derwahl, Auf dem Marktplatz, S. 158. In einer Mail von Freddy Derwahl an Grenz-Echo-Chefredakteur Heinz Warny vom 13. Mai 2004 mokiert sich Derwahl darüber, dass sich Kartheuser öffentlich darüber ausgelassen hatte, ob die von Derwahl publizierte Papst-Biografie über Johannes XXIII. von der DG gefördert worden sei. „Ganz unter uns: zur Ironie der Geschichte gehört, dass ich den Vermerk ‚Mit Förderung der Gemeinschaftsregierung' ausdrücklich im Impressum des Buches habe einsetzen lassen, um die parteipolitisch motivierte Pingeligkeit unserer Regierenden fest zu halten. Dass ausgerechnet der seit zehn Jahren freigestellte und jährlich höchstens zwei Literaturhefte herausgebende Kartheuser, aus der bei ihm besonders ausgeprägten Gier und Missgunst darauf herein fällt und gleich offizielle Rechenschaft fordert, zählt zu den zahlreichen Treppenwitzen unseres ‚Kleingliedstaates'." Privatarchiv Andreas Fickers, Nachlass Heinz Warny, E-Mail von Freddy Derwahl an Heinz Warny, 13.5.2004.

63 Derwahl, Auf dem Marktplatz, S. 149.

64 Siehe Einleitung.

65 Siehe Kapitel „Vergangenheitsangst im Plenarsaal" von Christoph Brüll in diesem Band.

66 Frank Biess, Republik der Angst. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik, Bonn 2019, S. 26.

67 Am 7. Dezember 2020 wurde Kartheuser erneut wegen Verleumdung vom Gericht Erster Instanz in Eupen zur Zahlung von 1 Euro Schadensersatz an Paasch und zur Veröffentlichung des Urteils auf „Ostbelgien Direkt" verurteilt. Mit Datum vom 10. März 2022 hat die 5. Kammer des Appellationshofes das Urteil in Erster Instanz bestätigt. Siehe https://ostbelgiendirekt.be/streitfall-paasch-gegen-kartheuser-appellationshof-314951 (21.4.2023).

68 Zum grundlegenden Unterschied zwischen juristischer und historischer Aufarbeitung vergangener Ereignisse und deren differierenden epistemologischen Positionen im Sinne kritischer historischer Interpretation siehe Carlo Ginzburg, Le Juge et l'historien. Considérations en marge du procès Sofri, Paris 1997.

69 Siehe hierzu auch Christoph Brüll, Andreas Fickers, Zwischentöne. 100 Jahre Ostbelgien (1920-2020). 8 Radioessays, Eupen 2020, v. a. Episode 8: 100 Jahre umkämpfte Geschichte. Von Geschichtspolitik und Erinnerungskulturen, S. 125-139.





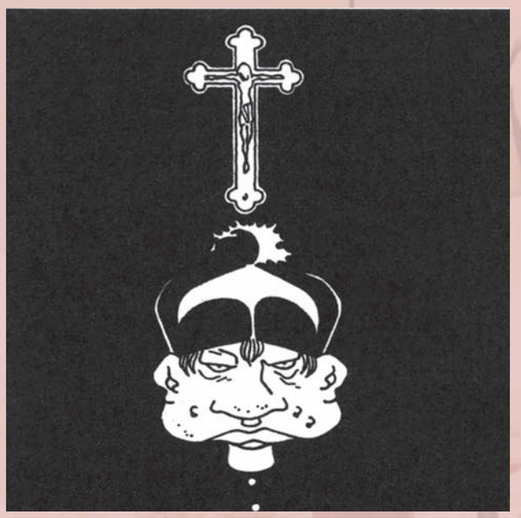


AUSEINANDERSETZUNGEN MIT GESCHICHTE UND IDENTITÄT IN DER LITERATUR OSTBELGIENS

VON DEN SCHATTEN DER VERGANGENHEIT ZU EINER OSTBELGITUDE

VON PHILIPPE BECK UND HUBERT ROLAND





Ab Ende des 20. Jahrhunderts hat eine Reihe von literarischen Publikationen in Europa intensive Debatten um die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ausgelöst, die zum Teil bis heute nachwirken. Wie sind die Autoren in Ostbelgien mit beschwiegenen Aspekten der Geschichte umgegangen? Welche Unsicherheiten, Ängste oder Tabus wurden angesprochen? Welche Auffassungen des gesellschaftlichen Engagements wurden vertreten? Inwiefern wird Ostbelgien als ein Raum grenzüberschreitender Kulturvermittlung dargestellt? Gibt es Merkmale einer besonderen Identität?

Mit einem wachsenden Bildungsstand und der allmählichen Föderalisierung des belgischen Staates entwickelten sich in Ostbelgien vermehrt literarische Tätigkeiten.[1] Im Eupener Raum entstanden Gruppeninitiativen, wo jüngere Schriftsteller ihre Kräfte in den Veröffentlichungen „In Eupen. Mappe I“ (1970), „es ist einmal“ (1976) und „wo wir uns trafen“ (1980) vereinten und damit einen literarischen Generationsbruch und innergesellschaftlichen Wandel zum Ausdruck brachten. Mit „obelit – die ostbelgischen literaturhefte“ (1976-1984) und „Krautgarten – Forum für junge Literatur“ (1982-2017) entstanden einflussreiche Literaturzeitschriften, die euregional und international vernetzt waren. Sie boten Autoren aus Ostbelgien, den Nachbarländern und selbst entfernteren Gegenden eine Bühne und förderten bisweilen Austausch und Debatten über gesellschaftlich relevante oder brisante Themen. Hierzu gehören u. a. die Thematik Krieg sowie die Auseinandersetzung mit der Geschichte.

Dieser Zeitraum ist nicht nur auf regionaler Ebene, sondern europaweit durch eine Intensivierung von Vernetzungen gekennzeichnet. Diesen Austauschen zufolge konnte Alfred Strasser 2007 konstitutive Grundzüge der ostbelgischen Gegenwartsliteratur ausmachen. Er begrüßte eine sehr lebhafte und abwechslungsreiche Lyrik

„[…] vom metrisch streng aufgebauten Heimatgedicht eines Emil Gennen über Gedichte in freien Rhythmen, Prosagedichte, Aphorismen, Haikus und lyrische Großformen wie bei Bruno Kartheuser, Leo Gillessen und Robert Schaus, bis hin zum radikalen lyrischen Sprachexperiment eines Ingo Jacobs“.[2]

In der erzählenden Gattung sind kurze Prosatexte (Guido Thomé, Dietmar Sous, Bruno Kartheuser, Gerhard Heuschen) zu erwähnen sowie Entwicklungsromane, Kriminalromane (Verena von Asten, Wilfried von Serényi, Stephan Haas, Peter Bochanan) und auch phantastische Literatur (Olivier Watroba). Signifikant für eine klare Hinwendung zu historischen Themen und zur Verarbeitung der traumatischen Kriegsvergangenheit ist die in Strassers „Anthologie ostbelgischer Gegenwartsliteratur“ vertretene „Kriegskorrespondenz“ von Gerhard Heuschen (1934-2010).

Kriegserfahrungen und Pazifismus

Traumatische Erlebnisse des Zweiten Weltkriegs wurden zum Teil schon unmittelbar nach den Ereignissen literarisch verarbeitet.[3] Doch nimmt das Motiv des Kriegs mit seiner konkreten Verankerung in der regionalen Landschaft vor allem ab den 1970er und 1980er Jahren einen bedeutenden Platz ein.[4] Als 1977 Alfred Anderschs literarische Verarbeitung der Ardennenoffensive „Winterspelt“ (1974) in der belgischen und deutschen Eifel verfilmt wurde,[5] erschien auch das thematische obelit-Heft 3 mit dem Titel „kriegsnarben aus 3 jahrhunderten“. Neben Auszügen aus Peter Schmitz' Roman „Golgatha“ (1937) und anderen Kriegstexten enthält es Emil Gennens (1932-2009) Gedicht „Märtyrerstadt St. Vith (26. Dezember 1944)“, in dem der Autor sich expressionistischer Schreibverfahren wie Sprachverknappung und anschaulicher Bildmetaphern bedient, um die Erinnerung an das traumatische Ereignis wiederzubeleben:

Gewaltige Detonationen.
Seismographische
Stöße
registrieren
Erdbeben
im wunden
Gehirn.
Flammenmeer.
Menschenfackeln aus Phosphor.
Staub, Schutt, Asche.
Schreie, die leise
verebben
auf dem
leeren Strand der
Erlösung.
Feldgraue Flecken auf
verharschtem
Schnee,
angstgekrümmt
und
blutverkrustet,
im Tode noch
mit
aufgesperrten Mündern
in
den Himmel
fluchend.
Berge von Leichen
in uneindringbare Schächte.
HUNDERTE VON TODEN:
Vielhundertmal höchstpersönlich,
vielhundertmal verschieden.
Vielhundertmal sinnlos.[6]

Sehr charakteristisch ist der Fokus auf den Krieg als Logik und Methode des Terrors („Tabula Rasa: Strategie der verbrannten Erde“) und, neben dem Hang zur symbolisch-metaphorischen Überhöhung, die Auflistung die Auflistung von anderen Märtyrerorten, die unabhängig von der Frage der Täter, der erwähnten Anschläge und Offensiven nivelliert werden („Danteske Visionen: / Der Tod von Guernica. / Stalingrad. / Warschau. / Dresden. / Monte Cassino. / Erst später die Höllen / von / Hiroshima / und / Nagasaki.“), sodass ein prinzipiell starkes pazifistisches Motto hervorgehoben wird, das der Friedensbewegung der Zwischenkriegszeit ein Echo verleiht: „Fazit: NIE WIEDER“.[7]

Das Kriegsgeschehen wurde ebenfalls in dem autobiografisch und esoterisch-religiös geprägten Roman der aus Hergenrath stammenden promovierten Naturwissenschaftlerin und langjährigen Studienrätin am Bad Driburger Klemensheim Leonie Wichert-Schmetz (1899-1988) „Galena – nicht wie alle anderen“ (1975) thematisiert. In dieser „parapsychologischen Geschichte“ – so der Untertitel – hat die Ende des 19. Jahrhunderts in der Nähe von Malmedy geborene Protagonistin Galena Zukunftsvisionen von katastrophalen Ereignissen, wozu auch die beiden Weltkriege gehören. So nimmt ab 1939 das „schreckliche Verhängnis“ seinen Gang:

„Der Einmarsch der deutschen Truppen in Belgien und Holland, […]. Und dann kam das Elend: die Vernichtung der Städte. Alles kam, wie Galena es gesehen hatte. Brandbomben fielen vom Himmel, zu vieren an Ballone gebunden, daß sie eine Strecke weit abtrieben und sich in den Großstädten zwischen den ‚Christbäumen‘, Leuchtzeichen in Form von Christbäumen, verbreiteten, die lange am Himmel leuchteten und die Objekte markierten, die zu vernichten waren. Die Bewohner der Städte ertrugen Unsagbares in ihren Bunkern und Kellern. Die Erde bebte und der Betonboden wellte sich wie Meereswogen durch den Druck der ungeheuren Sprengbomben. Manchmal drang die Hitze der Brände bis in die Keller und verkohlte alles, was darinnen war. In den Straßen weichte der Teer auf, und die aus den brennenden Kellern fliehenden Menschen blieben daran kleben.“[8]

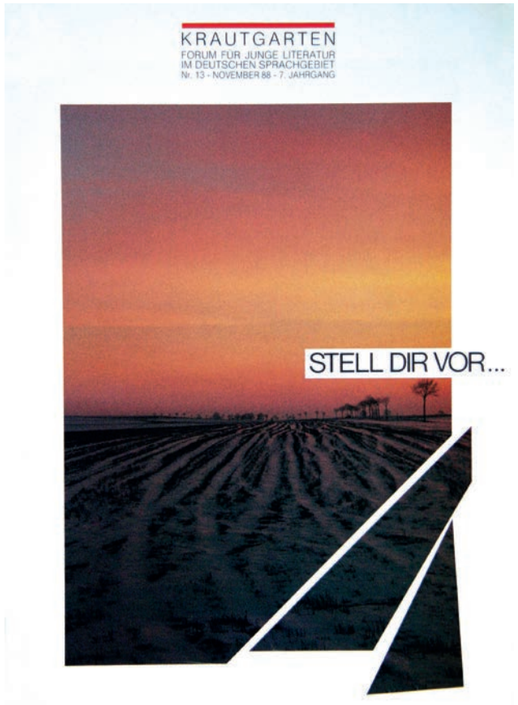
Galenas Sohn Karl kommt als belgischer Offizier im Zuge der Befreiung in der Normandie zum Einsatz und kehrt, wie die Mutter es vorhergesehen hatte, infolge eines Kopfdurchschusses erblindet heim. Im Fortlauf der Geschichte sieht sie ebenfalls die Teilung Deutschlands und den Kalten Krieg vorher.

In den 1980er Jahren fand in der Form von Betroffenheitsliteratur eine ausführliche Auseinandersetzung mit den Kriegserlebnissen statt. Unter Leitung des „Grenz-Echo“-Chefredakteurs Heinrich Toussaint (1922-2012) wurden in der Tagespresse zahlreiche Zeitzeugenberichte veröffentlicht, die anschließend gesammelt in Buchform erschienen.[9] Diese sowie das international angespannte Klima hatten direkte Auswirkungen auf die Literatur.



Der Roman „Galena“ von Leonie Wichert-Schmetz streift markante Ereignisse des 20. Jahrhunderts, wie die beiden Weltkriege, die besondere Situation der ostbelgischen „Zwangssoldaten“ und die Säuberung. Auch die Teilung Deutschlands und der Kalte Krieg werden erwähnt, womit stellenweise Sorgen um eine sichere und friedvolle Zukunft zum Ausdruck kommen.

So gipfelt die Auseinandersetzung mit der Kriegsthematik 1988 im thematischen Heft 13 des „Krautgartens“. Es beabsichtigte, Brücken zu schlagen zwischen dem prägenden Gedächtnis des Kriegs und der aktuellen Notwendigkeit eines pazifistischen Engagements auf internationaler Ebene. Als höchste Priorität wird hier ein unmittelbarer Bezug zur Gegenwart erklärt, eine Ethik der Verantwortung, die nicht nur dadurch motiviert ist, dass Krieg immer noch „eine unübersehbare Narbe im Gesicht Ostbelgiens“ bleibt, sondern auch wegen folgender „lähmende[r] Erkenntnis: Man war Zeuge – oder bedrückender noch – Mitwirkender einer Aufführung der Schande und Inhumanität gewesen“.[10]



Die Literaturzeitschrift „Krautgarten“ setzte sich für eine radikale Infragestellung der etablierten Werte ein und ließ sich von der modernen deutschen Literatur der Nachkriegszeit inspirieren, um auf die traditionsgebundene Heimatliteratur zu reagieren. Mit verschiedenen Nummern sprach sich die Redaktion gegen rechtsradikale Tendenzen aus und brachte damit stellenweise Angst vor einem weiteren globalen Krieg zum Ausdruck, wie in dieser thematischen Nummer aus dem Jahr 1988.

Auch ein Jahr vor dem Mauerfall und der damit einhergehenden Wende, von der 1988 noch nichts zu spüren war, herrschte in einer Epoche des Wettrüstens Angst vor einem Atomkrieg. Die hier geforderte Aufgabe der Trauerarbeit fungiert in diesem Zusammenhang als Aufruf zu einem globalen Engagement gegen alle Formen der Gewalt und der Ausbeutung:

„Das heißt von der Schande der Vergangenheit reden und zugleich in der Gegenwart das denunzieren, was den Keim der nächsten Kriege in sich birgt: das Hungernlassen, die Ausbeutung der demnächst Ersten Welt, die Gewalt gegen Natur und Schöpfung“[11]

– Befürchtungen, die auch schon Teil der Zukunftsvisionen von Wicherts Galena waren.

Bemerkenswert in der Komposition dieses thematischen Krautgarten-Hefts ist die Wechselbeziehung zwischen der Erinnerung an die Vergangenheit und dem internationalen Klima der Angst um eine friedliche Zukunft. Erneut wird das zerstörte Sankt Vith dargestellt, diesmal im Gedicht „Zwischen den Bombentrichtern“ von Robert Schaus (1939-2015). Doch wird es hier mit einem Auszug der Dankesrede des deutschen Schriftstellers Siegfried Lenz kombiniert, der im selben Jahr den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhalten hatte. Als Kernaussage von Lenz’ Plädoyer steht die Aufgabe eines dezidierten Widerstands gegen alle Machtinteressen, die den Frieden bedrohen.

Soziopolitisches Engagement im Theater

Ein starkes politisches Bewusstsein dieser Art liegt ebenso dem 1979 gegründeten Agora-Theater aus Sankt Vith zugrunde. Sein langjähriger künstlerischer Leiter Marcel Cremer (1955-2009) hatte sich der Tradition des gesellschaftlichen Engagements des neueren deutschen Theaters seiner Zeit angeschlossen. In seiner Essaysammlung „Der unsichtbare Zuschauer“ (2006) legt Cremer leitmotivisch das gespaltene historische Bewusstsein seiner Region, insbesondere in seiner eigenen Familie, als Triebfeder seiner Arbeit dar. Er bezieht dies explizit auf die Spuren einer Vergangenheit, die sich nicht an eine traditionelle, von nationalen Mustern geprägte Geschichtsauffassung anpassen lässt. So hebt er in „Waffenstillstand“ den kuriosen Charakter einer Gedenkzeremonie an den 11. November auf dem Friedhof von Crombach hervor, wo Cremers Großvater



Soziopolitisches Engagement, kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte und das Brechen von Tabus sind programmatische Elemente der Arbeit des Agora-Theaters. Das auf Deutsch und Französisch aufgeführte Stück „Die Kreuzritter“ steht darüber hinaus für überregionale Kulturvermittlung.

und dessen ehemalige Kameraden zum Kriegerdenkmal am Ende des Friedhofs ziehen. Ironischerweise hat dieses Denkmal seit einem Erdbeben „einen tiefen Riss, der an manchen Stellen quer durch die Namen der Gefallenen geht“. Während der Bürgermeister mit schwarz-gelb-roter Schärpe eine Rede „auf die Freiheit und das neue Vaterland“ hält, sind „die alten Krieger“ ohne Auszeichnungen anwesend, „weil sie in den beiden Weltkriegen für das falsche Vaterland gekämpft haben“.[12]

Das Programm von Agora folgt einer resolut pazifistischen Einstellung, die zum Beispiel in der Darstellung der von Nationalismen und Machtinteressen auferlegten Kriegsleiden Form annimmt. Aussagekräftige Beispiele hierfür sind das sowohl auf Deutsch als auch auf Französisch aufgeführte „tragisch-komische“ Theaterstück „Die Kreuzritter / Les croisés“ (2005), „eine Stellungnahme zu den Kreuzzügen der Gegenwart“,[13] oder die 2014 uraufgeführte szenische Lesung „Die lebendigen Toten / Les morts vivants“, die Gedichte von deutschen und französischen Kriegspoeten des Ersten Weltkriegs beinhaltete.[14] Diese Veranstaltung entstand als Projekt des Deutsch-Französischen Kulturfonds unter der Regie von Kurt Pothen. Die Gedichte wurden abwechselnd in deutscher und französischer Sprache vorgelesen. Aus dem Vorstellungstext geht deutlich die internationalistische und pädagogische Absicht des Projekts hervor:

„60 Millionen Soldaten haben am 1. Weltkrieg 1914-1918 teilgenommen. 9 Millionen Tote, 8 Millionen Invalide, 20 Millionen Verletzte. Völkermorde, geplante Deportationen, verübte Kriegsgräuel an der Zivilbevölkerung. Viele in den Schützengräben entstandene Gedichte zeugen davon. […] In dieser szenischen Lesung finden die Schriftsteller eine Stimme, nicht alleine um Vergangenes in Erinnerung zu rufen, sondern auch um uns und unser Handeln zu Beginn des dritten Jahrtausends in Frage zu stellen.“[15]

Geschichte im Spiegel der Literatur

In den letzten Jahren des 20. Jahrhunderts wurde die Thematik der Auseinandersetzung mit der Kriegsvergangenheit in der Literatur deutscher Sprache aus neuer Perspektive wieder aufgegriffen. In der resoluten Form des Tabubruchs wollte W. G. Sebald in seinem Essay „Luftkrieg und Literatur“ (1999) an die massive Zerstörung deutscher Städte durch alliierte Bomber im Zweiten Weltkrieg erinnern, was in der deutschen Öffentlichkeit zu intensiven Debatten führte.

Im Vordergrund dieser Diskussionen stand Sebalds im Nachhinein umstrittene These, dass dieses Trauma unmittelbar nach Kriegsende „im Bewusstsein der neu sich formierenden Nation keinen Platz gefunden“ habe.[16] Zwar habe es eine sogenannte Trümmerliteratur gegeben, die wollte Sebald aber polemisch als Ausdrucksweise einer „individuellen und kollektiven Amnesie“ betrachten, ein *„von vorbewussten Prozessen der Selbstzensur gesteuertes Instrument zur Verschleierung einer auf keinen Begriff mehr zu bringenden Welt“.*[17] Eine wahre Vergangenheitsbewältigung habe also nicht stattgefunden.

Es ist kaum zu bezweifeln, dass das erneut entfachte Interesse an dieser Thematik, u. a. über die Rezeption von Sebalds Essay, auch auf größtes Interesse im literarischen Feld Ostbelgiens gestoßen ist. Die Debatten mögen sogar – mit der wachsenden historiografischen Produktion – seitens der entsprechenden Generation der Kriegs- und Nachkriegskinder eine maßgebende Anregung für die nach 2000 entstandene Welle der autobiografisch geprägten historischen Entwicklungsromane gewesen sein. Diese sind oft eine Mischung aus faktischer und erinnerter Geschichte in einem fiktiven Rahmen. Damit tragen sie zur Vermittlung von Geschichte bei und werden manchmal von den Autoren selbst als Geschichtsschreibung mit fiktiven Hilfsmitteln verstanden. Das geht z. B. aus einem Zeitzeugeninterview hervor, das Historiker Carlo Lejeune 2016 mit Freddy Derwahl (geb. 1946) führte und wonach das Kapitel „Eine Affäre“ im Roman „Bosch in Belgien“ (2006) Derwahls letzte Stellungnahme zur Niermann-Affäre darstellt.[18] Und auch die Erklärungen, die Literaturliste und die Quellenangaben am Ende von Marcel Bauers (geb. 1946) Roman „Schattenkinder. Eine Kindheit im Krieg“ (2020) weisen auf eine solche historiografische Dimension der Literatur hin.[19]



Eine für das kleine Gebiet beachtliche Anzahl an historischen Romanen setzt sich v. a. seit der Jahrtausendwende intensiv mit brisanten oder beschwiegenen Aspekten der regionalen Geschichte auseinander.

So kann eine für die kleine Region beachtliche Anzahl von Romanen zum Teil als literarische Chronik der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Ostbelgien verstanden werden, wie z. B. „Wege aus Sümpfen. Roman einer Grenzlandschaft“ (Teil I: „Eine Jugend auf dem Königshof“, 2001; Teil II: „bRÜCKenSCHLÄGE“, 2006) von Leo Wintgens (geb. 1938), „Bosch in Belgien“ von Freddy Derwahl oder „Unterwegs zu Melusine“ (2006) und „Begegnung mit Melusine“ (2007) von Hannes Anderer (Pseudonym von Jean Firges, 1934-2014). Auch die Ereignisse der Romane von Maryanne Becker (geb. 1952), wie z. B. „Grenzlandfrau“ (2010), „Die Flickschneiderin“ (2012) oder „Lea Rose, die Tochter der Flickschneiderin“ (2020), haben direkte Bezüge zu Ostbelgien und den beiden Weltkriegen, während in Marcel Bauers „Schattenkinder“ ausgehend von Quellenmaterial die Rettung tausender jüdischer Kinder im besetzten Belgien sowie die Ardennenoffensive nachgezeichnet werden. Aus der subjektiven Perspektive ihrer Protagonisten führen die Autoren den Leser durch verschiedene Kapitel der Geschichte Ostbelgiens und vertiefen dabei gewollt von der Historiografie unterbeleuchtete, vergessene oder beschwiegene Ereignisse oder Anekdoten.

Leonie Wichert hob schon 1975 in „Galena“ hervor, dass viele in die Wehrmacht eingezogene ostbelgische Soldaten nach ihrer Befreiung aus alliierten Gefangenenlagern in Belgien erneut eingesperrt wurden. Kurz nach Kriegsende beraten sich Frau Breuer und Frau Deseburg, auf welchem Gebiet sie als Wohlhabende der Bevölkerung helfen könnten:

„Von Bekannten hörten sie, daß die jungen deutschsprachigen Belgier, auch wenn sie nicht freiwillig deutsche Soldaten geworden waren, als Vaterlandsverräter eingesperrt werden, sobald sie aus den Lägern [sic] entlassen werden und in die Heimat zurückkehren. Hier sehen sie eine wichtige Aufgabe und setzen sich aufklärend für ein besseres Verständnis für die Unglücklichen ein, von denen die Mehrzahl die Last und den Zeitverlust gegen ihren Willen und gegen ihre Überzeugung hatten auf sich nehmen müssen.“[20]

Der Roman erschien signifikanterweise, ein Jahr nachdem die Situation der betroffenen „Zwangssoldaten“ endlich gesetzlich geregelt worden war.

In der Geschichtsschreibung ist man sich mittlerweile einig, dass es unter den Soldaten sowie auch in der Bevölkerung Opfer und Täter gegeben hat, doch dass ein Großteil eine vorsichtig-abwartende Haltung einnahm und sich gegebenenfalls den Umständen anpasste.[21] Dies geht beispielsweise mit leicht ironischem Ton aus dem Verhalten der jungen Protagonisten in „Wege aus Sümpfen“ hervor, als sie sich auf die Befreiungsfeier vorbereiten:

„Pééke half Karl beim Schmücken seines Fahrrads. Das ging ziemlich schnell vonstatten, denn das eine Rad stand noch vom letzten HJ-Umzug fast voll gerüstet im Schuppen. So brauchte stellenweise nur der alte weiße Mittelstreifen durch den neuen gelben ersetzt zu werden und schon war die belgische Trikolore komplett!“[22]

In manchen Werken, wie in Maryanne Beckers Roman „Grenzlandfrau“ oder im Theaterstück „Le carnaval des ombres“ (2012) von Serge Demoulin (geb. 1966), wird aber auch die Frage nach einer Teilnahme ostbelgischer Soldaten an Kriegsverbrechen der Wehrmacht an der Ostfront aufgeworfen. In „Grenzlandfrau“ geschieht dies durch den erschütternden Bericht eines heimkehrenden Deserteurs:

„Ich habe gesehen, wie die SS, aber auch Wehrmachtsangehörige Häuser in Brand gesetzt, Frauen vergewaltigt und Kinder erschossen haben. […] Juden haben sie aus den Dörfern zusammengetrieben, sie gezwungen, ihr eigenes Grab zu schaufeln, und dann mussten wir uns in eine Reihe stellen und schießen.“[23]

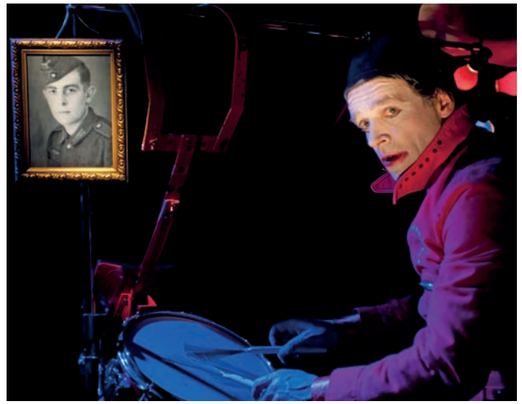
Bildgewaltig dargestellt wird der Krieg in den grafischen Romanen des in Sourbrodt geborenen Didier Comès (1942-2013), dessen Familienleben durch das historische Geschehen geprägt wurde, wie er 2012 in einem Interview mit der Tageszeitung „Le Soir“ erklärte:

„Je suis né en 1943 [sic] dans la partie de la Belgique annexée par les Allemands. Toute mon enfance, je n’ai entendu parler que de guerre. Mon propre père avait été réquisitionné en 1942 pour rejoindre les rangs de l’armée allemande. On m’avait prénommé Dieter car il fallait porter un prénom allemand. Après la Libération, mon institutrice a transformé tous les prénoms de la classe et je suis devenu Didier. Là où je suis né, le sujet reste tabou. Les gens sont toujours en quête d’identité. Pour ma part, je suis devenu farouchement antimilitariste et antifasciste et ça transparaît dans mes albums.“[24]

Von klein auf mit wechselnden Grenzen und Loyalitätskonflikten konfrontiert, bezeichnete Comès sich selbst gern scherzhaft als *bâtard alsacien*, der an der Grenze zweier Kulturen aufwuchs.[25] In ähnlicher Gesinnung glaubt Derwahls Protagonist Albert Bosch zu wissen, dass König Baudouin 1956 bei seinem ersten Besuch in Eupen, *„seine deutschsprachigen Landsleute […] nicht mochte […]. Sie waren seine kleinen nationalen Bastarde, seine unerwünschten und aufdringlichen Ausnahmebelgier“.*[26]

Der Krieg wird bei Comès oft mit phantastischen Elementen kombiniert.[27] So spielt „L’ombre du corbeau“ (1976-1977) in einem Niemandsland in den Ardennen, wo sich 1914-1918 deutsche und französische Soldaten gegenüber-

stehen. Eine Detonation entsendet den jungen deutschen Soldaten Goetz von Berlichingen in ein von der antiken Mythologie inspiriertes Reich zwischen den Toten und den Lebenden. In „Dix de Der“ (2006) sitzen amerikanische Soldaten im Winter 1944 im Zuge der letzten deutschen Offensive in den verschneiten Ardennen fest. Erneut ist es ein junger Soldat, der ein übernatürliches Erlebnis hat. In einem Granattrichter macht er Bekanntschaft mit drei Geistern: einem belgischen Zivilisten und einem deutschen Soldaten, die im Ersten Weltkrieg durch dieselbe Granate umkamen, sowie einem in der Zwischenkriegszeit verstorbenen antiklerikalen Primarschullehrer. Die neuen Freunde helfen ihm, den feindlichen Bomben zu entkommen, doch letztendlich wird er von einem amerikanischen Geschoss getroffen und damit zum vierten Mann, den die drei für ihre Kartenpartie benötigen.



Das Theaterstück „Le carnaval des ombres“ konfrontierte ein französischsprachiges Publikum zum ersten Mal mit der Thematik der ostbelgischen Wehrmachtsoldaten.



Dem 1942 geborenen Autor Didier Comès wurde das Thema „Krieg“ praktisch mit in die Wiege gelegt. Sein letztes Werk „Dix de Der“ spielt zur Zeit der Ardennenoffensive und steht repräsentativ für den Pazifismus in der ostbelgischen Literatur.

Geister der Vergangenheit, die die Gegenwart stören, haben in Theater, Literatur und Film eine lange Tradition. Oft ermöglichen die Wiederkehrer, Unbewusstes oder Verdrängtes zutage zu fördern, indem sich unterschiedliche Erinnerungen vermischen und bisweilen phantastische Züge annehmen. So auch in dem über mehrere Jahre hinweg oft und vielerorts aufgeführten Solostück „Le carnaval des ombres“ von Serge Demoulin, der hier in die Rolle seines fiktionalisierten jüngeren Ichs schlüpft.[28] Thekengespräche mit Studienkameraden werfen beim Studenten Serge zahlreiche Fragen auf. In einer Schlüsselszene trifft er den Geist seines Onkels Charles bzw. Karl, der als deutscher Soldat zuletzt in die Ukraine entsandt wurde und nie heimgekehrt ist. Dieser erklärt ihm, dass er nach dem letzten Heimaturlaub dem Stellungsbefehl folgte, weil er Repressalien gegen die Familie befürchtete. Doch auf diese Vision folgt ein Alptraum, in dem sich nun Klaus Barbie an den als Onkel Karl in Wehrmachtsuniform verkleideten Serge (wir sind im Karneval) richtet:

„Tu as été un bon soldat, Karl. C'est une chance que j'aie pu admirer tes hauts faits d'armes sur le Front de l'Est. Si tu avais vécu, tu serais devenu un chef. Je t'aime comme un fils, Karl.“[29]

Auf diese Weise wird auch hier auf die heikle Problematik der Kriegsverbrechen der Wehrmacht angespielt.

Bruch mit dem ländlichen und erzkatholischen Milieu

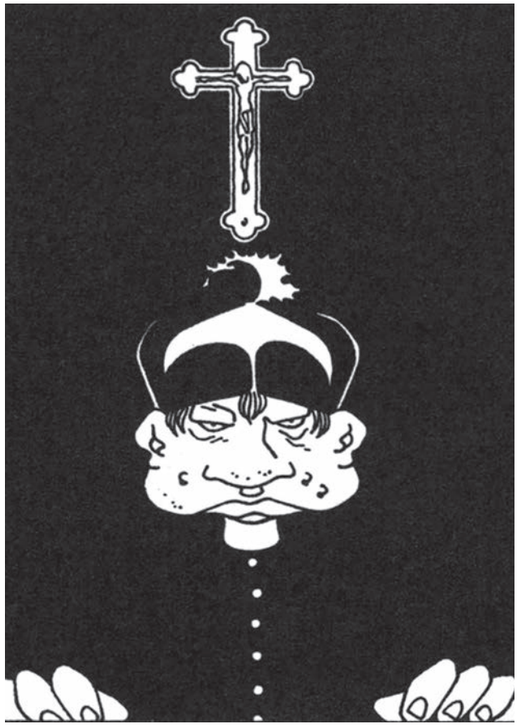
Während Leonie Wichert in „Galena“ noch einen starken Gottesglauben an den Tag legt sowie das Schwinden von Brauchtum und Tradition und den drohenden Verfall der bürgerlichen Werte bemängelt, Freddy Derwahl seinerseits sich mitl sich mit verschiedenen Publikationen offen zum katholischen Glauben bekennt, gehen andere Autoren mit dem erzkatholischen Milieu ins Gericht. Im Einklang mit der Logik des Entwicklungsromans wollen die Protagonisten von „Wege aus Sümpfen“ (Teil I) und „Unterwegs zu Melusine“ die ländliche Enge ihrer Heimat hinter sich lassen. Letzterer kann sogar als Anti-Heimatroman bezeichnet werden, ein Genre, das sich in Österreich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts etablierte.[30]

Signalisiert wird die „Rebellion“ des jungen Jean-Pierre in „Unterwegs zu Melusine“ durch abwertende Betrachtungen der Mundart, der konservativen Schule und der Gottesfürchtigkeit der Menschen auf dem Land. Mit folgender Anweisung der Mutter an ihre Tochter Lisa kurz nach der Geburt ihres Sohnes 1934 in Sankt Vith will der Autor Einblick geben in das damalige problematische Verhältnis von Mensch und Religion:

„Durch den Akt der Zeugung und die Schwangerschaft wirst du unrein. Der Priester reinigt dich mit seinen Gebeten und seinem Segen von dieser Befleckung.“[31]

Verkörpert wird die religiöse Autorität durch Nonnen, Priester oder Lehrer. Dabei wird auch das Verhältnis zwischen Religion und Sexualität thematisiert und auf pädophile Tendenzen angespielt. Das sind Themen, die erst im auslaufenden 20. Jahrhundert allmählich in Gesellschaft und Literatur Platz finden. „Prosper konfrontierte uns ständig mit dem Geist der Unkeuschheit, unterließ es aber[,] uns über Sexualität aufzuklären“,[32] bemerkt Jean-Pierre über seinen Religionslehrer, der in den Vorstellungen des Jungen pädophile Neigungen hat. Allgemein werden in diesen rückblickenden Erzählungen die autoritären Erziehungspraktiken im Internat bloßgestellt.[33]

In Comès' grafischem Roman „La Belette“ (1981-1982) entgegnet die hochschwangere Anne dem aufdringlichen Dorfpriester Schonbroodt,[34] dass sie ihr Kind nicht taufen lassen werde:



In dem graphischen Roman „La Belette“ von Comès bricht die Protagonistin mit den traditionellen Werten der ländlichen Gegend und bietet dem traditionalistischen Priester Schonbroodt die Stirn.

„Je ne veux pas lui imposer une religion dont les dogmes et la pratique peuvent déterminer toute une éthique de vie… Je préfère lui laisser la possibilité de faire ce choix lui-même en toute conscience, plus tard!“[35]

Hinzu kommt, dass sie sich heidnischen Riten verschrieben hat. Schließlich ist der Priester dermaßen von seiner rigiden Glaubensauffassung besessen, dass er „im Namen Gottes“ zum mehrfachen Mörder wird.

Doch nicht nur gegen die Kirche lehnt Anne sich auf. Sie trennt sich auch von ihrem karriereorientierten Mann und bleibt als alleinerziehende Mutter im fiktiven Ardennendorf Amercœur wohnen. Solche Darstellungen waren zum Zeitpunkt der Publikation beachtenswerte Tabubrüche für einen ostbelgischen Autor.

Ostbelgien-Bilder: Unbekannte Vermittler aus dem „Zwischenland"

Identitätsfragen in der Literatur Ostbelgiens haben – nach ersten Forschungsansätzen der Philologen Leo Wintgens und Ernst Leonardy[36] – in den letzten Jahren ein breiteres Interesse in der Literaturwissenschaft erweckt, wo sich die Auseinandersetzung mit dieser Literatur deutlich intensiviert hat und u. a. die Vermittlerrolle des „Zwischenlands" mehrfach hervorgehoben wurde.[37] Auch die Geschichtsschreibung versteht Grenzregionen als besondere „Erfahrungsräume" bzw. als „Zwischenräume", die im Laufe der Zeit eigene kulturelle und politische Dynamiken entwickeln.[38] Damit verändert sich die Perspektive auf zuvor oft als Peripherie wahrgenommene Regionen grundlegend.

Das Bild von Eupen-Malmedy-Sankt Vith als kulturellem „Zwischenland" bzw. als „Zwischenraum" mit einer Brückenfunktion und die Auffassung eines dynamischen Heimatbegriffs waren allerdings schon bei Paul Gérardy (1870-1933) und bei Peter Schmitz (1887-1938) vorzufinden. 1973 wurde es schließlich von Leo Wintgens in seinem Gedicht „land ohne grenzen / pays sans frontières / land zonder grenzen" sowie in weiteren Publikationen aufgegriffen.[39] Auch der „Krautgarten" ist stets in dieser kulturvermittelnden Gesinnung aktiv gewesen. Nach der Jahrtausendwende findet dieses Ostbelgien-Bild in den oben erwähnten historischen Romanen, die der ereignisreichen Geschichte der Region, den teils traumatischen Erlebnissen und den Loyalitätskonflikten der Bevölkerung eine epische Erzählform gegeben haben, eine breitere Verwendung und wird hinsichtlich einer starken Identifikation mit der proklamierten Berufung einer offenen und mehrsprachigen ostbelgischen Region resolut positiv gedeutet.

So erklärt Bernd Willems seinem Freund Albert in „Bosch in Belgien", wie er sich die „Aufgabe" der Ostbelgier vorstellt: „endlich zusammenführen, vereinen. Hinüberspringen und überbrücken."[40] Für Albert bleibt seine Heimat am Ende allerdings „ein Niemandsland mitten in Europa".[41] Freddy Derwahl taufte seinen Protagonisten bewusst Albert Bosch, um damit sowie mit dem Romantitel auf das französische Schimpfwort *boche* anzuspielen. Hier wird das Motiv von Ostbelgien als schwer definierbarem Grenzland, als „Ländchen der Vaterlandslosen und Unbürgerlichen"[42], das Albert als „verdammten, gottverlassenen Landstrich zwischen den trügerischen Grenzen"[43] bezeichnet, zuerst negativ gewertet, anschließend aber bezeichnenderweise umgedeutet.

Auch der jüngere (1969 geborene) Schriftsteller Ingo Jacobs bekennt sich in seinem erstmals 2008 in der leitenden flämischen Tageszeitung „De Standaard" veröffentlichten Text „Dreiländereck" zum Begriff einer entschlossenen transnationalen Grenzzone:

„Das ist das Dreiländereck, sagt meine Mutter, hier berühren sich Belgien, Luxemburg und Deutschland. Länder können sich berühren? Das ist ein schöner Ort, dachte ich und lachte."[44]

Interessanterweise lässt sich das ältere Bild von Belgien als *terre-d'entre-deux* im Herzen Europas auch auf Ostbelgien anwenden. Schon im 19. Jahrhundert stellte man sich in Belgien Fragen zur eigenen kulturellen Identität, weil das Land nicht den gängigen Vorstellungen eines traditionellen Nationalstaates entsprach. Mit dem Selbstbild der *terre-d'entre-deux* suchte Edmond Picard in seinem Aufsatz „L'âme belge" (1897) die Legitimität des belgischen Staates durch eine eigene kulturelle Identität zu begründen.[45] Auch hier ging es um eine Dreieckkonstellation, die das charakteristische Merkmal der sogenannten belgischen Seele reflektieren sollte,

„[…] ce phénomène de persistance qui, depuis les plus profonds lointains historiques, s'affirme sur ce territoire spécial, sur ce triangle géographique formant carrefour entre trois nations typiques parmi toutes : la France, l'Allemagne, l'Angleterre".[46]

Vor dem Ersten Weltkrieg verkörperte ein namhafter Schriftsteller wie Maurice Maeterlinck, der Werke von Novalis oder Shakespeare ins Französische übersetzte und in seinen Theaterstücken die Vorstellungswelt der deutschen Romantik inszenierte, diese Aufgabe der Kulturvermittlung und die Drehscheibenfunktion des belgischen *entre-deux*. Im Nachhinein könnte man hierzu das zweisprachige Werk (Deutsch/Französisch) des in Maldingen geborenen Paul Gérardy – ein „ostbelgischer" Dichter *avant la lettre* – zählen, der sowohl in Lütticher literarischen Gruppen als auch im Kreis um Stefan George völlig integriert war.[47] In der angespannten Zwischenkriegszeit war es Peter Schmitz, Autor des Kriegsromans „Golgatha" (1937), der seiner Heimat explizit eine Brückenfunktion zur Verständigung zwischen den Kulturen und Ländern zusprach.[48]

Demnach ist es nicht verwunderlich, dass Leo Wintgens Gedichte von Gérardy übersetzte und dieses Ideal der Kulturvermittlung konsequent und exemplarisch weiterführen wollte. Als Übersetzer von Heinrich Heine und Erich Fried ins Französische und von Guillaume Apollinaire ins Deutsche möchte Wintgens die Tradition der Dichter und Denker diesseits und jenseits des Rheins weiterführen und vermitteln.

In diesem Sinne war auch der Germanist und Romanist Jean Firges (Hannes Anderer) aktiv, der über die Lyrik Paul Celans promovierte und Arbeiten zur französischen und deutschen Literatur veröffentlichte.[49] Seine Romane enthalten zahlreiche Verweise auf Klassiker der französischen Literatur. Diderots Roman „Jacques le Fataliste et son maître" (1778-1780) zum Beispiel lieferte das Vorbild für die Überlegungen des Erzählers in „Unterwegs zu Melusine",[50] und der Protagonist teilt mit einem Kameraden die Vorliebe für Hölderlin, Novalis, Rilke, Kafka, Pascal, Péguy, Montaigne und Rimbaud.[51]

Ein weiterer Schwerpunkt von Wintgens' Tätigkeit ist die Übersetzung von französischsprachigen belgischen Schriftstellerdichtern aus der Nachkriegszeit, wie Henri Pousseur, Maurice Carême, Achille Chavée oder Jacques Crickillon. Zu dieser gehört ebenso eine zweisprachige Ausgabe des Dachau-Gedichtzyklus „Remember (Si lourd de sang – Mit Blut durchtränkt)" des belgischen Dichters Arthur Haulot (1913-2005), der nach seiner Verhaftung durch die Gestapo 1941 vier Jahre in den Konzentrationslagern Mauthausen und Dachau verbrachte,[52] womit das volle Bewusstsein des Holocausts-Gedenkens in den Vordergrund tritt.

Eine Ostbelgitude

Deutliche identitätsbildende Diskurse hatten in den anderen Sprachgemeinschaften Belgiens nach dem Zweiten Weltkrieg mehr als hundert Jahre Tradition. Einerseits hielt zwar die durch die gemeinsamen Erfahrungen des Ersten Weltkriegs entfesselte Intensität des belgischen Patriotismus noch an, doch andererseits gab es spätestens seit dem Ende des 19. Jahrhunderts Modelle des flämischen Nationalismus und des wallonischen Regionalismus, die sich mit der belgischen Zugehörigkeit mehr oder weniger (in)kompatibel erklären wollten. Zumindest standen positive Identifikationsmodelle zur Verfügung, auch wenn die Debatte um die Kollaborationsfrage in Flandern Verunsicherungen in dieser Hinsicht mit sich brachte,[53] während das kollektive Identitätsgefühl in Ostbelgien seit jeher mit großen Unsicherheiten verbunden war.

Die historischen Erfahrungen mit den benachbarten Regionen führten vornehmlich zu ausschließenden Aussagen, dass man nicht Deutscher oder nicht Wallone sei, und warfen damit einhergehend wiederkehrende Identitätsfragen auf. In der Missionsschule in Flandern mit der Frage konfrontiert, ob er sich eher als Deutscher oder Belgier fühle, antwortet Jean-Pierre in „Unterwegs zu Melusine" ausweichend: „Ich habe mir die Frage so noch nicht gestellt".[54] Und im Zuge der Debatten um die Kulturautonomie Ostbelgiens, die Albert Bosch mitverfolgt, stellt er sich die Frage: „Wer sind wir eigentlich? Wohin gehören wir?"[55]

Solche Unsicherheitsgefühle entsprechen dem vom Schriftsteller Pierre Mertens (geb. 1939) in seinem Essay „Une autre Belgique" (1976) entworfenen Konzept der *Belgitude*, das im französischsprachigen Belgien (insbesondere in Brüsseler Kreisen) ein Unbehagen bezüglich der eigenen Identität zum Ausdruck brachte.[56] Anhand der Metapher eines allein auf der Abwesenheit von nationalen Grundmerkmalen beruhenden *pays en creux* entstand aber im Nachhinein ein kollektives literarisch-intellektuelles Programm, das danach strebte, die eigene Randposition gegenüber dem leitenden französischen Modell sowie den regionalistischen Mustern in Flandern und der Wallonie positiv zu verorten.[57]

Kennzeichnende Bekenntnisse zur *Belgitude* sind Erzählungen in Zusammenhang mit dem Königshaus, wenngleich diese oft persiflierend sind (wie im ersten Kapitel von „Bosch in Belgien", das den unsicheren Auftritt des jungen Königs Baudouin 1956 in Eupen inszeniert), sowie das Hochhalten belgischer Radsportlegenden, allen voran Eddy Merckx.

So wie die *Belgitude* auch in Flandern auf Resonanz gestoßen ist,[58] kann man in der ostbelgischen Gegenwartsliteratur eine vergleichbare Logik, eine *Ostbelgitude*, mit einem systematischen Gebrauch von (Selbst-)Ironie feststellen. Dementsprechend bedeutet beispielsweise für Derwahls Protagonisten Heimat nichts Nationales:

Nach „langjährige[n] Erfahrungen von Grenzen und Heimatlosigkeit“ sowie Überlegungen zu Identität und Geschichte kommt Albert zu der Erkenntnis, dass „Heimat nicht nur etwas Geographisches war“.[59] Vielmehr wird sie für ihn schlussendlich durch die von Kirmes zu Kirmes ziehende Frittenverkäuferin Jeanne verkörpert, in die er sich verliebt.[60] Auch Marcel Cremer hat eine unkonventionelle und offene Auffassung von Heimat. Diese ist nicht an einen Ort gebunden, sondern an einen „Augenblick, in dem sich Vergangenheit und Zukunft treffen“. Sie sei nur „über Heimatlosigkeit zu erfahren“.[61] Bruno Kartheuser seinerseits verwirft mit kritischem Blick explizit einen romantischen Heimatbegriff in „Omnia mea. ‚Heimat‘ – Prüfung eines verrufenen Begriffs“.[62] Das positive Bild eines multikulturellen und zugleich einheitlichen Belgiens kann ebenfalls als Ausdruck dieser *Ostbelgitude* in der Literatur betrachtet werden. In Stefan Haas‘ Krimi „Belgische Schatten“ (2023) wird es durch das Projekt eines Wasserspiels mit drei Strahlen verbildlicht, das die drei Sprachgruppen des Landes symbolisieren soll.

Die Hauptfiguren der Erzählungen werden immer wieder mit der Unwissenheit anderer über die bewegte Geschichte Ostbelgiens und die Existenz deutschsprachiger Belgier konfrontiert. Oft werden diese im Inland einfach mit einem Schimpfwort für „die Deutschen“ aus Kriegszeiten apostrophiert: Albert Bosch erhält von einem Freund den Spitznamen „Mon petit Fritz“, wird auf dem Fußballfeld und in der Militärkaserne als „boche“ oder als „le petit flamin“ betitelt.[63] Ähnlich ergeht es Serge in „Le carnaval des ombres“, der seinem Kommilitonen entrüstet entgegnet:

„C’est comme ça que tu me vois, alors ? Tu nous mets tous dans le même sac ? Cantons de l’Est égale Allemand, tous les Allemands sont des Boches, on était des nazis et moi je suis un Schleu rédimé, c’est ça ?“[64]

Diese Unsicherheit bewegt die Protagonisten zur Auseinandersetzung mit der Geschichte und wirft Fragen über ihre kulturelle Identität auf. In diesem Kontext bekennen sie sich, wenngleich auch mit kritischer Haltung, zum belgischen Staat sowie zur hybriden belgischen Kultur, zur *Belgitude*. Mehrere ostbelgische Autoren liefern – ähnlich wie Pierre Mertens es aus nationaler Perspektive in seinem Roman „Une Paix Royale“ (1995) getan hat – anhand einer Mischung aus Geschichte und Fiktion neue Erzählungen oder beleuchten weniger bekannte Aspekte der jüngeren Geschichte Ostbelgiens. Die Literatur übernimmt hier in gewisser Weise die Rolle einer Ergänzung zur Geschichtsschreibung.[65]

Allgemein wird Ostbelgien in der zeitgenössischen Literatur – wie auch in der Historiografie und der Literaturgeschichtsschreibung – als ein transkultureller Zwischenraum dargestellt, ein Merkmal, das mittlerweile als kennzeichnend für Grenzregionen erkannt wurde.[66]

Schlussbetrachtungen und Ausblick

Beide in diesem Kapitel behandelten Grundmerkmale der kulturellen und literarischen Produktionen der fünf letzten Jahrzehnte – die Speicherrolle des kulturellen und politischen Gedächtnisses einerseits und die transkulturelle, grenzüberschreitende Drehscheibenfunktion andererseits – haben auch ihre Rezeption *intra* und *extra muros* geprägt bzw. bestimmt. Innerhalb Ostbelgiens entsprachen sie sowohl für die älteren als auch für die jüngeren Generationen einem gewissen Aufklärungsbedürfnis, das sich systematisch in der Presse und in den Medien widerspiegelte.

Mit den benachbarten Sprachgemeinschaften und Regionen in Belgien entwickelte sich ein Austausch, der sich in großer Gegenseitigkeit ähnlichen Fragen widmete und sich einer Logik der Netzwerke anpasste, die von Leo Wintgens und vor allem von Bruno Kartheuser initiiert wurde. Seine Zeitschrift „Krautgarten“ baute über gründliche Kontakte mit literarischen Kreisen in anderen Regionen Europas (in Deutschland, Luxemburg, Österreich, Rumänien u. a. m.) eine Präsenz der ostbelgischen Kultur im Ausland auf. Im selben Sinn wusste auch das Agora-Theater eine Politik der Zweisprachigkeit (Deutsch/Französisch) zu nutzen. Eine vergleichbare Verflechtung erreichten jene Autoren, die für ihre Werke auch deutsche, österreichische oder Schweizer Verlage gewinnen konnten (u. a. Comès, Wintgens, Derwahl, Anderer).

Die zeitgenössische Literatur Ostbelgiens ist oft ein Ort der Konfrontation mit der Vergangenheit, ein Ort, an dem vor allem biografische Erzählungen Einblick in verschiedene Aspekte der Geschichte geben. Die Speicherrolle des kulturellen Gedächtnisses[67] haben nicht nur die jüngeren Werke (Romane, Erzählungen, Theaterstücke), sondern schon die frühere Lyrik der 1970er und 1980er Jahre, Theaterstücke von Agora wie auch die grafischen Romane von



Die Musicals des Ensembles Eastbelgica weisen mit ihren historischen Thematiken darauf hin, dass die ereignisreiche Geschichte Ostbelgiens Bestandteil und Ausdruck einer regionalen Identität geworden ist.

Comès übernommen. In den letzten Jahren haben noch der literarische Essay „Zink“ (2016) des flämischen Autors David Van Reybrouck (geb. 1971), der die kuriose Geschichte Neutral-Moresnets verarbeitet und vom Dynamo Théâtre als Theaterstück inszeniert wurde, und die Musical-Projekte von Eastbelgica („1918“ und „1945“ sowie „Kyrie“ über die Eupener Tuchindustrie in der französischen und preußischen Zeit) in diesem Sinne gewirkt. Insbesondere das auf einem Briefkonvolut des Eupener Soldaten Robert Pönsgen und seiner Angehörigen basierte Musical „1945“ belegt, dass die Kriegserfahrung fester Bestandteil des kulturellen Gedächtnisses Ostbelgiens bleibt.[68]

Diese Werke sind im Sinne der Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann Erinnerungsräume und können jenen Werken zugeordnet werden, die im „Dienst einer selbstreflexiven Erinnerungsarbeit“ stehen. Assmann weist daraufhin, dass in Momenten, in denen eine Gesellschaft ihr „Gedächtnis […] zu verlieren droht oder abzustreifen wünscht“, die „Kunst sich verstärkt [seiner] anzunehmen beginnt“.[69] So ist es nicht verwunderlich, dass verdrängte oder „vergessene“ Elemente der Geschichte regelmäßig in der Literatur Niederschlag finden und sich die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Zweiten Weltkriegs und der Nachkriegszeit in der Literatur in jenem Zeitraum intensiviert, in dem die Zeitzeugen allmählich verschwinden.

Die Tatsache, dass die Region oft bewusst als transkultureller und heterogener Raum mit einer geteilten bewegten Geschichte dargestellt wird, ist ein Indikator dafür, dass sich das Gefühl bzw. die Anschauung einer eigenen regionalen Identität gefestigt hat. Darüber hinaus scheint das kulturelle und literarische Feld Ostbelgiens Ausdruck einer *Belgitude* zu sein, die sich dem regionalen Umfeld angepasst hat und als *Ostbelgitude* bezeichnet werden kann.

Aspekte der *Ostbelgitude*, wie die Grenznähe, Grenzverschiebungen, die bewegte Geschichte, Mehrsprachigkeit oder Transkulturalität, finden auch in der bildenden Kunst (z. B. Malerei, Fotografie, Bildhauerei) und anderen Kunstformen (z. B. Tanz, Musik) Ausdruck, wodurch sicherlich auch eine Dynamik der Internationalität des ostbelgischen Kulturlebens gefördert wird.

Endnoten

1 Vgl. hierzu Ernst Leonardy, La revue „Krautgarten“, le théâtre AGORA et la littérature de la Communauté germanophone de Belgique, in: Textyles. Revue des lettres belges de langue française 24 (2004), https://journals.openedition.org/textyles/731 (28.12.2022), Abschnitte 5 und 8.
2 Alfred Strasser, Nachwort, in: ders. (Hrsg.), Mit leichtem Gepäck. Eine Anthologie ostbelgischer Gegenwartsliteratur, Neundorf 2007, S. 205.
3 Vgl. z. B. Henri Michel, Hungermarsch in die Freiheit. Tagebuchaufzeichnungen eines politischen Gefangenen, Eupen 1945; Arthur Nisin, Journal de Russie, Lausanne 1959.
4 Für einen Überblick vgl. Leo Wintgens, Grundlegung einer Geschichte der Literatur in Ostbelgien. Bild der sprachlichen Wechselwirkungen im Zwischenland, Eupen 1986, S. 201-355, sowie Philippe Beck, Vergangenheitsbewältigung und Identitätssuche in der Literatur Ostbelgiens, in: Anne Begenat-Neuschäfer (Hrsg.), Die Deutschsprachige Gemeinschaft. Eine Bestandsaufnahme, Frankfurt a. M. 2010, S. 113-138.
5 Siehe z. B. Kriegsbuch „Winterspelt“ wird verfilmt, in: Grenz-Echo, 11.8.1977, S. 3; „Winterspelt“ wird auch in Krewinkel und Maspelt gedreht, in: Grenz-Echo, 18.8.1977, S. 5. Der Roman wurde zuvor nicht im Grenz-Echo rezipiert. Es wird lediglich eine Lesung in Gerolstein erwähnt (Dichterlesung mit A. Andersch in Gerolstein, in: Grenz-Echo, 12.8.1975, S. 5).
6 Emil Gennen, Märtyrerstadt St. Vith (26. Dezember 1944), in: obelit – ostbelgische literaturhefte 3, kriegsnarben aus 3 jahrhunderten (1977), S. 30-33.
7 Vgl. Gennen, Märtyrerstadt, S. 31. Hervorhebung im Orig. Zur Friedensbewegung vgl. Philippe Beck, Umstrittenes Grenzland. Selbst- und Fremdbilder bei Josef Ponten und Peter Schmitz, 1918-1940, Brüssel 2013 (Comparatism & Society, 21), S. 260-308.
8 Leonie Wichert-Schmetz, Galena – nicht wie alle anderen. Eine parapsychologische Geschichte, Bad Driburg [1975], S. 30.
9 Heinrich Toussaint, Verlorene Jahre, Eupen 1987; ders., Bittere Erfahrungen, Eupen 1988.
10 Alle Zitate aus dem Vorwort der Redaktion, in: Krautgarten. Forum für junge Literatur im deutschen Sprachgebiet 13, Stell dir vor … Es ist Krieg! (1988), o. S.
11 Ebd.
12 Marcel Cremer, Waffenstillstand, in: ders., Der unsichtbare Zuschauer, Sankt Vith 2006, S. 30 f.
13 Agora, Die Kreuzritter, http://www.agora-theater.net/cms/index.php?article_id=52&clang=0 (28.12.2022).
14 Vgl. Agora, Die lebendigen Toten / Les morts vivants, http://www.agora-theater.net/cms/index.php?article_id=207&clang=0 (28.12.2022).
15 Hubert Roland, Kriegslyrik – im vollen Wortlaut, http://www.agora-theater.net/cms/index.php?article_id=223&clang=0 (28.12.2022).
16 W. G. Sebald, Luftkrieg und Literatur. Mit einem Aufsatz zu Alfred Andersch, München/Wien 1999, S. 81.
17 Ebd., S. 16 ff.
18 Archiv des Zentrums für Ostbelgische Geschichte, FZS-023/2014. Zur Niermann-Affäre vgl. das Kapitel „Ostbelgische Katharsis? Die Hermann-Niermann-Affäre als Medienevent“ von Andreas Fickers in diesem Band.
19 Marcel Bauer, Schattenkinder. Eine Kindheit im Krieg, Zell (Mosel) 2020.
20 Wichert-Schmetz, Galena, S. 38.
21 Vgl. Christoph Brüll, Andreas Fickers, Ein Experiment kollektiver Gewissensprüfung. Situativer Opportunismus und kumulativer Heroismus, in: Carlo Lejeune/Christoph Brüll/Peter M. Quadflieg (Hrsg.), Grenzerfahrungen. Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Bd. 4: Staatenwechsel, Identitätskonflikte, Kriegserfahrungen (1919-1945), S. 8-39; Philippe Beck, East Belgians in the Wehrmacht and the Reichsarbeitsdienst, 1940-1945. Biographical Turning Points and Adaptive Stances in the Beck-Peissen Family, in: Nina Janz/Denis Scuto (Hrsg.), The Impact of War Experiences in Europe – The Conscription of Non-German Men and Women into the Wehrmacht and Reichsarbeitsdienst (1938-1945), Berlin 2024 (im Erscheinen).
22 Leo Wintgens, Wege aus Sümpfen. Roman einer Grenzlandschaft, Teil I: Eine Jugend auf dem Königshof, Aachen, Helios, 2001, S. 199.
23 Maryanne Becker, Grenzlandfrau, Eupen 2010, S. 96.
24 Didier Comès était le géant belge du noir et blanc, in: Le Soir, 7.3.2013.
25 Vgl. Jean-Maurice Rosier, Comès: Silence, Brüssel 1986, S. 5.
26 Freddy Derwahl, Bosch in Belgien, Eupen 2006, S. 19.
27 Vgl. Albert Moxhet, Didier Comès. L'encrage ardennais, Bd. 3: La guerre et autres conflits, Bastogne 2020.
28 Serge Demoulin, Le carnaval des ombres, Carnières/Morlanwelz 2012. Inszenierung des Rideau de Bruxelles unter der Regie von Michael Delaunoy.
29 Ebd., S. 49 f.
30 Vgl. Clemens Ruthner, Unterwegs zu Melusine. Ein St. Vither Roman blickt zurück auf eine verlorene Zeit des Leidens, in: Krautgarten 50 (2007), S. 78.
31 Anderer, Unterwegs, S. 34.
32 Ebd., S. 239.
33 Vgl. Anna Elisabeth Stiepel, „Prison-Paradise“? Das Internat als Entwicklungsraum in deutschsprachigen Romanen nach 1968, Doktorarbeit in deutscher Literaturwissenschaft, Mary Immaculate College, University of Limerick, Limerick 2015.
34 Dieser spielt explizit auf den realen Priester Paul Schoonbroodt (1933-2012) aus Ostbelgien an. Der Familienname wurde von Comès nur ganz leicht abgeändert. Zum Fall Schoonbroodt siehe das Kapitel „Ostbelgiens Kirchen seit 1973“ von Nicholas Williams in diesem Band.
35 Comès, La Belette, Tournai 1983, S. 122.
36 Vgl. Wintgens, Grundlegung; Ernst Leonardy, Dichtung und dokumentierte Minderheitenliteratur. Die deutschsprachige Literatur im ostbelgischen Raum, in: Alexander Ritter (Hrsg.), Deutschsprachige Literatur im Ausland, Göttingen 1985 (Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik, Beiheft 13), S. 52-68; ders., Die Darstellung des ostbelgischen Raums in der deutschsprachigen Literatur Ostbelgiens, in: Germanistische Mitteilungen 53 (2001), S. 46-64; ders., Kindheit auf dem Lande – Kindheit in der Kleinstadt. Zu Leo Wintgens Roman „Eine Jugend auf dem Königshof“ und Freddy Derwahls „Das Haus im Farn“, in: Wolfgang Jenniges (Hrsg.), Gestalten und Entwicklungen. Historische Streifzüge zwischen Rhein und Maas. Hubert Jenniges zum 70. Geburtstag als Festgabe gewidmet, Löwen/Sankt Vith 2004, S. 97-113; ders., La revue „Krautgarten“, in Textyles 24 (2004).
37 Vgl. Lesley Penné, „Land ohne Grenzen“. Heimatbilder und Erinnerungskultur im Werk von Hannes Anderer, Freddy Derwahl und Leo Wintgens, Münster/New York 2022; Arvi Sepp, Mémoire et minorité. L'identité collective dans la littérature germanophone de Belgique, Recherches germaniques 46 (2016), https://doi.org/10.4000/rg.323 (28.12.2022); Philippe Beck, Lesley Penné, Overlapping borders. Images of East Belgium as a transcultural area in contemporary literature, in: Oxford German Studies 1, Periphere deutschsprachige Gegenwartsliteraturen in Europa, hg. v. Arvi Sepp (2019), S. 71-90; Arvi Sepp, Grenzübergänge. Transkulturalität und belgische Identität in der aktuellen deutschsprachigen Literatur in Belgien, in: Aussiger Beiträge: Germanistische Schriftenreihe aus Forschung und Lehre 4 (2010), S. 13-26; ders., Refusing to be the Other. Interculturality as „Belgitude“ in German-Speaking Minority Literature in Belgium, in: Irena C. Veljanova (Hrsg.), Perception, Meaning and Identity, Oxford 2010, S. 13-22; Beck, Vergangenheitsbewältigung.
38 Christoph Brüll, Andreas Fickers, Zeit-Räume im langen 19. Jahrhundert. Erfahrungen von Verdichtung, Beschleunigung und Beharrung, in: Carlo Lejeune (Hrsg.), Grenzerfahrungen. Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Bd. 3: Code civil, beschleunigte Moderne und Dynamiken des Beharrens (1794-1919), S. 8-27, hier S. 11-14.
39 Siehe Wintgens, Grundlegung, S. 279.
40 Derwahl, Bosch, S. 188.
41 Ebd., S. 327.
42 Ebd., S. 19.
43 Ebd., S. 12.
44 Ingo Jacobs, Dreiländereck, in: Krautgarten 53 (2008), S. 58.
45 Hubert Roland, Âme belge, „entre-deux“ et microcosme. D'une fin de siècle à l'autre, in: Textyles 24 (2004), S. 7-15.
46 Edmond Picard, L'âme belge, in: Revue Encyclopédique, 24.7.1897, S. 595-599, hier S. 595.
47 Vgl. Wintgens, Grundlegung, S. 127-133.
48 Vgl. Beck, Umstrittenes Grenzland, S. 175.
49 Vgl. biografische Notiz des Sonnenberg-Verlags unter http://www.sonnenbergverlag.de/index.php?section=autoren (28.12.2022).
50 Vgl. Beck, Vergangenheitsbewältigung, S. 130 f.
51 Vgl. Anderer, Unterwegs, S. 356.
52 Arthur Haulot, Remember. Cycle de Dachau-Zyklus (Si lourd de sang – Mit Blut durchtränkt). Poème pour l'Europe – Gedicht für Europa. Traduits en langue allemande et pourvus d'une introduction par (ins Deutsche übertragen und mit einem Vorwort versehen von) Leo Wintgens, in: Helios & Obelit, neue literaturhefte – nouveaux cahiers littéraires 3 (2007).
53 Vgl. Marnix Beyen, Elle est de plus en plus noire, la masse des flamingants. Comment s'est forgée l'image de l'occupation et de la répression en Flandre, 1945-2000, in: José Gotovitch/Chantal Kesteloot (Hrsg.), Collaboration, répression. Un passé qui résiste, Brüssel 2002, S. 99-113.
54 Anderer, Unterwegs, S. 266.
55 Derwahl, Bosch, S. 278.
56 Vgl. Pierre Mertens, Une autre Belgique, in: Les Nouvelles littéraires 2557 (1976), S. 13-24.
57 Vgl. Michel Biron, La Modernité belge. Littérature et société, Brüssel 1994, S. 323-337.
58 Vgl. Stéphanie Vanasten/Matthieu Sergier (Hrsg.), Literaire belgitude littéraire. Bruggen en beelden. Vues du Nord. Hommage aan Sonja Vanderlinden, Louvain-la-Neuve 2011.
59 Derwahl, Bosch, S. 170.
60 Vgl. Philippe Beck, Die deutschsprachige Literatur, in: Johannes Koll (Hrsg.), Belgien. Geschichte, Politik, Kultur, Wirtschaft, Münster 2007, S. 203-223, hier 218 f.
61 Marcel Cremer, Heimat ist ein Verb, in: ders., Zuschauer, S. 32 f.
62 Vgl. Bruno Kartheuser, Omnia mea. „Heimat“ – Prüfung eines verrufenen Begriffs, in: Klaus Wiegerling (Hrsg.), Völkerfrei. 25 Jahre Krautgarten. Ein Lesebuch, Eupen 2007, S. 188-197, hier S. 197. Siehe auch Sepp, Mémoire et minorité, Abschnitt 15 ff.
63 Derwahl, Bosch, S. 45, 49, 267, 103.
64 Demoulin, Carnaval, S. 31.
65 Vgl. Laure Aussems, Geschichtsschreibung und Identitätsbildung in Belgien am Beispiel von drei exemplarischen Werken der Gegenwartsliteratur: „Bosch in Belgien“ von Freddy Derwahl (2003), „Le carnaval des ombres“ von Serge Demoulin (2011) und „Une paix royale“ von Pierre Mertens (1995), Magisterarbeit, Betreuer: H. Roland, UCLouvain 2014.
66 Vgl. Wintgens, Grundlegung; Beck, Vergangenheitsbewältigung; Sepp, Mémoire et minorité; Beck/Penné, Overlapping borders; Brüll/Fickers, Zeit-Räume, in: Lejeune (Hrsg.), Grenzerfahrungen, Bd. 3.
67 Vgl. Aleida Assmann, Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses, 5., durchges. Aufl., München 2010.
68 Vgl. Klaus Schlupp, Eastbelgica ruft 1945 in Erinnerung, in: GrenzEcho, 5.11.2021, S. 9; nach der Premiere ders., Das Unsagbare erhält ein Gesicht, in: GrenzEcho, 8.11.2021, S. 6.
69 Assmann, Erinnerungsräume, S. 22.







VORSTELLUNGEN VON DEN DEUTSCHSPRACHIGEN BELGIERN IN FLANDERN, DEM FRANZÖSISCHSPRACHIGEN BELGIEN, DEUTSCHLAND UND LUXEMBURG

BLICKE VON AUSSEN

VON MARNIX BEYEN, CATHERINE LANNEAU, WERNER TSCHACHER UND VICTORIA MOUTON





Das deutsche Sprachgebiet Belgiens ist eine Grenzregion, in der unterschiedliche kulturelle, sprachliche und nationale Gebiete zusammentreffen. Wie und was aber nahmen die Rheinländer im Osten, die Luxemburger im Süden und frankophone Belgier sowie Flamen im Westen von den deutschsprachigen Belgiern wahr? Die Autoren gewähren spannende Einblicke in die Medien und Gefühlswelten der Nachbarregionen. Teils verraten diese einiges über die „Terra Incognita“ Ostbelgien. Manches Mal erzählen sie aber auch, wie die Nachbarregionen sich selbst sehen.

Sind sie nun die „letzten“ oder die „besten“ Belgier, vielleicht auch immer noch „Neubelgier“? Vorstellungen von den deutschsprachigen Belgiern sind in den Nachbarregionen präsent, von denen sie durch Sprach- oder Staatsgrenzen getrennt sind. Die weit verbreitete Rede von den „unbekannten“ Ostbelgiern verweist darauf, dass es sich nicht um Massenvorstellungen handelt, vielmehr beruhen sie auf einem Gemisch aus Familienüberlieferung, persönlicher Erfahrung und über Medien vermittelten Bildern. Die historische Forschung hat sich bisher noch nicht aus der Außenperspektive mit Ostbelgien-Bildern seit den 1970er Jahren beschäftigt. Vier Beiträge machen hier einen Anfang. Aufgrund des Forschungsstandes kann dieser nicht systematisch ausfallen. Vielmehr skizzieren die Verfasserinnen und Verfasser, wie man sich dem Thema annähern könnte. Sie entwickeln dazu aufschlussreiche Fragestellungen aus unterschiedlichen Perspektiven. So rekonstruiert Marnix Beyen sein eigenes Ostbelgien-Bild und versucht, es in einen breiteren historischen Kontext zu stellen, um daraus Fragen nach den Vorstellungen von Ostbelgien in Flandern abzuleiten. Catherine Lanneau nähert sich dem Thema über die Ostbelgien-Wahrnehmung in französischsprachigen Zeitungen und Fernsehsendungen, wobei sie Stereotype herausarbeitet und Perspektiven der langen Dauer entwickelt. Werner Tschacher stützt sich ebenfalls auf Fernsehsendungen und nimmt dazu Reiseführer in den Blick, um deutsche Vorstellungen von Ostbelgien zu rekonstruieren. Ähnlich geht Victoria Mouton vor, die darüber hinaus den Einfluss der Pendler auf die luxemburgische Wirtschaft beleuchtet. Allen Beiträgen gemein ist, dass sie die Erkenntnis bestätigen, nach der Vorstellungen des anderen immer auch Auskunft über die Selbstwahrnehmung geben, und zeigen, wie unterschiedliche Kontexte dazu führen können, dass eher das Unterscheidende als das Verbindende betont wird.

Wie aus „Belgiern wider Willen“ die „besten Belgier“ wurden. Überlegungen eines Flamen über ein Ostbelgien-Bild im Wandel

Von Marnix Beyen

Im letzten Teil einer Reihe, die persönlichen Erinnerungen zu Recht viel Raum gelassen hat, nehme ich mir gerne die Freiheit, diesen Beitrag aus einer persönlichen Perspektive zu schreiben. Das tue ich selbstverständlich nicht, weil ich mich als „durchschnittlichen“ Flamen sehen würde – den gibt es nun mal nicht – oder weil im Rahmen dieses Artikels und beim derzeitigen Stand der Forschung ein umfassender Überblick über das Ostbelgien-Bild in Flandern nicht möglich ist. Das sich wandelnde Bild, das ich in diesem Beitrag skizzieren möchte, ist das eines flämischen (oder niederländischsprachig-belgischen) Mannes, der gerade einmal zwei Jahre älter ist als der Rat der deutschen Kulturgemeinschaft. Mein Leben und das der Deutschsprachigen Gemeinschaft – später das von Ostbelgien – verliefen weitgehend parallel, kreuzten sich aber auch zeitweise. Die Perspektive, aus der diese Geschichte erzählt wird, ist aber auch die von jemandem, der aus einer Akademikerfamilie stammt, in der Kenntnisse über Geschichte und Gegenwart besonders geschätzt werden. Meine Mutter war Geschichtslehrerin, mein Vater Professor für französische Literatur mit einem Schwerpunkt auf französisch-belgischer Literatur. Sie betrachteten sich selbst als fortschrittlich und schätzten Belgien als Begegnungsort zwischen Sprachen und Kulturen, ohne jemals die belgische Flagge zu schwenken. In dieser Hinsicht habe ich nicht das Bedürfnis gespürt, mich den Werten meiner Eltern zu widersetzen.

Mit dieser Verortung habe ich unvermeidlich und mehr oder weniger unbewusst auch Bilder von der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien aufgenommen. Als professioneller Historiker, der sich auf die belgische politische Geschichte im 20. Jahrhundert spezialisiert hat und für den Repräsentationen eines der wichtigsten Konzepte sind, konnte ich diese Bilder später in einen breiteren historischen und intellektuellen Kontext einordnen. In diesem Text unternehme ich den Versuch, meine persönlichen Vorstellungen in den sich wandelnden politischen und kulturellen Tendenzen in Flandern zu situieren. Ich richte meinen Blick vor allem auf diskursive Topoi, in denen das Bild der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien zusammengefügt wurde.

Zuallererst ist es wichtig zu betonen, dass ich in meiner Jugend nur sehr wenig mit Bildern von der Deutschsprachigen Gemeinschaft konfrontiert worden bin. Solche Bilder scheinen auch nur wenig existiert zu haben, und das war vielleicht auch nicht ganz unverständlich. Im Gegensatz zum französischsprachigen Belgien grenzt Flandern nicht an die Deutschsprachige Gemeinschaft, und im gesamten Prozess der Föderalisierung hat es zu keinem Zeitpunkt einen Interessen- oder Befugniskonflikt zwischen diesen beiden Sprachgruppen gegeben. Auch wenn die Deutschsprachige Gemeinschaft nah bei Voeren liegt, war sie mental sehr weit entfernt von der Gewalt, die sich in dieser kleinen Gemeinde abspielte und die meine jugendliche Vorstellungskraft sehr beeindruckte. Die Abwesenheit der Deutschsprachigen Gemeinschaft war vermutlich auch in hohem Maße der Tatsache zuzuschreiben, dass die Öffentlichkeit in Flandern in den 1970er Jahren vor allem mit sich selbst beschäftigt war. Die gerade gewonnene Kulturautonomie musste vollständig ausgeschöpft werden, und so wurde viel Energie in den Aufbau einer eigenen, vollwertigen Kulturpolitik und eigener Medien gesteckt. Selbst die Kultur aus den Niederlanden, die uns über Kinderbücher und Fernsehserien erreichte, wurde zunehmend verdrängt. Die englischsprachige Kultur kam zwar über Musik und Filme in unsere Wohnzimmer, aber das war’s dann auch schon. Die frankophone und die deutschsprachige Kultur galten aus fast entgegengesetzten Gründen als uninteressant und veraltet: Erstere wurde vor allem mit einer weltfremden Elite assoziiert. Das machte es ihr schwer, Beachtung zu finden, selbst in der Familie eines Professors für französische Literatur. Die deutsche Kultur wurde dagegen mit populärer Unterhaltung von geringer Qualität assoziiert. Dass die deutschsprachige Gemeinschaft des Landes kulturell oder gesellschaftlich etwas Interessantes zu bieten hatte, gehörte in diesem Kontext nicht zu den Erwartungen.



Im belgischen Landesinneren ist die Region Ostbelgien ganz besonders für ihren rheinischen Karneval bekannt und zieht Besucher aus den anderen Landesteilen in die Ortschaften.



Blick in die Menge anlässlich einer Akademischen Sitzung des 10jährigen Bestehens des Kooperationsabkommens zwischen der Flämischen und der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Vlaams Europees Conferentiecentrum in Brüssel am 4. September 1995.

In der Grundschule hat man uns zweifellos etwas über diesen Landesteil im Osten erzählt und wie er an Belgien angegliedert worden war. Das trug, zumindest bei mir, zu einem allgemeinen Bewusstsein für die Komplexität des Landes bei, in das ich hineingeboren wurde, nicht aber zu einem wirklichen Interesse an den Ostkantonen und ihren Bewohnern. Wenn ich mir überhaupt etwas darunter vorstellen konnte, dann war es ein malerisches, aber auch etwas schäbiges Urlaubsziel, das ich selbst nur selten nutzte. Man konnte dort Skilanglauf betreiben, schöne Hütten mieten, mit der Jugendbewegung auf Lager fahren und Fernwanderungen machen. Ein Höhepunkt meiner Chirokarriere war zum Beispiel unser Sommerlager in Dürler im Jahr 1992. Wenn man heute an das deutschsprachige Belgien denkt, haben die meisten Flamen zweifellos vor allem dieses Bild vor Augen. Noch während ich diesen Aufsatz schreibe, landet in meinem Briefkasten ein Magazin, das den Ostkantonen gewidmet ist, mit „fast 200 Ausflugs- und Übernachtungsmöglichkeiten“. Über die Geschichte und die Gesellschaft der Region findet sich kaum ein Wort.

Soweit ich mir also die Ostkantone als Kind vorstellen konnte, war es dort schön und ein wenig exotisch. Das Bild blieb auch danach bestehen, geriet aber ordentlich ins Wanken, als ich im November 1985 (mit 14 Jahren) zusammen mit meinem Vater die erste Folge von „De kollaboratie“, einer der berühmt-berüchtigten Serien von Maurice De Wilde, schaute. Diese Folge hieß *Belgen tegen will en dank* und war ganz der Kollaboration in den Ostkantonen gewidmet. Ich sah weinende Menschen bei Interviews und eine Region, die hinter der idyllischen Fassade mit tiefen Traumata kämpfte. Erst da begriff ich die Komplexität eines Gebiets, das zwanzig Jahre nach seinem Abschied von Deutschland wieder in das Deutsche Reich integriert wurde, das nunmehr unter der Nazi-Herrschaft stand. Die Ostkantone verloren in meinen Augen plötzlich alle Unschuld. Auch wenn die Reihen von Maurice De Wilde viel geschaut wurden, denke ich nicht, dass dieses Bild der Ostkantone in Flandern dominierte. Die nächsten Folgen der Reihe betrafen die Kollaboration in Flandern und im französischsprachigen Belgien – und zogen alle Aufmerksamkeit auf sich.

Seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts hat sich in meinem Kopf und in einem Teil der (überwiegend progressiven) öffentlichen Meinung in Flandern ein ganz anderes, viel positiveres Bild der Ostkantone festgesetzt. Dieses Bild entstand vermutlich vor allem, nachdem die Deutschsprachige Gemeinschaft einige regionale Befugnisse erhalten hatte, und wurde durch die versöhnliche Rolle von Karl-Heinz Lambertz im Jahr 2008 bei der Entschärfung der langwierigen Regierungsverhandlungen auf föderaler Ebene noch verstärkt. Es setzte sich die Erkenntnis durch, dass sich in diesem exzentrischen Teil Belgiens eine Dynamik entwickeln konnte, die im Rest des Landes im wallonisch-flämischen Gezänk unterging. Auf dem belgischen Familienfoto, das mir vorschwebte, erschien Ostbelgien als das kleinste, aber trotz einiger Narben auch glücklichste Kind – das Kind, das auch die schönste Zukunft vor sich hat. Es schaut etwas mitleidig auf die anderen, die ihr Misstrauen voreinander nicht verbergen können.

Dieses – zweifellos idealisierte – Bild bedarf der Erläuterung. Die treibende Kraft hinter der föderalistischen Umgestaltung des belgischen Staates ist das gegenseitige Misstrauen, das seit dem Ende des 19. Jahrhunderts zwischen den flämischen und französischsprachigen politischen Eliten besteht: Erstere fürchteten, dass die Französischsprachigen Flandern vollständig französisieren (und gleichzeitig säkularisieren) würden, während letztere ihrerseits mit Entsetzen beobachteten, wie zweisprachige Flamen kamen und auch in Wallonien Arbeitsplätze fanden, ihre demografische Mehrheit politisch ausnutzten und ganz Belgien in der katholischen Schlinge hielten. Dieses gegenseitige Misstrauen von Gruppen, die sich beide als



Besonders aus flämischer Perspektive sind die „Oostkantons“ vor allem aus Urlaubsregion bekannt, in der es im Winter Schnee gibt und in der gewandert werden kann.

gefährdete Minderheit sehen, schaffte eine Art permanenten Kalten Krieg, der den Blick auf andere Herausforderungen versperrte.

Die autonome Deutschsprachige Gemeinschaft ist ganz sicher ein glückliches Restprodukt dieses Konflikts: Weder in Flandern noch in Wallonien betrachtet irgendjemand sie als Bedrohung. Wenn man sich für die Kulturautonomie der Sprachgemeinschaften entschied, so die Argumentation seit Anfang der 1960er Jahre, musste man sie dieser kleinen Gemeinschaft auch zugestehen. Viel später sah es niemand mehr als wirkliche Bedrohung an, wenn dieser Kulturgemeinschaft einige regionale Befugnisse übertragen wurden.

Und so konnte aus diesem einigermaßen vergessenen Landesteil – trotz der Traumata, die die Bewohner aufgrund der europäischen Geopolitik durchgemacht hatten – eine vollwertige föderale Entität entstehen, die sich nicht von „dem/n anderen“ bedroht fühlen muss und die auch nicht dauernd mehr Befugnisse von den anderen fordern muss. Da scheint mit anderen Worten ein Föderalisierungsprozess durch, der nicht auf Argwohn, sondern auf Anerkennung von sprachlicher, historischer und kultureller Eigenheit aufbaut. Und gerade deshalb konnte und kann der Fokus auf die „unterscheidenden“ und „verbindenden“ Merkmale in dieser Einheit fruchtbar kombiniert werden. Die Energie, die nicht dafür aufgewendet wird, dem anderen Vorwürfe zu machen, kann darin investiert werden, dringende Herausforderungen auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene anzugehen – und das ohne gemeinschaftspolitische Hintergedanken, die in Belgien so erstickend wirken können. Es gibt hier keine Impulse, den Föderalstaat noch weiter zu schwächen, sondern nur welche, ihn zu stärken. Die aktive Dreisprachigkeit vieler Bewohner der Region verleiht dem Topos, laut dem sie sich von „Belgiern wider Willen“ zu den „letzten Belgiern“ gewandelt haben, einige Glaubwürdigkeit. Wenn sie schon nicht die letzten Belgier sind, sind sie vielleicht zu den „besten“ Belgiern geworden? Belgier, die sich mit erstaunlicher Leichtigkeit in allen möglichen transnationalen Kontexten engagieren und furchtlos mit Innovationen in Bereichen

wie der lokalen partizipativen Demokratie experimentieren. Es ist in diesem Zusammenhang vielsagend, dass der international gefeierte Schriftsteller David Van Reybrouck ausgerechnet in Ostbelgien die Dynamik seines G1000 in der Form eines Bürgerdialogs weiterentwickeln konnte.

Am Ende kann ich nur der vermutlich eitlen Hoffnung Ausdruck verleihen, dass die anderen belgischen Regionen Ostbelgien ein bisschen ähnlicher werden. In dieser Hinsicht folge ich dem Plädoyer des belgischen Politikphilosophen Philippe Van Parijs für ein Belgien mit vier Regionen, die gemeinschaftliche und regionale Befugnisse miteinander verbinden und die zugleich auch höhere Ebenen anerkennen und, wenn nötig, verstärken wollen. So würden auf einem belgischen Familienfoto vier Kinder stehen, die alle lachend und voller Energie in die Welt schauen. Bereit, zusammen auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen.

Blicke der französischsprachigen Belgier auf die deutschsprachigen Belgier. Erste Annäherungen

Von Catherine Lanneau

Fragen nach dem Bild, den Vorstellungen oder den Wahrnehmungen des anderen sind immer eine schwierige Aufgabe. Egal wie vollständig der Quellenkorpus ist, Voreingenommenheit oder tote Winkel können nie ausgeschlossen werden. Die im Folgenden vorgestellten Überlegungen verfolgen das Ziel, Forschungsfragen aufzuzeigen, die durch weitere Arbeiten vertieft werden könnten.

Die breite Zeitspanne von 50 Jahren, die nur sehr partielle Digitalisierung der nationalen und lokalen Presse im französischsprachigen Belgien und die Nichtaufbewahrung der radiophonen Quellen machen die Annäherung an eine Lütticher Wahrnehmung der Deutschsprachigen über die Medien schwierig. Zudem muss sich die Herausarbeitung einer wallonischen Wahrnehmung immer der andauernden Debatte um den Brüsseler Tropismus der wichtigsten französischsprachigen Medien stellen.

Ich versuche an dieser Stelle, uns dem Blick der französischsprachigen Belgier über die Brüsseler Wochenzeitschriften („Pourquoi Pas?“ und ab den 1990er Jahren „Le Vif“, die weitgehend digitalisiert sind) und die wichtigsten Fernsehsendungen der öffentlich-rechtlichen Kanäle anzunähern. Außerdem wurden die parlamentarischen Quellen berücksichtigt.[1] Sie liegen für die Kammer digitalisiert vor, erlauben einen Blick auf den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Kontext und eine Annäherung an den Dialog zwischen französisch- und deutschsprachigen Abgeordneten.



Selbstbilder - Fremdbilder. Bilder des Karnevals wurden auch gerne in der Außendarstellung der Gegend genutzt. So zog im Jahr 1990 eine karnevalistische Parade mit Pfeifencorps im Rahmen einer Ostbelgien-Ausstellung der Nationalloterie durch Brüssel.

Am Anfang steht die Frage nach der Kenntnis der Französischsprachigen der Gegebenheiten im deutschsprachigen Landesteil und ihrer Entwicklung. Die Quellen betonen regelmäßig die Notwendigkeit, die „Ostkantone“ oder „unsere kleinste Gemeinschaft“ zu „entdecken“ oder „besser kennenzulernen“. Eine RTBF-Gehwegbefragung aus dem Jahr 1981 belegt die große Verwirrung bei den meisten Lütticher Passanten aller Generationen. Es gälte dann zu sehen, welchen Einfluss die Festigung der Autonomie der Deutschsprachigen Gemeinschaft – die deren Sichtbarkeit erhöht hat – und die Entwicklung des regionalen Tourismus auf den Grad der Kenntnis hatten.

Die oberflächliche oder aus der Distanz erfolgende Beschäftigung der Medien mit der ostbelgischen Realität schafft oder verstärkt Stereotype. So hoben die von französischsprachigen Journalisten befragten Deutschsprachigen regelmäßig die verletzenden Assimilationen hervor, denen sie ausgesetzt waren, wenn sie als Deutsche, oder häufiger noch, als Boches bezeichnet wurden. An diesen Stellen wurde eine fehlende Kenntnis der bewegten Geschichte der Region bemängelt. Die französischsprachigen Medien nahmen sich dessen an und widmeten mit großer Regelmäßigkeit dem historischen Hin und Her und seinen Folgen für die Identität der Bevölkerung längere Sendungen. Der Effekt dieser Erklärungen scheint jedoch begrenzt, da die regionale Geschichte im Lauf der Jahrzehnte immer als so gut wie unbekannt präsentiert wurde. Die Gedenkveranstaltungen für die zwei Weltkriege und der Dauerbrenner „Zwangssoldaten“ waren Gegenstand eines Teils dieser Artikel und Sendungen. Manchmal verstetigten Journalisten historische Fehler, manchmal korrigierten sie sie. Auch gibt es zahlreiche Quellen, in denen der Ausdruck *cantons rédimés* dekonstruiert wird, während er in anderen achtlos benutzt wird – und dies noch in den letzten Jahren.

Die Beziehung zur Geschichte der deutschsprachigen Belgier machte einen großen Teil des Bildes aus, das von ihnen gezeichnet wurde. Es wirkte sich dementsprechend auf ihre Selbst- und Fremdzuschreibungen aus. Dabei ist es wichtig, den Zeitpunkt auszumachen, zu dem die Deutschsprachigen sich selbst als die „besten Belgier“ oder auch die „letzten Belgier“ bezeichneten bzw. ab wann sie in den Medien so bezeichnet wurden. Der Übergang von den „besten“ zu den „letzten“ Belgiern verweist auf den Einfluss der Föderalisierung, der bei Wallonen und Flamen eher zu einer Rivalität zwischen nationaler und regionaler Identität geführt



Traditionell stammt der Weihnachtsbaum auf dem Grand Place in Brüssel häufig aus den Wäldern des deutschen Sprachgebietes. Er soll als „Geschenk an die Hauptstadt“ die Verbundenheit der Region zu Brüssel unterstreichen.

hat, während bei den Deutschsprachigen die Kulturautonomie und der verstärkte Befugnistransfer eher mit einem „belgizistischen“ Selbstverständnis einhergingen.

Die Wahl des 15. November, dem Tag des Königs, als Gemeinschaftsfeiertag im Jahr 1990 hat dabei sicher eine Rolle gespielt; wobei es nötig wäre, den Einfluss des offiziellen Diskurses auf die Vorstellungen von Ostbelgien näher

zu bestimmen, genau wie den der regionalistischen Parteien (PDB, dann ProDG).

Hierbei ist bemerkenswert zu sehen, dass die französischsprachigen Medien die Ängste und Fragen eines Teils der französischsprachigen Politik übernommen haben: Wurden die Deutschsprachigen zunächst als Antithese zu den flämischen Separatisten inszeniert, veränderten die Wahlerfolge der PDB diese Sicht. Jedes Interview mit einem ihrer Anhänger oder Gewählten lief unweigerlich auf die ängstliche Frage zu: „Aber ihr bleibt doch vor allem Belgier, oder?“ Der Platz, der den überpinselten französischen Ortsnamen auf den Straßenschildern eingeräumt wurde, ist ebenfalls vielsagend.

In Zeitung und Fernsehen sind die Deutschsprachigen Belgier, aber auch Europäer, ohne Gegensatz oder Widerspruch. Als Grenzbewohner beschreiben sie sich und werden sie beschrieben als europäische Bürger, die heimatverbunden sind, sich je nach Bedarf bezüglich Ausbildung oder Berufsleben aber auch leicht in Innerbelgien, Luxemburg oder Deutschland akklimatisieren können. Als Mittler an Grenzen und Mittler zwischen Kulturen wurden sie als Erfolgsmodell einer zweisprachigen Erziehung präsentiert, auch wenn die Frage der Zweitsprache immer wieder für Debatten sorgte: Wann soll sie eingeführt werden und mit welcher Intensität?

In der Berichterstattung über das politische und sozioökonomische Leben in der Deutschsprachigen Gemeinschaft scheinen die 1990er Jahre einen Wendepunkt zu markieren: Während der beiden Jahrzehnte vor 1990 war der dominierende Ton in den Artikeln und Reportagen der einer vernachlässigten Minderheit, unverstanden oder unbekannt, die an einer Form von Isolierung litt und eine hohe Arbeitslosigkeit aufwies, was die Jugendlichen zu langen Wegen zwang, wenn sie in Belgien oder Deutschland nach Arbeit suchten. Diese Sicht auf die Dinge wird durch die parlamentarischen Interventionen der Deutschsprachigen bestätigt. Die institutionellen Rahmenbedingungen wurden als unpassend und die Zugehörigkeit zur Provinz Lüttich und zur Wallonischen Region als unzufriedenstellend präsentiert.

Seit den 1990er Jahren gingen die Übertragung von ökonomischen Befugnissen im Rahmen der Staatsreformen und die Entwicklung der Tourismusindustrie mit einer neuen ökonomischen Dynamik einher und beschleunigten diese wohl auch. Die Deutschsprachige Gemeinschaft wurde in der medialen Berichterstattung mehr und mehr zu einem Erfolgslaboratorium mit einer niedrigen Erwerbslosenzahl, auch wenn Unterschiede zwischen Eupener Land und Eifel auszumachen waren.

Gleichzeitig wurde aus der „unbekannten Minderheit“ in den Augen der Französischsprachigen, aber auch vieler Deutschsprachiger die „bestgeschützte Minderheit“. Allerdings blieb die Frage der garantierten Vertretung auf allen Ebenen (ob politisch oder auch gerichtlich) präsent und wurde als Ziel benannt. Zudem wurde eine verstärkte Präsenz der deutschen Sprache in der Öffentlichkeit gefordert.

Die Thematik der vierten Region war demgegenüber in der öffentlichen Darstellung ambivalenter. Nachdem sie lange Zeit als eine maximalistische, ja sogar antibelgische Forderung dargestellt wurde, scheint sie seit den 2000er Jahren konsensualer geworden zu sein. Diese Entwicklung sollte einmal im Zusammenhang mit der Infragestellung der Französischen Gemeinschaft durch die wallonischen Regionalisten und die Selbstbehauptung der Region Brüssel-Hauptstadt beleuchtet werden.

Die politischen Aussagen und Darstellungen der Identität der Deutschsprachigen könnten auch Startpunkt für eine ethnografische Analyse sein. Gibt es Eigenschaften oder Haltungen, die den Deutschsprachigen eigen sind? So wurde in jüngster Zeit die Einrichtung des Bürgerrates als Form von partizipativer Demokratie als symptomatisch für eine besondere politische Modernität präsentiert, wie dies zuvor bereits bei der artikulierten Pluralität in den Unterrichtsnetzen (AHS, Kaleido) beobachtet werden konnte. Dazu gehört auch, dass der Rat der deutschen Kulturgemeinschaft der erste war, dessen Zusammensetzung durch eine Direktwahl bestimmt wurde.

Auf kultureller Ebene ist die Modernität ebenfalls präsent (so widmet Le Vif dem Museum für zeitgenössische Kunst IKOB seit 2001 sehr regelmäßig Artikel), muss aber der Betonung von lokalen Bräuchen und der traditionellen Gesellschafts- und Geschlechterrollenauffassung entgegengestellt werden. Die Folklore bildet auf jeden Fall einen guten Ausgangspunkt, um diese Fragen zu diskutieren: So könnte die Art und Weise, wie der Karneval, die Chöre, die Musikvereine, Schützenwettbewerbe und Kirmestage beschrieben oder gefilmt werden, einmal genauer analysiert werden. Der Platz der Frau in den Cafés oder bei der Zubereitung traditioneller Gerichte hat sich verändert, die Rolle der jungen Mädchen oder der Singles ebenso. Dazu würde allerdings eine vergleichende Ebene mit anderen Folkloreereignissen in der Wallonie, Flandern oder dem Rheinland gehören.

Der Respekt von Traditionen ist eng mit dem Platz des Glaubens und der religiösen Feste verbunden, die das Jahr strukturieren. Auch hier könnten Entwicklungen aufgezeigt und europäische Dimensionen der Säkularisierung berücksichtigt werden. Der Einfluss des Episkopats Aloys Joustens (2001-2013), eines Deutschsprachigen in Lüttich, wäre ebenfalls in den Fokus zu nehmen.

Einen zentralen Platz in der Berichterstattung nimmt die Heimatverbundenheit ein. Auf der einen Seite stellen Landwirtschaft und Waldwirtschaft – trotz Modernisierung der Industrie und Ausweitung des Tertiärsektors – immer noch viele Arbeitsplätze; auf der anderen Seite verweisen der Respekt vor der Natur, vor allem die Achtsamkeit gegenüber dem Wasser, auf ein frühes Ökologie- oder Umweltbewusstsein, auf dem ein angemessener und verantwortungsbewusster Tourismus beruht. So wird das Leben an der frischen Luft in einer unberührten Umwelt betont, genau wie die Freizeitaktivitäten, besonders der Sport.

Die Förderpolitik der Deutschsprachigen Gemeinschaft in diesem Bereich, die auf die Jugendarbeit setzt, wird dem mangelnden Engagement der Französischen Gemeinschaft und den Folgen für die öffentliche Gesundheit gegenübergestellt. Dabei bleibt das Image der Deutschsprachigen Gemeinschaft jedoch vor allem durch die Spielergebnisse der AS Eupen und die Erfolge des Rallyepiloten Thierry Neuville bestimmt.

Allerdings sollte man, um zum Schluss zu kommen, die (freiwillige oder unfreiwillige) Betonung des Exotischen oder Fremden beim Blick auf den anderen hinterfragen. Inwieweit wird ein französischsprachiger Beobachter das Unterschiedliche oder Unterscheidende bevorzugen, statt nach dem zu suchen, was für Annäherung sorgt oder gemeinsam ist? Dient nicht das Bild der Deutschsprachigen Gemeinschaft auch und vor allem dazu, den Französischsprachigen zu zeigen, was sie nicht sind oder was sie sein könnten?

Begegnungen mit dem Eigenen und dem Fremden – deutsche Blicke auf Ostbelgien (1973-2023)

Von Werner Tschacher

Einen Blick „der Deutschen“ auf Ostbelgien gab und gibt es nicht. In weiten Teilen der Bevölkerung der Bundesrepublik und des wiedervereinigten Deutschland fehlten dazu in den letzten 50 Jahren die historischen, geografischen und kulturellen Kenntnisse und ein nachhaltiges Interesse an der kleinen Nachbarregion Ostbelgien. Ute Schürings zufolge vermittelten die bundesdeutschen Medien ein überwiegend schiefes und lückenhaftes Bild Belgiens als ein zwischen Flamen und Wallonen zerstrittenes und skandalträchtiges Land mit schwachen staatlichen Strukturen.[2] Die deutschsprachigen Bewohner im Osten des Landes stellten sie als national, königstreu, katholisch und etwas verquer dar, wie Peter Quadflieg die klischeehafte Berichterstattung der deutschen Presse über die „letzten Belgier“ zusammengefasst hat.[3]

1973 waren die zwischenstaatlichen Beziehungen beider Länder durch den deutsch-belgischen Ausgleichsvertrag vom 24. September 1956 und weitere Abkommen geregelt und in einem guten Zustand. Die Bundesrepublik Deutschland hatte die Gebiete um Eupen-Malmedy und Sankt Vith als Teil des belgischen Staates offiziell anerkannt. Trotzdem wirkten diesseits und jenseits der Grenze Unbehagen und „Phantomschmerzen“[4] der Abtrennung nach.

So übten 1970 bei den Feiern der 50-jährigen Zugehörigkeit der Ostkantone zu Belgien die deutschen Diplomaten maximale Zurückhaltung und waren darauf bedacht, jeden Anschein großgermanischer Tendenzen und einer Politisierung von Kultur zu vermeiden. Man wollte angesichts der mäßigen Feierlaune der sich innerhalb Belgiens benachteiligt fühlenden Bewohner der deutschsprachigen Ostkantone keine Ressentiments im Nachbarland wecken. Die Anfang der 1970er Jahre einsetzende Föderalisierung Belgi-

ens brachte die zunehmende Verlagerung der auswärtigen Kulturbeziehungen auf die Gemeinschaften mit sich. Die Deutschsprachige Gemeinschaft trat in unmittelbare Verbindung mit dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland und dem benachbarten Bundesland Nordrhein-Westfalen. Zwischen der Düsseldorfer Landesregierung und der Deutschsprachigen Gemeinschaft entstanden intensive politische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen. Die Kulturbeziehungen wurden Teil der von beiden Seiten gewünschten Annäherung im Rahmen der fortschreitenden europäischen Integration.[5]

Die deutsche Sprache und Kultur der Ostbelgier bildeten im Gegensatz zum Flämischen und Französischen in den anderen Landesteilen die wichtigste Brücke nach Deutschland. Die innerbelgische Autonomiedebatte und der noch länger tobende Sprachenstreit stellten das Verhältnis der beiden Nachbarn und die Bestrebungen der auswärtigen deutschen Kulturpolitik allerdings mehrfach auf die Probe – etwa wenn es wie bei der „Niermann-Affäre“ der späten 1980er und 1990er Jahre um die finanzielle Förderung ostbelgischer Vereinigungen durch deutsche Stiftungen und um Identitätspolitik ging.[6] Die „latente Grundnervosität“[7] ließ erst langsam nach, die „langen Schatten der Nachkriegszeit“[8] verblassten nach der Jahrtausendwende. Die gemeinsame Zwischenregion wurde im Geist der neuen europäischen Einheit neu definiert.

Ausgehend von diesen politischen und mentalen Rahmenbedingungen sollen im Folgenden mithilfe geschichtswissenschaftlicher Zugänge die deutschen Wahrnehmungsperspektiven auf Ostbelgien skizziert werden. Die Bewohner Nordrhein-Westfalens, der Städteregion Aachen und der rheinland-pfälzischen Eifelregion waren und sind aufgrund ihrer räumlichen und kulturellen Nähe am stärksten mit Ostbelgien verbunden. Angesichts der mangelhaften Erschließung und Digitalisierung von Zeitungen und anderen Quellen können für den Untersuchungszeitraum nur sehr fragmentarische Zeugnisse zugrunde gelegt werden. Wegen ihrer vergleichsweise guten Zugänglichkeit wurden zwei Quellentypen für die Untersuchungen ausgewählt: Fernsehproduktionen des WDR für die Zeit von 1970 bis 1995 und Reise- und Wanderführer für den Zeitraum 2000 bis heute, die überwiegend aus der Städteregion Aachen stammen. Aus methodischen Gründen werden Publikationen der Deutschsprachigen Gemeinschaft[9] und Reiseführer ostbelgischer Autoren ausgeklammert.[10]

Angesichts der lückenhaften Quellen- und Forschungslage sollen die folgenden Ausführungen nur eine erste Annäherung und Skizze sein.

In der Landesberichterstattung des WDR von Anfang der 1970er bis Mitte der 1990er Jahre fand Ostbelgien in den Sendeformaten „Hier und Heute unterwegs“ und „Aktuelle Stunde“ mehrfach Aufmerksamkeit, wobei die enge Zusammenarbeit des Kölner Senders mit dem Belgischen Rundfunk in Eupen hervorgehoben und ins Bild gesetzt wurde. Durchgängig thematisiert wurden die intensiven grenzüberschreitenden Beziehungen auf den Gebieten von Politik, Wirtschaft, Kultur und Geschichte sowie der gemeinsame Alltag der Grenzbewohner.[11] Bei heiklen politischen Fragen, wie dem innerbelgischen Sprachenstreit, berichtete der deutsche Sender betont vorsichtig bis distanziert.



Selbst stellen sich die deutschsprachigen Belgier gerne als Brückenbauer dar. Aus Anlass des zehnjährigen Bestehens des NRW-Verbindungsbüros in Brüssel im Jahr 1997 wurde durch den NRW Ministerpräsident Johannes Rau (Bild) daher nicht nur Robert Collignon, wallonischer Ministerpräsident, sondern auch Josef Maraite, Ministerpräsident der DG, eingeladen.

Optisch ins Bild gesetzt und kommentiert wurden allerdings die ostbelgischen Straßenschilder mit übermalten französischen Ortsnamen.[12] Der WDR berichtete auch über die von 1965 bis 1989 erschienene Lokalbeilage der Aachener Volkszeitung für die Ostkantone, die sich an die deutschsprachige Bevölkerung Ostbelgiens richtete und der einzige Auslandsteil einer deutschsprachigen Tageszeitung überhaupt war. Nicht unerwähnt blieb, dass die Beilage zunächst Ressentiments und Befürchtungen weckte, mit dieser die „Heim-ins-Reich-Bewegung“ stärken und an nationalistische Traditionen deutscher Politik gegenüber dem „Auslandsdeutschtum“ anknüpfen zu wollen. Der Sturm der Entrüstung sei aber nur von kurzer Dauer gewesen, dann hätten sich die Gemüter wieder beruhigt.[13] Die vom WDR interviewten Ostbelgier brachten überwiegend zum Ausdruck, dass sie sich mittlerweile als Belgier betrachteten und gleichzeitig ihre deutsche Sprache und Kultur bewahren wollten. Der mitunter bestehende Zwiespalt zwischen staatlicher und kultureller Zugehörigkeit werde, wie es hieß, durch die Zusammenarbeit der Regionen im europäischen Rahmen aufgelöst.[14]

1991 sendete der WDR eine 30-minütige historische Dokumentation von Dieter Bartel über die Abtrennung von Eupen-Malmedy von Deutschland 1920, die sich kritisch mit Fragen der jüngeren Geschichte der Region wie der Kollaboration zwischen 1940 und 1944 beschäftigte.[15]

Einzelne Sendungen des WDR hoben hingegen scheinbar unpolitisch die attraktiven Seiten der ostbelgischen Natur und Kultur hervor, insbesondere die französisch geprägte Gastronomie und touristische Freizeitangebote.[16] Dabei wurden Stereotype bedient, wie der ländliche Charakter der Region oder die mit Kirchenansichten und Glockengeläut untermalte katholische Religion ihrer Bewohner. Die digitale Ausstellung „Zeitschichten. Erkundungen eines Zwischenraums. Ostbelgien 1920-2020“ lieferte hierfür folgende Deutungsangebote:

„Das Motiv der Ländlichkeit kann sehr unterschiedlich gedeutet werden: Als Chiffre für eine Region unschuldigen Glücks, als Zeichen der sozio-ökonomische [sic] Rückständigkeit Ostbelgiens. Das Motiv der Ruralität kann ebenfalls für den Schutz der Menschen vor Außeneinflüssen stehen oder als Umfeld, das tiefgreifende Probleme verbirgt. Oder waren die Panoramaaufnahmen einfach schöne und griffbereite Kulissen?“[17]

Als zweites Hauptmotiv ostbelgischer Identität erscheint in der Fernsehberichterstattung des WDR der Karneval.[18] Auch hierzu führte die genannte Ausstellung unterschiedliche Deutungen an:

„Die Bilder des Karnevals können unterschiedlich gedeutet werden: als freiheitliche, anti-hierarchische Tendenzen, als Zeichen für subversiven Spaß, als Zeichen für Exotik, Folklore und Tradition. Häufig werden diese Sequenzen mit anderen Brauchtumsbildern kombiniert. Schützen, Maiennacht, Kirmes oder Frühschoppen werden immer wieder abgebildet und sollen ebenfalls auf die tief verwurzelte Identität und Traditionen der deutschsprachigen Belgier verweisen.“[19]

Kommen wir zum zweiten Quellenfundus: Im Mittelpunkt der für die Jahre von 2000 bis heute eingesehenen Reiseführer steht die Natur Ostbelgiens (das hier weit gefasst und nicht identisch mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder den Ostkantonen ist): der idyllische Casinoweiher in Kelmis, Wander- und Bikerrouten im Göhltal, auf der Vennbahntrasse und im Hohen Venn, Burgen (Emmaburg bei Hergenrath; Burg Reuland im Tal der Our) und Abteien (Val-Dieu). Hinzu kommen Orte sportlicher Betätigung vom Golfplatz bei Sippenaeken bis zum Stadion der AS Eupen, Museen aller Art wie das Möhrenmuseum in Eynatten, das Töpfereimuseum in Raeren, das Schokoladenmuseum in Verviers, das Kunstmuseum IKOB in Eupen oder das Heimatmuseum im Bahnhof von Sankt Vith. Abgerundet wird der Blick auf Ostbelgien durch Flohmärkte wie diejenigen in Welkenraedt oder Battice, Orte der Musik wie das Blues- und Jazzstädtchen Gouvy in den Ardennen und natürlich die gastronomischen Highlights der zahlreichen Restaurants, Cafés, Frittenbuden, Brauereien, Schnapsbrennereien und Wochenmärkte[20].

Die dunklen Aspekte der gemeinsamen Geschichte finden vornehmlich in neueren Darstellungen ausführliche

Erwähnung: in Überblicken zur Geschichte der Region[21], bei der Beschreibung von Denkmälern für die im Ersten Weltkrieg und unter der NS-Herrschaft getöteten Bewohner der Region[22] oder von Museen und Gedenkstätten zur blutigen Ardennenoffensive 1944.[23] Bernd Müllenders launige Beschreibung der heutigen Gestalt des Westwalls weist auf einen entspannteren Umgang mit der kriegerischen Vergangenheit in jüngster Zeit hin:

„Und da ist der Westwall in vielen Varianten. Mal ist Hitlers Höckerlinie lauschiges Naturspielzeug, mal ziert er einen englischen Rasen. Ein schönes Potpourri: Die klobigen Klötze in Reih und Glied, dazwischen – wie mit der Nagelschere geschnittenes Grün, bunte Blumen drumherum – ein Zaun. Ist ja ein Privatgrundstück."[24]

Rolf Minderjahns Lobgesang auf den multikulturellen und europäischen Charakter der Eupener mutet dagegen im Lichte der von Nationalitätenkämpfen geprägten Geschichte der Region im 20. Jahrhundert seltsam ahistorisch an:

„Welch eine Voraussetzung bietet sich hier für die sprichwörtliche Gastlichkeit und die angenehm multikulturelle Couleur beim Empfang von Besuchern aus dem Vierländereck Belgien, Deutschland, Niederlande, Luxemburg und darüber hinaus! Die Eupener waren irgendwie schon immer ‚Europäer'."[25]

In seinem „Länderporträt" über Belgien charakterisiert Bernd Müllender die Bewohner der ostbelgischen Region folgendermaßen:

„Man spricht hier Deutsch und fühlt sehr belgisch. Nie darf man deutsche Minderheit sagen oder deutsche Gemeinschaft – das wäre falsch und eine Attacke auf die Identität. […] Dennoch gelten die DGler als die belgischsten Belgier, weil sie sich mit dem Land besonders verbunden fühlen. Es heißt, sie arbeiten preußisch, leben französisch und denken belgisch."[26]

Abschließend sei folgendes Fazit gewagt: Aus kulturgeschichtlicher Perspektive geht es bei den deutschen Blicken auf Ostbelgien um die Wahrnehmung der Region als ein nahes und doch fremdes Land. Das touristische Reisen in die Region jenseits der Grenze stellt eine Entdeckungsfahrt in die eigene und mit wachsendem zeitlichen Abstand zugleich fremde Gegenwart und Geschichte dar. Darin trifft sich dieser Ansatz mit Einzelaspekten der modernen Tourismusforschung, die sich u. a. mit Reisemotiven, touristisch vermittelter Erinnerungskultur und der Wahrnehmung von Landschaft, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur des Reiselandes beschäftigt. Spannend für den deutschen Blick auf Ostbelgien erscheint die von Rüdiger Hachtmann im Anschluss an den französischen Soziologen Pierre Bourdieu (1930-2002) formulierte Theorie des Symbolkonsums:

„Symbolkonsum sei sowohl die – oft lediglich oberflächliche – Besichtigung von kulturellen Sehenswürdigkeiten, aber auch der Kauf von Souvenirs, Schmuck, Hüten, Kopftüchern etc. des Gastlandes oder auch exotische oder dramatisch inszenierte Erlebnisse. Zu Hause (so könnte man ergänzen und in Bourdieu'schen Kategorien formulieren) *wird das im Urlaub erworbene symbolische oder kulturelle Kapital in soziales Kapital verwandelt."*[27]

Womöglich stellt die Wahrnehmung Ostbelgiens durch die deutschen Fernsehzuschauer und touristischen Besucher aus den grenznahen Gebieten eine Form von Symbolkonsum dar, die im selektiv genüsslichen Erleben der Vorzüge und Besonderheiten der Nachbarn das Gemeinsame und Verbindende findet, in den eigenen Alltag integriert und den regionalen Zwischenraum als einen außeralltäglichen und vermeintlich friedlichen multikulturellen Sehnsuchtsort entdeckt – eine beschauliche Utopie, in der die dunklen Erinnerungen und Phantomschmerzen des 20. Jahrhunderts inmitten der Krisen und Konflikte auf der globalen Ebene für eine begrenzte Zeit verblassen.

Blick der Luxemburger auf die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens

Von Victoria Mouton

Welchen Blick haben die Luxemburger auf Ostbelgien oder, wie die Luxemburger sagen würden, „op d'Neibelsch" beziehungsweise „Neubelgien"? Tatsächlich ist Luxemburg das einzige Land, in dem diese Bezeichnung heute noch geläufig ist. Die Betroffenen selbst, also die Ostbelgier, haben den Begriff schon seit langer Zeit verworfen.[28] Ist diese Betitelung nicht ein Zeichen dafür, dass viele Luxemburger die ostbelgische Realität trotz der offensichtlichen sprachlich-kulturellen Verbundenheit zum Nachbarn verkennen? Und falls nicht, wie nehmen sie sie wahr?

Um diese Fragestellung zu beantworten, werden zunächst die verschiedenen Verflechtungen zwischen Luxemburg und der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens erörtert. Ergänzend wird anhand von luxemburgischen Printmedien der Versuch unternommen, die Luxemburger Wahrnehmung der deutschsprachigen Belgier zu erfassen. Da jedoch repräsentative Daten nur bruchstückhaft vorliegen, fließen in die folgende Darstellung auch persönliche und subjektive Eindrücke und Beobachtungen ein.

Im Jahre 1977, schrieb das „Luxemburger Wort", die konservative Tageszeitung des Landes, über Ostbelgien:

„Dieses Gebiet, das mit Luxemburg eine gemeinsame Grenze hat, sollte uns doch wohl interessieren. Seltsamerweise scheinen viele Luxemburger nur wenig von diesem Nachbargebiet zu wissen."[29]

Tatsächlich denken viele Luxemburger beim Stichwort Belgien zuerst an die „Belsch Plage" mit den beliebten Seebädern Ostende und Knokke-Heist, an die belgische und inoffizielle europäische Hauptstadt Brüssel oder an Universitäten und Spa-Francorchamps. Das nahe Grenzgebiet wird oft übersehen. Zudem dürfte den meisten Luxemburgern der Sprachenkonflikt bekannt sein. Aber die Zahl derer, die davon gehört haben, dass es im äußersten Osten des Landes, unmittelbar an der luxemburgischen Grenze, noch eine kleine deutschsprachige Gemeinschaft mit einer eigenen Regierung gibt, dürfte überschaubar sein.

Allgemein gilt, dass in Luxemburg die Kenntnisse über das Nachbarland Belgien eher gering sind. Lieber schauen die Luxemburger zu den großen Nachbarn Deutschland und Frankreich, meint der luxemburgische Journalist Diego Velazquez in seiner Artikelserie „Belgien: Der verkannte Nachbar".[30] Es herrsche ein weitgehendes Desinteresse der Luxemburger für das Geschehen im westlichen Nachbarland. Als Gründe werden hier das komplexe und oft verwirrende föderale politische System sowie die chaotischen und langen Regierungsbildungen aufgeführt. Velazquez weist allerdings darauf hin, dass „die politische Tradition Belgiens, in der Koalitionen und Konsens zwischen Konkurrenten die Regel sind, viel näher an der luxemburgischen ist, als es die deutsche und die französische jemals sein werden".[31] Auch der luxemburgische Diplomat mit belgischen Wurzeln Alain de Muyser betont:

„Im Ernst, wir sollten uns bewusst sein, dass so viele gemeinsame historische Erfahrungen, so viele kulturelle und familiäre Bindungen, so viele politische und wirtschaftliche Interessen Belgien und Luxemburg ganz natürlich dazu prädisponieren, sich wie Brüder und Schwestern zu verstehen."[32]

Tatsächlich wird vor allem im offiziellen politischen Diskurs, wie es der Historiker Christoph Brüll kürzlich dargelegt hat, gerne an das Bewusstsein der früheren Zusammengehörigkeit appelliert.[33] Die engen familiären Verflechtungen beider Dynastien sowie die über weite Strecken gemeinsame Geschichte werden gerne als Ausgangspunkt genutzt, um von einer Schicksalsgemeinschaft beider Staaten zu sprechen und die bilateralen Beziehungen als privilegiert zu bezeichnen. Brüll weist darauf hin, dass diese offizielle Rhetorik allerdings nicht zwangsläufig die Empfindungen der Bevölkerung widerspiegelt.

Auch der Historiker Michael Erbe gibt zu bedenken, dass die zum Teil gemeinsamen geschichtlichen Erfahrungen nicht darüber hinwegtäuschen dürfen, „dass Belgien wie Luxemburg in vielen Bereichen recht unterschiedliche Strukturen aufweisen".[34] Allerdings müssen wir hier bemerken, dass diese Aussage möglicherweise auf Belgien als

Ganzes zutreffen mag, sie jedoch nicht unbedingt für die kleine deutschsprachige Minderheit im Osten des Königreichs gilt. Erbe zieht zwar keinen direkten Vergleich zwischen dem Großherzogtum und der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, doch aus seinen Ausführungen lassen sich einige Gemeinsamkeiten ableiten. So bietet die DG wie Luxemburg das Bild eines kleinen, kompakten und stabilen, in sich ruhenden Klein(glied)staates. Zudem spricht Erbe beiden eine „Art Mittlerfunktion“ zu: der DG „zwischen dem deutschen Sprachraum und Belgien“, dem Großherzogtum „zwischen dem deutschen und dem französischen Sprachgebiet [...] im Westen Europas“.[35]

Auf politischer Ebene wird die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit der DG in vielen Bereichen wie Mobilität, Ausbildung (im Bereich der Förderpädagogik und des differenzierten Unterrichts), territoriale Entwicklung oder Umweltschutz seit Jahren intensiv gefördert. Die interregionale Zusammenarbeit par excellence findet sicherlich im Rahmen der Großregion statt: So institutionalisierte der im Jahr 1995 eingerichtete ständige Gipfel der Großregion die grenzüberschreitende Partnerschaft und führt seither die politischen Führungskräfte der Gebietseinheiten regelmäßig zusammen.

Aber auch auf bilateraler Ebene gibt es Vereinbarungen und Verträge zwischen dem Großherzogtum Luxemburg und der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens. So sieht ein im November 2002 geschlossenes Kooperationsabkommen unter anderem einen ständigen Informations- und Erfahrungsaustausch, die gegenseitige Vergabe von Praktikumsstipendien, eine direkte Zusammenarbeit zwischen den betroffenen privaten und öffentlichen Einrichtungen, die Durchführung gemeinsamer Projekte, die Förderung grenzüberschreitender lokaler Partnerschaften oder auch die Schaffung grenzüberschreitender Institutionen vor.[36]

In politischen Fragen lässt man sich in Luxemburg auch gerne vom Nachbarn inspirieren. Insbesondere der 2019 eingeführte permanente Bürgerdialog der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens wird in den Medien als revolutionäre Idee gelobt und gilt in Luxemburger Regierungskreisen als Vorzeigebeispiel für eine moderne Demokratie.[37]

Es sind aber vor allem die wirtschaftlichen Verflechtungen, die seit Mitte der achtziger Jahre stetig gewachsen sind,



Die Amtszeiten des Ministerpräsidenten der DG Karl-Heinz Lambertz (1999-2014) und des luxemburgischen Premierministers Jean-Claude Junker (1995-2013) waren ähnlich lang. In ihren Funktionen intensivierten sie den Kontakt zum jeweiligen Nachbargebiet im Gleichschritt mit der wachsenden Zahl ostbelgischer Pendler nach Luxemburg und luxemburgischer Schüler in Ostbelgien.

da die ostbelgische Region einen immer wichtiger werdenden Arbeitskräftepool für die luxemburgische Wirtschaft einnimmt. So steigt die Zahl der Grenzpendler kontinuierlich an. „Viele unserer Betriebe sind auf die Arbeitskräfte aus Ostbelgien angewiesen“, erklärt Henri Rinnen, ehemaliger Bürgermeister von Weiswampach. „Und man greift gerne auf sie zurück“, meint er weiter, „sie sind sehr beliebt und gelten als hart arbeitend.“[38] Hervorzuheben ist auch, dass sich in den letzten Jahrzehnten entlang der Grenze – unter anderem aufgrund von Steuervorteilen – viele belgische Unternehmen niedergelassen haben, die ebenfalls gerne auf die deutschsprachigen Belgier zurückgreifen.

Im Jahr 2020 pendelten beispielsweise knapp 4.320 Grenzgänger der DG Belgiens nach Luxemburg an ihren Arbeitsplatz.[39] Die meisten Grenzpendler (28,1 %), 1.210 Personen, arbeiteten im Baugewerbe, dicht gefolgt vom Bereich Handel und Reparatur mit 1.020 Personen (23,7 %). Die Sektoren Transport und Kommunikation beschäftigten 640 Personen (14,9 %). 400 Grenzgänger aus der DG arbeiteten in Luxemburg im Gesundheitsbereich oder in einem sozialen Beruf.[40] Hier ist zu bemerken, dass der Großteil der belgischen Pendler nach dem Überqueren der Grenze zu Luxemburg nicht mehr weit fährt, sondern in einer der Grenzgemeinden wie Troisvierges, Weiswampach, Wincrange oder Winseler arbeitet.[41] Nur wenige fahren bis nach Luxemburg-Stadt. So ist es wenig verwunderlich, dass der hiesige Normalbürger, der nicht in unmittelbarer Grenznähe zu Ostbelgien lebt und oft nur wenig oder gar keinen Kontakt zu den deutschsprachigen Belgiern hat, den Nachbarn nur geringfügig oder gar nicht wahrnimmt.

Es sei denn, er hat ein besonderes Interesse an der Kunst- und Kulturszene, denn hier gibt es zahlreiche Verbindungen. Während in den 1970er Jahren die Chorkonzerte des Königlichen Eupener Männerquartetts in Luxemburg Aufmerksamkeit erregen konnten, sind es seit Ende der 1980er Jahre vor allem die zeitgenössischen Auftritte der Theaterkompanie Agora aus Sankt Vith, die das Luxemburger Publikum begeistern. Zwischen der Agora und dem Théâtre National du Luxembourg gibt es zudem eine lange grenzüberschreitende Zusammenarbeit. So ist im Rahmen des Kulturjahres „Luxemburg und Großregion – Kulturhauptstadt Europas 2007“ das Projekt „Total Theater“ entstanden, das bis heute zum Ziel hat, eine „grenzüberschreitende Theatereinheit zu schaffen, die den besonderen Geist innerhalb der Großregion widerspiegelt“.[42] Auf lokaler Ebene gibt es außerdem einen regen Austausch zwischen den jeweiligen Musikvereinen beidseitig der Grenze.[43]

Im Bereich Kirche und Religion sind ebenfalls Gemeinsamkeiten zu beobachten. So ist Luxemburg wie Ostbelgien traditionell katholisch geprägt. Auch wenn die christlich-religiösen Traditionen heutzutage mehr und mehr verloren gehen, gab es in den siebziger und achtziger Jahren in beiden Gebieten eine starke Kirchenbindung, die oft grenzüberschreitend war und bis heute als Strukturkonservatismus teilweise fortwirkt. So liest man in der luxemburgischen Presse von zahlreichen gemeinsamen Wallfahrten. Regelmäßig kamen aber auch Pilger aus dem Sankt Vither Raum zum Gnadenbild der „Trösterin der Betrübten“ nach Luxemburg, und umgekehrt gab es etliche Luxemburger Diözesanpilgerfahrten nach Moresnet-Chapelle zur „Helferin der Christen“.

Verschiedenen luxemburgischen Sportlern dürfte die DG auch ein Begriff sein, da es seit Jahren zahlreiche Verflechtungen im Bereich Sport und Freizeit gibt. Vor allem sogenannte Nischensportarten wie Reiten, Kegeln, Judo,



Die geographische Nähe und die geteilte Geschichte waren dem Großherzog Luxemburgs wohl offensichtlich bewusst, als er der Gemeinde Burg-Reuland im Jahr 1998 einen Besuch abstattete.

Schießen, Schach, Segeln, Fechten oder der Automobilsport greifen gerne auf grenzüberschreitende Begegnungen und Turniere mit den ostbelgischen Kollegen zurück. Zusätzliche Schnittpunkte gibt es im Bereich Wintersport. So werden in verschiedenen Presseberichten die Langlaufzentren in Ostbelgien im gleichen Atemzug genannt wie die Langlaufloipen von Weiswampach oder Hosingen.

Besonders stolz ist man auch in Luxemburg auf den Vennbahn-Radweg. Seit dem Frühjahr 2013 führt die 125 Kilometer lange preisgekrönte Strecke von Ulflingen quer durch die belgischen Ostkantone bis nach Aachen und ist ein wahrer Touristenmagnet geworden. Aktuell laufen die Arbeiten zur Verlängerung der Route bis nach Clerf.[44] Mit dem Trend der letzten Jahre zu einem nachhaltigen, sanften und regionalen Tourismus findet die Vennbahn zudem vermehrt Aufmerksamkeit in der luxemburgischen Presse. Ganz nach dem Motto: „Warum in die Ferne schweifen, wenn das Gute liegt so nah?“[45] Obgleich auf Luxemburger Seite natürlich versucht wird, die Touristen mit der Vennbahn ins Großherzogtum zu locken, wird aber immer wieder der grenzüberschreitende Aspekt hervorgehoben: Radeln ohne Grenzen.[46]

Tatsächlich fällt beim Blick in verschiedene Reiseführer auf, dass wiederholt Aktivitäten rund um die Themen Natur und Freizeit aufgegriffen werden. Hier nimmt vor allem das Wandern einen besonderen Stellenwert ein: Die Ostkantone werden als wahres Wanderparadies dargestellt. Hier wird abermals versucht, die politischen Grenzen verschwinden zu lassen. So stellt beispielsweise der Wanderführer „Islek ohne Grenzen“ das deutsch-belgisch-luxemburgische Grenzland ohne seine Grenzen vor und appelliert an die gemeinsamen geschichtlichen und kulturgeografischen Wurzeln seiner Bewohner:

„Der Wanderer betritt ein Nachbarland, ohne sich dessen bewusst zu werden, genauso wie vor 200 Jahren, als seine Bewohner allesamt zum damaligen Herzogtum Luxemburg gehörten.“[47]

Nicht nur beim Wandern, sondern auch im alltäglichen Leben scheinen die Grenzen keine Rolle mehr zu spielen: „Die Grenzen sind verschwunden. Auch in den Köpfen sind sie inexistent […]“, bemerkt Henri Rinnen, „[…] es macht keinen Unterschied, ob ich nach Wiltz oder nach Sankt Vith fahre.“[48]

Obschon es schwer ist, die tatsächliche Wahrnehmung des ostbelgischen Nachbarn aus Luxemburger Sicht zu erfassen, scheint es doch so, als ob der interessierte luxemburgische Beobachter vor allem das Gemeinsame und Verbindende zu der Deutschsprachigen Gemeinschaft Ostbelgiens sucht. Als exotisch oder fremdartig wahrgenommen werden diesseits der Grenze höchstens das geheimnisvolle und unheimliche Hohe Venn oder aber auch der alljährige Ausnahmezustand, der zu Karneval bei den feierlustigen Ostbelgiern herrscht.

Endnoten

1 Die Fernsehsendungen der RTBF, die von der SONUMA aufbewahrt werden, wurden im Rahmen der virtuellen Ausstellung „Erkundungen eines Zwischenraums. Ostbelgien 1920-2020. Eine virtuelle Ausstellung“ (https://zeitschichten.be) erschlossen. Ich danke Vitus Sproten für die Bereitstellung im Rahmen dieses Beitrags.

2 Vgl. Ute Schürings, Benelux. Porträt einer Region, Bonn 2017, S. 112-117; dies., Zwischen Pommes und Praline. Mentalitätsunterschiede, Verhandlungs- und Gesprächskultur in den Niederlanden, Belgien, Luxemburg und Nordrhein-Westfalen, Münster 2004, S. 63 f. Vgl. auch Michael Erbe, Belgien – Luxemburg, in: Helmut Schmidt/Richard von Weizäcker (Hrsg.), Die Deutschen und ihre Nachbarn, München 2009, S. 23 f.

3 Vgl. Peter M. Quadflieg, „Es lebe der König!“ oder „Vive le Roi!“ Die deutsche Sprachminderheit in Ostbelgien und die belgische Königsfamilie als lieu de mémoire, in: Hermann Kamp/Sabine Schmitz (Hrsg.), Erinnerungsorte in Belgien. Instrumente lokaler, regionaler und nationaler Sinnstiftung, Bielefeld 2020, S. 241.

4 Christoph Brüll, Vom Abklingen der „Phantomschmerzen“. Die Bundesrepublik und „Eupen-Malmedy“ (1949-1985), in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins 119/120 (2017/18), S. 354.

5 Christoph Brüll, „Hilf Dir selbst, dann hilft Dir Gott“? Eine politische Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, in: Anne Begenat-Neuschäfer (Hrsg.), Die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens. Eine Bestandsaufnahme, Frankfurt a. M. 2010, S. 27-46. Vgl. auch Christoph Driessen, Geschichte Belgiens. Die gespaltene Nation, Regensburg 2018, S. 211-218; Erbe, Belgien – Luxemburg, S. 41 ff.

6 Brüll, Vom Abklingen der „Phantomschmerzen“, S. 379-383; Christoph Brüll, Andreas Fickers, Zwischentöne. 100 Jahre Ostbelgien (1920-2020), Eupen 2020, S. 75-91. Vgl. auch Thomas Müller, Der „Grenzraum als Mitte“. Grenzüberschreitende Identitätspolitik im Städtedreieck Aachen – Maastricht – Liège, in: Monika Gibas, Rüdiger Haude (Hrsg.), Mythen der Mitte. Regionen als nationale Wertezentren. Konstruktionsprozesse und Sinnstiftungsprozesse im 19. und 20. Jahrhundert, Weimar 2005, S. 267-286.

7 Brüll, Vom Abklingen der „Phantomschmerzen“, S. 384.

8 Christoph Brüll, Die langen Schatten der Nachkriegszeit. Zur Eupener Bürgermeisterfrage 1964-65, in: Geschichtliches Eupen 51 (2017), S. 101-127.

9 Marion Schmitz-Reiners (Hrsg.), Diesseits von Belgien. Impressionen aus Ostbelgien, Eupen 2009.

10 Vgl. u. a. Guido Thomé (Hrsg.), Ostbelgien. Menschen, Landschaft, Kultur, Brauchtum, Eupen 2001; Franz-Josef Heinen, Unterwegs im kulinarischen Osten Belgiens, Bd. 1, Eupen 2003. Von in Ostbelgien lebenden Deutschen verfasst und an die Leserschaft in der Städteregion Aachen gerichtet sind: Archi W. Bechlenberg, Streifzüge durchs östliche Belgien. Vom Herver Land bis in die Eifel, Aachen 2015; Josef Els, Unsere Nachbarn im grünen Ostbelgien. Streifzüge durch Geschichte, Kunst & Kultur, Aachen 2020.

11 Anlässlich des 40-jährigen Jubiläums des Belgischen Rundfunks im Oktober 1985 berichtete der WDR in der „Aktuellen Stunde“ live aus Eupen, vgl. Archiv des WDR (Köln), Hier und Heute unterwegs, Eupen, deutschsprachiges Medienangebot in Ostbelgien, 0143360.mkv.

12 Vgl. Identitätsbausteine, in: Erkundungen eines Zwischenraums. Ostbelgien 1920-2020. Eine virtuelle Ausstellung, https://zeitschichten.be/de/perspectives/blicke-von-aussen (4.3.2023).

13 Archiv des WDR (Köln), Hier und Heute unterwegs, Zeitung im Grenzgebiet, Aachener Volkszeitung, R-2595.mkv; Aktuelle Stunde, Aachener Volkszeitung verlässt Belgien, 0177340.mkv.

14 Vgl. etwa Archiv des WDR (Köln), Hier und Heute unterwegs, Deutschsprachige Minderheiten in belgischen Ostkantonen, 0104735.mkv.

15 Archiv des WDR (Köln), Landesspiegel, Eupen-Malmedy, 0189590.mp4. Vgl. auch die 1994 produzierte dreiteilige Dokumentation „Verzeihen ja, vergessen nie!“, Archiv des WDR (Köln), Verzeihen ja, vergessen nie, I-III.mp4.

16 Archiv des WDR (Köln), Hier und Heute unterwegs, Wochenendtrip Eupener Wald, 10-4693.mkv.

17 Ostbelgische Stereotype. Eine rückständige ländliche Region?, in: Erkundungen eines Zwischenraums, https://zeitschichten.be/de/perspectives/blicke-von-aussen (4.3.2023).

18 Archiv des WDR (Köln), Hier und Heute unterwegs, Rosenmontag in Eupen, R-2101.mkv.

19 Identitätsbausteine, in: Erkundungen eines Zwischenraums, https://zeitschichten.be/de/perspectives/blicke-von-aussen (4.3.2023).

20 Vgl. Bernd Müllender, 100 Orte in Ostbelgien und Umgebung, Eupen 2018; Günter Metz, Unterwegs im Hohen Venn & Umgebung, Eupen 2005.

21 Vgl. Bernd Müllender, Belgien. Ein Länderporträt, Berlin 2017, S. 132-139; Gerd Busse, Typisch belgisch, Eupen 2022, S. 222.

22 Vgl. Bruni Mahlberg-Gräper, Unterwegs in Ostbelgien & Umgebung, Eupen 2001. S. 28.

23 Müllender, 100 Orte, S. 178 f.

24 Müllender, 100 Orte, S. 46 f.

25 Rolf Minderjahn, Eupen: Unterwegs in der Hauptstadt der deutschsprachigen Belgiens, Eupen 2014, S. 13.

26 Müllender, Belgien, S. 137.

27 Rüdiger Hachtmann, Tourismus und Tourismusgeschichte. Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 22.12.2010, https://docupedia.de/zg/hachtmann_tourismusgeschichte_v1_de_2010 (28.2.2023). Vgl. Rüdiger Hachtmann, Tourismus-Geschichte, Göttingen 2007; John Urry, The Tourist Gaze. Leizure and Travel in Contemporary Societies, London 1990.

28 Vgl. Was steckt in einem Namen?, in: Erkundungen eines Zwischenraums, https://zeitschichten.be/de/perspectives/was-steckt-in-einem-namen (4.1.2023).

29 Eine Zeitung für Ostbelgien. Zum 50jährigen Bestehen des Eupener „Grenz-Echo“, in: Luxemburger Wort, 14.10.1977.

30 Diego Velazquez, Belgien der verkannte Nachbar, in: Luxemburger Wort, 22.5.2019, https://www.wort.lu/de/international/belgien-der-verkannte-nachbar-5cdeb629da2cc1784e344460 (4.1.2023)

31 Ebd.

32 Original: „Plus sérieusement, soyons conscients que tant d'expériences historiques communes, tant de liens culturels et familiaux, tant d'intérêts politiques et économiques prédisposent tout naturellement la Belgique et le Luxembourg à s'entendre comme frères et sœurs.“ Alain De Muyser, La Belgique vue par la lorgnette quelque peu biaisée d'un diplomate luxembourgeois aux racines belges, in: Outre-Terre 40 (2014), S. 313-320, https://www.cairn.info/revue-outre-terre2-2014-3-page-313.htm (4.1.2023).

33 Christoph Brüll, Les relations belgo-luxembourgeoises depuis 1919. Perspectives historiques et historiographiques, in: Franz Clément (Hrsg.), Belgique – Luxembourg. 100 ans de collaboration, Luxemburg 2021, S. 13-30.

34 Erbe, Belgien – Luxemburg, S. 20.

35 Ebd., S. 21.

36 Das Gesetz vom 25. Juni 2004 genehmigt das Kooperationsabkommen zwischen dem Großherzogtum Luxemburg und der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, das am 19. November 2002 in Luxemburg unterzeichnet wurde. Online verfügbar auf https://legilux.public.lu/eli/etat/leg/loi/2004/06/25/n5/jo (4.1.2023).

37 Siehe hierzu zum Beispiel: Pia Oppel auf Radio 100,7, Klimaschutz: Courage gesicht, 15.10.2021, https://www.100komma7.lu/article/aktualiteit/klimaschutz-courage-gesicht (3.3.2023); Diego Velazquez, Ostbelgien: Demokratie in reinster Form, in: Luxemburger Wort, 22.5.2019, https://www.wort.lu/de/international/ostbelgien-demokratie-in-reinster-form-5cde96b-0da2cc1784e344430 (3.3.2023).

38 Interview mit Henri Rinnen, 11.01.2023.

39 Daten online verfügbar auf https://adem.public.lu/fr/marche-emploi-luxembourg/statistiques/statistiques/igss/Tableaux-interactifs-stock-emploi.html (4.1.2023).

40 Datenstand 31.3.2021, Quelle: Inspection générale de la sécurité sociale, Luxembourg (IGSS). Online verfügbar über die Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (IBA·OIE) auf https://www.iba-oie.eu (22.3.2023).

41 Genaue Daten zur Verteilung der Beschäftigung am Arbeitsort innerhalb Luxemburgs sind aktuell relativ eingeschränkt. Vgl. Franz Clément (Hrsg.), Beziehungen zwischen Ostbelgien, der Wallonie und dem Großherzogtum: auf dem Weg zu einem „Großraum Luxemburg“?, in: Die Hefte der Großregion 4 (2021).

42 Im Fokus: 4,8 Millionen Euro für Projekt „Total Theater“ in der Großregion, in: Luxemburger Wort, 21.1.2013.

43 Interview mit Henri Rinnen, 11.01.2023..

44 Vgl. Volker Bingenheimer, Start für Verlängerung des Vennbahn-Radwegs, in: Luxemburger Wort, 7.5.2022.

45 Joscha Remus, Die Zukunft des Reisens, in: Luxemburger Wort, 6.2.2021, https://www.wort.lu/de/lifestyle/die-zukunft-des-reisens-601d4ebfde135b923614cd0a (3.3.2023).

46 Vgl. Bernd F. Meier, Auf der Spur von Kohle und Stahl. Grenzenlos radeln auf der Vennbahn, in: Luxemburger Wort, 17.7.2015.

47 Leonard Palzkill, Heinz Nick, Jean Stephany, Islek ohne Grenzen. Wanderungen im deutsch-belgisch-luxemburgischen Grenzraum. 25 Wanderrouten, Arzfeld 1998, S. 5.

48 Intreview mit Henri Rinnen, 11.01.2023..







POLITIK UND GESCHICHTE IM DEUTSCHSPRACHIGEN BELGIEN SEIT 1973:

EIN POLITIK- UND EMOTIONSGESCHICHTLICHER ZUGANG

VERGANGENHEITSANGST IM PLENARSAAL

VON CHRISTOPH BRÜLL





Wie haben ostbelgische Politiker über die regionale Vergangenheit gesprochen? Welche Emotionen begleiteten dieses Sprechen oder machten es aus? Wie verhielten sich ihre Interventionen zum Stand der Erforschung der Regionalgeschichte? Die seit der langen Nachkriegszeit in Ostbelgien präsente Vergangenheitsangst veränderte sich spätestens seit den 2000er Jahren und damit änderten sich auch die Bedingungen, unter denen Regionalgeschichte gemacht wurde.

Hunderttausende Flamen wurden am 17. November 1985 erstmals mit der wechselhaften Vergangenheit ihrer Landsleute in den *Oostkantons* konfrontiert. Der bekannte Journalist Maurice De Wilde (1923-1998) widmete mit „Belgen tegen will en dank“ die erste Folge seiner VRT-Dokumentationsreihe „De kollaboratie“ ganz der Geschichte der Region von Eupen-Malmedy-Sankt Vith. Während knapp zwei Stunden kamen etliche nach dem Krieg wegen Kollaboration verurteilte Zeitzeugen zu Wort. Für den regionalen Kontext war der Heimatforscher und Vorsitzende des Geschichtsvereins „Zwischen Venn und Schneifel“ Kurt Fagnoul (1928-2009) zuständig.

Anschließend lud die VRT zu einer TV-Debatte über das eben Gesendete ein. Daran nahm der Präsident des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Kurt Ortmann (1931-2010; CSP), teil, an den sich die erste Frage des Moderators richtete.[1] Dieser hatte zuvor seine Einschätzung mitgeteilt, nach der die Bewohner der *Oostkantons*, „vor allem die junge Generation“, sich vierzig Jahre nach Kriegsende doch als Belgier fühlten – „wohl mehr als wir [Flamen; C. B.]“. Ortmann reagierte darauf mit großer Bestimmtheit:

„Ja, ich glaube, dass die große Masse unserer Bürger und unserer Jugend sich in Belgien wohlfühlt, jetzt vierzig Jahre nach dem Kriege. Und ich möchte mich bedanken als Präsident der Gemeinschaft, dass wir heute hier sein können, um in einer Debatte die Sache um die sogenannte Kollaboration in unserem Gebiet klarzustellen. Ich möchte aber schon jetzt sagen […], dass man in unserem Gebiet nicht von Kollaboration sprechen kann, denn wir waren nicht besetztes Gebiet; Flandern war besetzt, Wallonien war besetzt, unser Gebiet war an Deutschland annektiert, bei uns herrschten die deutschen Gesetze. Wer bei uns also nicht dem Führerdiktat und der Diktatur des Nazismusses [sic] folgte, wurde automatisch erschossen. […] Die Bevölkerung hat das Schwerste erleben müssen. […] Und diese Zeit müssen wir nun […] noch vertragen, verarbeiten und müssen noch mit dieser Generation fertigwerden und diskutieren und müssen noch gewisse Schäden dieser Zeit, die noch in der Bevölkerung haften, beheben.“[2]



Blick in das Rund der Fernsehsendung von Maurice De Wilde im Rahmen der Gesprächsrunde über „Belgen tegen wil en dank“ im öffentlich-rechtlichen Fernsehen.

Die Ausführungen des Ratspräsidenten stehen sinnbildlich für das Geschichtsbild der Ostbelgier in den 1980er Jahren, sobald es um den Zweiten Weltkrieg ging. Ortmanns bestimmter Ton war gekennzeichnet von Empathie mit der älteren Generation, wobei er bezeichnenderweise seine eigenen Jugenderfahrungen in der Vorkriegs- und Kriegszeit ausließ. Im Hintergrund schwebte die ungeregelte Frage der finanziellen Entschädigungen für die ostbelgischen Wehrmachtsoldaten („Zwangssoldaten“).

Zwischen den Zeilen lässt sich erkennen, dass Ortmann auch auf die mentalen Langzeitfolgen der Jahre 1919-1950 abhob. Indem er jedoch den Zwang, der auf der Bevölkerung gelastet habe, überzeichnete und deren Passivität betonte, machte er jede Frage nach individueller Verantwortung unmöglich und stellte den in der Dokumentation präsentierten Zeitzeugen nachträglich ein Entlastungszeugnis aus. Insgesamt diente Ortmanns Intervention zwei Zielen: dem Rest des Landes zu vermitteln, dass die Geschichte der Region anders verlaufen und somit anders zu bewerten sei als die in Innerbelgien und, mehr an die Zuschauer in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gerichtet, dass die politische Regelung der Kriegsfolgenproblematik einen gesellschaftlichen Schlussstrich unter die bewegte Vergangenheit erleichtern könne. Die Intervention des höchsten Repräsentanten der deutschsprachigen Belgier war beredtes Beispiel für die Vergangenheitsangst, die in Ostbelgien weitverbreitet war und für die es in Reden und Interviews von Parlamentariern und Regierungen zahlreiche Beispiele gibt.

Vergangenheitsangst

Im Gegensatz zu Kammer und Senat oder auch zum Deutschen Bundestag nimmt das Parlament der DG keine besonderen historischen Daten oder Gedenktage zum expliziten Anlass für geschichtspolitische Selbstvergewisserungen. Für die Volksvertreter einer Minderheit, die sich seit den 1970er Jahren offensiv über ihre Sprache und ihre Geschichte definiert, mag dies überraschen. Es bedeutet allerdings nicht, dass die Vergangenheit im Plenarsaal und in medialen Einlassungen von Parlament und Regierung keinen Platz gehabt hätte.

Debatten wie diejenigen um die Namensgebung der Gemeinschaft im Jahr 1980, um die Schaffung eines Festtages der DG im Jahr 1990 und um die Niermann-Affäre in den Jahren 1987 und 1990 waren zudem immer auch geschichtspolitische Debatten. Freddy Cremer (* 1957) hat jedoch darauf hingewiesen, dass diese Debatten im Sinne eines aufgeklärten Geschichtsbewusstseins in Ostbelgien allzu häufig „kommunikative Sackgassen“ gewesen seien.[3] Für die Zeit seit den 2000er Jahren hat Andreas Fickers (* 1971) schon früh auf die Gefahr der von Politikern gerne verbreiteten Erzählung einer Erfolgsgeschichte der Autonomie seit den 1970er Jahren hingewiesen. Einer Erzählung, welche den „positiven Ausgang“ der Autonomiebestrebungen als Kompensation für die Leiden in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts deutet.[4]



Feuerwerk in Malmedy: Aus Anlass der 75jährigen Zugehörigkeit der Ostkantone zu Belgien wurde im Jahr 1995 ein großes Feuerwerk in Malmedy veranstaltet. Im Gebiet deutscher Sprache wurden die historischen Lesarten derweil seit den 1990er Jahren etwas nuancenreicher.

Im Zentrum der folgenden Interpretation relevanter Debatten in RdK/RDG/PDG und dem nationalen Parlament steht dabei das – in Anlehnung an Frank Biess entwickelte – Konzept der Vergangenheitsangst.[5] Mit dem deutsch-amerikanischen Historiker wird das „Gefühl der Angst als eine unter vielen Möglichkeiten [verstanden], die Vergangenheit mit der Gegenwart und Zukunft zu verbinden“.[6] Der Begriff trifft nicht nur die vielfach belegte Feststellung eines verkrampften Umgangs mit einer unverdauten Vergangenheit in Politik und Gesellschaft in der Region, sondern erlaubt auch einen Zugang, der diesen Umgang stärker in einen emotionsgeschichtlichen Kontext setzt.[7] Es soll im Folgenden außer nach der politischen Funktion dieses Sprechens über Vergangenheit danach gefragt werden, welche Emotionen damit verbunden waren. Der parlamentarische und gouvernementale Rahmen scheint hierfür besonders geeignet, richtet sich gesetzgeberische Tätigkeit doch per se in die Zukunft, bedient sich dabei aber permanenter Rückgriffe auf die Vergangenheit. Der emotionsgeschichtliche Zugang zu Parlamentarierinterventionen berücksichtigt auch das Spannungsfeld zwischen individueller Emotion (ob bewusst oder unbewusst eingesetzt) und öffentlichen Diskursen über die Vergangenheit der deutschsprachigen Belgier.

Eine weitere Frage betrifft das Verhältnis von politischen Akteurinnen und Akteuren und dem Stand der historischen Forschung: Inwieweit haben die Fragen und Erkenntnisse der Historikerinnen und Historiker Einzug ins Parlament (auch in mediatisierter Form) erhalten? Diese Frage soll zudem eine Annäherung an die soziale Rolle von Geschichte bzw. des Umgangs mit der Vergangenheit im Ostbelgien der Gegenwart ermöglichen.

„Fehlende Auseinandersetzung mit der Vergangenheit“

Wenige Wochen nach der Ausstrahlung von „Belgen tegen will en dank“ kam der CSP-Kammerabgeordnete Albert Gehlen (* 1940) in einer Replik auf die Regierungserklärung des gerade bestätigten Premierministers Wilfried



Im Jahr 1972 wurde in Burg-Reuland etwa das „1000jährige Bestehen" der Burg gefeiert. Seit den 1990er Jahren erhielt die Zeitgeschichte des Gebietes immer mehr Aufmerksamkeit. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit Themen des Mittelalters oder der Frühen Neuzeit geriet eher in den Hintergrund.

Martens auf die Sendung zurück. Gehlen verspürte das Bedürfnis, einige Dinge geradezurücken:

„Da nur Personen unter dem Gesichtspunkt der Kollaboration zu Wort kommen, kann diese Sendung unserer Gemeinschaft in der nicht informierten Öffentlichkeit und unserem gemeinsamen Ziel, die Zwangssoldaten als Kriegsopfer anzuerkennen und zu entschädigen, schweren Schaden zufügen."[8]

Gehlen zählte den Wissensstand der Zeit auf: dass zwischen November 1939 und Mai 1940 weniger als zehn Prozent der Wehrpflichtigen aus der Region aus der belgischen Armee desertiert seien, dass die Londoner Exilregierung von Hubert Pierlot erst nach mehr als drei Jahren gegen die „ungerechte Annexion" protestiert habe und dass der damalige Premierminister Gaston Eyskens 1970 die durch das Unverständnis der nationalen Behörden bedingten negativen Folgen für die Bevölkerung in der Region anerkannt habe. Der Premierminister, die Minister und das nationale Parlament könnten, so Gehlen, „den Tausenden betroffenen Mitbürgern Gerechtigkeit erweisen", indem sie die Entschädigungsfrage endlich regelten. Auch hier kämpfte Gehlen gegen das in Belgien weit verbreitete Unwissen über die Geschichte der Region an, um mit den „Zwangssoldaten" den „politischen Dauerbrenner"[9] der Nachkriegszeit wieder einmal im nationalen Parlament zu thematisieren.

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft stieß sich der Journalist und Schriftsteller Freddy Derwahl (* 1946) mit Verve an dem Bild, das De Wilde in seiner Dokumentation von Ostbelgien gezeichnet hatte, und warf diesem vor, die Bevölkerung karikiert zu haben: „Hand aufs Herz, wackerer Europa-Bürger, in Wahrheit bist du doch ein aufrechter Preuße."[10] Mit solchen Darstellungen müsse Schluss sein. Ihm antwortete der Geschichtsstudent Carlo Lejeune (* 1963). Er könne verstehen, dass De Wildes Sendung das „Heile-Tourismus-Welt-Denken" mancher Ostbelgier verletzt habe, trotzdem sei die Forderung nach „Schluss" genau das Gegenteil von dem, was die junge Generation brauche. Der flämische Journalist habe sich mit einer Zeit beschäftigt, die noch nicht einmal ansatzweise aufgearbeitet worden sei, diesen „Bewusstseinsbruch zwischen Generationen" gelte es zu überwinden und nicht zu evakuieren.[11]

Während in der Bundesrepublik zur gleichen Zeit über die Rede Richard von Weizsäckers zum 8. Mai 1985 als Tag der Befreiung auch für die Deutschen leidenschaftlich gestritten und eine neue Perspektive auf die nationalsozialistische Vergangenheit verhandelt wurde, war es in der kleinen belgischen Grenzregion still geblieben. Das Beschweigen wurde nur durch Betroffenheitsliteratur gebrochen, eine ernstzunehmende regionale Geschichtsschreibung gab es nicht. Die existierende Forschungsliteratur war in den 1960er und 1970er Jahren von den mit der Region verbundenen, aber nicht dort lebenden Historikern Klaus Pabst, Heinz Doepgen, Heidi Christmann und Martin R. Schärer verfasst worden. Zwar wurde der Terminus „Vergangenheitsbewältigung" nicht selten auch von ostbelgischen Politikern in den Mund genommen, mit Inhalt gefüllt wurde er nicht.[12]

Fünf Jahre nach „De kollaboratie" hatte sich daran, entgegen einer von Kurt Ortmann in der Fernsehdebatte geäußerten Hoffnung, nichts geändert. Und diesmal waren Lejeune und Derwahl sich einig. Der Historiker Lejeune hatte sich in einem vom Grenz-Echo veröffentlichten Tagungsvortrag vom Mai 1990 mit der „fehlenden Auseinandersetzung mit der Vergangenheit in Ostbelgien" beschäftigt und wurde dabei deutlich:

„Zwar ist die Geschichte der Zwischenkriegszeit wissenschaftlich aufgearbeitet worden, doch hat dies […] keine Entsprechung in der Allgemeinliteratur gefunden. Geschichtsvereine, Buchautoren, Journalisten sowie die meisten Betroffenen befleißigen sich, die eigene Geschichte der letzten 70 Jahre weiterhin zu tabuisieren und somit den politischen Instrumentalisierungsbestrebungen der Politiker dienlich zu machen. In der ostbelgischen Politik spiegelt sich aber die sogenannte ‚Meinung des Volkes' wider, die weiterhin und bevorzugt an vereinfachenden formelhaften Vorurteilen wie auch an der undifferenzierten Reduktion aller Probleme auf den Gegensatz probelgisch-prodeutsch festhält. Diese Verfestigung des alten Gegensatzes begründet sich psychologisch in der Suche nach einem Sündenbock; denn nur durch Sündenböcke läßt sich von der eigenen Schuld und Verantwortung ablenken."[13]

Lejeunes Kritik und Vorschläge für eine Erneuerung der Historiografie bildeten gemeinsam mit der ebenfalls 1990 von Freddy Cremer und Werner Mießen (* 1945) organisierten Ausstellung „Die verdrängten Jahre" und der Herausgabe der von der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft finanzierten Bibliokassetten „Grenzland seit Menschengedenken" den Auftakt für eine aus der Region hervorgehende wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der „eigenen Vergangenheit", an der sich – allerdings ohne dass es zu einem Dialog mit den Forschern gekommen wäre – auch Derwahl und seine Schriftstellerkollegen Leo Wintgens (* 1938) und Bruno Kartheuser (* 1947) beteiligten.[14]

Derwahl hatte in einem Zeitungskommentar zum 50. Jahrestag des Einmarsches der Wehrmacht in Belgien darauf hingewiesen, dass Verdrängung kein Weg des gesellschaftlichen Umgangs mit der Vergangenheit sei. Besonders monierte er das erneute Ausbleiben einer parlamentarischen Debatte über das „schwierige Datum" des 10. Mai 1940:

„So hätte es dem frei gewählten Gemeinschaftsrat gut zu Gesicht gestanden, wenn er rechtzeitig die Initiative dieser heiklen, jedoch unverzichtbaren Debatte ergriffen hätte, um somit aus der Distanz eines pluralistischen Forums der unausweichlichen Wahrheit endlich eine Bresche zu schlagen."[15]

Die „schmerzhaftesten Probleme"

Die Verabschiedung eines Statuts für die „Dienstverpflichteten in der deutschen Armee" und – als vergangenheitspolitische Kompensation – für die „Widerstandskämpfer gegen den Nazismus in den annektierten Gebieten" im Jahr 1974 war ein Meilenstein in der Kriegsfolgengesetzgebung gewesen.[16] Nachdem die Bundesrepublik in zwei Abkommen mit Belgien 1962 und 1973 eine Kriegsopferversorgung in Höhe



Die wichtigste Infrastruktur für die Geschichtsarbeit in Ostbelgien wurde im Jahr 1989 mit dem Staatsarchiv eingerichtet. Nach der Gründung des Archivs wurden allmählich wichtige Bestände zur Geschichte des Gebietes in die Dienststelle in noch provisorische Magazine überführt.



Die Zerstörungen und hiermit verbundenen Fluchtbewegungen durch die Ardennenoffensive wurden für viele Eifeler zum zentralen Erinnerungsort des 20. Jahrhunderts, der in Veröffentlichungen und bei Veranstaltungen thematisiert wurde.

von 43,5 Millionen DM zur Verfügung gestellt hatte,[17] war die Schaffung des Statuts die Voraussetzung dafür, alle Betroffenen für den Militärdienst in deutschen Verbänden finanziell zu entschädigen, unabhängig davon. Seit Ende der 1970er Jahre tagten Verwaltungskommissionen, die die eingereichten Anträge begutachteten. Auf dem Weg zur Zuerkennung einer finanziellen Entschädigung war man jedoch noch nicht weitergekommen. Daher verabschiedete der RdK im November 1979 eine Resolution an die Regierung in Brüssel, die diese dazu aufforderte, eine finanzielle Entschädigung möglich zu machen. In der Debatte wurde die Besonderheit der Geschichte der Ostkantone – betroffen waren ja auch die Gemeinden Malmedy und Weismes – hervorgehoben, wie der liberale Abgeordnete Fred Evers (1935-2018) dies in einem historischen Exkurs bei der Verabschiedung des Statuts 1974 ebenfalls getan hatte.[18] Der PDB-Provinzialrat Joseph Dries (* 1946) sprach davon, dass „das Anderssein der Minderheit vom stärkeren Teil, von der Mehrheit voll und ganz akzeptiert werden [muss]“.[19] Damit visierte er vor allem die französischsprachigen Belgier.

Der CSP-Kammerabgeordnete Willy Schyns (1923-2001) sprach im RDG von den Hindernissen, mit denen sich die Parlamentarier aus der Region seit 1945 in Brüssel konfrontiert sahen:

„Um von dieser unheilvollen Kriegs- und Nachkriegsgeschichte im damaligen belgischen Parlament zu sprechen, erforderte schon eine Portion Mut und Zivilcourage. Unsere gesamte Gegend wurde damals als unbürgerlich betrachtet. Dann kann man sich auch vorstellen, welchen Mut [sic!] es bedurfte, um für diese Personen, für unsere Gegend im belgischen Parlament, das meistens und überwiegend aus politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen zusammengestellt war, das Wort zu ergreifen […]. Wir haben das stets freimütig und offen getan […]. Es waren damals nur sehr wenige Politiker im belgischen Parlament, die diese Situation anerkannten und auch verstanden.“[20]

Legitimer Frust, Selbstrechtfertigung und Unsachlichkeit (etwa in der Anspielung auf die Zusammensetzung der Kammer, die den Widerstandskämpfern und Kriegsopfern unterstellten, kein Verständnis für die ostbelgische Situation aufbringen zu können) gingen in diesen Worten eine Verbindung ein, hatte doch die CSP als dominierende Partei den Hauptteil der vergangenheitspolitischen Last geschultert.

Der junge CSP-Abgeordnete und Jurist Rolf Lennertz (* 1953) präsentierte eine sehr persönliche Sicht auf die ostbelgische Vergangenheit, die durchaus stellvertretend für einen Opferdiskurs gelesen werden kann, der auch in der Generation der Kinder und Enkel präsent war:

„Der Rat der deutschen Kulturgemeinschaft behandelt heute ein ernstes Thema, das die wohl schmerzhaftesten Probleme der Geschichte unserer Gegend berührt. Kaum zwanzig Jahre nach der Zuteilung zum Königreich Belgien, die von vielen in den Zwischenkriegsjahren nie anerkannt und aktiv bekämpft wurde, kam das Gebiet deutscher Sprache durch eine gewaltsame und illegale Annektierung zurück zum Deutschen Reich. Die damalige belgische Regierung in London, die gleichwohl diese Annektierung niemals anerkannte, ließ in diesem entscheidenden Moment die deutschsprachigen Belgier im Stich. Kein Lebenszeichen, keine Anweisungen, keine Durchhalteparolen für die eingegliederten Kantone kamen je hier an. Und auch nach der Befreiung gab es für die hartgeprüften, mit schweren Verlusten geschlagenen deutschsprachigen Belgier keine Anerkennung, wenig Gerechtigkeit, Säuberungen und Bestrafungen und kaum Verständnis für das ertragene Leid, das waren die Früchte eines Hasses, die die Älteren unter uns ernten mußten, obschon sie diesen Haß nicht gesät hatten. Uns, den Glücklicheren, Jüngeren der Nachkriegsgeneration, die wir nie vor der Wahl gestanden haben, die den Älteren aufgezwungen wurde, steht kein Urteil über das damalige Geschehen zu. Wir können nur Respekt und Mitgefühl für die bezeugen, die gelitten haben, und müssen mit allen unseren Kräften denen zu Hilfe eilen, denen 34 Jahre nach Ende des hoffentlich letzten Weltkrieges immer noch keine Gerechtigkeit zuteil wurde.“[21]



Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg wurde nicht nur durch die betroffenen Generationen am Leben gehalten, sondern blieb auch durch die Zwangssoldatenproblematik politisch lange Zeit virulent.

Das Mitgefühl eines Sohnes und Enkels war hier greifbar. Trotz der vom Redner angesprochenen Tatsache, dass ein Teil der Bevölkerung sich in der Zwischenkriegszeit gegen eine Integration in den belgischen Staat ausgesprochen und engagiert hatte, schien eine Interpretation, die die Passivität der jungen Männer in der Kriegszeit überwunden hätte, noch außerhalb des Vorstellungshorizonts bzw. zumindest der öffentlichen Sagbarkeit. Der entschuldigende Ton tat sein Übriges. Die Kritik an der ausbleibenden Reaktion der Exilregierung auf die Annexion und am Unverständnis der belgischen Behörden in der Nachkriegszeit war hingegen allgemein akzeptiert. Bemerkenswert ist dabei die Unbestimmtheit der Beschreibung, die dafür spricht, dass es hier um unmittelbar mündlich vermittelte Erfahrungen ging und nicht um Geschichtsbuchwissen.

Es sollte nicht das letzte Mal gewesen sein, dass die parlamentarische Vertretung der deutschsprachigen Belgier sich auf nationaler Ebene für die Entschädigung der ostbelgischen Wehrmachtsoldaten einsetzte. Während für die anerkannten Widerstandskämpfer eine solche Regelung 1982 gefunden wurde,[22] blieb ein im gleichen Jahr vorgebrachter Gesetzesvorschlag der Kammerabgeordneten Evers und Gehlen ohne Erfolg. In einer RdK-Debatte erklärte Joseph Dries, dass ohne die Lösung der Frage „weite Teile der Bevölkerung in einer negativen Einstellung zum Staate verbleiben“ würden.[23] In einer Debatte um eine Resolution an die Unterhändler zur Bildung einer neuen Regierung im März 1988 konnte Norbert Scholzen (1928-2016; PDB) nur hoffen, dass eine Regelung „zu einer späten Aussöhnung einer ganzen Generation mit dem belgischen Staat führen“ könne. Er warnte davor, dass weitere Forderungen der Widerstandskämpfer zum „Bremsklotz“ würden:

„Der historische und der moralische Hintergrund der Zwangssoldatenproblematik einerseits und der Widerständlerproblematik andererseits ist sehr unterschiedlich; deshalb dürfen beide Gruppen nicht gegeneinander aufgewogen werden. Ich verweise dabei nur auf die Regelung im Großherzogtum Luxemburg, wo die Zwangssoldaten und die Widerständler die gleiche gerechte Behandlung erfahren, obwohl sie im Krieg auf entgegengesetzten Seiten standen. Würde dies auch hier

geschehen, würde das Gefühl abgebaut, daß es in Belgien und in unserem Gebiet Bürger erster Klasse und Bürger zweiter Klasse gibt. Würde dies hier geschehen, könnten die tiefen Gräben, die unsere Bevölkerung und selbst einzelne Familien jahrzehntelang gespalten haben, vollends geschlossen werden. […] Die Regelung der Zwangssoldatenforderungen ist nicht nur ein Anspruch der älteren Generation. […] es gibt auch junge Leute […], die diese schier endlose Debatte verfolgen – natürlich aus einem anderen Blickwinkel als wir Älteren – und die unmittelbar betroffen sind. Aber die Jüngeren hinterfragen – teilweise sehr kritisch –, wie alles gewesen ist. […] Die Regelung oder Nicht-Regelung unserer Forderungen wird später einmal, wenn diese Frage historisch gewertet werden kann, mit darüber entscheiden, ob die zukünftigen Generationen unseres Gebietes mit einer Hypothek belastet oder als vollends akzeptierte Bürger in Belgien leben dürfen."[24]

Während Scholzen einen verhaltenen Optimismus an den Tag legte, der demjenigen von Ortmann nicht fern war, lag in den Aussagen seines grünen Parlamentskollegen Joseph Benker (1939-1998) Skepsis und Traurigkeit:

„[…] ich befürchte, daß es in Belgien keine Mehrheit mehr geben wird, die den Zwangssoldaten die Rente zusprechen könnte, auf die sie ein Anrecht haben. Ich könnte mir vorstellen, daß […] in Brüssel […] das ungelöste Problem der Zwangssoldaten wieder auf die lange Bank geschoben wird. Dahinter steckt ganz sicher das Problem der Vergangenheitsbewältigung, die weder in Ostbelgien noch im Innern des Landes stattgefunden hat. Schließlich sollten wir uns doch ehrlich die Frage stellen: Was sind Zwangssoldaten? Für mich sind alle Soldaten Zwangssoldaten, selbst diejenigen, die glauben, sie seien Freiwillige; die werden noch mehr manipuliert als andere. Ich bin sehr traurig darüber, daß das Land, das ich mein Vaterland nennen soll, unsere Väter so lange im Stich läßt."[25]

Benker thematisierte das Unausgesprochene und schlug dabei einen Bogen zum Umgang mit dem Zweiten Weltkrieg im Rest des Landes, der deutlich machte, dass es nicht nur die Generation der Betroffenen war, die an der unbewältigten Vergangenheit zu tragen hatte, sondern dass der gesamte gesellschaftliche Zusammenhalt davon betroffen war.

Benker traf, wenige Monate nach Beginn der Niermann-Affäre, einen zentralen Punkt, wurde jedoch, was seinen Pessimismus bei der Zwangssoldatenentschädigung anging, eines Besseren belehrt. Im April 1989 wurde das Gesetz über die finanzielle Kompensation im Parlament angenommen. Für Albert Gehlen „einer der schönsten Tage in meiner parlamentarischen Laufbahn", von dem er hoffte, dass er „über das heutige Gesetzeswerk hinaus positive Folgen haben wird".[26]

Gehlen wertete die Einstimmigkeit im Ausschuss, der eine breite Mehrheit im Plenum folgen sollte, als

„Beweis dafür, dass das gesamte Parlament die Bevölkerung der Ostkantone im Erleiden einer wechselvollen Geschichte […] verstanden hat".

Sein Aufruf nach außen und die Forderung nach einer „objektiven" Sicht auf die regionale Vergangenheit erfolgten jedoch zu einer Zeit, als Emotionalisierung und nicht Versachlichung die politischen Auseinandersetzungen um einen Zeitabschnitt, der nicht umsonst als „verdrängte Jahre" bezeichnet wurde, mit aller Härte prägte.

„Im Sog einer polemisch aufgepeitschten Vergangenheitsbewältigung"

Im Spätsommer 1987 wurde öffentlich, dass die PDB, die Erwachsenenbildungsorganisation InED und andere kulturelle Akteure aus deren Umkreis seit Jahren finanzielle Unterstützung vonseiten der Düsseldorfer Hermann-Niermann-Stiftung bezogen hatten. Darüber hinaus kam ans Tageslicht, dass das Kuratorium der Stiftung in Teilen mit rechtsextremen und rechtsnationalen Mitgliedern besetzt gewesen war.[27] Brisant war auch, dass der langjährige PDB-Fraktionsvorsitzende Lorenz Paasch (* 1947) das Amt des Geschäftsführers der Stiftung angenommen hatte – wenn auch mit dem expliziten Ziel, deren Gremien von den neonazistischen Mitgliedern zu reinigen und völkischen Umtrieben ein Ende zu bereiten. Die Niermann-Affäre sollte den RDG, die Justiz und die Öffentlichkeit in der DG über lange Jahre beschäftigen.[28]

Mehrmals war die Affäre Gegenstand heftiger Ratsdebatten. 1994 beschloss die Regierung von Ministerpräsident Joseph Maraite (1949-2021; CSP) eine Unvereinbarkeit zwischen Projektförderungen seitens der DG und der Niermann-Stiftung, was deren Fördertätigkeit in der DG zu einem Ende brachte. 1995 wurde ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss eingesetzt, der 1997 seinen Bericht vorlegte. Dessen Schlussfolgerungen bescheinigten den PDB-Politikern, sich keiner rechtsextremen Umtriebe schuldig gemacht zu haben, kritisierte jedoch die von diesen nur zäh vorangetriebenen Aufklärungsbemühungen zur Arbeit der Stiftung und zu den Aktivitäten in Ostbelgien vor 1987.[29]



Seit 2003 existierte mit dem Projekt „Grenzgeschichte" unter der Leitung von Herbert Ruland (rechts im Bild) eine erste Initiative, die Zeitgeschichtsforschung in Ostbelgien zu professionalisieren.

Deutsche Gelder, die nach Ostbelgien flossen: Das weckte ungute Erinnerungen an die Zwischenkriegszeit und die „kulturpolitische Betreuung" des abgetretenen Eupen-Malmedy durch reichsdeutsche Behörden und Vereinigungen mit dem Ziel der „Heimholung".[30] Die Aufdeckung der Zahlungen beschwor die Gefahr einer neuen Heim-ins-Reich-Bewegung, die man seit den 1950er Jahren in verschiedenen Variationen in der Region gehört hatte und die 1987 ein überregionales Presseecho erfuhr.[31]

Am 17. September 1987 brachten die SP-Ratsmitglieder Karl-Heinz Lambertz (* 1952) und Marcel Lejoly (* 1948) einen Abänderungsvorschlag zu einem von den Mehrheitsparteien CSP und PFF eingebrachten Resolutionsvorschlag an die Regierung ein, der drei Ziele verfolgte: die Aufklärung der Zahlungsvorgänge, die Feststellung, dass „die im Rat vertretenen Parteien den Vorwurf des Rechtsextremismus und des Neonazismus weder gegen eine Fraktion noch gegen einzelne Ratsmitglieder erhoben haben", und den Aufruf, bei der öffentlichen Rede immer die 1980 festgelegte Bezeichnung „Deutschsprachige Gemeinschaft" zu verwenden. Als Präambel des Vorschlags griffen Lambertz und Lejoly auf eine Formulierung zurück, die Ersterer bereits bei der Eröffnungssitzung der neuen Sitzungsperiode zwei Tage zuvor verwendet hatte:

„Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft bedauert, daß […] die noch junge Autonomie in den verhängnisvollen Sog einer polemisch aufgepeitschten Vergangenheitsbewältigung zu geraten droht, die an den wirklichen Gefahren des Rechtsextremismus in der heutigen Zeit vorbeischießt."[32]

Letztere Befürchtung trat ein. Weder trugen die Ratsdebatten und die Hunderte von Presseartikeln, die zur Niermann-Affäre erschienen, etwas zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in Ostbelgien bei, noch leisteten sie geschichtspolitische Aufklärung als Beitrag zur Vergangenheitsbewältigung.[33] Tatsächlich bezog sich der Begriff „Vergangenheitsbewältigung" in der Debatte auf die Niermann-Zahlungen, nicht jedoch auf die historischen Entwicklungen, vor deren diffusem Hintergrund sie in einer Mischung aus Emotion und politischem Kalkül thematisiert wurden.[34] Der von den Mehrheitsparteien und der SP betonte Verweis auf die offizielle Terminologie, den Cremer als „Abgrenzung" gegenüber Deutschland interpretiert hat,[35] erscheint als Reaktion auf einen PDB-Diskurs, der ständig die Zugehörigkeit zur „deutschen Kulturnation" betonte, verständlich.[36] Ebenso wenig jedoch wird man die Niermann-Affäre als positiven Bestandteil eines Klärungsprozesses der Beziehungen zwischen der DG und Deutschland werten können,[37] ihr Verlauf war ein Hindernis in einem länger währenden Prozess, der seit Ende der 1990er Jahre zu einem unverkrampfteren Blick auf den Nachbarn im Osten führte.

Wenn man feststellt, dass in vielen Ratssitzungen mit wenig historischem Wissen gestritten wurde, darf man nicht außer Acht lassen, dass es durchaus bemerkenswerte Interventionen gab. Darunter fällt die Rede des SP-Ratsmitglieds Walter Mölter (1952-1988) im Oktober 1987:



Im Jahr 1994 wurde das zehnjährige Bestehen der Deutschsprachigen Gemeinschaft „Regierung und Ministerium“ gefeiert.

„Wenn die SP-Verantwortlichen unserer Gemeinschaft mit selbstauferlegter Vorsicht reagiert haben, so taten sie dies nicht etwa aus finanziellen Gründen bzw. aus rein taktischen Überlegungen. Nein, wir bemühen uns aufrichtig, einem Grundsatz unserer Vorkämpfer gerecht zu werden, die entweder im KZ von Sachsenhausen nach fast fünf Jahren unmenschlichen Leidens lebendig herausgekommen sind – wie etwa unser Parteisekretär von 1927 bis 1940, Wilhelm Fohn aus St. Vith – oder die Kriegszeit im Exil verbringen mußten. Stellvertretend für viele mutige Parteiverantwortliche möchte ich an dieser Stelle Erni Simons aus St. Vith erwähnen, der nach dem Krieg mit Erfolg versucht hat, die verfeindeten, fast unversöhnlichen Lager im St. Vither Vereinsleben wieder zusammenzuführen. […] Vergangenheitsbewältigung ist gewiß nötig, um künftige Generationen über die Gefahren einer Diktatur aufmerksam zu machen. Doch sollte dies nicht alte Wunden aufreißen, die bisher in fast allen ostbelgischen Familien jedoch nur mühsam verheilt sind. Wem nützt etwa eine solche erneute Neo-Nazi-Debatte? Gewiß nicht unseren Zwangssoldaten, die als Kanonenfutter dem NS-Wahnsinn geopfert werden sollten.“[38]

Dass ein Parlamentarier seine Ausführungen in eine längerfristige Widerstandskontinuität stellte und sich um eine gewisse Traditionsbildung bemühte, um seine gegenwärtige Haltung zu begründen, war ein seltener Moment. Die Rede vom antifaschistischen Engagement und vom Willen zur Versöhnung in der Nachkriegszeit legitimierte Mölters Sicht auf die Niermann-Affäre und insbesondere den von seiner Fraktion geforderten Blick, den Rechtsextremismus dort auszumachen und zu bekämpfen, wo er sich in ihren Augen tatsächlich befand. Mölter bewegte sich zudem in dem unauflöslichen Spannungsfeld einer Vergangenheitsbewältigung, in der Schweigen als ein Weg zur gesellschaftlichen Versöhnung dienen konnte, in der das Unausgesprochene im Sinne einer kommunikativen Gedächtnisarbeit (Aleida Assmann) jedoch gerade das Problem bildete.

Genau darauf zielte eine persönliche Reaktion von Lorenz Paasch, nachdem ihm die CSP-PFF-Mehrheit in derselben Sitzung eine persönliche Ehrenerklärung verweigert hatte:

„Zur Politik bin ich überhaupt erst über einen ähnlichen Fall gekommen, nämlich über den Fall ‚Johann Weynand‘. Ich war damals als junger Lehrer zutiefst darüber empört, daß man einen Johann Weynand mit einem angeblich von ihm bestehenden Bild in einer SA-Uniform den Eintritt in den Senat verwehrt hat. Das hat mich so empört, daß ich damals spontan der christlichen Partei beigetreten bin! […] Gerade deswegen bin ich so enttäuscht, daß mir 18 Jahre danach, als jemand, der nach dem Krieg geboren ist, der selbst wegen seines Alters nicht in Berührung mit dem Nationalsozialismus hat kommen können, solch eine Anschuldigung widerfährt. Denjenigen, die irgendwie in den Sog dieser Bewegung geraten waren, habe ich nie einen Vorwurf gemacht; ich habe immer versucht zu verstehen. Als Lehrer habe ich meinen Studenten immer wieder dargelegt, was Nationalsozialismus bedeutet […]. Mich trifft das besonders, weil ich hier in diesem Hause immer die demokratische Diskussion gesucht habe. Abschließend möchte ich Sie nun fragen, werte Kollegen – wenn ich Sie noch so bezeichnen darf: Kann jeder von Ihnen, von sich selbst bzw. von seinem Vater behaupten – wie es der meine getan hat –, eine Beförderung als Beamter verweigert zu haben, um nicht in die NSDAP eintreten zu müssen?“[39]

Dass er sich mit dem Opfer der wohl bekanntesten politischen Affäre verglich, die sich in Ostbelgien seit 1945 ereignet hatte, verweist auf einen emotionalen Ausnahmezustand, der jedoch gleich wieder in eine überlegtere, wenn auch nicht von entschuldigenden Tönen freie Sprache überging.[40] Indem er darlegte, wie er den Nationalsozialismus als Gegenstand des Geschichtsunterrichts behandelt habe, und Wert darauf legte, dass es ums Verstehen – und demnach nicht um das Urteilen – ging, verband Paasch das Sprechen über die Vergangenheit und seine aktuelle Situation. Im Gegensatz zu Mölter machte der Historiker Paasch am eigenen Familienbeispiel den Bruch des Schweigens zur Kriegsvergangenheit zum Argument, um in der Gegenwart überhaupt sprachmächtig sein zu können.[41] Diese Art von Verknüpfung von Geschichte und Gegenwart erntete heftigen Widerspruch von CSP-Parlamentarier Erwin Franzen (* 1956):

„Ich möchte wirklich niemanden beleidigen, aber anscheinend haben hier manche Leute zu viel Zeit. Es ist wahrlich nicht an der Zeit, uns hier von Lehrern Lektionen erteilen zu lassen, denn so hört es sich leider an! Hier will einer den anderen übertrumpfen. Wohlbemerkt, ich möchte niemanden beleidigen! Aber wir haben keinen Geschichtsunterricht oder Lektionen nötig. Hier geht es um Fakten!“[42]

Diese Einlassung führte zum Eklat. Ecolo-Ratsmitglied Benker, der sich durchweg kritisch mit dem Umgang der Mehrheit mit der Niermann-Affäre gezeigt hatte, witterte ein Redeverbot für die Opposition, woraufhin die PDB für die folgende Abstimmung über die Resolution zur Niermann-Affäre den Saal verließ. In der Ostbelgien-Beilage der Aachener Volkszeitung beschrieb Willi Timmermann (1929-2010) die Szenerie:

„Unter großem Beifall von SP, PDB, Ecolo, SEP und der Zuschauer verließen Paasch und die PDB den Saal, in den ein betretenes Schweigen einkehrte.“[43]

Die Vergangenheitsangst sorgte im Plenarsaal für Schweigen und geschichtspolitische Sprechblockaden, und dies wurde auch nicht durch weitere Debatten um die Niermann-Affäre beendet.[44] Und wenn das Beschweigen doch einmal durchbrochen wurde, waren Relativierungen und Rechtfertigungen nie fern – wobei man sicherlich auch mit einem Auge auf die Wähler aus der Kriegsgeneration schielte. In den 1990er Jahren setzte allerdings eine Entwicklung ein, die langsam und auch von den Akteuren unbemerkt ein anderes Sprechen über die Vergangenheit ermöglichen sollte – und für die es durchaus auch im Parlament einige Vorzeichen gab.

„Wechselvolle Vergangenheit“

In der letzten Ratssitzung vor den Wahlen 1999, die in der DG erstmals eine Mehrheit ohne Beteiligung der CSP zur Folge hatten, skizzierte Ratspräsident Manfred Schunck (* 1941; CSP) seine Vorstellung von der Identität der deutschsprachigen Belgier:

„Diese Identität ist eng verbunden mit unserer wechselvollen Geschichte und unserer geographischen Lage an Sprachen- und Kulturgrenzen. Wir sind weder Deutsche in Belgien noch Wallonen, die Deutsch sprechen. Wir

sind geprägt von einer Grenzidentität, […] die unserer Jugend große Perspektiven eröffnen kann, wenn wir es denn ermöglichen. Diese Identität erlaubt es uns, nicht nur mehrere Sprachen zu sprechen. Nein, und das zeichnet auch heute schon viele Ostbelgier aus: Wir sind durchaus fähig, uns in andere Kulturen hineinzudenken bzw. hineinzufühlen. Für die heranwachsende Generation in einer sich globalisierenden Welt betrachte ich dies als einen unschätzbaren Trumpf."[45]

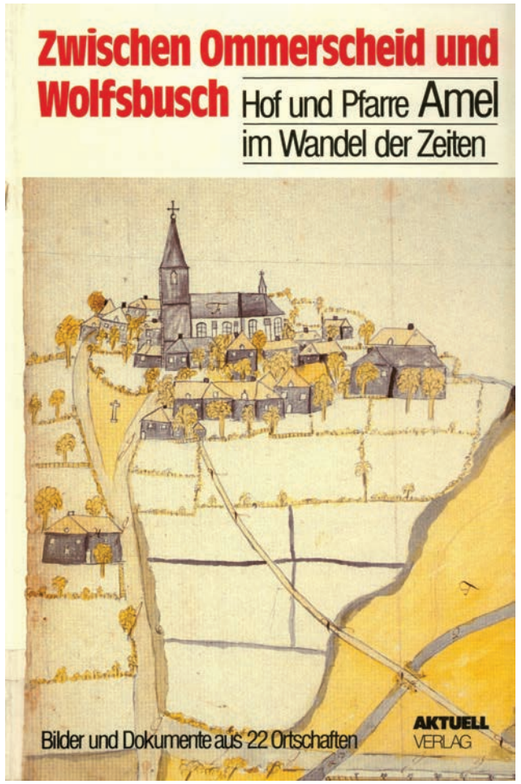
In dieser Vorstellung konnten sich sicher zahlreiche Ostbelgier wiederfinden, wenn auch die Idee, dass Identität nicht monolithisch, hierarchisch oder unveränderbar sei, noch nicht bei allen angekommen war.[46]

Folgt man den Historikern Andreas Linsenmann und Bernard Ludwig, so ist für eine Grenzbevölkerung die Öffnung nach außen nur dann möglich, wenn sie einen aufgeklärten Umgang mit ihrer eigenen Vergangenheit gefunden hat.[47] Nach einhelligem Urteil von Historikern und Publizisten war dies um die Jahrtausendwende in Ostbelgien noch immer nicht der Fall.[48] Seit den ersten Initiativen für eine kritische Aufarbeitung der Geschichte in der Region im Jahr 1990 hatten sie eine Vielzahl von Publikationen zur regionalen Vergangenheit vorgelegt, konstatierten jedoch, dass dies noch nicht zu einer breiteren öffentlichen Auseinandersetzung mit den Befunden geführt hatte. Gerade die Historiker aus der Kinder- und Enkelgeneration betrachteten das ostbelgische Verhältnis zu Deutschland als an mangelndem Wissen krankend. Die in der direkten Nachkriegszeit geborenen Schriftsteller und Publizisten waren dahingegen eher am Verhalten des Einzelnen interessiert: Wo die Historiker die Gesellschaft als Ganzes in den Blick nahmen, ging es den Schriftstellern eher um Widerstand und Unangepasstheit in der ostbelgischen Vergangenheit. Dies lag auch in unterschiedlichen Blicken auf die Niermann-Affäre begründet, in der Freddy Derwahl und Bruno Kartheuser als vehemente Kritiker der Stiftungsleitung Hauptakteure waren. Auf der anderen Seite war Freddy Cremers und Werner Mießens Ausstellungsprojekt „Die verdrängten Jahre" 1990 von der DG und der Niermann-Stiftung finanziert worden, ihre Quellenedition „Spuren. Materialien zur Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens" wurde 1995 von der König-Baudouin-Stiftung gefördert.



Thematisch diversifizierte sich das Geschichtsangebot in den letzten Jahrzehnten erheblich. Mit Themen wie „Der Strom kommt" oder „Dünnbeinig mit Krummem Horn" wurde gezeigt, dass auch populärhistorischere Themen in der Geschichtslandschaft angekommen waren.

Schriftsteller und Historiker betonten die langen Schatten der Vergangenheit, die bis in die Gegenwart reichten, und trafen sich bei der Thematisierung der Frage nach der individuellen Verantwortung in der ostbelgischen Vergangenheit.[49] Dabei hatte sich in den 1990er Jahren die Zahl der Geschichtsstudierenden aus der Region, die mit ihrer Studienabschlussarbeit wichtige Bausteine zur Regionalgeschichte lieferten, deutlich erhöht.[50] In einer Reihe von Ortschaften entstanden Dorfmonografien, die einen Schritt bei der Überwindung von Sprachlosigkeit darstellten. Außer durch eine größere zeitliche Distanz zu den Ereignissen wurde dies durch die Schaffung eines Staatsarchivs in Eupen im Jahr 1989 begünstigt, das eine lange vermisste



In der Tradition der Geschichtswerkstätten taten sich zwischen den 1980er und den 2000er Jahren viele Autorengruppen gerade in den Dörfern der Eifel zusammen und befassten sich in „Dorfmonographien" mit der Geschichte und der Entwicklung ihrer Dörfer.

Forschungsinfrastruktur brachte.[51] Der in dessen Kielwasser entstandene „Verein zur Förderung des Archivwesens in der DG" entwickelte sich rasch zu einem wichtigen Akteur der Publikationsförderung.

Zeithistorische Forschung war an Personen gebunden, die als Geschichtslehrer oder Volkshochschuldozenten die nötigen Freiräume zur Forschung erst finden mussten. Schriftsteller, die als Lehrer oder Journalisten arbeiteten, erhielten zumindest zeitweilig eine von der DG finanzierte Freistellung, um ihrer literarischen Arbeit nachgehen zu können.

Seit den 1990er Jahren hatte es Pläne gegeben, in der DG ein Forschungszentrum für Zeitgeschichte sowie Arbeiter- und Sozialgeschichte zu schaffen. Um den Politikwissenschaftler und Soziologen Herbert Ruland waren seit den 1980er Jahre an der Volkshochschule der Ostkantone zahlreiche Forschungsprojekte über die Regionalgeschichte entstanden; zudem führte er Oral-History-Projekte durch, die die Zeitzeugenforschung erst nach Ostbelgien brachten. Der Versuch, ein – nach sozialistischen Politikern benanntes – Sistenich-Weiß-Institut zu gründen, scheiterte 1992 an einem fehlenden langfristigen Gesamtkonzept.[52]

Zehn Jahre später war die Dynamik eine andere: Die kritische Masse der Geschichtsforschenden hatte sich deutlich vergrößert, sodass Überlegungen aufkamen, neben dem Staatsarchiv ein regionales Geschichtszentrum aufzubauen. Archivleiter Alfred Minke, der gleichzeitig als Professor an der katholischen Universität in Louvain-la-Neuve lehrte, war hier die Triebfeder und brachte die Überlegungen mit der Unterstützung des damaligen Kulturministers Bernd Gentges (* 1943; PFF) voran.[53] Neben ihm erarbeiteten auch Freddy Cremer, Carlo Lejeune und Andreas Fickers ein Konzept.[54] Allerdings schien die Zeit nicht reif: Das Geschichtszentrum wurde nicht realisiert, und auch das Konzept einer offenen Geschichtswerkstatt, das auf einem „Tag der Geschichte" unter Beteiligung von Geschichtsvereinen und -forschenden im Oktober 2003 thematisiert wurde, fand keine Zustimmung.[55] Auch wenn Quellen dazu nicht vorliegen, waren es wohl die Vorstellung von Geschichtsforschenden als Einzelgängern (und noch nicht Teamplayern) sowie Befürchtungen der Geschichtsvereine, dass eine Geschichtswerkstatt ihnen aktive Mitglieder abspenstig machen könnte, die mit zum Scheitern führten. Die schwelende Debatte um die Gefahren einer Konzentration der Regionalgeschichte auf die Zeitgeschichte hat sicherlich auch eine Rolle gespielt.[56] Minister Gentges sah indes keine Notwendigkeit, die mangelnde Dynamik „von unten" durch eine Regierungsinitiative zu ersetzen.[57]

Dass politische Akteure mehr und mehr an der Geschichtsarbeit interessiert waren, lag daran, dass sich der historische Angelpunkt ihrer Debatten von der schwierigen Kriegs- und Nachkriegszeit immer in Richtung der Historisierung der Autonomie verlagert hatte. Pointiert gesagt, einige Parlamentarier interessierten sich zunehmend dafür, welches Bild sie bei der Historisierung der Autonomiedebatten hinterlassen würden. Von langfristiger Bedeutung war



In Malmedy setzte mit Bürgermeister Robert Denis (Bild) seit 1982 eine neue Phase der Erinnerungskultur im öffentlichen Raum ein. So setzte er sich ab 1984 für die Nennung der zwangseingezogenen und freiwilligen Wehrmachtssoldaten auf einer Gedenktafel am Kenotaph der Stadt ein.

zudem, dass die Regierungen die Bedeutung von Geschichtsarbeit deutlicher erkannten.

„Autonomie geht sehr tief in die Herzen der Menschen"

Am 23. Oktober 1998 feierte der RDG sein 25-jähriges Bestehen. In festlicher Stimmung fielen auch nachdenkliche Töne, die die Hervorhebung des Erreichten mit persönlicher Geschichtsbetrachtung mischten. Der Ecolo-Abgeordnete Lambert Jaegers (* 1952) stellte sich die Frage, ob und wie eine solche Selbstvergewisserung überhaupt möglich sei:

„Objektivität fällt mir schwer, obwohl oder vielleicht gerade weil ich die turbulenten Jahre der Entstehung der Kultur- und Gemeinschaftsautonomie als jugendlicher Zaungast mit relativ wenig Betroffenheit beobachtet habe, beschäftigt damals mit ganz anderen, wichtigeren Fragen. Objektivität fällt mir schwer. Ist sie nicht sogar unmöglich? Denn wir sind nicht nur Zeitzeugen, sondern auch als Akteure direkt betroffen. Objektivität fällt schwer, ist die Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft doch belastet von hochsensiblen Problemen der Vor- und Nachkriegszeit, die heute noch teilweise Familien spalten. Ist sie doch belastet mit Vorurteilen, die uns heute noch begegnen. Belastet mit Wunden, die verheilt scheinen und doch plötzlich wieder aufbrechen. Objektivität fällt mir schwer. Denn wie im Rahmen dieser Festsitzung Euphorie und Ernüchterung verknüpfen, denn wie Geleistetes und Versäumtes als Synthese darstellen, denn wie durch eine kritische Analyse des Geschehenen die Freude am Erreichten nicht trüben? Ich weiß es nicht."[58]

Ungewöhnlich an dieser Rede war der Fragemodus, nicht zuletzt geprägt von der Suche nach der Antwort, wie es sein könne, dass die Geschehnisse der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts immer noch so weit in die Gegenwart reichen konnten. Auch hier war – wenngleich unausgesprochen – die Niermann-Affäre nicht sehr weit. Jaegers artikulierte zumindest ein Unwohlsein beim Gedanken an diese Vergangenheit. Der Kontrast konnte jedenfalls kaum größer sein zu einer Rede, die der gleichaltrige Karl-Heinz Lambertz, der die Geschichte der Autonomie fast von Beginn an begleitet hatte, ein Jahr zuvor gehalten hatte und in der er einen betont affirmativen Ton an den Tag legte:

„Autonomie, das ist auch etwas, was sehr tief in die Gefühle und in die Herzen der Menschen geht. Wir haben das Anfang der 80er Jahre in diesem Hause beeindruckend erlebt, als wir leidenschaftlich darüber diskutiert haben, ob wir deutsche Gemeinschaft oder deutschsprachige Gemeinschaft heißen möchten. Wir haben uns damals aus Gründen der Abgrenzung zu unseren deutschen Nachbarn als Deutschsprachige Gemeinschaft betitelt. […] Wir stehen heute, etwa 20 Jahre später, erneut vor einer ähnlichen Problematik. Unsere gleichzeitige Zugehörigkeit zum belgischen Staat, zur Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Wallonischen Region bringt uns dann in Bedrängnis, wenn diese Einheiten nicht mehr nur als Träger von Kompetenzen und Verwaltern von Mitteln dastehen, sondern zu staatlichen Einrichtungen auf einer gliedstaatlichen Ebene werden, die eine eigene Identität suchen. In Belgien ist das relativ einfach. Deshalb waren wir auch so gerne Anfang der 80er Jahre deutschsprachige Belgier.[59]

Lambertz betätigte sich bisweilen mit Leidenschaft als inoffizieller Parlamentschronist, immer bereit, dem politischen Gegner lange zurückliegende Aussagen vorhalten zu können.[60]

Auch der CSP-Kammer- und RDG-Abgeordnete Albert Gehlen bewies mehrmals sein Interesse an der Historisierung der parlamentarischen Arbeit. So bemerkte er 1991, dass

„es sich für einen Juristen bzw. für einen Historiker tatsächlich einmal lohnen [würde], diese Geschichte zu schreiben, was Parlamentarier für Ostbelgier in all diesen Jahren getan und bewegt haben".[61]

In einer Diskussion um die fünfte Staatsreform und die Refinanzierungsgesetze im Jahr 2000 legte er seine Sicht auf die Entwicklung der Autonomie unter dem Motto „Die Gunst der Stunde" dar:

„Da hat für uns, die Deutschsprachige Gemeinschaft, in diesem Belgien die Gunst der Stunde gespielt. Das ist, weil Flamen und Wallonen bzw. Brüsseler sich eine Autonomie gegeben haben, die letzten Endes dazu geführt hat, dass wir diese Autonomie bekommen haben. Es ist nicht aus unserem Identitätsbewusstsein allein gewachsen, wenn wir diese Autonomie haben, sondern es ist auf eine Gunst der Stunde in vielen Jahrzehnten zurückzuführen, wo der belgische Staat das geworden ist, was er letzten Endes ist, nämlich eine parlamentarische Monarchie mit drei Gemeinschaften und drei Regionen."[62]

Die Feststellung, dass die Autonomie der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein Nebenprodukt des Konfliktes zwischen Flamen und französischsprachigen Belgiern ist, ist auch geschichts- und politikwissenschaftlicher Konsens. Dass es nicht zuerst eine von einer breiten Masse getragene Autonomiebewegung gab, hatte jedoch langfristige Folgen für das politische Engagement für die Autonomie in der Region. In der Mitte der 1990er Jahre gab schließlich ein Großteil der Bevölkerung in Meinungsumfragen an, mit dem Autonomiestatut zufrieden zu sein.[63]

Inwiefern die Autonomie jedoch zu einer Überwindung der Vergangenheitsangst beitrug, ist nicht leicht zu beantworten – weder auf gesellschaftlicher noch auf politischer Ebene. So war es Anfang der 2000er Jahre immer noch selten der Fall, dass parlamentarische Redebeiträge direkt auf die Publikationen von Geschichtsforschenden rekurrierten, wie etwa als Lambertz mit Blick auf rechtsradikale Manifestationen in Flandern und im deutsch-niederländischen Grenzland unter Verweis auf Ruland und Kartheuser ausführte, dass „unsere ostbelgische Geschichte auf diesem Gebiet eine besonders interessante und inhaltsschwere [ist]".[64] Bereits 1998 hatte er bei der Eröffnung der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht" in Aachen mit Rekurs auf die ältere Forschung ein schonungsloses Bild der Selbstgleichschaltung Ostbelgiens im Zweiten Weltkrieg gezeichnet.[65]

Empirische Befunde zum Wissen über die regionale Geschichte gab es für Schüler: In einer Erhebung des Abiturjahrgangs 1998 hatten sich hier enorme Defizite aufgetan. Wegweisende Daten für die ostbelgische Geschichte des 20. Jahrhunderts waren entweder schlicht nicht bekannt oder konnten nur schwer zu allgemeingeschichtlichen Entwicklungen in Verbindung gesetzt werden.[66] Die Diagnose einer mangelnden Behandlung der Regionalgeschichte im Geschichtsunterricht war nicht neu. Fragen wirft jedoch die Tatsache auf, dass sich zehn Jahre nach der Übertragung des Unterrichtswesens an die Deutschsprachige Gemeinschaft nichts geändert zu haben schien.

„Unsere Existenzberechtigung können wir ausschließlich aus unserer Geschichte herleiten"

Die fehlenden Lehrmittel und die potenziellen Gefahren der Nichtthematisierung der regionalen Vergangenheit für die Autonomie hatte der CSP-Politiker Werner Hilgers (1933-2015) bereits 1985 unter dem Beifall des Geschichtslehrers Joseph Dries beschworen:

„Unser ganzes Streben nach Autonomie, Selbständigkeit, Erhalt von Kultur und Sprache hat nur dann einen Sinn, wenn wir die nachfolgenden Generationen von der Notwendigkeit dieser Bestrebungen überzeugen können. Denn wenn dies nicht von der jungen Generation erkannt wird, werden alle Mühen eines Tages im mangelnden Geschichtsbewußtsein versanden. Geschichte war schon immer der Mutterboden der Kultur. […] der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft [sollte], vielleicht im Wettbewerb, ein Geschichtsbuch von hiesigen Geschichtslehrern erstellen lassen, das für das Sekundarschulwesen zum Pflichtfach gehören sollte."[67]

Der Appell blieb ohne Folgen. Auch nach der Vergemeinschaftung des Unterrichtswesens blieb die Thematisierung der Regionalgeschichte an die Lehrperson gebunden. Prak-



Die sogenannten „Bibliokassetten“ aus dem Jahr 1990 waren der Auftakt zu einer mehrere Jahrzehnte anhaltenden, intensiven Beschäftigung mit der Geschichte des 20. Jahrhunderts des deutschen Sprachgebietes.

tische Hilfestellung leisteten die bereits erwähnte Quellensammlung von Cremer und Mießen und die Zeitleiste, die von einer Gruppe von Freiwilligen des Geschichtsvereins „Zwischen Venn und Schneifel“ 2003 realisiert worden war. Strukturelle Veränderungen traten erst mit der Implementierung neuer Rahmenpläne für das Unterrichtswesen im Jahr 2008 ein. Die parlamentarischen Dokumente geben keinen Aufschluss über Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien. Zur Hilfestellung für die Lehrenden wurde 2013 ein von der Universität Eichstätt unter Mitarbeit von regionalen Historikern entwickeltes mBook zur Verfügung gestellt.[68] Mit der 2007 erfolgten Integration der von Herbert Ruland initiierten Forschungsstelle Grenzgeschichte in die für die Bildungswissenschaften zuständige Autonome Hochschule in der DG sollte dort die Verbindung zwischen Geschichtsforschung und politischer Bildung gestärkt werden. Ruland vertrat die DG zudem in verschiedenen internationalen Gremien mit erinnerungspolitischen Zielen wie der International Holocaust Remembrance Alliance.[69]

Auch die Forschungsförderung wurde gestärkt. Dabei spielten nicht zuletzt politische Kontakte und Vergleiche mit anderen Grenzregionen eine immer größere Rolle. Die historische Entwicklung von Autonomiestatuten seit dem Ende des Ersten Weltkrieges bot 2010 Anlass zu einer Tagung in Sankt Vith.[70] Wegweisend war sicherlich das von Lambertz und dem Fachbereichsleiter Außenbeziehungen im Ministerium der DG, Stephan Förster (* 1979), aus dem Schweizer Kanton Schaffhausen importierte Konzept einer umfassenden Regionalgeschichte, das als Inspiration für die seit 2013 erscheinende Reihe „Grenzerfahrungen. Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens“ diente. Die zunehmende Professionalisierung der Geschichtsforschung erlaubte 2014 die Gründung des Zentrums für Ostbelgische Geschichte (ZOG), das als Plattform und Forschungsinfrastruktur in der Gemeinschaft, aber auch darüber hinaus dient.[71] 2020 erarbeitete das Zentrum mit dem Centre for Contemporary and Digital History der Universität Luxemburg die von der DG finanzierte Online-Ausstellung „Zeitschichten. Erkundungen eines Zwischenraums“.[72]

Gleichzeitig fehlt es für die Bewertung und Einordnung der verstärkten Geschichtsarbeit und der Vermittlung von Geschichte in die breitere Öffentlichkeit an belastbaren Daten.[73] Gerade im Unterrichtswesen sollten Datenerhebungen zu den Kenntnissen und Kompetenzen im Fach Geschichte regelmäßig organisiert werden können, um neue Wege zu erproben und zu evaluieren. Auch die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft in regelmäßigen Abständen durchgeführten Meinungsumfragen, die über das Verhältnis der Bewohner zur Autonomie und zur regionalen Politik Aufschluss geben sollen, sind für die Analyse der Verbreitung von Geschichtswissen nur von begrenztem Nutzen.[74]

„Wir brauchen eine strikte Unterscheidung zwischen Wissenschaft und Politik“

Seit 2008 bestimmen die Regionalen Entwicklungskonzepte die Leitlinien ostbelgischer Politik. Im dritten REK, das im April 2011 vorgelegt wurde, kam der Geschichtsarbeit erstmals eine größere Rolle zu. Im Teilprojekt „Stärkung der regionalen Identität und der Außenkontakte der Bürger der DG“ erfolgte der „Anstoß zum systematischen Befassen mit der eigenen Geschichte“.[75] Deutlicher noch wurde REK 4 vom September 2015, in dem das Projekt „Geschichte erleben“ explizit die Dynamik im Bereich Geschichtsforschung aufgriff:

„Die Regierung begrüßt die vorhandene Dynamik und möchte – wie bereits in der vergangenen Legislaturperiode im Rahmen der ersten Umsetzungsphase des Regionalen Entwicklungskonzepts (REK I) – die historische Arbeit weiter unterstützen. Die Regierung tut dies in der festen Überzeugung, dass die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte eine wichtige Zutat für die Weiterentwicklung der Identität(en) der deutschsprachigen Belgier ist, die gleichermaßen durch ein gesundes Selbstbewusstsein und eine möglichst große Offenheit geprägt sein sollen. Von besonderer Bedeutung sind daher auch Forschungs- und Vermittlungsvorhaben, die die Geschichte des Gebietes der heutigen DG in einen europäischen bzw. transnationalen Kontext stellen und dabei das dialogische Erinnern über Sprach- und Landesgrenzen mit den anderen Gemeinschaften und Nachbarregionen fördern.“[76]

Die Umsetzung dieses Arbeitsprogramms wurde schließlich als Auftrag für das Zentrum für Ostbelgische Geschichte definiert.[77] Es war Teil des Kapitels „Grenzregion DG“. Durch den Willen der politischen Akteure wurde die Geschichtsarbeit zum Bestandteil der Standortpolitik der Regierungen. Auch die Opposition konnte damit etwas anfangen, wie die Ecolo-Abgeordnete Franziska Franzen (* 1953) in einer Debatte über das REK bemerkte:

„Es soll kräftig kommuniziert werden, damit die Menschen auf den REK-Zug aufspringen. Man will ihnen die Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft und deren Wurzeln näherbringen, damit sie sich emotional mit ihrer Region verbunden fühlen.“[78]

Dass die Regionalgeschichte zu einem Standortfaktor wurde, ist nicht pauschal zu kritisieren. Problematisch wird es, wenn auch die wissenschaftliche Aufarbeitung nur als Teil der Standortpolitik begriffen wird. Dies gilt strukturell, wenn die Förderung unter primär ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet wird und nicht unter der Prämisse, dass Geschichtsarbeit eine an die Fundamente der Gemeinschaft rührende Daueraufgabe ist. Die Gefahr besteht zudem inhaltlich, dass die tatsächlichen oder vermeintlichen Tabus der Vergangenheit ersetzt werden durch die publikumswirksame Betonung der Unterstützung von Forschung, aus deren Ergebnissen dann aber nichts folgt. So wohnt beispielsweise der Rede von der Erfolgsgeschichte der Autonomie das schädliche Potenzial inne, vor dem Hintergrund einer schwierigen Vergangenheit die Kritik an gegenwärtigen politischen Verhältnissen entschärfen zu wollen. Beispiele für die Erzählung einer Erfolgsgeschichte finden sich einige, so betonte Parlamentspräsident Alexander Miesen (* 1983; PFF) in einer Feierstunde zu Beginn der Veranstaltungen zur 100-jährigen Zugehörigkeit der Region zu Belgien im Beisein von König Philipp:

„Diese 100 Jahre sind in Teilen eine sehr schwierige und in anderen Teilen aber auch eine sehr glückliche Geschichte. 100 Jahre Ostbelgien, das bedeutet etwa Krieg und Zerstörung, mehrere Nationalitätswechsel, eine Volksbefragung, die keine war, die Bedrohung der eigenen Kultur und Sprache, eine angebliche Befreiung durch Nazideutschland, Zwangssoldaten, eine sogenannte Säuberung und ein Identitätskonflikt. 100 Jahre Ostbelgien, das sind aber auch Frieden und Wohlstand, Aufbruch in das Bewusstsein zur eigenen Kultur, eine weitgehende Gleichstellung mit Flamen und Frankophonen, ein weitreichendes Autonomiestatut mit eigenem Parlament und eigener Regierung und die große Errungenschaft zur Anerkennung der deutschen Sprache in Belgien.“[79]

Dass in der Politik eine noch weitgehend unkritische Würdigung der Geschichte der Autonomie weit verbreitet ist,[80] liegt allerdings auch daran, dass diese Geschichte von den Historikern bisher noch kaum geschrieben wurde. An dieser Stelle muss jedoch die Bemerkung erlaubt sein, dass Regierungen, Parteien und Politiker in der Deutschsprachigen Gemeinschaft bei der Abgabe ihrer Dokumente an Archive bisher äußerst zurückhaltend und schon gar nicht systematisch agieren.

Der CSP-Politiker und Historiker Jérôme Franssen (* 1982) erhielt in einer dem ZOG gewidmeten Ausschusssitzung Zustimmung dafür, als er die Rede von der „Erfolgsgeschichte“ als „Werturteil“ bezeichnete und auf die notwendige Unterscheidung zwischen Politik und Wissenschaft hinwies.[81] Ministerpräsident Oliver Paasch (* 1971; ProDG) pflichtete dem bei und lieferte seine Überzeugung, dass „die Geschichtsarbeit in der DG in jeglicher Hinsicht unabhängig von der Politik arbeitet und sich frei entfalten kann“. Zuvor hatte er bemerkt, „dass wir [natürlich] die Erkenntnisse der Geschichtsforschung auch politisch werten dürfen“.[82]

Die Aussagen in der Debatte von 2018 müssen auch vor dem Hintergrund gelesen werden, dass Kritiker seit der Herausgabe der „Grenzerfahrungen“ und der Gründung des Zentrums für Ostbelgische Geschichte eine von der Politik gegängelte Geschichtsforschung behaupteten und von „Regierungshistorikern“ sprachen.[83] Dem lag nicht zuletzt die Überzeugung zugrunde, bei den „Grenzerfahrungen“ handele es sich um „offizielle“, d.h. von der Regierung in Auftrag gegebene Geschichtsschreibung. Man kann durchaus bedauern, dass eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Titel der Buchreihe „*Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft*“ und deren Anspruch, eine „Vielfalt an Sichtweisen und Perspektiven“[84] zu vermitteln, nicht stattfand und die Ergebnisse der Forschungsarbeiten in der Region nicht breiter diskutiert wurden. Geschichte, allen voran Zeitgeschichte, ist auch eine Demokratiewissenschaft, die ihren aufklärerischen Anspruch in die Gesellschaft trägt. Insofern ist öffentliche Kritik zu akzeptieren, wenn sie sachlich begründet ist und sich inhaltlich mit Argumenten auseinandersetzt.[85] Dass eine Institution wie die Deutschsprachige Gemeinschaft seit den 2010er Jahren verstärkt in die Förderung der Erforschung der Geschichte investiert – auf der ihre verfassungsmäßige Stellung gründet –, ist zu begrüßen.

Es scheint heute so, als ob Vergangenheitsangst im Parlament keine herausragende Rolle mehr spielt. In einer Ausschusssitzung, die im Rahmen der 100-Jahr-Feierlichkeiten den Begriff „Ostbelgien“ und seine Verwendung thematisierte, nahm der von der historischen Forschung eingeführte Begriff des Zwischenraums einen wichtigen Platz ein.[86] Keine Frage, im Plenarsaal ist der Blick auf die Vergangenheit konsensualer geworden. Dabei muss offenbleiben, inwiefern der kritische Blick auf die jüngere Geschichte eine Rolle bei der Konfrontation mit Themen spielen kann, die vor dem Hintergrund globaler, aber auch europäischer und nationaler Entwicklungen an Bedeutung gewinnen und den ostbelgischen Zwischenraum vor neue Herausforderungen stellen. Diese Herausforderungen betreffen im Übrigen auch die Geschichtswissenschaft, die sich ihnen nicht nur als „Vorgeschichte der Gegenwart“ stellen muss: Migrationsgeschichte, Klima- und Umweltgeschichte, Geschlechtergeschichte, aber auch klassische Fragen nach sozialer Gerechtigkeit müssen in den nächsten Jahren stärker in den Fokus rücken – auch in regionalgeschichtlicher Perspektive. Dabei muss ebenso deutlich sein, dass der Umgang mit der Vergangenheit kein Privileg und keine ausschließliche Aufgabe von Historikern und Politikern sein darf, sondern die gesamte Gesellschaft betrifft.

Endnoten

1 Unter der Moderation von Roland Van Opbroeke (1932-1990) nahmen daran außerdem De Wilde, sein VRT-Kollege Etienne Verhoeyen (* 1945), Fagnoul, der in den 1930er Jahren aus NS-Deutschland geflüchtete Journalist Kurt Grünebaum (1910-1988), der ehemalige Lütticher Provinzgouverneur und Widerstandskämpfer Pierre Clerdent (1909-2006), der Bürgermeister von Malmedy, Robert Denis (* 1940), und der BRF-Journalist und Heimatforscher Hubert Jenniges (1934-2012) teil.

2 VRT-Archiv, Debatte im Anschluss an die Folge „Belgen tegen will en dank“ der Reihe „De kollaboratie“, 17.11.1985, 2´ 30˝-3´ 14˝, 3´ 53˝-4´ 05˝.

3 Vgl. Freddy Cremer, „Verschlusssache“ Geschichte. Über den Umgang mit der eigenen Vergangenheit, in: Carlo Lejeune, Andreas Fickers, Freddy Cremer (Hrsg.), Spuren in die Zukunft, Büllingen 2001, S. 8-26.

4 Andreas Fickers, Gedächtnisopfer. Erinnern und Vergessen in der Vergangenheitspolitik der deutschsprachigen Belgier im 20. Jahrhundert, in: zeitenblicke 3 (2004), http://zeitenblicke.historicum.net/2004/01/fickers/index.html (2.2.2023); Christoph Brüll, Andreas Fickers, Zwischentöne. 100 Jahre Ostbelgien (1920-2020). 8 Radioessays, Eupen 2020, S. 140 f.

5 Vgl. ebd., S. 125-139.

6 Frank Biess, Republik der Angst. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik, Reinbek bei Hamburg 2019, S. 32.

7 Allgemein zum Begriff der Angst in emotionsgeschichtlicher (deutscher) Perspektive siehe Ute Frevert, Angst, in: dies., Mächtige Gefühle. Von A wie Angst bis Z wie Zuneigung. Deutsche Geschichte seit 1900, Frankfurt a. M. 2020, S. 31-51.

8 Annales Parlementaires Chambre 1985-1986, Sitzung vom 5. Dezember 1985, S. 122 (Übersetzung aus dem Französischen C. B.). Dort auch die folgenden Zitate.

9 Freddy Cremer, Annexion, Assimilation, Autonomie. Zur Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft. II. Teil, in: I&M, 1994, Nr. 3, S. 7; ders., Verschlusssache, in: Lejeune/Fickers/Cremer, Spuren in die Zukunft, S. 23 f.

10 Freddy Derwahl, Die boches, die BRT und wir, in: Grenz-Echo, 23.11.1985, S. 1.

11 Carlo Lejeune, Die boches, die BRT und das Grenz-Echo, in: Grenz-Echo, 27.11.1985, S. 9. Siehe auch Christoph Brüll, Ein (un)möglicher Dialog? Überlegungen zum Verhältnis von Zeithistorikern und Schriftstellern in Ostbelgien, in: Arvi Sepp, Lesley Penné (Hrsg.), Ostbelgische Querverbindungen. Literarische Repräsentationen einer Grenzregion, Münster/New York 2023, S. 22-38, hier S. 26 f.

12 Carlo Lejeune, Christoph Brüll, Geschichtsschreibung als Spiegel des Zeitgeistes. Von der Vereinnahmung der Geschichte zur Europäisierung der Erinnerungskultur, in: Carlo Lejeune, Christoph Brüll, Peter M. Quadflieg (Hrsg.), Grenzerfahrungen. Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Bd. 4: Staatenwechsel, Identitätskonflikte, Kriegserfahrungen (1919-1945), Eupen 2019, S. 366-391; Philippe Beck, Christoph Brüll, Peter M. Quadflieg, Weltkriege in der Region. Militärdienst und Kriegserfahrungen als Lebenserfahrung in: ebd., S. 140-169.

13 Carlo Lejeune, Die fehlende Auseinandersetzung mit der Vergangenheit in Ostbelgien (1-6), in: Grenz-Echo, 20.6., 21.6., 22.6., 23.6., 25.6., 26.6.1990. Das Zitat in Teil 3 (22.6.1990, S. 5). Der Beitrag ging zurück auf eine von Herbert Ruland mit der Volkshochschule der Ostkantone veranstaltete Tagung (siehe Herbert Ruland, Kolloquiumsbericht. Ostbelgien und der 10. Mai 1940. Zeitgeschichte, Verdrängung und Aktualität. Büllingen 12. Mai 1990, Eupen 1991).

14 Vgl. Brüll, Dialog, in: Sepp/Penné (Hrsg.), Querverbindungen; Lejeune/Brüll, Geschichtsschreibung, in: Lejeune/Brüll/Quadflieg (Hrsg.), Grenzerfahrungen, Bd. 4.

15 Freddy Derwahl, Das schwierige Datum, in: Grenz-Echo, 5.5.1990, S. 1.

16 Nicolas Dewald, L'indemnisation des enrôlés de force dans l'armée allemande, Lizenzarbeit in Geschichte, Universität Lüttich, 2004-2005; Peter M. Quadflieg, Keine Lösungen für die Zwangssoldaten? Kampf um Anerkennung und Statut, in: Carlo Lejeune, Christoph Brüll (Hrsg.), Grenzerfahrungen. Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Bd. 5: Säuberung, Wiederaufbau, Autonomiediskussionen (1945-1973), Eupen 2014, S. 34-45; Eva Maria Klos, Umkämpfte Erinnerung. Die Zwangsrekrutierung im Zweiten Weltkrieg in Erinnerungskulturen Luxemburgs, Ostbelgiens und des Elsass (1944-2015), Doktorarbeit, Universität Trier und Universität Luxemburg, 2017.

17 Vgl. Christoph Brüll, Vom Abklingen der „Phantomschmerzen“. Die Bundesrepublik und „Eupen-Malmedy“ (1949-1985), in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins 119/120 (2017/2018), S. 353-384, hier S. 355-358.

18 Annales Parlementaires Chambre, 1974, Sitzung vom 4. Juli 1974, S. 927. Evers darf über die Jahrzehnte ein durchaus rustikales Verständnis der regionalen Vergangenheit attestiert werden (siehe Cremer, Verschlusssache, in: Lejeune/Fickers/Cremer, Spuren in die Zukunft, S. 17 f.).

19 RdK, Sitzungsperiode 1979-1980, Ausführlicher Bericht, 26.11.1979, S. 106.

20 Ebd., S. 115.

21 Ebd., S. 108.

22 Zu den Debatten siehe Annales Parlementaires Chambre 1983-1984, Sitzung vom 12. Mai 1984, S. 1623-1634.

23 RdK, Sitzungsperiode 1981-1982, Ausführlicher Bericht, 6.2.1982, S. 231. Evers verwies nochmals darauf, dass es sich um eine belgische Angelegenheit handele, unbeschadet möglicher Verhandlungen mit der Bundesrepublik (ebd., S. 248).

24 RDG, Sitzungsperiode 1987-1988, Nr. 9, Ausführlicher Bericht, 1.3.1988, S. 478.

25 Ebd., S. 489. Siehe auch Cremer, Verschlusssache, in: Lejeune/Fickers/Cremer, Spuren in die Zukunft; Peter M. Quadflieg, Die „Zwangsrekrutierung“ im Westen. Eupen-Malmedy, Luxemburg, Elsass und Lothringen, in: ders., Frédéric Stroh (Hrsg.), L'incorporation de force dans les territoires annexés par le IIIe Reich 1939-1945, Straßburg 2016, S. 29-39, hier S. 30.

26 Annales Parlementaires Chambre 1988-1989, Sitzung vom 27. April 1989, S. 2333 f. Dort auch alle folgenden Zitate.

27 Zur Vorgeschichte der Niermann-Affäre siehe Brüll, Abklingen, S. 377-383. Zum Verlauf der Niermann-Affäre siehe Cremer, Verschlusssache, in: Lejeune/Fickers/Cremer, Spuren in die Zukunft.

28 Siehe die mediengeschichtliche Darstellung von Andreas Fickers in diesem Band.

29 Vgl. RDG, Sitzungsperiode 1997-1998, Bericht des Untersuchungsausschusses zur Hermann-Niermann-Stiftung, 16.9.1997.

30 Christoph Brüll, Vom Dazwischen-Sein. Eupen-Malmedy in den deutsch-belgischen Beziehungen 1919-1949, in: Lejeune/Brüll/Quadflieg (Hrsg.), Grenzerfahrungen, Bd. 4, S. 64-85.

31 Tatsächlich hatte es zwischen 1964 und 1970 geheime deutsche Zahlungen vonseiten des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen und anderer Akteure, wie der Deutschen Bischofskonferenz, an ostbelgische Vereinigungen gegeben. Siehe Brüll, Abklingen, S. 371 ff.

32 RDG, Sitzungsperiode 1987-1988, Dokument 46 (1986-1987), Nr. 4, 17.9.1987; RDG, Sitzungsperiode 1987-1988, Nr. 1, Ausführlicher Bericht, 15.9.1987, S. 22. Siehe auch Cremer, Verschlusssache, in: Lejeune/Fickers/Cremer, Spuren in die Zukunft, S. 15.

33 Eine Suche mit dem Stichwort „Niermann“ fördert in den Digitalisaten der Parlamentspresseschau „Von Woche zu Woche“ zwischen 1987 und 2019 756 Treffer zutage, 79 davon betreffen die Zeit nach 1997.

34 Vgl. den Beitrag von Andreas Fickers in diesem Band; Cremer, Verschlusssache, in: Lejeune/Fickers/Cremer, Spuren in die Zukunft, S. 15.

35 Ebd.

36 An dieser Stelle soll nicht mehr ausführlich an die entsprechende Debatte aus dem Jahr 1980 erinnert werden. Siehe zuletzt Brüll/Fickers, Zwischentöne, S. 131 f.

37 Die Ansicht, die Affäre habe das ostbelgisch-deutsche Verhältnis geklärt, vertritt Freddy Derwahl, dessen BRF-Berichterstattung am Beginn der Niermann-Affäre stand. Siehe Freddy Derwahl, Das Ende von Degenien, in: GrenzEcho, 6.3.2017, S. 3.

38 RDG, Sitzungsperiode 1987-1988, Nr. 2, Ausführlicher Bericht, 1.10.1987, S. 107.

39 Ebd., S. 115.

40 Johann Weynand (1923-1997; CSP) scheiterte 1968 und 1971 zweimal am Einzug in den belgischen Senat trotz überragender Vorzugsstimmenergebnisse in Ostbelgien. 1971 brachte der FDF-Senator Bourgeois die Kriegsvergangenheit Weynands mit angeblichen neonazistischen Umtrieben in Ostbelgien in Verbindung. Die Empörung war enorm. Siehe Hubert Jenniges, Hinter ostbelgischen Kulissen. Stationen auf dem Weg zur Autonomie des deutschen Sprachgebiets in Belgien, Eupen 2001, S. 97-100. Eine historische Sicht bei Christoph Brüll, Freddy Cremer, Werner Mießen, „Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott.“ Verzerrende Geschichtsbilder und fehlendes Selbstbewusstsein, in: Lejeune/Brüll (Hrsg.), Grenzerfahrungen, Bd. 5, S. 46-103, hier S. 76 f.

41 Zur Rolle des Familiengedächtnisses in Ostbelgien siehe Andreas Fickers, Christoph Brüll, Kumulative Heroisierung und situativer Opportunismus. Ein Experiment kollektiver Gewissensprüfung, in: Lejeune/Brüll/ Quadflieg (Hrsg.), Grenzerfahrungen, Bd. 4, S. 8-39.

42 RDG, Sitzungsperiode 1987-1988, Nr. 2, Ausführlicher Bericht, 1.10.1987, S. 118.

43 tim (= Willi Timmermann), RDG-Debatte kein Glanzlicht, in: Aachener Volkszeitung, 3.10.1987.

44 Z. B. RDG, Sitzungsperiode 1990, Nr. 2, Ausführlicher Bericht, 1.10.1990; Sitzungsperiode 1997-1998, Nr. 2, Ausführlicher Bericht, 20.10.1997; RDG, Sitzungsperiode 1995-1996, Dokument 21 (1995-1996), Nr. 4, 2.10.1995.

45 RDG, Sitzungsperiode 1998-1999, Nr. 11, Ausführlicher Bericht, 25.5.1999, S. 624.

46 Zu den Diskussionen siehe Fickers, Gedächtnisopfer; Christoph Brüll, Minderheitenangst und Zerfallsfurcht. Vorstellungen von der Zukunft Belgiens in den Autonomiedebatten der deutschsprachigen Belgier seit den 1980er Jahren, in: Europäisches Journal für Minderheitenfragen, 2023/2.

47 Vgl. Bernard Ludwig, Andreas Linsenmann, Einleitung, in: dies. (Hrsg.), Frontières et réconciliation. L’Allemagne et ses voisins depuis 1945, Brüssel 2011, S. 27-41, hier S. 41.

48 Zum Folgenden Lejeune/Brüll, Geschichtsschreibung, in: Lejeune/Brüll/Quadflieg (Hrsg.), Grenzerfahrungen, Bd. 4; Brüll, Dialog, in: Sepp/Penné (Hrsg.), Querverbindungen, S. 27 ff.

49 Es ist zwar ein kalendarischer, aber kein intellektueller Zufall, dass mit Lejeune/Fickers/Cremer, Spuren, Jenniges, Kulissen, sowie Bruno Kartheuser, Die 30er Jahre in Eupen-Malmedy, Neundorf 2001, gleich drei Werke im Jahr 2001 erschienen, die zur Debatte um die ostbelgische Vergangenheit beitrugen. Als Quintessenz können die Überlegungen bei Freddy Cremer, Eine Hypothese: Keine moralische Verpflichtung einer Selbsthinterfragung, in: Carlo Lejeune/Klaus-Dieter Klauser (Hrsg.), Die Säuberung, Bd. 3: Verdrängte Erinnerungen – 340 Zeitzeugen berichten, Büllingen 2008, S. 330, gelesen werden.

50 Werner Mießen, Die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens. Bibliografie 1945-2002, 2 Bde., Eupen 2003; Christoph Brüll, Historiographie und Zeitgeschichte in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens: eine Bestandsaufnahme, in: ders. (Hrsg.), Zoom 1920-2010. Nachbarschaften neun Jahrzehnte nach Versailles, Eupen 2012, S. 145-162; Peter M. Quadflieg, Die „terra incognita“ des belgischen Föderalstaates. Stand der historischen Forschung über die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens, in: Sebastian Bischoff/Christoph Jahr/Tatjana Mrowka/Jens Thiel (Hrsg.), Belgica – terra incognita? Resultate und Perspektiven der Historischen Belgienforschung (= Historische Belgienforschung 1), Münster/New York 2016, S. 204-213.

51 Obwohl der RDG nicht zuständig war, da es sich um eine nationale/ föderale Institution handelt, gab es Debatten – z. B. um den Standort, aber auch weil die DG rasch einen Teil des Personals finanzierte. Siehe RDG, Sitzungsperiode 1987-1988, Nr. 14, Ausführlicher Bericht, 9.5.1988, S. 728-734; Sitzungsperiode 2001-2002, Nr. 18, Ausführlicher Bericht, 24.6.2002, S. 1217-1223. Siehe auch Peter M. Quadflieg, Geschichte des Staatsarchivs in Eupen, in: ders., Bestände des Staatsarchivs in Eupen, 3. Aufl., Brüssel 2019.

52 Vgl. RDG, Sitzungsperiode 1991-1992, Nr. 2, Ausführlicher Bericht, 19.10.1992, S. 45 f.

53 Vgl. Staatsarchiv Eupen (künftig: SAE), Sammlung Minke, E.2.3., Nr. 250, Alfred Minke, Note das Historische Zentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft (DG) Belgiens betr., 10.11.2001.

54 Vgl. SAE, Sammlung Minke, E.2.3., Nr. 250, Freddy Cremer, Andreas Fickers, Carlo Lejeune, Konzept für eine offene Geschichtsarbeit in der DG, o. D.

55 Vgl. Heinz Godesar, Zurückhaltung für Gründung einer Geschichtswerkstatt, in: Grenz-Echo, 21.10.2003, S. 6.

56 Vgl. Cremer, Verschlusssache, in: Lejeune/Fickers/Cremer, Spuren in die Zukunft, S. 16 f.

57 Vgl. Heinz Godesar, Zurückhaltung für Gründung einer Geschichtswerkstatt, in: Grenz-Echo, 21.10.2003.

58 RDG, Sitzungsperiode 1998-1999, Nr. 2, Ausführlicher Bericht, Festakt 25 Jahre RdK/RDG, 23.10.1998, S. 34.

59 RDG, Sitzungsperiode 1997-1998, Nr. 6, Ausführlicher Bericht, 18.12.1997, S. 313.

60 Vgl. z.B. RDG, Sitzungsperiode 2001-2002, Nr. 17, Ausführlicher Bericht, 10.6.2002, S. 1100.

61 RDG, Sitzungsperiode 1990-1991, Nr. 8, Ausführlicher Bericht, 18.3.1991, S. 299.

62 RDG, Sitzungsperiode 1999-2000, Nr. 13, Ausführlicher Bericht, 26.6.2000, S. 845.

63 Brüll, Minderheitenangst.

64 RDG, Sitzungsperiode 2000-2001, Nr. 13, Ausführlicher Bericht, 14.5.2001, S. 767.

65 Karl-Heinz Lambertz, [Eröffnungsrede zu] Ausstellung Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht. Aachen, 17.4.1998, in: ders., Bevor man redet, sollte man wissen, worüber man spricht, Eupen 1999, S. 95-99.

66 Carlo Lejeune, Andreas Fickers, Freddy Cremer, Jugend ’98. In guter Gesellschaft? Meinungsbilder aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Büllingen 1998; Cremer, Verschlusssache, in: Lejeune/Fickers/Cremer, Spuren in die Zukunft, S. 22.

67 RDG, Sitzungsperiode 1984-1985, Nr. 7, Ausführlicher Bericht, 26.2.1985, S. 240 f. (dort das Zitat); Nr. 8, Ausführlicher Bericht, 28.2.1985, S. 298 f. (dort das titelgebende Zitat für diesen Abschnitt).

68 Eine Auswertung aus Sicht der beteiligten Forschenden bei Waltraud Schreiber, Christiane Bertram, Ein multimediales Geschichtsbuch in der Anwendung. Wie empirische Studien helfen können, Geschichtsunterricht besser zu verstehen, in: Thomas Sandkühler/Charlotte Brühl-Gramer/Anke John (Hrsg.), Geschichtsunterricht im 21. Jahrhundert: eine geschichtsdidaktische Standortbestimmung, Göttingen 2018, S. 441-464, https://edoc.ku.de/id/eprint/21880/1/Beitr%C3%A4ge_PDF_Verlage_zu_eigenen_Beitr%C3%A4gen_.pdf (28.3.2023).

69 Die Webseite grenzgeschichte.eu ist trotz der Auflösung der Stelle und ihrer Ersetzung durch das Institut für Demokratiepädagogik 2018 noch online.

70 Die Tagungsbeiträge sind veröffentlicht in Brüll, Zoom.

71 Lejeune/Brüll, Geschichtsschreibung, in: Lejeune/ Brüll/ Quadflieg (Hrsg.), Grenzerfahrungen, Bd. 4.

72 www.zeitschichten.be (28.3.2023).

73 Mit diesen Fragen beschäftigte sich beispielsweise der 2022 erstmals in Ostbelgien organisierte Belgische Tag der Zeitgeschichte, der von Historikerinnen und Historikern an allen belgischen Universitäten getragen wird, https://www.contemporanea.be/fr/article/20222editojhcdngeupen2022 (28.3.2023).

74 Vgl. https://ostbelgienstatistik.be/desktopdefault.aspx/tabid-2354/4663_read-69270 (28.3.2023). Siehe auch Brüll, Minderheitenangst.

75 Norbert Heukemes (Hrsg.), DG – Ostbelgien leben 2025. Regionales Entwicklungskonzept der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Bd. 3, Eupen 2011, S. 32. Siehe auch Peter M. Quadflieg, Autonomie und Archiv: Der Aufbau einer Überlieferung für die Institutionen der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens im Staatsarchiv Eupen, in: Verband deutscher Archivarinnen und Archivare (Hrsg.), Verlässlich, richtig, echt – Demokratie braucht Archive. 88. Deutscher Archivtag in Rostock, Fulda 2019, S. 21-30.

76 Norbert Heukemes (Hrsg.), DG – Ostbelgien leben 2025. Regionales Entwicklungskonzept der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Bd. 4, Eupen 2015, S. 103.

77 Vgl. PDG, Sitzungsperiode 2018-2019, Dokument 62 (2018-2019), Nr. 12, 15.4.2019, S. 27.

78 PDG, Sitzungsperiode 2010-2011, Nr. 14, Ausführlicher Bericht, 27.9.2010, S. 24.

79 Redebeiträge anlässlich des Festakts vom 18. Januar 2019 zur Eröffnung der Feierlichkeiten in Bezug auf die 100-jährige Zugehörigkeit des deutschsprachigen Gebietes zum Königreich Belgien, in: PDG, Sitzungsperiode 2018-2019, Dokument 10 (2018-2019), Nr. 5, 16.6.2019, S. 50.

80 Siehe z. B. die ostbelgischen Beiträge in: Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens (Hrsg.), Mögliche Szenarien einer Staatsreform nach 2019. Analysen und Perspektiven im aktuellen belgischen Kontext (Schriftenreihe der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens 9), Eupen 2019.

81 PDG, Sitzungsperiode 2017-2018, Bulletin der Interpellationen und Fragen, Nr. 39, 24.5.2018, S. 14.

82 Ebd., S. 22 (dort auch das titelgebende Zitat für diesen Abschnitt).

83 Brüll, Dialog, in: Sepp/Penné (Hrsg.), Querverbindungen, S. 33 f. Diese Einlassungen müssen vor dem Hintergrund gelesen werden, dass die finanzielle Unterstützung der von Bruno Kartheuser herausgegebenen Literaturzeitschrift Krautgarten vonseiten der DG drastisch gekürzt wurde, was 2017 zu ihrer Einstellung führte.

84 Christoph Brüll, David Engels, Andreas Fickers, Els Herrebout, Carlo Lejeune, Peter Quadflieg, Historische Spuren einer Grenz- und Randregion, in: Carlo Lejeune, David Engels (Hrsg.), Grenzerfahrungen. Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Bd. 1: Villen, Dörfer, Burgen (Altertum und Mittelalter), Eupen 2015, S. 8-11. Hevorhebung C.B.

85 Beispielsweise zum Band 4: Klaus Pabst, in: Das Historisch-Politische Buch 68 (2020), Heft 1, S. 80; Jens Thiel, Historische Zeitschrift 310 (2020), Heft 3, S. 781 f.; Marnix Beyen, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 85 (2021), S. 346 f.; Marc Schoentgen, in: Hémecht 72 (2020), Heft 3, S. 387-391.

86 Vgl. PDG, Sitzungsperiode 2019-2020, Bulletin der Interpellationen und Fragen, Nr. 6, 1.4.2020, S. 7-29, hier S. 8. Zum Begriff des Zwischenraums siehe Brüll/Fickers, Zwischentöne, S. 7, 32-36.

Die Autoren

Philippe Beck, geb. 1976, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Ostbelgische Geschichte und an der UCLouvain. Er promovierte in den Bereichen deutsche Literatur und Geschichte. Forschungsaufenthalte in Dublin und Berlin. Postdoktorat am Luxemburger Zentrum für zeitgenössische und digitale Geschichte (C²DH). Lehrbeauftragter an der UCLouvain 2010-2021. Schwerpunkte seiner Forschung sind die Geschichte und Literatur Ostbelgiens, die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg, der Widerstand gegen den Nationalsozialismus und die komparatistische Imagologie.

Christian Behrendt, geb. 1974, studierte Jura in Lüttich, Oxford und Yale. Er promovierte an der Universität Paris-I Panthéon-Sorbonne. Er ist Professor für Verfassungs- und Staatsrecht an den Universitäten Lüttich und Leuven sowie an der Kgl. Militärschule Brüssel. Er ist zudem Assessor beim Belgischen Staatsrat.

Marnix Beyen, geb. 1971, ist Historiker. Er studierte und promovierte an der Katholischen Universität Leuven. Professor für Geschichte an der Universität Antwerpen. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der Kultur-, Sozial- und Politikgeschichte Belgiens, der Niederlande und Frankreichs des 19. und 20. Jahrhunderts. Er interveniert regelmäßig mit Beiträgen zu historischen und geschichtspolitischen Themen in der Tagespresse.

Magali Boemer, geb. 1988, ist Übersetzerin. Sie studierte Sprachwissenschaften in Namur und Brüssel und promovierte in Namur. Derzeit ist sie als Übersetzerin für eine Kette von Großkaufhäusern tätig.

Christoph Brüll, geb. 1979, Historiker, studierte an der Universität Lüttich und promovierte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Er ist Assistant Professor am Centre for Contemporary and Digital History der Universität Luxemburg und Lehrbeauftragter an der Universität Lüttich. Seine Forschungsschwerpunkte sind transnationale Politikgeschichte Westeuropas, Historische Biografieforschung und Geschichte der Geschichtsschreibung.

Tobias Dewes, geb. 1987, ist Stellvertretender Leiter des Zentrums für Ostbelgische Geschichte (ZOG). Er studierte an der James Cook University in Townsville und der Universität des Saarlandes mit dem Schwerpunkt Wirtschafts- und Sozialgeschichte sowie Technik- und Umweltgeschichte. Anschließend promovierte er in Wirtschaftswissenschaften an der RWTH Aachen. Seit dem 1. November 2019 arbeitet er für das ZOG.

Andreas Fickers, geb. 1971, studierte Geschichte, Philosophie und Soziologie und ist Professor für Zeitgeschichte und digitale Geschichtswissenschaft an der Universität Luxemburg. Seine Forschungsschwerpunkte sind europäische Technikgeschichte, transnationale Mediengeschichte und digitale Methoden der Geschichtswissenschaft. Seit 2016 ist er Direktor des interdisziplinären Centre for Contemporary and Digital History an der Universität Luxemburg.

Jens Giesdorf, geb. 1968, pädagogischer Sonderbeauftragter für Schulmediotheken und Medienpädagogik im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft, studierte an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg und der Hebrew University of Jerusalem die Fächer Geschichte, Politikwissenschaft sowie Germanistik und promovierte in Magdeburg. Seit April 2016 ist er Präsident des Geschichts- und Museumsvereins „Zwischen Venn und Schneifel“ in Sankt Vith.

Armin Heinen, geb. 1952, ist Historiker. Er studierte Geschichte, Politikwissenschaften und Mathematik in Frankfurt a. M., promovierte in Trier und habilitierte sich in Saarbrücken. Von 1998 bis 2019 war er Inhaber des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte an der RWTH Aachen. Zahlreiche Veröffentlichungen im Bereich der europäischen Politik-, Wirtschafts-, Sozial- und Kulturgeschichte sowie zur Geschichte des Studiums der Geschichtswissenschaften.

Els Herrebout, geb. 1961, Historikerin und Archivarin, studierte an den Universitäten von Löwen und Antwerpen. Sie ist leitende Staatsarchivarin im Staatsarchiv in Eupen und Präsidentin des Zentrums für Ostbelgische Geschichte. Sie veröffentlichte zahlreiche Inventare, archivalische Studien und Beiträge zur Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens.

Andy Jousten, geb. 1993, ist Jurist. Er studierte Jura an der Universität Lüttich. Seit 2018 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Öffentliches Recht und Verfassungsrecht der Universität Lüttich und seit 2022 beigeordneter Auditor beim Belgischen Staatsrat.

Klaus-Dieter Klauser, geb. 1955, studierte Psychologie an der Universität Lüttich. Von 1998 bis 2016 war er Vorsitzender des Geschichts- und Museumsvereins „Zwischen Venn und Schneifel“, Sankt Vith, dessen Ehrenpräsident er seitdem ist. Er ist Mitautor zahlreicher regionalgeschichtlicher Werke. Seit vielen Jahren widmet er sich der Erstellung von Kartenskizzen zu historischen Themen.

Catherine Lanneau, geb. 1977, Historikerin, studierte Geschichte sowie Internationale Beziehungen und europäische Einigung an der Universität Lüttich, wo sie auch promovierte. Sie lehrt als Professorin an der Universität Lüttich. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte Belgiens, die Geschichte Walloniens und die belgisch-französischen Beziehungen im 20. Jahrhundert. Ihr besonderes Interesse gilt den Medienstrategien von Lobbygruppen und Denkfabriken.

Victoria Mouton, geb. 1983, studierte Geschichte an der Universität Paul-Valéry Montpellier mit Schwerpunkt Militärgeschichte und Verteidigungsstudien. Von 2009 bis 2016 arbeitete sie im Centre Virtuel de la Connaissance sur l’Europe, wo sie an der Entwicklung von digitalen Publikationen zur europäischen Integrationsgeschichte mitwirkte. Seit 2017 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin im interdisziplinären Centre for Contemporary and Digital History an der Universität Luxemburg und forscht im Bereich der europäischen Zeitgeschichte.

Leonie Neuens, geb. 1989, studierte Geschichte an der Universität Lüttich und an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seit 2019 ist sie tätig als Lehrerin für Geschichte und Bürgerkunde am Lycée Technique d’Ettelbruck (Luxemburg).

Norbert Nicoll, geb. 1981, ist Politikwissenschaftler und Lehrer. Er studierte Politikwissenschaften, Volkswirtschaft und Wirtschafts- und Sozialgeschichte in Aachen. Er promovierte an der RWTH Aachen. Er arbeitet als Lehrer an Bischöflichen Schule in Sankt Vith und ist Lehrbeauftragter an der Universität Duisburg-Essen. In seinen Forschungen beschäftigt er sich mit dem Neoliberalismus und der Wachstumskritik.

Christoph Niessen, geb. 1993, ist Politikwissenschaftler. Er studierte an der Central European University in Budapest und promovierte in Neu-Löwen und Namur. Nach einem Postdoktorat am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz ist er seit 2022 Assistant Professor für Vergleichende Politikwissenschaften an der Universität Leiden. Von 2023 bis 2025 führt er einen Forschungsauftrag an der Universität Antwerpen aus.

Anna Quadflieg, geb. 1987, ist Sozialhistorikerin und Europawissenschaftlerin. Sie studierte an den Universitäten von Aachen, Maastricht und Straßburg. Von 2015 bis 2020 war sie Fachbereichsleiterin für Außenbeziehungen und Regionalentwicklung im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens. Seit 2020 ist sie Doktorandin am Max-Planck-Institut für Rechtsgeschichte und Rechtstheorie in Frankfurt a. M. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Arbeitsrecht und in der Geschichte der europäischen Integration in rechtlicher und sozioökonomischer Perspektive.

Peter M. Quadflieg, geb. 1982, studierte Geschichte, VWL und Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der RWTH Aachen. Dort war er von 2007 bis 2015 zunächst Stipendiat und dann wissenschaftlicher Mitarbeiter. Er promovierte 2014. Von 2015 bis 2017 war er Archivreferendar beim Hessischen Landesarchiv. Zwischen 2017 und 2020 Juni war er Staatsarchivar und stellv. Dienststellenleiter des Staatsarchivs in Eupen. Seit 2020 ist er Leiter des Stadtarchivs Wiesbaden. Zahlreiche wissenschaftliche Veröffentlichungen, unter anderem mit einem thematischen Schwerpunkt zur ostbelgischen Zeitgeschichte.

Hans Reul, geb. 1958, Studium der Musikwissenschaften, Archäologie und Kunstgeschichte an der Universität Lüttich. Studium der Posaune und Harmonielehre am Konservatorium Lüttich. 1980-2021 Musikredakteur beim Belgischen Rundfunk (BRF). Daneben Lehrtätigkeit im Fach Musikgeschichte an der Musikakademie der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Jurymitglied beim Preis der deutschen Schallplattenkritik und seit 1993 Künstlerischer Leiter des Ostbelgienfestivals.

Hubert Roland, geb. 1967, ist Forschungsdirektor beim belgischen Fonds de la Recherche Scientifique/FNRS und außerordentlicher Professor an der UCLouvain in Louvain-la-Neuve. Forschungsaufenthalte an den Universitäten Marburg, Münster und La Réunion. Seine Interessenschwerpunkte sind die Geschichte des deutsch-belgisch-französischen Kultur- und Literaturtransfers, der magische Realismus in der deutschen und europäischen Literatur, die vergleichende Geschichtsschreibung der Avantgarde und die Literaturen der Postmigration.

Vitus Sproten, geb. 1993, studierte Geschichte und Politikwissenschaften in Trier und Lüttich. Er promovierte an der Universität Luxemburg. Seit 2020 ist er Archivar beim belgischen Staatsarchiv, Dienstort Eupen. Dort betreut er vor allem die Behörden und Bestände der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie der lokalen Behörden.

Werner Tschacher, geb. 1963, studierte an den Universitäten Aachen und Köln, Promotion und Habilitation an der RWTH Aachen. Er war wissenschaftlicher Mitarbeiter an den Universitäten in Aachen, Jena, Köln und Luxemburg sowie Kurator am neuen Aachener Stadtmuseum. Seit 2022 ist er Redakteur bei der Neuen Deutschen Biographie (Historische Kommission der Bayerischen Akademie der Wissenschaften) in München. Seine Forschungsschwerpunkte sind u.a. Repräsentation von Königsherrschaft, städtische Erinnerungskultur und spätmittelalterliche Dämonologie.

Nicholas Williams, geb. 1981, ist Historiker und seit Mai 2021 Leiter des ZOG. Nach dem Studium in Heidelberg und Aberystwyth promovierte er in Saarbrücken, Cambridge und Paris über die Evakuierung des deutsch-französischen Grenzgebiets 1939, wodurch der deutsch-britische Grenzgänger sein Interesse für die Geschichte von Grenzräumen entdeckte. Er war Postdoktorand am Institut für Europäische Geschichte in Mainz. Am ZOG widmet er sich der ostbelgischen Geschichte und Grenzräumen in einem europäischen Kontext und verantwortet den Geschäftsbetrieb.

Julia Zeimers, geb. 1993, ist Historikerin und Lehrerin. Sie studierte an der Universität Lüttich. Seit 2017 unterrichtet sie am Athenäum César Franck in Kelmis.

NACHWEIS DER BILDQUELLEN ODER BILDRECHTE

Wir danken allen Museen, Institutionen, Vereinen und Privatpersonen für die Unterstützung unserer Arbeit und für die Erteilung der Druckrechte. Wir haben uns bemüht, alle Rechteinhaber ausfindig zu machen. Bei begründeten Ansprüchen sollte der GEV kontaktiert werden.

Vom Opfernarrativ zur Erfolgsgeschichte

S. 10: © Grenz-Echo, 24. Oktober 1973, Seite 6
S. 11: © Orthophoto Wallonie 1971
S. 11: © Orthophoto Wallonie 1994
S. 12: Vitus Sproten/ Staatsarchiv in Eupen. Datenquelle: Annuaire Statistique de Belgique/ Statbel
S. 13: Vitus Sproten/ Staatsarchiv in Eupen. Datenquelle: Die angegebenen Beträge entstammen aus den Einnahmen- und Ausgabendekreten der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und nicht aus der Rechnungslegung der DG. Sie bilden dementsprechend die Haushaltsplanung ab.
S. 14: © Gebäuderegie
S. 14: © Gebäuderegie
S. 14: © Gebäuderegie
S. 16: © RTBF, Bye-Bye Belgium, 13. Dezember 2006.
S. 17: © Grenz-Echo
S. 18: Staatsarchiv in Eupen, Bestand Pro D&P (5-319), uninventarisierter Bestand
S. 19: © Klaus-Dieter Klauser
S. 20: Vitus Sproten/ Staatsarchiv in Eupen. Datenquelle: Ostbelgienstatistik

Politische Mitwirkung und rechtliche Stellung

S. 25: © Klaus-Dieter Klauser
S. 26: Staatsarchiv in Eupen, Bestand Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft (1. Nachtrag) (3-210), uninventarisierter Bestand
S. 27: Staatsarchiv in Eupen, Fotosammlung RDK-RDG-PDG (9-015), Nr. 196, Bild 26.
S. 28: (oben): Vitus Sproten/ Staatsarchiv in Eupen
S. 28: (unten): Staatsarchiv in Eupen, Fotosammlung der Stadt Eupen (9-003), Nr. 108
S. 29: Staatsarchiv in Eupen, 9-003, Nr. 514, Bild 28.
S. 30: Staatsarchiv in Eupen, Bestand Bezirkskommissariat (3-091), Nr. 5360.
S. 31: (oben): Vitus Sproten/ Staatsarchiv in Eupen
S. 31: (unten): Staatsarchiv in Eupen, 9-015, Nr. 155, Bild 1.
S. 32: Staatsarchiv in Eupen, 9-015, Nr. 244, Bild 16.
S. 33: Staatsarchiv in Eupen, 9-003, Nr. 516, Bild 25.

Die „bestgeschützte Minderheit der Welt?“

S. 38: Staatsarchiv in Eupen, 9-012 (Diasammlung Kgl. Geschichts- und Museumsverein Eupen), Nr. 1, Bild 150.
S. 40: Christoph Niessen
S. 41: Christoph Niessen. Datenquelle: Christoph Pan/ Beate Sibylle Pfeil/ Paul Videsott, Minderheitenrechte in Europa. Handbuch der europäischen Volksgruppen, Bd. 2 (Ausgabe 1), Wien & New York 2016.; Christoph Pan/ Beate Sibylle Pfeil/ Paul Videsott, National Minorities in Europe. Handbook of European National Minorities, Bd. 1 (Ausgabe 2), Wien & Berlin 2018.
S. 42: Christoph Niessen
S. 43: Staatsarchiv in Eupen, 9-015 (Fotosammlung RDK/RDG/PDG), Nr. 200, Bild 60.
S. 44: Staatsarchiv in Eupen, 9-015, Nr. 220, Bild 120.
S. 45: Staatsarchiv in Eupen, 9-015, Nr. 106, Bild 6.
S. 47: Staatsarchiv in Eupen, Diasammlung Christliche Gewerkschaft (CSC) Ostbelgien (9-016), uninventarisierter Bestand
S. 48: Staatsarchiv in Eupen, 9-003, Nr. 516, Bild 43.

Notwendige Öffnung oder eine Nummer zu groß?

S. 52: Staatsarchiv in Eupen, Bestand CNE - Ostbelgien (5-309), uninventarisierter Bestand.
S. 53: Archiv ZVS, Nr. 11101980.
S. 54: Archiv ZVS, Nr. 002517.
S. 55: Staatsarchiv in Eupen, 5-319, uninventarisierter Bestand
S. 56: © BRF/ Julien Claessen
S. 57: © EmDee, CC BY-SA 3.0, online https://commons.wikimedia.org/wiki/File:H%C3%B4tel_De_Brouck%C3%A8re.JPG
S. 58: Staatsarchiv in Eupen, 5-319, uninventarisierter Bestand
S. 59: Staatsarchiv in Eupen, 9-003, Nr. 517, Bild 16
S. 60: Staatsarchiv in Eupen, 3-210, uninventarisierter Bestand
S. 61: Staatsarchiv in Eupen, 5-309, uninventarisierter Bestand.
S. 62: Internet Archive, Wayback Machine, Aufnahmen des Webcrawlers AlexaCrawl der Internetseite Comisa.be vom 24. Juni 2006, abgerufen am 24. Mai 2023.

Eine junge Demokratie auf der Suche nach Stabilität

S. 71: Staatsarchiv in Eupen, Bestand Karl-Heinz Lambertz (5-300), Nr. 209.
S. 72: Staatsarchiv in Eupen, 5-300, Nr. 20.
S. 74: Staatsarchiv in Eupen, 5-300, Nr. 70.
S. 77: Staatsarchiv in Eupen, 5-300, Nr. 296.
S. 79: Staatsarchiv in Eupen, 5-300, Nr. 376.
S. 80: Staatsarchiv in Eupen, 5-300, Nr. 208.
S. 83: Staatsarchiv in Eupen, 5-300, Nr. 229.
S. 85: Staatsarchiv in Eupen, 5-300, Nr. 290.

Von der Verwaltungszelle zum Ministerium der DG

S. 90: © Philippe Beck
S. 91: Staatsarchiv in Eupen, 9-003, Nr. 516, Bild 65
S. 92: Staatsarchiv in Eupen, 9-003, Nr. 507, Bild 13
S. 93: © Philippe Beck
S. 94: Staatsarchiv in Eupen, 3-210, uninventarisierter Bestand.
S. 95: Staatsarchiv in Eupen, 9-003, Nr. 516, Bild 14
S. 96: © Grenz-Echo Verlag
S. 97: Vitus Sproten/ Staatsarchiv in Eupen. Datenquelle: SPF Bosa. Stratégie et Appui/ Ministère fédéral de la Fonction publique, Aperçu des effectifs du secteur public, Brüssel 1973-2000.
S. 98: Staatsarchiv in Eupen, 9-003, Nr. 514, Bild 3
S. 101: Vitus Sproten/ Staatsarchiv in Eupen. Datenquelle: SPF Bosa. Stratégie et Appui/ Ministère fédéral de la Fonction publique, Aperçu des effectifs du secteur public, Brüssel 1973-2000/ Annuaire Statistique de Belgique

Krisenjahrzehnte und ihre Bewältigung im Umbruch zum 21. Jahrhundert

S. 108: Staatsarchiv in Eupen, X 155 Bild H 00054
S. 109: Tobias Dewes, Datenbasis BP, Statistical Review of World Energy 1965-2021, U.S. Energy Information Administration, Imported Crude Oil Prices
S. 111: Tobias Dewes, Datenbasis ONEM
S. 112: Tobias Dewes, Datenbasis ONEM
S. 113: Tobias Dewes, Datenbasis ONEM
S. 114: Tobias Dewes, Datenbasis inflation.eu
S. 115: Tobias Dewes, Datenbasis Institut National de Statistique, Annuaire statistique de la Belgique
S. 116: (oben) Tobias Dewes
S. 116: (unten) Staatsarchiv in Eupen, 3-091, Nr. 7273.
S. 117: Tobias Dewes, Datenbasis IMF und World Bank
S. 119: Staatsarchiv in Eupen, 9-003, Nr. 62.
S. 120: © Tobias Dewes
S. 121: © Tobias Dewes
S. 122: Tobias Dewes, Datenbasis STATBEL
S. 123: Tobias Dewes, Datenbasis Ostbelgien Statistik
S. 125: Tobias Dewes, Datenbasis Ostbelgien Statistik
S. 126: (oben) Tobias Dewes, Datenbasis Ostbelgien Statistik
S. 126: (unten) Tobias Dewes, Datenbasis Ostbelgien Statistik und IWEPS
S. 127: Tobias Dewes, Datenbasis Ostbelgien Statistik
S. 128: Tobias Dewes, Datenbasis Ostbelgien Statistik
S. 129: Tobias Dewes, Datenbasis Ostbelgien Statistik

Lehrjahre postindustrieller Moderne

S. 136: Staatsarchiv in Eupen, 9-015, Nr. 161
S. 137: © Philippe Beck
S. 139: Staatsarchiv in Eupen, ZOG, Sammlung Lejeune, F XLVI 9
S. 140: Staatsarchiv in Eupen, ZOG, Sammlung Lejeune, F XLVI 4
S. 141: Deutschsprachige Gemeinschaft
S. 142: Staatsarchiv in Eupen, ZOG, Sammlung Lejeune, F34 24
S. 145: © Philippe Beck
S. 146: © ZAWM
S. 147: Armin Heinen
S. 148: © ZAWM
S. 149: © IAWM
S. 151: Deutschsprachige Gemeinschaft

Alternatives Wirtschaften

S. 160: Umschlagbilder der Studien „The Limits of Growth"
S. 161: Archiv Komitee gegen Vogelmord e.V.
S. 162: (oben): Archiv AVES Ostkantone
S. 162: (unten): Staatsarchiv in Eupen, 3-091, Nr. 5066
S. 163: Staatsarchiv in Eupen, 3-091, Nr. 2963
S. 163: Staatsarchiv in Eupen, 3-091, Nr. 2964
S. 164: (oben): Privatarchiv BNVS
S. 164: (unten): Privatarchiv BNVS
S. 165: (links): Alexander Rauw/ Natagora
S. 165: (rechts): Alexander Rauw/ Natagora
S. 166: (oben, links): Staatsarchiv in Eupen, 5-318, Nr. 327, uninventarisierter Bestand
S. 166: (oben, rechts): Staatsarchiv in Eupen, 5-318, Nr. 323, uninventarisierter Bestand
S. 166: (unten): Staatsarchiv in Eupen, Bestand Christa Benker (5-318), Nr. 297, uninventarisierter Bestand
S. 167: (links): Privatarchiv Christa Benker
S. 167: (rechts): Grenz-Echo, 21.11.1991, S. 32.
S. 168: (oben): Staatsarchiv in Eupen, 5-318, Album Weltladen (76), uninventarisierter Bestand
S. 168: (unten): Staatsarchiv in Eupen, 5-283, Nr. 8 (Atommüll)
S. 169: (oben): Staatsarchiv in Eupen, 5-283, Nr. 8 (Atommüll)
S. 169: (mittig): Staatsarchiv in Eupen, 5-283, Nr. 8 (Atommüll)
S. 169: (unten): Staatsarchiv in Eupen, 5-283, Nr. 8 (Atommüll)
S. 170: (links, oben): Privatarchiv Hans Niessen
S. 170: (links, mittig): Privatarchiv Hans Niessen
S. 170: (links, unten): Privatarchiv Hans Niessen
S. 170: (rechts): Staatsarchiv in Eupen, 5-319, uninventarisierter Bestand
S. 171: (oben): Privatarchiv Hans Niessen
S. 171: (links, unten): © Norbert Nicoll
S. 171: (rechts, unten): © Norbert Nicoll
S. 172: Privatarchiv Terrenhof
S. 173: Privatarchiv Terrenhof

„Die schlechten Straßen unter seinen Füßen"

S. 179: Staatsarchiv in Eupen, 9-018, unerschlossener Bestand
S. 180: Staatsarchiv in Eupen, 9-002 (Fotosammlung Helmut Thönissen), Nr. 18, Bild 5
S. 181: Staatsarchiv in Eupen, 3-091, Nr. 7117.
S. 182: Zentrum für Ostbelgische Geschichte, Nr. 33, Rückbau alter Gleisanlagen, 1987.
S. 183: Staatsarchiv in Eupen, 9-002, Nr. 22, Bild 3
S. 184: © ZOG/ Willi Filz
S. 185: Vitus Sproten/ Staatsarchiv in Eupen. Datenbasis: Ostbelgien Statistik, IGGS, Statec, Subregionaler Ausschuß für Berufsausbildung und Arbeitsbeschaffung, Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle, Arbeitsamt der DG, Bundesagentur für Arbeit, Europaparlament
S. 186: Staatsarchiv in Eupen, 9-002, Nr. 18, Bild 1.
S. 187: Staatsarchiv in Eupen, 9-016, unerschlossener Bestand.
S. 188: © TEC, CC-BY-NC-ND.

Mehrsprachigkeit? Ja! Aber wie?

S. 194: Staatsarchiv in Eupen, 9-016, uninventarisierter Bestand
S. 197: © Philippe Beck
S. 199: Privatarchiv Vitus Sproten
S. 201: Staatsarchiv in Eupen, 9-002, Nr. 16
S. 203: Privatarchiv Kurt Andres, Nr. 8536
S. 204: © Philippe Beck
S. 206: Archiv ZVS, Nr. 3117

„Ich würde nie für einen Mann Sankt Vith verlassen."

S. 212: (links): Titelbild Offenes Fenster, Ausgabe September 1989
S. 212: (rechts): Titelbild Daheim, Ausgabe September 1989
S. 213: Offenes Fenster, Januar 1977, Seite 5.
S. 214: Cäcilia Thomé und Maria Pfeiffer, „Mädchen zu Hause" – ohne Zukunft? Studienabschlussarbeit der Volkshochschule der Ostkantone, 1978.
S. 215: Els Herrebout/ Staatsarchiv in Eupen. Datenbasis: Statbel
S. 216: Els Herrebout/ Staatsarchiv in Eupen. Datenbasis: Statbel
S. 217: (oben): Els Herrebout/ Staatsarchiv in Eupen. Datenbasis: Statbel
S. 217: (unten): Els Herrebout/ Staatsarchiv in Eupen. Datenbasis: Statbel
S. 219: Broschüre der Prisma V.o.G., 2023
S. 220: BRF-Beitrag, 25. November 2021, https://brf.be/regional/1549792/ (04.10.2023)
S. 221: (oben): Grenzlandreport, 30. September 1988, S. 2.
S. 221: (unten): Offenes Fenster, Ausgabe Oktober 1999, S. 16.
S. 223: Els Herrebout/Staatsarchiv in Eupen. Datenquelle: Steunpunt Werk
S. 224: (alle): Ostbelgienstatistik https://ostbelgienstatistik.be/desktopdefault.aspx/tabid-2617/4962_read-33584/ (04.10.2023)
S. 225: (oben): Offenes Fenster, Monatszeitschrift der Christlichen Frauenliga, Oktober 1996.
S. 225: (links): Offenes Fenster, Juli-August 2000, S. 20
S. 225: (rechts): Offenes Fenster, Januar 1981, S. 7
S. 226: (oben): Ostbelgienstatistik https://ostbelgienstatistik.be/desktopdefault.aspx/tabid-2617/4962_read-33584/ (04.10.2023)
S. 226: (unten): Staatsarchiv in Eupen, Sammlung Carlo Lejeune (2. Nachtrag), Nr. 4.
S. 227: Els Herrebout/ Staatsarchiv in Eupen. Datenbasis: Abreitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft, FOREM, VDAB, Actiris
S. 229: Grenzland Report, 30. September 1988, S. 1
S. 230: Staatsarchiv in Eupen, Fotosammlung RDK/RDG/PDG, Nr. 196.
S. 232: Offenes Fenster, Ausgabe Oktober 2000.
S. 233: Frauenliga, Denkfabrik der Frauenliga. Was Frauen wirklich wollen!, 20. Februar 2019, online https://www.alter-schlachthof.be/veranstaltung/denkfabrik/ (04.10.2023)
S. 234: Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Einladung zu der Diskussion zum Thema „Frauen und Politik" im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft, 20. März 2019.

„... dass übergroßer Wohlstand der religiösen Entwicklung nicht förderlich ist"

S. 240: Staatsarchiv in Eupen, 9-006 (Fotosammlung Fotoatelier Lander), Nr. 282
S. 241: © Lothar Wolleh, CC BY-SA 3.0
S. 242: (oben) © Carolus, CC BY 2.5
S. 242: (unten) Staatsarchiv in Eupen, 9-006, Nr. 2
S. 243: Staatsarchiv in Eupen, ZOG, Sammlung Lejeune, Missionsnähgruppe
S. 245: Stadtarchiv Kerpen - BA 05801, CC BY 4.0
S. 246: (oben): © ZOG/Philippe Beck
S. 246: (unten): Staatsarchiv in Eupen, 9-005 (Postkartensammlung Lander), Nr. 058
S. 247: © ZOG/Philippe Beck
S. 248: © ZOG/Philippe Beck
S. 249: (oben): ZVS, 2754, Klaus-Dieter Klauser
S. 249: (unten): © Alamy Ltd., Bild-ID 2JD9699
S. 250: © H. Even, CC BY-NC-ND 4.0
S. 251: (links): © Willy Emonts/Grenz-Echo Verlag
S. 251 (rechts): © Jacques Keil, Privatarchiv Maria Keil
S. 253: GEV/Brüls
S. 254: © Staatsarchiv in Eupen, Sammlung Leo Kever, Elfriede Visé, Nr 1021

Kulturarbeit und Autonomieentwicklung

S. 258: Staatsarchiv in Eupen, 9-002, Nr. 23, Bild 9.
S. 260: © Zwischen Venn und Schneifel
S. 261: Staatsarchiv in Eupen, 9-003, Nr. 677, Bild 7
S. 264: Archiv ZVS, Bestand Journal Aktuell, 86.03.20-02
S. 264: (unten): Staatsarchiv in Eupen, 9-015, Nr. 200, Bild 16
S. 265: Archiv ZVS, 5327
S. 266: Archiv ZVS, 5787
S. 267: Archiv ZVS, 5735
S. 268: Archiv ZOG, Sammlung Carlo Lejeune, SB 2.16
S. 269: Archiv ZOG, Sammlung Carlo Lejeune, SB 2.18

Ostbelgische Katharsis?

S. 275: Grenz-Echo, 22. August 1987
S. 276: Collage auf Basis von in der Presserevue „Von Woche zu Woche" abgedruckten Berichten
S. 277: Grenzland Report, 4.09.1987.
S. 278: Staatsarchiv in Eupen, Bestand Walther Janssen (5-287), Nr. 47.
S. 279: Staatsarchiv in Eupen, 5-287, Nr. 47
S. 280: (beide): Grenzland Report, 18.09.1987.
S. 281: Spectator, 18. September 1982, S. 10-13.
S. 282: Grenz-Echo, 30. Juli 1994.
S. 284: Grenz-Echo, 3.10.1994
S. 285: Grenz-Echo, 4.11.1993

Von den Schatten der Vergangenheit zu einer Ostbelgitude

S. 293: Philippe Beck
S. 294: Philippe Beck
S. 295: © Willi Filz
S. 296: Philippe Beck
S. 298: (unten) Philippe Beck
S. 298: (oben) © Alessia Contu
S. 299: Philippe Beck
S. 303: © Sandra Borchers

Blicke von aussen

S. 309: Staatsarchiv in Eupen, 9-003, Nr. 504, Bild 5
S. 310: Staatsarchiv in Eupen, 3-210, uninventarisierter Bestand
S. 311: Staatsarchiv in Eupen, 9-003, Nr. 514, Bild 43
S. 312: Staatsarchiv in Eupen, 3-210, uninventarisierter Bestand
S. 313: Staatsarchiv in Eupen, 3-210, uninventarisierter Bestand
S. 316: Staatsarchiv in Eupen, 9-002, Nr. 10, Bild 1
S. 320: Staatsarchiv in Eupen, 9-002, Nr. 10, Bild 1
S. 321: Staatsarchiv in Eupen, 3-210, uninventarisierter Bestand

Vergangenheitsangst im Plenarsaal

S. 326: © VRT
S. 327: Staatsarchiv in Eupen, 3-091, Nr. 7355
S. 328: Staatsarchiv in Eupen, 5-319, uninventarisierter Bestand
S. 329: Staatsarchiv in Eupen, 9-002, Nr. 2, Bild 127
S. 330: Staatsarchiv in Eupen, 5-319, uninventarisierter Bestand
S. 331: Staatsarchiv in Eupen, 9-002, Nr. 2, Bild 117.
S. 333: Staatsarchiv in Eupen, 9-002, Nr. 23, Bild 12.
S. 334: Staatsarchiv in Eupen, 3-210, uninventarisierter Bestand
S. 336: Staatsarchiv in Eupen, 5-319, uninventarisierter Bestand
S. 337: Einband des Buches „Zwischen Ommerscheid und Wolfsbusch"
S. 338: Staatsarchiv in Eupen, 9-002, Nr. 23, Bild 2.
S. 339: Einband Bibliokassetten zur jüngeren Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft.